

Wiener Stadt-Bibliothek

57291 F

F 57291
Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

1954
27
FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMITZ

Mittwoch, 1. Dezember 1954

Blatt 2052

Bürgermeister Jonas - Dolmetsch des äthiopischen Kaisers
=====

Hailé Sélassié I. spendet 100.000 Schilling für die Armen Wiens

1. Dezember (RK) Nach dem Abschiedsempfang am Dienstagabend im Palais Pallavicini ließ Kaiser Hailé Sélassié I. Bürgermeister Jonas noch um eine Unterredung bitten. Im Verlaufe des nun folgenden Gesprächs ersuchte der äthiopische Herrscher den Wiener Bürgermeister, sein Dolmetsch zu sein und der Wiener Bevölkerung mitzuteilen, daß er von den vielen Freundschaftsbezeugungen, die ihm die Wiener Bevölkerung bereitet hat, und von der Stadt selbst tief beeindruckt ist. Der Empfang im Wiener Rathaus werde ihm unvergeßlich bleiben.

Heute früh übergab der äthiopische Kaiser Bürgermeister Jonas 40 Stück US-Hundertdollarscheine, das sind etwa 100.000 Schilling, mit der Bestimmung, das Geld für die Armen Wiens zu verwenden. Bürgermeister Jonas hat diesen Betrag dem Amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Vizebürgermeister Honay, übergeben.

- - -

Achtung Gemeindepensionisten!
=====

1. Dezember (RK) Wie die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten mitteilt, findet die Weihnachtsauszahlung am 8. Dezember trotz dem Feiertag statt.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Morgen, Donnerstag, den 2. Dezember, wird Stadtrat Mandl um 11.30 Uhr in der Wiener Sezession die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" eröffnen. Wir erinnern daran, daß bereits um 9 Uhr der Leiter der Ausstellung, Prof. Gaertner, in den Räumen der Sezession den Vertretern der Presse zur Verfügung stehen wird.

- - -

Hermine Kittel zum Gedenken

=====

1. Dezember (RK) Am 2. Dezember wäre Kammersängerin Hermine Kittel 75 Jahre alt geworden.

Eine gebürtige Wienerin, begann sie ihre Bühnenlaufbahn als Schauspielerin in Laibach und wurde dann ans Stadttheater in Graz verpflichtet. Hier erfolgte auch die Ausbildung ihrer Singstimme, eines Alt von schönem Klang und großem Umfang, durch Amalia Materna. Die Erfolge, die die junge Künstlerin auf Grund ihrer Doppelbegabung in tragenden Opernrollen errang, veranlaßten sie, sich fortan ganz dem dramatischen Gesang zu widmen. 1901 wurde sie unter der Direktion Gustav Mahlers an die Wiener Hofoper berufen, der sie durch 30 Jahre als eine der verlässlichsten und vielseitigsten Solistinnen angehörte. Ihre stimmlich wie darstellerisch gleich reifen Leistungen hatten bedeutsamen Anteil an unzähligen glänzenden Aufführungen, deren Erinnerung sich an berühmte Namen knüpft. Hermine Kittel, der die Ehrenmitgliedschaft der Wiener Staatsoper verliehen wurde, ist am 4. März 1948 in ihrer Vaterstadt gestorben.

- - -

Wien ohne ...

=====

1. Dezember (RK) Soeben ist das neue Heft der vom Statistischen Amt der Stadt Wien periodisch herausgegebenen "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" über die Monate Juli bis September erschienen. Aus der am 1. September 1954 durchgeführten Gebietsabtrennung der sogenannten Randgemeinden ergeben

sich interessante Veränderungen in der Struktur der Stadt, die nun in den "Mitteilungen" zum ersten Mal auch statistisch erfaßt werden.

Das Stadtgebiet Wiens verkleinerte sich durch die Gebietsänderung um fast zwei Drittel; doch ist Wien immer noch eineinhalbmal so groß wie vor 1938. Der Bevölkerungsverlust beträgt aber nur etwa 150.000 Personen, das sind 8.5 Prozent. Wien verliert die Hälfte seiner in Land- und Forstwirtschaft berufstätigen Einwohner. Auch die Betriebsklassen Stein-, Erdgewinnung und -bearbeitung, Glasproduktion, Bauwesen und Bauhilfsbetriebe, Textilbetriebe und chemische Betriebe geben weitaus mehr Beschäftigte ab, als dem Bevölkerungsabgang Wiens entsprechen würde. Hingegen erhöht sich der Anteil der in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, in den Bekleidungsbetrieben, in der Papiererzeugung, in graphischen Betrieben, im Handel, Geldwesen und der Privatversicherung berufstätigen Bevölkerung. Vor allem die Angestelltenberufe treten im verkleinerten Stadtgebiet stärker hervor. Es ergeben sich Verschiebungen im Altersaufbau und auch beim Frauenüberschuß: auf hundert männliche Einwohner kommen im neuen Stadtgebiet 130, in den abgetretenen Randgebieten nur 120 weibliche Einwohner.

Der 22. Bezirk, Donaustadt, ist der Fläche nach der größte, während der 10. Bezirk durch die Einverleibung von Ober-Laa, Rothneusiedl und Unter-Laa seine Stellung als Bezirk mit der höchsten Einwohnerzahl noch "gefestigt" hat und derzeit bereits mehr als 120.000 Einwohner zählt.

- - -

Bürgermeister Jonas kondoliert Frau Furtwängler
=====

1. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas richtete heute an Frau Elisabeth Furtwängler nach Berlin-Dahlem ein Telegramm folgendes Inhaltes:

"Wien trauert in Ehrfurcht an der Bahre Wilhelm Furtwänglers. Für immer gehört der Name des großen Meisters auch der Wiener Musikgeschichte an. Namens der Stadt verneigt sich vor Ihrem tiefem Leid

Jonas
Bürgermeister"

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Dezember
=====

1. Dezember (RK) Im Dezember sind nachstehende Abgaben fällig:

- 10. Dezember: Ankündigungsabgabe für November,
Getränkesteuer für November,
Gefrorenessteuer für November,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte November,
- 14. Dezember: Anzeigenabgabe für November,
- 15. Dezember: Lohnsummensteuer für November,
- 25. Dezember: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Dezember.

- - -

Pferdemarkt vom 30. November
=====

1. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 272 Pferde, davon 17 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 259 verkauft, unverkauft blieben 9, Nutztiere 4 **verkauft**. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 4, Niederösterreich 126, Oberösterreich 81, Kärnten 17, Burgenland 28, Steiermark 14, Tirol 2.

- - -

Ausstellungen und Museen im Dezember in Wien

=====

1. Dezember (RK)

1. Bezirk

Akademie der bildenden Künste Schillerplatz 3	Gemäldegalerie der Akademie	tägl. außer Mo 10-14 Uhr (ganzj.)
Gemäldegalerie der Akademie Schillerplatz 3	Sonderausstellung: Hieronymus Bosch: Weltgerichtstriptychon	-"-
Akademie-Bibliothek Schillerplatz 3	Das österr. Alpenland - Friedrich Gauer mann	Mo-Sa 10-14 Uhr So geschlossen
Erzbischöfl. Palais Rotenturmstraße 2	Dom- und Diözesanmuseum	tägl. 9-12 Uhr (ganzjährig)
Figaro-Haus Domgasse 5	Mozart-Gedenkstätte	tägl. außer Mo 9-16, So 9-13 Uhr
Galerie St. Stephan Grünangergasse 1	Buchausstellung: Theologie auch für Laien	tägl. 10-18 Uhr (7.- 16. Dez.)
Galerie Würthle Weihburggasse 9	Weihnachtsschau mit Arbeiten österreichischer, deutscher und französischer Künstler der Gegenwart	tägl. auch Samstag 9-18 Uhr, Silbener und Goldener Sonntag 10-17 Uhr (bis 31. Dez.)
Historisches Museum der Stadt Wien Neues Rathaus, Lichtenfelsgasse 2	Wiener Malerei von 1.700 bis heute	Di, Do, Sa 9-18 Uhr Mi, Fr 9-16 Uhr, So 9-13 Uhr, Mo geschlossen
Hofburg Schweizerhof, Säulenstiege	Weltliche und Geistliche Schatzkammer	Di, Do 15-20 Uhr So 9-13 Uhr (ganzjährig)
Hofburg Schweizerhof	Schauräume in der Hofburg	Mo-Sa 9-12, 13-16 ^h , So 9-13 Uhr (ganzj.)
Hofburg Michaelerplatz Batthiany-Stiege	Im Rahmen der Theatersamm- lung der Österreichischen Nationalbibliothek: Max Reinhardt - Gedenkstätte und Herрман Bahr-Zimmer	Di, Do, Sa 11-12 Uhr (Feiertage ausgen- ommen)
Institut Francais Lobkowitzplatz 2	Hans Fronius - Französische Blätter und neue Ar- beiten	9-18 Uhr (bis 20. Dez.)
Kunsthistorisches Museum Maria Theresien-Platz	Ägyptische Sammlung Antiken-Sammlung Gemäldegalerie und Samm- lung für Plastik und Kunstgewerbe	Di-Sa 10-15 Uhr So u. Feiertag 9-13 Uhr

1. Dezember 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2057

Kunsthistorisches Museum Maria Theresien-Platz	Marianische Ausstellung Münzkabinett Sonderausstellung: Maria - Die Darstellung der Madonna in der bil- denden Kunst Mittelalterliche Fresken- Kopien aus Jugoslawien	Do 10-15, So 9-13 Uhr Di-Sa 10-15 Uhr So 9-13 Uhr
Künstlerhaus Karlsplatz 5	Herbstausstellung mit Gedächtnisausstellungen Richard Harlfinger, Julius Schmid, Egge Sturm-Skrla, Olga Wisinger-Florian und Kollektion Harold Reitterer	täglich 9-18 Uhr (bis 31. Dez.)
Künstlerhaus-Franzö- sischer Saal Karlsplatz 5	Ausstellung von Werken von Lisl Engels, Laran und Edith Felice, Melzer, Mitschell- Arntal	tägl. 9-18 Uhr (11.- 31. dez.)
Kunstverlag Wolfrum Augustinerstraße 10 Eingang Lobkowitzplatz	Weihnachtsbuchausstellung Ewige Klänge - Musik, Thea- ter, Ballett der Welt	tägl. 8.30-18 So 10-13 Uhr (bis 24. Dez.)
Museum für Völkerkunde Neue Burg Heldenplatz	Bauernwerk der Alten Welt Mit James Cook in die Südsee Kunst und Kunstgewerbe Afrikas Österreich und die Erforschung Brasilians	Di-Sa 10-13 So 9-13 Uhr
Naturhistorisches Museum Maria Theresien-Platz	Schausammlungen	tägl. außer Di 9-13 Uhr
Neue Galerie Grünnergasse 1	Blumenbilder von gestern und heute	Mo-Sa 9-13, 14-18 Uhr, So 10-13 Uhr (bis 5. Dez.)
Sammlung des Kunst- historischen Museums Neue Burg, Heldenplatz	Weihnachtsverkaufsausstel- lung: Gemälde, Graphik, -- Kunsth Handwerk, Geschenk- bücher und Textilien	7.- 31. Dez. Mo-Sa 9-13, 14-18 Uhr So 10-13 Uhr
Sammlung des Kunst- historischen Museums Neue Burg, Heldenplatz	Waffensammlung Sammlung alter Musikinstru- mente, Museum österreichi- scher Kultur	Do 10-13, So 9-13 Uhr (ganzjährig)
N.Ö. Landhaus Herrengasse 9	N.Ö. Landesmuseum	tägl. außer Mo 9-17, So 9-13 ^h
Österr. Staatsarchiv Minoritenplatz 1	Sonderausstellung: N.Ö. Keramik der Gegenwart	tägl. auch So u. Feiertag 9-17 Uhr (bis 31.1.1955)
	Kirche in Österreich	Di u. Do 9-16 Uhr

./.

1. Dezember 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2058

Österr. Museum für
angewandte Kunst
Stubenring 5

Kunstgewerbe aller Zeiten:
Porzellan, Glas, Orienta-
lische Teppiche

Di-Sa 9-16
So 9-13 Uhr

Palais Harrach
Freyung 3

Neuer Hagenbund - Herbst-
ausstellung

tägl. 10-20 Uhr
(bis 6. Dez.)

Pasqualatisches Haus
Mölkerbastei 8

Beethoven-Erinnerungs-
stätte
Adalbert Stifter-Museum

tägl. außer Mo
9-16, So 9-13 Uhr

Secession
Friedrichstraße 12

Das gute Bild für jeden

2.- 30. Dez.
tägl. 10-20 Uhr

Secession-Ver Sacrum-
Zimmer
Friedrichstraße 12

Bartholomäus Stefferl:
Aquarelle und Graphik

tägl. 10-20 Uhr
(1.- 15. Dez.)

Wiener Uhrenmuseum
Schulhof 2

Schausammlungen

Di u. Sa 10-15 Uhr
Mi 10 Uhr Führung

3. Bezirk

Österreichische Galerie
Rennweg 6 u. 6a

Orangerie und Unteres
Belvedere: Museum mittel-
alterlicher österreichi-
scher Kunst
Österreichisches Barock-
museum

Di-Do 10-16 Uhr
So geschlossen

Österreichische Galerie
Prinz Eugen-Straße 27

Österreichische Galerie
des 19. u. 20. Jahrhunderts

Fr-So 10-16 Uhr

4. Bezirk

Kettenbrückengasse 6/2/17 Schubert-Sterbezimmer

tägl. außer Mo
9-16 Uhr, So u.
Feiertag 9-13 Uhr
Mi Eintritt frei
(ganzjährig)

5. Bezirk

Atelier
Margaretengürtel 94

Emil Beischläger: Ölbilder
und Graphik aus letzter
Zeit

tägl. 17-19 Uhr
So 10-13, 15-19^h
(bis 8. Dez.)

6. Bezirk

Haydn-Wohnhaus
Haydngasse 19

Haydn-Museum

Di-Sa 9-16 Uhr
So 9-12 Uhr
Mo geschlossen
(ganzjährig)

7. Bezirk

Messepalast
Mariahilfer Straße 2

Die Frau und ihre Wohnung

Di-Sa 11-19 Uhr
So 10-19 Uhr

Bundesmobilien-Ver-
waltung
Mariahilfer Straße 88

Stilmöbel aus dem Besitz
der Habsburger

Mo-Sa 9-16 Uhr
So 9-12 Uhr
(ganzjährig)

./.

1. Dezember 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2059

8. Bezirk

Ausstellungsraum des - Kinderbuch-Schau
Amtes für Kultur und
Volksbildung
Friedrich Schmidt-Platz 5

tägl. 9-19 Uhr
(bis 23. Dez.)

Österr. Museum für Sonderausstellung:
Volkskunde Marianische Wallfahrten
Laudongasse 15-19 in Österreich

Di-So 9-12 Uhr
(ganzjährig)

9. Bezirk

Schubert-Geburtshaus Schubert-Museum
Nußdorfer Straße 54

tägl. außer Mo
9-16 Uhr
So 9-13 Uhr
(ganzjährig)

10. Bezirk

Amtshaus
Gudrunstraße 133
Festsaal

Favoritner Bezirksmuseum jeden So 9-12 Uhr

12. Bezirk

Meidlinger Heimatmuseum Gedächtnisausstellung
Nymphengasse 7 Anton Hlavacek
Modeschule der Stadt Mode-Bibliothek
Wien
Hetzendorfer Straße 79

jeden Sonntag
9-12 Uhr

Di, Do 13-16.30
Sa 9-16.30 Uhr

13. Bezirk

Sammlung des Kunsthi- Wagenburg
storischen Museums in
Schönbrunn
Schloß Schönbrunn Schauräume
Schönbrunner Schloßstraße

tägl. 10-16 Uhr
(ganzjährig)

tägl. 9-12 Uhr
13-16 Uhr (ganzj.)

14. Bezirk

Technisches Museum Schausammlungen
Mariahilfer Straße 212

wochentags 10-12,
14-16 Uhr Führung,
So 9-13, 14-16 Uhr
Führung (ganzj.)

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 2. Dezember 1954

Blatt 2060

Statistisches über den Sommer

Der unfreundliche Juli im Spiegel der Zahlen

2. Dezember (RK) Der heurige Juli zeichnete sich durch einen abnormalen Witterungsverlauf aus. In Wien lag die Niederschlagshöhe 31 mm über dem Normalwert, die Sonne schien 52 Stunden weniger als dies durchschnittlich im Juli der Fall ist und die Lufttemperatur war 2 Grad unternormal. Nur ein einziger Tag konnte als heiter bezeichnet werden, während es an 18 Tagen regnete.

Dieses wenig hochsommerliche Wetter und die durch das Hochwasser der Donau verursachte zeitweise Sperre einiger Bäder hatten einen starken Rückgang in der Besucherzahl der städtischen Sommerbäder zur Folge. Während im Vorjahr 39.1 Prozent aller Badegäste im Juli gezählt wurden, waren dies heuer nur 13.7 Prozent. Der schwache Julibesuch wurde jedoch durch eine besonders starke Frequenz im Juni und September mehr als ausgeglichen, so daß insgesamt in der heurigen Saison um 6.480 mehr Besucher zu verzeichnen waren als in der vorigen.

Auch der Wasserverbrauch erreicht in normalen Jahren im heißesten Monat Juli das Maximum, wogegen heuer sowohl im Juni als auch im August mehr Hochquellwasser verbraucht wurde. Im Vergleich zum Vorjahr betrug der Juliverbrauch heuer nur um 470.000 Kubikmeter weniger, insgesamt war er in den Monaten des stärksten Verbrauches Mai bis September jedoch um 512.000 Kubikmeter höher.

Die Feuerwehr der Stadt Wien stand in den Tagen der Hochwas-

./.

serkatastrophe pausenlos im Einsatz. Im Juli wurde sie zur Behebung von Gefahren oder Schäden 716mal alarmiert, während sonst die Zahl der Ausrückungen aus diesem Anlaß in den Sommermonaten durchschnittlich zwischen 100 und 150 liegt.

Trotz Regen und Hochwasser ließen sich jedoch die Fremden nicht abhalten, Wien zu besuchen. Die Zahl der Fremdenübernachtungen stieg gegenüber dem Juli des vorigen Jahres um mehr als 25.000; allein Ausländer kamen über 7.000 mehr nach Wien. In keinem anderen österreichischen Bundesland war die prozentuelle Erhöhung der Übernachtungszahlen im Vergleich zum Juli 1953 so beträchtlich wie in Wien.

Die nach Herkunftsländern gegliederten Fremdenverkehrsstatistik ist neben vielen anderen Wiener Zahlen für die Monate Juli bis September 1954 in dem kürzlich erschienenen Heft 3 der "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" enthalten. Das Einzelheft kostet 4 Schilling, im Jahresabonnement 16 Schilling.

- - -

Ferkelmarkt vom 1. Dezember

=====

2. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 171 Ferkel, verkauft wurden 112. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 bis 6 Wochen 215 S, 7 bis 8 Wochen 258 S, 9 bis 10 Wochen 291 S, 12 Wochen 350 S.

Der Marktbetrieb war ruhig.

- - -

Stadtbahnstationen aus Stahl und Glas
=====

2. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat erteilte die Baubewilligung für die Errichtung der beiden Stadtbahnstationen auf dem Schwedenplatz, die nun anstelle der bereits im Sommer abgetragenen alten secessionistischen Objekte aufgebaut werden. Mit den Bauarbeiten an den unterirdischen Anlagen wurde bereits begonnen. Die unterhalb der Bahnsteigstiegen bestehenden Nebenräume, die im Kriege völlig zerstört wurden, müssen ganz abgetragen werden. An ihrer Stelle werden einige Schlafräume, sanitäre Anlagen sowie Räume für die Bediensteten und Lagerräume eingebaut.

Die neuen etwa nur drei Meter hohen modernen Aufnahmegebäude werden ganz aus Stahl und Glas errichtet. In den neuen Objekten werden auch einige Geschäftslokale sowie öffentliche Telefonsprechzellen und Vorverkaufsstellen der Verkehrsbetriebe untergebracht werden.

- - -

Vincent Auriol bei Bürgermeister Jonas
=====

2. Dezember (RK) Heute vormittag, kurz nach 11 Uhr, ist der frühere Präsident der Französischen Republik Vincent Auriol im Wiener Rathaus eingetroffen, um an der Schlußsitzung des Internationalen Kriegsteilnehmerkongresses teilzunehmen. Der französische Staatsmann wurde vom Präsidenten des Österreichischen Kriegsopferversverbandes, Bundesrat Schulz, in den Festsaal des Rathauses geführt, wo er unter stürmischem Beifall der versammelten Delegierten vom Kongreßvorsitzenden Albert Morel begrüßt wurde. Im Verlaufe der Sitzung wurde er zum Ehrenpräsidenten des Weltverbandes gewählt.

Um 12.30 Uhr suchte Vincent Auriol Bürgermeister Jonas in seinem Arbeitszimmer auf. Im Verlaufe des überaus herzlichen Gespräches gab das ehemalige französische Staatsoberhaupt seiner Bewunderung über den raschen und gut gelungenen Wiederaufbau der österreichischen Bundeshauptstadt Ausdruck. Es sei ihm aufgefallen, daß Wien nun lockerer geworden ist, daß man sich bemüht habe, das Stadttinnere von Wohnblöcken freizuhalten und die Neubauten an die grüne Peripherie hinauszuverlegen. Bürgermeister Jonas übergab seinem Gast zur Erinnerung an seinem Besuch im Rathaus ein großes Wien-Buch mit den Worten: "Wir bitten Sie, daß Sie unser guter Freund bleiben!" Vincent Auriol sagte zum Abschied: "Ich hoffe, daß ich bald wieder in diese Stadt zurückkehren werde, und zwar in ein freies Wien!"

- - -

Erziehungsberater tagen im städtischen Sonderkindergarten
=====

2. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz des Amtsführenden Stadtrates für das Wiener Wohlfahrtswesen Vizebürgermeister Honay begann heute im städtischen Sonderkindergarten im Auer Welsbach-Park eine Arbeitstagung der bei den Jugendämtern tätigen Erziehungsberater. Es handelt sich dabei durchwegs um Fachleute aus fast allen Bundesländern. Die Tagung hat die Aufgabe, durch Er-

fahrungsaustausch und in Diskussionen die Arbeit der Erziehungsberater zu besprechen und vielleicht auch bessere und neue Wege zu finden. Nach der Begrüßung durch den Zentralinspektor der städtischen Kindergärten und Horte Dr. Kothbauer gab Vizebürgermeister Honay einen Überblick über die Bemühungen der Gemeinde Wien auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt.

Die Arbeitstagung wird noch bis Samstag mittag dauern.

- - -

Die Forderungen der Wiener Spitalsärzte

=====

Weitgehende Annäherung bei den heutigen Verhandlungen im Rathaus

2. Dezember (RK) Heute fand im Wiener Rathaus beim städtischen Personalreferenten, Stadtrat Sigmund, eine neuerliche Besprechung über die Forderungen der Spitalsärzte der Stadt Wien statt. Der Präsident der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Nationalrat Pölzer, führte die Delegation, die aus den Gewerkschaftsvertretern der Spitalsärzte und Vertretern der Ärztekammer bestand. In der Beratung wurde bei einigen Forderungen eine weitgehende Annäherung erzielt. Die beiden Verhandlungspartner werden nun in ihren Körperschaften Bericht erstatten. Es ist mit einem baldigen Abschluß der Verhandlungen zu rechnen.

Alle bisher in der Presse erschienenen Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen entbehren jeder offiziellen Grundlage.

- - -

Bis 30. Dezember in der Secession:

450 Bilder erwarten ihre Käufer
=====

2. Dezember (RK) Heute mittag eröffnete Stadtrat Mandl in der Wiener Secession die fünfte Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die das Amt für Kultur und Volksbildung in Zusammenarbeit mit sämtlichen Wiener Künstlerverbänden veranstaltet. Die Ausstellung, die bis 30. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet ist, bringt ungefähr 450 Bilder, kleine Plastiken, Keramiken und Emailarbeiten bedeutender Wiener Künstler. Keine Zeichnung kostet mehr als 300 Schilling, kein Aquarell kostet mehr als 400 Schilling. Die Preisgestaltung wird sicher vielen Wienern die Möglichkeit geben, ein künstlerisches Bild für den weihnachtlichen Gabentisch zu erwerben. Eine nette Neuerung hat die Ausstellungsleitung in diesem Jahr eingeführt: auf einer Litfaßsäule in der Vorhalle der Ausstellungsräume werden alle Käufer von Bildern - wenn sie es wünschen - verzeichnet sowie die Künstler, deren Bilder verkauft wurden.

Bei der Eröffnung der Ausstellung, zu der sich viele Ehrengäste eingefunden hatten, sprachen zunächst die Vertreter der Künstlervereinigungen: Oskar Matulla im Namen der Secession, Prof. Obesieger für die Berufsvereinigung der bildenden Künstler, Präsident Keppel im Namen des Künstlerhauses, Arnulf Neuwirth für den "Kreis", Frau Markl für die Gemeinschaft der bildenden Künstler, Franz Luby für den Neuen Hagenbund, Frau Ursin-Riedl für die Vereinigung bildender Künstlerinnen, Prof. Strauch für den Verein heimischer Künstler Klosterneuburgs und Heinz Leinfellner als Vertreter des Art-Clubs.

Stadtrat Mandl dankte den Künstlervereinigungen, daß sie sich in gemeinsamer Arbeit unter einem Dach in sozusagen vorweihnachtlichem Frieden vereinigen. 236.000 Schilling brachten die Ausstellungen insgesamt in den letzten vier Jahren ein.

Allein in der vorjährigen Ausstellung wurden Bilder um 77.000 Schilling verkauft. Diese Zahlen sind eine Bestätigung dafür, daß sich eine solche Schau lohnt. Aber auch die hohen Besucherzahlen sprechen dafür. Im letzten Jahr wurde sogar die Besucherzahl der Zuckerbäckerausstellung bei weitem übertroffen. Wer die Wiener kennt, weiß, so bemerkte Stadtrat Mandl, was das in Wien heißt.

Abschließend wünschte Stadtrat Mandl allen Beteiligten reichen materiellen Erfolg und der Stadt Wien den gewünschten ideellen Erfolg für die Ausstellung, die er damit für eröffnet erklärte.

- - -

Rindernachmarkt vom 2. Dezember

=====

2. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 8 Ochsen, 3 Stiere, 8 Kühe, Summe 19. Inlandauftrieb: 1 Ochse, 2 Stiere, 25 Kühe, Summe 28. Gesamtauftrieb: 9 Ochsen, 5 Stiere, 33 Kühe, Summe 47. Verkauft: 6 Ochsen, 4 Stiere, 22 Kühe, Summe 32. Unverkauft: 3 Ochsen, 1 Stier, 11 Kühe, Summe 15.

Ruhiger Marktverkehr, Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 2. Dezember

=====

2. Dezember (RK) Inlandzufuhr: 1 Schwein. Aus Ungarn 1.564 Stück. Alles verkauft. Kontumazanlage: 48 Stück aus Jugoslawien, 29 aus Bulgarien. Der Marktverkehr war ruhig.

Preise: Ungarische Schweine 13.80 bis 14.- S, jugoslawische 12.50 bis 14.- S, bulgarische 14.- S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMITZ

Freitag, 3. Dezember 1954

Blatt 2067

Am ersten Tag:

Bilder für 10.000 Schilling verkauft
=====

"Das gute Bild für jeden" findet großen Anklang

3. Dezember (RK) Am Donnerstag eröffnete Stadtrat Mandl in der Wiener Secession die fünfte Ausstellung "Das gute Bild für jeden" die das Amt für Kultur und Volksbildung in Zusammenarbeit mit sämtlichen Wiener Künstlerverbänden veranstaltet. Schon am ersten Tag wurde die Ausstellung von fast tausend Besuchern besichtigt. 44 Bilder wurden um einen Gesamtbetrag von 10.587 Schilling verkauft. Auch die künstlerischen **Keramiken**, die kleinen Plastiken und der Emails Schmuck fanden großen Anklang.

Die Ausstellung ist bis 30. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Keine Zeichnung kostet mehr als 300 Schilling, kein Aquarell mehr als 400 Schilling.

- - -

Pferdemarkt vom 2. Dezember

=====

3. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 7 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 5 verkauft, unverkauft blieben 2. Kontumazanlage: 20 Stück aus Jugoslawien.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 3, Oberösterreich 2, Steiermark 1.

- - -

Bunte Parkbänke

=====

Neue und modernisierte Gartenanlagen

3. Dezember (RK) Das Wiener Stadtgartenamt wird auch heuer der Öffentlichkeit einen überaus interessanten und mannigfaltigen Tätigkeitsbericht über das Jahr 1954 vorlegen können. Zu den vielen in allen Wiener Bezirken durchgeführten Umgestaltungsarbeiten an den alten Beseirparks werden noch vor Jahresende zwei weitere modernisierte Parkanlagen, die auf dem Kriemhildplatz nächst der Baustelle der Wiener Stadthalle und die auf dem Hoßplatz in Floridsdorf dazukommen. Beide Anlagen wurden völlig umgestaltet und entsprechen so wie auch alle anderen, die heuer modernisiert wurden, dem "New-look" der Gartenarchitektur.

Seit mehreren Wochen wird in Hietzing an der Errichtung einer neuen Gartenfläche gearbeitet. Sie befindet sich an der Endstation der Linie 62 in der Wolkersbergenstraße und ist bereits zu zwei Dritteln fertiggestellt. In den letzten Tagen wurden viele Wiener Parkanlagen mit neuen Bänken der Type "Westbahnhof" ausgestattet. 1000 Stück dieser neuen, elegant weiß lackierten Sitzbänke wurden auf den Stadtpark, den Rathauspark, den Schweizer Garten, den Kongreßpark und den Wasserpark aufgeteilt. Zum ersten Mal wurden in einer Parkanlage auch verschiedenfarbige Bänke aufgestellt, und zwar auf den Ruheplätzen des neuen städtischen Wohnhausblockes auf dem Hietzinger Kai. In dieser Wohnhausanlage ist gegenüber dem Eingang in die jüngste Volkshochschule Wiens auch eine vieldiskutierte abstrakte Plastik "Der Mandolinenspieler" von Bildhauer Wander Bertoni zu sehen.

- - -

250 Krampusfeiern in Wien
=====

3. Dezember (RK) Bis zum heutigen Tag wurden im Rathaus beim Referat für Vergnügungs- und Getränkesteuer 183 Nikolo- und Krampusfeiern angemeldet. Erfahrungsgemäß werden noch ungefähr 60 Anmeldungen erwartet, sodaß auch heuer die Zahl der Krampusfeiern 250 nicht übersteigen wird. Abgesehen von den 50 "Krampusrummeln", die im Vorjahr von den inzwischen abgetretenen Randgemeinden angemeldet wurden, entspricht auch heuer die Zahl der Veranstaltungen dem langjährigen Durchschnitt.

- - -

Tödlicher Unfall
=====

3. Dezember (RK) Heute um 8.41 Uhr ist auf der Hütteldorfer Straße, Ecke Kendlerstraße, der 85jährige Karl Priegl, 14, Goldschlagstraße 144/24, von der ersten Beiwagenplattform eines in Richtung Hütteldorf fahrenden Zuges der Linie 49 aus unbekannter Ursache auf die Straße gestürzt. Der alte Mann stand allein auf der Plattform. Er ist mit dem Zug nicht in Berührung gekommen. Der Arzt des Rettungsdienstes konnte nur mehr den Tod durch Schädelbasisbruch feststellen. Der Tote wurde in das Gerichtsmedizinische Institut gebracht. Die Störung dauerte 14 Minuten.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 6. bis 12. Dezember

3. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 6. Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Desy Halban; am Flügel Viktor Graef (Schubert, Brahms, Wolf Mahler)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus IIb der Wr.KHG
	Konzerthaus (Studio der Wr. Symphoniker) 19.30	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Orchesterkonzert; Leitung Karl Barylli
Dienstag 7. Dez.	Gr.K.H.Saal 19.30	Österreich. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus IIb der Wr. KHG
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: 1.Klavierabend, Klasse Bruno Seidl- hofer (Haydn, Mozart, Beethoven, Chopin, Berg)
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.30	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Kammermusikabend der Klasse Karl Barylli
Mittwoch 8. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	Festakademie des Erzbischöflichen Seelsorgeamtes
	Gr.M.V.Saal 19.30	Wohltätigkeitsakademie der "Wiener Jugendfreunde"
	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus "Kammermusik" der GdM; Musikvereinsquartett
	Gr.K.H.Saal 15.00	Akademie des Salesianums
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus IIb; Friedrich Gulda (Klavier), Wr. Symphoniker, Dirigent Ataulfo Argenta (R. Strauß, de Falla)
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: "Große Sänger vor 50 Jahren"; Vor- trag mit Schallplatten Ernst Nadherny

3. Dezember 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2071

Donnerstag 9. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 15. Jugendkonzert; Wr. Symphoniker, Dirigent Hans Swarowsky (für Schüler)
	Gr.M.V.Saal 20.00	Orchesterkonzert der Wiener Symphoniker; Arthur Grumiaux (Violine), Dirigent Franco Gallinie (Casella, Cherubini, Paganini, Petrassi)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Abend "Kammermusik"; Musikvereins- quartett (Mozart, Beethoven, Ravel)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wiener Schubertbund: a cappella-Konzert, Dirigent Leo Lehner
	Schubertsaal (KH) 19.30	Chorkonzert der Katholischen Jugend
	Musikakademie Orgelsaal 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend Werner Schmid (Bach, Reger, Fr.Schmidt)
Freitag 10. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Klavierabend Jaques Klein (Mozart, Brahms, Chopin, C.Franck)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Liederabend Lillemari Rajdl-Östvig; am Flügel Dr. Erik Werba
	Kammersaal (MV) 17.00	Österr. Gesellschaft f. zeitgen. Musik: 14. Studiokonzert (P.W. Fürst, J.Marx, J.Siderits, H.U.Staeps)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Wiener Streichtrio
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: "Duette aus zwei Jahrhunderten"; Lie- derklasse Dr. Ernst Reichert
Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Trioabend Dr. Erich Roubicek (Kla- vier) - Mario Beyer (Violine) - Otto Krenner (Cello)	
Samstag 11. Dez.	Gr.M.V.Saal 15.00	RWR-Konzert der Wiener Symphoniker; Camillo Wanausek (Flöte), Helen und K.U. Schnabel (Klavier), Dirigent Lee Shaynen (Mozart, Mendelssohn, Griffit)
	Kammersaal (MV) 19.00	Horak-Konservatorium: Schülerkonzert
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: Klaviervortragsabend; 1.) Öffentl. Reifeprüfung Ruslana Antonovic; 2.) Klavierabend Klasse Richard Hau- ser

3. Dezember 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2072

Sonntag Gr.M.V.Saal
12. Dez. 16.00

N.Ö. Tonkünstlerorchester:
4. Sonntagnachmittagskonzert; Elisa-
beth Roon (Gesang), Walter Kamper
(Klavier), Dirigent Dr. Gustav Kos-
lik (Mozart, Schubert, Reger)

- - -

Die städtischen Bäder am Feiertag

=====

3. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 8. Dezember, sind von den städtischen Bädern nur das Amalienbad, das Jörgerbad und das Thalia- bad von 8 bis 12 Uhr, die Schwimmhallen von 9 bis 19 Uhr geöffnet.

- - -

Landaufenthalt für 250 Wiener Dauerbefürsorgte
=====Verwendung der Kaiserspende

3. Dezember (RK) Wie haben bereits gemeldet, daß der Kaiser von Äthiopien an Bürgermeister Jonas vierzig Stück Einhundert-Dollarnoten übergeben hat. Diese Spende - rund 100.000 Schilling - ist nach dem Wunsche des Kaisers für die Armen Wiens bestimmt. Der Bürgermeister hat diese Spende an den städtischen Wohlfahrtsreferenten, Vizebürgermeister Honay, weitergeleitet. Dieser hat nun dem Bürgermeister vorgeschlagen, den Betrag dazu zu verwenden um städtischen Dauerbefürsorgten im nächsten Jahr einen vierzehntägigen Landaufenthalt zu gewähren.

Bürgermeister Jonas hat diesem Vorschlag zugestimmt. Es werden dadurch im Jahre 1955 um ungefähr 250 Personen mehr als bisher in die bereits seit 1952 bestehende Landaufenthaltsaktion für städtische Dauerbefürsorgte einbezogen werden.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 4. Dezember 1954

Blatt 2074

Weihnachtsbäume der Gemeinde Wien

=====

4. Dezember (RK) Wie in jedem Jahr wurden auch heuer auf dem Rathausplatz und vor dem Westbahnhof von der Gemeinde Wien Weihnachtsbäume aufgestellt. Gestern abend erstrahlten sie zum ersten Mal in ihrem Lichterglanze. Die beiden schlanken Riesen standen noch vor wenigen Tagen schneebedeckt auf der Wildalpe. Jetzt übermitteln sie als erste Boten des nahenden Weihnachtsfestes allen Wienerinnen und Wienern die Feiertagswünsche der Stadtverwaltung.

- - -

Sammlung für die Armen Wiens

=====

4. Dezember (RK) Die diesjährige Sammlung in den Häusern für die Armen Wiens wird in der Zeit vom 5. bis einschließlich 11. Dezember durchgeführt.

Ihr Ertrag dient der zusätzlichen Fürsorge für arme, alte und kranke Bewohner der Stadt Wien.

Jeder spende daher nach Vermögen - er hilft Notleidenden!

- - -

Franz Schmidt - Hermann Grädener - Carl Lafite
=====

"Musikergedenktage" im Wiener Rathaus

4. Dezember (RK) Die Wiener Stadtbibliothek setzt die Reihe der Kleinausstellungen nunmehr mit einem musikalischen Thema fort. Unter dem Titel "Drei Musikergedenktage" erinnert sie an den 80. Geburtstag des 1939 verstorbenen großen österreichischen Symphonikers Franz Schmidt (22. Dezember), den 25. Todestag von Hermann Grädener (15. September) und den 10. Todestag von Carl Lafite (19. November). Leben und Wirken dieser drei für Wien bedeutsamen Persönlichkeiten ist mit einer knappen Auswahl von wertvollen Originalhandschriften, Drucken und Bildzeugnissen eindrucksvoll belegt. Die Ausstellung befindet sich im Lesesaal der Stadtbibliothek (Neues Rathaus, I. Stock, Stiege IV) und ist vom 7. bis einschließlich 31. Dezember frei zugänglich (Montag bis Freitag 9 bis 18.30 Uhr, Samstag 9 bis 12 Uhr).

- - -

10. Österreichischer Städtetag
=====

Ehrenmitgliedschaft für Bundespräsident Dr.h.c. Körner

Festsitzung im Messepalast

4. Dezember (RK) Heute vormittag begannen im Festsaal des Wiener Messepalastes die Beratungen des 10. Österreichischen Städtetages. Vorher fand eine Festsitzung statt, bei der Bundespräsident Dr.h.c. Körner die Ehrenmitgliedschaft zum Österreichischen Städtebund verliehen wurde. Gleichzeitig wurde dem Bundespräsidenten die Urkunde überreicht.

Als der Bundespräsident, geleitet von Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Honay, den Saal betrat, erhoben sich die Delegierten von ihren Sitzen. Der Chor "Jung-Wien" unter der Leitung von Prof. Leo Lehner sang die Bundeshymne. Bürgermeister und Vizebürgermeister geleiteten den Bundespräsidenten auf seinen Ehrenplatz. Neben ihm hatten Vizekanzler Dr. Schärf, die Minister Dr.

./.

Kamitz, Helmer, Maisel, Dipl.Ing. Waldbrunner, die Staatssekretäre Dr. Bock, Dr. Fischer und Dr. Kreisky Platz genommen.

Der Vorsitzende des Österreichischen Städtetages, Bürgermeister Jonas erklärte den Städtetag für eröffnet. Er führte ferner aus, daß der Hauptausschuß des Österreichischen Städtetages im Jahre 1953 den einstimmigen Beschluß faßte, am nächsten Städtetag den Antrag zu stellen, Bundespräsident Dr.h.c. Körner in Würdigung seiner großen Verdienste um den Österreichischen Städtebund und um die österreichische Kommunalpolitik die Ehrenmitgliedschaft zum Städtebund zu verleihen. Heute ist nun die Möglichkeit gegeben, dem Beschluß des Hauptausschusses nachzukommen und dem Österreichischen Städtetag den Antrag zu unterbreiten. Die Ehrenmitgliedschaft ist die einzige Auszeichnung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unserer Republik, die sich um die österreichischen Gemeinden und um die kommunale Selbstverwaltung im allgemeinen sowie um den Österreichischen Städtebund im besonderen außergewöhnliche Verdienste erworben haben.

Der Vorsitzende würdigte sodann das Wirken des Bundespräsidenten, der nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zunächst an die Spitze der Verwaltung der Bundeshauptstadt berufen wurde. Dr. Körner hat auch in einer Zeit, in der es in Wien nichts als Trümmer gab und in der viele unserer Mitbürger von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung erfüllt waren, die Führung der Verwaltung der Bundeshauptstadt übernommen. Er hat gemeinsam mit einigen Mitarbeitern einen völlig neuen Verwaltungsapparat aufgebaut, die Säuberung der Stadt von den Spuren des Kampfes in die Wege geleitet, den Wiederaufbau organisiert und zu einem von der ganzen Welt anerkannten Höhepunkt geführt. Diese große Leistung ist Theodor Körner in einer Periode gelungen, an deren Beginn in der Stadt noch gekämpft wurde, Gewalt und Willkür eine tägliche Erscheinung waren. Wenige Monate nachher trat an Stelle des Regimes der erobernden Kampftruppen das Besatzungsregime der vier Alliierten Mächte. Keinem anderen wäre in dieser Zeit gelungen, was Körner damals in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht hat: die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Position des Wiener Bürgermeisters und des Wiener Städtensates nicht nur bei der Bevölkerung sondern auch bei den Besatzungsmächten.

Nach Lösung der ersten Aufgaben des Wiederaufbaues hat Körner auch die Wiedererrichtung des Österreichischen Städtebundes ermöglicht. Er hat im Wiener Rathaus eine Heimstatt gefunden. Dr. Körner stand an der Spitze des Österreichischen Städtebundes als sein 1. Vorsitzender und zugleich als begeisterter Förderer seiner Absichten, Aktionen und Arbeiten. Unter seinem Vorsitz konnte sich der Städtebund zu einer angesehenen und anerkannten Interessenvertretung der österreichischen Gemeinden entwickeln, die aus dem öffentlichen Leben kaum mehr wegzudenken ist.

Hierauf unterbreitete Bürgermeister Jonas dem Städtetag den Antrag, Bundespräsident Dr.h.c. Körner die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen. Die Delegierten erhoben sich unter stürmischem Beifall spontan von ihren Sitzen. Hierauf überreichte Bürgermeister Jonas dem Bundespräsidenten die Ehrenurkunde über den Beschluß des 10. Österreichischen Städtetages.

Bundespräsident Dr.h.c. Körner führte aus: "Ich weiß die hohe Ehre wohl zu schätzen, die mir der Österreichische Städtebund hat zuteil werden lassen und ich danke von ganzem Herzen. Man darf den Beschluß des Städtetages, mich mit der Ehrenmitgliedschaft auszuzeichnen, gewiß als einen Beweis der persönlichen Sympathie und der freundschaftlichen Gesinnung werten. Zugleich aber ehren die österreichischen Städtevertreter in mir den ehemaligen Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien. Sie hat sich stets treu zur Gemeinschaft dieses Bundes bekannt, sie hat seiner Arbeit stets große Förderung angedeihen lassen, sie ist es also, die es in erster Linie verdient, Ehrenmitglied des Städtebundes zu sein. Mit großer Freude und mit einem gewissen Gefühl des Heimwehs denke ich an die Zeit zurück, als ich als Obmann des Österreichischen Städtebundes die Stelle einnehmen konnte, die jetzt Bürgermeister Jonas ausfüllt. Wir haben miteinander schwere Zeiten durchgemacht. Es galt den Hunger und das Elend der Nachkriegszeit, die Seuchengefahr und die Obdachlosigkeit zu bekämpfen. Es ist gut, sich manchmal daran zu erinnern, wie es damals war, mit umso größerer Freude dürfen wir feststellen, daß die Arbeit aller Stadtverwaltungen nicht vergeblich gewesen ist. Der Wiederaufbau der österreichischen Gesamtwirtschaft zeigt sich nirgends deutlicher als in unseren Städten, denen der Krieg die schwersten Schäden zugefügt hat. Neun Jahre haben wir benötigt, um das Zerstörte schöner und besser zu gestalten.

ten. Die erprobten Bürgermeister, die Stadtväter und die getreuen Beamten der Stadt, in der Hauptsache aber ihre Bewohner, sie alle haben den größten Anspruch auf immerwährenden Dank. Die Freude über das schon Erreichte mag ihnen allen Ansporn für die Arbeit sein, die noch zu leisten sein wird.

Die Wiedererrichtung des Österreichischen Städtebundes im März 1946 war ein wichtiger Schritt zur Erreichung des Zieles, gemeinsame Aufgaben durch gemeinsame Arbeit zu meistern. Abschließend dankte Bundespräsident Dr. h. c. Körner nochmals für die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft zum Österreichischen Städtebund und wünschte dem Städtetag Erfolg bei seinem weiteren Wirken.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, betonte nach der Rede des Bundespräsidenten, die von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde, daß die Absicht besteht, die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft als eine besondere und hohe Auszeichnung zu werten und demgemäß von ihr einen sparsamen Gebrauch zu machen.

Mit einem Lied, das der Chor "Jung-Wien" vortrug, schloß die Festsitzung.

Hauptversammlung des Städtebundes

Im Anschluß an die Festsitzung wurde die Hauptversammlung des 10. Österreichischen Städtetages eröffnet. 400 Delegierte aus 170 österreichischen Gemeinden, die mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung der Republik repräsentieren, waren nach Wien gekommen, um an den Beratungen teilzunehmen. Unter den Gastdelegierten befindet sich der Generalsekretär des Internationalen Städtebundes Arkema sowie eine siebenköpfige Delegation des Deutschen Städtetages. Unter ihnen die Oberbürgermeister von Augsburg Dr. Müller und von Karlsruhe Dr. Klotz. Ferner nehmen an den Beratungen Mitglieder des österreichischen Nationalrates teil. Die Stadt Wien ist durch den Vorsitzenden Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Lakowitsch, Resch, Sigmund und Thaller sowie Stadtschulratspräsident Dr. Zechner vertreten.

Bürgermeister Jonas gab in seiner Begrüßungsansprache einen Überblick über das Tagungsprogramm. Er wertete es als ein Zeichen der Konsolidierung, daß der Österreichische Städtetag diesmal Zeit

findet, über die Probleme des Alltags hinauszugehen und über die Abhaltung von Jungbürgerfeiern in ganz Österreich zu beraten.

Bürgermeister Jonas begrüßte dann die Delegierten und erteilte Vizekanzler Dr. Schärf das Wort, der in seiner Ansprache auf die Stellung und Bedeutung hinwies, die sich der Städtebund in Österreich errungen hat. Der Städtebund ist eine Organisation von freiwilligen Mitarbeitern geblieben. Er hat bewiesen, wie erfolgreich freiwillige Arbeit sein kann, wenn sie gut und zweckmäßig organisiert ist. Zehn Jahre nach dem Kriege können wir ein normales Funktionieren des öffentlichen Lebens feststellen. Österreich und seine Wirtschaft sind gesünder als vor 1938. Wir haben keine Massenarbeitslosigkeit und können auch eine erfreuliche Erscheinung verzeichnen, die wir vor 1938 nicht gekannt haben, nämlich eine entschiedene Staatsbejahung, die sich durch eine glühende Liebe der Österreicher zu ihrem Staat äußert. Vizekanzler Dr. Schärf äußerte die Meinung, daß mit der Konsolidierung unseres öffentlichen Lebens auch eine gerechte Neuverteilung der Verwaltungsausgaben notwendig sei. Auf diesem Gebiet ist in Hinkunft eine Dauerregelung vorgesehen. Die Bundesregierung, sagte er, wird mit größter Entschiedenheit darauf drängen, daß an Stelle kurzfristiger, nunmehr langfristige Finanzausgleiche zustande kommen. Dem 10. Österreichischen Städtetag wünschte er namens der Regierung die besten Erfolge und gab dem Wunsche Ausdruck, daß ihm Anregungen entspringen mögen, die den österreichischen Staatsbürgern das Leben noch mehr lebenswerter machen werden.

Im Namen des Internationalen Städtebundes sprach Generalsekretär Arkema (Holland). Er verwies auf das herzliche Verhältnis, das sich zwischen dem Österreichischen Städtebund und der großen internationalen Körperschaft der Gemeindevertreter entwickelt hat. Zugleich überbrachte er die Einladung zum Internationalen Städtekongreß, der im September 1955 in Rom stattfinden wird. Die Veranstalter, sagte er, sind von dem Ehrgeiz durchdrungen, den Kongreß in der italienischen Hauptstadt genauso erfolgreich zu gestalten, wie es der Internationale Städtekongreß 1953 in Wien gewesen ist. Oberbürgermeister Dr. Müller (Augsburg) überbrachte die Grüße der deutschen Städte. Er erinnerte an den engen Kontakt, den die deutschen Städte stets mit dem Österreichischen Städtebund aufrechterhalten. Die kommunalen und städtischen Einrichtungen Wiens,

4. Dezember 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2080

sagte er, gelten auch in Deutschland als mustergültig und deutsche Studienkommissionen kommen gerne in die österreichische Bundeshauptstadt, um hier zu lernen. Die soziale Fürsorge und der soziale Wohnungsbau Wiens werden in den deutschen Städten mit großem Interesse verfolgt. Als letzter begrüßte der Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes, Minister a.D. Födermayr, die Tagung. Er brachte seine Befriedigung über die bewährte Zusammenarbeit des Österreichischen Gemeindebundes mit dem Österreichischen Städtebund zum Ausdruck. Die gemeinsamen Aufgaben, sagte er, können nur gemeinsam gelöst werden. Abschließend dankte er den Vertretern des Städtebundes für das Verständnis, das sie schon so oft für die finanzschwachen Gemeinden bekundeten.

./.

Der Finanzausgleich 1955

Das Hauptreferat des ersten Tages der Vollversammlung des Städtebundes hielt der Wiener Finanzreferent Stadtrat Resch. Er berichtete über den Finanzausgleich für das Jahr 1955. Der Bund war bereit, unter gewissen Bedingungen einen dreijährigen Finanzausgleich abzuschließen. Dafür wurde gefordert, daß die Gemeinden dem Bund die Hälfte der Gewerbesteuer und einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer überlassen, wogegen der Bund bereit war, das Bundespräzipium von derzeit 700 Millionen Schilling jährlich gänzlich aufzuheben und kleinere Verbesserungen der Beteiligung der Gemeinden an der Bier- und Weinsteuern zuzugestehen.

Der Finanzausschuß des Städtebundes hat diese Vorschläge eingehend beraten und einstimmig die Ablehnung empfohlen, weil sie die Steuerhoheit der Gemeinden verletzen und durch den Eintausch von noch entwicklungsfähigen Steuern gegen Steuern, deren Einnahmen bereits rückläufig sind, die zukünftige Finanzlage der Gemeinden schwer gefährden würden. Die Vertreter des Städtebundes bemühten sich nunmehr in Verhandlungen mit den Vertretern des Gemeindebundes, der die kleinen Gemeinden Österreichs vertritt, einen interkommunalen Ausgleich zu finden, der den Forderungen der Kleingemeinden auf eine stärkere Beteiligung an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben Rechnung trägt, ohne das Gesamtinteresse aller Gemeinden Österreichs zu verletzen. Ein solcher Ausgleich kam auch nach längeren schwierigen Verhandlungen zustande. Er wurde von beiden Verbänden vorerst den Vertretern der Länder und dann den Vertretern des Bundes unterbreitet. Der nun abgeschlossene Finanzausgleich beruht auf den gleichen Grundlagen wie die bisherigen Finanzausgleiche und wurde daher vom Bund auch heuer wieder nur für ein Jahr zugestanden. Er läßt die Anteile des Bundes und der Länder an den gemeinschaftlichen Bundessteuern völlig unberührt und ändert nur auf der Grundlage des zwischen den zwei Gemeindeverbänden getroffenen Ausgleiches die Anteile der Städte und der Kleingemeinden. Durch eine Besserung des sogenannten abgestuften Bevölkerungsschlüssels werden die Gemeinden bis 1.000 Einwohner um 16,6 Prozent und die Gemeinden von 1.001 bis 2.500 Einwohnern um 33,3 Prozent mehr Ertragsanteile erhalten als bisher. Der Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebs- und

Wohngemeinden wird zugunsten der Wohngemeinden geändert und ein zweiter Gewerbesteuerausgleich neu eingeführt, der den Betriebsgemeinden, deren Gewerbesteuereinnahmen je Kopf der Bevölkerung mehr als 450 Schilling jährlich betragen, ein Drittel dieser Mehreinnahmen abschöpft. Der Abschöpfungsbetrag wird zu einem Drittel den Wohngemeinden des Betriebsortes und zu zwei Dritteln allen Gemeinden des betreffenden Landes zugeführt, deren eigene Kopfquote an Gewerbesteuer unter dem Landesdurchschnitt bleibt.

Den sogenannten Wiener Randgemeinden, die selbständige Gebietskörperschaften geworden sind, wurde zugestanden, daß sie noch bis Ende 1955 nicht die ihnen nach ihrer Bevölkerungszahl zustehenden Ertragsanteile erhalten sollen, sondern diejenigen, die sie erhielten, wenn sie noch ein Bestandteil Wiens wären. Der Finanzminister hat schließlich zugesagt, einen Bundeszuschuß für die öffentlichen Spitäler von 50 Millionen Schilling und für die von Ländern und Gemeinden vertretenen Theater einen solchen von 10 Millionen Schilling in das Budget 1955 aufnehmen zu lassen.

Stadtrat Resch betonte abschließend, daß der Städtebund bei seinem Entgegenkommen gegen die Kleingemeinden nunmehr an die **Grenze** des Möglichen gegangen sei. Man darf nicht erwarten, daß auch weiterhin jede Einnahmeneinbuße der kleineren Gemeinden bei neuen Steuerreformen durch den Verzicht der Städte auf ihren Anteil an den gemeinschaftlichen Bundessteuern zugunsten der Kleingemeinden wettgemacht werden könnte. Es wäre an der Zeit, daß die Kleingemeinden vor neuen Forderungen an die Städte daran gehen, ihre eigenen Steuermöglichkeiten, besonders bei der Grundsteuer, der Geldentwertung entsprechend auszubauen. Er trat auch energisch gewissen Bestrebungen entgegen, die vom Volke gewählten Vertreter der mehr als 4.000 Gemeinden Österreichs von den Finanzausgleichsverhandlungen ausschalten zu wollen. Solange es in demokratischen Zeiten Österreichs einen Finanzausgleich gibt, wurde er zwischen den daran interessierten Gebietskörperschaften, dem Bund, den Ländern und den Gemeinden verhandelt und vereinbart und an dieser im Interesse aller gelegenen Regelung werden die Gemeinden nicht rütteln lassen.

Jungbürgerfeiern in ganz Österreich

Über die Durchführung von Jungbürgerfeiern in Österreich sprach Bürgermeister Dr. Tizian, Bregenz. Wie er ausführte, besteht das Bestreben, die Bevölkerung und vor allem die Jugend an der Verantwortung für das öffentliche Leben teilnehmen zu lassen. Dies zu unterstreichen und zu betonen, soll der Zweck der Jungbürgerfeiern sein, die 1947 zum erstenmal in Vorarlberg veranstaltet wurden. Die Jugend soll im Staat ein harmonisches Ganzes sehen und nicht nur die Behörden und Ämter. "Du wirst in diesem Jahre volljährig und erhältst zugleich das aktive Wahlrecht. Du erhältst damit das Recht und die Pflicht, an der Gestaltung des öffentlichen Lebens, das auch für dein Schicksal wichtig ist, teilzunehmen." Diese Worte stehen auf dem Widmungsblatt, mit dem die Vorarlberger Jungbürger ihr Jungbürgerbuch ausgehändigt erhalten. Damit ist der Sinn und Zweck dieser Einrichtung am besten erläutert. Wir wollen der Jugend damit sagen, daß wir sie brauchen, daß sie mitdenken, mitreden und mithandeln muß.

Der Referent gab dann einen Überblick über die Entstehung der Jungbürgerfeiern, die in Vorarlberg aus der benachbarten Schweiz übernommen wurden. Die erste Jungbürgerfeier wurde von der Arbeiterkammer veranstaltet, später haben die einzelnen Gemeinden die Durchführung übernommen. Die Teilnahme an den Feiern ist freiwillig, auch besteht selbstverständlich der Grundsatz, keinerlei Parteipolitik bei den Feiern zu betreiben.

Im Kulturausschuß des Städtebundes wurde die Frage der Jungbürgerfeiern bereits behandelt. Der Referent unterbreitete daher der Vollversammlung die Vorschläge: die Jungbürgerfeiern, die eine wertvolle Möglichkeit darstellen, den jungen Staatsbürger zur Mitarbeit am öffentlichen Leben zu gewinnen, sollen von den Städten und Gemeinden durchgeführt werden. Das Jungbürgerbuch soll länderweise herausgegeben und mit einem einheitlichen Beitrag des Bundes versehen sein. Der zehnte Jahrestag des Bestandes der zweiten Republik soll der Anlaß sein,

zum erstenmal in ganz Österreich Jungbürgerfeiern durchzuführen.

Halb Österreich im Städtebund

Der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Riemer, erstattete nun die Berichte des Sekretariates und der Österreichischen Gemeinde-Zeitung sowie in Vertretung des dienstlich verhinderten Bürgermeisters von Salzburg, Dr. Pacher, den Bericht des Kassiers. Wie Bundesrat Riemer ausführte, hat der Österreichische Städtebund seit der letzten Tagung wieder zwölf Mitgliedsgemeinden neu hinzugewonnen. Der Städtebund umfaßt nunmehr 170 Mitgliedsgemeinden mit einer Einwohnerzahl von 3,5 Millionen. 50.6 Prozent der Gesamtbevölkerung Österreichs werden durch den Österreichischen Städtebund repräsentiert.

Im Verlauf seiner Ausführungen unterbreitete der Referent der Vollversammlung eine Reihe von Anträgen. So appelliert der Städtetag in einer EntschlieÙung an die Gesetzgebung, die Beratungen über ein modernes Grundbeschaffungsgesetz zu beginnen und den Gemeinden zusätzliche Mittel in die Hand zu geben, die sie befähigen, eine den Interessen der Gesamtbevölkerung und des modernen Verkehrs entsprechende Entwicklung unserer Städte und Dörfer zu gewährleisten. Weiter heißt es in der EntschlieÙung, daß der für die Krankenanstalten vom Bund in Aussicht genommene Beitrag weit hinter der Regelung von einst bleibt und die finanzielle Notlage der spitalerhaltenden Gemeinden nur zu mildern vermag. Der Städtetag hält es daher für notwendig, das neue Krankenanstaltengesetz raschest der parlamentarischen Beratung zuzuführen. Ferner wird die Forderung nach Wiederherstellung der Steuerleistung der Monopolbetriebe des Bundes an die Gemeinden erneut aufgestellt. Der Städtetag fordert die Bundesregierung auf, von den Gemeinden keine Beiträge zu begehren, die gesetzlich nicht begründet sind. Im besonderen wird die Befreiung von Sach- und Personalleistungen für Bundesmittelschulen gefordert. Der Städtetag verlangt auch, die Beratungen über die Schulerrichtungs- und -erhaltungsgesetze ehestens

wieder aufzunehmen. Ebenso dringend scheint dem Städtetag die gesetzliche Regelung der Errichtung und Führung von Kindergärten und Kinderheimen. Einspruch wird gegen die Absicht erhoben, die Gemeinden von der Vergütung von Schäden durch die militärische Besetzung auszuschließen.

In einer Resolution, die der Referent gleichfalls als Antrag unterbreitete, wird die in der Verfassung verheissene Neuregelung auf dem Gebiete des Gemeinderechtes urgiert.

Ein weiterer Antrag empfiehlt den Mitgliedsgemeinden des Städtebundes, den von der Bundesregierung für die Durchführung der dritten Etappe der Entnivellierung festgesetzten Termin, 1. Juni 1955, auch für ihren Bereich anzuwenden.

(Bericht über die Nachmittagsitzung in unserer letzten Ausgabe)

Wilhelmine Schröder-Devrient zum Gedenken
=====

4. Dezember (RK) Auf den 6. Dezember fällt der 150. Geburtstag der unvergeßlichen Sängerin der Wiener Oper Wilhelmine Schröder-Devrient.

Als Tochter der berühmten Burgschauspielerin Sophie Schröder in Hamburg geboren, lernte sie schon als Kind tanzen und wurde später auch im Schauspiel ausgebildet. Sie erhielt ein Engagement am Hofburgtheater, wandte sich aber dann dem Gesang zu und debütierte 1821 am Kärntnertortheater. In der Folge entwickelte sie sich zu der berühmtesten dramatischen Sängerin ihrer Zeit. Von 1823 bis zu ihrem Abschied von der Bühne im Jahre 1847 gehörte sie dem Dresdener Hoftheater an, unternahm aber zwischendurch viele Gastspielreisen, die sie bis nach Paris und London führten. Am 26. Jänner 1860 ist sie in Koburg gestorben. Wilhelmine Schröder-Devrient hat mit ihrer großartigen Darstellungs- und Gesangkunst von Wien aus nicht bloß Webers "Freischütz" zu einem durchschlagenden Erfolg verholfen, sondern vor allem Beethovens "Fidelio" für immer die Opernbühne erobert. Auch für Schubert ist sie als Konzertsängerin besonders eingetreten.

- - -

Die Nachmittagsitzung des Städtetages
=====

4. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Koref, Linz, wurden heute nachmittag die Beratungen des 10. Österreichischen Städtetages fortgesetzt. Vorher hatten Kommissionen über Finanzangelegenheiten und über die Jungbürgerfeiern Sitzungen abgehalten.

Stadtrat Resch, Wien, berichtete über die Beratungen der Finanzkommission, in der, wie er betonte, alle Diskussionsredner den Standpunkt vertraten, daß bei den Finanzausgleichsverhandlungen das Möglichste erreicht worden war.

Bürgermeister Dr. Tizian, Bregenz, referierte der Hauptversammlung über die Jungbürgerfeiern, die bereits im nächsten Jahr in ganz Österreich abgehalten werden sollen. Man ist übereingekommen, Detailfragen dem Kulturausschuß zur Behandlung zuzuweisen.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wurden sämtliche Anträge der Referenten einstimmig angenommen. Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Koref, unterbrach hierauf die Sitzung. Der Städtetag wird morgen Sonntag, um 10 Uhr, fortgesetzt. Bürgermeister Dr. Koref berichtet über "Die Gemeinden und Europa".

Am Abend gab die Stadt Wien für die auswärtigen Delegierten im Rathauskeller einen Empfang.

- - -

Bürgermeister Jonas empfing Auslandsösterreicher
=====

4. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute/ in
den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses die Delegierten
der im Weltbund der Auslandsösterreicher zusammengeschlossenen
Vereine. Der Weltbund, der seinen Sitz in Zürich hat, hält
gegenwärtig in Wien seine Jahresversammlung ab.

An dem Empfang nahmen von Seiten der Stadtverwaltung
Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, Vizebürger-
meister Weinberger, die Stadträte Bauer, Koci, Mandl, Dkfm.
Nathschläger, Sigmund, der Geschäftsführende Präsident des
Stadtschulrates für Wien, Nationalrat Dr. Zechner, und Magi-
stratsdirektor Dr. Kinzl teil.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 6. Dezember 1954

Blatt 2089

Abschluß des Städtetages

=====

Europäische Einigung - eine Notwendigkeit

6. Dezember (RK) Der 10. Österreichische Städtetag wurde Sonntag mit der Neuwahl des Präsidiums und der nichtständigen Mitglieder des Hauptausschusses fortgesetzt und nach einem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat des Linzer Bürgermeisters Dr. Koref, über "Die Gemeinden und Europa", zu mittag abgeschlossen.

Zum Vorsitzenden des Österreichischen Städtebundes wurde der Wiener Bürgermeister Franz Jonas, zum Geschäftsführenden Vorsitzenden-Stellvertreter Vizebürgermeister Honay (Wien), zu weiteren Stellvertretern des Vorsitzenden wurden die Bürgermeister Dr. Greiter (Innsbruck), Professor Dr. Speck (Graz) und Bürgermeister Dr. Koref (Linz), zum Kassier Bürgermeister Dr. Pacher (Salzburg) und zum Schriftführer Bürgermeister Dr. Tizian (Bregenz) einstimmig wiedergewählt.

Bürgermeister Dr. Koref ging in seinem groß angelegten Referat von dem Grundgedanken aus, daß so wie die Familie die Keimzelle der Gemeinschaft, die Gemeinde die Keimzelle des Staates sei. Er wies auf die große sozialpädagogische und staatspolitische Bedeutung der Gemeinde hin, die nur in der Demokratie wirksam werden kann. Demokratie ist Menschlichkeit. Ihre Vorstufe ist die Duldsamkeit. Durch sie gelangen wir in weiterer Folge zu einem durch Toleranz begrenzten nationalen, und darüber hinaus zu einem übernationalen menschlichen, völkerverbindenden Gefühl. Nationalis-

./.

mus ist kein überwundener, aber ein zu unger Begriff geworden. Der überspitzte, extreme, fanatische Nationalismus bringt Unfrieden und Zerstörung.

Dr. Koref beschäftigte sich im Zusammenhang mit diesen Feststellungen mit den Problemen der Europa-Werdung. In einem kurzen historischen Rückblick zeigte er einleitend, daß das Ideal vom Nationalstaat, das im 19. Jahrhundert seinen Höhepunkt erreicht und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die schwersten Konflikte heraufbeschworen hatte, schließlich gegen die Mitte unseres Jahrhunderts Schiffbruch erlitt. Die faschistischen Überstaaten, die zweifellos bereits überdimensionale Auswüchse des Nationalstaatsideals gewesen sind, erwiesen sich als untaugliche Mittel. Heute ist sich jeder darüber im klaren, daß kein Volk mehr - auch nicht das anscheinend mächtigste - zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht völlig sich selbst genügen und auf übernationale, internationale Beziehungen verzichten kann. Ein wirtschaftlicher Isolationismus gehört der Vergangenheit an. Die Völker werden sich darüber klar werden müssen, daß es notwendig ist, auf Teile der nationalen Souveränität zugunsten universalistischer Lösungen zu verzichten.

Dr. Koref kam dann auf die wirtschaftliche Notwendigkeit der Integration Europas zu sprechen. Nur als wirtschaftliche Großmacht könnte Europa zwischen den USA und der Sowjetunion bestehen und gedeihen. Europas Unglück von heute ist die Kleinstaaterei und die noch nicht überwundene Kirchturmpolitik der Verantwortlichen.

Im letzten Teil seiner Rede beschäftigte sich Ir. Koref mit der Aufgabe der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts. Das Ziel sei klar, der Weg vorgeschrieben. Das demokratische Europa steht vor einer gewaltigen Aufgabe, vor einer ungeheuren Verantwortung: dem endgültigen Sieg, die weitere Ausbreitung der Tyrannei zu verhindern und die Menschheit vor ihrer tiefsten Erniedrigung zu bewahren. Das Gesetz wieder zu inthronisieren und die Achtung und Ehrfurcht vor dem Menschenleben, vor der Freiheit des Individuums wiederherzustellen. Wir müssen der Jugend neue Ideale, neue Ziele geben. Eines davon, ein besonders wichtiges und hoffentlich auch zugkräftiges, ist die europäische Einigung.

In seinem Schlußwort dankte Bürgermeister Jonas allen, die

zum Gelingen dieses Städtetages beigetragen haben. Er gab eine Zusammenfassung über die auf dem Städtetag geleistete Arbeit. Nach den Erfahrungen des 10. Städtetages könne man mit Genugtuung sagen, daß die österreichischen Gemeinden die meisten Kriegsfolgen überwunden haben. Es wird einmal einer späteren Zeit vorbehalten sein, welche ungeheure Aufgaben die Gemeinden in diesen zehn Jahren bewältigt haben. Viel größere Arbeit steht aber noch bevor. Die Überwindung der Kriegsfolgen haben uns erst wieder in jenen Zustand versetzt, wie er vor dem Kriege geherrecht hat. Nun muß alles nachgeholt werden, was wir in den letzten zwanzig Jahren versäumt haben. Es wird zäher Arbeit bedürfen, um all dies nachzuholen. Der Bürgermeister schloß den 10. Städtetag mit einem leidenschaftlichen Appell an die Großen der Erde, Österreich, das ohne seine Schuld in die Situation eines Kolonialvolkes geraten ist, die ihm versprochene Freiheit und Souveränität endlich wiederzugeben. Wir denken immer wieder an den Tag, sagte Bürgermeister Jonas, an dem die Tore zur Freiheit aufgestoßen werden. Für diesen Tag arbeiten wir, um unsere Mitbürger vorzubereiten, damit sie auch dann ihre Rolle in einem freien Österreich und in einem freien und geeinten Europa erfüllen können. So lange dieser Tag der Freiheit für uns noch nicht angebrochen ist, werden wir immer wieder die Forderung erheben: Gebt Österreich endlich seine Freiheit wieder!

- - -

Auf den Wiener Straßen:

3.000 Waggons Mist jährlich
=====

6. Dezember (RK) Am Sonntag sprach Bürgermeister Jonas in der Sendereihe "Wiener Probleme" über den Sender Rot-Weiß-Rot über die Einrichtungen und die Organisation der städtischen Straßenpflege. Wie er ausführte, findet man in Wien die ersten Anzeichen einer organisierten Straßenreinigung erst im Laufe des 16. Jahrhunderts. In einer Stadtverordnung wurde damals jeder Bürger verpflichtet, zweimal wöchentlich die Straße vor seinem Haus zu reinigen.

Die Wiener Straßenpflege jetzt verfügt über 65 Reinigungssektionen, denen eine gewisse Zahl von Straßenarbeitern mit einem Aufseher angehören. Die Sektionen sind nach 17 Reinigungsbezirken geordnet, die einem Betriebsbeamten als verantwortlichen Leiter unterstehen. Die Fäden dieses ganzen Apparates laufen beim Leiter der Betriebsabteilung Straßenpflege in der Magistratsabteilung 48 zusammen. Für die Straßenpflege steht gegenwärtig ein Personal von 1.300 Mann zur Verfügung, wobei die Führer der Wagen nicht mitgerechnet sind. 1.600 Kilometer Straßen müssen im Sommer und im Winter bei jedem Wetter betreut werden. Die Straßen werden nicht gleichmäßig gereinigt; das hängt von der Verkehrsdichte und von den örtlichen Umständen ab. Es gibt Straßen, die zweimal täglich und andere, die nur drei- oder viermal im Monat gereinigt werden. 100.000 Kubikmeter Straßen- und Marktkehricht kommen im Laufe eines Jahres zusammen. Für den Abtransport dieser Menge würde man einen Eisenbahnzug von 3.000 Waggons brauchen. 50 bis 60 Millionen Schilling jährlich muß die Wiener Stadtverwaltung für die Straßenreinigung ausgeben. Besonders im Winter ist es jedoch trotz allen Bemühungen beim besten Willen und mit dem kostspieligsten Masseneinsatz von Menschen und Maschinen unmöglich, auf den Verkehrsflächen Verhältnisse wie bei schönem und trockenem Wetter zu schaffen. Alle Schwierigkeiten und Gefahren des modernen Großstadtverkehrs vervielfachen sich unter der Einwirkung des Winters. Die Wiener Stadtverwaltung hat jedenfalls keinen Aufwand gescheut, damit der Wiener Bevölkerung die unvermeidlichen Unannehmlichkeiten der Wintermonate auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Konferenz der kommunalen Pressereferenten
=====Rasche und objektive Informationen für die Öffentlichkeit

6. Dezember (RK) Im Anschluß an den 10. Österreichischen Städtetag fand heute vormittag im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz des Leiters der Pressestelle der Stadt Wien, Chefredakteur Wilhelm Adametz, eine Konferenz der kommunalen Pressereferenten Österreichs statt. Vertreter aus 31 Städten sowie der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Riemer, nahmen daran teil. Über die kommunale Pressearbeit berichtete für die große Stadt Amtsrat Resch, Salzburg, für die Mittelstadt Ing. Maas, Villach und für die Kleinstadt Dr. Biasi, Kufstein. In der anschließenden Diskussion kam klar zum Ausdruck, daß die kommunalen Pressereferenten großen Wert auf eine rasche und objektive Information der Öffentlichkeit legen. Die Stadtverwaltungen sollten auch die Diskussion und die Kritik der Öffentlichkeit nicht scheuen.

- - -

Stipendien der Ziehrer-Stiftung
=====

6. Dezember (RK) Die C.M. Ziehrer-Stiftung für bedürftige Musiker und Komponisten hat in diesem Jahre zum ersten Mal an zwei der begabtesten Schüler des Konservatoriums der Stadt Wien, den Geiger Herbert Frühauf und den Pianisten Walter Groppenberger, Stipendien vergeben.

Die Ziehrer-Stiftung brachte in einem Schreiben an das Konservatorium der Stadt Wien zum Ausdruck, daß es ihr eine besondere Genugtuung bereitet, auf diese Weise beitragen zu können, den österreichischen und besonders den Musikernachwuchs Wiens zu fördern, der Stadt, der Carl Michael Ziehrer seine ganze Liebe geschenkt hatte.

- - -

Verhandlungen über MittelschulfragenKeine Gefahr für den Schulbetrieb

6. Dezember (RK) Bundesminister für Finanzen, Dr. Kamitz, empfangt heute eine unter Führung von Generalsekretär Bundesrat Riemer erschienene Abordnung von Bürgermeistern der Städte mit Bundesmittelschulen.

Auf Grund von Verträgen, die zumeist aus dem 19. Jahrhundert stammen, leisten diese Städte Beiträge zur Erhaltung und zum Betrieb dieser Bundeslehranstalten. Da diese Gemeindeleistungen in der österreichischen Verfassung und in der Schulgesetzgebung keine rechtliche Basis finden und außerdem eine finanzielle Last darstellen, die die Gemeinden nicht länger tragen können, beschließen sie die Kündigung dieser Leistungen.

In den heute abgehaltenen ersten Verhandlungen über dieses Problem hat der Finanzminister den Gemeindevertretern mitgeteilt, daß er bereits Art und Ausmaß dieser Gemeindeleistungen erheben läßt und den Beginn der gemeinsamen Prüfung des gesamten Fragenkomplexes unter Mitwirkung von Gemeindevertretern für Anfang Jänner 1955 ansetzt. Das Verhandlungskomitee des Städtebundes hat auf Grund dieser Zusage des Finanzministers den Beschluß gefaßt, den Termin der mit Jahresende 1954 erfolgten Kündigung der Gemeindeleistungen für Bundesmittelschulen auf 31. März 1955 zu erstrecken. Es besteht also bis auf weiteres keine Gefahr für den Schulbetrieb.

- - -

Straßenbahn am 8. Dezember
=====

6. Dezember (RK) Mittwoch, den 8. Dezember, zu Maria Empfängnis, gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Daher haben die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 2.40 S im Tarifgebiet I oder II und auf den Ausnahmestarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie Zweifahrten-Kinderfahrtscheine zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit. Ebenso gelten alle Wochenkarten, auch die Autobus- (Obus-) Wochenkarten mit Ausnahme der Autobus- (Obus-) Schülerwochenkarten.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 1.30 S - Fahrpreis, im Vorverkauf 1.25 S. Die Vorverkaufsstellen sind geschlossen.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 6. Dezember
=====

6. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 3 Ochsen, 1 Stier, 11 Kühe, Summe 15. Inlandneuzufuhren: 333 Ochsen, 171 Stiere, 1.233 Kühe, 127 Kalbinnen, Summe 1.864. Gesamtauftrieb: 336 Ochsen, 172 Stiere, 1.244 Kühe, 127 Kalbinnen, Summe 1.879. Verkauft: 313 Ochsen, 162 Stiere, 1.166 Kühe, 127 Kalbinnen, Summe 1.768. Unverkauft 23 Ochsen, 10 Stiere, 78 Kühe, Summe 111.

Preise: Ochsen 8.- bis 11.20, extrem 11.30 - 11.80 S; Stiere 9.50 bis 11.40, extrem 11.50 bis 11.80 S; Kühe 7.20 bis 9.20, extrem 9.30 bis 10.- S; Kalbinnen 9.30 bis 11.50, extrem 11.50 bis 11.80 S; Beinlvieh Kühe 5.70 bis 7.-, Beinlvieh Ochsen und Kalbinnen 7.- bis 9.- S.

Bei ruhigem Marktverkehr notierten schwach behauptet Ochsen extrem, Stiere extrem und Kühe extrem. Es verbilligten sich in der 1. bis 3. Qualität Ochsen, Stiere, Kühe bis zu 30 Groschen, Beinlvieh bis zu 40 Groschen. Kalbinnen notierten fest behauptet.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 7. Dezember 1954

Blatt 2096

Natriumdampflicht in der Tolbuchinstraße

=====

7. Dezember (RK) Die Tolbuchinstraße war in ihrem Endstück bisher spärlich mit Gas beleuchtet. Der notwendige Umbau auf Elektrobeleuchtung wurde nun dazu benützt, eine Versuchsstrecke für Natriumdampflicht zu schaffen, das auch in anderen Ländern, wie zum Beispiel in Holland und in der Schweiz, für Ausfallstraßen verwendet wird. Die neue Versuchsstrecke von 1.5 Kilometer Länge zwischen Raxstraße und Verbindungsbahnbrücke wurde heute nachmittag von Stadtrat Thaller in Betrieb gesetzt. 65 Natriumdampflichter zu je 85 Watt, zweireihig wechselständig angeordnet, leuchteten auf. Trotz sehr geringer Leistung - die durchschnittliche Glühlampe hat 200 Watt - wird damit der äußere Teil der Tolbuchinstraße zu den bestbeleuchteten Wiener Straßen gehören.

Zwischen den beiden Kriegen war eine Strecke der Wientalstraße einige Zeit probeweise mit Natriumdampflampen beleuchtet. Nachschaffungsschwierigkeiten in der Kriegs- und Nachkriegszeit haben die Auflassung dieser Beleuchtung erzwungen. Die lichttechnischen Erfahrungen mit dieser Probestrecke waren recht gut. Das orangegelbe Natriumdampflicht schafft ganz ausgezeichnete Sichtverhältnisse. Es verbürgt einen guten Kontrastreichtum und zeigt eine gewisse Nebeldurchdringung. Deshalb eignet es sich besonders für die Beleuchtung von Ausfallstraßen mit starkem Fahrzeugverkehr. Natriumdampflicht ist überdies das lichtwirtschaftlich günstigste Licht, das wir derzeit kennen. Beim gleichen Stromverbrauch gibt es viermal mehr Licht als die gewöhnlich Glühlampe. Freilich sind

./.

die Anschaffungs- und Baukosten wesentlich höher als bei Glühlampenbeleuchtung, und die durch Natriumdampflicht verursachte Verfärbung der menschlichen Haut wirkt sich besonders im Stadttinnern mit viel Fußgeherverkehr unangenehm aus. Natriumdampflampen brauchen außerdem eine Anlaufzeit von fünf bis acht Minuten bis zur vollen Leuchtkraft.

- - -

Heinrichshof kann zu bauen begonnen werden
=====

7. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat genehmigte heute auf Antrag von Stadtrat Lakowitsch einige geringfügige Abweichungen von der Bauordnung beim Projekt des neuen Heinrichshofes. Damit steht der endgültigen Erteilung der Baubewilligung durch die zuständige Bezirksstelle der Baupolizei nichts mehr im Wege.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

7. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 19. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Sulzbach-Ischl" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 9. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 12.18 Uhr vom Westbahnhof abzuholen.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

7. Dezember (RK) Donnerstag, den 9. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten, Bauer.

- - -

Einkäufe für die städtische Fürsorge
=====

7. Dezember (RK) In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates wurden auf Antrag von Vizebürgermeister Honay wieder größere Einkäufe von Textilien, Schuhen und Hausratsgegenstände im Gesamtbetrag von 416.000 Schilling genehmigt. Die angekauften Wäsche- und Kleidungsstücke, u.a. auch 1.400 Paar Schuhe für Kinder und Erwachsene, sind für den laufenden Bedarf, bzw. zur Auffüllung des Lagers der Warenstelle der städtischen Fürsorge bestimmt.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

7. Dezember (RK) Freitag, den 10. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten Lakowitsch.

- - -

Parkplatz auf dem Karlsplatz
=====

7. Dezember (RK) Im Wiener Stadtsenat berichtete heute Stadtrat Thaller über ein Projekt der Straßenbauabteilung, auf dem Karlsplatz einen Parkplatz herzustellen. An der Einmündung der Karls-gasse und der Argentinierstraße soll durch Verschmälerung des 10 Meter breiten Gehsteiges und durch Einbeziehung eines Stückes der Fahrbahn eine 380 Quadratmeter große Parkfläche angelegt werden. Die Kosten dafür betragen 80.000 Schilling.

- - -

Dachgleiche in Sankt Marx
=====

7. Dezember (RK) Seit etwa einem Jahr ist das Gebiet, auf dem sich noch vor kurzem die durch die Kriegsergebnisse völlig zerstörten Objekte der alten Sankt Marxer Brauerei befanden, eine Großbaustelle geworden, auf der die Gemeinde Wien eine neue Wohnhausanlage errichtet. Die Kreuzung Landstraßer Hauptstraße - Rennweg hat bereits jetzt schon durch die Verbauung ein völlig anderes Antlitz angenommen. Im ersten Bauteil mit 282 Wohnungen und 21 Geschäftslokalen wurde heute nachmittag in Anwesenheit von Stadtrat Thaller die Dachgleiche erreicht.

Bisher wurden auf der Baustelle um rund 4,2 Millionen Schilling Baumaterialien verbaut. Allein für die Fundierung wurden 600 Tonnen Zement gebraucht. Wie Stadtrat Thaller in einer Ansprache an die Bauarbeiter sagte, werden es die seitens der Stadt Wien getroffenen Maßnahmen zur Durchführung der Winterarbeiten ermöglichen, den derzeitigen Beschäftigtenstand von rund 125 Arbeitern ungeschmälert den ganzen Winter hindurch zu halten.

Stadtrat Thaller dankte bei dieser Gelegenheit allen am Bau Beschäftigten für ihre bisher vollbrachten Leistungen, die sich insbesondere bei der Fundierung schwierig gestaltet haben. Beim Aushub der Fundamente wurden mittelalterliche Einbauten in verschiedensten Tiefen und Ausdehnungen vorgefunden, sodaß fast jedes einzelne Stiegenhaus ein Spezialfundament erhalten mußte. Der Baugrund im Ausmaße von 13.662 Quadratmetern wurde zu 34 Prozent verbaut. Einige der 14 Stiegenhäuser sind 10 Geschoße hoch. Die Pläne wurden vom Dipl.Ing. Mörth und den Dipl.Arch. Albrecht, Bartosch, Jarosch und Zimmermann verfaßt.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

7. Dezember (RK) Donnerstag, den 9. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger.

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

7. Dezember (RK) Donnerstag, den 9. Dezember, entfallen die Sprechstunden des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 7. Dezember

=====

7. Dezember (RK) Neuzufuhren Inland: 4086, Ungarn: 2852, Summe 6938. Verkauft: 6505, unverkauft Inland: 10, Ungarn: 423. Kontumazanlage: 1544 aus Bulgarien, 299 aus Jugoslawien. Preise: Extrem 18.30 bis 18.50 S, 1. Qualität 14.- (Schlachtgewicht 17.50 bis 18.20 S), 2. Qualität 13.50 bis 14.- S, 3. Qualität 12.80 bis 13.50 S, Zuchten 11.50 bis 12.50, Altschneider 11.- bis 11.50 S, ungarische Schweine 13.- bis 14.- S, jugoslawische Schweine 13.- bis 13.80 S, bulgarische Schweine 14.- S.

Bei ruhigem Marktverkehr verbilligte sich Extremware bis zu 30 Groschen, 1. und 2. Qualität bis zu 60 Groschen, 3. Qualität bis zu 70 Groschen; ungarische Schweine bis zu 40 Groschen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 9. Dezember 1954

Blatt 2101

Öffentliche Einsichtnahme in den Voranschlag 1955

=====

9. Dezember (RK) Von Freitag, den 10. Dezember, bis einschließlich Donnerstag, den 16. Dezember, wird der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Die Auflegung erfolgt innerhalb der Amtsstunden in der Magistratsabteilung 5, Wien 1, Neues Rathaus, 2. Stock, Tür 451, wo allfällige Erinnerungen der Gemeindeglieder zu Protokoll genommen werden.

- - -

Morgen Konstituierung des Wiener Gemeinderates

=====

9. Dezember (RK) Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt morgen, Freitag, den 10. Dezember, um 11 Uhr, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Nach der Bestellung provisorischer Schriftführer werden die Mitglieder des Gemeinderates angelobt. Hierauf muß die Zahl der Vorsitzenden festgesetzt werden, im Anschluß daran erfolgt deren Wahl. Der nächste Punkt der Tagesordnung sieht die Wahl des Bürgermeisters vor, der im Anschluß daran das Gelöbnis leistet. Nach der Bestimmung der Zahl der Schriftführer und deren Wahl wird die Zahl der Mitglieder des Stadtsenates bestimmt, werden die Stadträte gewählt und angelobt. Darauf folgt die Wahl der Vizebürgermeister, die Bestimmung der Verwaltungsgruppen, die Bestimmung der Zahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse und deren Wahl. Schließlich werden noch 12 Mitglieder der gemeinde-

./.

rätlichen Personalkommission gewählt. Hierauf wird die Sitzung des Gemeinderates unterbrochen.

In einer kurzen Sitzung des Wiener Stadtsenates wird ein Vorschlag über die Amtsführenden Stadträte erstattet, der nach wiederaufgenommener Sitzung dem Gemeinderat zur Annahme unterbreitet wird. Es folgen die Wahl des Disziplinarkollegiums, die Wahl von 14 Mitgliedern in den Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien, die Wahl des Vorsitzenden und zweier Beisitzer des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien und die Wahl von neun Mitgliedern des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Im Anschluß an die konstituierende Sitzung des Gemeinderates tritt der Wiener Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Seine Tagesordnung sieht die Wahl des Präsidenten, des 2. und 3. Präsidenten vor, die Wahl von neun Mitgliedern des Immunitätskollegiums, die Wahl von neun Mitgliedern des Unvereinbarkeitsausschusses und schließlich die Wahl von 12 Mitgliedern des Bundesrates.

- - -

J.G. Daum zum Gedenken

=====

9. Dezember (RK) Auf den 12. Dezember fällt der 100. Todestag des Begründers eines berühmten Wiener Vergnügungsetablissemments Josef Georg Daum.

Am 1. Dezember 1789 in Wien geboren, mietete er 1820 den alten Seitzer-Keller auf dem Hohen Markt, der tausende Besucher faßte, baute ihn aus und machte ihn unter dem Namen "Elysium" zu einem Zentrum des Wiener Unterhaltungslebens. Als der Seitzer-Hof 1838 abgerissen werden mußte, errichtete Daum in dem Keller des alten Jesuitenklosters zwischen Annagasse und Johannesgasse ein neues "Elysium", das bald eine europäische Sehenswürdigkeit wurde. Er schmückte die ausgedehnten Kellerräumlichkeiten ständig mit neuen Dekorationen, die auf die Zeitereignisse Bezug nahmen.

./.

Jedem Erdteil war ein Saal gewidmet und eine echte Pferdeisenbahn führte in das "geheimnisvolle Reich des Wasser- und Feuergottes". Nach dem Todes Daums führte dessen Sohn das Elysium bis 1863 weiter. Dann wurde es endgültig geschlossen.

- - -

Erfolgreiche Kinderbuchschau

=====

9. Dezember (RK) Die Ende November vom Kulturamt der Stadt Wien im Ausstellungsraum am Friedrich Schmidt-Platz eröffnete Kinderbuchschau erfreut sich von Tag zu Tag eines größeren Interesses der Öffentlichkeit. Eltern, die ihren Kindern ein gutes Buch unter den Weihnachtsbaum legen möchten, begrüßten die Gelegenheit, sich hier über die geeignete Lektüre für ihre Sprößlinge von erfahrenen Bibliothekaren der städtischen Büchereien beraten zu lassen. Bis jetzt wurden auf dem Friedrich Schmidt-Platz 3.223 Besucher gezählt. Schon wenige Tage nach der Eröffnung der Bücherschau bekam der Ausstellungsraum auch sein Stammpublikum. Jeden Nachmittag kommen auf den Friedrich Schmidt-Platz lesehungrige Kindergruppen, die hier mit großem Eifer ihre täglichen Lesekostproben konsumieren.

Die Kinderbuchschau der Stadt Wien bleibt bis 23. Dezember geöffnet. Sie ist täglich von 9 bis 19 Uhr auch an Sonntagen frei zugänglich. Wer sich hier beraten läßt, hat die Gewißheit, daß sein Kind ein gutes Buch in die Hände bekommt.

- - -

Die neue Einteilung der Verwaltungsgruppen
=====

9. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat wird morgen in seiner konstituierenden Sitzung auch die Geschäftsgruppen der Wiener Stadtverwaltung bestimmen. Gegenüber der bisherigen Einteilung sind einige Änderungen vorgesehen:

Die Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, bleibt unverändert. Die Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, wird in Zukunft verschiedene gemischtwirtschaftliche Betriebe betreuen, wie das Lagerhaus und die WÖK, die bisher bei den Städtischen Unternehmungen verwaltet wurden. Zur Geschäftsgruppe III, Kultur und Volksbildung, kommt die Magistratsabteilung 56, städtische Schulverwaltung, die aus der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten herausgenommen wurde. Die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen und die Gruppe V, Gesundheitswesen, bleiben unverändert. Zugunsten der neuen Geschäftsgruppe gibt die Gruppe VI, Bauangelegenheiten, die Magistratsabteilungen 30, Kanalisation, 31, Wasserwerke und 44, städtische Bäder, ab. Die Magistratsabteilung 33, öffentliche Beleuchtung, wandert zur Geschäftsgruppe VII. Die Geschäftsgruppe VII, baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, verliert die Magistratsabteilung 45, Wäschereien, und 48, Fuhrwerksbetrieb, Müllbeseitigung und Straßenpflege; hinzu kommt aus der Geschäftsgruppe VI die öffentliche Beleuchtung. Die neue Geschäftsgruppe VIII, öffentliche Einrichtungen, umfaßt also die Kanalisation, die Wasserwerke, die Wäschereien, die städtischen Bäder und Fuhrwerksbetrieb, Müllbeseitigung und Straßenpflege. Die Geschäftsgruppe IX ist nunmehr für das Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen zuständig. Ihre Agenden bleiben unverändert. Die Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, verliert die Schulverwaltung an die Geschäftsgruppe III und jenen Teil des Liegenschaftsamtes, der die Grundkäufe besorgt. Diese Agenden werden der Magistratsabteilung 65 innerhalb der Gruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten übertragen. Die Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, erhält, wie vorher angeführt, einen Teil des Liegenschaftsamtes, die Geschäftsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, bleibt bis auf die nunmehr von der Geschäftsgruppe II betreuten gemischtwirtschaftlichen Betriebe unverändert.

Geehrte Redaktion!

=====

Wie alljährlich wurden auch heuer die Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung bestimmt. Sta trat Mandl wird Montag, den 13. Dezember, um 15 Uhr, in seinem Büro, Wien 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, den Vertretern der Presse die Namen der Preisträger 1954 aus der Dr. Karl Renner-Stiftung bekanntgeben.

Sie sind herzlich eingeladen einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

Eine neue Brücke zum Wiener Hafen
=====

9. Dezember (RK) Stadtrat Thaller eröffnete heute mittag im Osten Wiens einen neuen Brückenbau über den Schwechat-Wildbach. Die neue Brücke steht auf der Umfahrungsstraße Kaiser-Ebersdorf - Albern und bedeutet einen weiteren Schritt im Ausbau des Wiener Hafengebietes.

Die Brücke hat eine Länge von rund 77 Metern. Die mit Hartgussasphalt versehene Fahrbahn ist 7.5 Meter breit und wird von 1.5 Meter breiten Gehwegen eingesäumt. Sie kann von Fahrzeugen bis zu 60 Tonnen befahren werden. Die Gesamtkosten betragen 1,6 Millionen Schilling.

Die besondere Bedeutung der Brücke liegt darin, daß ein großer Teil des Gemüsebedarfes Wiens aus dem Gebiete der Gärtnereien von Albern, Mannswörth und Schwechat seinen Weg über diese Brücke nimmt. Auch der Verkehr zu dem im Ausbau begriffenen Hafengebiet und zum Schwechater Flugplatz geht zum großen Teil über diese Brücke. Im Falle einer Behinderung des Verkehrs in der Simmeringer Hauptstraße und Preßburger Bundesstraße ergibt sich hier die Möglichkeit einer Umleitung.

- - -

Pferdemarkt vom 7. Dezember
=====

9. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 233 Pferde, davon 17 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 214, als Nutztiere 3, verkauft. Unverkauft blieben 16 Pferde. Kontumazanlage: 50 Stück aus Jugoslawien. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 124, Oberösterreich 55, Burgenland 31, Steiermark 19, Salzburg 1, Kärnten 1.

- - -

Autobusverkehr am Silbernen und Goldenen Sonntag
=====

9. Dezember (RK) Am Silbernen Sonntag, dem 12. Dezember, und am Goldenen Sonntag, dem 19. Dezember, werden in der Zeit von 8.30 bis 19 Uhr folgende Autobus-Taglinien betrieben:

Linie 4 Westbahnhof - Stephansplatz - Aspernplatz, Linie 5 Stephansplatz - Floridsdorf Am Spitz, Linie 7 Südtiroler Platz - Stephansplatz - Franz Josefs-Bahnhof, Linie 8 Hernalser Gürtel - Stephansplatz - Sechskrügelgasse (Rochusgasse).

- - -

Ein Ehrentag der "Blauen Schwestern"
=====Bürgermeister Jonas sprach zu den Krankenpflegerinnen des
Allgemeinen Krankenhauses

9. Dezember (RK) Das Wiener Allgemeine Krankenhaus gedachte heute mittag in einer Feierstunde des 50jährigen Bestandes seiner "Blauen Schwestern", der ältesten Institution der Krankenpflegerinnen, die seit ihrer Gründung im Dienste des Wiener Gesundheitswesens steht. An der Feier nahmen Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Weinberger, der Direktor des Allgemeinen Krankenhauses Prof. Dr. Schönbauer mit den leitenden Ärzten sowie die ältesten diplomierten Krankenpflegerinnen teil.

Prof. Dr. Schönbauer verglich die Zustände in den Wiener Spitätern um die Jahrhundertwende - also zur Zeit der Gründung der Blauen Schwesternschaft - mit denen der Gegenwart. Das Wiener Allgemeine Krankenhaus bestand damals aus dürftigen Räumen mit unzulänglichen Einrichtungen. Es gab keine Krankenschwestern, sondern nur Wärterinnen ohne Ausbildung. Erst 1904 folgte der damalige Direktor Hofrat Dr. Mucha dem Beispiel von Prof. Billroth und gründete auch für die Wiener Fondskrankenanstalten im Gebäude des alten Versorgungshauses am Alsergrund eine Pflegeschule mit Schwesternheim. Mit der Gründung dieses Institutes begann vor 50 Jahren eine grundlegende Reform des weltlichen Pflegerinnendienstes. Prof. Dr. Schönbauer würdigte den großen Anteil, den sich die Blauen

Schwestern an der Entwicklung der Medizin in Wien erworben haben.

Vizebürgermeister Weinberger beglückwünschte die Krankenpflegerinnen zu ihrem Jubiläum im Namen des städtischen Gesundheitswesens. Der 50. Geburtstag der Blauen Schwestern, sagte er, fällt in den Advent, in die Zeit der Besinnung und Erwartung. Das Schwestersein kommt nicht von ungefähr, es muß jeden Tag durch die Bereitschaft zum Dienst am leidenden Menschen bewiesen werden. Die aufopfernde Arbeit der Krankenpflegerinnen kann daher von unserer Gemeinschaft nicht genug eingeschätzt werden.

Bürgermeister Jonas gedachte des Gründungstages der Institution der Blauen Schwestern, mit dem zugleich der Grundstein zur sozialen Hebung des vordem nur gering eingeschätzten Berufes der Krankenpflegerinnen gelegt wurde. Er begrüßte es, daß das Krankenpflegewesen in Wien seither einen so beachtlichen Aufschwung nahm. "Leider haben die beiden Weltkriege", sagte er, "wieder empfindliche Rückschläge auch auf diesem Gebiet, und zwar durch den Abzug von qualifizierten Kräften für den Kriegsdienst und deren Ersatz durch weniger so sorgfältig ausgebildetes Personal bewirkt. Der zweite Weltkrieg hat uns außerdem sehr umfangreiche Zerstörungen an den Spitalsbaulichkeiten und schwere Einbußen an Inventar und ärztlichen Einrichtungen hinterlassen. Diese gewaltigen Verluste mußten zunächst behoben werden, um überhaupt die Spitalsbetriebe so fortführen zu können, wie es im Interesse der Wiener Bevölkerung notwendig ist".

Bürgermeister Jonas verwies dann auf den Wiederaufbau und die Neugestaltung der Wiener Pflegerinnenschule durch die Stadt Wien. Diesen Aufgaben hat die Stadtverwaltung ihr volles Augenmerk zugewendet. In Wien gibt es derzeit vier Krankenpflegeschulen und zwei Säuglings- und Kinderpflegeschulen. Erst im Vorjahr wurde im Wilhelminenspital ein vorbildliches Schwesternheim eröffnet, das den gewaltigen Fortschritt gegenüber dem ehemaligen Spitalskammerln, die neben den Krankensälen lagen, besonders deutlich erkennen läßt. Er erklärte, daß auch im geplanten Neubau des Allgemeinen Krankenhauses auf eine allen modernen Anforderungen entsprechende Pflegeschule und ein ebenso modernes Schwesternheim Bedacht genommen werden muß. "Fachlich gut geschulte und

nach hartem Dienst wieder gut erholte Schwestern", sagte der Bürgermeister abschließend, "gehören heutzutage zu den unerläßlichen Voraussetzungen einer seiner Aufgabe voll bewußten Spitalwesens. Pflegeschulen und Schwesternheime sind und bleiben aber auch ein wirksames Mittel zur sozialen Hebung des Schwesternstandes selbst!"

Bürgermeister Jonas überreichte dann zur Erinnerung an den 50jährigen Bestand der Blauen Schwestern an rund 200 Krankenpflegerinnen des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, die zugleich ihr 25, 30, 35 und 40jähriges Dienstjubiläum begehen, eine Brosche. Der Feier im Hörsaal der Klinik Schönbauer wohnten auch einige Krankenpflegerinnen bei, die als erste Blaue Schwestern im Allgemeinen Krankenhaus bedienstet waren.

- - -

Rindernachmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 23 Ochsen, 10 Stiere, 78 Kühe, Summe 111. Neuzufuhren: 1 Stier, 19 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 25. Gesamtauftrieb: 23 Ochsen, 11 Stiere, 97 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 136. Verkauft: 6 Ochsen, 1 Stier, 21 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 30. Unverkauft: 17 Ochsen, 10 Stiere, 76 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 106.

- - -

Schweinenachmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 433 Schweine, davon 10 Stück aus dem Inland und 423 aus Ungarn. Neuzufuhren aus Ungarn: 638; Gesamtauftrieb: 1.071. Verkauft wurden 741. Unverkauft blieben 330 Stück aus Ungarn. Kontumazanlage 928 Stück aus Bulgarien.

- - -

Der Voranschlag der Stadt Wien für 1955
=====

9. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen Resch gab heute einem Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" folgende Darstellung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955: Er schilderte vorerst, wie die heurigen Wahlen und die darauffolgenden endlosen Parteienverhandlungen die Aufstellung des Budgets erschwert haben. Die erst in den letzten Tagen zwischen den Koalitionsparteien vereinbarte neue Geschäftsverteilung konnte im Budget nicht berücksichtigt werden, sondern wird durch Beilagen zum Budgetentwurf den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis gebracht werden. Während kleinere Gebietskörperschaften, wie zum Beispiel Salzburg und Niederösterreich wegen ihrer Wahlen überhaupt kein normales Budget erstellen konnten, habe Wien dies, wenn auch unter Schwierigkeiten, aber doch fertig gebracht. Wien ist kleiner geworden, das müsse bei allen Vergleichen mit den früheren Budgets oder Rechnungsabschlüssen berücksichtigt werden. Durch den Wegfall der Randgemeinden hat Wien 150.000 Einwohner, also 8.5 Prozent verloren, eine Einwohnerzahl, die ungefähr der von Salzburg und St.Pölten zusammengenommen, entspricht. Von unserer Bodenfläche haben wir fast zwei Drittel verloren, besitzen aber immerhin noch eineinhalb Mal so viel wie vor 1938. Die Einnahmen der Randgemeinden sind am 1. September restlos weggefallen. Stadtrat Resch schätzt den Einnahmenverlust auf mindestens 150 Millionen Schilling. Das sind 5 Prozent der Gesamteinnahmen. Die Ausgaben dagegen konnten nur zum Teil eingespart werden. So hat die Stadt Wien in den Randgemeinden ungefähr 1.600 Angestellte beschäftigt, Niederösterreich hat aber bisher erst 900 übernommen, sodaß die Verwaltung Wiens mit dem Aufwand für 700 Angestellte der Randgemeinden belastet bleibt. Auch der Sachaufwand sei nicht in einem Zuge den geänderten Verhältnissen anzupassen. Wien hat für die Randgemeinden mehr ausgegeben, als dort eingenommen wurde.

Stadtrat Resch befaßte sich dann mit der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs im letzten Jahr und stellte einen unbestreitbaren wirtschaftlichen Aufschwung fest. Die industrielle Produktion ist auf das Zweifache gestiegen, die Zahl der Be-

9. Dezember 1954

"Rathaus-Korrespondenz"
als

Blatt 2111

schäftigten hat gegen 1937 um mehr/50 Prozent zugenommen und auch die Produktivität ist um 17 Prozent höher geworden. Die erhöhte industrielle Produktion komme aber zu einem größeren Teil der Erzeugung von dauerhaften Gütern und nur zu einem geringen Teil der Erzeugung von Konsumgütern zugute. So ist der Index für dauerhafte Güter auf 266 gestiegen, der für Konsumgüter aber erst auf 136, das heißt, der größere Teil der erhöhten Produktion dient der Schaffung von Vermögenswerten und nur ein kleiner Teil der Vermehrung der Konsumgüter. Die Ursache liegt in der geringen Kaufkraft der Massen, denn man kann nicht mehr Konsumgüter produzieren, als absetzbar sind. Soll Österreich eine dauernde Mengenkonjunktur erreichen, muß die Kaufkraft der Massen gesteigert werden. Solange eine echte, dauernde Mengenkonjunktur nicht erreicht ist, ist die Vollbeschäftigung nicht gesichert. Daher sind noch öffentliche Investitionen zur Stützung der Wirtschaft und der Beschäftigungslage erforderlich. Überlegt man, welche große Aufgaben Wien auf fast allen Gebieten seiner Verwaltung noch zu leisten haben wird, dann muß man zur Überzeugung kommen, daß im Interesse der Wirtschaft dieser Stadt und seiner Arbeiter und Angestellten an den Einnahmen der Stadt nicht gerüttelt werden darf.

Stadtrat Resch beschäftigte sich dann mit den Steuerermäßigungen des Bundes und stellte fest, daß die Stadt Wien 50 Prozent der Mindereinnahmen der Lohnsteuer und der Einkommensteuer zu tragen hat. Die Lohnsteuer dürfte im heurigen Jahr um eine halbe Milliarde weniger einbringen als 1953 und die Reform der Einkommensteuer wird sich/bei ^{erstmalig} der Bemessung der Einnahmen für das Jahr 1954 voll auswirken. Nun ist es richtig, daß Steuerermäßigungen von kleinen und mittleren Einkommen die Konsumkraft und damit die Einnahmen aller Konsumsteuern, vor allem der Umsatzsteuer, steigern. Der Bund ist aber an der Umsatzsteuer mit zwei Dritteln beteiligt, die Länder und Gemeinden nur mit einem Drittel. Die Herabsetzung der Steuern bei hohen Einkommen fördert die Kapitalbildung. Die hierauf lastenden Vermögenssteuern gehören zur Gänze dem Bund, die Länder und Gemeinden haben keinen Anteil hievon. Die Steuerreformen bringen also eine starke Erhöhung der Umsatzsteuer- und Vermögenssteuereinnahmen des Bundes und nur eine geringfügige Erhöhung des Umsatzsteueranteiles der Länder und Gemeinden.

Sie verschieben also die Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundessteuern zugunsten des Bundes und zu Ungunsten der Länder und Gemeinden. Die Finanzlage der Gemeinden Österreichs hat sich durch die Steuerreformen wesentlich verschlechtert, weil die geringen Mehreinnahmen nicht mehr die stark gestiegenen Personal- und Sachaufwendungen decken.

Einnahmen: 3.078 Millionen - Ausgaben: 3.368 Millionen

Das Budget sieht im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt Einnahmen von 3.078 Millionen Schilling und Ausgaben von 3.368 Millionen Schilling vor. Die Einnahmen steigen um 178 Millionen, die Ausgaben hingegen um 278 Millionen, sodaß sich ein Abgang von 290 Millionen Schilling ergibt, das sind 8.6 Prozent des Budgetvolumens und um 101 Millionen Schilling mehr als heuer.

Von den Gesamtausgaben von 3.368 Millionen Schilling entfallen auf den Personalaufwand 1.093 Millionen Schilling, um 113 Millionen Schilling mehr, auf den laufenden Sachaufwand 1.329 Millionen Schilling, um 133 Millionen Schilling mehr und auf Investitionen 945 Millionen Schilling, um 33 Millionen Schilling mehr als heuer. Vergleicht man den Personalaufwand zu dem heurigen Personalaufwand ohne Randgemeinden, so ergibt sich eine Steigerung des Personalaufwandes um 14 Prozent, trotzdem der Personalstand gegenüber heuer um 1.334 Angestellte vermindert angenommen wurde. Die Ursache der starken Steigerung des Personalaufwandes liegt also allein in der ganzjährigen Auswirkung der zweiten Etappe der Entnivellierung und in dem im Budget vorgesehenen Vorziehen der dritten Etappe der Entnivellierung auf den 1. Juni 1955.

10.800 neue Wohnungen

In der Finanzgruppe sind heuer für den genossenschaftlichen Wohnungsbau an Krediten 100 Millionen Schilling vorgesehen, also doppelt so viel als 1954. Rechnet man hiezu die Kredite des Bundeswohn- und Siedlungsfonds von 200 Millionen Schilling und die Eigenmittel mit 30 Millionen Schilling, so ergibt sich für den genossenschaftlichen Wohnungsbau eine zur Verfügung stehende Bausumme von 330 Millionen Schilling, die für mindestens 3.300 Wohnungen ausreicht. Wien erhält weiters vom Bund für Zwecke der Wohnbauför-

derung einen Betrag von 70 Millionen Schilling, der durch einen 50prozentigen Zuschlag der Gemeinde auf 105 Millionen erhöht wird. Mit den Eigenmitteln ist durch die Wohnbauförderung der Bau von mindestens weiteren 1.500 Wohnungen gesichert. Rechnet man hierzu die 6.000 Wohnungen, die mit den im Budget ausgeworfenen 490 Millionen Schilling im sozialen Wohnungsbau gebaut werden können, so ist im nächsten Jahr mit dem Neubau von insgesamt mindestens 10.800 Wohnungen zu rechnen.

206 Millionen für Kultur

Zur Kulturgruppe wird nach der neuen Geschäftseinteilung nunmehr auch die gesamte Verwaltung der Pflicht- und Berufsschulen gehören. Das Budget dieser Gruppe steigt damit auf 206 Millionen Schilling, wovon 112 Millionen durch die Übernahme der Schulverwaltung neu hinzugekommen sind. Vergleicht man den Aufwand der Kulturgruppe ohne Schulverwaltung, so steigen die Ausgaben von 63 Millionen heuer auf 94 Millionen im Jahre 1955, also um 31 Millionen Schilling. Für Zwecke der Förderung von Kunst und Wissenschaft werden 6 Millionen ausgeworfen, davon für die Aktion "Theater ins Volk" eine Million Schilling. Für den Museumsbau sind 6 Millionen, für den Bau der Stadthalle 40 Millionen und als erste Baurate für den Aufbau des Stadions 8 Millionen Schilling im Budget.

Die Schulverwaltung hat bekanntlich heuer die Handelsakademien und Handelsschulen an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft rückstellen müssen und sie hat durch die Ausgemeindung weitere 85 Schulen mit 498 Klassen und 14.610 Schülern verloren. Trotzdem sind für Neubauten neuerlich 15,5 Millionen Schilling und für die Behebung von Kriegsschäden an Schulgebäuden 5,2 Millionen Schilling im Budget.

Das Wohlfahrtswesen wird 392 Millionen Schilling erfordern, um 12 Millionen mehr als heuer, trotzdem in den Randgemeinden Kindergärten, Horte und sonstige soziale Einrichtungen weggefallen sind. Vier begonnene Kindergartenbauten werden vollendet und der Bau von 10 neuen Kindergärten wird begonnen werden. Hiefür sind 8,5 Millionen Schilling im Budget eingestellt. Die offene Erwachsenen-Fürsorge wird 77,8 Millionen, um 5 Millionen weniger erfordern, die geschlossene Erwachsenenfürsorge dagegen 90,5 Millionen, um 12 Millionen Schilling mehr. Trotz Einführung der Altersrente und trotz Sinken der Zahl der Befürsorgten steigt durch die Erhöhung der Kosten der geschlossenen Fürsorge der Gesamtaufwand.

Das Gesundheitswesen wird 507 Millionen Schilling, um 35 Millionen Schilling mehr als heuer brauchen. Das Anstaltenamt allein, also die Erziehungsheime, Obdachlosenheime, Altersheime und Krankenanstalten werden 655,8 Millionen ausgeben, dagegen nur 304 Millionen einnehmen, sodaß sich ein reeller Abgang von 351 Millionen Schilling ergibt. Dieser Abgang ist um 22 Millionen Schilling größer als heuer. Er würde um 47 Millionen Schilling höher sein, wenn nicht der Bund erstmalig einen Bundeszuschuß von 25 Millionen Schilling für das Defizit der Spitäler beisteuern würde. An Spitälern sind die Anstalten in Mödling und Klosterneuburg an die Randgemeinden verlorengegangen. Ein Spitalspatient kostet die Stadt Wien im kommenden Jahr 105 Schilling je Tag. Die große Steigerung der Ausgaben ist durch die Steigerung des Personalaufwandes und der Verbrauchsmaterialien, vor allem der Medikamente, begründet.

1.240 Millionen Bauaufwand

Im Bauwesen, das sind die heutigen Verwaltungsgruppen VI und VII, werden starke Veränderungen vorgenommen werden. Die Verwaltungsgruppe VI wird die Abteilungen für Kanalisation, Wasserversorgung und Bäder, die Verwaltungsgruppe VII die Wäschereien, den Fuhrpark, die Straßenpflege und Kehrichtabfuhr an die neue Verwaltungsgruppe VIII abgeben müssen. Die Abteilung für öffentliche Beleuchtung wechselt von der Verwal-

tungsgruppe VI zur Verwaltungsgruppe VII. Vergleicht man auf der alten Grundlage, so ergibt sich ein Gesamtaufwand von 1.077,7 Millionen Schilling, um 5 Millionen weniger als heuer. Die Hauptursache der Ausgabenverringerung liegt in dem um 30 Millionen Schilling geringeren Ansatz für den Wohnungsbau. Der Gesamtaufwand für die Bauwirtschaft wird 1.240 Millionen Schilling ausmachen, das sind um 216 Millionen mehr als heuer, trotz verringerten Gebietsumfang. Der Gesamtbauaufwand macht 36,8 Prozent des Budgetvolumens aus.

Für den Straßenbau sind 76 Millionen Schilling, um 7 Millionen Schilling mehr vorgesehen, davon allein für den Umbau von Großverkehrsstraßen (Praterstern, Opernkreuzung) 25 Millionen Schilling. Für Brücken- und Wasserbauten sind 43 Millionen Schilling, um 3 Millionen mehr, für Kanalisation 38 Millionen Schilling, um 2 Millionen mehr, für die Wasserwerke 106 Millionen Schilling, um 7 Millionen mehr, für die öffentliche Beleuchtung 15,5 Millionen Schilling, für Gärten 42 Millionen Schilling, um 8 Millionen mehr, für Bäder 35 Millionen Schilling, um 2 Millionen weniger (die Bäder Klosterneuburg und Kritzendorf sind weggefallen), für Friedhöfe 28 Millionen, um 2 Millionen mehr und für den Fuhrpark samt der Straßenpflege 139 Millionen vorgesehen.

Die neue Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, wird also die Abteilungen für Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien und Fuhrpark samt Straßenpflege umfassen. Ihre Gesamtausgaben werden 332 Millionen Schilling betragen.

Die Wohnhäuserverwaltung rechnet mit Ausgaben von 127 Millionen und Einnahmen von 90 Millionen, sodaß der Abgang 37 Millionen beträgt. Der reine Betriebsabgang ohne Wertabschreibungen und Investitionen beträgt 6,4 Millionen Schilling und wird als Rückforderung an die Wohnhäuserverwaltung ausgewiesen. Für die Behebung von Kriegsschäden sind 78 Millionen im Budget, davon 50 Millionen für die Vorfinanzierung von Totalschäden, 26 Millionen aus Fondsdarlehen und 2 Millionen für Bagatellschäden.

Die Verwaltungsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten muß einen Teil der Liegenschaftsverwaltung an die Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und die gesamte Schulverwaltung an die Verwaltungsgruppe für Kultur abgeben. Ihr Budgetaufwand sinkt daher um 136 Millionen auf 80 Millionen Schilling. Im Beschaffungssamt dieser Gruppe werden aber zusätzlich große Beträge verwaltet, die in den Bestellabteilungen budgetiert sind. Die Aufwände für Märkte und Schlachthöfe betragen 40 Millionen Schilling. Sie sind um 3 Millionen Schilling höher als 1954.

Die Verwaltungsgruppe für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten übernimmt den Ankauf von Liegenschaften, sodaß ihr Aufwand auf 120 Millionen steigt. Die Ausgaben für die Feuerwehr werden 51 Millionen Schilling ausmachen, davon 4,6 Millionen für Kriegsschäden. Die Feuerwachen in Ottakring und Am Hof werden fertiggebaut, der Aufbau der Feuerwache Döbling wird begonnen werden. Weggefallen sind 3,1 Millionen Schilling für die Wahlkosten und der Beitrag für die Bundespolizei ist wegen der geringeren Bevölkerungszahl um 3 Millionen auf 32 Millionen gesunken.

Die städtischen Unternehmungen

Die Stadtwerke umfassen die drei Großunternehmungen und die Leichenbestattung. Im E-Werk steigt der Strombezug von 872 Millionen kWh auf 1.062 Millionen kWh und überschreitet damit erstmalig die Milliardengrenze. Der Erfolgsplan schließt mit einem Überschuß von 7,1 Millionen und weist Investitionsvorhaben von 222 Millionen aus, wovon jedoch 40,9 Millionen mangels Deckung gesperrt bleiben müssen. Auch im Gaswerk steigt die Gasabgabe von 316 Millionen Kubikmeter auf 401 Millionen Kubikmeter. Der Erfolgsplan schließt mit einem Gebarungsabgang von 3,2 Millionen Schilling. Die Investitionsvorhaben machen 80 Millionen Schilling aus, wovon 9 Millionen mangels Deckung gesperrt sind. Auch bei den Verkehrsbetrieben steigt die Frequenz leicht an, und zwar von 500 Millionen auf 508 Millionen Fahrgäste. Der Erfolgsplan schließt mit einem Verlust von 6,1 Millionen Schilling, trotz

Zuschüssen von Gas- und E-Werk von insgesamt 198,5 Millionen Schilling. Ohne diese Zuschüsse würde der Gebarungsabgang der Verkehrsbetriebe 204,6 Millionen betragen, sodaß nicht nur keine Investitionen möglich wären, sondern noch Betriebsausgaben von 71 Millionen ungedeckt blieben. Die Investitionen sind mit 163 Millionen Schilling vorgesehen, wovon 30 Millionen mangels Deckung gesperrt bleiben. Die Leichenbestattung schließt mit einem Gebarungsüberschuß von 612.000 Schilling und wird 1,8 Millionen Schilling investieren. Die gesamte Investitionssumme der Stadtwerke beträgt also 459 Millionen Schilling, wovon 72 Millionen Schilling vorläufig gesperrt sind. Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet mit einer Absatzsteigerung von 3.000 Hektolitern. Der Erfolgsplan schließt mit einem Überschuß von 134.000 Schilling und sieht Investitionen von 2,1 Millionen Schilling vor. Die Gewista weist einen Gebarungsüberschuß von 329.000 Schilling aus und will 200.000 Schilling investieren.

- - -

Voranschlag der städtischen Unternehmungen 1955
=====

9. Dezember (RK) Über die Wirtschaftspläne 1955 für die städtischen Unternehmungen teilte Stadtrat Dkfm. Nathschläger der "Rathaus-Korrespondenz" folgendes mit:

Es ist begreiflich, daß die Auswirkungen der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, in der wir uns gegenwärtig befinden, und die hoffentlich auch weiterhin anhält, auch bei den städtischen Unternehmungen ihren Niederschlag gefunden haben. In erster Linie sind von dieser intensiven Aufwärtsentwicklung die Elektrizitäts- und Gaswerke erfaßt worden. Die Steigerung des Strom- und Gasabsatzes im heurigen Jahr gegenüber den Ziffern im Jahre 1953 berechtigen zu der Annahme, daß im nächsten Jahr um 190 Millionen kWh oder 21.8 Prozent mehr Strom und um 88 Millionen Kubikmeter oder 25.7 Prozent mehr Gas verbraucht werden wird. Der Stromverbrauch wird demnach eine bis jetzt nie dagewesene Höhe von 1.062 Millionen kWh und der Gasverbrauch ebenfalls eine Höchstziffer von 400 Millionen Kubikmeter erreichen. Die Straßenbahnen sowie der Autobus- und Obusbetrieb rechnen mit einer Beförderung von rund 548 Millionen Fahrgästen, das sind um 11 Millionen mehr als der Annahme für das Jahr 1954 entsprochen hat.

Insgesamt präliminieren die sechs städtischen Unternehmungen (das sind die E-Werke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe, Bestattung, das Brauhaus und die Gewista) an Einnahmen 2.336 Millionen und an Aufwendungen 2.337 Millionen Schilling, sodaß lediglich ein Abgang von einer Million Schilling resultiert. Mit diesen gigantischen Ziffern erreichen die Erträge der städtischen Unternehmungen 76 Prozent der Einnahmen des Budgets der Hoheitsverwaltung und 70 Prozent deren Ausgaben.

20.913 aktive Bedienstete

Sämtliche Unternehmungen werden im Jahre 1955 20.913 aktive Bedienstete einschließlich von 275 Jugendlichen beschäftigen. Der Gesamtansatz ist hiebei um 72 Bedienstete niedriger als für 1954. Hingegen steigt die Anzahl der Pensionisten um 399 auf 18.961,

und es ergibt sich das erste Mal bei den städtischen Unternehmungen, daß die Zahl der aktiven Bediensteten bei den Verkehrsbetrieben niedriger ist als die der Pensionisten. Insgesamt erhalten im Jahre 1955 39.874 Bedienstete und Pensionsparteien von den städtischen Unternehmungen Lohn, Gehalt oder Rente.

389 Millionen für Investitionen

Obwohl die Unternehmungen im ordentlichen Ertrag eine Steigerung um 202 Millionen Schilling gegenüber der diesjährigen Annahme präliminieren, beträgt die mögliche Investitionssumme aus den laufenden Einnahmen nur 389 gegen 391 Millionen für 1954. Die Entnivellierung der Löhne, Gehälter und Versorgungsverpflichtungen konsumieren den Mehr-Ertrag mit 54 Millionen, dazu kommen an mehrverbrauchten Rohstoffen und Materialien 99 Millionen, während sich die noch verbleibende Differenz auf den Mehrertrag von 202 Millionen auf eine Unzahl von Einzelpositionen verteilt, die vornehmlich mit dem gesteigerten Betrieb im Zusammenhang stehen.

Die Elektrizitätswerke investieren einschließlich einer Beteiligung für die Donaukraftwerke von 20 Millionen Schilling insgesamt 181,4 Millionen, das sind um 13,6 Millionen mehr, die Gaswerke 70,9 Millionen, das sind um 3,2 Millionen mehr, die Verkehrsbetriebe 133 Millionen, um 15 Millionen weniger als 1954, während die übrigen Unternehmungen mit Ausnahme des Brauhauses, dessen großes Investitionsprogramm heuer abgeschlossen werden konnte, ungefähr die gleichen Investitionen präliminieren wie 1954.

Im einzelnen verwendet das E-Werk die zur Verfügung stehenden Geldmittel in den Hauptpositionen mit 17 Millionen für den Bau neuer Umspannwerke in der Kaunitz- und Neubadgasse, 16 Millionen für die Ausgestaltung des Drehstromkabel- und Gleichstrombahnnetzes, 7 Millionen für Umschaltungen auf Drehstrom, 6 Millionen für Ortsnetze und Hausanschlüsse, 9 Millionen für Zähler und sonstige Meßeinrichtungen und 7 Millionen für Netzumspanneranlagen. Für Umspann- und Unterwerke werden um 18,4 Millionen Schilling mehr aufgewendet als heuer, hingegen für Leitungsnetze vorläufig um 14 Millionen Schilling weniger als 1954.

Die Gaswerke sehen an größeren Positionen vor: 6 Millionen für die Erneuerung der Koksförderungsanlage in Leopoldau, 4 Millionen für Rohrleitungen für Wohnhausbauten, 16 Millionen für Rohrleitungen in Siedlungen und Randgebieten, 3 Millionen für Rohrleitungen infolge Modernisierung von Straßen, 4 Millionen für Rohrauswechslungen und 16 Millionen Schilling für 38.000 Gasmesser.

64 GroBraumwagen

Die Verkehrsbetriebe, nach wie vor das Sorgenkind unter den städtischen Unternehmungen, investieren bei der Straßenbahn um 15 Millionen mehr, bei der Stadtbahn hingegen um 20 Millionen weniger und beim Autobusbetrieb ebenfalls um eine Million Schilling weniger als 1954. Für Gleisanlagen ist ungefähr derselbe Betrag vorgesehen wie heuer, nämlich 30 Millionen, während für den Fahrpark nur 85 Millionen Schilling gegen 96 Millionen für 1954, also um 11 Millionen Schilling weniger, angesetzt werden konnten.

Mit den für den Fahrpark zur Verfügung gestellten Mitteln erscheinen an neuen Wagen 18 GroBraumzüge, das sind 36 Wagen, ferner 28 GroBraumbeiwagen, 29 neu aufgebaute Triebwagen für Fließverkehr, somit insgesamt 93 Wagen, ferner 25 neu aufgebaute Stadtbahnwagen und 15 großräumige Autobusse, zusammen also 133 neue Einheiten gedeckt. Allerdings ist damit die Kapazität unserer Waggon- und Autofabriken nicht ausgeschöpft; es wird daher weiterer Verhandlungen mit dem Ziele bedürfen, das Investitionsvolumen gerade auf diesem Sektor durch außerordentliche Maßnahmen noch wesentlich auszuweiten. Sowohl auf dem Gebiete des Fahrparkes als auch der Leitungsnetze der E-Werke müssen raschest Vorsorgen für eine möglichst beschleunigte Durchführung der notwendigen Investitionen getroffen werden.

Daß die städtischen Unternehmungen auch an den großen Stadtplanungsaufgaben ihren entsprechenden Anteil haben, beweist u.a. die Position der Verkehrsbetriebe, die für die Neugestaltung des Pratersterne nicht weniger als 13 Millionen Schilling aufzuwenden haben werden.

Damit ist den tarifzahlenden Wienern wenigstens in großen Umrissen ein Überblick gegeben, was mit ihrem Geld geschieht. Es erw. ist sich in allem und jedem, das alles, was bei den städti-

schen Unternehmungen dank einer modernen und rationellen Betriebsführung erübrigt werden kann, wieder der ganzen Bevölkerung zugute kommt. Das ist aber auch der Sinn und Zweck aller kommunalen Unternehmungen, dem auch im Jahre 1955 restlos entsprochen worden wird.

- - -

Ferkelmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 51 Ferkel, verkauft wurden 37. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 190 S, 6 Wochen 200 S, 7 Wochen 232 S, 8 Wochen 300 S, 9 Wochen 335 S, 10 Wochen 375 S.

Der Marktbetrieb war flau.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 10. Dezember 1954

Blatt 2122

Die Arbeit des neuen Gemeinderates

=====

10. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hielt heute nach der Konstituierung des Wiener Gemeinderates und seiner Wiederwahl folgende programmatische Rede:

"Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wiederwahl zum Bürgermeister erwiesen haben. Mit diesem Dank verbinde ich die Versicherung, daß ich mich stets bemühen werde, das Vertrauen zu rechtfertigen. Es ist für mich die gleiche Verpflichtung wie das Gelöbnis, das ich heute abgelegt habe.

Auch im Namen der anderen Herren und Frauen des Präsidiums des Gemeinderates und der soeben gewählten Mitglieder des Stadtsenates, der Vizebürgermeister und Stadträte, danke ich Ihnen. Auch sie werden aufrichtig bemüht sein, das ihnen geschenkte Vertrauen zu rechtfertigen und ihre Pflicht zum Wohle der Bevölkerung zu tun.

Dank an die scheidenden Stadträte

Mit der neuen Funktionsperiode des Wiener Gemeinderates scheidet der Amtsführende Stadtrat Rudolf Sigmund als Mitglied des Stadtsenates aus. Stadtrat Sigmund leitete die Geschäftsgruppe Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform. Es drängt mich, ihm für seine unermüdliche und hingebungsvolle Arbeit, die er seit dem Oktober 1952 auf dem Gebiete des Personalwesens geleistet hat, meinen persönlichen Dank und den Dank der Stadt Wien zum Ausdruck zu bringen. Stadtrat Sigmund übernahm das Amt von seinem Vorgänger Stadtrat Fritsch, der wegen seiner

schweren Erkrankung längere Zeit seine Tätigkeit nicht mehr ausüben konnte. Seit dieser Zeit sind gerade auf dem Gebiete des Gehaltswesens durch die erfolgten Nachzieh- und Entnivellierungsverfahren umfangreiche und wirkungsvolle Arbeiten notwendig geworden, denen Stadtrat Sigmund mit Gründlichkeit und Sachkenntnis nachkam. Mein Dank gilt ebenso seiner vielfältigen Kleinarbeit, die dieses Ressort verlangt, wie der Erledigung der großen und wichtigen personalpolitischen Probleme, die im Zusammenwirken mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten in den letzten zwei Jahren zu leisten waren.

Aus seinem bisherigen Amt scheidet auch Stadtrat Franz Koci. Die Geschäftsgruppe Wohnungs-, Siedlung- und Kleingartenwesen, die er seit Juni 1951 geleitet hat, zählt zu jenen Ämtern, die die Öffentlichkeit sehr interessieren. Während seiner fast vierjährigen Tätigkeit als Stadtrat für Wohnungswesen konnte er mehreren zehntausenden Familien ein sicheres Obdach vermitteln. Er begann mit der Liquidierung der kriegsbedingten Obdachlosenheime und führte sie soweit, daß sein Nachfolger nun die Beendigung dieser schwierigen Aufgabe vornehmen kann. Seine Arbeiten wurden im besonderen Maße noch dadurch erschwert, daß ständig viele Familien ihre baufällig gewordenen Wohnungen verlassen oder ganze Wohnhäuser wegen des Umbaues geräumt werden mußten, und ihre Bewohner unterzubringen waren. Was wir an ihm besonders schätzen, war sein Bestreben, den erdrückenden Umfang seiner Arbeit mit möglicher Gerechtigkeit zu erfüllen. Niemand darf sich darüber wundern, daß sein Amt manchmal harte und ungerechte Kritik gerade von jenen erfuhr, die von der Größe der Wiener Wohnungsnot nur ungenaue Vorstellungen haben. Aber auch solche Kritiken sind nicht geeignet, die Verdienste und Leistungen des scheidenden Stadtrates zu schmälern. Ich danke ihm für seine rastlose Arbeit und für sein ehrliches und gerechtes Bemühen um die Linderung der Wiener Wohnungsnot. Stadtrat Koci übernimmt nun die Leitung der neugebildeten Verwaltungsgruppe VIII - Öffentliche Einrichtungen - wo ihn ebenso dringende und wichtige Aufgaben erwarten.

Die Aufgaben der kommenden Jahre

Meine Frauen und Herren! Mit der heutigen Konstituierung des Gemeinderates beginnt eine neue Periode der nach demokratischen Grundsätzen gewählten Volksvertretung in Wien. Sie wird für ihre Tätigkeit wesentlich andere Bedingungen vorfinden als die Gemeinderäte vorher.

Binnen kurzem wird der Haushaltsplan der Stadt Wien für 1955 beraten werden, der zum ersten Mal dem verkleinerten Umfang unserer Gemeinde gilt, wie er den Bestimmungen des kürzlich durchgeführten Gebietsänderungsgesetzes entspricht. Im Voranschlag werden alle Verwaltungsgruppen ihre Arbeiten für das nächste Jahr beschließen lassen müssen, die neben noch immer wichtigen Wiederaufbauarbeiten eine lange Reihe neuer Schöpfungen vorsehen. In diesem Zusammenhang will ich mir erlauben, dem Gemeinderat unsere Aufgaben für die bevorstehende fünfjährige Verwaltungsperiode in großen Zügen zu umreißen und gleichzeitig der Erwartung Ausdruck geben, daß es uns möglich sein wird, diese Grundsätze ungestört beibehalten zu können, damit wir den Ausbau unserer Heimatstadt weiterhin planmäßig vornehmen können.

Weiterhin Bekämpfung der Wohnungsnot

Das dringendste Problem, dem wir auch weiterhin unsere uneingeschränkte Aufmerksamkeit zuwenden müssen, ist die Bekämpfung der Wiener Wohnungsnot. Dank der erfolgreichen Wohnbaupolitik der Gemeindeverwaltung und dank den Leistungen des Wohnhauswiederaufbaufonds konnten in den letzten Jahren wesentliche Beiträge zur Linderung des Wohnungselendes geleistet werden. Zehntausende von Ausgebombten, Delogierten und Flüchtlingen konnten im Laufe der letzten Jahre in Wohnungen untergebracht werden. Doch andere, neue Bewerber kommen ständig hinzu und vermehren die Zahl der Fälle, die beim Wohnungsamt angemeldet sind. Es ergibt sich der anscheinend paradoxe Zustand, daß die Zahl der Bewerber umso mehr steigt, je mehr neue Wohnungen gebaut werden. In den ersten Jahren nach dem Kriege wurden die meisten Wohnungswünsche einfach deshalb zurückgestellt und nicht angemeldet, weil alle wußten, daß sie nicht befriedigt werden können. Aber nun, da die erfolg-

reiche Wiederaufbau- und Neubautätigkeit so großen Umfang angenommen hat, treten die so lange zurückgestauten Wohnungswünsche umso deutlicher in den Vordergrund. Ich erblicke zwei Ursachen hierfür. Erstens die durch die Verordnung des Landeshauptmannes vom 14. Dezember 1953 ermöglichte günstige Bewertung und Einreihung der Untermieter und Mitbewohner überbelegter Wohnungen, womit vor allem den jungen Ehepaaren geholfen werden sollte. Die Auswirkung dieser Verordnung war ein fühlbares Steigen der Zahl jener Wohnungswerber, die ohne Rücksicht auf die erreichte Punkteanzahl in Klasse I eingereiht wurden.

Sozialer Wohnbau und Assanierung

Die zweite, viel umfangreichere und auch langwirkende Ursache sehe ich darin, daß ein zu großer Teil der Wiener Wohnungen überaltert ist und den Bedürfnissen der Gegenwart überhaupt nicht mehr entspricht. Das hat zur Folge, daß die Bewohner solcher feuchter und finsterner Wohnungen, in die nie ein Sonnenstrahl dringt, nun mit Recht eine möglichst rasche Beendigung ihres qualvollen Zustandes verlangen. Es wird eine der schwersten aber auch schönsten Aufgaben der kommenden Jahre sein, gerade diese Bedürfnisse zu berücksichtigen. Wir werden deshalb unentwegt den sozialen Wohnungsbau weiterführen, um möglichst viel neuen Wohnraum zu beschaffen. Gleichzeitig sollte es aber unser Stolz sein, mehr als bisher alte und unwürdige Wohnungen in ganzen Blöcken niederzureißen und durch gesunde großstädtische Wohnhausanlagen zu ersetzen. Wohl hat die Gemeinde in den vergangenen Jahren solche Assanierungen schlechter Wohngebiete bereits durchgeführt. Ich darf den Hohen Gemeinderat an die Beseitigung schlechter oder alter Wohnhäuser im 9., 10., 14. und 16. Bezirk erinnern, anderen Stelle bereits tausende moderne Wohnungen entstanden sind. Dergleichen ist es uns gelungen, schon viele der nach dem Krieg notwendig gewordenen Obdachlosenheime aufzulassen und ihre Insassen in normalen Wohnungen unterzubringen. Aber in Zukunft muß diese wirkliche Erneuerung des Wiener Wohnungsbestandes in größerem Umfang durchgeführt werden. Damit wollen wir eine schrittweise aber konsequente Beseitigung der Notstandsgebiete unserer Stadt einleiten. Wir erhoffen uns allerdings, wie alle anderen öster-
./.

reichischen Städte, eine Hilfe durch den Nationalrat. Die geltenden gesetzlichen Grundlagen sind nicht dazu angetan, die Assanierung schlechter Wohnviertel zu erleichtern. Hierzu bedarf es eines modernen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes, das den Gemeindeverwaltungen unter Wahrung aller berechtigten Entschädigungsansprüche den Erwerb des benötigten Bodens erleichtert.

Ein anderer wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot wird von der Gemeinde weiterhin durch die Förderung der genossenschaftlichen Wohnbautätigkeit geleistet werden. Hierfür hat die Gemeinde in den vergangenen Jahren 157 Millionen Schilling neben den Darlehen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zugeschossen. Eine weitere Möglichkeit erhoffen wir uns durch das neue Wohnbauförderungsgesetz, das mit 1. Jänner des kommenden Jahres in Kraft treten wird und auch im Bereich der Stadt Wien den Bau von annähernd 1.500 Wohnungen pro Jahr vorsieht. Die Gemeinde Wien wird sicher bestrebt sein, neben der Gewährung der gesetzlich vorgesehenen Darlehen im Notfall auch durch die Beistellung entsprechender Gründe die Bauabsichten zu erleichtern.

Das Wohnungselend scheint mir auch durch andere Mittel noch zu lindern zu sein. Es gibt sicher viele zehntausende Wohnungen, die an und für sich noch in gutem Bauzustand sind, denen jedoch die technischen und sanitären Anlagen fehlen, die heute der Großstädter gerne in Anspruch nimmt. Hier sollte durch gemeinschaftliche Aktionen unter Mithilfe der Gemeinde Wien eine großzügige Modernisierung möglich sein, die den Wohnwert dieser unmodernen Behausungen mit einem Schlag fühlbar heben würden.

Förderung der Familien

Alle Anstrengungen, die uns auf dem Gebiete des Neubaues und der Modernisierung alter Wohnungen bevorstehen, dienen im direkten Wege auch einer gesunden Familienförderungs politik. Seit Jahren müssen wir schmerzlich feststellen, daß sich die Geburtenziffern auf einem bevölkerungspolitisch bedrohlich niedrigen Niveau halten. Dank der Beschlüsse des Nationalrates werden Anfang des neuen Jahres wirkungsvolle gesetzliche Familienförderungsmaßnahmen beginnen, von denen wir uns auch in Wien eine Besserung

versprechen. Selbstverständlich wird unsere Gemeinde die finanziellen Leistungen vollbringen, die sich aus diesen Gesetzen ergeben, mit der Hoffnung, daß sich damit unsere bevölkerungspolitische Situation zum guten wendet. Aber neben diesen neuen Maßnahmen sollten wir uns Aufgaben setzen, die aus den besonderen Bedingungen des Großstadtlebens und der umfangreichen Frauenberufstätigkeit notwendig scheinen. Die Errichtung weiterer Kindergärten und Horte, Kinderfreibäder und Spielplätze wäre zu ergänzen durch Beiträge der Gemeinde zur Schaffung und Erhaltung von Schulinternaten, um berufstätigen, vor allem alleinstehenden Müttern, die Sorgen um ihre Kinder zu erleichtern.

Um den vorhandenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, wird die Gemeinde eine neue Lebens- und Eheberatungsstelle errichten, die in der ersten Republik bereits eine anerkannte und segensreiche Tätigkeit entfaltetete.

Neubau des Allgemeinen Krankenhauses

Ein besonderes Augenmerk werden wir in Zukunft dem Wiener Gesundheitswesen zuwenden. Der Krieg hat in den Spitälern fürchterliche Zerstörungen hinterlassen. Durch unermüdliche Arbeit ist es gelungen, fast alle zerstörten und beschädigten Spitalsgebäude wieder neu und besser zu errichten. Leider hat die Ungunst der vergangenen Jahrzehnte es verhindert, das große und dringende Problem der Wiener Spitäler zu lösen. Das Wiener Allgemeine Krankenhaus, das in der Geschichte der Wiener medizinischen Schule eine hervorragende Rolle spielt, kann den Aufgaben der modernen medizinischen Wissenschaft und Krankenpflege bei weitem nicht mehr nachkommen. Wohl waren schon vor fünfzig Jahren die gleichen Erkenntnisse vorhanden, ebenso alt sind die Wünsche, dem Allgemeinen Krankenhaus und seinen klinischen Abteilungen neue Unterkünfte zu schaffen. Doch sind alle bisherigen Absichten unserer Vorgänger an der Größe der Aufgabe gescheitert. Die erfolgreiche Beendigung so vieler Wiederaufbauarbeiten gibt uns nun den Mut, an den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses zu schreiten. Wir wissen, daß wir uns da einer Aufgabe unterziehen wollen, die nicht von einem Jahr zum anderen erfüllt werden kann, und die im Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen genau planende Vorarbeit verlangt. Das

Wiener Allgemeine Krankenhaus beherbergt aber fast alle klinischen Unterrichtsstätten der Wiener Universität. Sie sind eine der wesentlichsten Einrichtungen der medizinischen Fakultät, die die hervorragende Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses garantieren. Wir erachten es als eine selbstverständliche Verpflichtung des Bundes, daß er die Hälfte der Baukosten für die Universitätskliniken übernimmt, zumal der Gemeinde Wien dann in den neuen Anstalten für dauernde Zeiten wesentliche Erhöhungen der Betriebs- und Verwaltungskosten erwachsen werden. Mit dem früheren und mit dem gegenwärtigen Bundesminister für Unterricht habe ich über diese Angelegenheit bereits verhandelt und großes Verständnis gefunden. Ich hoffe, daß die kommenden Besprechungen eine baldige Übereinstimmung der beiderseitigen Standpunkte bringen werden, worauf die vorbereitenden Arbeiten sofort beginnen können. Wir würden uns sehr freuen, auf diese Art der Wiener Bevölkerung ein modernes, allen medizinischen und hygienischen Anforderungen entsprechendes Spital beschaffen zu können, das gleichzeitig auch zu einer Erneuerung des weltweiten Rufes der Wiener medizinischen Fakultät beitragen könnte.

Wenn wir also die feste Absicht haben, für unsere kranken Mitbürger noch bessere Heilungsmöglichkeiten zu schaffen, so wollen wir ebenso weiterhin dafür sorgen, daß die wirkungsvollen und bekannten Einrichtungen unseres Fürsorge- und Wohlfahrtswesens weiterhin allen Bedürftigen zur Verfügung stehen und nach Bedarf noch ausgebaut werden. Mit den Einrichtungen für Mütter und Kinder wollen wir für unsere Zukunft sorgen. Mit den Einrichtungen für unsere alten Mitbürger wollen wir jenen eine Dankeschuld abstaten, die durch Jahrzehnte mit ihrer fleißigen und treuen Arbeit am Gedeihen unserer Stadt mitgewirkt haben.

Rascherer und sicherer Großstadtverkehr

Wenn man von der Modernisierung unserer Stadt spricht, so drängen sich sofort nach den Wohnungssorgen die Probleme des Straßenverkehrs auf. Die sprunghafte Motorisierung schafft viele neue Situationen, die uns früher unbekannt waren. Die Bevölkerung zeigt erfreulich großes Interesse an diesen Problemen und ist sich darüber im klaren, daß wir in Zukunft gerade auf diesem

Gebiet noch große Leistungen vollbringen müssen. In den letzten Jahren hat die Gemeinde der Verkehrsentwicklung ständig mehr Rechnung getragen und durch Neubauten und Umbauten viele neuralgische Punkte unserer Verkehrsflächen saniert. Doch sind wir uns dessen bewußt, daß uns die Konkurrenz zwischen Fußgeher und Fahrzeug zu weiteren umfangreichen Verkehrsbauten zwingen wird. Die bereits vollendeten oder schon begonnenen Unterführungen und Fußgehertunnels zeigen an, in welcher Richtung auch weiterhin gearbeitet werden muß. Doch das ist nur ein Teil der Probleme, die eine Lösung verlangen. Die Tendenz zum rascheren Großstadtverkehr bei möglichst großer Verkehrssicherheit und die Steigerung der Verkehrsbedürfnisse überhaupt schaffen so viele neue und umfangreiche Aufgaben, daß ein übereinstimmender und nach der Dringlichkeit gereihter Ausbauplan zwingend notwendig geworden ist. Deshalb erachte ich es als notwendig, alle mit dieser Frage beschäftigten Bundes- und Gemeindeinstanzen zusammen mit den bewährtesten Fachleuten des Verkehrswesens möglichst bald zu einer Enquete einzuladen, um den jetzigen Verkehrszustand Wiens festzustellen und sachlich fundierte Vorschläge für die notwendigen Neuerungen auszuarbeiten. Ich glaube es der Bevölkerung schuldig zu sein, wenn ich darauf aufmerksam mache, daß gerade diese kommenden Aufgaben an die Finanzkraft der Gemeinde große Anforderungen stellen werden.

Ausbau der Hafenanlagen

Wenn wir auf dem Gebiet des innerstädtischen Verkehrs auf die sichtbaren Erfolge der letzten Jahre und noch mehr auf die kommenden Aufgaben hinweisen sollen, so müssen wir unsere Aufmerksamkeit gleicherweise auch jenen Verkehrsfragen weiterhin zuwenden, die die Stellung Wiens als Wirtschaftszentrum besonders kennzeichnen. In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde mit eigenen aber nicht ausreichenden Mitteln am Ausbau unserer Hafenanlagen gearbeitet. Ich kann dem hohen Gemeinderat die Mitteilung machen, daß es mir in zweijährigen Bemühungen gelungen ist, die zuständigen Regierungstellen zu einer finanziellen Beitragsleistung an den Wiener Hafenbauten zu bewegen. Im nächsten Jahr werden also zum ersten Mal neben den Gemeindebeiträgen

auch Beiträge des Handelsministeriums und des Verkehrsministeriums verwendet werden können, sodaß wir in den kommenden Jahren mit einer beschleunigten Weiterführung des Hafenausbaues rechnen dürfen.

Autobahn bis Urania

Ein besonders wichtiges Problem stellt die Einführung der künftigen Autobahn nach Wien dar. Die Gemeindeverwaltung hat bereits die zur Planung notwendigen Vorarbeiten zur Führung der Autobahn im Wienflußbett bis zur Urania abgeschlossen und dem Ministerium für Handel und Wiederaufbau mit den finanziellen Berechnungen übersendet. Da unsere Stadt den größten Teil des Überlandverkehrs aufnehmen wird, halten wir es für eine Selbstverständlichkeit, daß der Bau der Autobahn nicht vor den Toren Wiens abgeschlossen sondern auf Kosten des Bundes bis in das Herz der Stadt weitergeführt wird.

Im internationalen Reiseverkehr spielt das Flugwesen eine immer größere Rolle. Deshalb hat sich die Gemeinde Wien entschlossen, der neugegründeten Wiener Flughafenbetriebsgesellschaft beizutreten, die den Schwechater Flughafen ausbaut, um ihn den internationalen Anforderungen anzupassen. Damit wird der ungenügende Zustand des für Wien wichtigen Flughafens wesentlich verbessert und der Luftreiseverkehr nach Wien erleichtert.

Hände weg vom Wald- und Wiesengürtel

Neben den wichtigsten Bauaufgaben, die in den nächsten Jahren gelöst werden müssen, werden wir eine Reihe anderer Maßnahmen, die die wirtschaftliche und landschaftliche Struktur von Wien beeinflussen, weiterhin verfolgen. Das große Ruhe- und Erholungsgebiet der Wiener Bevölkerung, unser Wienerwald, ist in den vergangenen Jahren durch weitere gesetzliche Maßnahmen gegen Übergriffe und Gefahren gesichert worden. Trotzdem treten immer wieder Versuche auf, den Wald- und Wiesengürtel in direkter oder verschleierter Form zu durchbrechen. Ich glaube der Zustimmung des ganzen Gemeinderates sicher zu sein, wenn ich erkläre, daß wir im Interesse unserer und der kommenden Generation den Wald- und Wiesengürtel nicht antasten lassen, sondern ihn ungeschmälert

erhalten, als die grüne Lunge unserer Stadt. Unser Bestreben, auch im Inneren der Stadt möglichst viel Grün und Blumen durch Ausgestaltung und Erweiterung der Park- und Gartenanlagen zu erreichen, werden wir in Zukunft fortsetzen, um Wien zu einer Stadt der Gärten zu machen.

Sommerbad auf dem Laaer Berg

In den letzten Jahren hat die Gemeinde dem Wiederaufbau der öffentlichen Bäder großes Augenmerk zugewendet. Diese Bemühungen werden auch in Zukunft fortgesetzt werden. Vor allem soll der Südrand von Wien, der auf diesem Gebiet wegen der natürlichen Bedingungen vernachlässigt war, in das Netz städtischer Bäder einbezogen werden. Deshalb soll auf dem Laaer Berg ein großes Sommerbad errichtet werden. Auch das Strandbad in der Kuchelau, das seinerzeit von viel badelustige Wiener angezogen hat und ein Opfer des Krieges wurde, soll wiederhergestellt werden. Das Stadionbad im Prater, das sich bei den Wienern so großer Beliebtheit erfreut, soll ebenfalls noch ausgebaut werden. Der Bau weiterer Jugendspielplätze und die Förderung von neuen Sportplätzen, ebenso wie die Vergrößerung des Wiener Stadions sind eine Aufgabe der nächsten Zukunft.

Wien will Kredite

Die Unterlassungen der vergangenen Jahrzehnte und die großen Aufgaben, die uns Kriegs- und Nachkriegszeit gestellt haben, und vor allem die großen Vorhaben der Zukunft, erfordern so große finanzielle Anstrengungen, daß die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, alle notwendigen Arbeiten in kurzer Zeit durchzuführen. Darum hat sich die Gemeindeverwaltung immer bereit erklärt, Kredite aufzunehmen, damit die Kosten des Wiederaufbaues und des Ausbaues nicht einer Generation aufgebürdet werden müssen. Natürlich können Kredite nur für jene Vorhaben verwendet werden, die bloß einmal auftreten und die Kosten des Kredites womöglich aus eigenem tragen können. Bei diesem Anlaß gebe ich auch der Erwartung Ausdruck, daß alle Vertreter dieser Stadt in allen gesetzlichen Körperschaften dafür eintreten, daß die Lebensinteressen der Bundeshauptstadt bei den Auseinandersetzungen über den Finanzausgleich

voll berücksichtigt werden.

Kulturförderung

Die Bundeshauptstadt Wien ist nicht nur ein wirtschaftliches und kulturelles Zentrum. Sie hat auch ein soziales Erbe aus der Vergangenheit zu wahren und auszubauen, denn darauf beruht zum großen Teil ihr guter Ruf im In- und Ausland. Dem Kulturleben müssen wir aus mancherlei Gründen unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Abgesehen davon, daß dieser Bereich des großstädtischen Lebens bei fortschreitender Konsolidierung der Verhältnisse immer stärker in seine natürlichen Rechte treten wird, obliegt uns auch die hohe Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß Kunst und Bildung noch mehr als bisher in die Bevölkerung getragen werden. Den bildenden Künstlern, deren Arbeitsstätten im Kriege zugrunde gingen oder stark beschädigt wurden, wollen wir durch die Herstellung von Künstlerwerkstätten ihre Schaffensbedingungen erleichtern. Dieser Verpflichtung dienen wir auch, wenn wir in Zukunft noch stärker als bisher den Fremdanverkehr fördern, dessen Anziehungskraft vor allem auf den kulturellen und künstlerischen Einrichtungen unserer Stadt beruht.

Neue Schule für Körperbehinderte

In den vergangenen Jahren erfreute sich das Wiener Schulwesen mit vollem Recht der besonderen Obsorge der Gemeindeverwaltung. Daran soll sich auch in Zukunft nichts ändern. Die Schulstadt Wien hat mit seinen vielseitigen, auf hohe Qualität abgestimmten Einrichtungen im In- und Ausland besondere Anerkennung gefunden. Dazu zählen auch unsere Spezialschulen für körperbehinderte Kinder. Um ihrer Ausbildung noch bessere Möglichkeiten zu schaffen, wird die Gemeinde Wien eine vorbildliche und den Anforderungen der modernen Pädagogik voll entsprechende Schule für körperbehinderte Kinder errichten.

Beitrag zur inneren Befriedung

In meiner Antrittsrede am 22. Juni 1951 gab ich das Versprechen ab, mitzuhelfen, um jene Härten zu mildern, die als Folge des vergangenen Gewalt-Regimes noch manche Kreise der Bevölkerung mit Sorge belasten. Ich kann dem Hohen Gemeinderat mitteilen,

daß die Gemeinde Wien in den vergangenen Jahren in der Lage war, in aller Stille viele soziale und materielle Härtefälle zu beseitigen, ohne mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch zu kommen. Diese Bemühungen werden wir selbstverständlich auch in Zukunft fortsetzen und damit zur inneren Befriedung unseres Volkes beitragen.

Mitarbeit der Bevölkerung

Mein Gruß und mein Dank als neugewählter Bürgermeister dieser Stadt gilt nicht zuletzt der Wiener Bevölkerung und den Arbeitern und Angestellten der Stadt Wien in der Hoheitsverwaltung und in den städtischen Unternehmungen und Betrieben. Es ist ein Dank für die eifrige Mitarbeit am Wiederaufbau und für das große Verständnis gegenüber den Schwierigkeiten, die uns der unselige Krieg hinterlassen hat. Ich richte heute an die Beamten- und Arbeiterschaft der Stadt die herzliche Bitte, an die kommenden großen Aufgaben der nächsten Jahre mit dem gleichen Verständnis heranzutreten. Durch gemeinsame Maßnahmen soll eine weitere Vereinfachung in der Verwaltung erzielt werden, um im Interesse unserer verständnisvollen Wiener Bevölkerung ein möglichst reibungsloses Funktionieren zu erreichen. Erfolge in der Verwaltungsreform liegen nicht nur im Interesse der Stadtverwaltung, sondern auch im Interesse der städtischen Angestellten. Wenn die Kosten des Verwaltungsapparates in einem gesunden Verhältnis zu den produktiven Ausgaben der Gemeinde stehen, dann ist eine dauernde Besserstellung des Personals eher möglich. Die Gemeinde Wien wird ihren Angestellten so wie bisher ein einsichtiger und sozial denkender Dienstgeber sein. Ich bin davon überzeugt, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Wien auch in Zukunft ihre Arbeitsfreude und ihre Begeisterung in den Dienst des Aufbaues und des Fortschrittes in Wien stellen werden.

Seit dem Kriegsende haben wir in harter Arbeit fast alle Kriegsschäden beseitigt. Wir haben die Wohlfahrts- und Gesundheitseinrichtungen einigermaßen aufgebaut und erweitert. Der soziale Wohnungsbau hat bereits einen friedensmäßigen Umfang erreicht und einen entscheidenden Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot und zur Sicherung des Mieterschutzes geleistet. Da wir die feste Absicht

haben, die Arbeiten auch in Zukunft fortzusetzen, wird es möglich sein, eine Fülle neuer Aufträge an unsere Industrie und an unser Gewerbe zu vergeben. Dadurch wird dann die Gemeinde so wie in der Vergangenheit dafür sorgen, daß möglichst viele unserer wertvollen Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft beschäftigt sein werden.

Zusammenarbeit der großen Parteien

Wenn wir versuchen, den Aufgabenkreis der kommenden Jahre zu überblicken, so müssen wir uns dessen bewußt sein, daß wir wahrscheinlich nur einen Teil der ungeheuren Arbeiten beenden können, während ein anderer Teil jetzt nur begonnen und die Fertigstellung dem künftigen Gemeinderat obliegen wird. Denn manche Arbeiten werden sich auf lange Zeit erstrecken, und in dieser Amtsperiode werden dafür nur die Grundlagen geschaffen werden können. Selbstverständlich ist die günstige wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Republik die Grundlage hierfür. Es steht für mich außer Zweifel, daß alle Mitglieder des Gemeinderates, welcher politischen Richtung sie auch angehören, in dieser Hinsicht mitarbeiten werden. Es wird Aufgabe des Gemeinderates sein, aus allen widerstrebenden Interessen und Meinungen die gemeinsame mittlere Linie der kommenden Arbeiten zu finden.

In diesem Sinne wünsche ich dem neuen Gemeinderat bei der Erfüllung seiner großen Aufgaben einen vollen Erfolg. Nach der demokratischen Verfassung unserer Stadt sind Sie, meine Frauen und Herren, als gewählte Volksvertretung der entscheidende Faktor der gesamten Gemeindeverwaltung. Der Bürgermeister, die Vizebürgermeister und die Amtsführenden Stadträte sind an die Beschlüsse der gewählten Volksvertretung gebunden. Diese Beschlüsse sind in jedem Fall der Ausdruck des Volkswillens, da sie nach einem sorgfältigen Abwägen aller Interessen und Ansichten zustandkommen.

Die beiden großen Parteien im Wiener Gemeinderat haben trotz den bestehenden politischen Gegensätzen in den vergangenen Jahren durch gemeinsame Arbeit bewiesen, daß die Demokratie zu hohen Leistungen befähigt ist. Diese Zusammenarbeit soll nach dem Willen der beiden Parteien auch in der kommenden Periode des Gemeinderates fortgesetzt werden. Wir sind noch lange nicht bei jenen

sicheren und fortschrittlichen Lebensbedingungen angelangt, die sich unsere Bevölkerung durch ihre fleißige Arbeit und Aufopferung verdient hätte. Das aber soll das Ziel unserer Arbeit und unseres Wirkens sein. Zu dieser Arbeit rufe ich alle auf, Sie verehrte Mitglieder des Gemeinderates und die Bevölkerung von Wien.

Freiheit für Wien!

Der neugewählte Gemeinderat steht vor einer Arbeitsperiode, die von ihm und von der Wiener Bevölkerung höchste Leistungen verlangen wird. Wir erhoffen uns für die kommenden Jahre ein weiteres Aufblühen unserer geliebten Heimatstadt, in der alle unsere Mitbürger das Gefühl der Sicherheit und der Gerechtigkeit haben sollen. Diese Hoffnung wäre umso größter, wenn unsere vier Besatzungsmächte nun endlich die Periode des Zauderns und Diskutierens beenden und der Republik Österreich die ehrlich verdiente Freiheit und damit den endgültigen Frieden geben wollten. Wenn Österreich und Wien im Laufe der vergangenen Jahre alle Beweise höchster Arbeitsbereitschaft und politischer Reife erbracht haben, so ist nun die Reihe an den alliierten Besatzungsmächten, unsere Beweise mit ihrem Gegenbeweis des guten Willens zu quittieren. Deshalb soll am Tage des Zusammentrittes des neugewählten Wiener Gemeinderates unsere Forderung wieder erhoben werden: Gebt Österreich und seiner Bundeshauptstadt die Freiheit!"

- - -

Die ersten Weihnachtsbäume
=====

10. Dezember (RK) Ab morgen beginnt der Kleinhandel mit Weihnachtsbäumen. In ganz Wien werden auch heuer an rund 400 Verkaufsständen Bäume aller Qualitäten und Größen angeboten. Die Mehrzahl der Händler wird erfahrungsgemäß erst knapp vor Weihnachten ihre Verkaufsstände beziehen.

Auch heuer stehen das Waldviertel und das Schneeberggebiet unter den Hauptlieferanten an erster Stelle. In den vergangenen Tagen sah man auf der Wientalstraße und Triester Straße unzählige mit Weihnachtsbäumen vollbeladene Lastauto nach Wien rollen. Der Großhandel hat sich auch heuer den Wünschen der Wiener angepaßt und kauft überwiegend nur mittelgroße Bäume.

Über die Preise der Bäume läßt sich vorläufig noch nichts voraussagen. Sie werden im hohen Maße von der Qualität der Ware und wahrscheinlich wieder von der Nachfrage abhängig sein. Im vergangenen Jahr wurden für Fichten bis zu einem Meter 5 bis 15 Schilling verlangt, größere Bäume bis zu 2 Meter kosteten 10 bis 20 Schilling und ganz große bis zu 40 Schilling.

- - -

Pferdemarkt vom 9. Dezember
=====

10. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 12 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 9 verkauft, unverkauft blieben 3.

Herkunft der Tiere: Wien 3, Niederösterreich 2, Burgenland 7.

- - -

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

10. Dezember (RK) Der neue Wiener Gemeinderat trat heute vormittag zu seiner Konstituierung zusammen. Die Gemeinderäte, an der Spitze der Sozialistischen Fraktion GR. Jonas, betraten den Sitzungssaal in dunkler Kleidung. Die sozialistischen Gemeinderäte hatten rote Nelken, die Gemeinderäte der ÖVP Edelweiß im Knopfloch. GR. Jonas übernahm den Vorsitz.

Nach der Bestellung provisorischer Schriftführer leisteten die Mitglieder des Wiener Gemeinderates das Gelöbnis, "der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beobachten und Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen".

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden zunächst die Vorsitzenden des Gemeinderates gewählt. Bei dieser und bei allen folgenden Wahlen enthielten sich die Gemeinderäte der VO der Stimme. Als Vorsitzender wurden gewählt: von der SPÖ Franz Jonas, Bruno Marek, Helene Potetz und Rudolf Sigmund, von der ÖVP Richard Mazur und Dr. Ing. Franz Hengl.

Die Wahl des Bürgermeisters

Nun übernahm GR. Marek den Vorsitz zur Durchführung der Wahl des Bürgermeisters. Als Wahlprüfer fungierten von der SPÖ GR. Adelpoller, von der ÖVP GR. Haim und von der VO GR. Maller. Die Schriftführer riefen die Gemeinderäte einzeln auf, und diese legten ihre Stimmzettel in die Wahlurne. GR. Jonas verließ den Saal, nachdem er seine Stimme abgegeben hatte. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung verkündete der Vorsitzende das Wahlergebnis. Von 100 abgegebenen Stimmen waren 8 leer. Von den 92 gültigen Stimmen erhielt GR. Jonas 92 Stimmen und war somit zum Bürgermeister gewählt. Der Vorsitzende GR. Marek, Klubobmann der SPÖ GR. Dr. Stemmer und Schriftführer GR. Mistingger holten den neuen Bürgermeister in den Saal zurück. (Starker Beifall ohne VO.) Die Gemeinderäte erhoben sich von ihren Sitzen. Bürgermeister Jonas übernahm nun wieder den Vorsitz und legte das Gelöbnis ab, die Gesetze getreulich zu beobach-

ten und seine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

In weiterer Erledigung der Tagesordnung wurde die Zahl der Schriftführer mit 6 festgesetzt und von der Sozialistischen Partei Maria Jacobi, Leopold Mistingner, Maria Hirschler und Fritz Konir, von der Österreichischen Volkspartei Prof. Markus Bittner und Dkfm. Dr. Kurt Fiedler gewählt.

Die Wahl der Städteräte

Nachdem die Zahl der Mitglieder des Stadtsenates vom Gemeinderat mit 12 festgesetzt wurde, erfolgte die Wahl der Stadträte: von der Sozialistischen Partei Dr. Alfred Migsch, Johann Resch, Hans Mandl, Karl Honay, Leopold Thaller, Franz Koci, Franz Glaserer und Josef Afritsch, von der ÖVP Lois Weinberger, Karl Lakowitsch, Franz Bauer, Dkfm. Nathschläger. Die Genannten nahmen die Wahl in den Stadtsenat an und leisteten hierauf das Gelöbnis. Als Vizebürgermeister wurden Stadtrat Honay und Stadtrat Weinberger gewählt. Auch sie nahmen die Wahl an und leisteten das Gelöbnis.

Hierauf setzte der Wiener Gemeinderat die Verwaltungsgruppen fest. Dies sind: Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform. Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen. Verwaltungsgruppe III, Kultur und Volksbildung. Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen. Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen. Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten. Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten. Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen. Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen. Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten. Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Verwaltungsgruppe XII, Städt. Unternehmungen.

Die Zahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse wurde mit 12 festgesetzt. Auf die Sozialistische Partei entfallen in jedem Ausschuß acht und auf die ÖVP vier Mitglieder.

Vorher hatte sich GR. Dr. Soswinski (VO) zu Wort gemeldet. Die Festsetzung der Zahl der Ausschußmitglieder auf 12 bedeute, wie der Redner ausführte, der Opposition die so wichtige Kontrolle und Einsicht in die Verwaltung zu nehmen. Er stellte daher den Antrag, die Zahl der Ausschußmitglieder mit 15 festzusetzen und da-

mit der Opposition das Kontrollrecht zu sichern. Die Vermehrung der Ausschußmitglieder kostet die Wiener Bevölkerung im Gegensatz zu der Vermehrung der Stadträte nichts. Der Antrag des Redners wurde gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

Nach der Bestimmung der Mitglieder der einzelnen Gemeinderatsausschüsse wurde die Wahl von 12 Mitgliedern der gemeinderätlichen Personalkommission vorgenommen, wobei ^{auf} acht die SPÖ und vier auf die ÖVP entfallen, ferner die Wahl des Disziplinarkollegiums, bei dem sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder auf die SPÖ, drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder auf die ÖVP entfallen. Weiter wurden gewählt: 14 Mitglieder in den Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien mit einer dreijährigen Funktionsdauer. Auf die SPÖ entfallen neun Mitglieder, auf die ÖVP fünf. Als Vorsitzender und als Beisitzer des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt wurden auf die Dauer von drei Jahren gewählt: von der SPÖ als Vorsitzender GR. Dr. Stemmer, als Beisitzender GR. Schiller, von der ÖVP als Beisitzer GR. Haim. Schließlich wurden auf die Dauer eines Jahres neun Mitglieder des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes gewählt, sechs von der SPÖ und drei von der ÖVP.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, unterbrach hierauf die Sitzung, um den Mitgliedern des Stadtsenates Gelegenheit zu geben, die Amtsführenden Stadträte zu bestimmen.

Nach erfolgter Beratung wurde die Sitzung unter dem Vorsitz von GR. Marek wieder aufgenommen. Der Vorsitzende teilt mit, daß gemäß § 97 der Verfassung der Stadt Wien folgender Vorschlag zur Besetzung der Verwaltungsgruppen, also zur Wahl der Amtsführenden Stadträte als Leiter der zwölf Verwaltungsgruppen des Magistrates, erstattet wurde:

Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, Stadtrat Dr. Alfred Migsch;

Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, Stadtrat Johann Resch;

Verwaltungsgruppe III, Kultur und Volksbildung, Stadtrat Hans Mandl;

Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, Vizebürgermeister Karl Honay;

Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Lois Weinberger;

Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, Stadtrat Leopold Thaller;

- Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Stadtrat Karl Lakowitsch;
- Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, Stadtrat Franz Koci;
- Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, Stadtrat Franz Glaserer;
- Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, Stadtrat Franz Bauer;
- Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Stadtrat Josef Afritsch;
- Verwaltungsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, Stadtrat Dkfm. Richard Nathschlager.

Der Vorschlag wurde ohne die Stimmen der Volksopposition angenommen.

Unter lebhaftem Beifall ergriff sodann Bürgermeister Jonas das Wort. (Die Rede des Bürgermeisters brachten wir bereits auf den Blättern 2122 bis 2135.)

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Die Erklärungen der Parteien

Nach Wiederaufnahme der Sitzung kommt als erster Redner GR. Lauscher (VO) zu Wort. Er bedauert, daß sich die Verhandlungen der beiden großen Parteien so hinausgezogen haben, daß es erst zwei Monate nach den Wahlen zur Konstituierung des Wiener Gemeinderates kam. Seine Fraktion wird sich zu den Grundsätzen einer fortschrittlichen Kommunalpolitik bekennen. Sie wird den Interessen des arbeitenden Volkes dienen. Der Redner stellt fest, daß heuer auch zum ersten Mal gleichzeitig mit dem Gemeinderat die Bezirksvertretungen gewählt wurden. Der Arbeit der Bezirksvertretungen müsse große Aufmerksamkeit und Unterstützung zugewendet werden, da sie den Kontakt mit der Bevölkerung herstellen. Ihre Kompetenz dürfe nicht eingeengt, sondern müsse erweitert werden. Seine Fraktion bekenne sich weiter zu einer Reihe dringender Forderungen der arbeitenden Bevölkerung Wiens, für deren Erfüllung sie sich mit ganzer Kraft einsetzen werde. Zunächst die Forderung, energische Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen. Das Marktamt vor allem, müsse die Preisbewegung beobachten und das Hinauf-

numerieren einstellen. Von großer Wichtigkeit ist ferner die Herabsetzung der Gas- und Stromgebühren und eine bedeutende Reduzierung der Grundgebühren. In diesem Zusammenhang müsse auch auf die rasche Fertigstellung des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug gedrängt werden. Von besonderer Wichtigkeit sei eine sozial gerechte Finanz- und Tarifpolitik, die die arbeitende Bevölkerung schont und die finanziellen Mittel dort beschafft, wo sie im Überfluß vorhanden sind. Die Interessen Wiens müssen bei der Abgabenteilung gegenüber dem Bund konsequent vertreten werden. Ein besonders dringendes Problem ist auch die Wohnungsnot. Die Volksoption habe wiederholt Wege aufgezeigt, Mittel für den Wohnhausbau in größerem Ausmaß zu beschaffen. Sie verlange, daß in jedem Jahr durchschnittlich mehr gebaut werde, als dies während der Zeit der Ersten Republik der Fall war, weil der zweite Weltkrieg tausende Wohnungen zerstört hat. Auch der Instandsetzung und Modernisierung der Althäuser müsse großes Augenmerk zugewendet werden, jedoch unter der Berücksichtigung, die Mieter vor unerträglichen Zinssteigerungen zu schützen. Als eine brennende Frage, bezeichnet der Redner die Vergebung der Wohnungen. Hier müsse allein die Bedürftigkeit entscheidend sein. Von großer Bedeutung sei auch die Lösung der Verkehrsmisere. Die Forderung nach dem Bau von Schnellbahnen und eines zweiten Stadtbahnringes müsse verwirklicht werden. Auf dem Gebiet der Fürsorge müsse die 13. Monatsrente ein dauernder Bestandteil des Rentenbezuges bleiben. Es müssen mehr Kindergärten, Horte, Spiel- und Sportplätze gebaut werden und für die Schulentlassenen Lehrwerkstätten. Eine Herzenssache ist auch die Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der Wiener Bevölkerung und die Förderung des Sportes, der Kultur und der Volksbildung. Auf dem Gebiete der Personalpolitik müßte die Gemeinde dem Bund beispielgebend vorangehen. Die Gemeindeangestellten gehörten früher einmal zu den am besten Bezahlten.

Auch die Randgemeindenfrage wäre einer demokratischen Lösung zuzuführen. Jenen Gebieten, die zu Wien wollen, müßte dies durch eine gesetzliche Regelung ermöglicht werden.

Der Redner kommt dann auf die augenblickliche politische Lage zu sprechen und erklärt, daß in unserem Lande die politische Reaktion am Werke sei, daß in Österreich wieder Soldaten gespielt und

"großgedeutscht" werde. (Zwischenruf SPÖ: ... und in der Tschechoslowakei wird aufgerüstet!) Durch die Gefahr einer Wiedererrichtung einer Wehrmacht in Westdeutschland drohe auch unserem Lande Gefahr. (Zwischenruf: Was ist mit Paulus in Ostdeutschland.) Mit der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus entsteht darüber hinaus eine Bedrohung für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit unseres Landes. Dadurch wird auch der Abschluß eines Staatsvertrages für Österreich sabotiert. Der Wiener Gemeinderat müsse es daher als seine Verpflichtung erachten, den Kampf gegen die Reaktion zu führen, für die Verteidigung der Demokratie und gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands.

GR. Lauscher stellt mit Befriedigung fest, daß die WdU im Wiener Gemeinderat nun nicht mehr vertreten ist. (Zwischenruf bei SPÖ: Um ein Haar wär's Euch auch so gegangen). Die Volksoption werde den Auftrag der Wiener Wähler gewissenhaft erfüllen. Sie wird darauf achten, daß die Koalitionsparteien ihre Wahlversprechen einhalten. Jede Maßnahme, die sich gegen die Interessen Wiens und seiner arbeitenden Bevölkerung richte, werde seine Fraktion entscheidend bekämpfen; alle Maßnahmen aber, die dem Fortschritt dienen, werde sie begrüßen und unterstützen, um der arbeitenden Bevölkerung das Leben zu erleichtern und die Entwicklung Wiens zu Glück und Wohlstand zu führen.

Für die Österreichische Volkspartei sprach Vbgrm. Weinberger, der zunächst den Wiener Wählern dankte, die der ÖVP ihr Vertrauen schenkten. Dieses Vertrauen von nahezu 360.000 Wienerinnen und Wienern hat die ÖVP in der gleichen Stärke wie im letzten Gemeinderat wieder in dieses Haus gebracht und die offen ausgesprochene Absicht die Volkspartei von der aktiven Mitarbeit auszuschalten vereitelt.

Die ÖVP wird auch in der Bundeshauptstadt aus ernststen und sachlichen Gründen mit der Sozialistischen Partei zusammenarbeiten. Das wird sie aber nicht daran hindern, ihre besondere Ansicht und damit auch den besonderen politischen Auftrag der Wählerschaft zur Geltung zu bringen. Da leider noch nicht alle notwendigen Sicherungen für eine loyale Zusammenarbeit erreicht werden konnten, kann die Koalitionsbereitschaft allerdings vorläufig nur bedingt erklärt werden. Die ÖVP wird jedenfalls genau aufpassen und ihre Mit-

arbeit nach der Haltung der SPÖ einstellen.

Vbgm. Weinberger bedauerte, daß am Tage der Konstituierung des Gemeinderates in den Zeitungen eine Rede von Stadtrat Resch wiedergegeben wurde, in der er Wien wieder einmal mit einer bestimmten Farbe anstreichen will. Wir alle sollten uns aber besser zu dem Rot-Weiß der Fahne Wiens bekennen.

Rein äußerlich ist die ÖVP nun ganz an die rechte Seite des Hauses gerückt. Die sogenannten Unabhängigen haben ihr verdientes Schicksal erlitten und sind im Rathaus nicht mehr vertreten. Wie etliche Wahlergebnisse bewiesen, haben auch ehemalige Anhänger der sogenannten Nationalen der ÖVP diesmal ihr Vertrauen geschenkt. Auch wenn das nicht so wäre, würde die Volkspartei ohne Aufgabe ihrer Zentrumstellen auch in diesem Haus selbstverständlich weiterhin für das gleiche Recht aller Mitbürger eintreten. Es ist an der Zeit mit alten Ressentiments Schluß zu machen.

Vbgm. Weinberger unterstrich auch den Auftrag, den die ÖVP vom christlichen Volk dieser Stadt erhalten hat. Wien hatte immer ein christliches und darum auch humanes Wesen. Wenn diese Stadt wieder zu einer großen europäischen, ja zur Weltgeltung aufsteigen soll, dann kann dies nur aus einer tiefen Verbindung mit den Kraftquellen des christlichen Geistes kommen.

Es war ein Schuldbekennnis der Sozialisten, als sie die Wahlparole von der künftigen Weltstadt Wien ausgaben. Die SPÖ hatte jahrzehntelang Zeit, diese Stadt wenn schon nicht zu einer neuen Weltstadt zu machen, so doch vor den Verlust ihrer einstigen Größe zu bewahren. (Stadtrat Resch: Was haben Sie 1934 bis 1938 gemacht?) Wien, das werden Sie doch nicht leugnen können, war vor 1918 eine wirkliche Weltstadt! Wir leugnen nicht, daß auch die Sozialisten Verdienste um diese Stadt haben. Wir anerkennen auch die heutigen Erklärungen des Bürgermeisters. Aber alles, was seit 1945 bisher geschah, war nicht das alleinige Verdienst der Sozialisten und ist schon garnicht aus dem Geld ihrer Wählerschaft, sondern aus dem des ganzen Volkes geschaffen worden. Der Wiederaufbau Wiens war doch nur möglich, weil die Voraussetzungen dafür von der Bundesregierung geschaffen wurden. Und die Sozialisten können nicht leugnen, daß die Führung im Bund bis zum heutigen Tag in den Händen der ÖVP liegt.

Vbgm. Weinberger hielt den Sozialisten ihr bisheriges Verhalten der Demokratie gegenüber vor, sowie die kleinliche Planung von Gestern und Heute. Sie waren überall dort für die Demokratie, wo sie in der Minderheit waren. Sie haben die Demokratie aber mitleidig belächelt, wo sie auch nur eine Stimme über die Mehrheit erhielten. Die Wiener Verfassung zum Beispiel ist einer Diktatur würdiger, als einer Demokratie. Und wie sieht es um das gleiche Recht aller Mitbürger in dieser Stadt aus. Die Methoden der Wohnungsvergabe waren eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen. Wir werden uns das nicht mehr gefallen lassen und wir werden diese Methoden nicht mehr länger dulden.

Vbgm. Weinberger kam nun auf die Aufgaben der nächsten fünf Jahre zu sprechen. Die SPÖ habe es sich etwas zu leicht gemacht. Sie erklärte schlicht, daß sie Wien wieder zu einer Weltstadt gestalten werde, daß sie 30.000 Wohnungen bauen, das Stadion aufstocken und vielleicht auch ein neues Allgemeines Krankenhaus mitfinanzieren will. Alles andere war so allgemein gehalten, oder so selbstverständlich, daß man darüber gar nicht erst reden sollte. Von einer U-Bahn, die dringender als vieles andere ist, wurde nicht einmal heute etwas gesagt, auch nicht über die Schnellbahnen. Von den Satellitenstädten, von denen einmal so viel die Rede war, ist heute keine Spur mehr. Ihre bisherige Methode ist überhaupt ungeeignet, unsere Stadt wirklich wieder zu neuem Ruhm und zu neuer Größe emporzuführen. Die ÖVP hat ihr Programm lange vor den Wahlen bekanntgegeben; sie wird es auch weiterhin als Grundlage ihrer Politik in diesem Haus gebrauchen. Einen wesentlichen Teil dieses Programmes bildet der finanzielle Teil. Vbgm. Weinberger stellte sich gegen die gegenwärtige Finanzpolitik und betonte die Forderung der ÖVP nach einer radikalen Umstellung. Beim Wohnungseigentum und beim genossenschaftlichen Bauen sind die Sozialisten schon etwas nachgiebiger geworden. Sie werden auch in der Finanzpolitik noch so vorgehen, wie ihnen das vor allem Kamitz schon längst vorgezeigt hat! (Stadtrat Resch: Nein!) Es ist ja auch ganz ausgeschlossen, große Investitionen aus der derzeitigen Generation herauszupressen. Nach den Vorschlägen der ÖVP könnten Anleihen und andere Kreditoperationen Steuern, Abgaben und Tarife gesenkt werden. Vbgm. Weinberger bedauert es daher,

daß das nächstjährige Budget wieder nach den alten, veralteten Methoden aufgestellt werden muß. Die ÖVP werde jedoch die von ihr geforderten Ermäßigungen solange verlangen, bis endlich das Notwendige getan wird.

Recht ist, was der Partei dient, meinen die Sozialisten. Die ÖVP bleibt aber dabei, daß allein das recht ist, was allen gleichermaßen dient. Die bisherige Personalpolitik hat dies nicht berücksichtigt. Trotz der aner kennenswerten Bemühungen von Stadtrat Sigmund haben sich hier Tendenzen nach einer bestimmten Richtung gezeigt.

Vbgn. Weinberger ging nun auf einige Sonderkapitel der Verwaltung näher ein. Er begrüßte es vor allem, daß die Städtischen Unternehmungen für die nächsten fünf Jahre wieder von einem Mann der ÖVP geführt werden, und erneuerte in diesem Zusammenhang die Forderung nach U-Bahn und Schnellbahn, die Führung der Autobahn bis in den Stadtkern, die Schaffung von genügend Parkplätzen, den Ausbau eines modernen Flughafens und des Donauhafens, damit die heute schon unhaltbar gewordenen Verkehrsverhältnisse sich endlich großstädtisch gestalten.

Das Ziel aller Bemühungen der ÖVP bleibt jedoch die Freiheit und der Wohlstand des einzelnen Menschen und der Familien innerhalb einer echten Volksgemeinschaft. Diesem Ziel muß auch eine wirklich soziale Wohnbautätigkeit dienen. Die ÖVP steht auch weiterhin zum Bau von Gemeindewohnungen, verlangt aber familiengerechtere Wohnungen durch Vergrößerung des Wohnraumes durch die Unterstützung des Baues von Eigentumswohnungen und Siedlungsgenossenschaften. Auch das Problem der Althäuser muß gelöst werden. Eine gerechte Lösung des gesamten Wohnungsproblems erfordert aber vor allem die sofortige Abkehr von den bisher geübten Methoden der Wohnungsvergebung. Die Vergebung soll lediglich nach sozialen und objektiven Gesichtspunkten erfolgen. Daß ein neuer Mann an die Spitze des Wohnungsamtes gekommen ist, mag vielleicht ein erster Schritt dazu sein.

Gegen den Zerfall der Familien und gegen den Geburtenrückgang forderte Weinberger Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Ehestandsdarlehen, Geburtenbeihilfen, Tariferleichterungen und andere Maßnahmen zur Familienförderung.

Gute Mütter und gesunde Familien seien besser als jede Fürsorge und alle Erziehungsheime. Der Volksgesundheit ist durch die Stadtverwaltung größtes Augenmerk zuzuwenden. Die ÖVP fordere daher die Ausdehnung der Gesundenuntersuchungsstellen auf möglichst alle Wiener Bezirke. Es wird hoffentlich auch möglich, mit dem Neubau und Umbau des Allgemeinen Krankenhauses bald zu beginnen. Die Stadt muß auch daran mitwirken, ein entsprechendes Spital für Fußbehinderte zu schaffen. Ferner legte Vbgm. Weinberger größten Wert darauf, die schon längst zu Altersspitalern gewordenen, unzulänglichen Altersheime zu echten Heimen für müde alte Mitbürger zu gestalten.

Zum Sport bemerkte der Redner, daß er nach Auffassung der ÖVP der Gesunderhaltung des Volkes und Charakterbildung der Jugend dienen müsse. Die Mehrheit dieses Hauses habe jedoch bisher vom Sport mehr an Abgaben und Steuern herausgepreßt, als sie ihm oft recht einseitig zurückgegeben hat.

Für Wissenschaft und Kultur, die in Wien seit Jahrhunderten Heimstadt und Pflege fanden, hatte die Rathausmehrheit außer schönen Worten bisher leider nicht sehr viel übrig. Das Kulturbudget war schon immer das bescheidenste der Stadtverwaltung. Es wird auch durch Einbeziehung einiger Kapitel nicht schöner und größer werden. Die ÖVP fordere weitgehende Unterstützung aller wissenschaftlichen und volksbildnerischen Einrichtungen und die großzügige Förderung aller Wiener Kulturschaffenden. Ebenso sollte unsere Stadt künftig mehr für den Fremdenverkehr tun. Sie müßte vor allem die Wiener Musik, das Wiener Theater und die Operette unter ihnen besonderen Schutz nehmen.

Zu der neuen Zusammenarbeit bemerkte Vbgm. Weinberger, daß es die SPÖ für richtig befunden habe, aus rein optischen Gründen die Verwaltung um eine Verwaltungsgruppe zu vermehren. Die ÖVP wird sehr darauf achten, ob diese "Öffentlichen Einrichtungen" rationell geführt werden. Die ÖVP bekennt sich auch jetzt und weiterhin zur Kommunalisierung wie sie von Bürgermeister Dr. Lueger durchgeführt wurde. Sie verlangt aber für alle diese Unternehmungen eine rationelle Führung und lehnt weitere Kommunalisierungen als unzweckmäßig ab.

Es kann nicht Aufgabe der Stadtverwaltung sein, die private Wirtschaft einzuengen.

Vbgm. Weinberger bezeichnet die Koalition als keine "Liebes-ehe". Es war nicht leicht, auch nur zu einer Art Vereinbarung zu kommen. Wenn ein Teil zuviel verlangt, ist eine Einigung immer schwer zu erreichen. Die SPÖ glaubte allen Ernstes, der ÖVP das größte Verwaltungsgebiet wegnehmen zu können. Es ist nicht die Schuld der ÖVP, wenn es statt zu einer Verminderung der Stadträte zum Gegenteil kam. Der neue Stadtrat ist allein ein Produkt der Sozialisten. In den großen Fragen der Personalpolitik und der Wohnungsvergebung bestehen noch immer starke Differenzen. Wir werden mit oder ohne Vereinbarung gerade hier das gleiche Recht aller vertreten. Es geht nicht an, daß gerade die Bundeshauptstadt Bürger ungleichen Rechtes hat. Die ÖVP wird sich den Sozialisten gegenüber genau so verhalten, wie sie sich der ÖVP gegenüber einstellt und wird immer auf die Freiheit und das Recht aller Bürger achten.

Vbgm. Weinberger erklärte grundsätzlich die Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit im Interesse der Stadt. Die Bereitschaft hat aber Grenzen und kann die ÖVP nicht daran hindern, überall dort Kritik zu üben, wo die Regeln der Demokratie verletzt werden. Die ÖVP folgt hier nur einem lang geübten Beispiel der Sozialisten in der Regierung und im Nationalrat. Die Volkspartei wird sich bemühen, dieses Beispiel im Wiener Rathaus nachzuahmen.

Abschließend stellte Vbgm. Weinberger fest, daß die ÖVP die Freiheit als höchstes menschliches Gut achte. Sie stehe fest auf dem Boden des großen Vaterlandes Österreich, und sie stehe zur äußeren und zur inneren Freiheit. Das Christentum und besonders die Katholische Kirche sei tiefster und letzter Kraftquell für ein schönes und wahrhaft gutes Leben. Die ÖVP bekenne sich daher zur Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen besonders in den Fragen der Erziehung und der Ehe und der Familie. Die Österreichische Volkspartei arbeitet, opfert und kämpft in ganz Österreich für eine schöne Zukunft.

Sie arbeitet, opfert und kämpft auch in Wien für eine neue Schönheit und Größe dieser Stadt, aber auch für ein Leben in Freiheit und Würde für alle Mitbürger. Die Sozialisten wollen Wien schöner, besser und gesünder machen. Die ÖVP gelobt alles zu tun, damit Wien wieder schön, gut und gesund wird.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) kommt auf den verflossenen Wahlkampf zu sprechen und erklärt: Ich habe in der Ersten und Zweiten Republik ein Dutzend Wahlkämpfe miterlebt, aber noch keinen Wahlkampf mitgemacht, der auf einem derart niedrigen Niveau geführt wurde, wie dieser Wahlkampf für den Wiener Gemeinderat.

Die Kommunistische Partei - lies Volksopposition - hat meine Partei mit den schmutzigsten Mitteln bekämpft. Wir haben auch gar nichts anderes erwartet. Sie hat ihr Grundmandat nicht in ehrlicher Weise erworben. (GR. Lauscher: Das sagen Sie wider Ihr besseres Wissen! - Das ist eine Lüge! Für so eine Behauptung muß man den Beweis antreten!) Wir wissen genau, daß die Kommunistische Partei rechtzeitig viele Wähler nach Favoriten ummelden ließ, um die notwendigen Stimmen zusammenzubringen. Zu einem Großteil ist es dieser Korrektur zuzuschreiben, daß sie das Grundmandat erhalten hat. Ich bin überzeugt, daß die Volksopposition aus ihrer eklatanten Niederlage nichts gelernt hat. Sie hat nichts gelernt, weil die Kommunistische Partei weder in Wien noch in Österreich eine österreichische Partei ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten. - Anhaltende Zwischenrufe bei der Volksopposition und Gegenrufe bei der SPÖ.) In dem Augenblick, in dem der letzte russische Soldat Wien verlassen haben wird, in dem die USIA-Betriebe in österreichische Verwaltung übergegangen sein werden und in dem wir den Staatsvertrag erhalten haben werden, werden in diesem Hause keine Lakaien einer fremden Macht mehr sitzen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten). Dann werden wir alle, die wir diese Stadt verwalten, aufatmen, denn dann werden wir wahrhafte Diener des österreichischen und Wiener Volkes hier sein.

Von der Kommunistischen Partei haben die Sozialisten nichts anderes erwartet. Aber von der Österreichischen Volkspartei, die mit uns seit zehn Jahren die Verwaltungsgeschäfte in diesem Hause teilt, haben wir anderes erwartet. Für die Bemessung des Umfanges

dieser Teilnahme hat die Sozialistische Partei die gerechteste Grundlage, das gerechteste Prinzip angewendet; den Proporz. Ich darf namens meiner Partei feststellen, daß dieser Mitwirkung an wichtigen Positionen der Wiener Stadtverwaltung im Wahlkampf von der Volkspartei in keiner Weise Rechnung getragen worden ist. Die Volkspartei hat so getan, als wäre sie eine ausgesprochene Oppositionspartei. Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß die Volkspartei selbst mit dem dunklen Geschäft der Wohnungsnot keine Stimmen für sich gewonnen hat, und auch die von ihrer Presse wochenlang veröffentlichten Namen jener, die angeblich nicht zu Recht eine Zuweisung erhielten (GR. Mühlhauser: Euch ist der Gegenbeweis schwer gefallen!), hat ihr wahrhaftig nicht den Erfolg eingetragen, den sie sich erhofft hat. Aber auch nicht ihre Demagogie mit den Gas- und Strompreisen, die sie mit uns beschlossen hat, das Winseln um die Nazistimmen, die einseitige Behandlung der Verkehrsprobleme oder die Naivität mit den Resch-Millionen hat verhindern können, daß sie 42.000 Stimmen verloren hat.

Das "Kleine Volksblatt" hat die Sozialistische Partei als eine alte, müde und verbrauchte Partei bezeichnet und gemeint, daß dieses "letzte sozialistische Bollwerk Europas" zu Fall kommen wird. Diese Prophezeiungen sind daneben gegangen, und nicht nur Wien hat wieder den roten Bürgermeister, sondern nun besitzt auch Berlin einen roten Bürgermeister. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten). Wir dürfen ohne Überheblichkeit feststellen, daß diese alte, müde und verbrauchte Sozialistische Partei am 17. Oktober sieben Mandate in dieser Stadt gewonnen hat.

Die ÖVP schreibt ihren Mißerfolg der Tatsache zu, daß 65.000 Wähler und Wählerinnen nicht zur Wahl gegangen sind. Aber gerade ihre zügellose Politik hat viele ihrer Mitläufer abgestoßen. Je mehr sie die Sozialisten beschmutzt hat, umso mehr hat sie in ihnen den Glauben wachgerufen, alle Parteien seien schlecht und darum sind sie überhaupt nicht zur Wahl gegangen.

Wir haben diesen Zweifrontenkrieg bestanden.

./.

Der Nutznießer des Kampfes der Volksopposition gegen die Sozialistische Partei ist teilweise auch die Volkspartei gewesen.

(GR. Lakowitsch: Dann haben uns die Kommunisten geholfen?) Es ist unbestritten, daß die KP-Wähler eigentlich mehr zu uns gehören.

(GR. Lakowitsch: Das ist gar keine Frage! - GR. Mühlhauser: Das haben wir nicht bestritten!) Ich verurteile nicht die Arbeiter und Angestellten, die die Kommunistische Partei wählen. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, diese verirrt Menschen einmal zu uns zu bringen.

Vbgm. Weinberger hat wieder sehr ernst von der Demokratie und von der Änderung der Verfassung der Gemeinde gesprochen. Da möchte ich nur sagen, daß die sogenannte ständische Verfassung eine Schande auf die Demokratie gewesen ist (Zustimmung bei der SPÖ), weil sie niemals den Willen des Volkes respektiert hat und aus einer Art Diktatur hervorgegangen ist, die wir absolut verabscheuen und unter der gerade die arbeitenden Menschen am meisten zu leiden gehabt haben. Ich ersuche Vbgm. Weinberger aber, ein ernstes Wort mit seinen Parteifreunden in Niederösterreich zu sprechen und ihnen zu sagen, was wirklich Demokratie ist!

Wiederholt wurde von Rednern der Volkspartei etwas spöttisch davon gesprochen, daß wir Wien zu einer Weltstadt machen wollen. Die Begriffe über eine Weltstadt sind eben verschieden. Wenn Sie davon gesprochen haben, daß Wien schon vor dem ersten Weltkrieg eine Weltstadt gewesen ist, so denken wir, die wir in dieser Weltstadt damals gearbeitet haben, an die Tuberkulose, die hunderte Tausende Menschen in dieser Weltstadt weggerafft hat (Zustimmung bei den Sozialisten), dann denken wir daran, daß in keiner großen Stadt der Erde das Bettgängertum so stark verbreitet gewesen ist, wie in dieser Weltstadt (neuerliche Zustimmung bei der SPÖ). Auf der einen Seite gab es einen krassen Überfluß einer kleinen Schicht, auf der anderen Seite eine gräßliche schreckliche Armut.

./.

10. Dezember 1954 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2151

Wir Sozialisten wollen eine Weltstadt formen, die nicht nur äußerlich ein schönes Antlitz trägt, sondern den Stempel der sozialen Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Als Sprecher der Sozialistischen Partei dieses Hauses fühle ich mich verpflichtet, vor dem Gemeinderat das feierliche Versprechen abzugeben, daß wir Sozialisten unser Arbeitsprogramm, mit dem wir in den Wahlkampf gezogen sind, als eine ernste Verpflichtung betrachten. Wir geloben, es in dieser Funktionsperiode restlos zu erfüllen. An dieses feierliche Gelöbnis knüpfe ich den Dank meiner Partei an die rund 567.000 Wählerinnen und Wähler, die uns am 17. Oktober durch ihren Stimmzettel das Vertrauen geschenkt haben. (Lebhafter Beifall.)

Manche Parteien - ich denke dabei an die noch bis zu den Wahlen hier vertretene Totgeburt des VdU - kommen und gehen, die Sozialistische Partei hat allen Stürmen der Zeit getrotzt. Erfüllt von der glaubensstarken Weltanschauung eines aufbauenden Sozialismus, werden wir unsere geliebte Vaterstadt einer neuen Blüte entgegenführen. (Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

Damit ist die Aussprache beendet und Vorsitzende GR. Helene Potetz schließt um 16.40 Uhr die erste Sitzung des Wiener Gemeinderates.

- - -

Stadtrat Dr. Alfred Migsch

=====

10. Dezember (RK) Der neue Stadtrat der Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, Dr. Alfred Migsch, wurde am 5. November 1901 in Wien geboren. Sein Vater war Versicherungsbeamter und Mitbegründer des Vereines der Versicherungsangestellten. Alfred Migsch absolvierte in Wien das Gymnasium und studierte an der Wiener Universität Staatswissenschaften. Im Jahre 1921 trat er bei der Gemeinde Wien ein und wurde zunächst dem Rechnungsdienst zugeteilt. Von 1922 bis 1929 war Migsch im Wiener Stadtschulrat tätig, von 1929 bis 1934 arbeitete er als Sekretär bei Stadtrat Weber, der damals das Wohnungswesen verwaltete. Sein Amtstitel bei der Gemeinde Wien ist Senatsrat.

1934 wurde er wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei aus dem Rathaus versetzt und der Bezirkshauptmannschaft Favoriten zugeteilt.

Nach dem Krieg wurde Dr. Migsch 1945 zum Nationalrat gewählt und bekleidete von 1947 bis 1949 das Amt eines Bundesministers für Energiewirtschaft. Auf Vorschlag der Sozialistischen Partei wurde Dr. Alfred Migsch in der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates zum Stadtrat gewählt und übernimmt die Gruppe Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform.

- - -

Stadtrat Franz Glaserer

=====

10. Dezember (RK) Der neue Stadtrat der Verwaltungsgruppe VIII, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, Franz Glaserer, wurde am 27. November 1904 in Wien geboren. Er entstammt einer Arbeiterfamilie, sein Vater war von Beruf Ledergalanteriearbeiter, seine Mutter war in einer Fabrik tätig. Nach Absolvierung von Volks- und Bürgerschule erlernte Glaserer den Beruf eines Schriftsetzers. In der Arbeiter-Maturaschule Mollardgasse absolvierte er daneben einen Maturakurs. Im August 1918 trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend bei. Ein Jahr später schloß er sich auch der

./.

Lehrlingssektion der Buchdrucker an.

1940 wurde Franz Glaserer zum Wehrdienst der deutschen Wehrmacht eingezogen und geriet 1945 in Frankreich in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft im Februar 1946 war Franz Glaserer in der Bezirksvertretung von Penzing als Bezirksrat tätig. Eine Zeit hindurch bekleidete er auch das Amt eines Ernährungsinspektors. 1949 wurde Franz Glaserer in den Wiener Gemeinderat gewählt und gehört seither dieser Körperschaft an. Als Gemeinderat war er in den Ausschüssen für Personalangelegenheiten und Gesundheitswesen tätig. Auf Vorschlag der Sozialistischen Partei wurde Franz Glaserer in der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates zum Stadtrat gewählt und übernimmt das Ressort Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen.

- - -

Autobuslinie 7 wieder wie früher
=====

10. Dezember (RK) Ab Samstag, den 11. Dezember, verkehren nach Beendigung der Bauarbeiten in der Porzellangasse die Autobusse der Linie 7 und die Autobusse der in den Nächten von Samstag auf Sonntag geführten Nachtlinien B in beiden Fahrtrichtungen wieder über die normale Fahrstrecke ab Schlickgasse über Porzellangasse.

- - -

Konstituierende Sitzung des Wiener Landtages
=====

10. Dezember (RK) Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung hielt der Wiener Landtag seine konstituierende Sitzung ab, die von dem bisherigen Präsidenten, Abgeordneten Marek, eröffnet wurde.

Der erste Punkt der Tagesordnung war die Wahl des Landtags-Präsidenten sowie des zweiten und dritten Präsidenten. Gemäß den Bestimmungen der Gemeindewahlordnung entfallen die Stellen des ersten und dritten Präsidenten auf die Sozialistische Partei, die Stelle des zweiten Präsidenten auf die Österreichische Volkspartei. Während der Wahl des ersten Präsidenten übernimmt Abg. Mühlhauser den Vorsitz. Der Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei für den ersten Präsidenten lautet auf den Abgeordneten Bruno Marek. Der Wahlvorschlag wurde ohne die Stimmen der VO angenommen. Präsident Marek übernimmt unter lebhaftem Beifall den Vorsitz. Als zweiter Präsident wurde von der Österreichischen Volkspartei der Abgeordnete Karl Mühlhauser und als dritter Präsident von der Sozialistischen Partei der Abgeordnete Rudolf Sigmund vorgeschlagen. Sowohl der zweite als auch der dritte Präsident wurden ohne die Stimmen der VO gewählt.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde vom Wiener Landtag das Immunitätskollegium gewählt, das aus neun Mitgliedern bestehen soll. Von der Sozialistischen Partei wurden gewählt die Abgeordneten Maria Jacobi, Dr. Josef Jakl, Bruno Marek, Leopold Mistingner, Adolf Planek und Dr. Josef Bohmann, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Ing. Franz Hengl, Dr. Carl Freytag und Dr. Kurt Fiedler.

In den Unvereinbarkeitsausschuß wurden gewählt: Von der Sozialistischen Partei die Abgeordneten Josef Wiedermann, Hans Bock, Dr. Josef Bohmann, Harry Jodlbauer, Leopoldine Schlinger und Wilhelm Svetelsky, von der Österreichischen Vdkspartei die Abgeordneten Matthias Kowatsch, Dr. Carl Freytag und Dr. Hans Wollinger.

Sodann erfolgte die Wahl von 12 Mitgliedern des Bundesrates. Von den 12 Bundesratsmandaten entfallen acht auf die Sozialistische Partei und vier auf die Österreichische Volkspartei. Nach den Bestimmungen der Bundesverfassung sind wählbar nicht nur Mitglieder des Landtages, sondern auch alle Staatsbürger, die die Wahlbarkeit zum Wiener Landtag besitzen. Von der Sozialistischen Partei Österreichs wurden folgende Wahlvorschläge erstattet: Hans Riemer, Dr. Adalbert Duschek, Leo Geiger, Franziska Krämer, Rudolfine Luhr, Alfred Porges, Franz Schulz und Otto Skritok. Von der Österreichischen Volkspartei wurden vorgeschlagen: Fritz Eckert, Franz Gabriele, Otto Mitterer und Prof. Dr. Karl Lugmayer. Die Wahlvorschläge beider Parteien wurden ohne die Stimmen der VO angenommen.

Die Arbeit des Landtages

Zum Schluß der Sitzung dankte Präsident Marek den Mitgliedern des Landtages für das Vertrauen, das sie ihm und dem zweiten und dritten Präsidenten durch ihre Wahl entgegengebracht haben. Er gab die Versicherung ab, daß es immer ihr Bestreben sein werde, das in sie gesetzte Vertrauen durch objektive und gewissenhafte Arbeit in der Geschäftsführung zu rechtfertigen und damit auch das Vertrauen der Wiener Bevölkerung in die demokratischen Einrichtungen zu festigen. Präsident Marek gab sodann einen Überblick über den großen Aufgabenkreis der nächsten Jahre und führte aus:

"Wir werden in Kürze Gelegenheit haben, Gesetzesvorlagen der Landesregierung zu beraten, wobei unter anderem dem Landtag Entwürfe zu Ausführungsgesetzen zu Bundesgrundsatzgesetzen vorgelegt werden. Es handelt sich um Gesetze, die für das Wohl unserer Bevölkerung und für die Weiterentwicklung unserer Stadt von größter Bedeutung sind. In der Landesregierung wurde neuerlich der Entwurf für das Wiener Naturschutzgesetz eingebracht. Bekanntlich hat die Bundesregierung gegen den Beschluß des Wiener Landtages vom 18. Juni 1954 Einspruch erhoben. Der Magistrat hat nach Prüfung des Einspruches den Antrag vorgelegt, das Wiener Naturschutzgesetz in der beschlossenen Fassung durch einen Beharrungsbeschluß des Landtages in Wirksamkeit zu setzen. Ich darf weiters als bekannt voraussetzen, daß der Nationalrat eine Novelle zum Antiterrorgesetz beschlossen hat. Für einen be- ./.

stimmten Personenkreis ist das Antiterrorgesetz aber nicht unmittelbar anwendbares Recht. Für diesen Personenkreis, vor allem aber für die Bediensteten der Stadt Wien, bedarf es eines Ausführungsgesetzes, beziehungsweise eines eigenen Landesgesetzes.

Der Nationalrat hat am 9. April 1954 das Jugendwohlfahrtsgesetz beschlossen, das in seinem ersten Teil ein Grundsatzgesetz darstellt. Es bedarf dazu für das Land Wien einer Ergänzung durch ein Ausführungsgesetz. Dieses Gesetz steht in Beratung. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß dieses für unsere Jugendfürsorge so bedeutsame Gesetz bald dem Hohen Landtag vorliegen wird.

Der Magistrat hat weiter den Entwurf eines Gesetzes über Kanalanlagen und Einnünungsgebühren ausgearbeitet, das den Bedenken begegnen will, die seit einiger Zeit gegen einzelne Bestimmungen der derzeitigen Regelung vorgebracht werden. Eines der wichtigsten Gesetze aus der Frühjahrssession des Nationalrates ist das Wohnbauförderungsgesetz. Dieses Gesetz, das sich die Förderung der Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen zum Ziel setzt, sieht die Schaffung eines Beirates vor, überläßt aber die näheren Bestimmungen der Ausführungsgesetzgebung des Landes. Auch damit wird sich der Hohe Landtag bald beschäftigen müssen. Die Beschreibung unserer nächsten Aufgaben gibt mir Veranlassung, die Bitte auszusprechen, dieses Programm in sachlicher Beratung zu beschließen."

Der Vorsitzende, Präsident Marek, schließt die Sitzung um 16.56 Uhr.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 11. Dezember 1954

Blatt 2157

Die besten November-Plakate

=====

11. Dezember (RK) Das Wertungskollegium der Plakatwertungsaktion des Amtes für Kultur und Volksbildung wählte als die drei besten Plakate des Monats November "Gesund ... durch Elastisana Trikot", Entwurf VlbG. Graphik-Hard; "Junghans Uhren, schön und zuverlässig", Entwurf Atelier Hofmann und "Pril ... zum Spülen und Abwaschen", Entwurf Herbert Leupin, aus.

Als beachtenswerte Filmplakate wurden "Sabrina" und "Die Caine war ihr Schicksal" bezeichnet.

Die prämierten Plakate werden wieder an den von der Gewista zur Verfügung gestellten Plakatwänden am Stephansplatz und in der Kärntner Straße sowie an der Litfaßsäule in der Weiskirchnerstraße affiziert.

- - -

Der Großraumzug wird überprüft

=====

11. Dezember (RK) Der Anfang Februar von den Simmering-Graz-Pauker-Werken gelieferte erste Großraumzug, der anschließend technisch gründlich erprobt worden war, steht seit einem halben Jahr auf der Linie 46 in Betrieb. Er hat sich während dieser Zeit gut bewährt und wird nunmehr in die Hauptwerkstätte der Verkehrsbetriebe überstellt, um dort vor Ablauf der einjährigen Garantiefrist in einer Hauptuntersuchung eingehend überprüft zu werden.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß Stadtrat Mandl Montag, den 13. Dezember, um 15 Uhr, in seinem Büro, Wien 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, den Vertretern der Presse die Namen der Preisträger 1954 aus der Dr. Karl Renner-Stiftung bekanntgeben wird. Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

Das Programm der Wiener Festwochen 1955

=====

11. Dezember (RK) Auf Einladung des Österreichischen Presseclubs wird der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung, Mandl, Dienstag, den 14. Dezember, um 15 Uhr, in einer Pressekonferenz in den Räumen des Clubs über das Programm der Wiener Festwochen 1955 sprechen. In einer anschließenden Diskussion wird Stadtrat Mandl Anfragen zu diesem Thema beantworten.

- - -

Ermäßigte Karten für die Josefstadt

=====

11. Dezember (RK) Das Bildungsreferat der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten teilt mit, daß für die geschlossene Vorstellung "Ein Glas Wasser" von Eugen Scribe, im Theater in der Josefstadt am Dienstag, dem 14. Dezember, um 19.30 Uhr, noch Karten zum ermäßigten Preis von 1 bis 22 Schilling im Bildungsreferat, Wien 9, Maria Theresien-Straße 11, VI. Stock, Telephon R 50-5-50, Klappe 321, erhältlich sind.

- - -

Der Festtag des kleinen Sparerers

=====

1.500 Kilo Banknoten und 2.000 Säcke mit Münzen

11. Dezember (RK) Seit jeher ist der Samstag vor dem Silbernen Sonntag von zehntausenden Wiener Sparvereinsmitgliedern der mit großer Sehnsucht erwartete Festtag. Auch heuer gab es am Samstag und mancherorts auch schon am Freitag in den 2.500 Wiener Sparvereinen die "Auszahlung".

Etwa zwei Drittel der Wiener Sparvereine mit rund 200.000 Mitgliedern stehen seit Jahrzehnten mit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, dem größten Sparinstitut Österreichs, in Verbindung. Wie Direktor Sablik mitteilt, hat sich heuer gegenüber 1953 die Zahl der Sparvereine, die ihre Einlagen der Zentralsparkasse anvertrauen, um 74 auf 1.841 erhöht. Die Hauptanstalt in der Wipplingerstraße hat in den letzten Tagen ihren Filialen rund 90 Millionen Schilling überwiesen, von denen allein am Samstag etwa 45 Millionen unter die Sparvereinsmitglieder verteilt wurden. Insgesamt wurden heuer in der Zentralsparkasse von den Wiener Sparvereinen 103,2 Millionen eingelegt, um 10 Prozent mehr als im Vorjahr, womit vorläufig der Höchststand der Nachkriegsjahre erreicht wurde. Allein die von der Zentralsparkasse an die Sparvereine überwiesene Summe der Zinsen betrug 1,5 Millionen Schilling.

Somit findet die erfreuliche Tatsache, daß das Sparen wieder zur Tugend der Wiener geworden ist, auch durch den Bericht der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ihre Bestätigung. Auch heuer waren die Favoritner, Ottakringer und Hernalser die eifrigsten Kleinsparer.

Die Verteilung von 100 Millionen Schilling ist mit viel mühevoller Arbeit verbunden, für die der gesamte Apparat des großen Sparinstituts alarmiert werden mußte. Für den Auszahlungstag wurden nicht weniger als 1.500 Kilogramm Banknoten und rund 2.000 Säcke Münzen benötigt. Den Transport vom alten Rathaus in die Bezirke und in die ehemaligen Randgemeinden, die auch weiterhin ohne Rücksicht auf die neuen Landesgrenzen in Wien sparen, besorgten zwei große Lastautos. Unbemerkt von der Bevölkerung hat das Wiener Christkindl, bewacht von Polizeibeamten, seine vorweihnachtliche Mission anstandslos erfüllt.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 13. bis 19. Dezember

11. Dezember (HK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 13. Dez.	Musikakademie Orgelsaal	Akademie für Musik u.d.K.: "Weihnachtliche Orgelmusik"; Klasse Prof. Alois Forer
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Klassenabend der Celloklasse Frieda Nitschauer
Dienstag 14. Dez.	Musikakademie Vortragssaal 18.45	Akademie für Musik - IGNM: Klavierabend Charlotte Zelka (Dallapiccola, Hindemith, Krenek, Schönberg, Strawinsky, Toch)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft d. Musikfreunde - ÖGZM: "Österr. Komponisten der Gegenwart"; Wr. Symphoniker, Dr. Hans Weber (Klavier), Dirigent Heinrich Holl- reiser (Angerer, Sprongel, Einen, Uhl)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Hans Graf (Bach, Beet- hoven, Schumann, Chopin, Strawinsky)
Mittwoch 15. Dez.	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: 1. Vortragsabend der Liedklasse Dr. Erik Werba
Donnerstag 16. Dez.	Gr.M.V.Saal 20.00	Verband der Kriegsblinden Österreichs: Beethoven-Konzert-Akademie; Wr. Phil- harmoniker, Dirigent Er. Volksmar Andreae
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Julius Patzak; am Flügel Heinrich Schmidt
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Soloabend Nicanor Zabaleta, Harfe; (Bach, Beethoven, Hindemith, Proko- fiEFF sowie spanische Komponisten)
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: 2. Vortragsabend der Liedklasse Dr. Erik Werba

Freitag 17. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Festkonzert zugunsten von Waisenkindern; N.Ö. Tonkünstlerorchester, Sängerknaben vom Wienerwald, Dirigent William Strikland
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus III; Kammerorchester der Wr. KHG, Dirigent Heinrich Hollreiser (Purcell, Franck, David, Strawinsky)
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: Franz Schmidt-Konzert (Feier anlässlich des 80. Geburtstages)
	Evangelische Pfarrkirche 20.00	Mozartgemeinde Wien: "Mozart-Requiem"; Leitung Dr. Hans Gillesberger
Samstag 18. Dez.	Schubertsaal (KH) 19.00	Schülerkonzert Friedrich Marschner
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Opernfragmentabend der Klasse Kammersänger Prof. Hans Duhan
Sonntag 19. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gedächtniskonzert zum 80. Geburtstag von Franz Schmidt
	Mozartsaal (KH) 19.00	Bach-Gemeinde-Wien: 2. Konzert

- - -

Menschenfracht im Kühlwaggon

=====

11. Dezember (RK) Freitag kamen in St. Marx mehrere Waggons aus Ungarn mit Gefrierfleisch an. Die plombierten Wagen blieben über Nacht an der Verloaderampe stehen. Als man heute morgen die Waggons auszuladen begann, wurden in einem der Kühlwaggons, in einem kleinen, schmalen Verschlag, Spuren eines blinden Passagiers gefunden: Restevon Lebensmitteln, ein Hammer und ein Stemmeisen, eine holländische Legitimation und französische und holländische Zeitungen.

Wie sich herausstellte, stammte der Kühlwaggon aus Debreczin und war fünf Tage unterwegs. Der blinde Passagier ist wahrscheinlich in der Nacht aus dem Waggon ausgebrochen. Er schlug mit Hammer und Stemmeisen ein Loch in die hintere Wand und öffnete dann von außen die Entlüftungsklappe, durch die er aus dem Waggon entkommen konnte. Von dem Flüchtling fehlt jede Spur.

- - -

Die Porzellangasse wird morgen freigegeben

=====

11. Dezember (RK) Die Straßenbauarbeiten in der Porzellangasse im 9. Bezirk von der Berggasse - Schlickgasse bis zur Glaser-gasse wurden heute beendet.

Die Straße wird morgen Sonntag, den 12. Dezember, für den gesamten Fahrzeugverkehr freigegeben. Das schlechte, alte Würfel-pflaster der Fahrbahn wurde entfernt und diese in ihrer gesamten Länge von rund 800 Meter mit Kleinsteinpflaster auf 25 cm Unter-lagsbeton versehen. Bei den wichtigen Kreuzungen wie Berggasse und Bauernfeldplatz wurden markante Fußgeherübergänge aus weißem und rotem Hartbotonstein geschaffen.

Die Straßenbauabteilung benötigte für die 8.000 Quadratmeter große Fläche etwa drei Monate Bauzeit, wobei täglich im Durch-schnitt 56 Arbeiter beschäftigt waren. Vor dem Straßenbau haben die Wiener Verkehrsbetriebe 3.000 Meter Straßenbahngleis erneuert und in die Straßenmitte verlegt. Die städtischen Wasserwerke muß-ten zwei Rohrstränge von 300 mm Durchmesser auf eine Länge von 1 km austauschen. Außerdem wurden größere Arbeiten der Gaswerke und des Kabelbauamtes durchgeführt.

Nach Fertigstellung dieses Bauabschnittes weist die Porzel-langasse in ihrer ganzen Länge einen neuzeitlichen Belag auf. Ein großes Straßenstück in einem wichtigen Stadtteil ist dadurch wieder den gesteigerten Verkehrsbedürfnissen angepaßt.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 13. Dezember 1954

Blatt 2163

"Wien im Blumenschmuck 1954"

=====

Aber die Goldene Rose geht nach Niederösterreich

13. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas nahm Sonntag vormittag im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses die Preisverteilung an die erfolgreichsten Teilnehmer bei der von der Stadt Wien gemeinsam mit der Österreichischen Gartenbaugesellschaft auch heuer veranstalteten Aktion "Wien im Blumenschmuck" vor. An der Feier nahmen Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Afritsch und Thaller und der Präsident des Wiener Stadtschulrates Nationalrat Dr. Zechner, der Favoritner Bezirksvorsteher Wrba sowie Vertreter des Stadtgartenamtes und der Österreichischen Gartenbaugesellschaft teil.

Zusammen mit den 27 Geldpreisen von 100 bis 1000 Schilling wurden auch die drei Haupttrophäen, die Goldene, Silberne und Bronzene Rose als Wanderpreise verliehen. Die Goldene Rose wurde von der Jury der Höheren Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg zugesprochen, also in einem Gebiet, das heute nicht mehr zu Wien gehört. Die Silberne Rose erhielt die Firma Holub & Stoll, 1, Elisabethstraße 5, die Bronzene Rose die Firma Ing. Friedrich Pangraz, 11, Hallerstraße 31-33. Außerdem durften die Preisträger noch prachtvolle Zimmerpflanzen mit nach Hause nehmen. In den vergangenen Tagen, am 5. und 8. Dezember, wurden durch Stadtrat Thaller im Gartenbau-Kino weitere 460 Teilnehmer am diesjährigen Wettstreit der Wiener "Fenstergärtner" prämiert.

./.

Das Treffen der Blumenfreunde im Wiener Rathaus wurde durch eine Ansprache des Präsidenten der Österreichischen Gartenbaugesellschaft Hofrat Dipl.Ing. Planckh eingeleitet. Stadtrat Thaller berichtete über die Durchführung der Aktion "Wien im Blumenschmuck 1954". Zum erfolgreichen Verlauf haben heuer einige Bezirke, wie zum Beispiel Favoriten, durch eine Verdoppelung der Teilnehmerzahl beigetragen. Die meisten mit Blumen geschmückten Fenster gab es wieder auf der Wieden. Stadtrat Thaller kündigte an, daß auch im kommenden Jahr die Wiener zu einem Wettstreit aufgerufen werden. Er dankte allen, die der heurigen Aktion zum Erfolg verholfen haben.

Bürgermeister Jonas begrüßte die Blumenfreunde im Namen der Stadtverwaltung. Die Preisträger, sagte er, haben durch ihre Mühe nicht nur sich selber, sondern auch der gesamten Wiener Bevölkerung Freude bereitet. Sie unterstützten dadurch die Bemühungen der Stadtverwaltung, aus Wien eine Gartenstadt zu machen. Das Urteil ausländischer Fachleute, die nach Wien kommen, unsere öffentlichen Parkanlagen bewundern und sie als die schönsten bezeichnen, erfüllt uns mit Genugtuung. Die Gemeinde Wien, sagte er weiter, hat allein im Jahre 1954 18 Millionen Schilling für die Errichtung neuer Gartenanlagen und die Modernisierung der veralteten Beseirparks ausgegeben. Wir können mit Freude feststellen, daß unsere Gartenanlagen freundlicher und wohnlicher geworden sind. In vielen Parks wurden Pensionistentische aufgestellt, intime Ruheplätze für Erwachsene und Spielplätze für die Jugend wurden geschaffen. 24 neue Ballspielplätze sind dazugekommen. Hier kann die Jugend, geschützt vor den Gefahren des Großstadtverkehrs, spielen, ohne die Gartenanlagen zu beschädigen. Viele Kinderspielplätze wurden mit Spielgeräten ausgestattet. In den Stadtteilen, wo es nur wenige öffentliche Parkanlagen gibt, wurden auch heuer wieder unzählige Blumenschalen aufgestellt. Die Blumenfreunde aber, sagte er abschließend, die ihre Fenster und Balkone mit Blumen schmücken, geben den schönsten Beweis für die Denkungsart unserer Bevölkerung und ihres Verhältnisses zur Blume. Mit der Bitte, die preisgekrönten Fenstergärtner mögen auch weiterhin als Aposteln für die Verschönerung unserer Stadt wirken, nahm er die Preisverteilung vor.

Im Rahmen der Feier brachte das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien Musik von Mozart und Dvorák.

Die Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung 1954
=====

13. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung Mandl gab heute den Vertretern der Presse die Namen der Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung für das Jahr 1954 bekannt. Zum vierten Mal erfolgt heuer die Verleihung der Preise der Dr. Karl Renner-Stiftung, deren Errichtung der Wiener Gemeinderat anlässlich des 80. Geburtstages des verewigten Bundespräsidenten beschlossen hat. Mit der Verleihung, die durch ein Diplom beurkundet und im Stiftungsbuch verzeichnet wird, sind Geldwidmungen verbunden, die im Einzelfall nicht weniger als 10.000 Schilling betragen. Die Preise werden für besondere Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Nach dem Statut können Personen oder Personengemeinschaften in den Genuß der Stiftung treten, die durch ihr Wirken oder ihr Urteil zum Ausgleich von Gegensätzen im öffentlichen Leben beitragen, durch Förderung fruchtbarer Ideen, die der Sicherung der Republik und ihrer ideellen und realen Grundlagen, dem Frieden, dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt dienen, durch Forschertätigkeit oder durch sonstige Leistungen das Ansehen Österreichs und der Stadt Wien erhöhen oder durch ihr Beispiel das Verantwortungsgefühl des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft heben. Nur Personen, die mit Wien verbunden sind oder Personengemeinschaften, die in Wien ihren Sitz haben, können beteiligt werden, doch ist es gleichgültig, ob sie ihre Tätigkeit im In- oder Ausland ausgeübt haben. Auf die Verleihung wurde auch heuer in der "Rathaus-Korrespondenz" aufmerksam gemacht. Die Vergebung der Preise erfolgt durch den Bürgermeister auf Grund des Vorschlages eines Kuratoriums, das aus ihm selbst als Vorsitzenden, den beiden Vizebürgermeistern, dem Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Volksbildung sowie aus sechs Vertretern des zugehörigen Gemeinderatsausschusses besteht. Vom Kuratorium wurden fünf Personen und eine Personengemeinschaft zu Preisträgern vorgeschlagen und vom Bürgermeister genehmigt. Bei der Personengemeinschaft handelt es sich um die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Damit hat die Stadt Wien bewußt zum Ausdruck ge-

bracht, welche überragende Bedeutung sie der heimischen Wissenschaft beimißt. Der Geldbetrag wurde in diesem Falle mit 50.000 Schilling festgesetzt.

Die Personen:

Bundesstaatliche Fürsorgerätin Ilse Arlt, wurde am 1. Mai 1876 in Wien geboren. Sie bildete sich als Autodidaktin aus und betrieb dann an der Universität nationalökonomische Studien. In der Folge wandte sie sich der wissenschaftlichen Bearbeitung der Fragen des Fürsorgewesens zu und vollbrachte auf diesem bisher unbeachteten Sektor Pionierleistungen. 1910 nahm sie als Vertreterin österreichischer Frauen am Kongreß für öffentliche Armenpflege und private Wohltätigkeit teil und entwickelte zum erstenmal den Plan, den Beruf der Wohlfahrtspflegerin zu schaffen, für die sie eine umfassende Schulung auf den verschiedenen Gebieten der Fürsorge forderte. Schon 1912 verwirklichte sie ihre Ideen durch die Gründung der "Vereinigten Fachkurse für Volkspflege", der ersten österreichischen Ausbildungsstätte für Fürsorgerinnen, in der in einem zweijährigen Lehrgang Fachkräfte für wichtige soziale Aufgaben geschult wurden. Die Schule wurde auch als Forschungsstätte geführt und nach ihrem Vorbild die Fürsorgeschule der Gemeinde Wien errichtet. Der Name Ilse Arlt ist weit über Österreich hinaus bekannt geworden, sodaß sie auch das Ausland wiederholt zu Rat zog. 1926 referierte sie in Paris, 1933 in London; 1938 mußte sie sich von der Lehrtätigkeit zurückziehen, ihre Schule wurde geschlossen und das wertvolle Material mitsamt ihren Publikationen vernichtet. Nach der Befreiung baute sie unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Schule wieder auf und führte sie bis 1948. Das Hauptwerk ihres literarischen Schaffens, das selbständige Arbeiten, Artikel für Zeitungen, Beiträge für Fachblätter und Vorträge umfaßt, ist die Schrift "Die Grundlagen der Fürsorge".

Prof. Karl Mühl, ein hervorragender Spezialist und Methodiker der Taubstummenfürsorge, wurde am 7. November 1896 in Scheiblingkirchen, Niederösterreich, geboren. Er absolvierte die Landes-Lehrerbildungsanstalt in Wiener Neustadt. Schon frühzeitig interessierte er sich für den Taubstummenunterricht und erhielt 1916 eine

Stelle an der niederösterreichischen Landes-Taubstummenanstalt in Wien-Döbling. Nach der Kriegsdienstleistung vorübergehend an der Volksschule in Wartmannstetten tätig, kehrte er 1919 als Lehrer und Präfekt an die Anstalt in Wien-Döbling zurück und erwarb ein Jahr später die Lehrbefähigung für den Unterricht taubstummer Kinder. Durch die Trennung der Bundesländer Wien und Niederösterreich fiel das Institut an Wien, und seine Lehrpersonen wurden der neu errichteten städtischen Taubstummenschule in der Hofzeile zugewiesen. Prof. Mühl verblieb dort bis zum Ende des Schuljahres 1938/39 und bildete sich während dieser Zeit sowohl in seinem Hauptamt an der Taubstummenschule wie in seinem Nebenamt an der Berufsschule für Taubstumme, der er nahezu 20 Jahre angehörte, weiter aus. Zugleich hielt er Referate in Sonderschullehrerberatungen und veröffentlichte mehrere fachliche Schriften. Außerdem widmete er sich der Fürsorge für taubstumme und gehörlose Jugendliche und Erwachsene. Mit Beginn des Schuljahres 1939/40 wurde die städtische Taubstummenschule in der Hofzeile geschlossen und Prof. Mühl an das Taubstummeninstitut "Gehörlosenschule mit Heim Wien 13, Speisinger Straße 105" versetzt. Während des zweiten Weltkrieges betreute er die ertaubten und hörgeschädigten Soldaten in den Wiener Lazaretten, für die er im Rainerspital einen ständigen Absehkurs einrichtete und leitete. Unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen trat er seinen Dienst im Taubstummeninstitut Wien-Speising wieder an und sicherte durch seine Aufbauarbeit dessen Bestand. Auch den Fürsorgeapparat schuf er neu, indem er die "Gesellschaft für Befürsorgung der Taubstummen und Gehörlosen von Wien, Niederösterreich und Burgenland" errichtete, deren Präsident er seither ist. Gleichzeitig gründete er die "Absehkurse für Gehörgeschädigte" an der II. Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten.

Ing. Gustav Reinsperger, wurde am 27. Oktober 1919 in Wien geboren. Er besuchte die Staatsgewerbeschule und erhielt 1938 in den Flugzeugwerken "Dornier", Friedrichshafen am Bodensee, eine Anstellung als Techniker. Im nächsten Jahr wurde er zur deutschen Wehrmacht eingezogen und avancierte bis zum Leutnant. Bei Kriegsende geriet er in amerikanische Gefangenschaft, wurde später den

Russen ausgeliefert und 1946 in die Sowjetunion abtransportiert. Obwohl er als Offizier nicht zur Arbeit verpflichtet war, meldete er sich sofort freiwillig zum Sanitätshilfsdienst, wurde von dem Chirurgen des Lagers Mosaisk eingeschult und war schon nach kurzer Zeit als selbständiger Krankenpfleger tätig. 1949 wurde er Haupt-sanitäter, 1950 kam er ins Lager Refda im Ural, wo er die Leitung des Lazaretts übernahm und für die Gesundheit tausender Kriegs-gefangener verantwortlich war. Durch den Mangel an Ärzten und Hilfskräften stand er Tag und Nacht im Dienst und leistete Über-menschliches. In der Folge kam er in andere Lager und wurde über-all als Engel der Gefangenen bezeichnet. Sein Opfermut kannte keine Grenzen, sodaß er sich selbst ein Lungenleiden zuzog. Dessen ungeachtet arbeitete er, ohne sich zu schonen, weiter. 1953 wurde Reinsperger in ein Heimkehrerlager in die Nähe von Moskau gebracht und traf am 14. Oktober desselben Jahres in Wiener Neustadt ein. Seine körperliche und seelische Verfassung war so schlecht, daß er seine Arbeitsfähigkeit bis heute noch nicht erlangt hat. Im September 1954 mußte ihm der linke Lungenflügel entfernt werden. Seither befindet er sich in ärztlicher Behandlung.

Prof. Franz Salmhofer, wurde am 22. Jänner 1900 in Wien ge-boren. Es war Sängerknabe im Stift Admont und studierte an der Staatsakademie für Musik bei Franz Schreker und Franz Schmidt Theorie. Daneben besuchte er auch an der Universität die Vorlesun-gen von Adler, Lach und Gomperz. In den ersten Stationen seines Berufslebens wirkte er als Leiter eines Studenten- und Ballorche-sters, als Dirigent in Arbeiter-Symphoniekonzerten, als Organist an der Peterskirche in Wien, als Chormeister von Männergesangver-einen und als Lehrer an den Horak'schen Musikschulen. Gleichzeitig entfaltete er eine rege kompositorische Tätigkeit, die ihn bald sehr bekannt machte. Aus seiner Berührung mit dem Burgtheater entwickelte sich eine dauerhafte und besonders fruchtbare Verbin-dung. Im Alter von 29 Jahren wurde Salmhofer als ständiger Diri-gent mit Kompositionsverpflichtung in den Verband dieser weltbe-rühmten Bühne aufgenommen. Es entstanden viele Schauspielmusiken, Lieder, Kammermusikwerke, Klavierstücke, Konzerte, Filmmusiken, die Opern "Dame im Traum", "Iwan Tasassenko" und "Das Werbekleid"

sowie die von echt wienerischem Charme erfüllten Ballette "Der Taugenichts von Wien" und "Österreichische Bauernhochzeit". Sein Schaffen offenbart die gesunde Vitalität einer zutiefst im österreichischen Wesen verwurzelten urwüchsigen Künstlerpersönlichkeit. Im Juni 1945 wurde Salmhofer die Leitung der Wiener Staatsoper übertragen, in einem Zeitpunkt, in dem die Oper durch die Zerstörung ihres Gebäudes am Ring so gut wie obdachlos war. Seinem selbstlosen Bemühen und unentwegten Optimismus gelang unter den schwierigsten Verhältnissen der Wiederaufbau des Institutes im "Theater an der Wien", das die Geburtsstätte des neuen Opernbetriebes wurde. An der Spitze seiner Mitarbeiter sorgte er für die Spielfähigkeit des Hauses, ergänzte den Fundus, beschaffte Notenmaterial; er bildete ein neues Ensemble und stellte einen Spielplan von hohem künstlerischen Niveau her, der heute mehr als 60 Bühnenwerke umfaßt und die Weltgeltung der Wiener Oper erneuerte. Schon am 6. Oktober 1945 wurde das Theater mit Beethovens "Fidelio" eröffnet. Es ist sein Verdienst, daß die Tradition der Wiener Staatsoper ungebrochen aufrechterhalten werden konnte.

Dr. Herbert Tichy wurde am 1. Juni 1912 in Wien geboren. Er unternahm schon als Gymnasiast Wanderfahrten in die Mittelmeerenländer, studierte Geologie bei F.E. Suess und fuhr 1933 zusammen mit Max Reisch auf einem Motorrad nach Bombay. 1935 durchquerte er ein Jahr lang mit Motorrad, Faltboot, Eisenbahn und zu Fuß Indien, Kaschmir, Afghanistan, bereiste als Pilger verkleidet Tibet und gelangte bei dem Versuch, den Gurla Mandata zu ersteigen, bis in eine Höhe von 7200m. An der Hindu-Universität in Benares arbeitete er an seiner Dissertation, auf Grund derer er 1937 in Wien zum Doktor der Philosophie promovierte. Die Frucht dieses Aufenthaltes in Indien war sein erstes Buch "Zum heiligsten Berg der Welt", dem Sven Hedin ein Vorwort widmete. Seit dem Abschluß seiner Studien verbrachte Dr. Tichy viele Jahre als wissenschaftlicher Reiseschriftsteller im Ausland und veröffentlichte bisher elf Bücher, die wertvolles neues Material enthalten und durch ihre Sachlichkeit die Allgemeinheit wie die Fachkreise ansprechen. Anfang 1938 fuhr er nach Alaska, besuchte die Indianerstämme nördlich von Fort Yukon und die Eskimos auf King Island und brachte 1500 Aufnahmen nach Hause. Die Jahre 1941 bis 1948

verlebte er als Journalist in Ostasien, hauptsächlich in China und hielt sich 1949 in Rom auf. 1950 ging er wieder nach Indien und hatte Gelegenheit, die inzwischen unabhängig gewordenen Staaten Indien und Pakistan wiederzusehen. Im Anschluß an eine Autoreise nach Schweden und Finnland hielt er in Deutschland und Österreich zahlreiche Lichtbildervorträge. Sein 1953 erschienenes Jugendbuch "Flucht durch Hindustan" wurde anlässlich des Wettbewerbes um den Jugendbuchpreis der Stadt Wien als eine der drei besten eingereichten Arbeiten qualifiziert. Vorwiegend wissenschaftlichen und sportlichen Zwecken diente im gleichen Jahr eine Expedition, auf der er das fast unbekannte Westnepal durchforschte, geographische und kartographische Aufnahmen machte, ein halbes Dutzend Hochgipfel bestieg und mit einem Minimum an Ausrüstung fast 1000 km zurücklegte. Seine letzte Reise, eine Bergfahrt nach Nepal, wurde Ende Juli 1954 begonnen und steht derzeit im Blickfeld der Öffentlichkeit. Sie brachte ihm am 19. Oktober mit der Bezwingung des 8153 m hohen Cho Oyu, des siebenthöchsten Himalaya-Gipfels, einen einmaligen bergsteigerischen Triumph. Diese alpinistische Leistung ist angesichts der bescheidenen Mittel, die zur Verfügung standen, umso höher zu werten und bedeutet einen großen nationalen Erfolg.

Dr. Tichy hat seine Forschungsreisen fast durchwegs aus dem Ertrag seiner Bücher, durch seine Tätigkeit als Korrespondent und durch seine Beiträge für in- und ausländische Blätter, vielfach aber durch seine Arbeit in den von ihm besuchten Ländern als Skilehrer, Geologe, Journalist und als Kunsthändler finanziert.

Die Personengemeinschaft:

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften, deren Rechtsstellung heute bundesgesetzlich geregelt ist, geht in ihrem Bestand ohne Unterbrechung auf die von Ferdinand I. mit Entschliessung vom 14. Mai 1847 gegründete Kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien zurück. Sie steht an der Spitze der wissenschaftlichen Institutionen Österreichs und darf, als eine im Rahmen ihrer Satzungen freie und unabhängige Körperschaft, als die Repräsentantin der österreichischen Wissenschaft gelten. Der Aufgabenbereich umfaßt das Gebiet der Mathematik, der Naturwissenschaften,

Medizin und Technischen Wissenschaften, der Philosophie, Geschichte und Altertumskunde, der Kunst- und Musikwissenschaft, der Sprach- und Literaturwissenschaften, der Geographie und Völkerkunde, der Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften. Die Akademie besteht demgemäß aus zwei Klassen, einer mathematisch-naturwissenschaftlichen und einer philosophisch-historischen. Ihre Mitglieder werden auf Grund hervorragender fachlicher Leistungen gewählt. Die wissenschaftliche Leistung der Akademie wird in Gemeinschaftsarbeit vollbracht und tritt am unmittelbarsten und eindrucksvollsten in ihren Publikationen in Erscheinung. Es sind dies mehr als 1000 Bände, die als Druckort Wien nennen und den Namen der Akademie tragen. Sie stehen in allen großen Bibliotheken des In- und Auslandes, gehen im Tauschverkehr an die Schwesternakademien sowie an viele Universitäten und Institute der ganzen Welt und legen von der wissenschaftlichen Arbeit in Österreich Zeugnis ab. Sehr bald nach ihrer Gründung hat sich die Akademie großen wissenschaftlichen Gemeinschaftsunternehmungen zugewandt. Voran ging die historische Kommission, die sich die Erschließung aller Quellen der österreichischen Geschichte zum Ziele setzt. Hierher gehören auch die Arbeiten der Limeskommission und der Kommission zur Förderung prähistorischer Forschungen und Ausgrabungen. In diesem Zusammenhang ist weiter die fortlaufende Herausgabe eines Historischen Atlases der österreichischen Alpenländer, des großen Atlases von Niederösterreich und des geplanten "Österreich-Atlas" hervorzuheben. Die "Balkankommission" mit ihrer historisch-archäologischen Abteilung erstreckte ihre Arbeiten vom österreichischen Palmatien ausgehend auf Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland, wobei die linguistische Abteilung die sprachlichen Verhältnisse dieses Gebietes erforschte. Eine fruchtbare in der ganzen Welt anerkannte Tätigkeit entfaltete die Akademie in Kleinasien und bezog auch Syrien und vor allem Arabien in ihren Arbeitskreis ein. Sehr bedeutsam waren ferner die Forschungen und Ausgrabungen im Nildelta, in Nubien und bei den großen Pyramiden von Gizeh. Von den Instituten der Akademie verdienen das Phonogrammarchiv, die Wörterbuchkanzlei, die Biologische Station in Lanz und das Radiuminstitut, das älteste dieses neuen Wissenszweiges in der Welt, besondere Erwähnung.

Die feierliche Überreichung der Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung findet am 15. Jänner 1955, um 11 Uhr, durch Bürgermeister Jonas im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses statt.

Entfallende Sprechstunden
=====

13. Dezember (RK) Freitag, den 17. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VII, Karl Lakowitsch.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 13. Dezember
=====

13. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 17 Ochsen, 10 Stiere, 76 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 106. Neuzufuhren Inland: 363 Ochsen, 130 Stiere, 1.095 Kühe, 140 Kalbinnen, Summe 1.728. Neuzufuhren aus Ungarn: 20 Ochsen. Gesamtauftrieb: 400 Ochsen, 140 Stiere, 1.171 Kühe, 143 Kalbinnen, Summe 1.854. Verkauft wurden: 390 Ochsen, 139 Stiere, 1.168 Kühe, 143 Kalbinnen, Summe 1.840. Unverkauft blieben: 10 Ochsen, 1 Stier, 3 Kühe, Summe 14.

Preise: Ochsen 8.- bis 11.- S, extrem 11.10 bis 11.50 S; Stiere 9.50 bis 11.40 S, extrem 11.50 bis 11.60 S; Kühe 7.- bis 9.- S, extrem 9.10 bis 9.80 S; Kalbinnen 9.- bis 11.- S, extrem 11.20 bis 11.40 S; Beinlvieh Ochsen und Kalbinnen 6.50 bis 8.50 S, Kühe 5.50 bis 7.- S.

Bei sehr ruhigem Marktverkehr verbilligten sich Ochsen und Kühe bis zu 30 Groschen, Kalbinnen bis zu 60 Groschen und Beinlvieh bis zu 50 Groschen. Stiere notierten behauptet. Ungarische Ochsen notierten 11.20 bis 11.90 S.

- - -

Kälbermarkt vom 13. Dezember
=====

13. Dezember (RK) Lebendkälber 57 Stück, zu 11.- bis 13.- S, 1 Schaf zu 6.- S je Kilogramm.

- - -

Großraumwagen für die Linie 0

=====

97 umgebaute Stadtbahnwagen

13. Dezember (RK) Sozusagen als "Christkindl" versprochen heute vormittag die Lohner-Werke den Wiener Verkehrsbetrieben die erste Lieferung von fünf Stück der neugebauten Großraumbeiwagen, die in der Montagehalle in Serie fertiggestellt werden. Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, der in Begleitung des Direktors der Verkehrsbetriebe, Dipl.Ing. Grohs, die Lohner-Werke besuchte, nahm die Versicherung der baldigen Lieferung gerne entgegen.

Die neuen Großraumbeiwagen wurden in einer ersten Serie von 25 Stück aufgelegt. Sie werden von den Lohner-Werken nach einer deutschen Lizenz gebaut, sind 14 Meter lang und haben Platz für fast 100 Personen. Die Wagen sehen ähnlich aus, wie der Beiwagen des auf der Linie 46 eingesetzten ersten Großraumzuges. Sie haben jedoch eine vergrößerte Auffangplattform und verschiedene kleine Verbesserungen.

Anfang des kommenden Jahres werden die ersten Großraumbeiwagen als Anhänger an die Triebwagen der Type "M" auf der Linie 0 eingesetzt. Später sollen Triebwagen der Type "T 2" verwendet werden, die gleichfalls in den Lohner-Werken aus den alten Triebwagen der Type "T" in der nächsten Zeit umgebaut werden. Nach dem Umbau werden diese zweiachsigen Triebwagen in der Einrichtung und im Aussehen dem Großraumtriebwagen gleichen, selbstschließende Türen besitzen und mit sitzendem Schaffner fahren. 29 Stück sollen insgesamt umgebaut werden. Man hofft, bei termingerechter Lieferung diese neuen Züge - umgebaute Triebwagen und neugebaute Großraumbeiwagen - im Laufe des kommenden Jahres in den Verkehr nehmen zu können.

Am Nachmittag besuchte Stadtrat Dkfm. Nathschläger die Simmeringer Waggonfabrik, wo gegenwärtig an sieben neuen Großraumtrieb- und Beiwagen gearbeitet wird. Sie sind ein Teil der Serie von 18 Großraumzügen, die für die Linie 46 bestimmt sind. Die Simmering-Graz-Pauker AG hat auch den Umbau von 97 Stadtbahnwagen übernommen. Mit Jahresende wird nun der neunzigste umgebaute Stadtbahnwagen ausgeliefert, die restlichen sieben im Laufe des Jänners.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 14. Dezember 1954

Blatt 2174

Rechnungsabschluß 1953 und Voranschlag 1955 im Wiener Stadtsenat

=====

14. Dezember (RK) Heute vormittag wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuß vom Amtsführenden Stadtrat für das Finanzwesen Resch der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1953, der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1953 und der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955 zur Beratung vorgelegt. Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger referierte die Bilanzen 1953 und die Wirtschaftspläne 1955 der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien und der städtischen Ankündigungsunternehmung Gewista.

Der Rechnungsabschluß 1953 wurde innerhalb der in der Verfassung vorgesehenen Frist schon in einer früheren Sitzung rechtzeitig vorgelegt. Die Beratung wurde damals bis zur Konstituierung des neuen Stadtsenates und des Finanzausschusses verschoben. Der Voranschlag für 1955 konnte wegen der verspäteten Konstituierung der Gemeindekörperschaften erst heute vorgelegt werden.

- - -

Eine Rodelbahn auf dem Gallitzinberg
=====

14. Dezember (RK) Nach einer Unterbrechung von vielen Jahren wird nun der Jugend aus den westlichen Bezirken Wiens die einst so beliebte Rodelbahn auf dem Gallitzinberg in Ottakring wieder zur Verfügung stehen. Die einzige Wiener Rodelbahn wurde vor 42 Jahren errichtet, also zu einer Zeit, in der der Wintersport im Wienerwald fast unbekannt war. Bald entwickelte sich in der Umgebung der Gastwirtschaft am Steinbruch ein reger Sportbetrieb. An schönen Wintersonntagen war der erste Treffpunkt der Wiener Wintersportler dicht bevölkert. 1938 wurde der Betrieb auf der Rodelbahn eingestellt. Wenige Jahre später konnten selbst die eifrigsten Besucher der Rodelbahn ihre Spuren im hohen Buchenwald kaum mehr feststellen.

Die Stadträte Mandl und Thaller haben nun vor wenigen Wochen die Erneuerung der Rodelbahn angeregt. Die 500 Meter lange Rodelbahn auf dem Gallitzinberg hat ein neues muldenförmiges Profil bekommen. Nach dem nächsten Schneefall wird sie zusammen mit den übrigen 14 Rodelstraßen im Stadtgebiet in Betrieb genommen.

- - -

Die neue Wiener Landesregierung angelobt
=====

14. Dezember (RK) Heute mittag trat im Rathaus der neue Wiener Stadtsenat als Landesregierung zu seiner ersten Sitzung zusammen. Vor Antritt ihres Amtes wurden die Mitglieder der Landesregierung von Landeshauptmann Jonas auf die Bundesverfassung angelobt.

Hierauf wurde der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien entsprechend die Stellvertretung des Landeshauptmannes in Angelegenheiten der Landesvollziehung geregelt. Über diesen Punkt der Tagesordnung referierte der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Afritsch. Er legte dem Stadtsenat als Landesregierung den Antrag vor, als Vertreter von Bürgermeister Jonas als Landeshauptmann in Landesangelegenheiten Vizebürgermeister Weinberger als 1. Landeshauptmannstellvertreter und Vizebürgermeister Honay als 2. Landeshauptmannstellvertreter zu bestimmen. Die Landesregierung hat diesen Antrag einstimmig angenommen.

- - -

Wiener Stadtsenat beschließt Fußgängersteg an der Nordbahnbrücke
=====

14. Dezember (RK) Die Österreichischen Bundesbahnen haben bereits heuer mit der Wiederherstellung der zerstörten Nordbahnbrücke begonnen. Für das Jahr 1955 sind Arbeiten am Stahltragwerk zu 70 Prozent und an den Pfeilern zu 100 Prozent vorgesehen. Die alte Brücke trug flußabwärts einen Fußgängersteg von 1.9 Meter Breite, der auf Kosten der Stadt Wien errichtet worden war und von der Stiegenanlage beim rechten Uferpfeiler bis zum Hubertusdamm reichte.

Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates die Wiedererrichtung des Fußgängersteges in einer Breite von drei Metern und dessen Verlängerung über die Donauuferbahn, den Handelskai und die Straße "Am Hubertusdamm". Die Kosten für dieses neue Vor-

./.

haben der Gemeinde Wien werden 7,5 Millionen Schilling betragen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der neue Steg wird nicht nur dem Fußgängerverkehr zwischen den Bezirken 20 und 21, sondern auch der Überführung von Leitungen des E-Werkes, der Wasserwerke und später auch noch der Gaswerke dienen.

- - -

Wasserrohrlegung in Erlaa

=====

Eine Schieberkammer vor dem Wasserbehälter Lainz

14. Dezember (RK) Schon während des Baues eines Kanales in der Anton Baumgartner-Straße in 23, Erlaa, beklagten sich die neun Berufsgärtner, deren Betriebe an dieser Straße liegen, daß ihnen nicht mehr so viel Grundwasser zur Verfügung stehe, wie sie vor dem Bau des Kanales hatten. Untersuchungen ergaben ferner, daß das Grundwasser an dieser Straße nicht einwandfrei ist und weder zum Trinken noch zum Waschen von Gemüse verwendet werden darf. Um diese Übelstände zu beseitigen, wird die Gemeinde Wien in dieser Straße einen 850 Meter langen Wasserleitungsrohrstrang einbauen. Der Amtsführende Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen Koci stellte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates einen entsprechenden Antrag. Die Kosten dieses Vorhabens belaufen sich auf 200.000 Schilling. Die Gärtner haben sich verpflichtet 40 Prozent der Kosten zu übernehmen.

Stadtrat Koci beantragte ferner die Herstellung einer Schieberkammer vor dem Wasserbehälter Lainz mit einem Gesamtkostenaufwand von 100.000 Schilling.

Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

- - -

Jugendheim-Kinder gehen ins Theater
=====

14. Dezember (RK) Die Direktion des Raimundtheaters hat dem Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, für Mittwoch, den 14. Dezember, eine größere Zahl von Eintrittskarten zu dem Märchenspiel "Der Weihnachtsengel" zur Verfügung gestellt. Vizebürgermeister Weinberger hat die Karten an die Kinder der städtischen Jugendheime verteilen lassen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 14. Dezember
=====

14. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 330 Schweine aus Ungarn. Neuzufuhren, Inland: 3.923. Neuzufuhren, Ungarn: 2.633. Gesamtauftrieb: 6.886. Verkauft wurden: 6.616. Unverkauft: 270 (Ungarn). Kontumazanlage: 1.902 aus Bulgarien und 750 aus Jugoslawien.

Preise: Extrem 18 bis 18.20 S, I. Qualität 14 S Lebendgewicht, 17.30 bis 18 S Schlachtgewicht, II. Qualität 13.50 bis 14 S, III. Qualität 13 bis 13.40 S, Zuchten 12 bis 13 S, Altschneider 11 bis 11.50 S, ungarische Schweine 13.20 bis 14 S, bulgarische Schweine 13.80 bis 14 S, jugoslawische Schweine 12.80 S

Bei sehr ruhigem Marktverkehr verbilligte sich Extremware und I. Qualität um 30 Groschen, II. Qualität notierte behauptet, III. Qualität fest behauptet. Ungarische Schweine notierten fest behauptet.

- - -

Anfechtung der Gemeinderatswahlen abgewiesen
=====

14. Dezember (RK) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, hat der Verfassungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 9. Dezember die Anfechtung der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1954 durch die Ergokratische Partei abgewiesen.

- - -

Festwochen mit "Fest des Tanzes"

=====

Innere Stadt am Eröffnungsabend nur für Fußgänger

14. Dezember (RK) Im Österreichischen Presse-Club sprach heute nachmittag Stadtrat Mandl über die Wiener Festwochen 1955 und ihr Programm. Wie er einleitend betonte, wurden bei der Programmgestaltung die gleichen Wege wie bisher eingeschlagen. Man versuchte, die bestehenden Kultur- und Kunstinstitutionen direkt für die Gestaltung der Festwochen heranzuziehen. Diese Art der Programmierung setzt allerdings ein wenig guten Willen der Beteiligten voraus.

Besondere Schwierigkeiten in der Programmgestaltung der Wiener Festwochen 1955, die vom 4. bis 26. Juni stattfinden werden, ergaben sich aus der Tatsache, daß im nächsten Jahr im Herbst auch die Eröffnung der Staatsoper und des Burgtheaters vorgesehen sind. Die Eröffnung der fünften Festwochen seit ihrer Wiedereinführung wird auch heuer mit dem traditionellen Festakt auf dem Rathausplatz durch Bundespräsident Dr. h. c. Körner vorgenommen werden. Anschließend wird es diesmal auf verschiedenen Plätzen der Inneren Stadt musikalische Darbietungen, Chorkonzerte, Platzkonzerte usw. geben. Man will auch in diesen zwei Stunden von 22 bis 24 Uhr die Innere Stadt sozusagen den Fußgängern reservieren. Kein Fahrzeug soll am Eröffnungsabend die Passanten behindern. Bei schlechtem Wetter werden diese Veranstaltungen zum Abschluß der Festwochen nachgeholt.

Die Theater

Das Theaterprogramm der Wiener Festwochen sieht heuer eine Fülle interessanter Aufführungen vor. Besonders hervorzuheben ist eine Welturaufführung in der Josefstadt, und zwar "Radetzky-Marsch" von Caspar Neher in der Inszenierung von Oskar Fritz Schuh. Das Burgtheater bringt anläßlich der 150. Wiederkehr des Todestages von Friedrich Schiller einen Zyklus, in dem unter anderem "Die Räuber", "Die Verschwörung des Fiesco zu Genua",

die Neuinszenierung von "Kabale und Liebe", "Wallenstein", "Die Jungfrau von Orleans", "Wilhelm Tell" und "Demetrius" auf dem Spielplan stehen. Das Akademietheater stellt sich zu den Festwochen mit "Cäsars Witwe" von Csokor, "Der Privatsekretär" von Eliot, "Das Brennglas" von Morgan und "Die verhängnisvolle Faschingsnacht" von Nestroy, ein.

Die Staatsoper kann wegen der Vorbereitungen für die Eröffnung des neuen Hauses nicht mit einer Festwochenpremiere aufwarten. Doch steht während der Festwochen eine Reihe hervorragender Künstler zur Verfügung, so die Damen: della Casa, Goltz, Guden, Höngen, Lipp, Mödl, Risanek, die Herren: Czerwenka, Dermota, Frick, Hopf, London, Metternich, Kunz, Schöffler, Terkal, Weber. Eine besondere Attraktion verspricht jedoch in der **Volksoper** das "Fest des Tanzes" zu werden. Zum ersten Mal wird in Mitteleuropa ein japanisches Ballett zu sehen sein. Die klassische Operette ist vom ausländischen Publikum sehr gefragt. Daher findet zum ersten Mal eine Operettenfreilichtaufführung vor dem Schloß Schönbrunn statt. Die bestehende Inszenierung wird den Möglichkeiten, die eine Aufführung vor dem Schloß bietet, angepaßt. Das Volkstheater schließlich bringt als österreichische Erstaufführung "Ulla Wimblad" von Carl Zuckmayer.

Das Musikprogramm

Auch in den Wiener Festwochen 1955 wird das Musikprogramm einen breiten Raum einnehmen. 31 Konzerte, von der Klassik bis zur Moderne, werden das Festwochenprogramm bereichern.

Besonders interessant versprechen die Veranstaltungen der Wiener Konzerthausgesellschaft zu werden, die im Rahmen der Wiener Festwochen ihr 7. Internationales Musikfest abwickelt. In acht Orchesterkonzerten mit den Wiener Symphonikern gelangen zahlreiche Werke zur Ur- und Erstaufführung. Die Stabführung bei diesen Konzerten werden die Dirigenten Rudolf Albert, André Cluytens, Werner Egk (der die Konzertfassung seiner Oper "Columbus" dirigieren wird), Massimo Freccia, Carl Orff (der seine Bearbeitung des Monteverdi'schen "Orfeo" leiten wird),

Wiener Festwochen 1955

PRESSEDIENST

BEILAGE ZUR RATHAUS-KORRESPONDENZ

Blatt 2182

Nummer 1

14. Dezember 1954

Eugen Ormandy und Nino Sanzogno innehaben. Konzerte mit internationalen Solisten - zwei Abende des Geigers Nathan Milstein, ein Konzert mit dem Geigenvirtuosen Zino Francescatti, ein Klavierabend Alexander Brailowskys, ein Cembaloabend Ralph Kirkpatricks, zwei Abende, an denen Irmgard Seefried und Dietrich Fischer-Dieskau Hugo Wolfs "Italienisches Liederbuch" singen werden - sowie zwei Kammerkonzerte, von denen eines das Corelli-Kammerorchester bestreiten wird, komplettieren das reichhaltige Programm der Wiener Konzerthausgesellschaft.

Die Wiener Philharmoniker werden drei eigene Konzerte durchführen, und zwar eines unter der Leitung von Eugen Ormandy mit Hilde Güden als Solistin, zwei weitere Konzerte sollen von Leopold Stokowsky geleitet werden, mit dem noch Programmverhandlungen im Gange sind. Die Wiener Philharmoniker werden auch die Interpreten des Eröffnungskonzertes am 5. Juni vormittags sein. Bei diesem Konzert, das wie stets vom Wiener Festausschuß selbst veranstaltet wird, ist die Dirigentenfrage noch offen. Auch hier ist durch das Ableben Wilhelm Furtwänglers, der das Konzert leiten sollte, eine Lücke entstanden. Leider ist es auch Bruno Walter nicht möglich, schon im Juni nach Wien zu kommen, da er zugesagt hat, im November 1955, zur Eröffnung der Oper, in Wien zu dirigieren und zweimal die beschwerliche Reise nicht unternehmen kann. Der Festausschuß hofft jedoch schon in Kürze die Zusage eines namhaften Dirigenten zu erhalten.

Die Wiener Symphoniker werden neben ihren zahlreichen Verpflichtungen noch zwei eigene repräsentative Konzerte veranstalten, von denen eines unter der Leitung von Otto Klemperer stehen wird. Die Verhandlungen mit einem zweiten internationalen Dirigenten stehen vor dem Abschluß.

Die bisher genannten Konzerte sowie ein Festkonzert der Johann Strauß-Gesellschaft unter Leitung von Rudolf Moralt und das Festliche Singen der Kindersingschule der Stadt Wien werden im Konzerthaus und Musikverein stattfinden. Daneben gibt es noch eine Reihe anderer Veranstaltungen, zum Teil an historischen Stätten, wie zum Beispiel die Schubertiade, die der Wiener

Schubertbund wie alljährlich in Schuberts Geburtshaus durchführt, oder die Serenade des Wiener Männergesangvereines auf dem Heiligenstädter Pfarrplatz. Die Wiener Kammergesangsvereinigung veranstaltet wieder eine historische Serenade auf Burg Kreuzenstein und der Akademische Orchesterverein wird im stimmungsvollen Rahmen des Schönbrunner Schloßtheaters eines seiner klassischen Konzerte durchführen. Meßaufführungen in der Hofburgkapelle und in historischen Wiener Kirchen werden das umfangreiche Musikprogramm vervollständigen.

Ausstellungen

Unter den Ausstellungen ist vor allem die vom Amt für Kultur und Volksbildung und vom Österreichischen Museum für angewandte Kunst veranstaltete Schau "Große europäische Kunst - gestern und heute" zu erwähnen, die einen entwicklungsgeschichtlichen Überblick über die Malerei und Plastik in den letzten 100 Jahren gibt. Außerdem finden Ausstellungen im Kunsthistorischen Museum, in der Akademie der bildenden Künste, im Historischen Museum der Stadt Wien, in der Österreichischen Galerie, im Museum für angewandte Kunst, in der Secession, im Naturhistorischen Museum und im Technischen Museum statt. Wie jedes Jahr werden die Wiener Festwochen mit dem "Tag der Blumen" am 25. und 26. Juni abgeschlossen.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 15./Dezember 1954

Blatt 2184

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus

=====

15. Dezember (RK) Freitag, den 17. Dezember, um 11 Uhr, tritt der Wiener Gemeinderat zusammen. Auf der Tagesordnung stehen der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1953, der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1953, die Bilanzen 1953 der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista.

Nach Erledigung dieser Tagesordnungspunkte wird Stadtrat Resch den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955 referieren. Die Budgetverhandlungen werden voraussichtlich bis einschließlich Mittwoch, den 22. Dezember, dauern. Die Sitzungen am Samstag, Montag, Dienstag und Mittwoch beginnen jeweils um 9 Uhr früh. Für Sonntag ist keine Sitzung vorgesehen.

- - -

Stadtkassen vom 20. bis 24. und vom 27. bis 31. Dezember geschlossen

=====

15. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten an den Werktagen vom 20. bis 24. Dezember und vom 27. bis 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen. Für die Erledigung der dringendsten Fälle sowie für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheinen während der üblichen Amtsstunden wird Vorsorge getroffen, sodaß die Einzahlung von Abgaben keine Unterbrechung erleidet.

- - -

Weihnachten in den städtischen Anstalten
=====

15. Dezember (RK) In allen städtischen Spitalern Wiens werden so wie alljährlich auch heuer für die Patienten Weihnachtsfeiern stattfinden. Das Preyer'sche Kinderspital in Favoriten und die Frauenklinik Gersthof machen bereits am kommenden Samstag den Anfang. Ihnen folgen dann die anderen Krankenhäuser, Altersheime und Erziehungsanstalten. Das städtische Anstaltenamt bereitet allein 110 solcher Weihnachtsfeiern vor.

Bürgermeister Jonas, die beiden Vizebürgermeister Honay und Weinberger, die Mitglieder des Stadtsenates sowie auch Gemeinderäte und Bezirksvorsteher werden bei den Feiern anwesend sein und den Patienten und Pfleglingen die Wünsche der Stadtverwaltung übermitteln. Auch in den städtischen Anstalten außerhalb des Stadtgebietes werden für Weihnachtsfeiern Vorbereitungen getroffen.

- - -

Die Schneearbeiterlöhne
=====

15. Dezember (RK) Die Schneearbeiterlöhne sind für diesen Winter in der gleichen Höhe wie im vorigem Jahr festgesetzt worden. Sie betragen bei der Magistratsabteilung 48, Straßenpflege, pro Stunde 4.50 S, für Arbeitskräfte unter 17 Jahren 4 Schilling. Für Nachtarbeit wird ein Zuschlag von 50 Groschen je Stunde gewährt.

Bei den Verkehrsbetrieben erhalten die Schneearbeiter bei Tag 4.80 S, bei Nacht 5.50 S pro Stunde. Für Arbeitskräfte unter 17 Jahren ist ein Stundenlohn von 4.20 S vorgesehen.

Arbeitskräfte unter 18 Jahren dürfen zur Nachtarbeit nicht herangezogen werden.

- - -

Eichung und Nacheichung 1955

=====

15. Dezember (RK) Um Beanstandungen der Handels- und Gewerbetreibenden wegen Nichtbeachtung der Eichvorschriften zu vermeiden, bringt das Marktamt der Stadt Wien die bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen in Erinnerung.

Eichpflichtig sind alle Meßgeräte, deren Richtigkeit durch ein rechtlich geschütztes Interesse gefordert wird.

Im öffentlichen Verkehr, das heißt im Geschäfteverkehr der Gewerbetreibenden, im Handelsverkehr von Vereinen und Genossenschaften, auch wenn sich dieser nur auf Mitglieder beschränkt, im geschäftlichen Verkehr von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben und Personen, die aus der Landwirtschaft einen Erwerb ziehen und im Betrieb von Beförderungsunternehmungen zur Bestimmung der Fracht und Beförderungsgebühr unterliegen der Eichpflicht: alle Maße, Meßwerkzeuge, Waagen, Gewichtsstücke und Abfüllmaschinen, Fässer und Korbflaschen, in denen alkoholische Getränke und Essig verkauft werden, Personenwaagen, die von Ärzten, allen mit der Gesundheitspflege beschäftigten Personen, Apotheken, Krankenanstalten und in Bädern, Sportfeldern usw. verwendet oder bereitgestellt werden, Fieberthermometer, graduierte medizinische Spritzen usw., die angeboten und verkauft werden.

Maße, Meßwerkzeuge, Waagen, Gewichtsstücke und Abfüllmaschinen, Fässer und Korbflaschen, in denen alkoholische Getränke und Essig verkauft werden, unterliegen der Eichpflicht auch dann, wenn sie nicht für den An- und Verkauf, wohl aber zur Prüfung der Lieferungen, zur Bestimmung des Arbeitslohnes, zur Überprüfung von Arbeitsleistungen und zur Messung von Sachentschädigungen verwendet oder bereitgehalten werden.

Wer ein eichpflichtiges Meßgerät verwendet oder bereithält, ist dafür verantwortlich, daß es geeicht ist. Bereitgehalten ist ein Meßgerät dann, wenn die äußeren Umstände erkennen lassen, daß es ohne besondere Vorbereitung in Gebrauch genommen werden kann, zum Beispiel verwendungsfähige, aber nicht benützte überzählige Waagen in Verkaufslokeln.

Der Nacheichung unterliegen alle eichpflichtigen Gegenstände

mit Ausnahme von Meßgeräten, die nur aus Glas bestehen und Flüssigkeitsmaßen aus Porzellan oder Steingut. Die Nacheichungsfrist beträgt grundsätzlich zwei Jahre, auch bei Waagen über 3000 kg, bei Fässern mit Ausnahme von Bierfässern drei Jahre.

Es sind also alle Waagen, Gewichtsstücke, Milchgefäße mit Maßstab und Milchkannen, sämtliche Flüssigkeitsmaße, außer solchen aus Porzellan oder Steingut, einschließlich der Petroleumapparate, die mit dem Eichstempel 1952 oder mit einem früheren versehen sind, sofort nachzueichen. Meßgeräte, die eine Beschädigung aufweisen, sind trotz gültigen Eichstempels nachzueichen.

Die Meßgeräte sind zur eichamtlichen Überprüfung in Wien dem Eichamt, 9, Nußdorfer Straße 90, zu übergeben. Feststehende oder schwer transportierbare Eichobjekte können nach Anmeldung beim Eichamt auf ihrem Verwendungsplatz nachgeeicht werden.

Mit 15. Jänner 1955 wird das Marktamt wieder mit einer allgemeinen maß- und gewichtspolizeilichen Revision einsetzen. Selbstverständlich wird aber außerdem jederzeit bei der marktamtlichen Geschäftsrevision auch die Einhaltung der eichpolizeilichen Vorschriften überwacht.

- - -

Neuer Wohnungstausch-Anzeiger

=====

15. Dezember (RK) Soeben ist die neueste Nummer des "Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers" erschienen. Das Heft ist 52 Seiten stark und enthält Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken. Ferner enthalten Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Tauschangebote aus den Bundesländern.

Der "Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger" ist um 1.50 Schilling in den Bezirksstellen des Wohnungsamtes sowie in den Trafiken erhältlich. Eine Einschaltung für die nächste Nummer, die am 10. Februar 1955 erscheint, kann bis spätestens 29. Jänner 1955 im Tauschreferat vorgenommen werden.

- - -

Die Konstituierung der neugewählten Bezirksvertretungen
=====

15. Dezember (RK) Vom 17. bis 22. Dezember findet in den 23 Wiener Bezirksvorstehungen die Konstituierung der neugewählten Bezirksvertretungen statt. In Vertretung des Bürgermeisters wird sich der Amtsführende Stadtrat für **Allgemeine** Verwaltungsangelegenheiten Afritsch in die Bezirke hinausbegeben und die Angelobung der Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher vornehmen. Bei diesen feierlichen Einführungen werden Stadtrat Afritsch und die neugewählten Bezirksvorsteher Erklärungen über die Tätigkeit der Bezirksvertretungen abgeben. Hierauf werden auch die Vertreter der politischen Parteien das Wort ergreifen.

Der Bezirksvorsteher wird immer von jener Partei gestellt, welche bei den Gemeinderatswahlen die größte Stimmenzahl erhalten hat. Der Stellvertreter entfällt auf die zweitstärkste Partei. Bekanntlich ist die SPÖ in 16 Wiener Bezirken die stärkste Partei, die ÖVP in sieben Bezirken.

Die Konstituierungen finden zu folgenden Zeiten statt:

Freitag, den 17. Dezember: 1. Bezirk 8 Uhr, 2. Bezirk 9.30 Uhr, 3. Bezirk 11 Uhr, 4. Bezirk 15 Uhr, 5. Bezirk 16.30 Uhr, 16. Bezirk 18 Uhr.

Samstag, den 18. Dezember: 7. Bezirk 8 Uhr, 6. Bezirk 9.30 Uhr, 11. Bezirk 11 Uhr.

Montag, den 20. Dezember: 9. Bezirk 8 Uhr, 10. Bezirk 9.30 Uhr, 12. Bezirk 11 Uhr, 13. Bezirk 15 Uhr, 23. Bezirk 16.30 Uhr, 14. Bezirk 18 Uhr.

Dienstag, den 21. Dezember: 15. Bezirk 8 Uhr, 8. Bezirk 9.30 Uhr, 17. Bezirk 11 Uhr, 18. Bezirk 15 Uhr, 20. Bezirk 16.30 Uhr, 22. Bezirk 18 Uhr.

Mittwoch, den 22. Dezember: 19. Bezirk 8 Uhr, 21. Bezirk 10 Uhr.

- - -

Prämierte Wiener Kleinbühnen
=====

15. Dezember (RK) Im Rahmen der Bewertung der kulturellen Leistungen der Wiener Kleinbühnen durch die Stadtverwaltung wurde dem Theater "Die Tribüne" für die Aufführung des Stückes "Ein indisches Märchen" von Felix Braun eine Prämie von 2.000 Schilling und dem Theater im Palais Esterhazy für die Aufführung "Das Wunder von Lourdes" von Hans Naderer eine Prämie von 1.000 Schilling aus dem Kultur Groschenenertragnis zuerkannt.

- - -

Führungen durch das Hietzinger Heimatmuseum
=====

15. Dezember (RK) Durch das Hietzinger Heimatmuseum finden folgende Führungen statt: Sonntag, den 19. Dezember, (Fachlehrer Ott), Sonntag, den 26. Dezember, (Amtsrat Muck). Eintritt frei.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

15. Dezember (RK) Donnerstag, den 16. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger.

- - -

Drei Tage Verkehrszählung in Wien
=====

15. Dezember (RK) In den letzten Jahren hat der Kraftfahrzeugbestand in Wien bedeutend zugenommen. Für die Verkehrsplanung ist es notwendig, den Verkehr in den wichtigsten Verkehrsstraßen der Stadt auch zahlenmäßig zu erfassen.

Zur Ermittlung eines generellen Verkehrsbildes der Verkehrsstraßen wurde nun vom Stadtbauamt eine für drei Tage anberaumte Verkehrszählung in die Wege geleitet. Die Zählung wird an drei aufeinanderfolgenden Tagen unter Mitwirkung von acht Ziviltechnikern durchgeführt. Das Zählpersonal wurde mit Unterstützung der Bundespolizeidirektion Wien aufgebracht.

Das Ergebnis der Verkehrszählung wird nach den modernsten verkehrswissenschaftlichen Grundsätzen und Erfahrungen ausgewertet und zeichnerisch festgehalten, um die Unterlagen für weitere Planungen zu erhalten.

- - -

Pferdemarkt vom 14. Dezember
=====

15. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 329 Pferde, davon 27 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 298, als Nutztier 1 Pferd verkauft. Unverkauft blieben 30 Pferde.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 149, Steiermark 18, Oberösterreich 129, Burgenland 19, Kärnten 12, Salzburg 2.

- - -

1904 - ein "guter Jahrgang"
=====949 Ehejubilare feierten im Wiener Rathaus

15. Dezember (RK) Heute nachmittag wurden im Wiener Rathaus durch Bürgermeister Jonas 56 Goldene Hochzeitspaare aus den Bezirken 1 bis 10 anlässlich ihres Jubeltages geehrt. An der Feier im Stadtsenatssitzungssaal nahmen die beiden Vizebürgermeister Honay und Weinberger, die Stadträte Glaserer und Koci, die Bezirksvorsteher und der Magistratsdirektor teil. Sie alle kamen, um gemeinsam mit dem Bürgermeister den ehrwürdigen "Eheveteranen" die Glückwünsche der Stadtverwaltung zu übermitteln. Für morgen und Freitag sind weitere 112 Jubelpaare - die letzten im heurigen Jahr - ins Rathaus eingeladen. Darunter werden sich auch zwei Diamantene Hochzeitspaare befinden.

Bürgermeister Jonas verwies in seiner Gratulationsansprache auf die von Jahr zu Jahr größer werdende Zahl der Wiener Ehepaare, denen es vergönnt ist, das Goldene Hochzeitsfest zu erleben. "Das Jahr 1904", sagte er, "muß man als einen besonders guten Jahrgang bezeichnen, denn wir haben mit 906 Goldenen Hochzeitern den Rekord erreicht. Noch niemals wurden in Wien so viele Goldene Hochzeiten gefeiert, wie heuer. Es gab aber auch nicht weniger als 41 Diamantene Hochzeiten und 2 Wiener Ehepaare feierten sogar das Eiserne Hochzeitsfest."

Bürgermeister Jonas gratulierte den Ehejubilaren zu ihrem Ehrentag und wünschte ihnen noch viele frohe Jahre im Kreise ihrer Familien. Zur Erinnerung überreichte er jedem Paar ein Diplom der Stadt Wien. Die Ehrengabe wurde ihnen schon vorher durch die Bezirksvorsteher übergeben.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 16. Dezember 1954

Blatt 2192

Weihnachtsfeier für die Kinder von Kriegsgefangenen =====

16. Dezember (RK) Das Bundesministerium für Inneres und die Wiener Landesregierung veranstalten auch heuer eine Weihnachtsfeier, die für Heimkehrer und die Kinder der noch immer in Kriegsgefangenschaft befindlichen Wiener bestimmt ist. Die Feier findet Sonntag, den 19. Dezember, um 16 Uhr, im Festsaal des Wiener Messepalastes statt. Eingeladen wurden hiezu u.a. Bundeskanzler Ing. Raab, Bundesminister Helmer, Bürgermeister Jonas und die Mitglieder des Stadtsenates.

Das Programm der Weihnachtsfeier wird durch einen Chor der Kindersingschule Döbling eingeleitet. Hierauf werden Minister Helmer und Bürgermeister Jonas sprechen. Im Anschluß an den offiziellen Teil gibt es ein buntes Programm, bei dem Paul Beck, Franz Borsos, Anita Spitzak-Trojan, Fritz Strobl, Pierron & Knapp, Elfriede Ott, Ernst Waldbrunn und Kapellmeister Karl Breyer mitwirken. Zum Abschluß gibt es eine Weihnachtsbescherung bei der Geschenke verteilt werden.

- - -

Ferkelmarkt vom 15. Dezember =====

16. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 94 Ferkel, verkauft wurden 92. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln mit 6 Wochen 210 S., 7 Wochen 244 S., 8 Wochen 317 S.

Der Marktverkehr war ruhig.

- - -

Wien grüßt seine Freunde in der ganzen Welt!

=====

Bürgermeister Jonas spricht Neujahrs-Wünsche über Sender Lausanne

16. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat ein Tonband besprochen, das Dienstag, den 21. Dezember, um 12.30 Uhr, über den Schweizer Sender Lausanne ausgestrahlt wird. Der Wiener Bürgermeister richtete in dieser Ansprache herzliche Glückwünsche zum Jahreswechsel an die Freunde Wiens in der ganzen Welt:

"Liebe Freunde!

Den Einzug eines neuen Jahres zu feiern, ist ein uralter Brauch, und wohl der einzige, der allen Kulturvölkern gemeinsam ist. In jeder Familie und in jedem Freundeskreis wünscht man sich an diesem Tage gegenseitig Glück. Solche Glückwünsche gehen längst auch schon von Volk zu Volk, seit durch den Fortschritt der Technik die Entfernungen überwunden und die Völker einander näher gebracht worden sind.

Radio Lausanne erweist dem Gedanken der Völkerfreundschaft einen wertvollen Dienst, indem es Repräsentanten anderer Länder und Städte bei dieser Feier zu Worte kommen läßt. So sende ich als Bürgermeister der Stadt Wien, Euch, den Hörern von Radio Lausanne, durch die Ätherwellen die herzlichen Glückwünsche der Wiener Bevölkerung.

Unsere Stadt ist innerhalb einer Generation zweimal das Opfer furchtbarer Kriege geworden; noch sind nicht alle Wunden geheilt und noch immer sind wir durch vier fremde Mächte besetzt. Aber gerade darum schätzen wir das kostbare Gut des Friedens und der Freiheit besonders hoch. Wir können uns und der ganzen Welt zum Jahreswechsel nichts besseres wünschen, als daß die vorherrschenden Spannungen eine Lösung in Frieden und Freiheit finden mögen. Das Glück der Welt kann nur durch friedliche Arbeit begründet werden.

Wien grüßt Lausanne, die Waadt, die Schweiz und alle gemeinsamen Freunde in der ganzen Welt!"

- - -

Städtische Baustelle mit Heizschlangen und Flammenwerfern
=====In Margareten wird ein Hochhausfundament gegossen

16. Dezember (RK) Auf der Baustelle des ersten Wiener Wohnhochhauses, das die Gemeinde Wien inmitten ihrer großen Wohnhausanlage auf dem ehemaligen Heu- und Strohmarkt in Margareten errichtet, werden demnächst die umfangreichen Fundierungsarbeiten abgeschlossen. Nach Beendigung der Baggerarbeiten, bei denen rund 4.000 Kubikmeter Erde ausgehoben wurden, ist man an die Herstellung der 65 cm starken Stahlfundamentplatte gegangen. Sie liegt auf einer 10 cm starken Betonschicht, die noch mit einer 3 cm starken Horizontalisolierung überzogen wurde. Die Stahlarmierung der Fundamentplatte, die nun mit 540 Kubikmeter hochwertigem Material ausgegossen wird, wiegt rund 40.000 Kilogramm.

Bei den Betonierungsarbeiten haben zum ersten Mal auf einer Großbaustelle die von der Gemeinde Wien vor wenigen Wochen errichteten Zementsilos ihre Bewährungsprobe glänzend bestanden. Die Füllung des 15 Tonnen-Silos in Margareten wurde bereits mehrmals durchgeführt und funktioniert klaglos. Die Wibeba, der der Bau des ersten städtischen Wohnhochhauses mit 20 Geschoßen anvertraut wurde, hat sich vor Beginn der Betonierungsarbeiten auch gegen die Frostgefahr gesichert. Auf der Baustelle stehen Heizschlangen für die Warmwasserbereitung bereit. Sollten die Bauarbeiter bei der Herstellung der Fundamentplatte durch Frost überrascht werden, wird der Sand mit Flammenwerfern aufgewärmt.

- - -

Skandinavische Musikstudenten verlassen Wien

=====

16. Dezember (RK) Die 25 skandinavischen Musikstudierenden, die vier Wochen in Wien weilten, kehrten Mittwoch in ihre Heimatländer zurück. Ein Schlußabend vereinigte zum letztenmal die Gäste mit den Studierenden des Konservatoriums der Stadt Wien.

Das Programm brachte in interessanten kammermusikalischen Darbietungen Proben eines vorbildlichen Gemeinschaftsmusizierens von Wienern, Schweden und Finnen. Ein ausschließlich von schwedischen Studenten dargebotenes Streichtrio vermittelte die Bekanntschaft mit dem Komponisten John Fernström, der als Leiter des Konservatoriums in Lund an der Wiege der Austauschaktion stand, die nun ihr Ende gefunden hat. Besonderen Beifall fand Monica Riefling, die mit zwei Schülern des Konservatoriums der Stadt Wien ein Klarinetten trio von Hummel bestritt.

Im zweiten Teil spielte das Symphonie-Orchester des Konservatoriums der Stadt Wien, in dem sechzehn skandinavische Gäste mitwirkten, unter Leitung eines finnischen und zweier schwedischer Dirigenschüler Werke von Beethoven, Weber und Haydn.

Dem Abend wohnte der schwedische Konsul, der Ehrenpräsident des Österreichisch-Schwedischen Institutes, Minister a.D. Winterstein, Stadtrat Afritsch und in Vertretung von Stadtrat Mandl Obermagistratsrat Dr. Gapp bei. Der Leiter der Musiklehranstalten der Stadt Wien und der Direktor des Österreichisch-Schwedischen Institutes Figdor hielten Abschiedsansprachen, auf die eine schwedische Schülerin erwiderte.

- - -

Zur Neujahrs-Ansprache des Wiener Bürgermeisters über Radio Lausanne

=====

16. Dezember (RK) Die von Bürgermeister Jonas an die gemeinsamen Freunde Wiens in der ganzen Welt gerichtete Neujahrs-Ansprache wird nicht, wie auf Blatt 2193 berichtet wurde, Dienstag, den 21. Dezember, gesendet, sondern erst zur Jahreswende.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 17. Dezember 1954

Blatt 2196

Die Hilfsplätze des Wiener Wintersport-Unfalldienstes

=====

17. Dezember (RK) Die freiwillige Arbeitsgemeinschaft des Wiener Wintersport-Unfalldienstes, der das Rote Kreuz, die Arbeiter-Samariter und der Bergrettungsdienst angehören, wird so wie in den vergangenen Jahren ihren Hilfsdienst trotz der Abtrennung der Randgemeinden im gesamten Wiener Ausflugsgebiet aufrecht erhalten. Es werden heuer sogar 38 Hilfsstellen eingerichtet, die wie bekannt bei Unfällen jedermann Erste Hilfe gewähren.

An folgenden Punkten, die durch Streifendienst im Verein mit der Wiener Polizei verbunden sind, kann Hilfe beansprucht werden:

Ab Nußdorf (Straßenbahn D):

Eiserne Hand

Gasthaus Hölzl

Ab Grinzing (Straßenbahn 38):

Häuserl am Berg

Gasthaus Schluche

Krapfenwaldl

Offener Posten, Streifendienst

Ab Sievering (Straßenbahn 39):

Jägerwiese

Gasthaus

Rohrerwiese

Gasthaus "Grüß di a Gott-Wirt"

Dreimarkstein

Gasthaus "Häuserl am Roan"

Weidlingbach

Offener Posten, Streifendienst

Ab Neuwaldegg (Straßenbahn. 43):

Hameau

Gasthaus

Rohrerhütte

Gasthaus

Schottenhof

Gasthaus

Sophienalpe

Gasthaus

Ab Ottakring (Straßenbahn J):

Jubiläumswarte Gasthaus

Ab Hütteldorf (Straßenbahn 49, 52, Stadtbahn):

Rieglerhütte Gasthaus

Weidlingau-Sprungschanze Gasthaus Jägerwirt

Mostalpe Gasthaus

Augustinerwald Gasthaus Mauerbachstraße

Ab Ober-St. Veit (Straßenbahn 58):

Auerhütte Gasthaus Auerhütte

Himmelhof Sanatorium Himmelhof

Roter Berg Eigene Stelle

Ab Mauer (Straßenbahn 60):

Laab im Walde Gasthaus

Roppersberg Walbergerhütte

Jäger von Dopplerwiese Offener Posten, Streifendienst

Rother Stadl Offener Posten, Streifendienst

Ab Rodaun (Straßenbahn 360):

Bierhäuslberg Gasthaus Franz Senn

Kugelwiese Gasthaus Beran

Kammersteinerhütte Schutzhaus

Ab Kaltenleutgeben:

Talstation (Tel. 17) Gasthaus Arbeiterheim

Wienerwiese (Tel. 17) Gasthaus

Gaisberg (Tel. 17) Gasthaus

Neuweg Gasthaus Sporer

Gießhübl Gasthaus Schmiedel

Langerwiese Gasthaus

Norwegerwiese (Kreuzsattel) Offener Posten, Streifendienst

Biermaier Gasthaus

Ab Unter-Tullnerbach (Westbahn):

Troppberg Gasthaus

Ab Purkersdorf (Westbahn)

Hochramalpe Gasthaus

Ab Strebersdorf (Straßenbahn 132):

Bisamberg Gasthaus Gamshöhe

Ab Simmering - Favoriten:

Laaer Berg

Offener Posten, Streifendienst

Die Arbeitsgemeinschaft ersucht die Wintersportler, durch gegenseitige Rücksichtnahme und diszipliniertes Fahren, besonders auf stark besuchten Wiesenhängen, zur Unfallverhütung beizutragen.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 20. bis 26. Dezember

=====

17. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 20. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: Weihnachts-Oratorium
Samstag 25. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Heinrich Strecker - Kompositions- konzert
	Gr.K.H.Saal 19.30	Radio Wien: Akademie
Sonntag 26. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Vortragsabend; Albin Skoda (Rezita- tion), Walter Berry (Gesang), Fried- rich Gulda und Jaques Klein (Klavier)
	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 6. Sonntag-Nachmittags-Konzert: Gustav Swoboda (Violine), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Dvorak, Schmidt, Sibelius)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Wiener Symphoniker: Johann Strauß-Konzert, Dirigent Eduard Strauß
	Gr.K.H.Saal 15.30	Radio Wien: Akademie
	Mozartsaal (KH) 19.30	Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert

- - -

Rindernachmarkt vom 16. Dezember
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 10 Ochsen, 1 Stier, 3 Kühe, Summe 14. Neuzufuhren Inland: 24 Kühe. Gesamt-auftrieb: 10 Ochsen, 1 Stier, 27 Kühe, Summe 38. Verkauft wurden: 4 Ochsen, 1 Stier, 17 Kühe, Summe 22. Unverkauft blieben: 6 Ochsen, 10 Kühe, Summe 16.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 16. Dezember
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 270 Fleischschweine aus Ungarn. Neuzufuhren Inland: 7 Fleischschweine, Neuzufuhren Ausland: 271, Summe 548. Verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 2167 Stück aus Bulgarien, 697 aus Jugoslawien. Ungarische Schweine 13.30 bis 14.- S, bulgarische 13.30 bis 14.- S, jugoslawische 13.40 bis 14. S.

- - -

Verkehrsstörung durch Fahrdrabtbruch
=====

17. Dezember (RK) Donnerstag, um 16.53 Uhr, ist in der Stadt-bahnstation Schönbrunn ein Fahrdrabt gerissen und auf das Gleis gefallen. Dadurch war der durchgehende Verkehr von der Station Meidlinger Hauptstraße bis Hütteldorfer Straße in beiden Richtungen 63 Minuten lang gestört. Die Züge wurden während dieser Zeit umgeleitet.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Debatte über den Rechnungsabschluß 1953

17. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat heute vormittag zusammen, um zunächst über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1953 zu beraten. Vorher wurde Wilhelm Liwanec als Ersatzmann für GR. Franziska Krämer (SPÖ) gewählt. GR. Franziska Krämer hatte mit Rücksicht auf ihre Wahl zum Bundesrat ihr Mandat zum Gemeinderat zurückgelegt.

Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß zunächst Stadtrat Resch über den Rechnungsabschluß 1953 referieren wird. Nachher wird gleichfalls Stadtrat Resch über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955 berichten. Nach Erledigung des Voranschlages wird Stadtrat Dkfm. Nathschläger die Bilanzen 1953 der städtischen Unternehmungen und sodann die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für 1955 referieren.

1953 - Rekordhöhe des Bauaufwandes

Über den Rechnungsabschluß 1953 berichtete nun Stadtrat Resch (SPÖ). Er erinnerte daran, daß er bei der Beratung des Voranschlages für 1953 im Vertrauen auf eine fortschreitende Entwicklung der Wirtschaft Österreichs den Voranschlag damals als ein Budget des Optimismus bezeichnet habe. Der vorliegende Rechnungsabschluß bestätigt nicht nur diese Annahme, sondern übertrifft sie sogar bei weitem. Diese günstige Entwicklung hat es uns daher erspart, die zur Deckung des Gebarungsabganges vorgesehenen Einsparungen und allfällige Rückgriffe auf die Rücklagen vorzunehmen. Die Entwicklung macht es vielmehr möglich, große Beträge für zusätzliche Ausgaben bereitzustellen und so durch die verstärkte Investitionstätigkeit den Wienern mehr Arbeit und mehr Verdienst zu beschaffen.

Es ist kein Zufall, daß sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Wien Jahr für Jahr günstiger entwickelt als in den übrigen Ländern. Besonders durch unsere Winterarbeitsprogramme kann die Zahl der saisonbedingten Arbeitslosen in Wien immer wesentlich niedriger gehalten werden, als in den anderen Ländern. Im Jahre 1953 ist ein besonders großer Teil der städtischen Einnahmen in der Form von Bauaufträgen an die Wirtschaft zurückgeflossen. Der Anteil des gesamten Bauaufwandes weist die noch nie erreichte Rekordhöhe von 42 Prozent des Gesamtvolumens des Rechnungsabschlusses 1953 aus. Im abgelaufenen Jahr wurden in der Finanzabteilung 737 Anträge auf solche Ausgabenüberschreitungen von zusammen 382 Millionen Schilling bearbeitet. Diese zusätzlichen Ausgaben machen 13 Prozent der gesamten veranschlagten Ausgaben aus. Die Rücklagen, die die Gemeindeverwaltung angelegt hat, geben nunmehr die Möglichkeit, notwendigen Ausgabenüberschreitungen zuzustimmen. Sie gewähren aber auch allen Kontrahenten der Stadt Wien die Sicherheit, daß ihre Rechnungen pünktlich und voll bezahlt werden, was man nicht von allen öffentlichen Körperschaften Österreichs behaupten kann.

Zum Rechnungsabschluß selbst bemerkte der Referent, daß der Rechnungshof wie jedes zweite Jahr die Prüfung auf das nächste Jahr verschoben hat. Daher war es dem Magistrat möglich, die Vorlage der Verfassung entsprechend rechtzeitig im Stadtsenat einzubringen. Die Beratung wurde jedoch verschoben, bis der neue Stadtsenat und der neue Finanzausschuß gewählt waren. Der Rechnungsabschluß war vom 26. November bis 9. Dezember zur öffentlichen Einsicht aufgelegt; zwei Erinnerungen wurden dazu abgegeben.

43 Millionen Überschuß

Die Gesamteinnahmen betragen 3.152 Millionen Schilling, das sind um 463 Millionen mehr als im Voranschlag angenommen. Die Gesamtausgaben machten 3.109 Millionen aus, das sind um 244 Millionen mehr als angenommen. Somit ergibt sich ein Überschuß von 43 Millionen Schilling, um 219 Millionen günstiger als im Voranschlag angenommen, der ein Defizit von 176 Millionen vorsah.

Im Vergleich zum Jahr 1952 ist jedoch der Rechnungsabschluß 1953 nicht so günstig. Der Überschuß 1952 betrug 183,7 Millionen

Schilling, der Überschuß des vorliegenden Rechnungsabschlusses, wie schon gesagt, 43 Millionen.

Stadtrat Resch berichtete sodann über die Verwendung des Überschusses. Zwanzig Millionen Schilling wurden der Dubiosenreserve zugewiesen, 23 Millionen den allgemeinen Rücklagen.

An der Einnahmensteigerung sind beteiligt: Die Ertragsanteile mit 194 Millionen, die eigenen Steuern und Abgaben mit 214 Millionen und die Gebühren und sonstigen Einnahmen mit 56 Millionen Schilling. Von den eigenen Steuern ist vor allem die Gewerbesteuer um 170 Millionen auf 498 Millionen gestiegen, die Lohnsummensteuer um 15 Millionen auf 145 Millionen, die Grundsteuer um 8 Millionen auf 123 Millionen, die Vergnügungssteuer um 12 Millionen auf 59 Millionen. Getränkesteuer und Anzeigenabgabe sind nur gering gestiegen, die Verwaltungsabgaben und Gebrauchsgebühren gleich geblieben.

1.004 Millionen für Investitionen

Bei der Ausgabensteigerung ergibt sich eine Erhöhung des Personalaufwandes um nur 8 Millionen Schilling auf 925 Millionen, eine Steigerung des laufenden Sachaufwandes um 82 Millionen Schilling auf 1.179 Millionen und erfreulicherweise eine Steigerung der Investitionen um 154 Millionen auf erstmalig 1.004 Millionen Schilling (Beifall bei der SPÖ). Hier drückt sich die Gesamttendenz der Wiener Stadtverwaltung aus, die unentwegt bemüht ist, vor allem arbeitsbeschaffende Maßnahmen in möglichst großem Umfang vorzunehmen.

Weniger Personal ohne Abbau

Der Personalaufwand ist trotz dem Inkrafttreten der ersten Entnivellierungsetappe am 1. Juli 1953 nur geringfügig angestiegen. Die Gemeinde Wien konnte ohne jede Abbauktion und ohne jede Härte gegen einzelne Angestellte den Personalstand gegenüber dem Vorjahr wieder um volle 336 Personen senken. Hier unterscheiden wir uns, sagt Stadtrat Resch, trotz dem Zunehmen der Verwaltungsaufgaben auch in Wien sehr merklich von anderen Gebietskörperschaften, insbesondere vom Bund, wo unentwegt die Zahl der Angestellten steigt, während es uns durch Rationalisierungsbestrebungen, die wir im Einvernehmen und mit größtem Verständnis der Gewerkschafter vornehmen, wiederum möglich war,

den Personalaufwand durch eine Verringerung der Zahl der Angestellten zu verbessern. Im einzelnen sind die Hauptbezüge um 5,2 Millionen und die Pensionen um 7 Millionen gestiegen, dagegen sind die Nebenbezüge um 3,5 Millionen gesunken.

Auch bei der Steigerung des Sachaufwandes drückt sich die Tendenz der Verwaltung aus, möglichst bauliche Arbeiten zu fördern. Von dem Mehrbetrag von 82 Millionen entfallen allein 52 Millionen für bauliche Erhaltungsarbeiten. Der gesamte Bauaufwand stieg gegenüber dem Vorschlag um volle 210 Millionen auf eineinviertel Milliarden. Einschließlich der Kredite an die Wohnbaugenossenschaften macht er 42 Prozent der Gesamtausgaben aus.

Stadt Wien ist schuldenfrei

Der Schuldenstand der Stadt einschließlich aller Unternehmungen ist im Laufe des Jahres 1953 um 15,6 Millionen auf 331,4 Millionen angestiegen. Davon sind 20 Millionen Kredite des Wohnhauswiederaufbaufonds, die die Gemeinde nicht belasten. In der kreditwirksamen Gebarung ist die Gemeindeverschuldung um 4 Millionen gesunken. Die Anleihenschuld betrug Ende 1953 233,6 Millionen, davon die Verschuldung der Hoheitsverwaltung nur 90,6 Millionen. Man kann bei dieser Zahl im Vergleich zu einem Jahresbudget von mehr als 3 Milliarden wohl mit Recht behaupten, daß die Stadt Wien schuldenfrei und damit kreditwürdiger ist als irgendeine andere Gebietskörperschaft dieses Landes. (Beifall bei SPÖ und ÖVP. - GR. Mazur: Warum macht ihr davon nicht Gebrauch?) Der Stand der Rücklagen betrug Ende 1953 685 Millionen und war damit um 47 Millionen höher als zu Beginn des Jahres.

Die Stadt Wien hatte mit dem Stichtag des 31. Dezember 1953 45.150 Hektar Grundflächen in ihrem Besitz. Die Grundfläche der Gemeinde ist im Verlauf des Jahres 1953 wieder um 40 Hektar gestiegen.

Kontrollamt: Rationalisierung erfolgreich

In seinem Referat über den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien führt Stadtrat Resch unter anderem aus: Das Kontrollamt anerkennt ausdrücklich, daß die Rationalisierungsbestrebungen der

Stadt Erfolg hatten. Auch das Kontrollamt weist auf die Personalverminderung hin und anerkennt, daß auf diesem Gebiete ununterbrochen in Kleinarbeit Stück um Stück eine Verbesserung der Verwaltung erzielt wird. Das Kontrollamt würdigt auch den großen Anteil des Bauaufwandes an den Gesamtausgaben.

Bei den Krankenanstalten beziehen sich die Beanständungen des Kontrollamtes immer wieder darauf, daß der Abgang so groß sei, daß er auf die Dauer von der Stadtverwaltung nicht getragen werden könne. Der Abgang der Spitäler betrug im Jahre 1953 226 Millionen. Das Kontrollamt anerkennt, daß dieser Abgang nicht durch Rationalisierungen und Einsparungen in den Spitälern hereingebracht werden kann, sondern verweist darauf, daß entsprechende Maßnahmen auf der Einnahmenseite getroffen werden müßten. Hiezu gibt der Berichterstatter seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Gemeinde Wien auch hier schon fast an der Grenze des Möglichen angelangt ist. Keinem Spital und keiner Gemeindeverwaltung in Österreich ist es gelungen, höhere Beträge von den Hauptzahlern unserer Spitäler, den Krankenkassen, zu erreichen als die Stadt Wien. Alle anderen öffentlichen Spitäler warten vielmehr immer auf das Ergebnis der Verhandlungen der Gemeinde Wien. Es muß versucht werden, dieses Problem im Rahmen der öffentlichen Verwaltung und vor allem im Rahmen der Bundesverwaltung zu lösen.

Das Kontrollamt verweist am Schluß seines Berichts darauf, daß alle seine Bemängelungen abgestellt, alle Anregungen sachlich behandelt und womöglich einem Ergebnis zugeführt wurden. Ich kann nur dem Kontrollamt den Dank der Verwaltung aussprechen, erklärt Stadtrat Resch, da es sich wirklich entgegen einer Übung vor 1934 in der Zweiten Republik ehrlich bemüht, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung Verbesserungen durchzusetzen. Dieser Geist der Zusammenarbeit ist es, der es uns immer wieder ermöglicht, in gemeinsamer Arbeit von Verwaltung und Kontrollamt Verbesserungen zu erzielen. Dafür sei dem Kontrollamt von dieser Stelle aus gedankt. (Allgemeiner Beifall.)

Abschließend stellt Berichterstatter Stadtrat Resch u.a. folgende Anträge:

Der Abgang der außerordentlichen Gebarung im Betrage von 78 Millionen ist aus den Mitteln der ordentlichen Gebarung zu decken. Der in der ordentlichen Gebarung verbleibende Überschuß von 23,1 Millionen ist der Allgemeinen Rücklage zuzuführen. Die sonach mit einer Einnahmen- und Ausgaben-summe von je 3.130,8 Millionen schließende ordentliche Rechnung und die mit einer Einnahmen- und Ausgaben-summe von je 99,7 Millionen schließende außerordentliche Rechnung für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1953 werden genehmigt. Der Gemeinderat stellt das dem Rechnungsabschluß beigeschlossene Inventar vom 31. Dezember 1953 auf.

Der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien wird zur Kenntnis genommen (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Die Debatte über den Rechnungsabschluß 1953

GR.Dr. Soswinski (VO) erinnert an die seinerzeitige Voraussage des Stadtrates für Finanzwesen, wonach der Ertrag der Gewerbesteuer für Wien ein Maximum erreicht hat und erklärt, daß dies unrichtig **war**. Das kommt daher, daß die Profite der Unternehmer gigantisch gewachsen sind und immerhin doch ein verschwindender Bruchteil davon als Steuer bezahlt wird. Freilich betrogen die Rückstände allein an der gemeindeeigenen Gewerbesteuer Ende 1953 für ganz Österreich 596 Millionen. Nimmt man dazu noch die Rückstände an geteilten Steuern, dann ergeben sich Rückstände in der Höhe von zwei Milliarden Schilling. Angenommen, daß Wien davon ein Drittel gebührt, so hätte Wien, wenn diese Profitmacher ihre Steuern zeitgerecht bezahlt hätten, heute über 600 Millionen Schilling mehr in ihren Kassen, und sie hätte längst fällige Investitionen durchführen können, auf die die Bevölkerung unserer Stadt wartet.

In keinem kapitalistischen Land gibt es trotz so niedriger Steuersätze für die Besitzenden so viele Steuerschulden der Besitzenden wie in Österreich.

Sie führen immer so bewegte Klage darüber, daß die USA-Betriebe keine Gewerbe- und Körperschaftsteuer zahlen. Aber das alles könnte schon längst der Vergangenheit angehören, wenn nicht die österreichische Regierung und leider auch der Herr Bürgermeister alle Vorschläge auf Abzug der Besatzungstruppen, Rückgabe der USA-Betriebe und bezüglich Einmischung der Besatzungstruppen abgelehnt hätten. Allerdings wäre dann dieses fette Schwein, diese aufgepöpelte Hetze, längst krepirt. Es wäre sehr interessant, nicht nur den Stand der USA-Schulden mit 17 Millionen per Ende 1953 zu erfahren, sondern auch die Verteilung der restlichen 23 Millionen Steuerschulden. Von den 17 Millionen sind jedenfalls bereits 12 Millionen bezahlt, ebenso auch die laufenden Verbindlichkeiten des Jahres 1954. Es ist nur mehr eine Frage von einigen Monaten, daß diese Schuld zur Gänze bezahlt sein wird. Ich hoffe, daß der Herr Stadtrat nicht verfehlen wird, im Rechnungsabschluß 1954 darauf hinzuweisen.

Es zeigt sich deutlich, daß der Anteil der Ertragsanteile aus geteilten Steuern an den Gesamteinnahmen unserer Stadt ständig zurückgeht. Ebenso ist der Personalaufwand anteilmäßig gefallen. Das zeigt, daß die Löhne und Gehälter der bei der Gemeinde Wien Beschäftigten weit hinter den Lebensnotwendigkeiten zurückbleiben, daß die Löhne um weniger steigen als die Preise.

Redner erinnert neuerlich an die Gefahren übergroßer Kassenbestände und verweist auf die Möglichkeit, mit diesen notwendige große Investitionsvorhaben zu finanzieren.

Er begrüßt das Ansteigen der Ausgaben für das Bauwesen, bemängelt aber, daß die Kriegsschädenbehebung an städtischen Wohnhäusern hinter dem Präliminare zurückgeblieben ist, was er auf größere Beiträge des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds an den "Verein der Freunde des Wohnungseigentums" zurückführt. Besonders kritisiert er, daß eine Ersparnis von 4 Millionen auf den Sektor der Wohlfahrtspflege nicht zu einer Erhöhung der Renten der Gemeindebefürsorgten verwendet wurde.

Auch beim Gesundheitswesen liegt sehr vieles im argen. Vor allem darf sich die Gemeinde Wien nicht zum Stoßhammer gegen die Krankenkassen benützen lassen, da der Bund verpflichtet ist, zur Behebung des Defizites der Krankenanstalten beizutragen. Die Altersheime müssen immer mehr die Funktion von Spitälern übernehmen, haben aber in Wirklichkeit noch lange nicht den Charakter eines Spitals angenommen. Obwohl der Bund für Verbesserung des Straßenwesens einen eigenen Zuschlag zur Mineralölsteuer einhebt, ist seine Beitragsleistung an die Gemeinde Wien zurückgegangen. Diese Mittel wurden dann für das Sonderprogramm Tirol aufgewendet, weil man schon damals die Vorkehrungen an den betreffenden Straßen für den Transport der Atomkanone treffen mußte. Was die Kritik des Kontrollamtes an den Wohlfahrts-Aufforstungen anlangt, würden wir den Reisenden unserer Stadtverwaltung empfehlen, nicht nach Amerika oder Spanien zu reisen, wo sie nichts lernen, sondern eine Studienreise in die Sowjetunion zu unternehmen, wo solche Aufforstungen in einem gigantischen Ausmaß durchgeführt wurden.

Bei den Enteignungen müsse viel energischer vorgegangen werden. Der Finanzreferent möge auch in gesteigertem Maße die Interessen der Stadtverwaltung auf dem Sektor des Schulwesens wahrnehmen. Es gehe nicht an, daß statt der vorgesehenen 5,5 Millionen Schilling nur 3,3 Millionen aufgewendet wurden.

Der Redner kommt sodann auf die Steigerung der Fleisch- und Viehpreise zu sprechen. Er bezeichnet es als eine Unmöglichkeit, daß die Stadt Wien aus ihren gemeindeeigenen Betrieben große Reingewinne erzielt, wie dies zum Beispiel bei den Wiener Fleischwerken der Fall ist.

Abschließend erklärt GR.Dr. Soswinski, seine Fraktion könne dem Rechnungsabschluß nicht ihre Zustimmung geben, da sie damit die Politik der Gemeinde bejahen würde. Den Bericht des Kontrollamtes nehme sie zustimmend zur Kenntnis.

GR.Dkfm.Dr. Fiedler (ÖVP) bezeichnet es als erfreulich, daß man vor den Beratungen des Voranschlages den Rechnungsabschluß des vergangenen Jahres zur Debatte stellt.

Dadurch wird nicht nur den Mitgliedern des Gemeinderates, sondern auch der gesamten Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, einen Überblick über die Finanzgebarung unserer Stadt zu erhalten. Gerade in diesen ziffernmäßigen Berichten spiegelt sich die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Es können wichtige und wertvolle Vergleichsmöglichkeiten und Hinweise für die Zukunft gezogen werden. Besonders müsse darauf hingewiesen werden, daß der Rechnungsabschluß mit einem Überschuß, wenn er auch nicht so hoch ist als der des vergangenen Jahres, abschließt. Die Einnahmen waren im ordentlichen Haushalt mit 2.650 Millionen Schilling veranschlagt, die Ausgaben mit 2.732 Millionen, im außerordentlichen Haushalt waren die Einnahmen mit 39 Millionen und die Ausgaben mit 134 Millionen eingesetzt. Der ziffernmäßige Rechnungsabschluß weist nun Einnahmen von 3.153 Millionen auf, dies bedeutet eine Steigerung von 17 Prozent, und Ausgaben von 3.110 Millionen, also einer Steigerung von rund 9 Prozent. Als Überschuß ergeben sich demnach rechnermäßig 43 Millionen Schilling. Hiervon sollen 20 Millionen der Reserve und 23 Millionen als Rücklagen dienen. Diese Zahlen beweisen, daß der Voranschlag übervorsichtig erstellt wurde. Die drei wesentlichsten Einnahmengruppen sind die Ertragsanteile an den gemeinsamen Bundesabgaben, die der Bund an die Stadt und an das Land Wien leistet, ferner die eigenen Landes- und Gemeindesteuern und schließlich die Gebühren und sonstigen Einnahmen. Aus dem Rechnungsabschluß geht hervor, daß die Ertragsanteile um fast 200 Millionen Schilling höher waren als veranschlagt und nach Abzug des Bundespräzipuums 1.093 Millionen Schilling betragen. Auch die Einnahmen aus dem Kulturgroschen und die gemeindeigenen Steuern waren zu niedrig veranschlagt. So betrug zum Beispiel der Ansatz der Gewerbesteuer 329 Millionen Schilling, tatsächlich wurden jedoch 498 Millionen Schilling eingenommen. Der Mehrerlös von 169 Millionen Schilling bedeutet eine Steigerung von über 50 Prozent. Die Gewerbesteuer beeinflußt das Budget bedeutend, da sie die Hälfte der gesamten Gemeinde- und Landesabgaben erbringt. Der Redner verweist darauf, daß er bereits im Jahre 1953 bei Festsetzung der Hebesätze gewisse Erleichterungen für die Kleinst- und Kleingewerbetreibenden verlangt habe. Leider wollte der Finanzreferent damals davon nichts wissen. Er erklärte, daß er bei der

artigen Erleichterungen die Sorge hätte, die vorgesehenen Ertragsziffern nicht zu erreichen. Das vorliegende Ergebnis zeige nun aber klar, daß eine solche Maßnahme, die für viele eine Erleichterung bedeutete, das Budget nicht in Unordnung gebracht hätte. Die Lohnsummensteuer, die eine zusätzliche Gewerbesteuer darstellt, brachte gegenüber dem Ansatz ebenfalls einen um 16 Millionen höheren Erfolg. Auch die Vergnügungssteuer und die Getränkesteuer usw. haben eine Höhe erreicht, die nicht mehr wesentlich überschritten werden kann. Betriebe müssen diese Steuern auch dann zahlen, wenn sie nicht aktiv sind, also mit einem Verlust abschließen. Dr. Fiedler bezeichnet sodann auch die Rücklagen der Stadtverwaltung als zu hoch. Es erscheine ihm zweckmäßiger, mit diesen Beträgen große Projekte zu ermöglichen, als sie brach liegen zu lassen. Die Gemeinde könnte mit diesen Rücklagen eine große Investitionspolitik betreiben. (Beifall bei der ÖVP). Durch die Heranziehung der Kassenbestände sowie durch die in die Rücklagen übergeführten Gebärungsüberschüsse und durch langfristige Kredite könnte eine Basis für ein großes und dringendes Investitionsprogramm geschaffen werden, vor allem auf dem Sektor des Verkehrs. Zweifellos wird die kommende Arbeitsperiode hier dringende Maßnahmen erfordern, die mit großen Investitionen verbunden sein werden. Was einzelne Teilprojekte dieses Investitionsprogrammes betrifft, werden die Sprecher seiner Fraktion die Gelegenheit zu konkreten Forderungen wahrnehmen, deren Realisierung und Durchführung vor allem durch die Beschreitung neuer Wege in der Finanzpolitik dieser Stadt möglich sein muß.

Seine Fraktion gebe dem Rechnungsabschluß 1953 die Zustimmung und nehme den Kontrollamtsbericht zur Kenntnis.

Das Schlußwort zum Rechnungsabschluß 1953

Stadtrat Resch beschäftigt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den Ausführungen von Dr. Soswinski. Sie haben in ihrem Inhalt das gleiche wie seit vielen Jahren gebracht. Nach zwei Richtlinien wird da vorgegangen: Entweder wird lizitiert und alles was die Gemeinde Wien macht, als zu wenig angesehen, oder wenn das schon gar nicht mehr geht, dann sei der Bund an allem schuld.

Im einzelnen bemerkte Stadtrat Resch, daß die Steuer-rückstände des Bundes, zumindest was die Steuern betrifft, an denen die Stadt Wien beteiligt ist, nicht größer geworden, sondern von 5 Prozent auf 3.6 Prozent gesunken sind.

Es sei auch nicht richtig, daß die Dubiosenreserve separat ausgewiesen wird; sie ist vielmehr ein Teil des Überschusses.

Der von dem Redner erwähnte Abgang aus den Fondsanstalten könne nicht vom Bund eingetrieben werden, weil das Deutsche Reich die Verpflichtung, den Abgang zu tragen, übernommen hat. Österreich ist jedoch nicht der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches.

Die 2 Millionen der Sowjetischen Mineralölverwaltung sind nicht ein Teil der Besatzungskosten. Nur die Sowjetarmee und dazu gehört die Mineralölverwaltung keineswegs, hat Anspruch darauf, daß die Besatzungskosten vom Bund vergütet werden.

Die USIA hat in den letzten Monaten tatsächlich auf wiederholtes Drängen des Bürgermeisters die Zahlung der Rückstände aufgenommen, die seit Jahren bestehen. Es ist aber keineswegs so, daß die USIA weniger schuldig bleibt, als die anderen Betriebe und Unternehmungen.

Über den Rückgang der Ertragsanteile, bemerkte Stadtrat Resch, werde er noch in seiner Budgetrede sprechen.

Was das städtische Personal anlangt, so haben die drei Entniveellierungsetappen eine durchschnittliche Erhöhung der Bezüge von 27 Prozent gebracht. Niemand könne sagen, daß die Verteuerung auf irgend einem Gebiet derartige Ausmaße erreichte. Die Bezüge sind auch nicht wegen einer Teuerung erhöht worden, sondern zum Zwecke der Besserung der Lebensverhältnisse der Bediensteten. Auch ist der Anteil der Personalkosten gegenüber den gesamten Ausgaben von 29,7 Prozent im Jahr 1952 auf 33,5 Prozent im Jahr 1955 gestiegen.

Den 4 Millionen, die bei der offenen Fürsorge weniger ausgegeben wurden, stehen dafür um 12 Millionen höhere Aufwendungen in der geschlossenen Fürsorge gegenüber.

Mit Befriedigung stellt der Referent fest, daß bei der Besprechung der Bauangelegenheiten ein bedeutender Fortschritt in der Auffassung der VO über die Leistungen der Stadt Wien zu verzeichnen ist. Unsere Erziehungsmethoden, an denen wir schon fast verzweifelt, sagte Stadtrat Resch, waren also doch von Erfolg gekrönt.

Daß beim Schulmaterial 2 bis 3 Millionen weniger ausgegeben wurden hängt damit zusammen, daß sich der Stadtschulrat über die Einführung neuen Lesestoffes nicht einigen konnte. Deshalb unterbleibt immer wieder die Anschaffung des Lesestoffes. Es handelt sich also um keine Einsparungsmaßnahme.

Die Gewinne bei den Fleischwerken müßten im Zusammenhang mit der Muttergesellschaft, der Österreichischen Viehverwertungsgesellschaft, gesehen werden. Heute kann von Gewinnen überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Zu der Kritik des Gemeinderates Dr. Fiedler, daß die Einnahmen und insbesondere die Ertragsanteile des Budgets 1953 übervorsichtig erstellt waren, bemerkt der Stadtrat, daß die Gemeinde Wien genau die vom Finanzminister errechneten und bekanntgegebenen Ertragsanteile in das Budget eingesetzt hat. Im Herbst 1952 hätte niemand auch nur daran zu denken gewagt, daß sich im Jahre 1953 eine solche Expansion der österreichischen Wirtschaft ergeben wird. (Gemeinderat Mazur: Das war der Erfolg Raab - Kamitz!) Das hat mit Raab und Kamitz nichts zu tun. Hier haben andere Männer ein größeres Verdienst, vor allem Gewerkschaftspräsident Böhm (Beifall bei der SPÖ) und die leitenden Herren der Kammern, die durch ihren Lohn-Preisstopp damals die Grundlagen geschaffen haben, damit wir in der Nationalbank durch die Krediteinschränkungsmaßnahmen die Voraussetzungen zur Stabilität unserer Währung schaffen konnten. Im Herbst 1952 konnte man die Einnahmen wirklich nicht anders annehmen, als wir sie schon mit Optimismus als möglich erwartet haben. Daß es noch mehr geworden ist, daran haben auch die Leistungen der Unselbständigen dieses Landes ihren wesentlichen Anteil. (Beifall bei der SPÖ. - GR. Schwaiger: Das hat niemand bestritten!)

Zu dem Vorwurf, daß angesichts des höheren Ertrages der Gewerbesteuer der Steuersatz für die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden nicht ermäßigt worden sei, erklärt Stadtrat Resch: Im Jahre 1953 haben die beiden großen Parteien im Parlament über die Reform der Gewerbesteuer verhandelt.

Bei diesen Verhandlungen ist von beiden Seiten auch die Möglichkeit einer Änderung des Hebesatzes erwogen worden. Beide Parteien haben sich damals aber auf einem anderen Weg geeinigt, nämlich die Degression für die kleinen Einkommen bis zu einem Jahresverdienst von 72.000 Schilling auszudehnen. Der Vorwurf, daß die Gemeindeverwaltung auf den Vorschlag einer Ermäßigung der Gewerbesteuer nicht eingegangen wäre, ist abwegig, da über die Gewerbesteuer das Parlament zu beschließen hat. (GR. Mazur: Es geht um den Hebesatz, der von der Gemeinde zu beschließen ist!) Der Hebesatz gilt einheitlich für die gesamte Gewerbesteuer. Man kann uns nicht zumuten, daß wir die Hebesätze auch für die höheren Einkommen herabsetzen und dort Steuerermäßigungen gewähren. Die Steigerung des Aufkommens an Gewerbesteuer ist nur auf dem wesentlich höheren Ertrag zurückzuführen. Man kann nicht verlangen, daß in Zeiten, in denen der Gewerbeertrag steigt, der Prozentsatz der Gewerbesteuer ermäßigt wird.

Hinsichtlich der Rücklagen betont der Stadtrat, niemand könne einem Finanzreferenten deswegen einen Vorwurf machen, weil er sparsam ist. Die Kritiker sollten sich die Behauptung abgewöhnen, daß hier zuwenig geschieht und daß mehr geschehen könnte, indem man sich bemüht, die Einnahmen so schnell wie möglich hinauszupulvern. Die Baukapazität dieser Stadt ist bereits hundertprozentig und darüber hinaus ausgenützt. Es wäre nicht angezeigt, diese Baukapazität auf einem ungesunden Weg zu erhöhen. Abschließend ersucht der Referent um Annahme der Anträge.

Bei der Abstimmung wird der Rechnungsabschluß 1953 gegen die Stimmen der Volksoption genehmigt und der Bericht des Kontrollamtes einstimmig zur Kenntnis genommen.

Nach 20 Jahren wieder gewählte Bezirksvertretungen
=====

Die ersten Konstituierungen in den Bezirksvorstellungen

17. Dezember (RK) Heute fand in sechs Wiener Bezirken die Konstituierung der neugewählten Bezirksvertretungen, die Wahl der Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter sowie die Wahl der Disziplinkommissionen statt. Die Angelobung der Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher nahm in Vertretung des Bürgermeisters der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Afritsch im Beisein von Senatsrat Dr. Ledl von der Magistratsdirektion vor.

Stadtrat Afritsch verwies in seinen Ansprachen an die Bezirksmandatare darauf, daß Bezirksvertretungen zum letztenmal im Jahre 1932 gewählt wurden. Seither hat sich ein bedeutungsvoller Abschnitt in der Geschichte der Stadt abgewickelt. Mit der Konstituierung der Bezirksvertretungen geht nun auch das seit 1945 bestehende Provisorium zu Ende. Aber auch in den Jahren nach 1945, als die Bezirksräte durch den gewählten Bürgermeister bestellt wurden, blieb das demokratische Prinzip dieser Körperschaften bewahrt.

Als das Grundsätzliche im Aufgabenbereich der nun gewählten Bezirksvertretungen bezeichnete Stadtrat Afritsch die Wahrung und Aufrechterhaltung des Kontaktes der Bezirke mit der zentralen Stadtverwaltung. Abschließend wünschte er den Bezirksvertretungen und den Bezirksvorstehern eine erfolgreiche Tätigkeit. Den besonderen Dank der Wiener Stadtverwaltung übermittelte er allen Frauen und Männern, die in den schweren Nachkriegsjahren mit größter Aufopferung und Hingabe in den Bezirksvertretungen gearbeitet haben.

Nach den Ansprachen von Stadtrat Afritsch gaben die neugewählten Bezirksvorsteher Erklärungen über die Tätigkeit der Bezirksvertretungen ab. Auch die Vertreter der politischen Parteien gaben Erklärungen ab, in denen sie die Bereitschaft zur gedeihlichen Zusammenarbeit zum Ausdruck brachten.

Bei den Konstituierenden Sitzungen, die heute in sechs Bezirken stattfanden, wurden folgende Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt: 1. Bezirk, Bezirksvorsteher Dr. Otto-

Friesinger (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Rudolf Zehetbauer (SPÖ). 2. Bezirk, Bezirksvorsteher Hubert Hladej (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Anton Chytil (ÖVP). 3. Bezirk, Bezirksvorsteher Josef Pfeifer (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Karl Cejka (ÖVP). 4. Bezirk, Bezirksvorsteher Franz Ramel (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter August Bergmann (SPÖ). 5. Bezirk, Bezirksvorsteher Franz Grubeck (SPÖ, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Stefan Grünzweig (ÖVP). 16. Bezirk, Bezirksvorsteher Augustin Scholz (SPÖ, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Hruby jun. (ÖVP).

Morgen Samstag finden Konstituierungen der Bezirksvertretungen im 7. Bezirk (8 Uhr), im 6. Bezirk (9.30 Uhr) und im 11. Bezirk (11 Uhr) statt, Montag in den Bezirken 9 (8 Uhr), 10 (9.30 Uhr), 12 (11 Uhr), 13 (15 Uhr), 23 (16.30 Uhr) und 14 (18 Uhr).

- - -

Die städtischen Bäder in der Weihnachtswoche

=====

17. Dezember (RK) Die städtischen Bäder sind in der Weihnachtswoche zu folgenden Zeiten geöffnet: Mittwoch, den 22. Dezember, von 13 bis 19 Uhr, Donnerstag, den 23. Dezember, von 9 bis 19 Uhr und Freitag, den 24. Dezember, von 7 bis 17 Uhr. Samstag, den 25., und Sonntag, den 26. Dezember, bleiben alle städtischen Bäder geschlossen.

- - -

Ein Stück der Landstraßer Hauptstraße wird freigegeben

=====

17. Dezember (RK) Am Dienstag wird die Landstraßer Hauptstraße im 3. Bezirk ab Schlachthausgasse für den stadtwärts führenden Verkehr freigegeben.

- - -

Pferdemarkt vom 16. Dezember

=====

17. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 10 Pferde, hievon 2 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 6 verkauft. Unverkauft blieben 4 Pferde. Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 1, Oberösterreich 2, Burgenland 4, Salzburg 2.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Die Beratungen des Voranschlages der Stadt Wien für das Jahr 1955

17. Dezember (RK) Nach einer halbstündigen Unterbrechung wird am Nachmittag die Sitzung des Gemeinderates mit der Beratung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955 fortgesetzt.

Über Vorschlag des Vorsitzenden Marek sollen die Budgetverhandlungen im Gemeinderat in folgender Weise abgewickelt werden: Zuerst wird die Generaldebatte verbunden mit der Spezialdebatte der Geschäftsgruppe Finanzwesen abgeführt. Hierauf erfolgt die Abstimmung über die Ansätze dieser Geschäftsgruppe. Dann folgt die Verhandlung über die Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung, und in weiterer Folge wird über die weiteren Gruppen beraten und abgestimmt werden.

Berichterstatler Stadtrat Resch leitet seine Einbegleitungsrede zum Budget 1955 mit dem Hinweis ein, daß es mit Rücksicht auf die Wahlen und die verspätete Konstituierung des Finanzausschusses und des Stadtsenates nicht möglich war, den Voranschlag termingemäß sechs Wochen vor Beginn des Budgetjahres vorzulegen. Von den Ländern, die im heurigen Herbst Wahlen durchgeführt haben, war nur Wien imstande, sein Budget, wenn auch verspätet, so doch ordnungsgemäß im neu gewählten Gemeinderat beschließen zu lassen, während sich Salzburg mit einem Budgetprovisorium begnügt und in Niederösterreich überhaupt noch nicht bekannt ist, wie die Budgetfrage für das nächste Jahr gelöst werden wird.

Produktion, Produktivität und Beschäftigtenzahl befriedigend

Stadtrat Resch skizziert hierauf die Entwicklung der Wirtschafts- lage im heurigen Jahr und führt hiebei aus: Es ist unbestreitbar, daß sich die Aufwärtsentwicklung der österreichischen Wirtschaft, die seit dem Lohn- und Preisstoppübereinkommen des Gewerkschaftsbundes mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft Ende 1951 und der daraus folgenden Stabilisierung unserer Währung eingesetzt hat, sich auch im Jahre 1954 fortgesetzt hat.

Im heurigen Jahr zeigen sich schon Anzeichen einer Steigerung der Kaufkraft im Inland und damit die ersten Grundlagen einer Mengenkonzunktur, die die Voraussetzung einer dauerhaften Vollbeschäftigung ist. Die industrielle Gesamtproduktion ist in Österreich im Vergleich zu 1937 bereits auf das 2.2fache gestiegen; sie hat gegen 1953 um volle 15 Prozent zugenommen gegenüber 2 Prozent im Jahr vorher. Die Zahl der Beschäftigten hat im heurigen Herbst erstmalig eine Höhe von 2,075.000 erreicht.

Produktion, Produktivität und Beschäftigtenzahl sind also durchaus befriedigend. Unbefriedigend ist nur, daß sich die Steigerung der Produktion ungleich auf dauerhafte Investitionsgüter und auf nichtdauerhafte Konsumgüter verteilt. So hat die Produktion von Investitionsgütern bereits das 2.7fache, die von Konsumgütern aber noch nicht einmal ganz das 1.4fache der Friedensproduktion erreicht. Diese Zahlen zeigen, daß das Volkseinkommen noch immer sehr ungleich verteilt ist. Die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten, die ihr geringes Einkommen fast restlos für Konsumgüter verbrauchen müssen, hat noch lange nicht die Kaufkraft jener Wirtschaftskreise erreicht, die einen großen Teil ihrer Gewinne zur Modernisierung und Erweiterung ihrer Betriebe und damit zur Schaffung von neuen Vermögenswerten verwenden können.

Ungleiche Verteilung des Volkseinkommens

Die erhöhte Investitionsrate mag nach den Zerstörungen des Krieges volkswirtschaftlich berechtigt und auch die Voraussetzung einer erhöhten Produktion sein, ihr Preis ist aber der niedere Lebensstandard vor allem der Arbeiter und Angestellten dieses Landes. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Diese ungleiche Verteilung des Volkseinkommens bewirkt aber auch eine Verschiebung der Steuereinnahmen zugunsten des Bundes. Die nur geringfügig ansteigende Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten hält die Steigerung der Einnahmen aus Verbrauchssteuern, an denen Länder und Gemeinde beteiligt sind, in engen Grenzen, wogegen die starke Zunahme von Vermögenswerten die Einnahmen aus den Vermögenssteuern steigert, an denen die Länder und Gemeinden bekanntlich überhaupt keinen Anteil haben. Die Reformen der Einkommensteuer, der Lohnsteuer und der Gewerbesteuer treffen die

Gemeinde in zweifacher Hinsicht. Sie bewirken einerseits ein relatives Sinken der Einnahmen durch die Änderung der Steuersätze und sie bewirken andererseits auch eine Verschiebung der Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundessteuern zugunsten des Bundes und zugunsten der Länder und Gemeinden.

Stadtrat Resch begründet hierauf diese These im Detail, wobei er darauf verweist, daß die Lohnsteuer und Einkommensteuer gemeinschaftliche Bundessteuern sind und alle sich aus Steuerreformen dieser beiden Steuern ergebenden Nachlässe nur zur Hälfte vom Bund, zur anderen Hälfte aber von den Ländern und Gemeinden getragen werden. Dazu kommt, daß Wien die Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer hinsichtlich des Gewerbesteueraufkommens in Wien allein zu tragen hat. Schließlich steigt durch die Einkommen- und Lohnsteuerreform die Kaufkraft und damit auch die Einnahmen aus der Umsatzsteuer. Da diese aber zu zwei Dritteln auf den Bund und nur zu einem Drittel auf die Länder und Gemeinden entfällt, ist dadurch förmlich eine neue Abgabenteilung erfolgt. Letzten Endes kommt dazu noch das Steigen der Vermögensteuer, die aber zu 100 Prozent dem Bund zufällt.

Gemeinde Wien hat für Randgemeinden mehr ausgegeben als eingenommen

Das zweite und vielleicht entscheidende Moment ist aber die Ausgemeindung der Randgemeinden. Wenn es uns gelingt, den Sach- und Personalaufwand, der auf die Randgemeinden wirklich entfallen ist, nur in ungefähr dem gleichen Ausmaß aus dem Budget wieder herauszubringen, dann, davon bin ich überzeugt, wird die finanzielle Lage dieser verkleinerten Stadt Wien besser sein, als sie in Groß-Wien war. Ich bin überzeugt, daß die Steuerkraft des verbleibenden Wien durch den Wegfall der Randgemeinden mit ihrer nur sehr geringen Steuerkraft nunmehr ungleich stärker geworden ist. Wir haben in all den Jahren vorher für die Randgemeinden mehr ausgegeben, als wir dort eingenommen haben. Heute gibt es keine einzige Beschwerde mehr, daß wir in den Randgemeinden zu wenig gemacht hätten. Heute zerbrechen sich unsere Nachfolger den Kopf darüber, wie sie aus den Einnahmen dieser Gemeinden auch nur annähernd das leisten werden, was die Stadt Wien für sie getan hat. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Keine neue Steuern - aber auch keine Steuerherabsetzung

Zum Voranschlag selbst ist zu sagen, daß die Änderung in der Geschäftsteilung darin nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Er werde jedoch dort, wo Änderungen vorgenommen wurden, auf diese aufmerksam machen. Ein Vergleich des Voranschlages mit den vergangenen Jahren sei sehr schwer, da sich durch Abtretung der Randgemeinden Verschiebungen ergeben haben, die die Ansätze ungefähr um 9 Prozent senken. Diese perzentuelle Verminderung wirkt sich jedoch in den einzelnen Gruppen ganz verschieden aus. Es muß auch festgestellt werden, daß bei der Erstellung des Voranschlages die Bundesansätze restlos übernommen wurden. Bei den gemeindeeigenen Einnahmen wurden die Ansätze nach dem letzten Ergebnis errechnet. Es ist ferner keine Erhöhung oder Schaffung neuer Steuern vorgesehen, aber auch keine Herabsetzung. Die Gemeinde müsse ihr Budget jedoch vorsichtig erstellen, weil die Gemeindefinanzen schwächer, die Bundesfinanzen aber stärker geworden sind. Solange die private Wirtschaft die Vollbeschäftigung nicht sichern kann, brauche die Gemeinde die nötigen Mittel, um öffentliche Investitionen durchführen zu können und um eine Wirtschaftskrise zu vermeiden. Darum wurde auch der Verwaltungsaufwand möglichst niedrig gehalten und der Personalstand verringert.

Die Gesamteinnahmen wurden um 178 Millionen Schilling höher angesetzt und betragen 3.078 Millionen Schilling, was einer Steigerung um 6.2 Prozent gleichkommt. Die Ausgaben sind mit 3.368 Millionen Schilling angesetzt, das sind um 278 Millionen oder 9 Prozent mehr als im letzten Voranschlag. Der Abgang beträgt 290 Millionen Schilling, also um 101 Millionen mehr als im heurigen Jahr. Der Abgang macht somit 8.6 Prozent des Budgetvolumens aus und wird voraussichtlich einen großen Teil der Rücklagen aufzehren. Es konnte in diesem Budget auch noch keines der großen Bauvorhaben aufgenommen werden, die der Bürgermeister in seiner Antrittsrede in Aussicht gestellt hat, und zwar deswegen nicht, weil ja zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets diese Vorhaben noch nicht bekannt waren und dann auch ohne Vorbereitung nicht aufgenommen werden konnten.

Die Einnahmen setzen sich zusammen aus den Ertragsanteilen in der Höhe von 939 Millionen, den eigenen Steuern und Abgaben von 875 Millionen Schilling, den Gebühren und sonstigen Einnahmen von 953 Millionen Schilling, Darlehen von 32 Millionen Schilling und Wertdurchführungen von 277 Millionen Schilling. Die Ertragsanteile stiegen um 8 Millionen Schilling, dies kommt jedoch nur gegenüber dem Voranschlag, nicht aber im Vergleich zum Erfolg 1954 zum Ausdruck. Diese Steigerung hat ihre Ursache in den höheren Ansätzen der gemeinschaftlichen Bundessteuern. Vergleicht man die Ertragsanteile gegen den voraussichtlichen Erfolg 1954, wird das Ergebnis ungünstiger. Für 1954 werden die Ertragsanteile 1.038 Millionen betragen, im Voranschlag 1955 jedoch 939 Millionen. Sie werden also gegen den voraussichtlichen Erfolg des heurigen Jahres um 99 Millionen niedriger sein. Das ist der Rückgang, der sich durch den Wegfall der Randgemeinden und durch die Auswirkung des Finanzausgleiches ergibt.

Der Finanzausgleich

Zum Finanzausgleich ist festzustellen, daß es sich hier um ein einfaches Bundesgesetz handelt, das vom Nationalrat ohne Heranziehung einer anderen Körperschaft beschlossen werden kann. Es entspricht nur einer alten und bestimmt berechtigten Forderung, daß die Gebietskörperschaften, die an diesem Finanzausgleich interessiert sind, sich vor der Beschlußfassung im Parlament besprechen und versuchen, gemeinsam das zu erreichen, was für sie am zweckmäßigsten ist und dann im Parlament als neuer Finanzausgleich empfohlen werden kann. Sollte ein Versuch gemacht werden, die Gemeinden von diesen Verhandlungen auszuschließen, werden diese energisch und geschlossen Widerstand leisten. Der Bund hat bereits im Mai eine Vorlage vorgelegt, bei der der Finanzausgleich auf völlig neuer Grundlage vorgenommen werden sollte. Es wurde vorgeschlagen, den Ausgleich für drei Jahre abzuschließen. Weiter forderte der Bund, daß die Gewerbesteuer gemeinschaftliche Bundessteuer werden sollte, daß der Anteil des Bundes an der Umsatzsteuer statt von bisher 50 Prozent auf 54 Prozent erhöht werden.

Ferner wurde eine Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels zugunsten der kleinen Gemeinden vorgeschlagen. Der Bund bot hierfür den Wegfall des Bundespräzipiums von 700 Millionen Schilling, ferner, daß die Gemeinden an der Bier- und Weinsteuer, die bis jetzt ausschließlich dem Bund gehörten, mit 20, bzw. 25 Prozent beteiligt werden. Auch die 20prozentige Landesumlage, von der Wien jedoch nicht betroffen ist, sollte wegfallen. Vorgeschlagen wurde ferner ein Länderausgleich zu Ungunsten Wiens.

Anschlag auf die Steuerautonomie der Gemeinden

Durch all diese Maßnahmen hatten alle Gemeinden, alle Länder auf Kosten Wiens Vorteile gehabt. Die Lage der Vertreter unserer Stadt war nicht leicht. Es wurde mit den Städten und Industriegemeinden verhandelt und diesen klargemacht, was hinter den Vorschlägen des Bundes steht. Es sollte damit vor allem das Bundespräzipium verewigt werden. Außerdem ist dieser Vorschlag des Bundes ein überaus gefährlicher Anschlag auf die Steuerautonomie der Gemeinden. Wenn die Gewerbesteuer, die heute das Rückgrat aller Gemeindefinanzen ist, einmal gemeinschaftliche Bundessteuer wird, ist es nicht mehr weit zu der Herausnahme der anderen Gemeindesteuern aus der Gemeindeautonomie. Die finanziellen Auswirkungen dieses Vorschlages bezeichnet der Referent als geradezu ruinös. An Hand verschiedener Zahlen weist Stadtrat Resch nach, daß der Bund nicht wie er angibt 600 Millionen Schilling als 50prozentigen Anteil der Gewerbesteuer erhalten würde, sondern 750 Millionen Schilling. Der Bund hätte also bei richtiger Berechnung seines Vorschlages nicht 1,7 Millionen verloren, sondern 150 Millionen Schilling gewonnen. Die Gemeinden ohne Wien hätten nicht 51 Millionen gewonnen, sondern 50 Millionen verloren und Wien hätte nicht 79 Millionen, sondern volle 130 Millionen verloren. Mit dieser Darlegung wurde erreicht, daß der Städtebund einstimmig diese Vorschläge des Bundes abgelehnt und beschlossen hat, den kleinen Landgemeinden beim diesjährigen Finanzausgleich entgegenzukommen. Es soll eine Verbesserung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels vorgenommen werden. Weiter soll der Gewerbesteuerausgleich zugunsten der Wohngemeinden verbessert und ein Gewerbesteuer-spitzenausgleich geschaffen werden. Nach der Verbesserung

des Bevölkerungsschlüssels werden Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern um 9,2 Millionen Schilling mehr erhalten, Gemeinden von 1001 bis 2.500 Einwohner um 29,5 Millionen und die restlichen 333 Gemeinden mit über 2.500 Einwohnern werden 38,7 Millionen Schilling verlieren, davon allein Wien 19,3 Millionen. Ferner ist vorgesehen, daß die Wohngemeinden nun schon bei fünf Beschäftigten statt wie bisher bei 15 Anspruch auf den Gewerbesteuerausgleich haben. Der Jahreskopfbetrag wurde von 130 auf 150 Schilling erhöht. Das finanzielle Ergebnis kann nicht annähernd errechnet werden, Wien wird jedoch ziemlich stark betroffen sein.

Mit dem Gemeindeverband wurde auch ein Gewerbesteuerspitzenausgleich ausgehandelt, der jedoch Wien nicht berühren wird. Dann ist bei den Verhandlungen mit dem Bunde noch durchgesetzt worden, daß für die neugebildeten Randgemeinden, um ihren Aufbau zu erleichtern, für 1955 bei der Aufteilung der Ertragsanteile der alte Bevölkerungsschlüssel angewendet wird. Die Randgemeinden werden also bei der Verteilung der Ertragsanteile so behandelt, als ob sie noch ein Bestandteil Wiens wären.

Endlich wurde auch ein Bundeszuschuß von 50 Millionen Schilling für die Spitäler Österreichs erreicht, der hoffentlich nur einen ersten Schritt bedeutet. Für Wien wurden 25 Millionen Schilling im Budget aufgenommen. Schließlich erhalten jene Länder und Gemeinden, die ein eigenes Theater betreiben, einen Bundeszuschuß in der Höhe von 10 Millionen Schilling.

Die eigenen Abgaben sind um 57 Millionen gestiegen, davon allein die Gewerbesteuer um 56 Millionen auf 470 Millionen. Durch die Rückgliederung der Randgemeinden ergibt sich bei der Grundsteuer jedoch ein Rückgang von 10 Millionen Schilling.

Ein Vergleich mit dem Jahre 1954 ergibt Einnahmen von 979 Millionen Schilling an eigenen Abgaben gegenüber 875 Millionen im Voranschlag 1955. Die Mindereinnahmen betragen also 104 Millionen, wieder eine Folge des Wegfalles der Randgemeinden.

/.

Die Gebühren und sonstigen Einnahmen erhöhen sich um 114 Millionen, in der Hauptsache durch den Wohnbauförderungsbeitrag des Bundes und durch den Spitalzuschuß.

Die Ausgabengliederung des außerordentlichen und ordentlichen Voranschlages zeigt einen Personalaufwand von 1.093 Millionen Schilling, um 113 Millionen mehr. Der laufende Sachaufwand beträgt 1.329 Millionen, um 133 Millionen mehr. Für Investitionen sind 945 Millionen vorgesehen, um 33 Millionen mehr.

Die Budgets der Verwaltungsgruppen

Der Gesamtaufwand der Verwaltungsgruppe I, Personalwesen, ist um 113 Millionen oder 11.1 Prozent gestiegen. Bei Berücksichtigung des Wegfalles der Randgemeinden ergibt sich eine Erhöhung des Personalaufwandes von 14 Prozent für den gesamten Wiener Magistrat. Der Personalstand beträgt **für 1955** 33.135 Bedienstete, um 1.334 weniger. Die Zahl der Pensionisten macht 14.060 aus, um 185 mehr. Der Anteil am gesamten Aufwand beträgt 33.5 Prozent. Mit der Durchführung der dritten Etappe der Entnivellierung ab 1. Juni wird eine 27prozentige Gehaltserhöhung abgeschlossen sein. Damit sind die Bezüge der öffentlichen Angestellten an die der Privatangestellten angeglichen.

Bei der Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, steigen die Ausgaben um 143 Millionen. Im einzelnen erhöhen sich Darlehen und Betriebskredite um 30 Millionen auf 50 Millionen Schilling, die Wohnbaudarlehen von 50 Millionen auf 100 Millionen Schilling; dies, weil der Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds mehr Geldmittel als bisher zur Verfügung stellen wird und die Gemeinde hier kein Hindernis sein will. Für die Wohnbauförderung sind 105 Millionen Schilling eingesetzt.

Bei der Verwaltungsgruppe III, Kultur und Volksbildung, ergeben sich wesentliche Änderungen durch die Aufnahme der gesamten Schulverwaltung. Ein Vergleich auf der alten Grundlage zeigt eine Ausgabensteigerung von 31 Millionen Schilling auf 94 Millionen Schilling; der höchste prozentuelle Zuwachs im gesamten Budget. Für das Museum der Stadt Wien sind sechs Millionen vorgesehen, für die Stadthalle 40 Millionen und für die Aufstockung des Stadions acht Millionen Schilling.

In der Schulverwaltung sind Gesamtausgaben von 106 Millionen budgetiert, um 2 Millionen weniger, weil die Handelsakademie und Handelsschulen an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft zurückgegeben werden; weiter sind durch die Ausgemeindung 485 Schulen mit 498 Klassen und 14.610 Schülern verloren gegangen. Trotzdem sind für Schulneubauten 15,5 Millionen Schilling vorgesehen, um eine halbe Million mehr. Das Gesamtbudget der Verwaltungsgruppe III mit 206 Millionen Schilling hält somit jeden Vergleich mit irgend einem anderen Kulturbudget anderer Städte oder Länder aus (Beifall bei der SPÖ).

In der Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, sind die Ausgaben um 12 Millionen Schilling auf 392 Millionen trotz dem Wegfall der Randgemeinden gestiegen. Der Bau von vier begonnenen Kindergärten wird fortgesetzt, 10 neue Kindergärten werden zu bauen begonnen. Die Ausgaben in der offenen Erwachsenenfürsorge sind um 5 Millionen auf 77,8 Millionen gesunken, und zwar wegen der geringeren Zahl der Befürsorgten. Dagegen sind in der geschlossenen Erwachsenenfürsorge die Ausgaben um 12 Millionen Schilling auf 90,5 Millionen Schilling gestiegen.

Die Gesamtausgaben der Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, haben sich um 35 Millionen auf 507 Millionen Schilling erhöht. Das Anstaltenamt, das die Erziehungs-, Obdachlosen- und Altersheime sowie die Krankenanstalten umfaßt, rechnet mit Gesamtausgaben von 655 Millionen und reellen Einnahmen von 304 Millionen, sodaß sich ein tatsächlicher Abgang von 351 Millionen Schilling ergibt. Das sind um 22 Millionen mehr als im Voranschlag 1954. Die Ausgaben steigen also trotz dem Wegfall von Mödling und Klosterneuburg, und zwar wegen des Personalaufwandes vor allem aber wegen der hohen Kosten für Medikamente.

Im Bauwesen, den Gruppen VI und VII, ergeben sich in der Geschäftseinteilung einige Veränderungen. Die Abteilungen für Kanalisation, Wasser und Bäder von der Gruppe VI, die Wäschereien, Fuhrpark und Straßenpflege von Gruppe VII kommen zur neuen Gruppe VIII. Die öffentliche Beleuchtung wechselt von Gruppe VI zur Gruppe VII. Ein Vergleich auf der alten Grundlage ergibt einen Gesamtaufwand von 1.077,7 Millionen Schilling, um 5 Millionen weniger.

Auch hier ist der Wegfall der Randgemeinden die Ursache, ferner die Verminderung des Ansatzes für den Wohnungsbau. 1954 waren dafür 520 Millionen vorgesehen, 1955 sind es 490 Millionen. Dafür gibt die Stadt Wien höhere Gemeindegzuschüsse für Genossenschaftsbauten und Beiträge zur Wohnbauförderung. Es zeigt sich deutlich eine Verschiebung vom sozialen Wohnungsbau zum genossenschaftlichen Wohnungsbau. Im einzelnen rechnet Stadtrat Resch im kommenden Jahr mit dem Bau von garantiert mindestens 6.000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, ferner 3.300 Wohnungen in genossenschaftlichen Bauten und 1.000 Wohnungen auf den Mitteln der Wohnbauförderung, zusammen also 10.300 Wohnungen (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Dazu kommen der Wiederaufbau von Wohnungen, die öffentlichen Bauten des Bundes und die Bauten aus dem Wohnungseigentum sowie die Privatbauten, sodaß sich die Frage ergibt, ob die vorhandene Baukapazität ihre Aufgaben ohne ungesunde Ausdehnung überhaupt erfüllen können wird. Der Gesamtbauaufwand ist für das kommende Jahr mit 1.240 Millionen veranschlagt, das sind 36,8 Prozent des Budgetvolumens 1955 (Beifall bei der SPÖ). Gegenüber 1954 ergibt sich trotz geringerem Gebietsumfang eine Steigerung von 216 Millionen.

Im einzelnen sind für den Straßenbau 76 Millionen Schilling vorgesehen, um 7 Millionen mehr, davon allein für Praterstern und Opernkreuzung 25 Millionen. Für Kanalisation sind 38 Millionen Schilling veranschlagt, um 2 Millionen mehr, für die Wasserwerke 106 Millionen, um 7 Millionen mehr, für die öffentliche Beleuchtung 15,5 Millionen, um 800.000 Schilling mehr, für die Gärten 42 Millionen, um 8 Millionen mehr, für die Bäder 35 Millionen, um 2 Millionen weniger, für die Friedhöfe 28 Millionen, um 2 Millionen mehr.

Die Gesamtausgaben der neuen Verwaltungsgruppe Öffentliche Einrichtungen betragen 332 Millionen. Das Wohnungswesen ist mit 139 Millionen fast unverändert veranschlagt. Die Gruppe Wirtschaftsangelegenheiten mit dem zentralen Beschaffungsamt erfordert 78 Millionen. Für die Allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten sind schließlich 116 Millionen Schilling präliminiert.

Zu den "Erinnerungen", die die Bevölkerung zum Budget im Rathaus abgeben kann, bemerkt der Berichterstatter: Wir würden uns sicher freuen, wenn in der Bevölkerung Wiens wirklich mehr Interesse für die Zahlen bestehen würde, die schließlich das wirtschaftliche Schicksal dieser Stadt bestimmen, wir können uns aber nicht darüber freuen, daß hier gerade jene Partei, die in den kommunistisch verwalteten Ländern die Mitwirkung der Bevölkerung hundertprozentig ablehnt, den Anschein zu erwecken versucht, als ob ihre demokratische Einstellung besonders mustergültig und nachahmenswert wäre (Zustimmung bei der SPÖ).

Ausblick auf das kommende Jahr

Abschließend führt Stadtrat Resch aus: Trotz dem Verlust von 150.000 Steuerzahlern und von fast zwei Dritteln unserer Bodenfläche konnten wir ein Budget erstellen, dessen Einnahmen- und Ausgabenansätze höher sind, als sie 1954 für Groß-Wien waren. Neben der höheren Steuerkraft der verbliebenen Stadtteile verdanken wir dieses erfreuliche Ergebnis der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung unserer Stadt, zu der die öffentlichen Investitionen der Gemeinde Wien einen bedeutenden, nicht mehr wegzudenkenden Beitrag geliefert haben (Beifall bei der SPÖ).

Mit der Erfüllung dieses Voranschlages werden wir den Wiederaufbau unserer Stadt zu einem großen Teil beendet haben. Wir haben noch Wiederaufbauten in den Spitälern, bei den zerstörten Brücken, bei Schulen, der Feuerwehr und bei alten Gemeindehäusern durchzuführen. Wenn auch diese fast letzten größeren Aufgaben für den Wiederaufbau vollbracht sein werden, werden wir die Finanzkraft unserer Stadt in viel größerem Ausmaß als bisher der Lösung der vielen noch offenen Probleme zuwenden können. Dies gilt für die selbstverständliche Fortsetzung des Wohnungsbaues, für die Assanierung von sanitär oder verkehrstechnisch nicht mehr tragbaren Stadtvierteln, für die Kreditaktion zur Modernisierung von alten Wohnungen, für den Neubau der Kliniken und für die noch ungelösten Verkehrsprobleme sowie für viele langjährige Wünsche der Bevölkerung, die bisher leider noch nicht ihre Erfüllung erfahren konnten.

Allen diesen neuen Vorhaben ist aber gemeinsam, daß sie nicht ohne gründlichste Vorbereitung und Planung und nicht ohne gründlichste Prüfung ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkung auf die Wirtschaftslage dieser Stadt in Angriff genommen werden können.

Es wird daher die erste Aufgabe der Verwaltung im kommenden Budgetjahr sein, für die neuen Aufgaben in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit und ihrer finanziellen Durchführbarkeit die vorbereitenden Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen. Hiezu werden die besten Fachmänner heranzuziehen und ihr Rat einzuholen sein. Reichen die vorhandenen Mittel zur Durchführung solcher notwendigen Maßnahmen nicht aus, so ist die Gemeinde selbstverständlich bereit, durch die Aufnahme von Krediten die erforderlichen Mittel zu beschaffen. Leider hindert die noch immer andauernde Besetzung unseres Landes die Kreditinstitute anderer Länder an der Gewährung von Krediten für das arme besetzte Österreich. Obwohl Wien im heurigen Jahr den Anleihendienst für alle seine Auslandsanleihen mit seinen Gläubigern restlos geregelt hat, ist keine der mit uns in Verbindung stehenden ausländischen Banken bereit, uns derzeit, solange wir besetzt sind, Kredite zu gewähren. Dies gibt leider den österreichischen Geldinstituten die Möglichkeit, ihre hohen Konditionen aufrechtzuerhalten.

Die Wähler dieser Stadt haben den zwei großen Parteien des Gemeinderates, insbesondere aber der größten Partei, die auch den größten Teil der Verantwortung zu tragen hat, neuerlich das Vertrauen zu ihrer bisherigen Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung ausgesprochen. Ich fasse, sagt Stadtrat Resch, das Votum der Wiener Wähler als den Auftrag auf, die Verwaltung der Stadt mit den gleichen Methoden und den gleichen Zielen wie bisher fortzuführen. Die Bevölkerung ist sichtbar bereit, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn sie die Gewißheit hat, daß diese sparsamst und korrekt verwaltet und im Interesse der Förderung aller Wirtschaftszweige unserer Stadt ausgegeben werden (Beifall bei der SPÖ). Mit den Methoden einer sparsamen Verwaltung haben wir für den Wiederaufbau in kurzer Zeit wirklich Großes geleistet. Wir werden mit der gleichen Methode ebenso viel für den fortschrittlichen Aufbau unserer Stadt leisten, zum Ruhme Wiens und zum Wohle seiner Bevölkerung! (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Wiener Verkehrszählung abgeschlossen1.638 Männer auf 556 Zählposten

17. Dezember (RK) Die vom Wiener Stadtbauamt für drei aufeinanderfolgende Tage anberaumte Verkehrszählung in den Straßen Wiens wurde heute abend abgeschlossen. Eine so umfassende Verkehrszählung, wie sie nun das Wiener Stadtbauamt durchführen ließ, wurde bis jetzt noch in keiner Großstadt vorgenommen. Das Resultat wird ein generelles Verkehrsbild im gesamten Verkehrsnetz vom Stadtkern bis an die Stadtgrenzen ergeben. An den drei Tagen machten 1.638 Zähler, Angehörige der Sicherheitswache, täglich von 6 Uhr früh bis 20 Uhr abend an 556 Punkten Aufzeichnungen über die Frequenz sämtlicher Fahrzeuge, gleichgültig ob es sich um Autos, Fahrräder oder Fuhrwerke handelte.

Die verantwortlichen Leiter der Zählung sind mit der Organisation und Durchführung dieser interessanten Aktion sehr zufrieden und loben vor allem die gewissenhafte und disziplinierte Mitarbeit der Polizeibeamten, die sich für diese Arbeit in ihrer Freizeit zur Verfügung gestellt haben.

Das Ergebnis wird nun in der Magistratsabteilung 18 - Stadtplanung, der Initiatorin des Unternehmens, nach den modernsten verkehrswissenschaftlichen Grundsätzen bearbeitet. Die Auswertung der ersten großen Verkehrszählung in Wien, die absichtlich in der frequenzstarken Zeit vor Weihnachten angesetzt wurde, wird zweifellos wertvolle Unterlagen für die weitere Verkehrsplanung ergeben.

- - -

Adoptierte Puppen

=====

17. Dezember (RK) Im städtischen Kindergarten im Stadtpark wurde vor einem Jahr vom Jugendamt der Stadt Wien die erste Adoptionsstelle für Puppen ins Leben gerufen. Damals erhielten zwölf Mädchen, acht bis zehn Jahre alt, Puppen als Pflegekinder. Mit kindlichem Eifer versprachen sie Vizebürgermeister Honay, ihre schönen Puppenkinder gut zu pflegen und monatlich einmal in der Beratungsstelle der Tante vorzustellen. Bei guter Betreuung, so wurde ihnen damals vom Leiter des Jugendamtes Senatsrat Prof. Tesarek versprochen, dürfen die Mädchen ihre Puppenkinder adoptieren.

Die Idee mit der Puppenadoptionsstelle hat in pädagogischen Kreisen überraschenderweise ein beinahe weltumspannendes Echo gefunden. Eine Filmgesellschaft macht mit den Wiener Puppenmüttern einen auch im Ausland vielbeachteten Kulturfilm.

Die ersten zwölf Wiener Puppenmütter vom Vorjahr haben ihre Probezeit gut bestanden und durften nun ihre Lieblinge adoptieren. Vizebürgermeister Honay übergab heute bei einer vorweihnachtlichen Feier im städtischen Kindergarten im Stadtpark an 23 Wiener Mädchen neue Pflegepuppen mit dem Wunsch, sie mögen von den Mädchen mit der gleichen Sorgfalt und Liebe gepflegt werden, wie es ihre Vorgängerinnen getan haben. Die "Formalitäten" mit der Adoption der zwölf Puppen vom Vorjahr besorgte dann Prof. Tesarek persönlich. In einem Schreiben des Jugendamtes wurde den Mädchen bezeugt, daß sie gute Pflegemütter sind.

- - -

Die Budgetverhandlungen im Wiener RathausGeneraldebatte und Spezialdebatte zu Finanzen

GR. Lauscher (VO) meint, daß Österreich seit dem Frühjahr im Zeichen einer gewissen Konjunktur steht, daß die industrielle Industrie gewachsen ist und auch die Produktivität sich erhöht hat. Leider haben die Arbeiter und Angestellten keinen entsprechenden Anteil, die Kaufkraft der Massen ist nach wie vor gering. Die Verschuldung der arbeitenden Bevölkerung hat in den letzten Jahren zugenommen.

Jede Konjunktur soll ausgenützt werden. Dieser Grundsatz sollte auch für die Arbeit der Gemeindeverwaltung selbst gelten. Leider zeigt aber das Budget nicht, daß die Mehrheitspartei dieses Hauses die Absicht hätte, die brennenden Wünsche und Forderungen der Wiener Bürger zu erfüllen. Die Mittel für den sozialen Wohnhausbau wurden verringert, obwohl gerade durch eine Verstärkung des sozialen Wohnhausbaues den Schwachen zu helfen wäre, was die Sozialisten in ihrem Wahlauftritt versprochen haben. Aus der Tendenz, den sozialen Wohnhausbau einzuschränken, geht hervor, daß sich die Wohnungssuchenden nicht allzuviel erwarten dürfen und daß die Volkspartei mit ihrer alten Forderung, Mittel vom sozialen Wohnhausbau abzuzweigen und zur Förderung der privaten Bautätigkeit zu verwenden, durchgedrungen ist. Die Koalitionspolitik wirkt sich also auch auf diesem Gebiet negativ aus. Auch ein Reparaturausgleichsfonds, der die Lasten der hohen Mietzinse erleichtern soll, wurde nicht geschaffen. Ebenso fehlt ein Betrag für die versprochene Modernisierung von Altwohnungen. Wir hoffen, daß im Wohnungseamt mit dem neuen Stadtrat ein neuer Geist herrschen wird. Vertrauen zu dieser Einrichtung wird die Bevölkerung allerdings nur dann gewinnen können, wenn die Wohnungsvergabe endlich unter öffentliche Kontrolle gestellt wird.

Die Gemeindeverwaltung muß alles tun, um der Bevölkerung das Leben zu erleichtern. Will man wirklich dem Schwachen helfen, dann muß man den Wunsch der arbeitenden Bevölkerung berücksichtigen, die Gas- und Strompreise senken und die Grundgebühren aufheben. Wir werden im Kampf um die Verwirklichung dieser berechtigten Forderungen nicht nachgeben.

Die Finanzpolitik der Stadt Wien entspricht keineswegs den Interessen der arbeitenden Bevölkerung, sondern lediglich den Interessen der beiden Koalitionsparteien. Seit Jahren werden dem gar nicht notleidenden Bund Geschenke gemacht, früher unter dem Titel Notopfer, in den letzten Jahren unter dem Titel Bundespräzipuum. Dazu kommt, daß die Stadt Wien das Defizit bei den Krankenanstalten noch immer allein trägt. Es macht im kommenden Jahr bei den ehemaligen Fondsanstalten 110 Millionen Schilling aus. Mit den dem Bund geopfertem riesigen Geldbeträgen hätte sehr viel für Wien geschaffen werden können und man hätte mit dem Bau einer modernen Schnellbahn beginnen können.

Das Budget zeigt weiter, daß die Ausgaben für Kultur- und Volksbildung verhältnismäßig gering sind. Es ist die Pflicht des Gemeinderates, von der Bundesregierung ein Verbot der Verbreitung von Schundliteratur und ein Verbot der Vorführung von Verbrecherfilmen zu verlangen. Wir bekennen uns zu dem 20-Punkte-Programm der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft und zum 12-Punkte-Programm des Österreichischen Bundessportrates.

Beim Gesundheits- und Wohlfahrtswesen zeigt das Budget keine entscheidenden Verbesserungen, obwohl gerade auf diesem Gebiete von beiden Koalitionsparteien sehr große Versprechungen gemacht worden sind. Wir werden weiterhin für eine Verbesserung der Fürsorgeleistungen, vor allem für eine Erhöhung der Fürsorgerenten kämpfen.

Wir vertreten auch die Forderungen des arbeitenden Wien, daß die Gemeinde endlich Maßnahmen gegen die Teuerung treffen soll. Einen wesentlichen Beitrag zur Hebung der Kaufkraft der Massen kann die Gemeindeverwaltung leisten, wenn sie die Bezüge des städtischen Personals erhöht.

GR. Lauscher kommt hierauf auf die letzten Vorfälle im Parlament zu sprechen und erklärt: Begonnen hat es mit wüsten Angriffen der ÖVP gegen die Kommunisten, geendet hat es mit dem Niederschreien eines sozialdemokratischen Emigranten. Damit beginnt es, man hetzt gegen die Kommunisten, und es endet mit Angriffen gegen sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre.

Die Serie der faschistischen Herausforderungen der jüngsten Zeit hat bekanntlich ihren Ausgang vom bekannten Fall des Major Kaes genommen. Für den Gemeinderat besteht die Verpflichtung, hiezu seine Stimme zu erheben. Denn diese Widerstandskämpfer sind ja gerade deswegen in den Kot gezerrt worden, weil sie durch eine kühne Aktion in den letzten Tagen des faschistischen Terrorregimes verhindert haben, daß Wien das Schicksal und die unvorstellbaren Leiden von Berlin geteilt hat. Aus diesem Grunde legt Rodner einen Resolutionsantrag vor, wonach allen noch lebenden Angehörigen der Widerstandsgruppe des Majors Biedermann - zu der auch Major Kaes gehörte - die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen ist.

Schließlich kommt GR.Lauscher auf die deutsche Wiederaufrüstung zu sprechen und meint, daß nach den letzten Stellungnahmen der Sowjet-Union niemand mehr daran zweifeln kann, daß die Befürwortung der deutschen Wiederaufrüstung im scharfen Gegensatz zu den Interessen Österreichs steht. Der Kurs der ÖVP nützt nur den Feinden Österreichs. Alles, was wir planen und tun, kann nur gedeihen, wenn wir alle Gefahren, die Österreich von der inneren Reaktion und dem deutschen Militarismus drohen, erfolgreich abwehren.

GR.Dr. Prutscher (ÖVP) bedauert es, daß das Budget der Stadt Wien nicht in einer ähnlichen Weise vorberaten werden kann wie das Budget des Bundes im Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates. Dadurch können die Sprecher der einzelnen Parteien bei den Budgetberatungen im Gemeinderat praktisch nur allgemeine Stellungnahmen zu den verschiedenen Punkten bekanntgeben. Für eine sachliche Prüfung der einzelnen Ansätze wäre eine gründliche Beratung in den Ausschüssen eine wesentliche Voraussetzung.

Der Redner erinnert an die pessimistischen Voraussagungen des Stadtrates Resch gelegentlich der letzten Budgetdebatte vor einem Jahr und betont, daß sich diese Voraussagen dank der wirtschaftsfördernden Politik der Bundesregierung, zu denen sicherlich auch die Maßnahmen der Nationalbank gehören, als unrichtig erwiesen haben. Auch dieses Budget wurde übervorsichtig erstellt. Es ist mit zu rechnen, daß der veranschlagte Abgang in der ordentlichen Gebarung mit 210 Millionen und in der außerordentlichen Gebarung mit 80 Millionen beim Anhalten der derzeitigen Wirtschaftslage voraussichtlich nicht eintreten wird.

Es wäre an der Zeit, verschiedene Gemeindeabgaben im Sinne der Steuerpolitik des Bundes einer Prüfung zu unterziehen. So wäre zu überprüfen, ob die Steuerpolitik der Gemeinde das Wirtschaftsleben in den einzelnen Bereichen anregt oder abschreckt. Ist zum Beispiel die Gefrorenessteuer für die Finanzpolitik der Gemeinde wirklich von so tragender Bedeutung, daß man die Kinder besteuern muß? Es ist dringend notwendig, einmal die Gemeindeabgaben auf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung hin zu untersuchen. Es sollte einmal eine Enquete über die Gemeindesteuern einberufen werden, welche den Kammern und den anderen interessierten Stellen die Möglichkeit zu einer Stellungnahme gibt, um festzustellen, was wir zum Wohle der Gesamtheit und nicht nur vom fiskalischen Standpunkt besser machen können.

Eine Gegenüberstellung der Steuererträge von 1946 und 1953 zeigt bei der Gewerbesteuer eine Steigerung auf das 15fache, bei der Lohnsummensteuer auf das 12fache und bei der Getränkesteuer auf das 8.3fache; dem gegenüber ist allerdings der Ertrag bei der Grundsteuer und bei der Vergnügungssteuer etwa nur auf das 3fache gestiegen. Das heißt aber, daß die Gemeindeabgaben einen bedeutend größeren Teil des Einkommens unserer Mitbürger nehmen, als dies 1946 der Fall war.

Im Zusammenhang damit ergibt sich die Frage, ob die Übernahme ständig neuer Aufgaben in den Bereich der öffentlichen Hand tatsächlich den einzelnen Bürger dieser Stadt glücklicher macht. Darum müssen wir auf eine gerechtere Teilung der Lasten Bedacht nehmen. Zum weiteren Ausbau unserer Stadt in ihrer europäischen Bedeutung bedarf es eines schöpferischen Gesamtplanes. Die Finanzierung der außerordentlichen Projekte müßte auf längere Zeiträume und auf mehrere Generationen verteilt werden. Mit Befriedigung können wir in diesem Sinne die Ausführungen des Finanzreferenten zur Kenntnis nehmen, daß Kreditoperationen durchgeführt werden sollen. Wir hoffen, daß ein solcher Plan bald vorgelegt wird.

Erfreulich sei die Gewährung von Kleinkrediten an kleine und mittlere Betriebe der gewerblichen Wirtschaft. Der Anfang wurde hier durch die Gewährung von ERP-Krediten gemacht, später folgte dann das Bankenkonsortium, die Girozentrale und die Zen-

tralsparkasse der Gemeinde Wien. Es wird notwendig sein, auch der Frage der Bürgerschaftsgenossenschaften die entsprechende Förderung durch die Stadt Wien angedeihen zu lassen. Eine weitere Aufgabe der Stadtverwaltung sei es auch, dem kleinen Mann die Schaffung von Eigentum zu ermöglichen und ihm auch die Chance zu geben, auf eigenen Füßen zu stehen.

Auf dem Gebiete des Personalwesens ist zu hoffen, daß der neue Stadtrat nun endlich die schon so lange versprochene Verwaltungs- und Betriebsreform mit gleichem Recht für alle Beamten unserer Stadt durchführen wird. Es wäre auch Sorge dafür zu tragen, alle aus politischen Gründen erfolgten Entlassungen, Kündigungen, Pensionierungen und Verweigerungen der Dienstzeit - anrechnung nach neun Jahren endlich zu bereinigen. Auch manches von dem Unrecht, das 1938 auf diesem Gebiete geschehen ist, müsse gutgemacht werden.

Auf dem Gebiete der Kultur und Wissenschaft werden mehr schöne Worte gebraucht, als Taten gesetzt. Bei Vergleichen mit anderen Städten und Gemeinden schneide Wien unterdurchschnittlich schlecht ab. Aus dem Kultur Groschen verteilte die Gemeinde heuer 85 Prozent gegenüber bisher 75. Was gibt sie aber aus eigenen Mitteln? Zum Kulturkapitel muß auch gesagt werden, daß die Kiba keinesfalls ein besseres Programm als andere Kinos habe. Sie müßte der Förderung guter Jugendfilme bedeutend mehr Augenmerk zuwenden. Leider hat sie oft das Profitinteresse über das Kulturinteresse gestellt (Beifall bei der ÖVF). Auch die Ansätze für das Schulwesen, die nunmehr im Kulturbudget aufscheinen, seien gegenüber anderen Städten unter dem Durchschnitt.

Von besonderer Bedeutung wäre auch die Förderung der Familie. Die Stadtverwaltung müßte eine weitaus familienfreundlichere Politik betreiben. Dies gilt nicht nur für den Wohnungsbau, sondern auch für die soziale Fürsorge, die sich nicht allein auf Säuglingswäschepakete erstrecken dürfe. Die öffentliche Fürsorge müßte überhaupt mit der privaten Fürsorge Hand in Hand gehen und jeden Menschen individuell behandeln. Es kommt darauf an, daß die Hilfe am wirkungsvollsten geschieht, egal ob vom Magistrat oder einer privaten Fürsorgeorganisation. B kennen wir uns zu der Verpflichtung dieser Stadt, alle bedürftigen Bürger entsprechend und ausreichend zu betreuen und zu versorgen, ohne damit Parteipolitik zu betreiben.

Neben der Jugend- und Erwachsenenfürsorge und den anderen öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Horten usw. müssen auch die charitativen Verbände anerkannt und weitgehend unterstützt werden.

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß nach jahrelangen Forderungen der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses endlich in Angriff genommen werden soll. Besonders zu begrüßen sei auch, daß nach langem Widerstand die Zahl der Gesundenuntersuchungsstellen vermehrt werden konnte. Zu der erfolgten Erhöhung der Verpflegskosten auf 105 Schilling sei zu sagen, daß man hier vielleicht durch verschiedene organisatorische Maßnahmen Verbilligungen erreichen könnte. Es wäre zum Beispiel zu erwägen und zu überprüfen, ob nicht die Reinigung der Spitäler durch Reinigungsfirmen billiger käme, als durch das eigene Personal.

Im Bauwesen wiederum müßte besonderer Wert auf eine langfristige Planung gelegt werden. Zwischen dem Bau von Gemeindehäusern und dem von Privathäusern müßte auch eine Zwischenlösung in Erwägung gezogen werden. Jenen Grundbesitzern, denen die Gemeinde ihre Gründe enteignen will, weil sie nicht bauen können, müßte durch Sanierungsmittel geholfen werden. Es würden dadurch auch private Mittel ins Rollen kommen. Auf der anderen Seite würde die Gemeinde dadurch auch Gelder sparen, und damit große Planungen verwirklichen können, wie zum Beispiel den Bau einer U-Bahn. Zusätzliche Mittel müßten auch zur Hilfe der Assanierung von Althäusern gewährt werden. Man muß auch dem Siedler helfen, bevor er zu einem wilden Siedler wird. Hier sollte man gleichfalls planen und Vorsorge treffen.

Was den Wohnungsbau betrifft, so hält die ÖVP den kommunalen Wohnbau weiterhin für notwendig. Sie ist jedoch der Meinung, daß sich der soziale Wohnungsbau nicht restlos mit dem kommunalen deckt. Auch der genossenschaftliche Wohnbau und der Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen gehört zum sozialen Wohnhausbau (Gegenrufe bei der SPÖ, Beifall bei der ÖVP).

Die Einseitigkeit auf dem Bausektor wirkte sich auch auf das Wohnungsamt aus.

Man hat der ÖVP den Schritt in die Öffentlichkeit vorgeworfen. Durch Jahre hindurch haben die Gemeinderäte der Volkspartei jedoch versucht, den Amtsführenden Stadtrat zu sprechen und Antwort auf ihre Frage gefordert. (Stadtrat Koci: Weil sie ihre Protektionskinder nicht unterbringen können! - Stürmische Gegenrufe bei der ÖVP) Es durfte Ihnen ja, sagte der Redner, zu Stadtrat Koci gewendet, keiner von uns in die Nähe kommen, der nicht die entsprechende Punktezahl hatte. Man erwartet von dem neuen Leiter des Wohnungsamtes, daß er sein Ressort nach sachlichen Gesichtspunkten führen und auch die Frage der beschlagnahmten Möbel und Schrebergärten lösen werde (Beifall bei der ÖVP),

Abschließend sagte der Redner, man könne im großen und ganzen feststellen, daß das Budget die Verwirklichung einer Reihe von Anregungen enthält, die von der ÖVP gemacht wurden. Eines wollen wir schließlich alle, daß unser Land, unser Wien wirklich frei werde. Aber eine freie Stadt kann nur auf einer freien Gemeinde beruhen. Die freie Gemeinde kann nur dann richtig bestehen, wenn der einzelne Bürger darin richtig frei ist! (Beifall bei der ÖVP)

GR.Dr. Soswinski (VO) beschäftigt sich in seiner Rede mit der gegenwärtigen Wirtschaftskonjunktur in Österreich und meint, daß die Gemeinde Wien alles tun müßte, um sich wenigstens einen Teil der Millionenprofite zu sichern. Sie müsse aber auch die Konjunktur benützen, um eine Reihe von Verbesserungen durchzuführen. Der Redner wendet sich dagegen, daß sich die Stadt Wien von Finanzminister Kamitz ins Schlepptau nehmen lasse, jenem Mann, der die Interessen der Profitmacher vertritt. Stadtrat Resch hat behauptet, daß die Gemeinde Wien von den Steuerschulden der Reichen nicht betroffen sei. Der Redner hält dem die Zahlen aus den Bundesabschlüssen der letzten Jahre gegenüber. Allein bei der Einkommensteuer gab es Ende 1951 690 Millionen Schilling Schulden, Ende 1952 bereits 817 Millionen und Ende 1953 sogar 1.099 Millionen Steuerschulden. Ähnlich ist es bei der Gewerbesteuer und anderen Steuern. Stadtrat Resch könne doch nicht ernstlich glauben, daß ausgerechnet Wien nicht von diesen Steuerschulden betroffen ist.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen verlangt Dr. Soswinski nachdrücklich die Einführung von Luxussteuern und gleichzeitig die Senkung der indirekten Steuern. Statt dessen betreibe jedoch

die Mehrheitspartei dieses Hauses eine Politik der stillschweigenden Unterstützung der Millionenverdiener. Weiter verlangt der Redner die Wiederherstellung der ursprünglichen Steuerrechte oder zumindest das Wegfallen des Bundespräzipuums. Wien muß endlich von seinen Einnahmen wieder jene zurückgewinnen und die Steuern und Abgaben erhalten, die es seinerzeit in der Ersten Republik besessen hat.

Ein deutlicher Beweis, wie wenig sozial die Gemeinde bei der Schaffung ihrer Einnahmen vorgehe, seien die wiederum steigenden Erträgnisse aus den Gebrauchsgebühren bei Gas und Strom. Wie wäre es, wenn man zum ersten Mal in der fünfzigjährigen Geschichte der Wiener Verkehrsbetriebe neue Verkehrsmittel aus den Steuermitteln der Stadt und nicht aus den Groschen der Straßenbahnbenützer kaufen würde? Bei der Wohnbauförderung müsse man die Wandlung vom sozialen Wohnhausbau zum genossenschaftlichen Bau als eine sehr gefährliche Entwicklung ansehen, weil bereits heute die Darlehen und Gehaltsvorschüsse für diesen Zweck ein sehr hohes Ausmaß erreicht haben. Die in diesem Budget vorgesehene Kulturförderung sei einer so großen Stadt, wie es Wien ist, unwürdig.

Entscheidend bleibe, daß die gesamte Summe der veranschlagten Einnahmen für das Jahr 1955 kleiner sei als die tatsächlichen Einnahmen des Jahres 1953. Der gleiche Betrag wie damals wäre aber heute bereits weniger. Die Gemeinde Wien könne infolge der Finanzpolitik des Bundes und der stillschweigenden Duldung des gegenwärtigen Zustandes nicht zu dem Ergebnis kommen, das die arbeitende Bevölkerung verlange. Es gehe nicht an, daß sich die Gemeinde Wien schützend vor die Finanzpolitik des Bundes stelle. Auch die Finanzpolitik der Gemeinde werde nicht im Interesse der arbeitenden Menschen betrieben. Sie sei in das Schlepptau des Finanzministers Kamitz geraten, des Schützers und Protektors der Millionäre. Aus diesem Grunde lehne die Volksoption die Ansätze der Gruppe Finanzwesen ab.

GR. Maria Jacobi (SPÖ) weist darauf hin, daß der vorliegende Voranschlag der Stadt Wien das zehnte Budget nach Beendigung der Zeit des Faschismus und des Krieges ist, und führt aus:

Hätte uns damals jemand gesagt, daß wir den zehnten Haushaltsplan auch noch als unfreies Volk, als besetztes Land und als besetzte, in vier Teile geteilte Stadt beraten werden, dann hätten wir es kaum für möglich gehalten. Zehn Jahre sind ins Land gezogen, aber Österreich und seine Hauptstadt Wien ist noch genau so unfrei wie im Jahre 1945. Anlässlich dieses Jubiläums ist es Zeit, wieder einmal die Bitte an die Großmächte dieser Welt zu richten, doch endlich diesem Volk die Freiheit zu geben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wir alle, die wir unter dem Druck der Unfreiheit stehen, leiden viel weniger darunter als jene zehntausenden Väter und Söhne, die noch im fremden Land hinter Stacheldraht auf ihre Freiheit warten. Ich möchte daher, sagt Rednerin, nicht nur an die Regierung der Sowjetunion, ich möchte meine Bitte an die russischen Frauen und Mütter richten, die doch genau das selbe Leid wie unsere Frauen kennen, deren Väter, Söhne und Männer auch im Krieg waren, sie sollen aus Solidarität mit ihren österreichischen Schwestern doch unsere Bitte bei ihrer Regierung unterstützen, damit unsere letzten Kriegs- und Zivilgefangenen wieder heimkommen. (Erneuter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wenn ich heute, setzt Gemeinderätin Jacobi fort, hier die Ehre habe, im Namen der sozialistischen Mehrheit dieses Hauses zum Budget zu sprechen, so nehme ich das auch als Anerkennung für jene 337.000 Frauen, die am 17. Oktober sozialistisch gewählt haben. (Beifall bei der SPÖ.) Die Mehrheit der Wienerinnen hat sich damit zur Sozialistischen/Partei und zur sozialistischen Idee bekannt. Am Wahltag wurde bewiesen, daß die Wiener Bevölkerung sich nicht von leeren Versprechungen bluffen läßt, sondern daß für die Wiener Bevölkerung in erster Linie die Taten sprechen. Diese Taten waren es, die dazu geführt haben, daß wir heute im Gemeinderat auf eine festgefügte und fundierte sozialistische Mehrheit blicken können. Die Wiener Bevölkerung hat erkannt, daß sozialistisch denken und sozialistisch wählen gleichbedeutend ist mit menschlich denken und gleichbedeutend ist damit, daß man dem einzelnen, auch dem Ärmsten hilft und nicht nur einer kleinen Schichte.

Wie ein roter Faden ziehensich durch alle Wiener Haushaltspläne die arbeitschaffenden Investitionen. In den ersten Jahren nach dem Kriege konnten wir nicht sehr viel große neue Werke schaffen, es galt damals, die lebensnotwendigsten Dinge zu tun. Zum Unterschied von damals können wir heute an die Seite der lebensnotwendigen Dinge die planvolle Gestaltung des neuen Antlitzes dieser Stadt stellen. Wir haben in den letzten Jahren versucht, nicht nur die Wunden des Krieges zu heilen und den vernichteten Wohnraum zu ersetzen, wir haben darüber hinaus versucht, planmäßig neben dem Aufbau in den Mauern dieser alten Stadt eine neue, junge Stadt wachsen zu lassen, die sich angleicht und anpaßt an diese alte Stadt Wien. Hier zeigt sich ein neues Gesicht unserer Stadt. Es war kein leichter Weg in diesen zehn Jahren, aber wir können zurückblickend feststellen, daß es diese zehn Jahre auf einer steilen Treppe aufwärtsgeht. Das ist nur möglich gewesen, weil vom ersten Augenblick an in unseren Haushaltsplänen an erster Stelle arbeitschaffende Investitionen standen.

Heute ist die Gemeinde Wien nicht nur der größte Arbeitgeber, da rund 200.000 Menschen direkt von Gehältern und Pensionen dieser Stadt leben, die Gemeinde Wien ist auch der größte Bauherr dieser Stadt. Rund eine Milliarde wird jährlich für das Bauwesen ausgegeben. Diese Ziffer allein sagt schon, wie groß der Einfluß der Gemeinde Wien auf die gesamte Wirtschaft dieser Stadt ist. Ein sehr hoher Prozentsatz der Menschen, die in dieser Stadt einer Arbeit nachgehen, haben diese Arbeit durch die Investitionstätigkeit der Gemeinde.

Die Investitionstätigkeit der Gemeinde Wien ist ein Beitrag zur sozialen Gesundung dieser Stadt, weil die Menschen nicht abhängig sind von einer Unterstützung, sondern ihr Einkommen haben, wenn dieses auch noch nicht immer ausreichend ist. Wenn es uns gelingt, in unserem Sinne weiterzuarbeiten, wenn wir die Ruhe, den Frieden und die Freiheit dazu haben werden, dann werden auch die arbeitenden Menschen dieser Stadt den erhöhten Lebensstandard früher erhalten können, als sie es vielleicht heute noch denken.

./.

Soziale Befriedigung, Arbeit und Brot sind aber auch eine Sicherung gegenüber allen politischen Abenteurern, die es versuchen wollten, die Menschen dieses Staates und dieser Stadt irrezuführen. Und vor allem heißt Arbeit schaffen auch, der Jugend den Glauben an die Gegenwart und an die Zukunft zu geben (Beifall bei den Sozialisten). Wir alle erstreben ein friedliches und geeintes Europa. Eine Jugend, die den Glauben an ihre Kraft hat, die den Glauben an eine Gesellschaftsordnung hat, eine solche Jugend wird auch imstande sein, dieses kommende friedliche Europa zu bauen und zu schützen. (Neuerlicher Beifall bei den Sozialisten.) Daß das alles möglich war, ist der Finanz- und Steuerpolitik der sozialistischen Stadtverwaltung zu danken. Es ist vor allem dem Umstand zu danken, daß wir an erster Stelle das arbeitschaffende Investitionsprogramm haben.

Wir bekennen uns zu diesen Haushaltsplänen und zu dem Haushaltsplan 1955. Wir begrüßen es, daß er so ausgewogen ist, daß an erster Stelle das Bauwesen, an zweiter Stelle die Fürsorge und an dritter Stelle Wohlfahrt, Personal und Kultur stehen.

Daß die Kommunisten die Leistungen dieser Stadt kritisieren und negieren, das sind wir gewohnt, das ist ihre Aufgabe. Wenn GR. Lauscher meint, daß wir zu wenig Wohnungen bauen, dann kennt er wahrscheinlich nicht das Programm der Sozialistischen Partei und weiß nicht, daß wir der Wiener Bevölkerung versprochen haben, bis 1954 25.000 Wohnungen zu bauen und daß wir fast 30.000 Wohnungen fertiggestellt haben. (Beifall bei den Sozialisten. - Rufe bei der Volkspartei: Wer? - Aus Steuergeldern! Das sind Gelder aller. - Gegenrufe bei den Sozialisten.) Die Wiener Bevölkerung weiß, daß wir dieses Versprechen halten! In der Tschechoslowakei wurde im Verhältnis zur Einwohnerzahl um 43 Prozent weniger gebaut, in Ungarn um zwei Dritteln weniger, in Polen um 64 Prozent weniger, in der Sowjetunion um 16 Prozent weniger, Rumänien hält den traurigen Rekord, dort wurden nur 13 Prozent der Wohnbauleistungen von Österreich erzielt. Wenn wir uns dies ansehen, dann müssen wir sagen, hat GR. Lauscher kein Recht mehr, davon zu sprechen, daß Österreich zu wenig baut.

./.

Bei der Volkspartei sollte es aber nicht selbstverständlich sein, daß sie alles hier Geleistete verkleinert und negiert, denn immerhin verwaltet sie in dieser Stadt mit. Sie nörgelt nur immer, und das ist ein Zeichen der Schwäche. Es zeigt aber auch, daß doch sehr viel geleistet wurde, denn sonst hätte sie eine andere Möglichkeit der Kritik. Der Herr GR. Dr. Prutscher stellt fest, daß die Steuern nur dann zweckentsprechend wären, wenn sie belebend wären. Wenn er im gleichen Atemzug davon spricht, daß das Budget Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer aufweist, dann ist das allein schon ein deutlicher Beweis dafür, daß die Wirtschaft durch das Steuersystem der Stadt Wien belebt wird. (Beifall bei den Sozialisten.) Er hat auch gemeint, daß wir Sicherheit nicht nur gelenkt von oben, sondern durch Eigentum geben sollen, und daß Demokratie Freiheit des einzelnen heißt. Es ist für uns selbstverständlich, daß Demokratie nicht Willkürherrschaft von einigen wenigen heißt. Demokratie heißt auch nicht das Züchten von Egoismus. (GR. Schweiger: Das hat kein Mensch behauptet!) Egoismus ist es, wenn Sie verlangen, daß jeder einzelne tun und lassen kann, was er will. Und wenn wir den sozialen Gedanken in unserem Programm haben, deshalb, weil die Mehrheit der Bevölkerung nicht so reich ist, um sich Eigentum zu schaffen, weil die Mehrheit der Bevölkerung die soziale Leistung braucht, um ihren Lebensstandard erhöhen zu können. Und wenn er sagt, seit Jahrzehnten herrecht hier eine familienfeindliche Regierung, dann weiß ich nicht, ob er damit die elf Jahre Faschismus, ob er die Zeit zwischen 1934 und 1938 meint, (Zustimmung bei den Sozialisten.) Die Volkspartei kann sich von dieser Zeit nicht distanzieren, denn es sitzen noch immer zwei Herren hier, die damals Ratsherren dieser Stadt waren. (Hört, hört!-Rufe bei der SPÖ.) Und damals hat diese Regierung für die Wiener Bevölkerung ein so großes soziales Herz gehabt, daß sie ihr sieben Familienasyle baute und sonst nicht eine einzige Wohnung. (Neuerliche Zustimmung bei den Sozialisten.) Oder war es familienfreundlich, daß zur Zeit Luegers Familien mit Kindern von den Hausherrn vor die Tür gesetzt wurden? (Rufe bei der ÖVP: Lueger war kein Hausherr! - Heiterkeit bei der SPÖ.)

Zwischen 1918 und 1934 hatten wir auch große Arbeitslosigkeit in diesem Staat, wobei die Menschen nicht wußten, wovon sie leben sollten, und damals haben Ihre Vertreter in diesem Hause das Wort von der Fürsorgeinflation geprägt. Demals waren Sie noch ehrliche Gegner, heute sind Sie ja nur mehr Demagogen (Zustimmung bei den Sozialisten. - Heiterkeit bei der ÖVP), die nicht den Mut haben, der Wiener- und österreichischen Bevölkerung ehrlich zu sagen, wie Ihre Weltanschauung ist und daß Sie die Vertreter der Besitzenden, aber niemals der Arbeitenden dieser Stadt sind. Sie erinnern nur an die schönen Zeiten dieser Stadt, wir erlauben uns, an die Kehrseite zu erinnern, damit die Bevölkerung nicht vergißt, wer hinter dieser Maske steckt.

Die Volkspartei verweist immer darauf, daß wir mit Steuergeldern bauen, die von der ganzen Bevölkerung kommen. Ja, aber die Mehrheit der Wiener Bevölkerung sind Sozialisten und gehören der arbeitenden Klasse an. 53 Prozent der Bevölkerung haben sich für die Sozialistische Partei entschieden, 33 Prozent für die Volkspartei, und von diesen 33 Prozent gehört gewiß nur ein geringer Teil den arbeitenden Schichten an. Und im Wesen der sozialistischen Steuerpolitik liegt es, daß das Geld von jenen genommen wird, die mehr haben. Aber in der Demokratie ist auch ein Grundsatz die Solidarität mit jenen, die die Ärmsten dieses Volkes sind und für diese bauen wir unsere Häuser.

Die Stärke des Finanz- und Steuerplanes dieser Stadt liegt vor allem darin, daß es ^{uns} gelungen ist, die Bausaison langsam über das ganze Jahr auszudehnen. Heute kann unser Finanzreferent sagen, daß unsere Stadt schuldenfrei und kreditwürdig ist, weil diese kluge Finanz- und Steuerpolitik diese Ergebnisse gezeitigt hat. Dafür danken wir unserem Stadtrat Resch (Beifall bei den Sozialisten). Wir sind gleich ihm der Meinung, daß an diesem Finanz- und Steuersystem nicht gerüttelt werden darf, und die Mehrheit dieses Hauses wird es zu verteidigen wissen. Wenn uns immer wieder der Vorwurf gemacht wird, daß die Stadt Wien und ihr Finanzreferent bisher für große Bauten keine Kredite aufgenommen haben, so hat Stadtrat Resch wiederholt darauf hingewiesen, daß wir nicht grundsätzlich gegen Kredite und Anleihen sind.

Wir sind nur dafür, daß man nicht eine Stadt zu früh und zu stark verschuldet. Kredite soll man erst dann aufnehmen, wenn es für einmalige und wichtige Investitionen notwendig ist. Diesen Zeitpunkt werden die Sozialisten rechtzeitig wahrnehmen.

Wenn wir heute von Stadtrat Resch gehört haben, daß bei den Finanzausgleichsverhandlungen wieder Angriffe gegen die Stadt Wien vorgesehen waren, muß man den Vertretern der Österreichischen Volkspartei in Erinnerung bringen, daß sie Vertreter dieser Stadt sind. Bei den künftigen Finanzausgleichsverhandlungen im Nationalrat mögen sie sich dann für das Wohl der Stadt Wien ohne Partei-rücksichten einsetzen.

Wenn wir uns zu dem vorliegenden, großangelegten und wohlausgewogenen Budget bekennen, so deshalb, weil es das Fundament und die Grundlage für die Durchführung des Wahlprogrammes der Sozialistischen Partei ist. Wenn wir durch die Straßen unserer Stadt gehen, dann können wir schon den Atem einer neuen Zeit verspüren. Diese neue Zeit wird es sein, in der Wien wieder eine Weltstadt sein wird, eine Weltstadt des sozialen Gewissens, getragen auf den Schultern der gesamten Bevölkerung dieser Stadt. Wenn Ausländer nach Wien kommen, sind sie überrascht von dem Aufbau in dieser Stadt. Die Stadtverwaltung allein hätte diesen Aufbau ohne die Hilfe der Wiener Bevölkerung nicht vollbringen können. Aber weil die Wiener Bevölkerung sich so unbedingt zu dieser Arbeit und zu diesem Aufbauwerk, geführt von den Sozialisten, bekannt hat, können wir der gesamten Welt sagen, das, was ihr hier seht, ist erst ein Anfang. Die Sozialisten in dieser Stadt und mit ihnen die Mehrheit der Bevölkerung sind die Gewähr dafür, daß dieser Anfang seine Fortsetzung findet, daß diese Stadt schöner, größer und reicher erstehen wird; zum Wohle der Jugend und um der Jugend einen Weg in eine bessere, schönere und sichere Zukunft zu schaffen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Resch stellt in seinem Schlußwort fest, daß ein Großteil der aufgeworfenen Gegensätze schon von Gemeinderätin Jacobi beantwortet wurde. Die Besorgnis des GR. Lauscher, daß die Tendenz vom sozialen Wohnungsbau zum Genossenschaftsbau umschwenke und sich unsozial auswirken würde, sei unbegründet.

Der Wohnungsbedarf der Wiener Bevölkerung sei ja nicht nur bei den wirtschaftlich schlecht Gestellten vorhanden, sondern auch bei wirtschaftlich besser situierten Familien. Wenn es der Stadtverwaltung nun möglich sein wird, diese besser situierten Schichten, die einen echten Wohnungsbedarf haben, auf den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu verweisen, ersparen wir damit, daß wir aus dem sozialen Wohnungsbau den echten Wohnungsbedarf dieser Schichten decken müssen. Man kann sogar davon überzeugt sein, daß damit der soziale Wohnungsbau in einem größerem Umfang als bisher, den schlechter situierten Menschen dieser Stadt zur Verfügung stehen wird. Zur Frage des GR. Lauscher, warum sich die Nationalräte im Parlament nicht gegen die beabsichtigten Maßnahmen der Steuerreform gestellt haben, ist zu sagen, daß die Nationalräte ja nicht nur die Interessen der Gemeinden und der Stadt Wien allein zu vertreten haben, sondern auch die Interessen der Steuerzahler, vor allem die der niederen Einkommen. Deran, daß von der Steuerreform auch die hohen Einkommen erfaßt wurden, trage die Sozialistische Partei keine Schuld.

Zur Frage der Verkehrsverbesserung müsse noch um etwas Geduld gebeten werden. So große Aufgaben, wie die der Lösung der Verkehrsprobleme dieser Stadt, kann man nicht ohne Überlegungen lösen. Dies muß gründlich und unter Heranziehung der besten Fachleute geschehen. Die Sozialistische Partei habe jedoch bewiesen, daß sie das in ihrem Wahlprogramm Versprochene noch immer restlos durchgeführt hat, sehr zum Mißvergnügen der anderen Parteien. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

GR. Lauscher hat auch die selben Forderungen hinsichtlich der Bezüge der Gemeindeangestellten vorgebracht, die die Kommunistische Partei derzeit in verschiedenen Institutionen der Gemeinde Wien beim Personal durchzusetzen versucht. Man muß zugeben, daß die Beunruhigung der Arbeiter- und Angestelltenschaft über die nicht zu bändigenden Preissteigerungen berechtigt ist. Man darf aber nicht vergessen, daß gerade bei den öffentlichen Angestellten Aktionen bezüglich ihrer zukünftigen Bezugsgestaltung im Gange sind. Es ist dies nicht nur die mit 1. Jänner fällige zweite Steuerreform und die 3. Etappe der Entnivellierung. Die Gewerkschaften fordern vielmehr eine Gehaltsregelung und eine Regelung der Zulagen. Es bedeutet dies keine Gehaltsregelung in Form einer Erhöhung, sondern daß die zwei Schemata, die es noch gibt,

zusammengelegt werden. Solche Aktionen sollen durch Außenstehende nicht gestört werden. Die frei gewählten Vertreter des Personals, das sind die Gewerkschaften, werden verhandeln.

Zu der Forderung des GR.Dr. Prutscher, der Bevölkerung eine Chance zu geben, auf eigenen Füßen zu stehen, ist zu sagen, daß die großen Massen der Arbeiter und Angestellten nicht die materiellen Voraussetzungen haben, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen. Sie brauchen die Politik der Gesamtheit (Beifall bei der SPÖ). Wenn GR. Prutscher meinte, daß die Gewerbesteuererinnahmen zu gering angesetzt waren, hat er bestimmt nicht den Abfall der Randgemeinden eingerechnet, und die Änderungen, die sich durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel ergeben werden. Dr. Prutscher hat auch gemeint, es wäre ein Widerspruch im Voranschlag, und zwar in der Berechnung der Ertragsanteile und des Bundespräzipiums. Die Ertragsanteile, die wir weniger haben, entsprechen ungefähr dem Bevölkerungsabgang. Beim Bundespräzipium mußte jedoch mit Niederösterreich eine Sonderberechnung angestellt werden, weil sich nur diejenigen gemeinschaftlichen Bundessteuern nach der Bevölkerungszahl richten, die nicht nach anderen Grundsätzen verteilt werden. Die Einkommensteuer z.B. wird nach dem Aufkommen verteilt. Man mußte die Stadt Wien anerkennen, daß die Einkommensteuer in den Randgemeinden wesentlich geringer ist als im restlichen Wien. Wir konnten daher von Niederösterreich nicht verlangen, daß es volle 9 Prozent des Bundespräzipiums übernimmt, daher haben wir nur 7 Prozent auf Niederösterreich überwältzt.

Zu den Fragen der städtischen Steuerpolitik führte der Referent zunächst aus, daß die Gefrorenessteuer kein finanzielles Problem war und ist. Sie wurde vielmehr eingeführt, weil die Getränkesteuer nach und nach auf die Hälfte zurückgegangen wäre. Alles war auf einmal steuerfreies Gefrorenes. Seit der Einführung der Gefrorenessteuer ist auch tatsächlich das Getränkesteueraufkommen wesentlich gestiegen.

./.

Im allgemeinen meinte Stadtrat Resch zur Steuerpolitik, daß hier die Gegensätze grundsätzlicher Art seien. Wenn die Volkspartei eine Enquete verlange, weiß man, wohin das führen soll. Die ÖVP will zurück zum Obrigkeitsstaat, sie will der Stadt Wien die Einnahmen der Reihe nach nehmen, denn in Wirklichkeit passen ihr die Leistungen nicht, so sehr sie immer wieder Leistungen fordert (Beifall bei der SPÖ). Es ist aber Pflicht jeder Gebietskörperschaft, dafür zu sorgen, daß durch ihre Hilfe Wirtschaftskrisen vermieden werden (Beifall bei der SPÖ).

Dr. Prutscher hat auch verlangt, daß die Stadt Wien bei Krediten Bürgschaften übernehmen soll. Diese Einrichtung besteht bereits. Wir haben zum Beispiel Bürgschaften für alle Renovierungskredite beschlossen.

Der Redner der ÖVP hat dann Zahlen bekanntgegeben, durch die er nachzuweisen versuchte, daß die Stadt Wien bei den Schulbauten weniger als andere Gemeinden getan hat. Die Leistungen auf diesem Sektor kann man aber nicht nach absoluten Zahlen beurteilen. Hier muß man auch untersuchen, welchen Status an Schulbauten die betreffende Gemeinde schon erreicht hat. Zweitens wurde hier einfach übersehen, daß wir mehr als hundert Schulen in Wien wieder aufbauten, die schwer kriegsbeschädigt waren, während viele Gemeinden im Westen überhaupt keine beschädigten Schulen hatten. Schließlich darf man nicht vergessen, daß in Wien die Schülerzahl leider zurückgeht. In ungefähr drei Jahren werden 68 Schulen in Wien unbenutzt stehen. Trotzdem bin ich der Überzeugung, sagte Stadtrat Resch, daß in anderen Gebieten der Stadt noch Schulen gebraucht werden.

Zu dem Einkauf der Spitäler bei den Fleischwerken stellt Stadtrat Resch fest, daß man natürlich von allen Anstalten verlangt habe, ihren Fleischbedarf bei jenem Unternehmen zu befriedigen, das zu 50 Prozent der Gemeinde gehört; allerdings unter der Voraussetzung, daß keine höheren Preise bezahlt werden.

Bei der Verwaltungsgruppe VI hatte Dr. Prutscher beanstandet, daß keine Planung für die U-Bahn vorhanden sei, aber dennoch bei Oper und Praterstern Rücksicht auf die U-Bahn genommen wurde. Zu dieser Überlegung braucht man aber keine Planung. Stadtrat Resch versicherte, daß gegenwärtig keine U-Bahnplanung außer den Plänen

aus der Nazizeit besteht.

Der Redner der ÖVP hat auch wieder das Wohnungseigentum in den Vordergrund geschoben. Aber Geld zinsfrei auf 100 Jahre aus öffentlichen Mitteln, so fragte Stadtrat Resch, ist das ein wirtschaftlich vertretbarer Kredit oder ist das nicht Mißbrauch von Steuergeldern zur Schaffung von privatem Eigentum? (Beifall bei der SPÖ. - Dr. Prutscher: Aber auch der Mietaufwand ist nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erstellt!) Das ist vertretbar, replizierte der Referent, solange öffentliches Eigentum geschaffen wurde. Unser Grundsatz ist es, mit öffentlichen Mitteln öffentliches Eigentum zu schaffen und den Bedürftigen zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt nichts, was die ÖVP nicht schon vorgeschlagen hätte, meinte der Referent abschließend zu den Ausführungen Dr. Prutschers; aber es kommt darauf an, wer die Gelder so verwaltet, daß für die Allgemeinheit das Beste in dieser Stadt geschaffen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu einer Anfrage des GR. Dr. Soswinski wegen des Finanzausgleiches erklärt der Referent: Wir haben in den letzten acht Jahren in keinem einzigen Fall die Interessen der Stadt Wien schlechter behandeln lassen als die der anderen Gemeinden Österreichs. Sollte einmal ernstlich ein solches Ansinnen an diese Stadt gestellt werden, dann bin ich überzeugt, daß alle Mitglieder des Gemeinderates hinter mir stehen werden und müssen, es sei denn sie setzen sich der Gefahr des Verlustes ihrer politischen Existenz aus, denn niemand wird sich als Politiker dieser Stadt halten können, der jemals zustimmt, daß Wien schlechter behandelt wird als ein anderes Land oder eine andere Gemeinde.

Zu der Kritik an dem geringen Prozentsatz des Kulturbudgets im Voranschlag betont er: Wenn im Gemeindebudget 1.2 Milliarden Schilling für den Bauaufwand enthalten sind, muß natürlich dieser hohe Bauaufwand den Prozentsatz aller anderen Aufwendungen senken. Man sollte diesen Vorzug des Wiener Budgets nicht als einen Nachteil hervorkehren.

Abschließend erklärt Stadtrat Resch: Wir vom Finanzressort geben dem Hause die Zusicherung, daß wir uns nach wie vor bemühen werden, objektivst, korrekttest und sparsam mit den Geldern der Öffentlichkeit umzugehen. Ich kann das Versprechen abgeben, daß wir in dem Geist des Fortschrittes, der uns bisher bei der Budgeterstellung und bei der Ausgabenbeeinflussung dieser Stadt beherrscht hat, weiterhin die Gelder dieser Stadt verwalten werden. Wir werden versuchen, mit den gleichen Methoden und den gleichen Zielen das zu erreichen, was uns als höchstes Ziel in unserem Lande erscheint: den Schwachen zu helfen, dem Volke zu dienen! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ)

Bürgermeister Jonas nimmt hierauf die Abstimmung vor.

Die Ansätze der Gruppe II, Finanzwesen, werden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag Leuschers auf Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Wien an alle noch lebenden Angehörigen der Widerstandsgruppe Major Biedermann wird gemäß dem Vorschlag des Berichterstatters einstimmig dem Kulturausschuß zugewiesen.

Die Sitzung wird um 21.15 Uhr unterbrochen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 18./Dezember 1954

Blatt 2248

Zwei Zusammenstöße und ein Achsbruch

=====

18. Dezember (RK) Freitag nachmittag ereigneten sich fast zur gleichen Stunde auf der Straßenbahn drei Verkehrsunfälle. Gegen 16 Uhr geriet in der Oberen Donaustraße nächst der Augartenbrücke eine Beiwagenmaschine zwischen den Triebwagen und Beiwagen eines Zuges der Linie "132". Der Lenker des Motorrades Herbert Rakonidsch erlitt dabei einen Unterschenkelbruch, der am Sozjus mitfahrende Arzt Dr. Martin Baldass einen Schädelgrundbruch. Der verunglückte Arzt war auf der Stelle tot.

Zur gleichen Stunde entgleiste in der Hetzendorfer Straße infolge eines in der Weiche aufgetretenen Gebrechens ein Triebwagen der Linie "62" und fuhr an einen Oberleitungsmast. Fahrgäste kamen dabei nicht zu Schaden. Der dritte Verkehrsunfall ereignete sich in der Sechschimmelgasse, nächst der Galileigasse auf dem Alsergrund. Bei einem Triebwagen der Linie "40" ist ein Achsbruch aufgetreten. Der beschädigte Wagen mußte von einer Rüstwagenmannschaft abgeschleppt werden.

- - -

Wiener Weihnachtsmarkt:Fleisch, Fische, Geflügel und Südfrüchte
=====

18. Dezember (RK) Durch eine verhältnismäßig gute Beschickung der Vieh- und Großmärkte wurde eine ausreichende Versorgung mit Fleisch für die Feiertage zu unveränderten Preisen sichergestellt. Das anhaltend unzureichende Schweineangebot aus dem Inland wurde durch Importe aus Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien ergänzt und damit der Mangel behoben. Ebenso ist die Fischversorgung durchaus befriedigend: 600 Tonnen Seefische und 200 Tonnen Süßwasserfische, vorwiegend Karpfen, stehen für den Weihnachtstisch bereit. Bei der zunehmenden Zuwendung der Verbraucher zum Seefischkonsum wurde vor allem für ausreichende Seefischimporte aus Deutschland, Norwegen und Dänemark gesorgt. Die Fischpreise blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Belieferung des feiertäglichen Tisches mit Geflügel wurde durch größere Geflügeleinfuhren aus Ungarn, Polen und Jugoslawien ausreichend ergänzt. Es wurden etwa 800 Tonnen verschiedenes Geflügel importiert. Gänse, Enten und Hühner wird es in genügender Menge geben, und zwar erfreulicherweise zu Preisen, die gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Änderung zeigen.

Dank der günstigen Wetterlage in der letzten Zeit und der fortlaufend einlangenden Importe sind die Gemüsemärkte anhaltend befriedigend beliefert. Auch hier blieb die Preislage stabil. Zu den Feiertagen interessiert vor allem das Salatangebot. Neben geringen Mengen inländischen Salates gibt es italienischen Häuptel- und Bummerlsalat und französischen Häuptelsalat. Dazu kommen für die Salatbereitung noch Chinakohl, Sellerie, inländischer und italienischer Karfiol und schließlich noch Karotten in Betracht. In der Kartoffelversorgung hat sich die Lage seit längerem durch die getroffenen Maßnahmen stabilisiert, sodaß mit keinerlei Schwierigkeiten zu rechnen ist.

Der Obst- und Agrumenmarkt ist gegenwärtig durch ein starkes Angebot von Orangen, vor allem von billigen italienischen Orangen gekennzeichnet. Die Preise liegen wesentlich unter jenen in der Weihnachtszeit des Vorjahres. Gut ist auch das Angebot an inlän-

dischen Äpfeln. Obwohl die Preise gegenüber dem Vorjahr unverändert sind, ist der Absatz im allgemeinen als mäßig zu bezeichnen. Bekanntlich wurde in letzter Zeit die Einfuhr von 50 Waggons Äpfeln genehmigt, wobei vor allem die beliebten Sorten Kalterer und Morgenduft aus Italien eingeführt werden sollen, damit den Wünschen der Verbraucher nachgekommen werden kann. Trockenfrüchte, wie Nüsse, Haselnüsse, Johannisbrot, Feigen, Datteln, wurden fortlaufend eingeführt, sodaß auch in dieser Beziehung allen Anforderungen entsprochen werden kann. Zu weitaus niedrigeren Preisen werden Bananen aus den verschiedensten Herkunftsländern angeboten. Für den Wiener Weihnachtsmarkt wurde also auch heuer gut vorgesorgt.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Rathaus
=====Geschäftsgruppe I: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform

18. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas eröffnete um 9 Uhr die Sitzung. Zur Verhandlung steht die Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform.

Stadtrat Dr. Ligsch (SPÖ) wird sich auf einige ergänzende Zahlen beschränken, da Stadtrat Resch bereits eine ausführliche Schilderung der Ansätze auch für diese Gruppe gegeben hat. In der Hoheitsverwaltung steigt der Personalaufwand um 113 Millionen Schilling. Hievon entfallen auf die Bezüge der Aktiven, einschließlich der Nebenbezüge, 63 Millionen Schilling, auf die Bezüge der Pensionisten 40 Millionen Schilling und auf die Sozialversicherungsbeiträge 9,8 Millionen Schilling. In die Ansätze sind auch die Gehalts- und Bezugserhöhungen aufgenommen, die durch die dritte Etappe des Nachziehverfahrens entstehen. Ferner sind darin auch alle Steigerungen der Bezüge, die sich durch Vorrückungen ergeben, untergebracht. Die Zahl der Aktiven beträgt 33.135. Sie hat eine Verminderung um 1.334 erfahren. Die Zahl der Pensionisten hat sich um 372 erhöht. Die Steuerermäßigung ab Jänner 1955 und die dritte Etappe der Entnivellierung ab Juni 1955 werden sich bei den Bezügen bemerkbar machen. So betrug zum Beispiel das Gehalt eines Straßenbahners mit 6 Dienstjahren im Schema I, I/4 im Oktober 1954 1.157 Schilling und wird sich durch die dritte Etappe der Entnivellierung im Juni 1955 auf 1.223 Schilling erhöhen. Das Gehalt eines Facharbeiters (I/3) unter den gleichen Voraussetzungen wird sich von 1.232 auf 1.320, das eines Kanzleibeamten (D/VI/5) von 1.157 auf 1.223, das eines Verwaltungsbeamten (B/VI/7) von 1.364 auf 1.487 und das eines Akademikers (A/V/3) von 2.027 auf 2.244 Schilling erhöhen.

Bei den Städtischen Unternehmungen wurde der Personalstand um 175 vermindert, während sich die Zahl der Pensionisten um 399 erhöhte.

Jeden Monat 1.000 Aufnahmegesuche

Die Gemeinde Wien hat auch die Forderung nach der Einstellung von Jugendlichen erfüllt. Die Stadtwerke haben 144 Jugendliche, davon 77 weibliche, aufgenommen, und das Stadtgartenamt 30, also zusammen 174 Jugendliche. Außerdem wurden in der Hoheitsverwaltung 588 und in den Unternehmungen 877 Bedienstete neu aufgenommen, zusammen also 1.465. Als Saison- und Aushilfskräfte waren 2.002 Personen eingestellt worden, insgesamt wurden 3.641 verwendet. Nach wie vor hat der öffentliche Dienst eine große Anziehungskraft. Monatlich laufen ungefähr 1.000 Gesuche um Aufnahme bei der Gemeinde Wien ein.

Stadtrat Dr. Migsch machte sodann einige grundsätzliche Bemerkungen über die Art, in der er seine Geschäftsgruppe zu führen gedenkt. Er könne noch kein großes Reformprogramm vorlegen, schon deshalb nicht, weil er erst vor einer Woche dieses Amt übernommen habe. In diesen acht Tagen sei eine wahre Sturzflut an Arbeit hereingebrochen, die bewältigt werden mußte. Die Personalkommission und der Personalausschuß mußten sich mit 400 Geschäftsstücken beschäftigen, die seit den Gemeinderatswahlen im Oktober aufgelaufen sind. Dazu kommt noch eine Bewegung, vor allem bei den Unternehmungen, die Verhandlungen mit der Gewerkschaft erforderte. Es wurde nun mit der Gewerkschaftsleitung vereinbart, daß die ersten Vorbesprechungen am Mittwoch kommender Woche aufgenommen werden sollen.

Personalwesen - ein "heißes" Referat

Ein Personalreferent sei nie in der Lage, auf große Leistungen hinzuweisen, führte Stadtrat Dr. Migsch weiter aus. Seine Funktion liege nicht darin, große Leistungen im Dienste der Allgemeinheit zu vollbringen, sondern vielmehr darin, ein gut funktionierendes, jederzeit bereites und fachlich geschultes Verwaltungspersonal bereitzustellen, damit die anderen Organisationen in der Gemeindeverwaltung in der Lage sind, ihre Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit gut zu erfüllen. Der Personalreferent ist die Person, mit der niemand zufrieden ist. Sagt er zu den Wünschen des Personales immer Ja, dann taugt er für diesen Posten

nicht, denn dann kommen der Finanzreferent und die anderen Stadträte und sagen, daß sie die Mittel für viel wichtigere Aufgaben, für den Wohn-, Straßen-, Schul-, Brückenbau, für die Fürsorge usw. benötigen. Es ist selbstverständlich, daß jedes Ressort bestrebt ist, aus den dem Finanzreferenten zur Verfügung stehenden Mitteln möglichst viel zu erhalten. Hier muß der Finanzreferent zwischen den Bedürfnissen der Allgemeinheit und den Bedürfnissen der Verwaltung abwägen und ausgleichen. Das Personalreferat sei auch deswegen ein "heißes" Referat, weil viele Fragen auf die politische Ebene gebracht werden. Er werde sich jedoch stets bemühen, allen Aufgaben und Anforderungen gerecht zu werden und der Verwaltung ein gut funktionierendes und fachlich geschultes Personal zur Verfügung stellen. Er bringe den guten Willen dazu mit und einige Erfahrung als Beamter der Gemeinde Wien und auch als Gewerkschaftsfunktionär.

Der Mensch ist das Maß aller Dinge

Stadtrat Dr. Migsch kommt sodann auf die Auswahl der Beamten zu sprechen und ersucht den Gemeinderat, in den Personalfragen keine politischen Angelegenheiten zu erblicken. Hier handelt es sich durchaus um eine menschliche Frage. So wie der Arzt in einem Spital den Blinddarm weder sozialistisch, noch volksparteilich, noch volksdemokratisch herausnehmen kann, ist es in allen Bereichen der Verwaltung. Auch wie man technisch Häuser baut, ist keine Frage der Politik, sondern eine Frage des Könnens und der Fähigkeit. Meine Aufgabe wird darin bestehen, sagt der Referent, den richtigen Mann, aber auch die richtige Frau auf den rechten Platz zu stellen. Ich werde niemals Begabung, Leistung und Hingabe an den Dienst durch ein Parteibuch irgendwelcher Art ersetzen lassen. (Vizebürgermeister Weinberger: Bravo!) Ich sehe meine Aufgabe auch darin, den Kindern aus unbemittelten Familien, den Kindern aus Arbeiterfamilien den Weg in den Dienst der Gemeinde Wien zu ebnen, falls sie die fachlichen Voraussetzungen aufbringen.

Wir müssen Methoden der Menschenführung suchen, die der demokratischen Grundeinstellung entsprechen. Der Mensch muß das Maß aller Dinge bleiben.

Appell an die Bediensteten

Ich fühle mich auch verpflichtet, einen Appell an die Pflichterfüllung und an die Besonnenheit unserer Angestellten zu richten. In dem Augenblick, in dem zum Beispiel der Straßenbahner **pragmatischer** Angestellter geworden ist, hat er ebenso die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Wiener Bevölkerung die Verkehrsmittel benutzen kann, wie diese Pflicht den Generaldirektor der Stadtwerke trifft. In dieser Pflichterfüllung bestehen keinerlei Unterschiede vom Stadtrat bis zum Straßenbahner. Die städtischen Angestellten waren auch in schweren Zeiten stets bestrebt, ihre Pflicht zu erfüllen. Was wir wollen, ist, daß auch unsere öffentlichen Angestellten mit der gleichen Hingabe und mit der gleichen Pflichterfüllung im Dienste Wiens und der Wiener Bevölkerung stehen. Was wir wollen, ist Gerechtigkeit gegen jedermann. Was wir wollen, ist, auch auf dem Gebiete der Personalverwaltung zu zeigen, daß die Methoden der demokratischen Menschenführung, der Auslese der Begabten jenen Gesellschaftsformen überlegen sind, die mit den Methoden der Autorität und der Autokratie arbeiten (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Die Debatte über das Personal

GR.Dr. Soswinski (VO) betont, die Opposition habe in ihrem jahrelangen Kampf um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeindebediensteten und mit ihren zeitgerecht gestellten Forderungen, die damals immer als Demagogie hingestellt worden seien, grundsätzlich recht behalten. Alle paar Monate mußte irgendeiner Forderung, die die Beamten, Angestellten und Arbeiter dieser Stadt stellten, teilweise Rechnung getragen werden. Das 13. Monatsgehalt wurde in der Zwischenzeit bewilligt, eine Entnivellierungsetappe vorverlegt und die Kriegslohnsteuer weitgehend abgebaut. Erst dann könne man von Pflichten der Bediensteten sprechen, wenn man ihnen das Leben ermögliche. Seine Fraktion habe immer wieder darauf verwiesen, daß die Gemeindebediensteten mit ihren Löhnen und Gehältern nicht das Auslangen finden können.

Die Masse der Bediensteten sei nicht an einer Entnivellierung, sondern an einer Valorisierung der Bezüge interessiert. Das Entnivellierungsverfahren sei nur ein Spannungsausgleich und keine Abgeltung der eingetretenen Teuerung gewesen.

Die Bediensteten der Stadt verlangen, daß auch für sie die Teuerung abgegolten werde. Die Aufgabe einer sozialen Gemeindeverwaltung müsse es sein, alle Möglichkeiten zu suchen, um den Bediensteten der Stadt ein immer besseres Leben zu sichern. Die für eine Vorziehung der letzten Entnivellierungsetappe nötige Summe sei im Budget vorhanden und leicht zu beschaffen. Der Redner fordert in einem Resolutionsantrag den Stadtrat für das Personalwesen auf, unverzüglich mit der Gewerkschaft in Verhandlungen über die Vorziehung der letzten Etappe der Entnivellierung einzutreten. Das Ziel soll sein, die für den 1. Juni 1955 in Aussicht genommene letzte Etappe womöglich schon am 1. Jänner durchzuführen. Gleichzeitig soll die Möglichkeit geschaffen werden, über die anderen seit langem erhobenen Forderungen der städtischen Bediensteten zu verhandeln und Wege zu finden, um sie ehestens zu erfüllen. Die Angleichung der Nebengebühren an die gestiegenen Preise sei besonders dringlich.

GR. Dr. Soswinski setzt sich weiter dafür ein, den Bediensteten der Gemeinde zur Abgeltung der Teuerung noch vor Weihnachten einen halben Monatslohn, mindestens 500 Schilling, auszuzahlen. Die Gemeinde müsse diese Überbrückungshilfe gewähren, um wieder ihr Gesicht herzustellen. Er legt einen diesbezüglichen Beschlußantrag vor, erklärt sich aber bereit, diesen Antrag, da es sich für ihn um keine Prestigefrage handelt, sofort zurückzuziehen, wenn der Sprecher der Sozialistischen Partei einen Antrag einbringt, der den Gemeindebediensteten den gleichen materiellen Vorteil bringt.

In Österreich steige durch die ständig wachsende Produktivität auch die Ausbeutung der Arbeiter. Leider ist diese Ausbeutung bei den Betrieben der Gemeinde Wien ebenso groß wie in jeder privaten Schinderbude.

Besonders bei der Straßenbahn wurde der Dienst verschlechtert. Es muß daher bei der Straßenbahn eine Vermehrung des Personals mit einer menschenwürdigen und der Schwere des Dienstes entsprechenden Entlohnung Hand in Hand gehen. Besonders benachteiligt seien die Schaffnerinnen, die grundsätzlich nicht pragmatisiert werden. Diese schlechte Einstellung gegenüber den Frauen zeige sich auch darin, daß der seinerzeit bei einer Reihe von Dienststellen bestandene bezahlte Wirtschaftstag wieder abgeschafft wurde. Er müsse ihnen wenigstens einmal im Monat gegeben werden, damit sie ihren Haushalt so in Ordnung bringen können, wie eine Frau, die nur ihren Haushalt führt. Auch die Regelung der Frage der Nebenbezüge, wie zum Beispiel Außendienst- und Monturzulage, müsse in kürzester Zeit erfolgen. Die Personalreserven seien so einzusetzen, daß im Falle von Krankheit oder Urlaub die Fehlenden nicht zur Gänze von ihren Kollegen ersetzt werden müssen. Den Kindergärtnerinnen und Krankenschwestern müsse ein Vorwärtskommen ermöglicht werden, denn mit der Neigung allein können sie das Auslangen nicht finden, sie brauchen auch ein reales Fundament. Die unsozialen Disziplinarvorschriften, die dazu führen, daß die Kommissionen oft wie zur Zeit der Leibeigenschaft funktionieren, und das Strafsystem müssen beseitigt und durch moderne, den demokratischen Grundsätzen entsprechende ersetzt werden. Die Sonn- und Feiertagszuschläge für die Gemeindebediensteten müssen gleich hoch gehalten werden wie jene für die Privatwirtschaft.

Da in den Budgetansätzen bisher noch keine Vorsorge dafür getroffen worden ist, daß die dritte Etappe der Entnivellierung auf den 1. Jänner 1955 vorgezogen wird, daß die derzeitige Teuerung durch eine Sonderzulage abgegolten wird und daß die Nebengebühren auf den gegenwärtigen Preisstand gehoben werden, könne die VO den Ansätzen des Kapitels Personal nicht zustimmen.

GR.Dr. Freytag (ÖVP) weist zunächst auf den "starken Verschleiß" von Stadträten für das Personalwesen hin. Der neue Stadtrat ist selbst Gemeindebediensteter und früher Gemeindebediensteter gewesen. Diese Tatsache erwecke bei den Bediensteten der Stadt Wien unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit große Hoffnungen.

Die Bedeutung der Beamten für den Staat wird von breiten Schichten der Bevölkerung noch immer nicht im richtigen Maß erkannt. Es muß auch Aufgabe einer Verwaltung sein, zum Verständnis für die Beamten beizutragen. Die schlechte Bezahlung der Bediensteten ist allerdings schon ein Begriff geworden. Wenn Stadtrat Resch von einer 27prozentigen Gehaltserhöhung gesprochen hat, so muß man auch bedenken, daß es sich um schlechtest bezahlte Menschen handelte.

Der Redner gab jedoch zu, daß in der letzten Zeit für die Beamten durch die Entnivellierung und durch die Steuersenkung einiges geschehen ist. Er dankte in diesem Zusammenhang Finanzminister Kamitz, der volles Verständnis für die berechtigten Wünsche der Beamtenschaft gezeigt hat (Beifall bei der ÖVP).

Ein weiterer Fortschritt ist in der Familiengesetzgebung zu sehen. Hier handelt es sich entschieden um ein Verdienst der ÖVP. Auch das Gehaltsgesetz, das in Vorbereitung ist, soll den Bediensteten weitere Vorteile bringen.

Der Redner bedauert die mangelnde Zusammenarbeit, die im Gegensatz zum Parlament, hier im Wiener Gemeinderat herrscht. Bürgermeister Jonas hat in seiner Antrittsrede gesagt, die Gemeinde wird ein einsichtiger und sozialer Dienstgeber sein. Es zeigt sich jedoch, daß bei der Gemeinde zur Verwirklichung dieses Satzes einiges fehlt. Eine alte Forderung zum Beispiel, die noch immer unerfüllt ist, bedeutet der Stellenplan, der nach wie vor nicht herausgebracht wurde. Was die Dienstbeschreibung anbelangt, so wollen die Angestellten, daß in gewissen Abständen solche Dienstbeschreibungen abgefaßt werden; sie verlangen aber auch, daß eine Einsichtnahme möglich ist und eine Beschwerdemöglichkeit zusteht. Beim Bund und bei der Post gibt es diese Einrichtung bereits. Selbst bei der Gemeinde Wien hat 1912 bis 1918 diese Einrichtung bestanden.

Der Redner lenkte ferner das Augenmerk des Amtsführenden Stadtrates auf das Mißverhältnis zwischen den verzinslichen Vorschüssen und den unverzinslichen Darlehen. Er wendet sich gegen die Abhaltung von Sammlungen für politische Parteien innerhalb der Dienstzeit in den Diensträumen. Der seinerzeitige Bürgermeister Dr. Körner hat den Standpunkt vertreten, daß

Sammlungen für politische Zwecke grundsätzlich verboten, Sammlungen humanitärer Art nur dann erlaubt sind, wenn der Dienstbetrieb nicht darunter leidet und kein Zwang ausgeübt wird.

Zum Kapitel Neuaufnahmen sagte Dr. Freytag, es sei seit Jahren unmöglich, einen Akademiker, der nicht gewissen Voraussetzungen entspricht, bei der Gemeinde unterzubringen. Ebenso verhält es sich bei den Saisonarbeitern.

Die Versetzungen werden gleichfalls in der Praxis nicht so gehandhabt, wie es einem einsichtsvollen Dienstgeber entsprechen würde. Da ist zum Beispiel ein hoher Beamter in Pension gegangen, aber nicht sein Stellvertreter wird zum Nachfolger ernannt, weil er ein "Schwarzer" ist, sondern ein anderer aus einer anderen Abteilung. Auch bei den Beförderungen ergeben sich Unzukömmlichkeiten. Bei den Disziplinarverfahren wiederum ist es nicht schön, wenn der "Angeklagte" bereits vorher als "zum Tode verurteilt" gilt. Hier sollte doch größere Vorsicht geübt werden. Man sollte sich im Rahmen der Verwaltung um wirkliche Gerechtigkeit bemühen und auch jenen das gleiche Recht angedeihen lassen, die nicht der Mehrheitspartei angehören.

Schließlich brachte der Redner noch die Wünsche einzelner Gruppen vor, so die Forderung nach dem Akademikerurlaub, nach einem zusätzlichen Urlaub und nach Erhöhung der Zulage für die Invaliden des Ersten Weltkrieges, nach Besserstellung der Kindergärtnerinnen, der Apothekerinnen, der Bibliothekare und der Amtsvormünder.

Zum NS-Problem führte Dr. Freytag grundsätzlich aus, es sei seiner Meinung nach unmöglich, daß man Menschen, die unter diesen Personenkreis fallen, so ungleichmäßig behandelt hat und teilweise jetzt noch behandelt. Es ist nicht einzusehen, warum die Lösung, wie sie beim Bund gefunden wurde, nicht auch bei der Gemeinde möglich sein soll. Warum, so fragt Dr. Freytag, befleißigt sich gerade die Gemeinde Wien diesen Personen gegenüber einer besonderen Härte?

Zusammenfassend, meint der Redner, es bleibe also noch einiges auf dem Gebiete des Personalwesens zu tun. Es müßte wirklich möglich sein, daß wir zum Wohl der Beamten und zur Hebung der Freude am Dienst und des Eifers der Beamten einige Verbesserungen durchführen. Es wird eine dankenswerte Aufgabe des neuen Stadtrates sein, die Personalpolitik der Stadt Wien ./.

so zu gestalten, wie sie sich die Bevölkerung vorstellt.

Abschließend dankte der Redner allen Angestellten der Stadt Wien für die manchmal unter schwierigsten Umständen geleistete Arbeit (Beifall bei der ÖVP). Er gab die Zustimmung zu den Ansätzen des ersten Hauptstückes.

GR. Schiller (SPÖ) bezeichnet die zur Debatte stehende Verwaltungsgruppe als ein besonders schwieriges Kapitel, da jede der rund 340 Beschäftigtengruppen eigene Wünsche und Forderungen hat. Diese besonders hervorgehobenen Wünsche mögen wohl teilweise ihre Berechtigung haben. Ich glaube aber nicht, daß damit, wenn man jeder dieser Gruppen ihre Wünsche erfüllen würde, eine Lösung gefunden werden kann, weil dann im Vergleich der Gruppen zueinander Unzufriedenheit entstehen würden. Es wurde im Jahre 1946 einvernehmlich beschlossen, für die gesamten öffentlichen Bediensteten ein gemeinsames Gehalts- und Lohnrecht durchzuführen. An diesem Grundsatz wollen wir auch festhalten. Dem Wunsch nach Sonderregelungen für einzelne Gruppen kann man nur dann nachgeben, wenn sie als Grundlage für Forderungen der Allgemeinheit durchgesetzt werden sollen. Wir haben uns auch festgelegt, neben diesem gemeinsamen Dienst- und Gehaltsrecht ein gemeinsames Sozialrecht für sämtliche Bedienstete der Gemeinde Wien zu schaffen. Diese drei Grundsätze wurden anerkannt und im Fundament geschaffen. Am Ausbau dieser drei Säulen wird dauernd gearbeitet und verbessert. Dieses gemeinsame Dienstrecht hat auch die Pragmatisierung für die Arbeitergruppen mit sich gebracht. Diesen bedeutenden Fortschritt dürfe man nicht außer acht lassen, wenn man wie heute über Fragen des allgemeinen Lohnrechts diskutiert. Das Gehaltsrecht wurde einvernehmlich mit dem für die Bundesangestellten erstellt. Es steht in seinen Grundzügen fest, wird jedoch ständig weiter ausgebaut und verbessert. Es sind augenblicklich Verhandlungen angesetzt, die Verbesserungen vorsehen. Auch bei Zulagen, die heute oft unterbewertet sind, wird der Versuch unternommen, eine Regelung zu schaffen. Auf dem Gebiete des Sozialrechtes wurden gemeinsame Grundsätze geschaffen. Auch hier sind noch offene Wünsche, so gibt es zum Beispiel bis heute noch keine obligatorische Pflicht zur Krankenversicherung.

Wenn davon gesprochen wurde, warum Kurzschaffnerinnen nicht der Pragmatik unterstellt werden, ist zu sagen, daß die ärztliche

Wissenschaft erklärt, eine Schaffnerin könne ihren Beruf nicht durch längere Zeit ausüben. Zu den Vorwürfen, daß Kurzschaffnerinnen mißbraucht werden, indem sie zwei Touren nacheinander fahren, muß erwidert werden, daß dies auf ihren eigenen Wunsch geschieht, da sie dadurch einen ganzen freien Tag gewinnen.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß in den Jahren, seit die Sozialisten wieder im Rathaus verwalten, der Personalstand um rund 10.000 verringert wurde. Dies geschah ohne Abbauwelle und unter Vermeidung sozialer Härten. Trotz der verringerten Zahl an Bediensteten haben sich die Gehaltsansätze nicht verringert, sondern sogar etwas erhöht. Dies ist ein Gegenbeweis gegen die Vorwürfe, daß die Gemeindebediensteten zu den am schlechtesten entlohten Gruppen gehören. Wenn die allgemeinen Löhne der Arbeiter und Angestellten in allen Zweigen der Industrie und Wirtschaft und auch die der Gemeindebediensteten in diesem Zusammenhang als zu gering bezeichnet werden, können wir dies nur unterstreichen. Man darf aber nicht sagen, daß die Gemeindebediensteten schlechter daran sind als die anderen, denn das ist nicht richtig. Es muß der Versuch unternommen werden, das Gesamtniveau der arbeitenden Menschen in diesem Lande zu heben und die Kaufkraft zu steigern. Zu dieser Aufgabe bekennt sich die Sozialistische Fraktion dieses Hauses bedenkenlos (Beifall bei der SPÖ).

Dem Problem der Randgemeinden komme vom Personalsektor aus große Bedeutung zu. Es sollen dort 1.600 Bedienstete vom Land Niederösterreich übernommen werden. Es zeigen sich hier aber große Schwierigkeiten, denn Niederösterreich kommt seinen Verpflichtungen nicht nach. Hier ergibt sich eine große Gefahr für die Gemeinde Wien, die zu großen Personalüberständen führen könnte, wenn die neugeschaffenen Gebietskörperschaften der Randgemeinden ihre Verpflichtungen nicht erfüllen. Die Gemeinde Wien war so großzügig, auf eine Rückerstattung aller in diesen Gebieten durchgeführten Investitionen zu verzichten. Es müßten hier alle interessiert sein, das Personalproblem zu lösen.

Es wurde auch viel von der Bewegung gesprochen, die einen Teil der Gemeindebediensteten erfaßt hat. Heute von diesen Forderungen zu sprechen, erscheine jedoch nicht zweckmäßig, weil mit den Gewerkschaften für die nächste Zeit Verhandlungen vorgesehen sind. Es wird ein Weg gesucht und gefunden werden und mit

einigem guten Willen wird man auch hier einen Ausgleich schaffen können. So lange der Verhandlungsweg offen ist, mögen daher alle Bediensteten von irgendwelchen gewerkschaftlichen Aktionen absehen.

Zu den von GR.Dr. Soswinski angeführten Sonderzahlungen in den Bundesländern ist zu sagen, daß die Gewerkschaft auf dem Standpunkt steht, was dem arbeitenden Menschen **gebührt**, das soll er auch rechtmäßig bekommen und nicht in Form irgend einer Gnadengabe.

Wiederholt wurde auch die Einführung eines Wirtschaftstages verlangt. Wir lehnen diesen Wirtschaftstag jedoch ab, weil bei der Gemeinde der Grundsatz gleiches Recht für Mann und Frau bei gleichem Lohn gelte, die Gewährung eines Wirtschaftstages jedoch eine Bevorzugung der Frauen bedeuten würde.

Alle Zulagen, soweit sie auf Mehrdienstleistungen aufgebaut sind, wurden voll erhöht/^{und}nachgezogen. Im heurigen Sommer konnte eine entscheidende Verbesserung einer Reihe von Zulagen erwirkt werden, so zum Beispiel die Zulagen für die Schwestern in den Anstalten usw. Einige Zulagen sind bestimmt noch reformbedürftig, sie werden jedoch korrigiert werden.

Zu den vom GR.Dr. Freytag kritisierten Sammlungen in den Ämtern erklärt der Redner: Die Gemeindeverwaltung und auch die Sozialistische Partei hat keine allgemeine Sammlung durchgeführt. Diese Sammlungen erfolgen durch den Vertrauensmännerapparat der Fraktion der sozialistischen Gewerkschafter bei jenen Bediensteten, die mit den Sozialisten sympathieren und ihnen nahe stehen. Diese Sammlungen werden wir auch weiterhin durchführen und sie uns nicht verbieten lassen. Wir werden diese Sammlungen niemals auf alle Bediensteten ausdehnen, aber wenn sozialistische Gewerkschafter zu ihren Parteifreunden gehen, so ist das keine offizielle Sammlung. (GR.Mühlhauser: Während der Amtszeit in den Amtsräumen! Das ist ein Standpunkt eines Gewerkschafters!) Wir werden uns das Recht auf diese Sammlungen niemals streitig machen lassen (Beifall bei der SPÖ).

Die Mehrheitspartei dieses Hauses ist sich ihrer Aufgabe dem Personal gegenüber bewußt. Sie kennt die Mängel und Schwächen. Sie ist dauernd bemüht und bereit, verbessernd an diesem Gebäude zu arbeiten. Auf diesem Wege werden wir weiterschreiten. Wir

werden auch weiterhin an den drei Säulen in unseren Grundsätzen festhalten, die da heißen: gemeinsames Dienstrecht, gemeinsames Lohnrecht und gemeinsames Sozialrecht. Das Fundament dazu ist gelegt. Es auszubauen und noch wohnlicher einzurichten, wird die Aufgabe der sozialistischen Fraktion auch in der Zukunft sein. Aus diesem Grunde stimmen wir den Ansätzen dieser Gruppe zu. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dr. Migsch erklärt in seinem Schlußwort zu den Forderungen Dr. Soswinskis, daß diese eine Empfehlung an die Gewerkschaft darstellen und es dem Gemeinderat nicht zukomme, der Gewerkschaft Zensuren zu erteilen. Zu der Kritik an der behaupteten Ausbeutung der Schaffnerinnen betont er, daß es eben Verkehrsspitzen gibt, die im Interesse der Bevölkerung bewältigt werden müssen. Er halte die Einrichtung der Kurzschafterinnen für eine der sozialsten und vernünftigsten Maßnahmen der Stadtwerke. Tausende verheiratete Frauen würden sehr gerne einen zusätzlichen Verdienst erwerben, sie können aber aus der Verpflichtung gegenüber ihrem Haushalt und ihren Kindern nicht eine regelmäßige achtstündige Arbeitszeit erfüllen. Die Einrichtung der Kurzschafterinnen helfe diesem sozialen Bedürfnis ab. Niemals wollen und sollen diese Frauen in ein pragmatisches Verhältnis kommen, denn sie wollen nur einen zusätzlichen Verdienst erwerben.

Der Stadtrat verweist in seinen weiteren Ausführungen darauf, daß die Gemeindeangestellten, solange die Verwaltung sozialistisch geführt ist, nie zu Streiks und gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zu greifen brauchten. Das Disziplinarverfahren dürfe nie zum Schutze derjenigen dienen, die bewußt und absichtlich ihre Pflicht verletzen. Bei zu großer Nachsicht wäre der einsatzbereite und opferfreudige Bedienstete der Dumme. Die Disziplinarkommissionen seien absolut demokratisch zusammengesetzt.

Der Referent bezeichnet das einheitliche Gehaltsrecht vom Bodensee bis zum Neusiedlersee als eine sehr weise Maßnahme. Er erklärt sich gerne bereit, mit den freigewählten Vertretern der Gewerkschaft zu verhandeln, lehnt es aber ab, eine wilde Aktion anzuerkennen. Für die freigewählten Vertreter der Gewerkschaft werde er zu Verhandlungen über alle Fragen des Dienstes und

über alle Sorgen, die sie bedrücken, zu jeder Tages- und Nachtstunde zur Verfügung stehen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Zur Kritik an den Sammlungen in Ämtern und Betrieben bemerkt er, daß es sich dabei eigentlich um eine Lappalie handle, die der vielen Worte gar nicht wert sei. Jeder öffentlich Angestellte sei auch Staatsbürger und habe das Recht, einer Partei anzugehören. Die Verwaltung habe daher keinen Anlaß, dem Menschen diese staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen. Selbstverständlich müsse man verlangen, daß niemand zu einer Spende gezwungen wird, es sei jedoch nichts dagegen einzuwenden, wenn Kollegen untereinander diskutieren und auch sammeln.

Mit der Anstellung der Saisonarbeiter erfülle die Gemeinde gleichfalls eine soziale Funktion und eine volkswirtschaftliche Aufgabe. Mindestens die Hälfte der eingestellten Saisonbediensteten sei mindererwerbsfähig und könnte in anderen Berufen nicht unterkommen.

Ich habe die Absicht, sagt Stadtrat Dr. Migsch, alle Fragen nicht politisch, sondern rein fachlich zu sehen. Ich möchte abschließend den Dank an alle Beamten, Arbeiter und Angestellten der Gemeinde aussprechen, die im letzten Jahr unter Einsatz ihres Könnens und Wollens der Stadt Wien die Truuegehalten und Leistungen vollbracht haben, die Wien zu dem gemacht haben, was es heute ist. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Die beiden Resolutionsanträge Dr. Soswinski werden auf Vorschlag des Referenten abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Konstituierung der neugewählten Bezirksvertretungen im 6., 7.und 11. Bezirk

18. Dezember (RK) In Vertretung des Bürgermeisters nahm heute vormittag der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Afritsch die Angelobung der neugewählten Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher in Mariahilf, auf dem Neubau und in Simmering vor. Nach einer Ansprache von Stadtrat Afritsch, der den neugewählten Körperschaften die Grüße der Stadtverwaltung überbrachte, haben die neugewählten Bezirksvorsteher Erklärungen über die Tätigkeit der nach zwanzigjähriger Unterbrechung wieder gewählten Bezirksvertretungen abgegeben. Die konstituierenden Sitzungen in den Bezirken wurden mit Ansprachen von Vertretern der politischen Parteien abgeschlossen.

In Mariahilf wurde Rudolf Krammer (ÖVP) zum Bezirksvorsteher, Hofrat Dr. Franz Löwner (SPÖ) zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Im 7. Bezirk wurden gewählt: zum Bezirksvorsteher Franz Friedrich Glamm (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hans Binder (SPÖ), im 11. Bezirk zum Bezirksvorsteher Josef Haas (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Zahalka (ÖVP).

Am Montag, dem 20. Dezember, werden folgende Bezirksvertretungen konstituiert: 9. Bezirk 8 Uhr, 10. Bezirk 9.30 Uhr, 12. Bezirk 11 Uhr, 13. Bezirk 15 Uhr, 23. Bezirk 16.30 Uhr, 14. Bezirk 18 Uhr.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

18. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 24. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Eichbüchel" gebracht wurden, am Dienstag, dem 21. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 14.35 Uhr vom Südbahnhof abzuholen.

- - -

Geschäftsgruppe III: Kultur und Volksbildung
=====

Der Gemeinderat geht sodann zur Beratung der Geschäftsgruppe III, Kultur und Volksbildung, über.

Stadtrat Mandl (SPÖ) verweist darauf, daß diese Verwaltungsgruppe nun ein völlig anderes Gesicht zeigt und alle jene Rubriken und Geldmittel zusammengefaßt wurden, die seit eh und je zum Kapitel Kultur und Volksbildung gehören. Während ich mich darüber freue, haben gestern die Redner der beiden anderen Parteien sauer darauf reagiert. Das ist begreiflich, weil nun in aller Deutlichkeit zum Ausdruck kommt, was die Stadt Wien für ihren Kulturbereich leistet. Da nun auch die Schulabteilung, das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei dieser Verwaltungsgruppe eingegliedert wurden, rundet sich das Bild des gesamten Kulturaufwandes und hält dieses Budget bei 200 Millionen Schilling.

Somit ist eine reelle Vergleichsbasis mit den anderen Bundesländern gegeben, und die Kritiker werden es in Zukunft schwer haben, auf Prozentsätze hinzuweisen, von denen sie schon bisher genau wußten, daß sie nicht stimmen. Im Verhältnis zum Gesamtaufwand machen die einzelnen Länder für Kultur und Volksbildung folgende Aufwendungen: Burgenland 6.17 Prozent, Kärnten 5.13, Niederösterreich 2.87 (Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ), Oberösterreich 4.92, Salzburg 3.4, Steiermark 5.41, Tirol 3.34, Vorarlberg 4.1 und Wien 6.2 Prozent. (Beifall bei den Sozialisten.)

Rekordbesuch in den Wiener Theatern

Der Wiederaufbau auf dem kulturellen Sektor ist in den vergangenen fünf Jahren sehr deutlich spürbar geworden, wenngleich die Lücken, die Faschismus und Krieg in die Reihen unserer Kulturträger gerissen haben, noch lange nicht geschlossen werden konnten. Die Sorge um den begabten Nachwuchs wird auch in Hinkunft zu unseren Hauptaufgaben gehören. Aber die Diskussionen um die Kulturkrise sind vorüber, unsere Künstler erfüllen ihre große Aufgaben und spüren sehr deutlich die wachsende Aufge-

geschlossenheit jener, für die sie wirken sollen. Die Besucherzahlen aller künstlerischen Veranstaltungen sind im steten Ansteigen begriffen. Im Oktober dieses Jahres haben die Wiener Theater mit 213.000 Zusehern einen Rekordbesuch aufzuweisen. Ihr Fassungsraum war zu 86 Prozent gefüllt, und mit 2,66 Millionen Schilling haben sie die höchsten Monateinnahmen seit 1945 erreicht. Die gleiche Entwicklung zeigt sich bei den Konzertveranstaltungen. Wenn es uns noch gelingt, durch Schaffung einer großen Publikumsorganisation, für die eine Million Schilling im Budget vorgesehen ist, noch größere Kreise für den Besuch unserer Kulturstätten zu interessieren, dann glaube ich, die größten Schwierigkeiten auf allen Gebieten künstlerischen Wirkens auf längere Zeit für überwunden betrachten zu können.

Auf dem Gebiet der bildenden Künste ist eine rege Ausstellungstätigkeit zu verzeichnen. Wir sehen in ihr eine Möglichkeit, Kunstwerk und Bevölkerung in Kontakt zu bringen. Erwähnt seien die Schulausstellung 1952, "Donau, Strom der Heimat" 1953, "Unser Wien" 1954 und die "Schau der besten Plakate des Jahres". In der Ausstellung "Das gute Bild für jeden" wurden in den ersten 16 Tagen 293 Bildwerke für insgesamt 70.977 Schilling verkauft.

Zum ersten Male wurde die Freiluftausstellung im Stadtpark durchgeführt. Sie löste sehr lebhaft Diskussionen in der Öffentlichkeit aus. Ich habe mich über sie gefreut, weil nichts Tötender ist als Gleichgültigkeit. Ich werde aber mit der gleichen Entschiedenheit, mit der ich dieses persönliche Recht auf Kritik vertrete, auch die Freiheit des künstlerischen Schaffens verteidigen, vor allem dann, wenn Vandalismus zu Zerstörung und Vernichtung führt (Beifall bei den Sozialisten). Wir haben Zeiten einer solchen Gesinnung, wie sie im Stadtpark von Vandalen und denen, die hinter ihnen stehen, gezeigt wurde, schon einmal mitgemacht, und ich glaube nicht, daß ein anständig denkender Mensch sie je wieder zurückwünscht. Hüten wir uns, wieder in eine solche Geisteshaltung zu verfallen, in der die Freiheit der Wissenschaft und des künstlerischen Wirkens nichts, brutale Gewalt alles bedeutet.

Dichter und Künstler kommen zur Schuljugend

Wir versuchen vor allem, unsere Jugend mit der bildenden Kunst in Kontakt zu bringen. Wir haben daher die "Schulgalerien" aufgebaut. Und wie wir unsere lebenden Dichter in die Schulen schicken, so wollen wir auch unsere bildenden Künstler mit der Schuljugend zusammenführen. (Beifall bei den Sozialisten.) Wir sind nach wie vor die größten Auftraggeber auf dem Gebiet der bildenden Kunst in Wien.

Das Wiener Musikleben hat in den letzten Jahren eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den unermüdlichen Trägern des Wiener Konzertlebens, unseren Wiener Symphonikern, sehr herzlich gratulieren und danken, und sie bitten, auch weiterhin alles zum Ruhme unserer Stadt zu tun. (Beifall bei der SPÖ.) Die Aufwendungen der Stadt sind für sie von 700.000 Schilling im Jahre 1950 auf 1,6 Millionen Schilling in diesem Jahr gestiegen.

Unsere Schülerkonzerte erfreuen sich nach wie vor der allergrößten Beliebtheit. Durch die Schülerabonnements gewinnen wir den Stoff für unsere künftigen Abonnenten. Die Arkadenhofkonzerte sind ebenso wie die Platzkonzerte in den Parkanlagen aus dem sommerlichen Musikleben nicht mehr wegzudenken. Der stärkste Faktor auf dem Gebiete der Musikerziehung sind nach wie vor unsere städtischen Musiklehranstalten. Ihre 8.750 Schülerinnen und Schüler sind nicht nur Lernende, sie sind auch die Keimzellen einer neuen Musikalität.

Zahl der Festwochenbesucher sprunghaft gestiegen

Der Besuch ausländischer Gäste zu den Wiener Festwochen ist seit Aufhebung der Kontrollen an den Demarkationslinien im Juni 1953 sprunghaft gestiegen und erreichte 1954 23.668 ausländische Besucher. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich danke den Mitgliedern des Programmausschusses und des Kuratoriums für ihre loyale Zusammenarbeit. Leider kann man diese Haltung noch nicht bei allen Institutionen finden, und ich werde mich nicht scheuen, die Geldmittel der Stadt in Hinkunft dort zu verweigern, wo sich der Mangel an Bereitschaft gar zu offensichtlich zeigt.

Zur Situation des Fremdenverkehrs führte der Referent aus, daß Wien nach dem zweiten Weltkrieg in eine sehr prekäre Situation gekommen ist. 1937 gab es in der Bundeshauptstadt mehr als 337.000 Ausländer mit 2,7 Millionen Nächtingungen. 48 Prozent davon kamen aus jenen Ländern, die heute zum volksdemokratischen Block gehören. In diesem Jahr sind nur 2 Prozent der Besucher Wiens aus den Oststaaten.

Wien hat Anziehungskraft nicht verloren

Wenn trotzdem heuer die Zahl von einer Million Nächtingungen schon in den ersten zehn Monaten erreicht wurde, dann ist das ein Zeichen dafür, daß Wien seine alte Anziehungskraft nicht verloren hat. Stadtrat Mandl ist der Meinung, daß Wien in den nächsten Jahren eine neue Blüte als Fremdenverkehrsstadt erleben wird. Man könne daher auch mit einer gesetzlichen Regelung der Fremdenverkehrsangelegenheiten nicht mehr zuwarten. Der Gesetzentwurf ist fertig und soll in den nächsten Wochen den Wiener Landtag beschäftigen. Über das Jugendgästehaus fügte der Referent zum Kapitel Fremdenverkehr noch hinzu, daß vor kurzem der 50.000. Besucher und die 150.000. Nächtingung gezählt wurden. Gäste aus 36 verschiedenen Staaten konnten bisher in Pötzleinsdorf beherbergt werden.

Günstige Entwicklung auch bei der Volksbildung

Die günstige Entwicklung ist auch bei den Volksbildungseinrichtungen festzustellen. Die Zahl der Hörer ist von 55.000 im Jahre 1952/53 auf 59.670 im Jahr 1953/54 gestiegen. Ich glaube, so sagte Stadtrat Mandl, daß wir der Volksbildung nicht nur materiell helfen - 1954 wurde 1,150.000 Schilling an Subventionen gegeben - sondern auch viele Impulse methodischer Art geben konnten. Erfreulich ist, daß es ab 1. Jänner 1955 gelingt, die unwürdigen Honorare der Dozenten zu erhöhen.

Vor kurzem ist auch ein völlig neuer Weg mit der Eröffnung des Volksheimes in Jedlersdorf beschritten worden. Ihm soll noch im Jänner 1955 das Volksheim in der Per Albin Hansson-Siedlung folgen.

Förderung der Wissenschaft

Der Förderung der Wissenschaft wurde in diesem Jahr ein Betrag von 420.000 Schilling gewidmet, davon 250.000 Schilling für die Verbände des Notringes.

Die günstige Entwicklung der Städtischen Büchereien hat auch in diesem Jahr angehalten. Die Zahl der Leser ist im Monatsdurchschnitt von 22.000 im Jahr 1952 auf 26.000 im Jahr 1953 gestiegen. Seit 1950 ergibt sich eine Steigerung der durchschnittlichen Leserzahlen um 74 Prozent. Äußerst erfreulich ist auch das starke Interesse der Kinder am guten Buch, das die Errichtung an eigenen Kinderbüchereien nötig machte. Derzeit gibt es 44 Büchereien, vier mußten mit den Randgemeinden abgetreten werden. Die Stadt Wien wirkt selbstverständlich auch bei der Pflege und Förderung guter Literatur über die Städtischen Büchereien hinaus. Zeugen dafür sind der Almanach "Lebendige Stadt", der Jugendbuchpreis und die vielen Ankäufe.

Die Modeschule der Stadt Wien ist innerhalb der städtischen Schulen von besonderer Art. Leider mußten in den letzten Jahren einzelne Spezialklassen wegen zu geringer Anziehungskraft aufgelassen werden. Wir wünschen aber, daß gerade diese Vielfalt, die die Modeschule von allen anderen Lehranstalten ähnlicher Prägung unterscheidet, erhalten bleibt.

Die Landesbildstelle ermöglicht durch ihre stille und hingebungsvolle Arbeit den modernen Schulunterricht. Stadtrat Mandl dankte dem Leiter dieser Dienststelle, Obermagistratsrat Dr. Albrecht, dem die Gründung zu danken ist und der aus dem aktiven Dienst ausscheidet, für seine wertvolle Arbeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die Stadtbibliothek hat ihre Position als wissenschaftliches und volksbildnerisches Institut weiter ausbauen können. 13.000 Leser waren es 1950 und Ende 1953 bereits 23.000 Leser. Die Zahl der Entlehnungen stieg von 34.000 auf 52.000. Als interessanteste Neuerwerbung führte der Referent das Notenautograph "Das Buch mit 7 Siegeln" von Franz Schmidt an.

Die städtischen Sammlungen sind dabei, ihre Bestände nach modernen Grundsätzen und entsprechend den Erfordernissen des neuen Hauses zu ordnen. Stadtrat Mandl sagte, er hoffe, daß das

neue Museum in zweieinhalb Jahren fertig sein wird.

Das Archiv der Stadt Wien hatte Ende 1953 einen Gesamtstand von 81.000 Urkunden, Akten usw., 7.000 Archivalien kommen jährlich dazu. Das Archiv ist wegen der Platzfrage nach wie vor ein Sorgenkind.

Innerhalb der Denkmalpflege wurden 44 Denkmäler wieder hergestellt. Die Aktion zur Beleuchtung unserer schönsten Denkmäler wird auch im nächsten Jahr wieder fortgesetzt, und zwar sollen die Kuppel am Michaelerplatz sowie die "Macht zu Lande" und die "Macht zur See" beleuchtet werden.

Auf dem Gebiet des Sportes war die Stadt Wien wie bisher den Sportvereinen bei der Grundbeschaffung zur Erbauung von Sportplätzen behilflich und hat den Bau von Jugendsportplätzen forciert. Derzeit beträgt das für Sportplätze gewidmete Gesamtareal 1,9 Millionen Quadratmeter. Pro Jahr und Quadratmeter sind 2 Groschen Pacht zu zahlen. Außerdem sind sie von der Grundsteuer befreit. Derzeit gibt es in Wien 110 Sportplätze, davon 68 auf Gemeindegrund. Von den 94 Jugendspielplätzen sind 68 im Eigentum der Gemeinde. Für 1955 wurde die Errichtung von 15 neuen Jugendspielplätzen geplant, 7 stehen vor der Vollendung.

Auch den Turnsälen gilt die Sorge der Stadtverwaltung. 1954 sind von 348 Turnsälen 323 komplett eingerichtet worden. 15 werden im kommenden Jahr eingerichtet.

Stadthalle und Stadionaufstockung

Bei der Wiener Stadthalle sind die Nebenhallen bis zum Erdgeschoß fundiert, die Turnhalle bis zur Dachgleiche gediehen und die Haupthalle teilweise fundiert. Die Garderoben für den Red Star-Platz werden heuer noch fertig.

Die Vorarbeiten für die Stadionaufstockung stehen vor der Beendigung. Als Baubeginn ist das Frühjahr 1955 vorgesehen.

Eine vielfältige Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendarbeit entfaltet das seit heuer dem Kulturamt zugeteilte Landesjugendreferat.

Zu der Gruppe Kultur und Volksbildung neu hinzugekommen ist die Schulverwaltung. Die Magistratsabteilung 56 umfaßt die Volks-, Haupt- und Sonderschulen, die Berufsschulen, die Lehranstalten für gewerbliche und hauswirtschaftliche Frauenberufe, das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei. 355 Schulgebäude werden von der Magistratsabteilung 56 verwaltet. Sie führt derzeit 4.672 Klassen mit 147.603 Schülern. Diese Zahlen sinken im kommenden Schuljahr auf 4.000 Klassen mit 126.370 Schülern. Der Rückgang ist vor allem auf die Ausgemeindung zurückzuführen. Im Gegensatz dazu steigt die Schülerzahl in den Berufsschulen. Waren es am 1. September 1953 27.953 Schüler in 822 Klassen, so waren es am gleichen Tage des Jahres 1954 34.406 Schüler in 1.007 Klassen. Trotz dieser unvorhergesehenen Steigerung gelang es, die Klassen ohne Beeinträchtigung des Unterrichtes rasch unterzubringen.

Abschließend sagte Stadtrat Mandl, er habe versucht, einen knapp gehaltenen Überblick über die vielfältige Tätigkeit des Kulturamtes der Stadt Wien zu geben. Es ist eine Tätigkeit, die, so behutsam wie möglich vollbracht, fördert, was der Förderung würdig ist, hilft, wo Hilfe nottut und die niemals versucht, das freie Wachstum der geistigen Kräfte in amtliche Normen zu zwingen. Das ist oft gar nicht so leicht und ist nicht immer bedankt. Ich weiß, daß noch manche Wünsche nicht erfüllt werden konnten und daß noch viel Arbeit vor uns liegt. Ich glaube aber, daß wir in den letzten fünf Jahren ein gutes Stück Weg in eine glücklichere Zukunft gehen konnten. Wir wollen hoffen und wünschen, daß diese Entwicklung zum Besseren auch in den kommenden Jahren anhalten möge, zum Nutzen von Kunst und Wissenschaft und zum Wohle unserer Vaterstadt.

Stadtrat Mandl dankte allen seinen Mitarbeitern für ihre verständnisvolle Zusammenarbeit, nicht zuletzt allen kulturellen Verbänden und Institutionen, die am Wiederaufbau unseres geistigen Lebens mitgewirkt haben (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Er ersuchte den Gemeinderat, den Ansätzen des dritten Hauptstückes zuzustimmen.

./.

Die Kulturdebatte

GR. Dr. Christoph (VO) bezeichnete die Ansätze des Kulturbudgets als viel zu gering und mehr als bescheiden. Sogar der Bund leiste im Verhältnis zur Gemeinde weitaus mehr. Es genüge nicht, das Wort Kultur dauernd im Munde zu führen. Stadtrat Mandl hätte auch versäumt, eine ernstliche Vorschau über die zukünftige Kulturarbeit zu geben. Es sei beschämend für unsere Stadt gewesen, daß Künstler und Wissenschaftler ihre bitterste Not durch einen Demonstrationszug der Öffentlichkeit vor Augen führen mußten. Der Redner stellt die Frage, ob es richtig ist, daß nur ein Bruchteil der Lehrkräfte des Konservatoriums der Stadt Wien pragmatisiert ist und ein Großteil nach Erreichung der Altersgrenze ohne Pension aus dem Dienst entlassen wird.

Man könne auch nicht oft genug darauf verweisen, daß man aus der Kultur und Volksbildung keine Steuern herauspressen kann, da Kultur keinesfalls ein Geschäft sein darf. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf die wiederholten Forderungen seiner Fraktion nach Aufhebung der Vergnügungssteuer bei kulturell wertvollen Veranstaltungen und stellt einen diesbezüglichen Beschlußantrag. Es gehe auch nicht an, daß nur einzelne Theater aus dem Kulturgroschen gefördert werden und andere, gleichfalls hochwertige Kulturinstitute, wie zum Beispiel die Scala, keine Subventionen erhalten. Bedeutendes Augenmerk müsse auch der Bekämpfung von Schmutz und Schund zugewendet werden. Man dürfe auch nicht nur gegen den Verkauf von Kriegsspielzeug auftreten, sondern in weit- aus größerem Maße auch gegen die Kriegsliteratur, die eine bedeutende Gefährdung unserer Jugend darstellt. Der Redner stellt einen Beschlußantrag, der ein Verbot zur Vorführung von Schmutz- und Schundfilmen verlangt, sowie den Verkauf und Vertrieb von Schundbüchern und dergleichen vorsieht. Es müßte auch ein derartiger Appell an die Wiener Buchhändler und Verleger ergehen, derartige Bücher nicht zu drucken oder zu verkaufen. In diesem Zusammenhang drückt der Redner auch sein Befremden darüber aus, daß in der offiziell aufliegenden Straßenbahnzeitung "Ring rund", auf die die Verkehrsbetriebe Einfluß haben, eine astrologische Rubrik aufscheint.

Eine weitere Verpflichtung der Stadtverwaltung sei auch die Förderung des Sportes. In der genannten Summe von 55 Millionen, die für den Sport aufgewendet wird, ist die Errichtung der Stadthalle mit 40 Millionen und die Aufstockung des Stadions mit 8 Millionen enthalten. Beide Vorhaben sind zu begrüßen. Zum Thema Sporthalle könne jedoch nicht zeitig genug hingewiesen werden, daß die Benützungsgebühren so gehalten werden müssen, daß sich auch kleine Vereine die Benützung der Sporthalle leisten können. So zu begrüßen diese beiden Projekte auch sind, müsse doch darauf hingewiesen werden, daß auch die kleinen Vereine und vor allem die Jugendsportorganisationen gefördert werden müssen. Weitere Forderungen auf dem Gebiete des Sportes sind die Herabsetzung der Vergnügungssteuer für Amateursportveranstaltungen und die vollkommene Befreiung für Jugendsportveranstaltungen. Die Mittel für Körperkultur und Sport müssen erhöht und die Sport- und Spielplätze durch die Schaffung eines Gesetzes saniert werden. Es dürfe auch nicht vorkommen, daß von der Gemeinde aus öffentlichen Mitteln errichtete Spielplätze an private Organisationen verpachtet werden.

Zum Kapitel Schulwesen ist zu sagen, daß die vorgesehenen Schulbauten zu begrüßen sind, daß aber der Rückgang der zusätzlich bereitgestellten Mittel darauf schließen läßt, daß auf diesem Gebiete nicht mehr als bisher ausgegeben werden soll. Unsere Schulbauten hatten im Ausland vielfach schlechte Kritiken, die man bei Neubauten berücksichtigen sollte. Verstärktes Augenmerk müsse den Verhältnissen in den alten Schulen zugewendet werden. Die hygienischen und sanitären Einrichtungen sind dort nicht immer die besten. Auch die Lehrbehelfe für den Geographie-, physikalischen und naturkundlichen Unterricht entsprechen der heutigen Zeit nicht mehr und müssen erneuert werden. Auch der Frage der Beistellung der Lehrbehelfe müsse größeres Augenmerk zugewendet werden. Verschiedentlich wurde auch von der Einführung eines neunten und zehnten Schuljahres gesprochen. Wenn es sich nur darum handelt, das Problem des Lehrplatzmangels damit hinauszuschieben und die Eltern länger zu belasten, ist eine derartige Verlängerung abzulehnen. Wenn sich die Verlängerung aber durch einen polytechnischen und praktischen Unterricht so auswirkt, daß eine Verkürzung der Lehrzeit dadurch erzielt würde und das Lehrziel ein höheres wird, sei sie zu begrüßen. ./.

Der Redner stellt abschließend fest, daß durch die Vereinigung des Kulturamtes und des Schulamtes die Verantwortlichkeit für das geistige und kulturelle Antlitz unserer Stadt innerhalb dieser Gruppe bedeutend größer wurde, die Ansätze hierfür jedoch nicht dieser Bedeutung entsprechen. Seine Fraktion könne ihnen daher nicht zustimmen.

Gemeinderätin Prof. Nora Hiltl (ÖVP) betont, daß das Gesicht einer Weltstadt vor allem auch von der Kultur her geprägt wird und daß diese Kultur von Menschen getragen werden muß, die wirklich verstehen, was Kultur, Kunst und Wissenschaft in allen ihren Bereichen bedeuten. Wir haben eine große Verpflichtung, gerade für die Menschen in der heutigen Zeit, die immer noch mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, auch kulturell zu sorgen und ihnen das zu geben, was sie aus der Not des Alltags herausführt und ihnen Schönheit und Erhebung in ihrem Leben bieten kann.

Wir begrüßen es, daß sich in jüngster Zeit die Sozialistische Partei maßgebend um die Kultur anzunehmen bemüht, wie die Rede des Ministers Waldbrunner auf dem letzten Parteitag beweist. Wir brauchen aber, sagt Rednerin, kein sozialistisches Kulturprogramm, sondern eine Kulturarbeit in dieser Stadt, die alle Parteien berücksichtigt und allen Menschen die Möglichkeit gibt, sich kulturell zu betätigen. Das erfreuliche Bekenntnis des Ministers Waldbrunner zu den kulturellen Leistungen der Katholischen Kirche ermutigt uns zu der Hoffnung, daß sich diese Einstellung auch in Taten auswirken wird, wenn es darum geht, ein altes christliches Bauwerk oder Kulturdenkmal zu erhalten und zu fördern. Wir von der Volkspartei wollen wieder eine Kultur vertreten, wie sie dieser Weltstadt würdig ist (Beifall bei der ÖVP).

Die im Frühjahr abgehaltene Kulturenquete im Parlament hatte zur Folge, daß Finanzminister Dr. Kamitz das Kulturbudget des Bundes um 150 Millionen Schilling erhöhte. Es war sehr schwierig, eine Kulturenquete auch im Rathaus durchzuführen. (Gemeinderätin Frieda Nödl: Das ist eine Lüge!) Stadtrat Mandl wollte ursprünglich keine Kulturenquete, sondern mit den einzelnen Organisationen verhandeln. Die Kulturenquete im Rathaus hat schließlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Die von den Vertretern aus Kunst und Wissenschaft vorgebrachten Wünsche gingen vor allem

auf eine Erhöhung des Wiener Kulturbudgets.

Stadtrat Resch habe es nun durch eine geschickte Zahlenakrobatik verstanden, den Anteil der Kultur am Budget, der 1954 noch 0.73 Prozent betrug, mit 6.2 Prozent auszuweisen. In Wirklichkeit seien aber die veranschlagten Kulturausgaben nicht gestiegen, sondern man habe nur den Aufwand für die Schulen und für verschiedene andere Zwecke im Kulturreferat vereinigt. Der Aufwand für die Kultur sei nicht größer geworden, sondern der gleiche geblieben. (GR. Konir: Damit bestätigen Sie, daß er auch bisher schon so hoch war!) Für die Zwecke, die im letzten Jahr im Kulturbudget ausgewiesen waren, seien auch für 1955 nur 27,7 Millionen veranschlagt, während die Erträge aus der Vergnügungssteuer mit 55 Millionen angenommen sind. Die Kultur sei also ein gutes Geschäft in Wien.

Die Zunahme des Theaterbesuches sei sehr erfreulich. Dies beweise den wirtschaftlichen Aufschwung in unserem Lande und das Interesse der Wiener für Kunst und Kultur. Der Besuch guter Theater sei aber auch ein soziales Bedürfnis. Eine Subventionierung der Theater durch die Stadt könnte dazu führen, daß die Theaterpreise gesenkt würden und mehr Leute in die Theater strömten. Über die von Stadtrat Mandl geplante Publikumsorganisation könne man reden, aber es sollte diese Einrichtung nicht über die Arbeiterkammern oder die Gewerkschaften durchgeführt werden. Es sei nicht notwendig, immer wieder recht einseitig ausgerichtete Organisationen für diese Zwecke einzuspannen. Leider müsse man sich auch die Karten für die an sich begrüßenswerte Aktion "Theater ins Volk" in der Gewerkschaft oder Arbeiterkammer oder in der Parteiorganisation holen. Diese Theaterveranstaltungen würden gewissermaßen als sozialistische Morgenfeiern benützt. Hier unterscheide sich die Auffassung der beiden Parteien: Für die ÖVP bedeute die Kunst ein höheres Gut, die SPÖ wolle aber alle diese Dinge engherzig nur für ihre Parteipropaganda ausnützen (Beifall bei der Volkspartei).

./.

Die Stadt Wien subventioniere die Theater nur aus den Mitteln des Kulturgroschens. Es wäre aber notwendig, hierfür noch zusätzliche Mittel zu verwenden. Alle Bundesländer hätten in ihren Kulturbudgets beträchtliche Summen für die landes- oder gemeindeeigenen Theater. Die Gemeinde Wien aber lebe auf diesem Gebiet von den Erfolgen und Leistungen der Bundestheater. Die Mittel aus dem Kulturgroschen sollten nicht immer wieder für Zwecke verwendet werden, die aus dem allgemeinen Budget geleistet werden müßten.

Auf dem Gebiet der Volksbildung sei ein erfreuliches Ansteigen des Interesses zu verzeichnen. Dies müsse man als ein Positivum werten, das aus der Bevölkerung komme, denn die Leistung der Gemeinde für die Volksbildung sei noch immer sehr gering. Die geradzuschändliche Bezahlung der Dozenten an den Volkshochschulen könne nun dank der Erhöhung des Bundeszuschusses endlich von 12 auf 18 Schilling für die Stunde und von 20 auf 30 Schilling für die Doppelstunde erhöht werden. Man könne nur hoffen, daß die Gemeinde Wien dem guten Beispiel des Bundes folgen werde.

Auch die Musikschulen sind aus dem Leben unserer Stadt nicht mehr wegzudenken. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Lehrern dieser Anstalten und auch der Modeschule den herzlichsten Dank aussprechen, weil sie oft unter den schwierigsten Verhältnissen, materiell nicht sehr glänzend gestellt, wirkliche Kulturträger sind.

Auch die Konzerte für unsere Jugend sind zu begrüßen, sollten aber noch weiter ausgebaut werden.

Zu den Beschädigungen der im Stadtpark ausgestellt gewesenen Plastiken erklärt Rednerin: Ich glaube, jeder von uns muß ein solches Vorgehen ablehnen. Aber man muß sich auch ernstlich fragen, warum und wieso es überhaupt zu solchen "Kunstäußerungen" gekommen ist. Der verantwortliche Stadtrat soll vielleicht doch auch zur Kenntnis nehmen, daß es anscheinend sehr viele Menschen gibt, die kein richtiges Verhältnis zu dieser Kunst bekommen. Ich glaube, daß manchmal versucht wird, das Volk zur Kunst zu erziehen, indem man ihm gewissermaßen mit dem Schlegel ins Gesicht haut, bis es blutet; und wenn dann das Volk aufschreit und etwas dagegen unternehmen will, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn vielleicht manche darunter sind, die das nicht in richtiger Form ausdrücken.

Andere Länder sind schon viel weiter, die haben dieses Experimentieren schon längst überwunden. Und manches sollte wirklich nur als Experiment gewertet werden und nicht als ein Kunstwerk, das in einem öffentlichen Garten aufgestellt wird.

Als wir im Vorjahr die Aufstockung des Wiener Stadions verlangten, ist man uns mit spöttischem Hohn begegnet. Im Juni hat Herr Bürgermeister Jonas anlässlich der Eröffnung der Olympischen Festwochen großartig verkündet, daß das Wiener Stadion auf 90.000 Plätze vergrößert wird. Ich danke Ihnen, Herr Bürgermeister Jonas, daß Sie meinen Antrag in die Tat umgesetzt haben. (Beifall bei der ÖVP. - Heiterkeit bei den Sozialisten.) Wieder einmal hat sich die Erfahrung bestätigt, daß wir die Anträge bringen, man sie nicht gerne hört und in eine Lade gibt, sie aber dann doch verwirklicht. Man sieht die Stärke der Österreichischen Volkspartei, deren Resolutionsanträge sich die sozialistische Fraktion dann fügen muß.

Auf dem Gebiete des zu dieser Verwaltungsgruppe neu hinzugekommenen Schulwesens verlangt Rednerin die Vorlage der einschlägigen Akten an den zuständigen Gemeinderatsausschuß, ein Mitspracherecht im Elternreferat und die Möglichkeit entsprechender Einflußnahme bei der Gestaltung des Vorlesungsprogramms und der Auswahl der Dozenten für das Pädagogische Institut. Schließlich fordert sie die Stelle des Dritten Stadtschulratspräsidenten für einen Vertreter der ÖVP.

Mit besonderem Nachdruck setzt sie sich für eine Erhöhung der Ehrenpensionen für Künstler ein und erklärt abschließend: Ich würde die Vertreter der Sozialistischen Partei bitten, einmal jenen Geist zu erfassen, der das Kulturantlitz dieser Weltstadt, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, geprägt hat. Machen Sie alle Anstrengungen, um nicht einseitige Kulturpropaganda zu betreiben, sondern wirklich das Kulturbedürfnis aller Menschen dieser Stadt zu befriedigen und Wien wieder zu einer Weltstadt auch in der Kunst und Wissenschaft zu machen. In diesem Sinne wird meine Fraktion diesen Ansätzen zustimmen (Beifall bei der ÖVP).

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) macht Mitteilung vom Ableben von Burgschauspielerin Maria Eis und Staatsopernsänger Georg Oeggel und erklärt: Wir alle dürfen wohl sagen, daß sie in bedeutendem Maß dazu beigetragen haben, das kulturelle Antlitz dieser Stadt zu prägen, und daß sie für das kulturelle Ansehen Österreichs Bedeutendes geleistet haben. Ebenso wie die Bewohner dieser Stadt werden auch die Mitglieder dieses Gemeinderates diesen beiden Künstlern stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Zu dem Kulturbudget übergehend, kommt Redner zunächst auf die Kritik über die unzureichenden Aufwendungen auf diesem Sektor zu sprechen und sagt: Es hat sich niemand eingebildet, daß diese Aufwendungen ausreichend sind, aber das gilt auch für alle anderen Gebiete. Vielfach kann nur das notwendigste von dem geschehen, was die heutige Zeit erfordert. Aber man kann nicht, wie es der Sprecher der ÖVP in der Generaldebatte tat, eine Herabsetzung der Steuern verlangen und dann erhöhte Aufwendungen für das Kulturbudget fordern. Ich glaube, es ist schon ein großer Fortschritt, daß wir den Fragen des kulturellen Lebens dieser Stadt nicht nur größere Aufmerksamkeit schenken, sondern auch eine Förderung zuteil werden lassen können, die immerhin viel bedeutet. Vergessen wir nicht, daß zur Zeit, als Stadtrat Mandl seine Arbeit übernommen hat, das Wort Kulturkrise in aller Munde war.

Inzwischen hat sich einiges geändert. Was man so landläufig als Kulturkrise bezeichnet hat, ist zu einem beträchtlichen Teil überwunden. Maßgebend dafür ist die wirtschaftliche Konsolidierung und doch auch die eigene Leistung des Stadtrates für Kultur und Volksbildung in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und dem Ausschuß für Kultur und Volksbildung in dem, das festzustellen stehe ich nicht an, die Arbeit sich im großen und ganzen einvernehmlich und fruchtbar gestaltet.

Man darf wohl sagen, daß für das kulturelle Leben andere Maßstäbe gelten. Die Menschen, die auf künstlerischem Gebiete schaffen, halten das, was sie hervorbringen, für richtig. Aber wie man sich zu einzelnen Werken auch stellen mag, dürfen wir diesen Menschen doch zubilligen, daß sie ihre Kunstwerke nicht nur deswegen schaffen, um die Öffentlichkeit herauszufordern. Sie glauben ja, daß das, was sie schaffen, einem allgemeinen Bedürfnis entspricht.

Die Zahlen über den Besuch der Theater und Kinos beweisen, daß die Menschen gerade in der Kriegs- und Nachkriegszeit in die Illusion geflüchtet sind. Später konnten die Menschen mit ihrem Geld auch die anderen Bedürfnisse wieder befriedigen. Das sind Tatsachen, die von einem Amt überhaupt nicht reguliert werden können, und die zeigen, daß auf diesem Gebiete andere Gesetze gelten. Leider hat die Kulturpropaganda nicht dem Umstand Rechnung getragen, daß neue Besitzerschichten entstanden sind, die nicht kulturtragende Schichten sind. Statt das Publikumsinteresse zu wecken, hat man lieber an die öffentliche Hand appelliert.

Wir haben wiederholt festgestellt, daß die nicht verkauften Plätze der Theater ein Vielfaches der Subventionen und auch ein Vielfaches von dem ausmachen, was die Betriebe an Vergnügungssteuer bezahlen. Hier wäre der Hebel anzusetzen gewesen, damit nicht leere Sitzplätze subventioniert werden, sondern daß man die leeren Sitzplätze füllt. Wir sind damals hart geblieben, und diese harte Erziehung an den kulturellen Institutionen zeitigt jetzt ihre Früchte.

Wir müssen uns auch über eines im klaren sein: Die Bevölkerung ist zahlenmäßig zurückgegangen und die kulturellen Bedürfnisse haben sich verschoben. Nach der Eröffnung der beiden Bundestheater wird es in Wien 15.100 Theaterplätze geben, dazu kommen noch die Kinos, Konzertsäle usw. All diese Plätze sollen nun von 1'7 Millionen Einwohnern besetzt werden.

Dr. Stemmer beschäftigte sich nun mit den Leistungen des Kulturamtes und seinen Bemühungen, Kunst und Kultur in die Bevölkerung zu tragen. Stadtrat Mandl hat von Anfang an die Meinung vertreten, man müsse versuchen, die Basis für das kulturelle Leben von oben und von unten her zu verbreitern, das heißt, bei der Jugend und bei den Erwachsenen. Beginnend von den Musikschulen über die Schülerkonzerte zum Theater der Jugend, Buchklub, Autorenlesungen usw., alle diese Dinge haben zur kulturellen Erziehung beigetragen. Alles das zusammen muß doch eine Auswirkung auf die Menschen haben, die in Hinkunft das kulturelle Leben dieser Stadt tragen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Was wir aber nicht wünschen, sind Auseinandersetzungen künstlerischer Art auf einem solchen Niveau wie im Stadtpark. Es ist das demokratische Recht jedes Staatsbürgers, seine Meinung zu äußern. Er hat aber nicht das Recht, dem betreffenden Künstler den guten Willen abzusprechen und sein Werk zu zerstören.

Abschließend zu den kulturellen Fragen meinte der Redner, er habe damit begonnen, indem er sagte, das Kulturbudget könnte größer sein. Es bleibt jedoch die Frage, ob die, die heute immer wieder mehr verlangen, auch den Mut dazu haben, hinauszugehen und den Leuten zu sagen: "Das müßt ihr auch zahlen, das kostet auch Geld!" (Beifall bei der SPÖ.)

Im folgenden beschäftigte sich Dr. Stemmer mit den Schulen und wies im Zusammenhang mit den Ausführungen des Generalredners der ÖVP auf die Leistungen hin, die auf dem Gebiet des Schulwesens vollbracht wurden. Seit 1945 bis 1953 umfaßte das Schulbudget 694,681.660 Schilling. Von diesem Budget sind allein für Schulbauten 340 Millionen aufgewendet worden, dazu heuer weitere 25 Millionen. Da kann man nicht nur die 21 neuen Schulhäuser sehen. Man muß in Betracht ziehen, daß wir 1945 mit 262 Schulen angefangen haben und jetzt bei 418 Schulen halten. Dazwischen liegen die Neubauten und Instandsetzungen, die in ihrem Volumen einem Neubau gleichkommen. Wir haben all das in einer Zeit gemacht, in der die Schülerzahlen gestiegen sind. Wir haben in dieser Zeit den Wechselunterricht planmäßig abgebaut. Auf dem Gebiet des kommunalen Schulbaues ist also in Wien außerordentlich viel geschehen.

Abschließend sagte Dr. Stemmer: "Wir sind sehr froh, daß die Geschäftsgruppe III nun auch das Schulwesen zu verwalten hat. Wir erblicken darin nicht eine "optische Aufblähung" des Budgets sondern auch eine sinnvolle Zusammenfassung aller Aufgaben, die, wie der Titel dieser Gruppe sagt, zur "Kultur- und Volksbildung" gehören." (Beifall bei der SPÖ.) Im Namen seiner Fraktion gab der Redner die Zustimmung zu den Ansätzen.

Stadtrat Mandl stellt in seinem Schlußwort fest, daß ihn die lebhafteste Kunstdebatte gefreut habe. Einige prinzipielle Dinge, die in dieser Debatte aufgeworfen wurden, hat Dr. Stemmer in der Debatte bereits beantwortet. Die Ausführungen des Gemeinderates Dr. Christoph dürften anscheinend unter Mithilfe des ehemaligen GR. Dr. Matejka entstanden sein. Er möge sich jedoch davor hüten, Behauptungen aufzustellen, die er nicht beweisen könne. So zum Beispiel, daß die Wiener Schulbauten im Ausland vernichtend kritisiert wurden, oder daß die Lehrmittel nicht ausreichend seien und verschiedenes andere. Er bittet bei Kritik um Sachlichkeit. Die geforderte Bekämpfung von Kriegsspielzeug und Kriegsliteratur betrachte auch er als sehr notwendig. Was auf dem Gebiete der Kriegsliteratur geschieht, hat nicht immer mit Geschichtsforschung zu tun und man spürt sehr deutlich, daß damit Propaganda betrieben werde, von der er sich gerne distanzieren. Daß die Gemeinde Wien durch die Besteuerung der Theater mit der einen Hand nimmt, was sie mit der anderen Hand durch den Kulturgroschen gibt, ist nicht richtig. So haben die drei subventionierten Theater und zwar Josefstadt, Volkstheater und Raimundtheater im Jahre 1953 600.000 Schilling an Vergnügungssteuer bezahlt und 2,200.000 Schilling bekommen. Es wurde also entscheidend mehr gegeben als genommen.

Die Frage der Schmutz- und Schundfilme wurde schon oft diskutiert. Es soll aber auch heute wieder festgestellt werden, daß die Gemeindeverwaltung auf die Einfuhr der Filme keinerlei Einfluß habe. Was die Gemeinde lediglich tun könne, ist die Verhängung des Jugendverbotes über derartige Filme. Von diesem Recht mache sie auch Gebrauch.

Zu dem von der Gemeinderätin Hiltl geäußerten Zweifel an der Befähigung der Sozialisten für Kultur einzutreten und Wien das Gesicht einer Weltstadt zu geben, das von seiner Kultur geformt wird, verweist Stadtrat Mandl auf die Volkshochschule auf dem Laar Berg, also auf die Volkshochschule der Ziegelarbeiter. Diese Volkshochschule hat sich ihre gesamte Einrichtung durch die eigene Arbeit jener jungen Menschen geschaffen, die heute bemüht sind, sich mühsam das anzueignen, was sie durch ihre gesellschaftliche Einstufung nicht genießen konnten. Gerade die Partei der Frau Prof. Hiltl und ihre Gesellschaftsklasse hat den Aufstieg dieser jungen Menschen verhindert. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) ./.

Frau Gemeinderätin Hiltl, die sich auch mit der Kulturenquete beschäftigt hat, müsse genau wissen, daß sie und ihre Freunde diese Kulturenquete nur aufgezogen haben, um politisch zu demonstrieren und keine sachliche Arbeit aufkommen zu lassen. Ein Vertreter ihrer Partei habe damals gesagt, in allen Bundesländern werden solche Enqueten abgehalten werden. In Wirklichkeit war es aber in keinem einzigen Bundesland, außer Wien, der Fall. Wenn sie hier kritisierten, daß wir die Presse nicht zugezogen haben, warum wurde das bei der Parlamentsenquete nicht getan?

Stadtrat Mandl erklärt, er werde weiterhin seine Arbeit so sachlich wie möglich weiterführen. Die Wiener Bevölkerung wird die Sachlichkeit sicher anerkennen. Frau Gemeinderätin Hiltl war in ihren Ausführung nicht konsequent. Es ist nicht leicht, es ihr rechtzumachen. (Beifall bei der SPÖ.) Man muß konsequent, ehrlich und anständig sein. Man muß das, was man beim Bund für richtig und gut erklärt, auch bei uns anerkennen oder bei beiden kritisieren.

Auf den Vorwurf der Gemeinderätin Hiltl, warum die Stadt Wien noch immer kein eigenes Theater führe, stellt Stadtrat Mandl die Gegenfrage, warum ihre Partei in der Zeit, in der diese regierte, nicht einen solchen Beschluß gefaßt habe.

Aus den Ausführungen der Gemeinderätin Hiltl habe man, so bemerkt der Referent, vom ersten bis zum letzten Satz herausgehört, wie sie und ihre Partei sich über alles ärgert, was die Sozialisten an Neuem und an Gutem machen, das von der Bevölkerung anerkannt wird. Die Bevölkerung weiß genau zu unterscheiden, wo nur geredet und wo gehandelt wird. Ich werde in meiner Verwaltungsgruppe weiterhin weniger reden und mehr tun! (Beifall bei der SÖP.)

Bei der von Bürgermeister Jonas durchgeführten Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe III, Kultur und Volksbildung, mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Die zwei Resolutionsanträge Dr. Christoph wurden abgelehnt.

./.

Geschäftsgruppe IV: Wohlfahrtswesen
=====

Hierauf gelangt die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, zur Beratung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Honay (SPÖ) betont, daß in den Jahren nach dem Krieg auf den Ausbau des Wohlfahrtswesens außerordentlich großer Wert gelegt wurde. Trotz der Ausgliederung der Randgemeinden erhöht sich das Erfordernis für das Wohlfahrtswesen für das kommende Jahr um 12 Millionen auf 392 Millionen Schilling.

Angleichung der Unterstützungen an Lebenshaltungskosten

Wie immer stehen an der Spitze der Ausgaben die Dauerunterstützungen mit 58 Millionen, um 4 Millionen weniger als für 1954. Der geringere Ansatz ist in dem steten Rückgang der Zahl der Dauerbefürsorgten begründet. Die Einführung der staatlichen Altersrente, die Eingliederung der alten mittellosen Gewerbetreibenden in den Rentenbezug und die starke Überalterung der Gemeinderentner haben die Zahl der städtischen Dauerbefürsorgten stark dezimiert. Die Ausgaben sind aber keineswegs im Verhältnis zu dem geringen Stand der Unterstützten gesenkt worden. 1949 wurden für den Höchststand von 46.797 Befürsorgten 42,8 Millionen ausgegeben, 1953 bei 25.260 Unterstützten 61,4 Millionen. Derzeit beträgt der Stand an Dauerunterstützten 19.025. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Dauerbefürsorgten um mehr als die Hälfte gesunken, demgegenüber sind jedoch die Ausgaben um rund 45 Prozent gestiegen. Schon daraus ist die ständige Angleichung der Unterstützungen an die Kosten der Lebenshaltung erkennbar. Insgesamt sind im Voranschlag für die von der Stadt ständig oder fallweise Befürsorgten 74 Millionen Schilling eingesetzt.

2.750 Gemeindebefürsorgte fahren auf Urlaub

Die Tagesheimstätten für die Dauerbefürsorgten erfreuen sich eines außerordentlich großen Zuspruches. Ihre Zahl wurde heuer um 7 auf 57 erhöht.

./.

Die Kosten hierfür sind mit 1,2 Millionen Schilling vorgesehen. Leider hat der Bund seit 1952 keinen Beitrag mehr geleistet, obwohl die Heime oft zum überwiegenden Teil von Sozialrentnern besucht werden.

Für die Auszahlung eines 13. Monatsbezuges ist im Voranschlag 1955 vorgesorgt. Die Landaufenthaltsaktion für die Dauerbefürsorgten wird ständig ausgebaut. Im kommenden Jahr sollen 2.750 Befürsorgte dieser Stadt einen Landaufenthalt genießen können. (Beifall bei den Sozialisten.) Die Kosten von 1,1 Millionen Schilling werden etwa je zur Hälfte aus Gemeindemitteln und aus dem Ergebnis der Sammlungen für die Armen Wiens getragen, während 100.000 Schilling aus der Spende des Kaisers von Äthiopien stammen, dem hierfür herzlich gedankt sei. Neu ist die Durchführung einer Weihnachtsaktion für die 1.236 Kinder der städtischen Befürsorgten, wobei vor allem Pakete mit Süßigkeiten geschenkt werden.

Hilfe für die Körperbehinderten

Die arbeitstherapeutischen Kurse für Körperbehinderte werden von Jahr zu Jahr erweitert. Dabei wurden große Erfolge erzielt. Durch den Facharzt werden etwa notwendige klinische Behandlungen der Körperbehinderten veranlaßt. So wurden z.B. einer Körperbehinderten wegen Zwergwuchs Injektionen mit dem Erfolg verabreicht, daß sie über 10 cm an Körpergröße zunahm. Seit dem vierjährigen Bestehen dieser Einrichtung haben etwa 420 Behinderte diesen Kurs besucht und 370 ihn beendet. 50 Prozent der Männer und 30 bis 50 Prozent der Frauen konnten in teilweise vollentlohnte Beschäftigung, bzw. in Heimarbeit gebracht werden.

Die Bemühungen der Gemeinde Wien, die Flüchtlingslager zu beseitigen, werden ständig fortgesetzt. So konnte die Schule auf dem Kernstockplatz in Ottakring bereits im März und das Meidlinger Rekonvaleszentenheim für Flüchtlinge im September aufgelassen werden. Die Schule in der Siebeneichengasse wird in Kürze geräumt. Gegenwärtig sind in vier Lagern, davon noch zwei Schulen, 1915 Flüchtlinge untergebracht. Außerdem werden im Neuwaldegger Heim 71 rekonvaleszente Flüchtlinge betreut.

Von den 1968 in Lagern lebenden Personen haben 621 die österreichische Staatsbürgerschaft, 819 Personen sind Volksdeutsche aus Jugoslawien, 268 Heimatvertriebene aus der Tschechoslowakei und 191 aus Rumänien. Die 401 Kinder unter 14 Jahren wurden zum überwiegenden Teil bereits in Wien geboren. Durch die Zuweisungen von Wohnungen sinkt die Zahl der in den Lagern befindlichen Personen ununterbrochen. Sie hat sich auch in diesem Jahr um 358 verringert. Es bedarf der Mitwirkung aller Stellen, damit diese zum überwiegenden Teil äußerst arbeitsamen Menschen in das Volksganze eingegliedert werden, sodaß die beiden großen Lager in Simmering und Penzing nur mehr Notstandszwecken zu dienen hätten.

Betreuung der kriegsgefangenen Wiener

Die Betreuung der noch immer in fremden Ländern zurückgehaltenen Kriegs- und Zivilgefangenen wurde fortgesetzt. Im Voranschlag sind hierfür 40.000 Schilling vorgesehen. Den in Frankreich und Polen inhaftierten Wienern wurden Geldunterstützungen geschickt. Die heimgekehrten Zivilgefangenen erhielten Überbrückungshilfen. Die aus der Sowjetunion heimgekehrten Kriegsgefangenen wurden, falls sie es wünschten, zur Erholung nach St. Corona geschickt. Die Zusendung von Lebensmittelpaketen wurde fortgesetzt. Alle sechs Wochen erhalten die noch immer in Rußland festgehaltenen Wiener ein solches Paket mit 7 kg hochwertigen Lebensmitteln. 1954 wurden bisher 2.932 Pakete verschickt. Außerdem wurden 180 Heimkehrer bekleidet (Beifall bei der SPÖ und ÖVP). Heuer wird auch wieder für die Kinder der Gefangenen gemeinsam mit dem Innenministerium eine schöne Weihnachtsfeier veranstaltet.

In den ⁵¹ Beratungsstellen für die Mütter, in denen 101 Fürsorgerinnen tätig sind, wurden im Jahre 1953 90.971 Untersuchungen vorgenommen. In diesem Jahr ist ein verhältnismäßig kleiner Rückgang zu verzeichnen. Er hat seine Ursache im Wegfall der Beratungsstellen der Randgemeinden, aber auch in der verringerten Geburtenzahl.

In den Monaten Jänner bis Oktober 1954 wurden 9.558 Lebendgeburten gezählt. Es ist äußerst betrüblich, daß die Zahl der Sterbefälle um mehr als das Doppelte die Geburtenzahl übersteigt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres sind nämlich in Wien 21.001 Todesfälle zu verzeichnen.

Neuordnung der Pflegegelder geplant

Die geringe Zahl der Geburten bewirkt auch einen Rückgang der Pflegekinder. Ende Oktober des vergangenen Jahres wurden 5.898 Pflegekinder betreut, gegenwärtig sind es 5.805. Die Bemühungen nach Vermehrung der Familienpflegeplätze habe nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Gegenwärtig sind 1.211 Kinder in Familienpflege untergebracht. In städtischen Anstalten werden 2.531 Pflegekinder betreut, in fremden Anstalten 2.063. Wir planen eine Neuordnung der Pflegegelder. Sie kann aber erst wirksam werden, wenn die von Niederösterreich geplante Neufestsetzung seiner Pflegegelder erfolgt. Seit einem Jahr bestehen zwei Großfamilien, in denen je zehn Pflegekinder sind. Leider ist es nicht gelungen, weitere Großfamilien zu finden.

Die Zahl der Armeekinder hat gegenüber dem vergangenen Jahr um 67 zugenommen und ist auf gegenwärtig 2.271 gestiegen. Davon entfallen 1.100 auf die Amerikaner, 649 auf die Russen, 357 auf die Engländer und 165 auf die Franzosen.

10 neue Kindergärten im kommenden Jahr

Im Voranschlag sind unverändert wieder 1,8 Millionen Schilling für 10.500 Säuglingswäschepakete eingesetzt. Im Jahre 1953 wurden sie von 88,6 Prozent der Mütter beansprucht.

Für das nächste Jahr ist der Neubau von 10 Kindergärten und Horten vorgesehen. Gegenwärtig sind in den städtischen Kindergärten und Horten 14.431 Kinder eingeschrieben. An der Kindergartenauspeisung nehmen durchschnittlich 2.000 Kinder teil, von denen nur 350 Vollzahler sind.

Für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Erholungs- und Ferienheimen sind 3,6 Millionen Schilling veranschlagt, um 180.000 Schilling mehr als 1954. Im heurigen Jahr wurden 8.574 Kinder in Heimen betreut.

Auch der Zuschuß an das Wiener Jugendhilfswerk wurde von 650.000 Schilling auf 700.000 Schilling erhöht.

Heute sind zum ersten Male 71 bedürftige Wiener Kinder in das städtische Erholungsheim nach Bad Hall gefahren, wo sie drei Wochen verbringen werden. Wir werden solche Aktionen im kommenden Jahr in verstärktem Ausmaß fortsetzen. (Beifall.) ./.

"Jugend am Werk" - eine nützliche Aktion

Die Zahl der Stipendien für Hoch-, Mittel- und Fachschüler sowie für Lehrlinge bleibt unverändert. Im Jahre 1953 wurden 872 Vollstipendien, 643 ständige Förderungsbeiträge und 909 einmalige Studienbeihilfen vergeben. Durch den Wegfall der Randgemeinden ergibt sich eine Verringerung der Gastarztstipendien um 16.

Die Zahl der Amtsmündel ist durch die Gebietsabtrennung von 26.099 im August auf 23.674 gesunken.

Sehr zum Vorteil der schulentlassenen Jugend wirkt sich die Aktion "Jugend am Werk" aus. Im kommenden Jahr wird der Höchststand der schulentlassenen 14jährigen mit 26.000 erreicht sein, und dann wird auch hinsichtlich der Unterbringung eine Erleichterung eintreten. Durch das Jugendeinstellungsgesetz konnte der größte Teil der männlichen Schulentlassenen in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden, während für die schulentlassenen Mädchen leider nur eine sehr geringe Zahl von Arbeitsplätzen vorhanden ist. "Jugend am Werk" leistet hier eine außerordentlich nützliche Arbeit.

Insgesamt sind in der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen 2.427 Personen beschäftigt. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß unser Wohlfahrtswesen in lebendiger und enger Verbundenheit mit der Bevölkerung wirkt. Die Wiener Bevölkerung hat sich an den sechs Häusersammlungen überaus freigebig beteiligt, und es ist Pflicht des Gemeinderates, allen Wienerinnen und Wionern hiefür herzlichen Dank zu sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Den Fürsorgeamtsvorstehern, ihren Stellvertretern, den vielen ehrenamtlichen Fürsorgeräten, den Fürsorgerinnen, Kindergärtnerinnen und Kinderwärterinnen und nicht zuletzt allen anderen hauptberuflich in dieser Verwaltungsgruppe tätigen Angestellten gebührt gleichfalls der Dank des Gemeinderates. (Allgemeiner Beifall). Sie haben in diesem Jahre wieder restlos ihre Pflicht im Dienste der Wohlfahrt erfüllt, und ich bin überzeugt, daß auch im kommenden Jahr ernste Pflichterfüllung ihr obersters Gebot sein wird. (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Debatte über Wohlfahrtswesen

GR. Lauscher (VO) begrüßt die Errichtung von 10 neuen Kindergärten und hebt die Notwendigkeit hervor, sie möglichst rasch bereitzustellen. Bedauerlich dagegen ist, daß nichts für die Errichtung neuer Säuglingskrippen vorgesehen ist. Vor allem müßte man eine größere, zentral gelegene Säuglingskrippe errichten. Auch die Zahl der Kinderhorte muß erhöht werden, weil auch hierfür ein tatsächliches Bedürfnis vorhanden ist. Will man den berufstätigen Müttern entgegenkommen, muß man auch mehr Heimschulen als Halbinternate schaffen. Durch das Sinken der Zahl der Befürsorgten werden Mittel frei, die man der Jugendfürsorge zur Verfügung stellen könnte.

Der Redner fordert Tageserholungsstätten für Hortkinder, wie sie früher bestanden und wendet sich gegen die Sperre der Kindergärten im Sommer und den gedrosselten Betrieb. Durch eine geringe Vermehrung des Personals wäre diese Frage zu lösen. Auch die Pflegegelder für die in privater Pflege befindlichen Kinder müßten erhöht werden. Die Gelder sind seit 1951 unverändert geblieben und betragen für Kinder bis zu sechs Jahren 245 Schilling und von sechs bis acht Jahren 233 Schilling. Der Redner stellt daher den Antrag, die Pflegegelder um mindestens 50 Prozent zu erhöhen.

GR. Lauscher meint ferner, daß alle Agenden der Jugendfürsorge in einer Hand zusammengefaßt werden sollten. Es wäre besonders begrüßenswert gewesen, gerade jetzt bei der Neueinteilung der Geschäftsgruppen eine klare Trennung zwischen dem Fürsorge- und dem Gesundheitswesen durchzuführen.

An Kinderspielplätzen bestehe ein großer Mangel. Der Redner ersucht Vizebürgermeister Honay, sich für den Bau von Kinderspielplätzen einzusetzen. Bei der Jugendfürsorge dürfe man auch nicht die Lehrlinge übersehen. Die Lehrlingsentschädigung ist nicht besonders hoch, das ist allgemein bekannt. Viele Lehrlinge wünschen sich eine verbilligte Straßenbahnwochenkarte. Vizebürgermeister Honay sollte sich auch dafür verwenden, diese Forderung der Lehrlinge durchzusetzen. Schließlich urgiert der Redner die Schaffung einer Musterlehrwerkstätte, die bereits 1952 groß angekündigt wurde. Bisher

ist jedoch nichts geschehen. Der Redner spricht sodann über die Verhältnisse in den Altersheimen. Den alten Leuten müßte der Aufenthalt gemütlicher und angenehmer gestaltet werden. Die Modernisierung geht aber hier leider in dem gleichen Schneckentempo vorwärts, wie die der städtischen Krankenanstalten. Eine dringende Forderung sei die Unterteilung der großen Massensäle in den Altersheimen.

GR. Lauscher stellt einen Beschluß- und Resolutionsantrag auf gesetzliche Verankerung der 13. Monatsrente für Dauerbefürsorgte. Sie dürfe keine einmalige Leistung bleiben, sondern müsse den Hilfsbedürftigen unserer Stadt für dauernd gesichert werden. Ein weiterer Antrag fordert eine Erhöhung der Richtsätze für die Dauerbefürsorgten um mindestens 10 Prozent. Diese zehn Prozent machen ungefähr den Betrag aus, der sich durch die geringere Zahl der Befürsorgten ergibt. Die letzte Festsetzung der Richtsätze erfolgte am 1. April 1953, seither haben sich die Lebenshaltungskosten jedoch bedeutend erhöht. Eine grundsätzliche Forderung seiner Fraktion ist die Angleichung der Richtsätze der Gemeindebefürsorgten an die der Invalidenversicherung.

Wenn davon gesprochen wurde, wegen der geringen Zahl der Befürsorgten einige Fürsorgeämter zusammenzulegen, muß darauf verwiesen werden, daß man dies in weit auseinanderliegenden Gebieten tunlichst vermeiden soll.

Im übrigen erwarte seine Fraktion die Zustimmung zu ihren Anträgen, denn sie sind im Interesse der Kinder, der berufstätigen Frauen und Mütter, der schulentlassenen Jugend und der alten Leute dieser Stadt.

Bürgermeister Jonas unterbricht um 17.30 Uhr die Beratungen über die Ansätze der Geschäftsgruppe für das Wohlfahrtswesen. Sie werden am Montag um 9 Uhr wieder aufgenommen.

- - -

Die letzte Ruhestätte für Maria Eis

=====

18. Dezember (RK) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, hat das Kulturamt der Stadt Wien für Kammerschauspielerin Maria Eis, die heute unerwartet verschieden ist, ein Grab in bevorzugter Lage gewidmet.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 20. Dezember 1954

Blatt 2290

Die öffentliche Beleuchtung

=====

20. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" im Sender Rot-Weiß-Rot sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 19. Dezember, über die öffentliche Beleuchtung. Nach einem historischen Rückblick über die Entwicklung der Straßenbeleuchtung in Wien und in den europäischen Großstädten beschäftigte er sich mit dem gegenwärtigen Stand der öffentlichen Beleuchtung in unserer Stadt.

Um die Wende des 20. Jahrhunderts wurden Versuche mit elektrischen Bogenlampen und später auch mit Glühlampen gemacht, doch war die elektrische Straßenbeleuchtung bis zum Beginn des ersten Weltkrieges eine seltene Ausnahme. Im Jahre 1913 hatte die Gasbeleuchtung mit nahezu 50.000 Laternen ihren Höhepunkt erreicht. Der Typus des weißbemantelten Laternanzünders mit der langen Bambusstange war eine bekannte Figur des Wiener Stadtbildes.

Der erste Weltkrieg mit seine Kohlennot hat die Straßenbeleuchtung auch noch einige Jahre nach seinem Ende sehr stark eingeschränkt. Erst in den Jahren 1923 und 1924 konnte die neue Gemeindeverwaltung mit einer großzügigen Elektrifizierung anfangen. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges war die Elektrifizierungsaktion so weit gediehen, daß die Gaslaternen auf ungefähr 12.000 zurückgedrängt und die Zahl der elektrischen Lichtstellen auf nahezu 42.000 gestiegen war.

Der zweite Weltkrieg hat uns Großstädter um Jahrhunderte zurückgeworfen. Unsere Straßen und Plätze wurden wie in einem mittelalterlichen Dorf wieder nur vom Mond und von den Sternen beleuchtet

./.

Die Kampfhandlungen am Ende des Krieges haben die öffentliche Beleuchtung derart zerstört, daß von April bis Oktober 1945 unsere Stadt vollkommen finster war. Von da an vollzog sich der Wiederaufbau der Straßenbeleuchtung, anfangs zwar unter sehr großen Material- und Bauschwierigkeiten, jedoch von Jahr zu Jahr rascher. Heute sind ungefähr 60.000 Lampen in Betrieb - eine Zahl, die vordem nie erreicht worden war. Davon sind ungefähr 55.000 elektrische Lampen und nur mehr 5.000 Gaslaternen. Wien ist in 16 Schaltgebiete unterteilt. Der Schaltursprung eines jeden Gebietes liegt in einer örtlich günstig gelegenen Unterstation der Elektrizitätswerke. Nach Mitternacht flaut der Straßenverkehr sehr stark ab. Darum wird um 24 Uhr ein Teil der Beleuchtung abgeschaltet - das ist der sogenannte halbnächtige Teil.

Die Straßenbeleuchtung erfordert außerordentlich viel elektrische Energie. Hierzu werden im heurigen Jahr ungefähr 40 Millionen Kilowattstunden notwendig sein. Der Stromverbrauch einer einzigen Nacht würde genügen, um 500 Haushalte ein ganzes Jahr lang mit Strom zu versorgen.

In der öffentlichen Beleuchtung sind viel Gemeindegelder, und zwar annähernd 140 Millionen Schilling, investiert. 12.500 Lichtmaste und 6.000 Kilometer Spann- und Leitungsdraht, das ist fünfmal so lang wie die Entfernung Wien-Paris, mußten installiert werden, um nur die Voraussetzungen für die Beleuchtung zu schaffen. Von den rund 60.000 in Betrieb stehenden Lampen muß jährlich ungefähr die Hälfte ausgetauscht werden. Der Ausbau, die Instandhaltung und der Betrieb der Straßenbeleuchtung erfordern eine jährliche Ausgabe von ungefähr 20 Millionen Schilling. In der Wiener Baudirektion ist die Magistratsabteilung 33 für die öffentliche Beleuchtung verantwortlich. Sie ist mit der Projektierung von Neu- und Umbauten, mit der Vergebung von Arbeiten und mit der Entwicklung neuer Beleuchtungsarten beschäftigt.

Der technische Fortschritt hat vor Jahrzehnten dazu geführt, daß die Petroleumlampe der Gasbeleuchtung weichen mußte. Jetzt erleben wir den Sieg des elektrischen Lichtes über die Gaslampen. Aber schon kündigt sich eine neue, grundlegende Änderung der öffentlichen Beleuchtung an: Leuchtstofflampen, Quecksilberdampflampen und Natriumdampflampen sind die modernsten Leuchtmittel, die immer mehr auch die Straßen erobern.

Ihre Vor- und Nachteile für die Straßenbeleuchtung werden überall in der Welt noch abgewogen. In den letzten Tagen erst ist eine 1/2 km lange Versuchsstrecke mit Natriumdampflicht in der Tolbuchtstraße in Betrieb gesetzt worden. Die Kraftfahrer sind sehr zufrieden damit. Eine steigende Zahl von Kreuzungen wird bereits mit Quecksilberdampflampen zusätzlich erhellt und die Vorplätze des Westbahnhofes erstrahlen im Lichte von Leuchtstofflampen. In dem Maße, als die Industrie geeignete und wohlfeile Beleuchtungskörper für Leuchtstofflampen auf den Markt bringen wird, kann diese Art auch bei uns in größerem Umfang Anwendung finden.

Viele unserer ausländischen Gäste stellen mit Erstaunen fest, daß Wien mit seiner öffentlichen Beleuchtung den anderen europäischen Hauptstädten durchaus ebenbürtig ist. Auch der Vergleich mit amerikanischen Großstädten braucht nicht gescheut zu werden. Der Vorteil unserer Beleuchtung besteht darin, daß nicht nur die repräsentativen Straßen, sondern auch die weniger belebten Neben- und Wohnstraßen gut beleuchtet sind.

Mit dem Ende dieses Jahres sind alle Kriegsschäden an der Straßenbeleuchtung behoben, der Ausbau der öffentlichen Beleuchtung wird aber fortgesetzt! Da ist einmal die große Umschaltaktion der Elektrizitätswerke. Innerhalb dieses Programms müssen Jahr für Jahr an die 2.000 Lichtstellen von Gleich- auf Wechselstrom umgebaut werden. Das ist wegen der Besonderheit der Wiener Beleuchtung eine sehr umfangreiche Arbeit, die vielleicht noch 15 Jahre dauern wird. Dann sind noch große Aufgaben im Zusammenhang mit der Sanierung der Verkehrsverhältniss zu erfüllen. Die Straßenbeleuchtung muß Zug um Zug der Neugestaltung der Verkehrsflächen angepaßt werden, was ziemlich langwierige und kostspielige Arbeiten erfordert. Auch die zusätzliche Beleuchtung der wichtigeren Straßenkreuzungen mit Quecksilberdampflampen wird noch einige Jahre hindurch fortgesetzt werden müssen.

Ein sehr wichtiger Programmpunkt wird die Ausgestaltung der Beleuchtung an der Peripherie der Stadt sein, zum Beispiel im 23. Bezirk. In den nächsten zehn Jahren wird in diesen Gebieten eine wesentliche Verbesserung geschaffen werden können.

Aus dieser Auswahl ist zu ersehen, daß der Gemeinde Wien auch auf dem Gebiet der Straßenbeleuchtung noch für viele Jahre große Aufgaben gestellt sind. Wir werden sie erfüllen, damit unsere Stadt noch mehr und noch besseres Licht erhält.

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener RathausDebatte über Wohlfahrtswesen

20. Dezember (RK) In Fortsetzung der am Samstag Abend unterbrochenen Spezialdebatte über das vierte Hauptstück des Voranschlages, das Kapitel Wohlfahrtswesen, ergreift als erster GR.Dr. Helene Stürzer (ÖVP) das Wort. Sie begrüßt die in gemeinsamer Arbeit vollbrachten Leistungen auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens. Gleichzeitig bringt sie eine Reihe von Wünschen vor. Sie urgiert die Eheberatungsstellen und verlangt die Einführung von Ehestandsdarlehen. Für die Eltern, die ihre Kinder aus religiösen Gründen in private Kindergärten geben, verlangt sie bei Bedürftigkeit Erleichterungen, wie sie in den städtischen Kindergärten gewährt werden. Kindergärtnerinnen, die ihre Schulzeit nicht in einer Kindergärtnerinnenschule der Gemeinde Wien absolviert haben, soll deswegen eine Anstellung bei der Gemeinde nicht vorenthalten werden.

Rednerin begrüßt die Einführung von Großfamilien für Pflegekinder und schlägt vor, Pflegeeltern bei Übernahme eines Pflegekindes mit einer Broschüre an die Hand zu gehen und ihnen nach Ablauf der Pflegezeit statt dem bisherigen Vermerk auf dem letzten Postabschnitt: Die Zahlung wird hiemit eingestellt, auch den Dank der Gemeinde auszusprechen. Pflegemütter, die so viele Opfer für diese Kinder bringen, sollte man, wenn sie eine bestimmte Zeit gut und liebevoll für ihr Pflegekind gesorgt haben, in einer besonderen Weise ehren (Beifall bei der ÖVP). Vor allem aber ist eine Erhöhung des derzeitig wirklich zu gering bemessenen Pflegegeldes nötig.

Lehrlinge, die nach Ablegung der Gehilfenprüfung das gut geführte Lehrlingsheim der Gemeinde verlassen, sollten, bis sie ein gutes Privatquartier gefunden haben, in eigenen Heimen untergebracht werden, damit sie gerade in diesem gefährlichen Alter nicht in schlechte Gesellschaft geraten und auf dem rechten Wege bleiben. Die Aktion "Jugend am Werk" sollte wieder in Selbstverwaltung durch ein Kuratorium rückgeführt werden. Jugendlichen, die aus einer Erziehungsanstalt oder gar aus einer Strafanstalt entlassen werden, sollte mehr Sorge gewidmet werden als bisher.

Auf dem Gebiet der allgemeinen Fürsorge verlangt Rednerin eine Neubemessung der Richtsätze in der offenen Fürsorge. Für den Hauptunterstützten schlägt sie als reinen Richtsatz 330 Schilling vor, wozu dann der derzeitige Wirtschaftsbeitrag von 20 Schilling und das Zins- und Kohlengeld kommen sollen, die Sätze für alle übrigen Unterstützten müßten dementsprechend geregelt werden. Der Kohlenzuschuß soll auf 80 Schilling erhöht werden. (Beifall bei der ÖFP.)

Dr. Stürzer begrüßt die Sonderaktionen, wie zum Beispiel die Urlaubsaktion für Befürsorgte, und schlägt vor, daß jene, die aus gesundheitlichen Gründen an der Urlaubsfahrt nicht teilnehmen können, ein Äquivalent dafür bekommen. Bei der Auswahl neuer Gasthöfe und Pensionen soll man auf eine gute klimatische Lage Bedacht nehmen.

Es ist oft schwierig, die alten Menschen aus ihrer gewohnten Umgebung herauszureißen und in die Siedlungen für alte Leute zu bringen. Vielleicht wäre es hier zum Teil leichter und zweckentsprechender, auch in den Gemeindebauten für diese alten Leute vorzusorgen, damit sie in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Der Bestattungsbetrag von 300 Schilling sollte für alle Befürsorgten ausbezahlt werden, auch wenn etwa Freunde, entfernte Verwandte oder Hausparteien eine Spende geben, um das wirklich bescheidene Begräbnis etwas feierlicher zu gestalten.

Zur Lösung des Obdachlosenproblems verlangt die ÖVP, daß bei der Vergebung von Gemeindebauten vor allem auch auf die Familien gesehen werde, die schon ein Jahr und oft länger in Obdachlosenheimen hausen müssen. Das Wohlfahrtsamt sollte daher ein Mitspracherecht bei der Wohnungsvergebung haben. Die Zuschüsse für die Grundsteuer, die seinerzeit an Rentner in Siedlungen und Einfamilienhäusern gezahlt und dann eingestellt wurden, sollten weiter gewährt werden.

Abschließend dankt die Rednerin namens ihrer Fraktion allen, die auch in diesem Jahr wieder dazu beigetragen haben, daß das Los der Ärmsten der Bevölkerung erleichtert werden konnte. Sie dankt den Fürsorgeräten und allen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die in unermüdlicher Arbeit, und ohne Mühen und Beschwerden zu scheuen,

./.

von Tür zu Tür gehen und tun, was möglich ist. Sie dankt den Pflege-müttern, die Pflegekinder der Gemeinde Wien in ihrer Obhut haben und diesen armen Wesen an Familie geben, was ihnen gegeben werden kann. Sie dankt den Beamten in den Fürsorgeämtern und im Wohlfahrts-wesen und schließlich auch der Bevölkerung, daß sie durch ihre frei-willigen Spenden viel dazu beigetragen hat, das Los der Armen unse-erer Stadt zu erleichtern. Die Österreichische Volkspartei stimmt den Ansätzen dieses Kapitels zu. (Beifall bei der ÖVP.)

Gemeinderätin Frieda Nödl (SPÖ) erklärt, anlässlich dieses Jubiläumsbudgets sei es notwendig, darüber Rechenschaft zu geben, inwieweit es der Gemeinde Wien seit 1945 gelungen ist, aus den ver-blichenen Trümmern wieder das aufzurichten, was unserer Stadt so wie einst den Ruf einer Stadt mit sozialem Gewissen gesichert hat. 1945 waren nicht nur Wohnungen, Amtshäuser und Schulen, es war vor allem das Vertrauen der Menschen zerstört. Die Aufgabe des Wohl-fahrtswesens ging daher vor allem dahin, den Glauben an die Mensch-lichkeit wieder zu erwecken. Von 1.000 neugeborenen Kindern sind im Jahre 1946 77 im ersten Lebensjahr gestorben. Heute haben wir die Säuglingssterblichkeit auf 41 von 1.000 Kindern gebracht. Von den 35 Mutterberatungsstellen des Jahres 1933 war 1945 fast keine ge-brauchsfähig. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß wir nun 59 Mutterberatungsstellen in unserer Stadt haben. Auch von den 263 Kindergartenabteilungen des Jahres 1934 war 1945 nicht viel mehr vorhanden. Heute verfügen wir in dem verkleinerten Wien wieder über 276 Kindergartenabteilungen. In den Kindergärten und Horten ist Platz für 14.431 Kinder vorhanden. Hier ist vor allem den mutigen und opferbereiten Wiener Kindergärtnerinnen der herzlichste Dank auszusprechen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Wir begrüßen es, daß auch im kommenden Jahr wieder 14 neue Kindergärten den Kindern der erbei-tenden Mütter zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Stadt ist seit 1945 darangegangen, ganz neue Typen von Kindergärten mitten in unsere Gartenanlagen hineinzubauen. Dabei hat Wien eine einzigartige Einrichtung geschaffen, die weit über die Grenzen Österreichs und auch Europas hinaus anerkannt wird: den Sonderkindergarten für die körperbehinderten Kinder. In dieser In-stitution kommt so richtig die Einstellung zum Menschen zum Aus-druck. Vor 10 Jahren noch mußten Mütter, die das Unglück hatten,

.1/1

ein körperlich oder geistig nicht gesundes Kind zur Welt zu bringen, ihr Kind vor den Häschern des Dritten Reiches verbergen, weil diese solche Kinder einfach "liquidiert" haben. Gerade in der Einrichtung des Sonderkindergartens kann man die Menschlichkeit erkennen, die die Demokratie in der Verwaltung wieder eingeführt hat. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wir Sozialisten haben den Wählern versprochen, daß wir dafür Sorge tragen wollen, mehr Halbtags-Schulinternate zu schaffen, um den berufstätigen Müttern auch die Sorge für die schulpflichtigen Kinder zu erleichtern. Wir begrüßen es daher, daß wir schon derzeit vier Tagesheimschulen in Wien haben, wir hoffen aber, daß noch in diesem Jahr die Möglichkeit bestehen wird, den Wunsch der Mütter nach weiteren Tagesheimschulen zu erfüllen. Wir freuen uns darüber, daß in Wien Stipendien nicht nur an Mittel- und Hoch-Schüler, sondern auch an Lehrlinge gegeben werden können. Diese Lehrlingsstipendien ebnen den Kindern der Ärmsten unserer Bevölkerung den Weg zum sozialen Aufstieg.

Der Generalsprecher der ÖVP zum Budget, GR. Dr. Prutscher, hat gemeint, daß seit vielen Jahrzehnten im Rathaus eine familienfeindliche Politik getrieben wurde. Demgegenüber müsse festgestellt werden: in diesem Hause wurde erst seit jener Zeit, in der die Sozialdemokraten die Verwaltung übernommen haben, überhaupt für die Familie gesorgt! (Beifall bei den Sozialisten.) Es ist das unbestrittene Verdienst der Arbeiterschaft, daß das soziale Gewissen geweckt wurde. Heute werden etwa 30 Prozent des Budgets für Wohlfahrt und Gesundheit ausgegeben, in der "guten alten Zeit" von 1908 hatte man nur 10 Prozent für das Armenwesen und Sanitätswesen übrig; darin waren überdies noch die Beträge enthalten, die man den "Armenkindern" für Lehr- und Lernmittel gegeben hat. Dieses von uns erweckte soziale Gewissen äußert sich aber vor allem in dem Geist, in dem heute das Wohlfahrtswesen betrieben wird.

Viele von uns erinnern sich noch an die vielen rachitischen Kinder in allen Straßen der Stadt, als 1913 die Säuglingssterblichkeit nicht wie heute 4, sondern 19.3 Prozent betragen hat. Damals bekämpfte man unsere Bestrebungen unter dem Schlagwort der "Fürsorgeinfaltion". Erst die Sozialdemokraten sind dargegangen, Einrichtungen zu schaffen die vor allem den Müttern und

den Kindern zugute gekommen sind. Sie haben daher die Familienpolitik erstmalig in die Tat umgesetzt. Als 1947 die Gemeinde beschloß, wieder an alle Mütter die Säuglingswäschepakete auszugeben, wurde im Gemeinderat von der ÖVP-Abgeordneten Hiltl das häßliche Wort von den "Geschenkeexzessen" geprägt. 90 Prozent aller Wiener Mütter beziehen diese Säuglingswäsche, die ihnen in den ersten Wochen eine große Sorge abnimmt. Das Beispiel Wiens wird nicht nur in den sozialistisch verwalteten Industriestädten, sondern bereits in vielen kleinen Gemeinden Österreichs vom Burgenland bis nach Vorarlberg nachgeahmt (Beifall bei der SPÖ).

Wir glauben, daß Wien nur dann Anspruch erheben kann, eine Weltstadt zu sein, wenn wir auch beispielgebend mit unseren Wohlfahrtseinrichtungen sind. GR.Dr. Prutscher hatte sich die Mahnung ersparen können, daß die Fürsorge so menschlich wie möglich gestaltet werden müsse. Uns Sozialisten ist die Fürsorge eine Herzensangelegenheit und eine tiefe sittliche Verpflichtung. Wir haben das bewiesen, als Prof. Tandler die modernen Wohlfahrtseinrichtungen ins Leben gerufen hat, wir haben es bewiesen, als 1945 Stadtrat Primarius Freund darangegangen ist, all das aufzubauen, was andere, niemals aber die Sozialisten zerschlagen haben. Und wir beweisen es nun, da unser Vizebürgermeister Honay nicht nur für Mutter und Kind sorgt, nicht nur die Jugendwohlfahrt menschlich betreut, sondern diese Menschlichkeit auch für die Erwachsenenfürsorge weit über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus für das Wohlfahrtswesen gebracht hat (Beifall bei der SPÖ). Wir danken ihm dafür, daß er die heutigen Wohlfahrtseinrichtungen in dieser Stadt geschaffen und damit die alte Sehnsucht erfüllt hat, "daß unsere Greise nicht mehr betteln gehen". (Erneuter Beifall.)

Noch lebt die Generation, die den himmelweiten Unterschied von einst und jetzt kennt. Sie erinnert sich daran, wie demütigend es war, als die hungrigen Schulkinder vom Lehrer eine Speisemarke erbitten mußten, als unsere Alten nach einem Leben der Arbeit als Dank der Gemeinde den Bettlerbrief bekamen, der sie berechtigte, um Almosen zu bitten.

Damals gab es eine lange Schlange von zerlumpten Armen, die vor den Klöstern angestellt waren, um mit der Klostersuppe den Hunger zu stillen. Kultur erfaßt nicht nur Kunst und Musik, Kultur sind nicht nur die Prachtbauten, die unsere Stadt so schön gemacht haben, denn es mag viele musische Menschen geben, die deshalb noch keine Kulturmenschen sein müssen, wenn ihnen die Kultur des Herzens fehlt. Diese Kultur des Herzens in diese Stadt gebracht zu haben, ist das Verdienst der Sozialisten! (Beifall bei der SPÖ.)

Daß die Fürsorge nun menschlich gestaltet ist, dafür haben die Sozialisten gesorgt und dafür werden sie auch weiter sorgen. Die ehrenamtlichen Fürsorgeräte sind die Gewähr dafür, daß Hilfesuchende menschlich behandelt werden. Die Rednerin dankte diesen Männern und Frauen die die Menschlichkeit bis in die kleinen Wohnungen der Befürsorgten tragen, im Namen ihrer Fraktion. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend erklärte GR. Nödl, daß die Sozialisten alles daran setzen werden, um auch in Zukunft ihren Weg unbeirrt weiterzugehen. Sie wollen dafür sorgen, daß die Armut aus unserer Stadt verbannt wird. Unsere schöne, geliebte Stadt soll nicht nur äußerlich glanzvoll sein. Wien hat nur dann das Recht darauf, von sich als Weltstadt zu sprechen, wenn auch in Zukunft dafür Sorge getragen wird, daß niemals mehr das soziale Gewissen dieser Stadt einschlummern kann.

Im Namen ihrer Fraktion stimmte die Rednerin den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV zu. Wir wissen, sagte sie, daß wir diesen Teil der Verwaltung so weit wie möglich ausbauen müssen, weil wir in keinem anderen Zweig unserer Verwaltung so sehr die Möglichkeit haben, unser Versprechen an die Wähler in die Tat zu setzen: "Den Schwachen zu helfen und dem Volke zu dienen!" (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort beschäftigt sich Vizebürgermeister Honay mit den Ausführungen der Debatteredner, zunächst mit der Rede des GR. Lauscher. Daß sich die Herstellung der Kindergärten manchmal verzögert, ist damit zu erklären, daß ein Großteil der städtischen Kindergärten in städtischen Wohnbauten errichtet wird. Bei größeren Bauvorhaben ergeben sich jedoch manchmal Verzögerungen.

Was die Horte anbelangt, so beabsichtigt man, einen Teil der überflüssig werdenden Schulen für Hortzwecke zu verwenden.

Zur Zersplitterung der Fürsorge, meinte der Referent, es sei selbstverständlich, daß die Kinderfreibäder von der Bäderverwaltung betreut werden müssen. Die Freibäder können ja von allen Kindern besucht werden. Die Spielplätze wiederum sind im wesentlichen sportliche Anlagen, und die Jugendfürsorgeanstalten sind in einer Magistratsabteilung zusammengefaßt. Es würde dem Prinzip der Verwaltungsvereinfachung widersprechen, die Anstalten auf zwei Verwaltungsgruppen aufzuteilen.

Zu der Forderung für eine billige Wochenkarte für Lehrlinge, meinte Vizebürgermeister Honay, sein Referat erhöhe dafür ständig die Zahl der Lehrlingsbeihilfen und -stipendien. Im ersten Jahr erhalten die Lehrlinge monatlich 50 Schilling, dazu einen Förderungsbeitrag von 35 Schilling, im zweiten Jahr 40 Schilling und 25 Schilling und im letzten Lehrjahr 30 Schilling Stipendium und 25 Schilling Förderungsbeitrag monatlich.

Was die Musterlehrwerkstätte betrifft, so habe ich wiederholt erklärt, sagte der Referent, daß die Gemeinde selbstverständlich eine solche Lehrwerkstätte errichten wird. Sowohl im Wahlauftrag, wie auch im Gemeinderat hat jedoch die Sozialistische Partei immer wieder erklärt, daß sich auch die anderen Faktoren an den Kosten, die mit 10 Millionen Schilling feststehen, beteiligen müssen. Wir haben uns darum wiederholt bemüht, jedoch ohne Erfolg. (GR.Lauscher (VO): "Wer hat wirklich abgelehnt?") Der Gewerkschaftsbund hat sich ablehnend verhalten und auch die Verhandlungen mit der Arbeiterkammer kamen zu keinem Ergebnis.

Es ist keineswegs geplant, Fürsorgeämter zusammenzulegen. Die weiten Anmarschwege würden eine solche Reform illusorisch machen.

Zu dem Antrag, die 13.Rente ständig zu gewähren, stellte Vizebürgermeister Honay fest, daß niemand in der Stadtverwaltung daran denkt, die Rente nur für ein oder zwei Jahre zu geben. Die übrigen Anträge von GR.Lauscher empfahl er, der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Zu der Forderung der Sprecherin der ÖVP nach Ehestandsdarlehen erwiderte der Referent, daß ein Teil dieser Forderung durch die Möbelaktion bereits in die Tat umgesetzt sei.

Was die Einstellung von Kindergärtnerinnen betrifft, so ist es selbstverständlich, daß zuerst jene Mädchen in den Gemeindedienst eingestellt werden, die in den städtischen Anstalten gelernt haben.

Der Referent begrüßte ferner die Anregung langjährige Pflege-
mütter zu ehren.

Die Schulmilch für Kinder wird in Heimen abgegeben, wenn
diese Heime es verlangen.

Bei "Jugend am Werk" wird ein Großteil der Erzeugnisse den
dort beschäftigten Lehrlingen übergeben.

Besonders betonte Vizebürgermeister Honay, daß die Fürsorge-
sätze für die städtischen Dauerbefürsorgten vielfach höher als die
Unterstützungen des Bundes liegen. Außerdem gibt es zusätzliche
Aktionen wie zum Beispiel die Kohlenaktion, Landaufenthalte, Tages-
heimstätten. Ungefähr ein Sechstel der laufenden Unterstützungen
der Stadtverwaltung werden allein an Aushilfen für Befürsorgte ge-
geben. Dabei werden auch Bundesrentner beteiligt.

Zu den Muttertagsfeiern: Jede größere Veranstaltung, wenn sie
zum ersten Male durchgeführt wird, weist gewisse Mängel auf, beson-
ders wenn es sich um sehr alte Leute handelt. Wir werden aus die-
sen Mängeln lernen.

Die Fürsorge ist leider vielfach gezwungen, Tagesheimstätten
in Parteilokalen unterzubringen, weil es an geeigneten Räumlich-
keiten mangelt. Gastwirte nehmen Tagesheimstätten nur ungern auf.
Die Lokalbeschaffung konnte daher in vielen Fällen nur notdürftig
gelöst werden. Alle Befürsorgten werden jedoch heuer ein 7 bis 8
Kilo schweres Paket der Amerika-Hilfe erhalten. Die Verteilung
wird voraussichtlich im Jänner stattfinden. 170.000 Schilling wer-
den nötig sein, um die Pakete zu verpacken und den Transport zu
besorgen.

Zu der Behandlung der Gesuche in der Opferfürsorgeabteilung
stellte Vizebürgermeister Honay nachdrücklich fest, es sei kein
einziger Fall einer Benachteiligung bekannt. 30.000 Gesuche wurden
in dieser Abteilung bearbeitet. Die Beamten haben hier aufopfernde
Arbeit geleistet und er spreche ihnen dafür seinen Dank aus. (Bei-
fall bei der SPÖ.)

Abschließend gab Vizebürgermeister Honay die Versicherung ab,
er werde sein Referat im Geiste der Menschlichkeit und im sozialen
Geiste weiterführen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des vierten Hauptstückes
ohne die Stimmen der VO angenommen. Die Anträge der VO werden ein-
stimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

./.

Wiens Künstlerschaft gegen die Bilderstürmer
=====

20. Dezember (RK) In einem Hietzinger Gemeindebau wurde in den vergangenen Tagen eine Plastik umgeworfen. Im heurigen Jahr ist dies der zweite Fall einer allzu drastischen "Kunstkritik", der nun den Künstlerverband Österreichischer Bildhauer zu einer Stellungnahme veranlaßt. Eine Abordnung des Verbandes, geführt von Bildhauer A. Riedel, gab heute vormittag im Kulturamt der Stadt Wien eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

"Der Künstlerverband österreichischer Bildhauer, dem 120 Bildhauer und Bildhauerinnen der verschiedensten Kunstrichtungen angehören fühlt sich verpflichtet, zu diesen Begebenheiten in aller Öffentlichkeit Stellung zu nehmen.

Die Stadt Wien und andere öffentliche Körperschaften geben durch ihr Kunstförderungsprogramm der Künstlerschaft jene Impulse, die deren Eingliederung in den Schaffensprozeß der Allgemeinheit gewährleisten. Aus diesem Schaffensprozeß mittels Gewaltakten unduldsamer Elemente, egal welcher Richtung, hinausmanövriert zu werden, ist die Künstlerschaft nicht bereit hinzunehmen. Achtung vor der Arbeit, der Leistung des anderen ist die Grundlage jeglicher Gemeinschaft. Das Werk eines Künstlers, ob er ihm diese oder jene Gestalt gibt, ob es die Mitwelt begeistert oder zu Widerspruch veranlaßt, ist eine Leistung, die auch bei ablehnendster Kritik, wie jede andere Arbeit Anspruch auf Achtung hat. Jede, auch die sachlich strengste Kritik wird, soferne sie die Gebote der Fairneß bewahrt, beim Künstler, dem Kunstförderer und der Allgemeinheit auf fruchtbaren Boden fallen. Nur eine solche Kritik kann und wird, von wo immer sie kommt, Berücksichtigung finden. Bilderstürmer aber, ob in Tat, Wort oder Schrift, stellen sich durch ihre Unduldsamkeit außerhalb der Gemeinschaft und haben keinen Anspruch auf Gehör.

Die Bildhauer und die gesamte Künstlerschaft erwartet, daß sich die Stadtverwaltung durch Manifestationen solcher Art nicht in ihrem kulturellen Aufbauprogramm behindern lassen und die Künstler auch weiterhin aufrufen wird, unsere Vaterstadt durch Werke der bildenden Kunst zu bereichern."

Geschäftsgruppe V: Gesundheitswesen
=====

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) gibt einleitend einen allgemeinen Überblick auf die Leistungen des Wiener Gesundheitswesens im abgelaufenen Jahr. Dank einer vernünftigen Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen konnte seit 1945 auf diesem Gebiete bedeutendes geleistet werden. Auch die Wiener Medizinische Schule hat heute trotz mancher Kritik wieder einen hervorragenden Ruf.

Im Franz Josef-Spital wurde eine ganz moderne chirurgische Abteilung errichtet, im Allgemeinen Krankenhaus eine der schönsten Röntgenstationen und im Wilhelminenspital ein musterbildiges Schwesternschülerinnen- und Schwesternheim. Es ist zu hoffen, daß dieser Ausbau in den kommenden Jahren noch weitergeführt werden wird.

Starker Rückgang der Tbc-Sterblichkeit

Die Tuberkulose-Sterblichkeit ist in Wien stark zurückgegangen. Sie betrug im Jahre 1952 6.01 auf 10.000 Einwohner, im Jahre 1953 6.9 und ist mit 1954 auf 4.7 gesunken. Die Zahl der Neuanfälle an offener Tuberkulose in den Tuberkulose-Fürsorgestellen ist gleichfalls gesunken. Sie betrug im Jahre 1952 1.413, 1953 1.387 und in den ersten zehn Monaten 1954 899. Wichtig wäre eine Revision der Bestimmungen über wirtschaftliche Tuberkulosehilfe. Auch für die Erfassung neuer Fälle müßten mehr Mittel vorgesehen werden. Zweckentsprechend wäre auch der bauliche Ausbau, bzw. Umbau einiger Tbc-Fürsorgestellen. Auch eine größere Verwendung und Ausnützung des Schirmbildgerätewagens ist anzustreben.

Tiefstand der Diphtheriefälle

Bei den übrigen Infektionskrankheiten wurde heuer eine größere Zahl an Kinderlähmungsfällen verzeichnet, jedoch eine erfreuliche Entwicklung hinsichtlich der typhösen Erkrankungen sowie ein seit der Jahrhundertwende noch nicht erreichter Tiefstand bei der Diphtherie. In diesem Zusammenhang ist auch das Problem der Schutzimpfungen zu erwähnen. 1954 wurden in den Bezirksgesundheitsämtern 6.000 Kinder gegen Diphtherie und Wundstarrkrampf und 4.500 der Erstimpfung gegen Pocken unterzogen. Gegen

Kinderlähmung steht leider noch keine wirksame aktive Schutzimpfung zur Verfügung, die auf längere Zeit Sicherheit böte. Die viel diskutierte Schutzimpfung mit Gamma-Globulinen ist wohl für kurze Zeit und für einzelne wertvoll, doch ist damit eine Beeinflussung einer Seuche nicht durchführbar. Eine solche Impfung verbürgt nämlich nur für wenige Wochen die schützende Wirkung. Es würden jedoch jedesmal bei noch so vorsichtiger Schätzung zwei Millionen Liter menschlichen Blutes zur Erzeugung des Impfstoffes erforderlich sein. Abgesehen von den Kosten, ist eine derartige Menge Blutes mehrmals im Jahr nicht aufzubringen.

Für an Keuchhusten erkrankte Kinder stellte die amerikanische Besatzungsmacht seit April 1954 fallweise Flugzeuge zur Verfügung. Die betreffenden Kinder wurden im Gesundheitsamt auf ihre Eignung für diese Behandlungsart untersucht. In etlichen Fällen konnten nach dem Höhenflug wesentliche Besserungen festgestellt werden.

Den schulärztlichen Dienst besorgten im verflossenen Jahr 88 Schulärzte in den Bezirken 1 bis 21 und 44 Sprengelärzte in den Randgemeinden, von denen wegen der Ausgemeindungen 31 wegfielen. Diesen Schulärzten steht auch eine Reihe von Fachärzten zur Seite. Neben Schutzimpfungen gegen Diphtherie und Tetanus werden ab Jänner 1955 auch Tuberkulinproben an den Schülern des 1., 4. und 8. Jahrganges regelmäßig durchgeführt werden.

Starke Frequenz in den Gesundenuntersuchungsstellen

Der Andrang zu den Gesundenuntersuchungsstellen der Krebsfürsorge hält unvermindert an. Bis Mitte Februar 1955 liegen schon Vormerkungen vor und darüber hinaus 800 Fälle, die bisher noch nicht berücksichtigt werden konnten. Vom 30. Oktober 1950 bis 30. November 1954 wurden in den Untersuchungsstellen 22.228 Personen untersucht. Bei 1.428 wurden karzinomverdächtige Befunde festgestellt, bei 2.339 krankhafte Abweichungen, die in Krebs übergehen können und bei 11.872 anderweitige Erkrankungen, deren Behandlung veranlaßt wurde. Für zwei Untersuchungsstellen wurden von der Österreichischen Krebsgesellschaft zur Ergänzung der frauenärztlichen Untersuchung ein Kolposkos zur Verfügung gestellt. Eine dringende Notwendigkeit ist die Errichtung von mindestens drei weiteren Untersuchungsstellen und zwar in den westlichen und südwestlichen Bezirken. Für die Vorsichts-

untersuchung bei Männern ist die Zuziehung eines Facharztes für Laryngologie notwendig. Anstelle der Lungendurchleuchtung wird von den zuständigen Stellen die Anfertigung von Schirmbildaufnahmen empfohlen, die eine weitaus bessere Frühdiagnose ermöglichen. Zur teilweisen Deckung der Aufwandskosten wird erwogen, von jedem Untersuchten für eine derartige Aufnahme einen Betrag von 10 Schilling einzuheben, ausgenommen wären Mittellose.

Auch weniger Geschlechtskrankheiten

Besonders hervorzuheben ist, daß die Zahl der Geschlechtskrankheiten sehr zurückgegangen ist.

Der hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt kam bisher allein schon durch ihre Arbeit für die öffentliche Wasserversorgung große Bedeutung zu. Nun fällt ihr eine weitere nicht unwesentliche Aufgabe zu. Es zeigt sich nämlich die Notwendigkeit, eine Zentralstelle für sogenannte Resistenzbestimmungen von Tuberkelbazillen einzurichten. Durch verschiedene Kulturverfahren soll hier schon zu Beginn einer Behandlung festgestellt werden, auf welches Behandlungsmittel die Tbc-Erreger eines bestimmten Patienten ansprechen.

Aus diesem kurzen Überblick könne man ersehen, daß das Gesundheitsamt gut funktioniert und daß es möglich war, der Vor-
sorge die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. Bei der Lösung der noch offenen Probleme mögen alle nach besten Kräften mithelfen.

Das Anstaltenamt umfaßt 14 Krankenanstalten, sieben ehemalige Fondskrankenanstalten, unter ihnen das Allgemeine Krankenhaus, das Wilhelminenspital, die Krankenanstalt Rudolfstiftung und das Franz Josefs-Spital, ferner vier Altersheime, zwei Nervenheilanstalten und die Heil- und Pflegeanstalten "Am Steinhof" und Ybbs, weiter insgesamt 18 Jugendfürsorgeanstalten, darunter sechs Lehrlingsheime und sieben Herbergen für Obdachlose. Die Krankenhäuser Mödling und Klosterneuburg wurden durch die Rückgliederung der Randgemeinden den niederösterreichischen Verwaltungsbehörden übergeben.

Unter dem Beifall seiner Fraktion spricht Vizebürgermeister

./.

Weinberger den Ärzten, dem Verwaltungs- und Pflegepersonal und allen anderen Bediensteten dieser Anstalten seinen und den Dank der Stadt Wien für ihre geleistete Arbeit aus, die besonders in der Nachkriegszeit schwierig war.

Bei den Herbergen für Obdachlose zeigt sich durch die anhaltende Wohnbautätigkeit eine rückläufige Tendenz. Mit Jahresende wird die Herberge auf der Wieden aufgelassen; auch die Schule Dörfelstraße soll in nächster Zeit gesperrt werden. Der derzeitige Bettenbelag der Herbergen ist bereits unter 2.100 gesunken und soll im kommenden Jahr noch vermindert werden. Die in Verwendung bleibenden Heime wurden baulich verbessert. In einer Großstadt wird es wahrscheinlich immer einen Rest von Menschen geben, der in normalen Wohnungen nicht untergebracht werden kann. Je kleiner dieser ist, desto besser kann man ihn aber betreuen.

Verbesserungen in den Jugendfürsorgeanstalten

Auf dem Sektor der Jugendfürsorgeanstalten werden im kommenden Jahr eine Reihe Veränderungen vorgenommen. Das Kinderheim Rosental wird mit 31. Dezember dem Verein "Rekonvaleszentenheim" als Rückstellungsobjekt zurückgegeben. Das Erziehungsheim Mödling wurde dem Lande Niederösterreich zugesprochen, doch soll es bis zum Schulschluß 1955 von der Gemeinde Wien geführt werden. Auch im Zentralkinderheim wurden Veränderungen und Verbesserungen vorgenommen. Im Erziehungsheim Schloß Wilhelminenberg wurde im Jahre 1954 der Belagsraum erweitert. Es wird nun auch zum größten Teil als Dauerheim verwendet werden, daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Anschaffung von Kleidern und Wäsche. Im Erziehungsheim Hohe Warte wurde die Kriegsschadenbeseitigung abgeschlossen.

Ähnlich ist die Situation auch in den Lehrlingsheimen. Auch hier wurden Renovierungs- und Umbauarbeiten vorgenommen. Dringend notwendig sei die Errichtung von Sehilfenheimen.

In den Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke "Am Steinhof" und in Ybbs erfuhr der seit Jahren im Steigen begriffen gewesene Belag im heurigen Jahr das erste Mal eine gewisse Stabilisierung, sodaß für das Jahr 1955 erstmals von einer Bettenvermehrung Abstand genommen werden konnte. In beiden Anstalten konnte eine wesentliche Verbesserung der sanitären Anlagen erreicht werden.

Umstellung in den Altersheimen durch höheres Lebensalter

In keiner Anstaltengruppe zeichnen sich nach dem Kriege derartige strukturelle Veränderungen ab, wie in den städtischen Altersheimen. Sie hatten ursprünglich vornehmlich den Zweck, alten, nicht mehr arbeitsfähigen Mitbürgern einen ruhigen Lebensabend zu sichern. Heute werden vielfach dauernd bettlägerige Menschen in die Altersheime überstellt. Dadurch, vor allem aber infolge der durch das höhere Lebensalter bedingten höheren Krankheitsprozentsätze wurden die Altersheime immer mehr und mehr zu Altersspitälern. Der Anteil der Krankenbetten steigt von 3250 im Jahre 1934 auf 5020 im Jahre 1955. Diese Entwicklung hält an.

Der Pavillon I des Altersheimes Lainz wurde in den letzten beiden Jahren umgebaut. Nach diesem Vorbild werden im kommenden Jahr auch die Pavillone V und VII dieser Anstalt umgestaltet werden. Zentralheizung, in jedem Krankenzimmer Warmwasser, hygienische Baderäume, Krankenbettaufzüge, Terrazzofußböden, moderne Beleuchtungskörper, eine Radioanlage mit Kopfhörerbetrieb und eine Rufanlage gehören zur Ausrüstung einer modernen Krankenabteilung auch unserer Altersheime, besser gesagt, Altersspitäler. Auch das Altersheim Liesing hat bereits eine grundlegende bauliche Änderung erfahren. Für den Ankauf einer großen Anzahl medizinischer Apparate und Geräte für Altersheime wurde ein Betrag von 3'17 Millionen Schilling ausgegeben und so die Voraussetzung für eine Intensivierung der medizinischen Behandlung der Pflegelinge geschaffen.

So hat sich seit dem Jahre 1945 ein Wandel von der "Versorgung" in eine Pflegeanstalt oder vielmehr in ein Alterskrankenhaus vollzogen, und man muß keine Angst mehr haben, den alten Mitmenschen in so ein Heim zu geben. Für das Jahr 1955 sind neuerlich für bauliche Investitionen 6 Millionen Schilling vorgesehen. ./.

Seit 1945 wurden für die bauliche Erhaltung bzw. Herstellung unserer Altersheime 32'65 Millionen Schilling aufgewendet.

Vizebürgermeister Weinberger gibt hierauf einige Zahlen über den Rettungsdienst bekannt und bittet die Gemeinderäte der Volksoption, auch den "Abend" darauf aufmerksam zu machen, damit Fehlmeldungen vermieden werden. Der Rettung stehen 13 alte, zum Teil noch verwendbare, und 16 neue, seit 1950 angeschaffene Fahrzeuge zur Verfügung. Die Sanität, die den Krankenbeförderungsdienst versieht, hat 16 alte, gleichfalls zum großen Teil noch verwendbare Fahrzeuge, und nach Einlangen der 5 in Auslieferung befindlichen Wagen werden 29 neue Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Es steht somit ein weitaus größerer Wagenpark zur Verfügung, als ihn eine andere ähnlich große Stadt hat. In diesem Jahr waren bis 30. November 28.276 Ausfahrten zu verzeichnen, die Zahl der hierbei behandelten Patienten betrug 29.432 und die Zahl der ambulatorisch behandelten Patienten 8995. Die Kilometerzahl betrug 346.354.

12.107 Krankenbetten in Wien

Zu der größten Gruppe des Anstaltenamtes zählen die Krankenanstalten. Vor allem durch die Rückgliederung von Mödling und Klosterneuburg bedingt, wird der Normalbettenstand im kommenden Jahr 12.107 Betten betragen. Bezüglich der Bettenversorgung soll 1955 erstmalig der Versuch der Führung eines Reservespitals, das nur in der Zeit des erhöhten Bedarfes, vor allem interner Betten, herangezogen werden soll, gemacht werden. Es ist eine Erfahrung, daß in der Zeit von Jänner bis etwa Ende Mai jeden Jahres die Zahl der Spitalsaufnahmewerber jahreszeitlich bedingt weit höher ist als während des übrigen Jahres. Hiezu sollen drei Pavillons des Zentralinfektionskrankenhauses, die nun frei werden und insgesamt 300 Betten umfassen, und das St. Rochus-Spital Verwendung finden.

Ein Patient kostet pro Tag 103 Schilling

Die Zahl der Verpflegstage ist für 1955 mit rund 4 Millionen angesetzt, was eine rund 90prozentige Ausnutzung der Spitalskapazität im Jahresdurchschnitt bedeutet. Die Einnahmen sind mit rund 255 Millionen Schilling angegeben, wobei erstmalig ein Bundesbeitrag zur Deckung des Defizits der Krankenanstalten mit 25 Millionen Schilling budgetiert ist. ./.

Die Sachausgaben werden rund 160 Millionen, die Personalausgaben rund 230 Millionen, die Gesamtausgaben - ohne Investitionen - also etwa 390 Millionen betragen, sodaß sich ein Betriebsabgang von 135 Millionen Schilling ergibt. Ein Patient kostet pro Tag ungefähr 103 Schilling. Davon entfallen 58'15 Schilling auf Personalausgaben, also eine sehr bedeutende Quote, die aber auch nachweist, daß der Mensch immer noch im Zentrum der Krankenbetreuung steht. Auf Verbrauchsmaterialien entfallen 24'34 Schilling, hiervon etwas über 9 Schilling auf die Verköstigungsquote. 10'61 Schilling entfallen auf die Posten Bau und Inventar und 8'76 Schilling auf sonstige Ausgaben.

Welche ungeheuren Summen von der Gemeinde Wien allein auf dem Bau- und Inventarsektor seit 1946 aufgewendet wurden, zeigt folgende Aufstellung:

	Bau in Millionen	Inventar Schilling
1946 - 1952	95'1	90'4
1953	36'4	24'2
1954	45'0	33'0
	<u>176'5</u>	<u>147'6</u>

Große Fortschritte bei Ausgestaltung der Krankenanstalten

Es ist unzweifelhaft, daß die Ausgestaltung der städtischen Krankenanstalten gewaltige Fortschritte gemacht hat und daß auch die medizinische Versorgung der Patienten heute schon jeden Vergleich mit den vom Krieg verschont gebliebenen Ländern aushält. Das Bestreben bleibt weiterhin: Bereithaltung der notwendigen Zahl an Betten, Verbesserungen innerhalb der Krankenanstalten im Hinblick auf Versorgung und Unterbringung und Aus- und Zubauten bei bestehenden Krankenanstalten. Drei große Bauvorhaben sind vorgesehen: Der Ausbau des Krankenhauses Floridsdorf, der Ausbau und die Fertigstellung der Infektionsabteilung des Franz Josef-Spitals und schließlich der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Nachdem nun eine erfreuliche Übereinstimmung zwischen den Vertretern von Bund und Land erreicht wurde, werde ich mich bemühen, auch auf dem wichtigen Sektor des Planes eine Koordination der städtischen und staatlichen Interessen und Mittel zustande zu bringen. Dabei erscheint mir die baldige Einberufung einer Enquete aller an diesem Werke Beteiligten und Interessierten und daraus folgende endgültige Festlegung eines gültigen Aufbauplanes besonders vordringlich. /.

Wir brauchen weiter dringend eine Neuordnung auf dem Gebiete der Betreuung unserer alten Mitbürger. So sehr ich den Bau von Wohnungen für alte Leute im Rahmen des kommunalen Wohnhausbaues begrüße, werden wir doch um den Bau eines neuen und entsprechenden Altersheimes neben der Umgestaltung eines Teiles der derzeitigen Heime in Altersspitäler nicht herumkommen.

Jeder zehnte Wiener Alkoholiker

Eine weitere dringende Aufgabe ist die Errichtung einer modernen Trinkerheilstätte. Die Behandlung von Alkoholikern schon zu einem Zeitpunkt, in dem die völlige Wiederherstellung der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit gewährleistet erscheint, wäre sowohl aus sozialen als auch aus medizinischen Gründen außerordentlich wichtig. Ergibt doch eine Schätzung, daß es in Wien etwa 140.000 bis 170.000 Alkoholiker gibt, von denen 80.000 bis 100.000 chronische Alkoholiker sind. Die Trinkerheilstätte, für die im Anfang mit 50 bis 60 Betten das Auslangen gefunden werden konnte, wenn die Möglichkeit besteht, bei Bedarf die Bettenanzahl entsprechend zu vergrößern, soll unabhängig von der Universitäts-Nervenklinik und der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" sein, damit den Patienten das Odium der Geisteskrankheit genommen wird, welches viele von der erwünschten freiwilligen Meldung zur Behandlung abhält. Zur besseren Erfassung der Patienten wären da und dort Ausstellen, Beratungsstellen oder Ambulanzen notwendig.

Als weitere Aufgaben bezeichnet der Redner den Ausbau des Krankenhauses Floridsdorf und des Preyer'schen Kinderspitales sowie den Neubau eines orthopädischen Spitals. Auch die Rheumabekämpfung müßte durch die Errichtung eigener Stationen und durch die Anwendung modernster Heilmittel ausgebaut und verbessert werden.

Die erstrebenswerte Einheit im gesamten österreichischen Gesundheitsdienst besteht leider noch nicht. Staat, Länder, Städte und Gemeinden auf der einen, Sozialversicherungsträger, kirchliche und private Einrichtungen auf der anderen Seite bestehen nebeneinander und arbeiten oft gegeneinander. So geschieht in manchen Bereichen zuviel und in manchen Bereichen zuwenig, das Geld des Volkes aber wird nicht immer rationell, sondern auch unwirt-

schaftlich und unzweckmäßig ausgegeben. Mehr Zusammenarbeit, mehr gegenseitige Rücksichtnahme, mehr Einigkeit und mehr Gesamtplanung wäre gerade hier dringend notwendig. (Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend dankt Vizebürgermeister Weinberger allen Mitarbeitern, vor allem aber den Ärzten und Schwestern. Der Gemeinderat möge zu diesem Kapitel offen aber sachlich Stellung nehmen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Debatte über das Gesundheitswesen

GR. Dr. Christoph (VO) erklärt, Österreich und Wien lebe auch auf dem Gebiete des Gesundheitswesens von der Vergangenheit, von dem Begriff der alten Wiener medizinischen Schule. Wie Prof. Dr. Schönbauer richtig erklärt habe, sei es nicht vertretbar, daß man mangels finanzieller Mittel den Studenten die Medizin von gestern lehre. Die Gesundheitspflege sei nun einmal teuer und nicht geeignet, einen Gewinn abzuwerfen. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses stelle eine unbedingte Notwendigkeit dar, aber auch der Ausbau und die Modernisierung der anderen alten Spitäler müsse weitergeführt werden.

Im einzelnen kritisiert er den chronischen Bettenmangel in den Wiener Spitälern, das frühzeitige Wecken der Kranken, die unterschiedliche Güte des Essens sowie die nicht gerade appetitanregende Art der Essensverabreichung. Man sollte wieder zu dem alten Brauch zurückkehren, daß jeder Unbemittelte unentgeltlich ärztliche Behandlung in einem Abulatorium erlangen kann.

Im Zusammenhang mit der Kinderlähmung regt der Redner eine Enquete aller namhaften Kinderärzte und Bakteriologen sowie die stärkere Heranziehung der Erfahrungen in anderen Ländern an. Die Volkspopposition fordere in einem Antrag die Schaffung eines Zentrums für die Nachbehandlung von Kinderlähmung im Wilhelminenspital, wo bereits gewisse Voraussetzungen vorhanden seien.

Die Gesundenuntersuchungsstellen für Krebs seien sehr zu loben, aber in der heutigen Zeit bei einer Sterblichkeitsziffer von jährlich 5.000 Krebskranken vollkommen unzulänglich. Seine Fraktion verlange nach wie vor die Einbeziehung der Spitäler und Spitalsambulanzen in die Krebsprophylaxe. Jeder Patient über 40 Jahre sollte im Spital auf Krebs untersucht werden.

Der Alkoholismus nehme im erschreckenden Ausmaß bei Männern und leider auch bei Frauen zu. Er zerrütte die Gesundheit der Menschen und damit die Arbeitskraft, zerstöre die Familien und bringe die Kinder einer solchen Ehe um ihre Jugend. Bis 1942 bestand in Wien eine Trinkerheilstätte. Heute gebe es, abgesehen von den paar Betten am Steinhof, so gut wie nichts. Die Weltstadt Wien mußte sich vom kleinen Korneuburg beschämen lassen, das eine Trinkerheilstätte mit 30 Betten errichtete. Ein Antrag seiner Fraktion ziele darauf hin, alle Maßnahmen für die Errichtung einer städtischen Trinkerheilstätte und für die Wiedererrichtung einer Trinkerberatungsstelle zu treffen.

Bei der Rettung gehe das ständige Ansteigen der Ausfahrten lediglich auf Kosten des Personals. Hier sei eine Vermehrung des Personals und der im Verkehr befindlichen Wagen ebenso wie die Errichtung von Rettungsstellen am jenseitigen Donauufer und eventuell die Wiedererrichtung der Rettungsstelle in Inzersdorf zu verlangen.

Die Fraktion der Volksoption werde auch den Ansätzen dieses Kapitels die Zustimmung nicht erteilen. (Beifall bei der VO.)

GR. Dr. Eberle (VP) hält eingangs Dr. Christoph vor, daß die Frage des Bettenmangels schon eingehend besprochen wurde. Auch was das Essen in den Spitätern anbelangt und die Direktorenstellen, die Schwesternfrage, eiserne Lunge, Viruskrankheiten und so weiter, so wurden diese Fragen schon behandelt, und es ist sehr viel Wertvolles geschehen. Wir können jedoch auch auf diesem Gebiete nicht alles auf einmal machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Im folgenden gibt der Redner eine Übersicht über die Leistungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens in diesem Jahr. Er hebt besonders den Wiederaufbau des Franz Josefs-Spitals hervor, der vor der Vollendung steht; die Abteilungen sind Glanzstücke des Spitalbaues, die sich auch im Ausland sehen lassen können. Sehr erfreulich ist der fortschreitende Aufbau des Krankenhauses Floridsdorf, das 1955 fertig werden wird. Es ist ein großer Erfolg von Vizebürgermeister Weinberger, daß gerade durch seine Initiative diese Bauten so weit fortgeschritten sind.

Das Kontrollamt bedauert immer wieder, daß das Kapitel Gesundheitswesen defizitär abschließt. Das ist aber nur optisch so,

denn mit dem Geld, das investiert wird, verlängern wir unserer Bevölkerung das Leben und halten sie gesünder als dies in früheren Jahren möglich war. Was die Kritik des Kontrollamtes über die Bettenplanung betrifft, so wäre eine Planung viel leichter möglich, wenn die schon seit Jahren geforderten Abteilungen für Alterskrankheiten errichtet würden, während heute die kranken alten Leute die Spitalsbetten belasten. Auch sollten Kinder nicht in Erwachsenenabteilungen aufgenommen werden. Es gibt in Wien genügend Kinderspitäler. Der Redner ersucht den Amtsführenden Stadtrat für Gesundheitswesen die bereits getroffenen Verfügungen zu wiederholen. Dann ist sicher eine weitgehende Bettenplanung durchzuführen.

Zum Gesundheitswesen im allgemeinen meinte der Redner, daß man infolge der zunehmenden Häufigkeit der Herz- und Gefäßkrankheiten der Einrichtung von Herzstationen besonderes Augenmerk schenken müsse. Auch Rheuma fordert jedes Jahr durch den Ausfall von Arbeitskräften seinen Tribut. Durch die Schaffung von Rheumaabteilungen könnte vieles gebessert werden. Eine Rheumaforschungsstelle wäre ebenfalls sehr zweckmäßig. Mit besonderem Nachdruck verwies Dr. Eberle auf die Notwendigkeit der Gesundenuntersuchungsstellen und stellte neuerlich den Antrag, in jedem Wiener Bezirk eine solche Untersuchungsstelle zu errichten.

Auch die Schaffung einer Trinkerheilstätte sei notwendig. Trinker sind keine Narren oder Geisteskranke, es sind arme, süchtige Menschen, denen geholfen werden muß. Solche Leute gehören niemals nach Steinhof.

Zu der Frage der Privatspitäler sagte der Redner, daß diese zum Großteil unter der Führung von Ordensgemeinschaften stehen. Sie helfen sehr wesentlich, die Lücken an Krankenbetten auszufüllen, sie helfen der Gemeinde Wien aber auch große Summen zu ersparen. Dadurch, daß diese Krankenhäuser keine oder wesentlich schlechtere Verträge mit den Sozialversicherungsanstalten haben, sind sie gezwungen, ihre eigene Substanz aufzuzehren und Raubbau an den geistlichen Schwestern zu treiben. Die geistlichen Schwestern sind aber auch Menschen, die auf gleiche Entlohnung und gleiche Freizeit Anspruch haben. Ihre Arbeit ist mindestens ebensoviel wert, wie die ihrer weltlichen Kolleginnen. Der Redner ersuchte daher, hier endlich Abhilfe zu schaffen. (Beifall bei der ÖVF

Ferner ersuchte der Redner den Gemeinderat, den Schwestern, die das orthopädische Spital führen, ein Darlehen zu gewähren, damit sie sich ein eigenes Krankenhaus erbauen können. Ein orthopädisches Spital ist für Wien unbedingt notwendig. Durch die Gewährung eines solchen Darlehens würden wir uns den Bau und die Führung eines orthopädischen Krankenhauses ersparen, jährlich ungefähr eineinhalb Millionen Schilling.

Zur Frage des Schwesternnachwuchses erklärte Dr. Eberle, man müsse den Schwesternberuf durch Besserstellung erstrebenswerter machen. Man sollte in der nächsten Zeit in jedem Krankenhaus auch besser ausgestattete Unterkunftsräume einrichten. Es ist notwendig, daß wenigstens auf 4 Patienten eine Schwester entfällt.

Zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses brachte der Redner Wünsche der Ärzteschaft vor. Sie sollen schon bei der Planung zu den Beratungen beigezogen werden. Ferner vertritt Dr. Eberle die Ansicht, es wäre am besten, das neue Krankenhaus auf den alten Gründen zu erbauen.

Zur Ärztefrage betont er, daß Österreich genügend Ärzte besitzt, um sein Volk wirklich gesund zu erhalten, ja sogar zum gesündesten der Welt zu machen, wenn man es verstünde, die Ärzte richtig einzusetzen. Statt dessen zwingt man sie zu nervenaufreibenden Kämpfen mit den Sozialversicherungsträgern. Durch eine regelmäßige Kontrolle und Überwachung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung könnten alle Ärzte entsprechend ihrer Fähigkeiten eingesetzt werden. Dadurch wäre viel Leiden, aber auch den Sozialversicherungsanstalten wären viele Millionen erspart. Ebenso seien mehr Schulärzte notwendig, die entsprechend ausgebildet sein müssen. Der Redner stellt den Antrag, allen Gastärzten bei der Stadt Wien das Stipendium auszuzahlen.

In Wien bestehe nach wie vor noch ein Geburtenproblem. Es habe sich in dieser Hinsicht nichts geändert, es werde vielmehr weiter wacker abgetrieben. Der Redner verspricht sich auf diesem Gebiete durch einen weiteren Ausbau der Schwangeren- und Mütterberatungsstellen unter Heranziehung von Frauen- und Kinderärzten einigen Erfolg. Manche Mütter würden die Freude am Kinde bekommen oder ihnen diese Freude durch die richtige Beratung erhalten blei-

ben. Verwaltungsmäßig wäre die Schwangeren- und Mütterberatung aus der Gruppe Wohlfahrtswesen herauszunehmen und dem Gesundheitswesen zu unterstellen, weil es sich hier ja um eine rein ärztliche Tätigkeit handelt.

Der Redner regt auch die Schaffung von Kurzfilmen zur Aufklärung der Bevölkerung über Schutzimpfungen an. Unruhen und Unklarheiten in Zeiten von Infektionskrankheiten könnten durch Aufklärung verhindert werden.

Abschließend spricht er allen seinen Kollegen, den Schwestern und auch den Beamten und Angestellten für ihre aufopferungsvolle und mühevollen Arbeit im Interesse der Bevölkerung den Dank aus. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Antonie Platzer (SPÖ) nimmt zu dem so notwendigen Bau des Allgemeinen Krankenhauses Stellung und erklärt, ihre Partei habe im Wahlprogramm versprochen, dieses Krankenhaus durch ein modernes und allen Anforderungen entsprechendes Spital zu ersetzen, wenn auch der Bund bereits ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Zum Unterschied von manchen anderen Parteien, werden die von den Sozialisten abgegebenen Versprechen auch erfüllt. (Beifall bei der SPÖ.) Sie begrüße daher die Tatsache, daß Verhandlungen mit den beiden Unterrichtsministern zu einer Zusage des Bundes geführt haben. Auch die Forderung der Gemeinde an den Bund, zur Erhaltung der Fondskrankenanstalten beizutragen, habe einen kleinen Erfolg gezeitigt. Die Belastung der Gemeinde durch die Führung dieser Anstalten betrug zum Beispiel allein im Jahre 1953 118,3 Millionen Schilling. Der Bund hat sich nun endlich bereit erklärt, 25 Millionen Schilling als Beitrag zu leisten. Das ist nicht einmal ein Fünftel des aufgewendeten Betrages. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wird jeden Vergleich mit neuen Krankenhäusern in reicheren Ländern ausschalten und auch wesentlich zur Hebung des weit über unsere Grenzen reichenden Rufes der Wiener medizinischen Schule beitragen. Darüber hinaus wird der Bau des Krankenhauses auch Arbeit schaffen und dem Gewerbe und der Industrie Aufträge bringen. Es müsse darauf verwiesen werden, daß gerade auf dem Bausektor für die Krankenhäuser seit 1945 überaus viel geschehen ist.

Sogar das am meisten beschädigte Franz Josef-Spital wird im kommenden Jahr in der Lage sein, das Infektionskrankenhaus in Betrieb zu nehmen. Die Kosten des Wiederaufbaues allein für dieses Spital haben 41,5 Millionen Schilling betragen.

Zum Wiederaufbau des Spitalwesens gehöre aber auch ein gutes Pflegepersonal. Die Stadt Wien betreibt sechs Krankenpflegerinnen-schulen, davon zwei für Kinderpflegerinnen, mit insgesamt 662 Schülerinnen. Jede dieser Schulen hat einen dreijährigen Lehrgang. Jährlich kostet eine Schülerin der Gemeinde 7.000 Schilling, somit stellt sich also die Ausbildung einer diplomierten Pflegerin auf 21.000 Schilling. Es sei daher bedauerlich, daß nur 80 Prozent der ausgebildeten Schülerinnen ihrem Beruf treu bleiben. Der Dienst der Schwestern sei ungeheuer schwer und man müsse dafür sorgen, ihnen wenigstens ihre dienstlichen und familiären Aufgaben möglichst zu erleichtern. Jene Pflegerinnen, die in den Anstalten wohnen, haben oft nicht einmal geeignete Waschküchen. Es sei an der Zeit, auch hier technische Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Gemeinderätin Platzer regt auch einige Reformvorschläge im Interesse der Spitalspatienten an. So erscheine es ihr durchaus möglich, die Besuchstage nicht nur auf einzelne Tage zu beschränken, sondern Besuche täglich zu ermöglichen. Ferner erscheine es ihr auch unnötig, auf den Krankentafeln die Religion des Patienten anzuführen, da dies sowohl für den Arzt als auch für die Schwester kaum von Bedeutung sein könne. Eine Abänderung bedürfe auch die Vorschrift, daß Kinder erst ab dem zehnten Lebensjahr zu Spitalsbesuchen mitgenommen werden dürfen, und so oft ihre Eltern durch Wochen und Monate nicht sehen können. Gerechtfertigt sei dieses Verbot für Infektionsspitäler und Abteilungen mit ansteckenden Krankheiten. Die Rednerin schlägt eine Herabsetzung der Altersgrenze auf sechs Jahre vor.

Als eine brennende Frage bezeichnet die Rednerin die Frage der Blutspenden. Durch Aufrufe um freiwillige Blutspender müßte es möglich sein, den Langel an dem so oft und dringend notwendigen Blut zur Rettung Schwerkranker zu beheben.

Die Rednerin regt an, zur Bekämpfung des Alkoholismus und auch des Nikotins Aufklärungsschriften zu verfassen und diese in Jugendlokalen anzubringen. Von großer Wichtigkeit sei auch die Herstellung billiger Obstsaft. Der übermäßige Alkoholgenuß zerstöre nicht nur die Gesundheit oder vergeude das Volkvermögen, er zerstört vor allem auch die Familie. Gerade den Frauen von Trinkern müßte auch die Möglichkeit gegeben sein, nicht ein Kind nach dem anderen bekommen zu müssen, das weder normal noch gesund sein kann. Dieses Problem müsse vom sozialen Standpunkt aus gelöst werden.

Gemeinderätin Platzer bedauert, daß bei der Erwähnung des Schulärztedienstes keine Zahlen über die Untersuchungsergebnisse genannt wurden. Gerade dadurch könnte man den Gesundheitszustand der Jugend ersehen und die notwendigen Schlüsse ziehen. Dasselbe gelte auch für die Gesundenuntersuchungsstellen. Die Bekämpfung der Krebskrankheit sei eine Frage, die alle brennend interessiere. Es wurde jedoch wiederholt von prominenten Ärzten die Ansicht vertreten, daß die Gesundenuntersuchungsstellen hauptsächlich einem psychologischen Bedürfnis Rechnung tragen, vielleicht manchmal auch einem propagandistischen. Eine wissenschaftliche Ausbeutung dieser Untersuchungen ist jedoch bis jetzt nicht erfolgt. In dieser Erkenntnis habe die Gemeinde Wien im vergangenen Jahr dem Krebsforschungsinstitut eine Subvention von 1 Million Schilling gewährt. Man kann nur wünschen, daß den Forschungsinstituten in aller Welt bald ein Erfolg beschieden sein möge, um die Menschen von dieser furchtbaren Geißel zu befreien. Zu den genannten Zahlen über die in den Untersuchungsstellen ermittelten Befunde auf Karzinomverdacht oder andere Krankheiten erhebt sich die Frage, ob diese Untersuchungsstellen von sich gesund oder krank fühlenden Menschen besucht werden, und wieviele der tatsächlich gesund Befundenen dies auch in der nächsten Zeit blieben, bzw. ob die dort tatsächlich festgestellten Fälle bessere Operationserfolge zeitigten als jene, die auf gewöhnlichem Wege zur Operation geführt haben. Derartige Aufzeichnungen müssen gemacht werden, um eine wissenschaftliche Nachprüfung der bisherigen Ergebnisse und über den Wert der Untersuchungen zu erhalten. Erst auf dieser Basis erweise sich eine Vermehrung der Untersuchungsstellen als gerecht-

fertigt.

Auf dem Gebiete der Altersheime wurde bereits viel getan, auch wenn noch nicht alles so ist, wie es sein sollte. Die Belagsabteilungen müssen eine Umgestaltung und Auflockerung erfahren. Auch die Tagräume bedürfen einer Anpassung an die Bedürfnisse der Bequemlichkeit. In den Altersheimen ist ein ständiges Ansteigen der Krankbetten gegenüber den Belagsbetten zu verzeichnen. In bedeutendem Maße müsse der Heimpflege besonderes Augenmerk zugewendet werden, da dadurch den alten Leuten die Möglichkeit gegeben wird, in dem ihnen lieb gewordenen Heim zu bleiben. Auf Initiative von Vizebürgermeister Honay habe man bereits den Versuch unternommen, in den großen Wohnblocks sogenannte Alterswohnungen zu schaffen. Es gibt bis jetzt 120 solcher Wohnungen. Leider genügt diese Zahl nicht. Der Anfall der alten Leute in den Altersheimen ist groß. Diese Heime müssen daher so gestaltet werden, daß sich die alten Leute in ihnen wohl fühlen und sich nicht mehr fürchten, in die Anstalten zu gehen.

Die Auflassung von Obdachlosenheimen ist ebenfalls ein erfreuliches Zeichen des fortschreitenden Wiederaufbaues und der Normalisierung der Verhältnisse auch bei diesen bisher dort untergebracht gewesenen unglücklichen Menschen. Die große Bautätigkeit der Gemeinde Wien hat ihnen Wohnungen gegeben, und dieselbe Bautätigkeit hat ihnen auch Arbeit verschafft. Die Kinder dieser Menschen, die vielfach in den Anstalten der Gemeinde Wien untergebracht werden mußten, sind wieder bei ihren Eltern, und diese Menschen werden nun wieder ein richtiges Familienleben führen können.

Schließlich kommt die Rednerin noch auf die Ausführungen des GR.Dr. Eberle zu sprechen und meint, daß gerade in den Sanatorien immer wieder Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen werden und er dazu beitragen möge, daß diese zum Stillstand kommen.

Abschließend dankt sie allen in dieser Verwaltungsgruppe Beschäftigten und gibt namens ihrer Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

In seinem Schlußwort tritt Vizebürgermeister Weinberger der Ansicht des GR.Dr. Christoph entgegen, daß die Wiener medizinische Schule der Vergangenheit angehört, und erklärt, daß auch heute wieder eine Reihe Wiener Ärzte Weltruf haben. Das frühe Aufwecken in den Krankenhäusern ist durch eine Reihe von Umständen bedingt, soll aber, wenn es möglich ist, verschoben werden. Das Essen in den Krankenhäusern wie auch die Art der Darreichung sind verbessert worden. Auch er sei der Meinung, daß die seit 1945 bestehende und damals sehr zweckmäßige Gepflogenheit, daß der Chef gleichzeitig Direktor war, nicht beibehalten werden soll. Es ist jetzt an der Zeit, Direktionssekretäre einzustellen und sie sukzessive zu Direktoren zu machen. Über dunkle Auslassungen des Gesundheitsamtes in der Frage der Kinderlähmung ist mir nichts bekannt. Das Gesundheitsamt hat einige Male sehr sachliche und ruhige Erklärungen abgegeben, und ich halte es für vernünftig, Zahlen bekanntzugeben, um der Bevölkerung zu sagen, daß es keine Epidemie ist, sondern daß der Verlauf normal ist. Die Ärzte beschäftigen sich laufend mit den theoretischen Fragen der Kinderlähmung, aber auch die großen Länder Amerika und Rußland sind heute in der Erforschung dieser Krankheit noch nicht sehr viel weiter. Es gibt leider gewisse Krankheiten, die im Letzten noch nicht erkannt sind und daher nicht so bekämpft werden können. Ich gebe zu, daß das Rettungspersonal sehr in Anspruch genommen ist, und es wäre richtig, wenn man auf diesem Gebiet etwas unternehmen könnte. Die Rettungsstation in Inzersdorf mußte nach Zustimmung durch den Gemeinderat aufgelassen werden, weil sie unrationell war. Die beiden Anträge des GR.Dr. Christoph sind überholt, da praktisch ein Zentrum für die Nachbehandlung von Kinderlähmungen bereits geschaffen ist und auch die Frage der Errichtung einer Trinkerheilstätte bereits in Behandlung steht.

Die beiden Anträge des GR.Dr. Eberle bittet er dem zuständigen Ausschuß zuzuweisen. Die Forderung nach Erhöhung der Anzahl der Schularzte wird geprüft werden.

Was die Schwangerschaftsunterbrechungen anlangt, bin ich der Meinung, sagt Vizebürgermeister Weinberger, daß diese nicht nur in den Sanatorien vorgenommen werden. Dieses Kindersterben hat unser ganzes Volk in allen seinen Schichten erfaßt, und es müßte die Sorge nicht eines Teiles des Volkes, sondern aller sein, dem Einhalt zu gebieten.

Allein materiell gesehen bedeutet das, daß wir eines Tages vor der Tatsache stehen werden, daß wir nur noch Rentenbezieher und keine Renteneinzahler haben werden, daß wir nicht genügend Fachkräfte besitzen werden usw. Und die Frauen, die beschlossen haben, keinen Kindern das Leben zu schenken, werden eines Tages sehen, daß sie das Leben vertan haben. Das sind aber sehr ernste Fragen, die man hier nicht so behandeln kann. In der Diktatur wurde dieses Vorgehen mit Todesstrafe geahndet. Ich glaube, daß das Volk in der Demokratie genau dasselbe Recht hat zu leben wie in der Diktatur und Menschen heute viel mehr begrüßt werden sollten als in der Diktatur, da sie zum Krieg mißbraucht wurden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Die Möglichkeit der Verlängerung der Besuchszeiten wird geprüft werden, und falls es den Ärzten keine Schwierigkeit bietet, kann dies durchgeführt werden.

Abschließend unterstreicht Vizebürgermeister Weinberger, daß sich im allgemeinen an der Gesundheit nichts verdienen läßt. Auch Wien wird weiterhin für die Gesundheit des Volkes, sein wertvollstes Gut, Opfer bringen müssen und diese auch gerne bringen. Ich lade Sie alle ein, dabei mitzuhelfen, daß dieses kostbare Gut unseres Volkes immer weiter verbessert wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des fünften Hauptstückes des ordentlichen Voranschlages - Gesundheitswesen - und die dazugehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlages mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Die beiden Beschlußanträge des GR. Dr. Christoph werden gegen die Stimmen der VO abgelehnt, die beiden Anträge des GR. Dr. Eberle einstimmig dem Ausschuß zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Die erste Weihnachtsbescherung der Gemeinde Wien
=====

20. Dezember (RK) Sonntag nachmittag fand im Messepalast eine Weihnachtsbescherung für die Heimkehrer dieses Jahres und für Kinder der noch nicht Heimgekehrten/ ^{statt.} Die Feier, zu der auch Heimkehrer aus Niederösterreich und Burgenland eingeladen wurden, hat wie alljährlich das Innenministerium gemeinsam mit der Gemeinde Wien veranstaltet. Bei der ersten Weihnachtsbescherung der Gemeinde Wien erhielt jedes der 100 Kinder als Geschenk der Stadtverwaltung zwei Pakete, und zwar ein Paket mit Lebensmitteln und Süßigkeiten und ein Paket mit Kleidungsstücken.

An der Feier nahmen Innenminister Helmer und Staatssekretär Graf, für die Wiener Stadtverwaltung Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay und mehrere Gemeinderäte teil. Nach einer Ansprache von Innenminister Helmer wurden die kleinen und großen Gäste durch Bürgermeister Jonas begrüßt. Er bezeichnete es als unfaßbar, daß mehr als neun Jahre nach Kriegsende immer noch Frauen auf die Heimkehr ihrer Gatten, Väter und Kinder warten. "Wir alle haben den heißen Wunsch", sagte er, "daß die noch in Gefangenschaft Befindlichen bald heimkehren mögen. Wir werden nicht eher ruhen, bis der letzte von ihnen wieder in der Heimat eingetroffen ist!" Namens der Stadt Wien wünschte Bürgermeister Jonas den Heimkehrern und den Kindern frohe Weihnachten und ein glückliches Neujahr.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

20. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 19. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Kirchschlag" gebracht wurden, am Mittwoch, dem 22. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 14.55 Uhr vom Westbahnhof abzuholen.

- - -

Die Konstituierung der neuen Bezirksvertretungen
=====

20. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Afritsch nahm im Laufe des heutigen Tages in Vertretung des Bürgermeisters in weiteren sechs Wiener Bezirken die Angolobung der neugewählten Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher vor. Heute fanden konstituierende Sitzungen auf dem Alsergrund, in Favoriten, in Meidling, in Hietzing, in Penzing und in Liesing statt.

Bei der Wahl wurden folgende Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt: 9. Bezirk, Bezirksvorsteher Johann Rejnoha (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Doppler (ÖVP); 10. Bezirk, Bezirksvorsteher Karl Wrba (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Mithlinger (ÖVP); 12. Bezirk, Bezirksvorsteher August Fürst (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Otto Marguard (ÖVP); 13. Bezirk, Bezirksvorsteher Ernst Florian (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Josef Fischer (SPÖ); 14. Bezirk, Bezirksvorsteher Anton Figl (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Kommerzialrat Josef Bischko (ÖVP); 23. Bezirk, Bezirksvorsteher Johann Radfux (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dr. Friedrich Sejchovsky (ÖVP).

Morgen, Dienstag, finden Konstituierungen der Bezirksvertretungen in folgenden Bezirken statt: 15. Bezirk 8 Uhr, 8. Bezirk 9.30 Uhr, 17. Bezirk 11 Uhr, 18. Bezirk 15 Uhr, 20. Bezirk 16.30 Uhr, 22. Bezirk 18 Uhr.

- - -

Weihnachtsurlaub für Wiener Kinder
=====

20. Dezember (RK) So wie im vergangenen Jahr hat das städtische Jugendamt auch heuer wieder sozial bedürftige Kinder in das Erholungsheim Sulzbach-Ischl geschickt.

Zur Verabschiedung der 71 Kinder hatte sich heute außer den Eltern auch Vizebürgermeister Honay auf dem Westbahnhof eingefunden.

Die Auswahl wurde von den Bezirksjugendämtern und von Erziehungsanstalten vorgenommen. Die Kinder erhalten im Heim Geschenke nach eigener Wahl (Bücher, Puppen, Fußbälle, Matadorbaukasten, Füllfedern, warme Kleidungsstücke etc.). Sie werden am 7. Jänner wieder nach Wien zurückkommen.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 20. Dezember
=====

20. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 6 Ochsen, 10 Kühe, Summe 16. Neuzufuhren Inland: 194 Ochsen, 76 Stiere, 812 Kühe, 87 Kalbinnen, Summe 1.169. Ungarn: 20 Ochsen, Summe 20. Gesamtauftrieb: 220 Ochsen, 76 Stiere, 822 Kühe, 87 Kalbinnen, Summe 1.205. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 8 bis 11.20, extrem 11.30 bis 11.60, Stiere 10 bis 11.50, extrem 11.60. Kühe 7.20 bis 9.20, extrem 9.30 bis 10, Kalbinnen 9 bis 11.20, extrem 11.30 bis 11.60, Beinlvieh, Kühe 6 bis 7.20, Ochsen und Kalbinnen 7 bis 9 S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr notierten Ochsen, I. bis III. Qualität behauptet, Extremware fest behauptet. Stiere, Beinlvieh verteuerten sich bis zu 50 Groschen, Kühe bis zu 30 Groschen, Kalbinnen bis 40 Groschen, ungarische Ochsen notierten 10 bis 11.60 S.

- - -

Geschäftsgruppe VI: Bauangelegenheiten
=====

Als nächste Beratungsgruppe gelangt die Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, zur Verhandlung.

Stadtrat Thaller (SPÖ) führt als Berichterstatter aus: Niemals zuvor waren in Wien derart viele Menschen im Baugewerbe und in den Baunebengewerben beschäftigt. Niemals zuvor war es so schwer, geeignete Arbeitskräfte zur Erfüllung unserer Bauaufgaben in genügender Zahl aufzutreiben. Der hohe Beschäftigtenstand im Baugewerbe ist nicht ausschließlich das Verdienst der Gemeinde Wien, die Bautätigkeit der Gemeinde hat aber in erster Linie zu dieser erfreulichen Entwicklung beigetragen. (Beifall bei der SPÖ.) Die Leistung von Überstunden im Baugewerbe darf keine Dauereinrichtung werden. Wir streben eine möglichst kontinuierliche ganzjährige Beschäftigung an und denken nicht daran, den raschen Wiederaufbau unserer Stadt mit der Gesundheit unserer Arbeiter und Angestellten zu erkaufen. Wir wollen daher im nächsten Jahr noch mehr als bisher unsere Planungen so einrichten, daß das erhöhte Bauvolumen in der normalen Arbeitszeit vollbracht werden kann.

1.240 Millionen für das Bauwesen

Im Jahre 1955 wird der eigene Bauaufwand der Gemeinde 1.035 Millionen Schilling betragen. Unter Hinzurechnung der Darlehen für Wohnbauförderungsmaßnahmen wirft die Gemeinde Wien einen Betrag von 1.240 Millionen Schilling für das Bauwesen aus, das sind 36,8 Prozent des Budgetvolumens. Im Rahmen der Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten sind 707 Millionen Schilling veranschlagt.

Das Kernstück des Bauwesens wird auch im kommenden Jahr der kommunale soziale Wohnungsbau sein, für den im Budget 490 Millionen Schilling vorgesehen sind. Mit diesem Betrag können mehr als 6.500 Wohnungen hergestellt werden, wenn es gelingt, die Kosten auf der bisherigen Höhe zu halten. Im Jahre 1954 wurden 7.582 Wohnungen zu bauen begonnen und 6.837 fertiggestellt. (Beifall bei der SPÖ.) Seit Beendigung des zweiten Weltkrieges wurden 41.564 Wohnungen begonnen, davon sind 30.439 fertiggestellt und 11.125 am Ende des Jahres noch im Bau. (Erneuter Beifall.)

Im heurigen Jahr wurde die 25.000ste Wiener Gemeindewohnung nach 1945 zur Benützung übergeben und mit dem Bau der 100.000sten Wohnung seit 1919 begonnen.

Wien beim Wiederaufbaufonds benachteiligt

Seit dem Bestehen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds im Jahre 1948 wurden in Wien 7.159 Ansuchen um einen Darlehensbetrag von 5.377 Millionen Schilling eingereicht, davon wurden bisher 3.677 Ansuchen mit einem Betrag von 2.349 Millionen Schilling genehmigt. Allein im Jahre 1954 wurden in Wien noch Anträge mit einer Summe von $1\frac{1}{4}$ Milliarden eingereicht, wovon Ansuchen mit einer Schadenssumme von $\frac{3}{4}$ Milliarden genehmigt wurden. Daß Wien durch die seinerzeitige Aufschlüsselung benachteiligt ist, geht daraus hervor, daß wir in Wien erst bei den Ansuchen aus dem Jahre 1950 halten, während ein erst jetzt angemeldeter Schaden in Vorarlberg sofort durch ein Darlehen behoben werden kann.

108 Künstler bei Gemeindebauten beschäftigt

Der kommunale Wohnbau hat im vergangenen Jahr viele Gebiete der Wirtschaft und der Kunst im höchsten Maße befruchtet. Auch für das kommende Jahr wurden bereits an 129 freischaffende Architekten Planungsaufträge für 63 Wohnbauprojekte mit etwa 5.400 Wohnungen vergeben. Mit künstlerischen Ausschmückungsarbeiten sind derzeit 108 Künstler beschäftigt; 87 Künstler haben Arbeiten zur Schmückung unserer Wohnhausanlagen heuer bereits fertiggestellt. Weitere 61 künstlerische Ausschmückungsarbeiten werden in Kürze vergeben.

Bis Ende dieses Jahres werden insgesamt 1.2 Milliarden Schilling Aufträge an das Wiener Gewerbe vergeben, um 200 Millionen mehr als im Vorjahr.

Wien wird eine junge Stadt

Stadtrat Thaller würdigt hierauf die wohn- und baukulturelle Leistung der Stadt Wien und erklärt: Die Gemeindeverwaltung hat, wie uns die vielen Besucher aus dem Ausland immer wieder bestätigen, seit dem Jahre 1945 ein von der ganzen Welt anerkanntes neues städtebauliches Werk geschaffen, das sich würdig an die guten Bauleistungen früherer Epochen anreicht (Beifall bei der SPÖ).

Die Baugesinnung der Gemeinde Wien knüpfte an die bewährte Tradition der Gemeindebautätigkeit vor 1934 an, allerdings nicht ohne die neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die bautechnische Entwicklung und die Veränderung des gesellschaftlichen Gefüges zu berücksichtigen. Der Mensch und seine Bedürfnisse sind es, denen sich alles andere unterzuordnen hat. Unsere Planungen gehen von dem Gedanken aus, den Wienern eine neue, eine junge Stadt zu bauen, in der sie sich wohlfühlen. Deshalb lehnen wir hohle Ornamente, falsches Pathos und unechten Zierat ab. Keine Scheinarchitektur soll unseren guten Geschmack verderben oder uns einen Wohlstand vorgaukeln, der gar nicht vorhanden ist. Wir wollen Neues schaffen. Ein schönes neues Bauwerk paßt immer zu schönen alten Bauten, weil Schönheit immer zu Schönheit und Harmonie immer zu Harmonie paßt.

Die Gemeinde Wien versucht laufend, das Bauen wirtschaftlicher und billiger zu gestalten. Die reinen Baukosten für eine Gemeindefohnung mit durchschnittlich 47.5 m^2 sind auf rund 71.000 Schilling gesunken.

Für den Bau des Museums der Stadt Wien werden im nächsten Jahr als zweite Baurate 6 Millionen zur Verfügung stehen. Der Bau der Wiener Stadthalle tritt in ein entscheidendes Stadium. Als dritte Baurate werden dort 40 Millionen Schilling verbaut werden. Für die Aufstockung des Stadions sind 8 Millionen vorgesehen. 2 Millionen Schilling werden für 16 neue Kinderspielplätze bereitgestellt. Geplant ist die Weiterführung von 4 Kindergartenbauten und der Baubeginn an 10 weiteren Kindergärten.

6 Schulbauten werden weitergeführt und ein neuer in Stammersdorf in Angriff genommen. Im nächsten Jahr ist auch beabsichtigt, mit einer Generalreinigung der Wiener Denkmäler zu beginnen. Für eine Reihe weiterer Denkmäler soll die Möglichkeit einer Beleuchtung geschaffen werden.

325 km Straßen und 160 km Gehsteige in einem Jahr

Für den Straßenbau wurden 1954 138 Millionen ausgegeben. Damit wurden unter anderem 325 km Straßen und 160 km Gehsteige neu angelegt oder umgebaut.

Dank der Pionierarbeit der Straßenbauabteilung im Betonstraßenbau ist es gelungen, jetzt Straßenbauarbeiten auch noch bei Temperaturen bis minus 10 Grad durchzuführen. Die wichtigsten Straßenbauvorhaben des nächsten Jahres sind: Fußgehertunnel Opernkreuzung, Umbau des Pratersterns und der Nordbahnstraße sowie Teilumbau der Kärntner Straße, der Operngasse und des Albertinaplatzes.

Stadtrat Thaller bittet in diesem Zusammenhang die Wiener, für die schwere Arbeit des Straßenbauers Verständnis aufzubringen. Er habe nicht die Absicht, den Wiener Komikern ihren Hauptschlager, nämlich die aufgerissenen Straßen, streitig zu machen, mit dem schon Generationen von Wienern aufs Beste unterhalten wurden, er müsse aber doch bitten, wenn die erste Freude über den gelungenen Witz vorüber ist, ein wenig über die technischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Straßenbaues nachzudenken. Dieser schafft nicht nur schönere und bessere Verkehrsflächen und größere Sicherheit, sondern auch Arbeit und Brot für viele Tausende.

Auf dem Gebiet des Brücken- und Wasserbaues führte der Referent an, daß die Rotundenbrücke demnächst fertiggestellt sein wird. Anstelle der provisorischen Schwedenbrücke wird eine Spannbetonbrücke den Donaukanal überqueren, die Lueger-Brücke und der Nikolaisteg über die Wien, zwei Brücken über die Liesing und die Mauerbachbrücke sollen fertiggestellt werden. Weitere 2.5 Kilometer des Liesingbaches werden 1955 reguliert. Außerdem sind die Halterbachregulierung sowie eine Reihe kleinerer Regulierungen vorgesehen.

Neues Gemeindeschiff als Eisbrecher

Der Bund hat sich nunmehr endlich entschlossen, größere Beträge für den Ausbau der Wiener Hafenanlagen vorzusehen, sodaß 1955 auf diesem Gebiet Bedeutendes geschehen wird. Um 4 Millionen Schilling wird außerdem ein Mehrzweckschiff angeschafft werden, das auch als Eisbrecher dienen kann.

Den Gartenanlagen gilt die besondere Obsorge. Sie sollen nicht wie früher einmal stilisierte Landschaft sein, wir wollen vielmehr Volksparks schaffen, die über das ganze Stadtgebiet verteilt, von jeder Wohnung zu Fuß leicht erreichbar sind (Beifall bei der SPÖ). Sechs neue Gartenanlagen sollen im nächsten Jahr geschaffen werden, 14 umgestaltet oder instandgesetzt. Insgesamt sind 42 Millionen allein für die Gärten vorgesehen.

Baustofflastzug Wien-Genf

Die Baustoffbeschaffung des Stadtbauamtes beschränkt sich auf jene Materialien, an denen Mangel herrscht, in erster Linie, Ziegel, Zement und Baustahl. Im abgelaufenen Jahr wurden 1'4 Millionen Tonnen Baustoffe beschafft, was einem Lastzug in der Länge von Wien bis Genf entspräche. Die Kosten betragen 210 Millionen Schilling. Mit der Verwendung von losem Zement hat das Stadtbauamt einen weiteren entscheidenden Schritt zur Rationalisierung getan. Diese Art der Zementanlieferung bietet bedeutende Vorteile. Die zweckmäßige Modernisierung dieser Großbaustellen wurde allerdings der Gemeinde Wien vom Handelsministerium nicht leicht gemacht. Man versuchte, die Gemeinde an der Einfuhr der notwendigen Geräte zu hindern.

Spenglerkartell zerschlagen

Der Referent wandte sich auch gegen Preisabsprachen und berichtete, daß er während der Hochsaison alle Energie aufwenden mußte, um ein von den Spenglern geplantes Kartell zu zerschlagen. Stadtrat Thaller sagte, er werde auf diesem Gebiet auch weiterhin wachsam sein und kein noch so großes und einflußreiches Unternehmen weiter beschäftigen, wenn es sich an Preisabsprachen beteiligt. (Beifall bei der SPÖ.)

Grundsätzlich führte Stadtrat Thaller aus, es stehe außer Zweifel, daß die bauliche Struktur unserer Stadt erneuerungsbedürftig, unser Verkehrsnetz veraltet ist und die Überdichte gewisser Stadtteile verringert, sowie dem ständigen Raub von stadtnahem Gebiet Einhalt geboten werden müsse.

Planung für 30 assanierungsreife Gebiete

Der soziale Städtebau ist für Wien kein leerer Begriff geblieben. Mit der neuen, der vermenschlichten Stadt wollen wir auch den neuen, den besseren Menschen schaffen. Wir glauben, daß die entscheidenden Lebensfragen der Gesellschaft letzten Endes nur durch eine neue Form der Städte zu lösen sein wird. Die nächsten Jahre werden für die Stadtplanungsabteilung große Aufgaben bringen. Für ungefähr 30 assanierungsreife Gebiete sollen im nächsten Jahr Planungen einsetzen. Ferner ist an Planungsarbeiten für den gesamten Fragenkomplex Autobahn, für neuralgische Verkehrsknotenpunkte, für die geplante Donaustadt, für den Wiener-

wald und das Erholungsgebiet der Wiener gedacht. Die Stadt Wien verfolgt eine weit vorausschauende Raumordnungs- und Landesplanungspolitik. Sie ist gerne bereit, der Bevölkerung schon bei der Planung jede Möglichkeit der Kritik und der Mitarbeit einzuräumen. Unsachliche Kritik lehnen wir jedoch ab.

Der Wienerwald in Gefahr

Die Entwicklung mahnt zu größter Vorsicht. Dem Wienerwald droht Gefahr. 65 Prozent der allgemeinen Erholungsflächen von 1910 sind verbaut. Die Forderung nach einem geeigneten Grundbesetzungsgesetz darf daher nicht verstummen. (Beifall bei der SPÖ.) Die Grundspekulation muß aufhören. Die Wiener Bevölkerung soll auf streng fachlicher Basis über die Gefahren, die ihr und ihrer Stadt drohen, aufgeklärt werden. Diesem Zweck dient auch die Schriftenreihe "Die Stadt gibt Auskunft", ebenso die Kulturfilme der Stadtbauverwaltung. Wir werben damit um Verständnis für die schwere Arbeit des Stadtbauamtes, wollen dabei aber gleichzeitig zum Mitdenken, zum Mitsprechen, zum Mitarbeiten anregen. Darum aber bitte ich auch, so schloß Stadtrat Thaller seine Ausführungen, den Wiener Gemeinderat für das kommende Jahr.

Debatte über Bauangelegenheiten

Gemeinderat Maller (VO) beschäftigt sich zunächst mit der Wohnungsnot. Dieses Problem sei noch immer nicht gelöst. Die Wohnungsnot in unserer Stadt und das Wohnungselend seien ständige Gäste in Wien. 83 Prozent sind Kleinwohnungen mit höchstens 44 Quadratmeter Fläche. Acht Prozent bestehen überhaupt nur aus einem einzigen Raum; das ist der Wohnraum für 50.000 Familien. Wir glauben, sagte der Redner, daß die Gemeinde zu wenig bemüht ist, Wien aus einer Stadt der Kleinstwohnungen zu einer Stadt der besseren Wohnungen zu machen. Die Wiener Wohnungsnot besteht aber nicht nur der Zahl sondern auch der Qualität nach. Wir haben nicht nur zu wenig Wohnungen, sondern zuviel schlechte menschenunwürdige Wohnungen. Wenn wir daher die Wohnungsnot beseitigen wollen, müssen wir nicht nur viel bauen, sondern vor allem gute, moderne und genügend große Wohnungen errichten.

GR. Maller erklärt weiter, daß mit dem Zumauern der Unterschlupfe längs des Donaukanals das Elend der Obdachlosen nicht behoben sei. Die Gemeindeverwaltung müsse dafür sorgen, daß alle diese Leute Wohnungen bekommen. Wien muß zur Stadt der glücklichen Familien und der gesunden Kinder gemacht werden. Darum brauchen wir ein großzügiges Wohnbauprogramm, das innerhalb von fünf Jahren die Wiener Wohnweise grundlegend verändert. Augenblicklich gibt es in unserer Stadt 60.000 Haushalte, die keine eigene Wohnung haben. 10.000 Wohnungen sind vom Verfall bedroht und zehntausende andere wieder sind gesundheitsschädlich. Dazu kommt noch die Zahl der Wohnungen, die in wenigen Jahren ebenfalls vom Verfall bedroht sind. Das Leben in schlechten Wohnungen führt vielfach auch zu schlechten und zerrütteten Familienverhältnissen. Viele Ehepaare haben auch gerade wegen der drückenden Wohnungssorgen nicht die Möglichkeit Kinder zu haben. Leider trägt die Stadtverwaltung dem nicht Rechnung. Im Jahre 1955 sollen 30 Millionen Schilling weniger als 1954 für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben werden. Gegenüber 1953 beträgt dieser Rückgang sogar 60 Millionen. Der Redner erklärt es sei eine Tendenz festzustellen, daß in Wien mehr und mehr dazu übergegangen wird, Wohnungen zu bauen, bei denen der Wohnungswerber einen Baukostenzuschuß von 10 Prozent leisten muß. Da arbeitende Menschen kein Kapital oder Bankkonto haben, müssen sie zum Erwerb einer solchen Wohnung Kredite aufnehmen, an denen sie jahrelang zurückzahlen. Das ist dann wieder eine Ursache, warum sich die Leute keine Kinder anschaffen können. Der Redner stellt fest, seine Fraktion sei durchaus nicht gegen den Genossenschaftsbau, im Gegenteil, man soll ihn sogar fördern, nur dürfe dies nicht auf Kosten des sozialen Wohnungsbaues geschehen.

Stellung müsse man auch gegen die Praktiken des Vereines der Freunde des Wohnungseigentums nehmen, der dem Wohnungsschacher Tür und Tor öffnet und außerdem der Gemeinde vielfach die für den sozialen Wohnungsbau so notwendigen Gründe wegschnappt oder die Preise übermäßig hinauftreibt.

Der Redner kommt dann auf die Wohnungen zu sprechen, die im sogenannten Schnellbauprogramm errichtet wurden und stellt einen Beschlusantrag, der die Zusammenlegung von je zwei solcher Wohnungen fordert.

Für die Unterbringung der dadurch überzählig gewordenen Mieter müsse in neuen Gemeindebauten gesorgt werden.

Ein weiterer Beschlusstrag des Redners fordert die Heranziehung von Vertreterinnen der Frauenorganisationen bei der Planung und Ausgestaltung der Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien, insbesondere deren Inneneinrichtung. Es würden dadurch sicher entscheidende Verbesserungsvorschläge gemacht werden können, die zur Hebung der Wohnkultur beitragen würden. Größeres Augenmerk müßte auch der Schalldämpfung zugewendet werden. Man sollte nicht nur der Lärmplage auf den Straßen, sondern auch in den Wohnbauten zu Leibe rücken.

Auch über die Beschaffenheit der Küche könnten die Frauen Anregungen geben. In einem Beschlusstrag fordert der Redner, Vorsorge zu treffen, daß künftighin in den Neubauten der Gemeinde Wien die Küchen so ausgestaltet werden, daß sie gleich von vornherein mit Einbauschränken ausgestattet sind. Der Redner regt auch an, die Badezimmer mit Kleinwannen auszustatten. Auch der qualitätsmäßigen Ausführung der Gemeindebauten muß mehr Augenmerk zugewendet werden. Die Bemühungen nach Senkung der Baukosten sind zu begrüßen, nur dürfe dies nicht durch eine Qualitätsverminderung erfolgen.

In einem weiteren Beschlusstrag wird vorgeschlagen, auch die Küchen, Vorräume, bzw. Schlafzimmer mit Einbauschränken auszustatten.

Als eine sicherlich berechtigte Forderung, bezeichnet der Redner den Wunsch der Frauen nach Einbau von Kohlenaufzügen in den Gemeindebauten.

Der Redner kommt sodann darauf zu sprechen, daß die Gemeinde Wien eine Elektro- und Gasgeräteaktion geschaffen habe, jedoch in den Gemeindebauten derart schwache Steigleitungen verlegt hat, daß die Hausfrauen von den neuen technischen Errungenschaften überhaupt keinen Gebrauch machen können. Er stellt daher einen Beschlusstrag, in dem alle zuständigen Stellen der Stadtverwaltung aufgefordert werden, dafür Vorsorge zu treffen, daß nicht nur in neuen Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien die Steigleitungen nur mit einem Querschnitt verlegt werden, der eine Vollelektrifizierung ermöglicht, sondern daß auch in den Althäusern die Steigleitungen entsprechend erneuert werden. Erst

dann könne die längst notwendig gewordene Modernisierung der Haushalte erfolgen. Diese Maßnahmen dürften jedoch nicht auf Kosten der Mieter erfolgen.

Wir dürfen die Erhaltung des Althausbestandes nicht vernachlässigen. Dieses Problem ist noch lange nicht zur Zufriedenheit der Mieter gelöst. Die Hausherren denken gar nicht daran, ihre erhöhten Einnahmen für die Erhaltung der Wohnungen zu verwenden. Ein zehnfacher Friedenszins ist heute schon keine Seltenheit mehr. Es gibt nur eine Möglichkeit: die Schaffung des von den beiden großen Mieterorganisationen vorgeschlagenen zentralen Hausreparaturfonds. Eine der vornehmsten Aufgaben der Gemeinde ist es auch, den Untermietern zu helfen. Die Front der Mieter und Untermieter muß geeinigt werden gegenüber den Hausherrenfrechheiten und den übertriebenen Forderungen der Zinsgeier. Unsere Kleinen sollen immer gerne an ihre Kindheit zurückdenken. Darum wollen wir den Bau von Kindergärten, Horten und Schulen und eine systematische Ersetzung der alten durch neue Schulen.

In der Stadtplanung herrscht eine wohldurchdachte Planlosigkeit. Die Gemeinde Wien soll sich nicht nur um die Lösung der großen Verkehrsprobleme im Zentrum der Stadt sorgen, sondern den Charakter einer Weltstadt auch in die Arbeiterbezirke hinaus tragen. Besonders dringlich ist hierbei eine Unterführung in Stadlau. Bei der Verbauung der Gründe des ehemaligen Heinrichshofes sieht man, daß hier wieder die Kapitalsinteressen eine Rolle spielen. Es ist maßlos überheblich, über dieses Projekt selbstherrlich zu entscheiden. Hier soll eine Enquete entscheiden, bei der die Meinung der Wiener Bevölkerung zu hören ist.

Mit Bezug auf frühere Vergleiche des Stadtrates Thaller und der Gemeinderätinnen Jaobi und Potetz über die Baufortschritte in Wien einerseits und den Volksdemokratien und der Sowjetunion andererseits, die zuungunsten dieser Länder ausfielen, erklärt Redner: Hier werden oft Dinge wider besseres Wissen festgestellt, und wenn der Betreffende sich dann eines Besseren belehren lassen muß, findet man es nicht der Mühe wert, eine Richtigstellung zu machen. Es genügt nicht, wie Stadtrat Thaller es tat, dem Stadtrat Matejka ins Ohr zu flüstern, daß man alles zurücknimmt, sondern, wenn man in diesem Hause eine unrichtige Information vorbringt, dann muß man den Mut haben, vor dieses Haus hinzutreten und zu sagen, die Dinge verhalten sich nicht so.

./.

Insbesondere in Moskau herrschen heute Wohnungsverhältnisse, an die die Stadt Wien nicht herankommt. Die Moskauer wohnen besser. (Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Wenn Sie das bezweifeln, gibt es eine sehr einfache Methode, die Wahrheit zu ergründen: Fahren Sie einmal mit einer Delegation in die Sowjetunion, studieren Sie dort an Ort und Stelle die Wohnungsverhältnisse und bilden Sie sich dann ein Urteil. In der Sowjetunion sind auf Grund des deutschen Militarismus 1.710 Städte zerstört worden, 70.000 Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, 6 Millionen Gebäude wurden zerstört und 25 Millionen Obdachlose hat es nach dem Krieg gegeben. In den Städten der Sowjetunion sind auf Grund der Bautätigkeit der kommunalen Verwaltung - und dazu kommen noch die Bauleistungen des Staates und der Fabriken, der Kombinate, 183 Millionen Quadratmeter reiner Wohnfläche gebaut worden, das heißt etwas 5,7 Millionen Wohnungen. Auf dem Lande sind in derselben Zeitperiode 4,2 Millionen Landhäuser errichtet worden. In Moskau sind zwischen 1947 und 1953 3,6 Millionen Quadratmeter reiner Wohnfläche verbaut worden, das sind 113.500 Wohnungen. Wenn man heute den Wohnungsbau von Wien und Moskau vergleicht, dann steht es vier zu drei für Moskau.

Zu dem Vorhalt, daß die Kommunisten, die in den kommunistisch verwalteten Ländern die Mitwirkung der Bevölkerung ausschalteten, nicht dazu legitimiert seien, den Anschein zu erwecken, als ob ihre demokratische Einstellung mustergültig wäre, erklärt Redner: Wenn man die Interessen der kapitalistischen Klasse vertritt, dann bedauert man, daß in den Volksdemokratien diese Herrschaften nicht mehr zu reden haben. Aber das ist nicht deswegen, weil sie dort gewaltig unterdrückt werden, sondern weil die Bevölkerung die Vertreter der kapitalistischen Klasse ablehnt. In den Volksdemokratien und in der Sowjetunion ist es nicht mehr möglich, daß an der großen Schüssel des Volkseinkommens die Kapitalisten mit dem großen Schöpflöffel sitzen und die Arbeiter nur mit einem ganz kleinen Löffel. (Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Wenn die sozialistischen Genossen die Grundsätze des Marxismus verballhornen, zeigt das nur, wie tief ihr Parteivorstand mit dem amerikanischen Imperialismus verwachsen ist, wie er ihn stützt, den großen Schöpflöffel zu halten.

Schließlich verlangt Redner die Beistellung größerer Mittel

für den Straßenbau und erhöhte Beitragsleistungen des Bundes für den Straßen- und Brückenbau. Er bekundete seine Genugtuung über die Leistungen der Wiener Gartenarchitekten und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den Ansätzen dieser Gruppe.

GR.Dr. Prutscher (ÖVP) erklärt, daß im Bauwesen der Stadt Wien das Planen eine sehr große Rolle spielen müsse. Bei diesem Kapitel der Verwaltung geht es einerseits darum, dem einzelnen Menschen eine entsprechende solide Grundlage für seine Wohnung zu geben, und andererseits darum, für das kommende Antlitz unserer Stadt das Beste herauszuholen und als reale Notwendigkeit in die Tat umzusetzen. Wir müssen an die Lösung aller Probleme mit Offenheit und Entschlossenheit herantreten. Wir dürfen dabei nicht das eine oder andere Projekt als Utopie verwerfen.

Wir brauchen einen Gesamtplan, der für mehr als eine Generation Geltung haben soll. An der Spitze des Planens muß das Verkehrsproblem stehen. Ihm muß der Flächenwidmungsplan folgen. Entsprechend der Dringlichkeit sollten die genau abgesteckten Zeiträume erstellt werden, die es jedem Bürger klarmachen, wann mit der Inangriffnahme der einzelnen Projekte zu rechnen ist. Dieser Plan darf nicht allein von dem Gedanken kommunaler Machtkonzentration getragen sein. Auch die Religionsgemeinschaften sollten bei der Flächenwidmung den entsprechenden Platz erhalten. Für die Vorarbeiten zur kommenden U-Bahn sollten schon jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden.

Die ÖVP hat gegen eine aktive Bodenpolitik der Gemeinde nichts einzuwenden, allerdings unter der Voraussetzung, daß diese Bodenpolitik nicht zum Baumonopol hinstrebt, sondern auch den kleinsten Bauwillen berücksichtigt. Da der Mietzins in Österreich nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus sozialen Erwägungen her gebildet werden muß, müssen wir verlangen, daß auch die Darlehen für Eigenheime und Eigentumswohnungen nicht nach rein kapitalistischen und zinsenmäßigen, sondern nach sozialen Erwägungen gewährt werden. Wenn von Eigentum die Rede ist, sollten wir nicht nur an den Großen denken, sondern mithelfen, den Besitzlosen zum Besitzenden zu machen, denn das ist gewiß eine soziale Tat. (Beifall bei der ÖVP.)

Hochhäuser stellen eine Möglichkeit dar, das Stadtbild zu beleben. Aber auch hier sollte man mit der gebotenen Vorsicht vorgehen. Während die Lösung am Franz Josefs-Kai etwas umstritten ist, hat jene auf den Matzleinsdorfer Platz bedeutend größere Zustimmung gefunden. Hierbei ist es vor allem notwendig, das Gesamtbild und die Silhouette unserer Stadt zu berücksichtigen und zu schonen.

Ein langjähriger Wunsch der ÖVP verlangt familiengerechte Wohnungen. Eine Wohnung mit nur 25 oder 35 Quadratmeter Bodenfläche ist vielleicht ausreichend für die "motorisierte Einheide", nicht aber für eine wirkliche Familie mit Kindern. Es genügt nicht, für die Baustatistik eine große Zahl von Wohnungen zu bauen, sondern wir müssen auch die Familienpolitik im Auge haben, denn auch hier ist die Größe der Wohnung mit entscheidend.

Bei der Gliederung des Wohnbaues sollte man einförmige Blöcke mit den zu kleinen Räumen vermeiden. Wir bauen Häuser nicht für ein paar Jahre, sondern für mehrere Menschenalter. Man sollte die Architekten mehr mitsprechen lassen und sie nicht zwingen, die Projekte kalt und nüchtern, fremd unserem Wesen und unserer Tradition zu erstellen.

Die Entwicklung auf dem Straßenbau ist als erfreulich zu bezeichnen. Mehr Rücksicht wäre allerdings auf das Geschäftsleben der Stadt zu nehmen. Vielleicht könnte man hier durch eine größere Konzentration der Arbeiten den Zeitraum der Absperrungen verkürzen.

Die Verwirklichung einer alten Forderung der Volkspartei nach Ausbau des Wiener Hafens beginnt sich langsam zu konkretisieren. Der Freudenaue Hafen wird im kommenden Jahr die erste größere Umgestaltung erfahren. Wir hoffen, daß der bescheidene Anfang im Jahre 1956 einen weiteren Auftrieb bringen wird.

Die weitere Fortsetzung der Grünflächenpolitik liegt uns ebenfalls wie schon bisher immer am Herzen, wie wir auch die weitere Entwicklung auf dem Gebiete des Gartenwesens als einen schönen Anfang begrüßen.

Wir wollen der nachfolgenden Generation ein Wien hinterlassen, auf das auch noch kommende Geschlechter stolz sein können. Wir wollen unserem Wien wieder das Antlitz, das Gepräge und das Leben einer völkerverbindenden Weltstadt geben, was sicherlich auf diesem neuralgischen Punkt der Welt von besonderer Bedeutung ist.

./.

Allen geistigen und materiellen Arbeiten aber, die an dem Werden und an der Formung des neuen Gesichtes unserer Heimatstadt Wien mitwirken, sei namens der Fraktion der ÖVP in tiefer Verbundenheit herzlicher Dank gesagt. In diesem Sinne wird die Volkspartei auch für die Ansätze dieses Kapitels stimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dipl.Ing. Witzmann (SPÖ) kommt auf die Ansicht zu sprechen, daß bei dem gegenwärtig hohen Bauvolumen in Österreich die Wohnungsnot im Verlauf von vier oder fünf Jahren behoben sein wird. Man vergißt dabei, daß vor allem in Wien noch viele tausende Menschen in Kellerwohnungen oder in nassen Wohnungen hausen und daß es noch hunderttausende Klein- und Kleinstwohnungen in den Proletariervierteln mit finsternen Küchen, langen Gängen, mit Sturzklosetts und der Wasserleitung auf dem Gange gibt. Gerade die Wohnbaukultur der Gemeinde Wien hat die Begehrlichkeit der Massen geweckt. Der Ruf nach neuen Wohnungen wird so lange nicht verstummen, bis der letzte Bewohner dieser Stadt eine menschenwürdige Wohnung sein eigen nennt. Die Gemeinde Wien wird also noch lange weiterbauen müssen, weil weiterhin das Wohnungsbedürfnis vorhanden sein wird.

Wie bereits angekündigt, soll in Wien eine Verlagerung vom kommunalen sozialen Wohnbau zum sozialen Wohnungsbau auf genossenschaftlicher Basis eintreten. Dadurch ist es der Gemeinde möglich, den Bau von viel mehr Wohnungen zu fördern. Viele Ehepaare, besonders wenn sie Doppelverdiener sind, sind bereit, für den Bau ihrer Wohnung etwas beizutragen. Wir werden gezwungen sein, in Zukunft bei der Vergebung von Gemeindewohnungen eine genauere Auslese zu treffen, denn es gibt in unserer Stadt noch viele andere Menschen, die auch für ihre Wohnung etwas beitragen könnten und nur nicht wollen. Der kommunale soziale Wohnungsbau der Stadt Wien muß in erster Linie den Schichten vorbehalten sein, die finanziell nicht in der Lage sind, ihr Scherflein zur Befriedigung ihres Wohnbedarfs beizutragen. (Stadtrat Bauer: Spät kommt ihr, doch ihr kommt!)

./.

Zur Frage der Baulandbeschaffung sagte der Redner, wer baut, braucht Boden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Die Gemeinde Wien hat dafür Vorsorge getroffen, sie kauft laufend Gründe. Es ist aber nicht richtig, daß die Gemeinde nicht den genossenschaftlichen Wohnungsbau unterstützt, es ist nicht richtig, daß sie ein Grundmonopol haben möchte, die Gemeinde stellt vielmehr tausende und zehntausende Quadratmeter den Genossenschaften zur Verfügung. Es ist jedoch schwierig geworden, Grund und Boden zu bekommen. Deshalb ist es notwendig, daß immer wieder die Forderung nach einem neuen modernen Bodenbeschaffungsgesetz erhoben wird. Die Bestimmungen der Bauordnung genügen nicht.

Der Redner spricht dann über Verkehrsprobleme und untersucht verschiedene Möglichkeiten, die zu einer Besserung des Straßenverkehrs in der Neubaugasse, Mariahilfer Straße und in der Inneren Stadt führen können. In der Kärntner Straße wird ein generelles Parkverbot nicht zu umgehen sein. Sie wird vielleicht auch zur Einbahn erklärt werden müssen, wie überhaupt in der Inneren Stadt mehr Einbahnstraßen geschaffen werden müssen. Der Redner regt auch die Einführung von ausgesprochenen Fußgängerstraßen an und erwägt die Möglichkeit eines Parkverbotes in der gesamten Inneren Stadt.

Nicht nur ober der Erde, auch unter der Erde gibt es ein Verkehrsproblem. Die Kosten einer U-Bahn dürften 1.5 bis 2 Milliarden Schilling betragen. Bei einer Anleihe auf zwanzig Jahre müßten dafür jährlich 150 bis 200 Millionen Schilling Zinsen bezahlt werden. Das würde jedoch bedeuten, daß die Gemeinde gezwungen wäre, 2.000 Wohnungen weniger zu bauen. Abgesehen von der finanziellen Seite muß das Problem der U-Bahn in der Gesamtplanung von Wien betrachtet werden. Man wird daher daran gehen müssen, die besten Fachleute des In- und Auslandes nach Wien zu berufen, um die Probleme zu studieren.

Dipl.Ing. Witzmann beschäftigt sich weiter mit dem Problem der Winterarbeitslosigkeit, zu dessen Bekämpfung, wie er ausführt, die Gemeinde Wien verschiedene wertvolle Einrichtungen geschaffen hat.

Zum Abschluß seiner Ausführungen geht der Redner auf eine Äußerung von Vizebürgermeister Weinberger ein, der gesagt hat, daß Wien schon einmal eine Weltstadt gewesen ist. Dem hält Dipl.Ing. Witzmann entgegen, daß jedoch damals die Segnungen der Weltstadt auf eine dünne Schichte des Bürgertums beschränkt waren. //

Letzten Endes ist jedoch die Bedeutung Wiens nur dadurch möglich gewesen, daß die große Masse der Bevölkerung dieser Stadt in Unkultur lebte und darbt. (Beifall bei der SPÖ.) Unsere Weltstadt sieht anders aus. Sie ist die Stadt der Kindergärten und Horte, der Schulzahnkliniken, die Stadt der Ausgabe der Säuglingspakete, der Lehrlingsbeihilfen, der Grünflächen, sie ist die Stadt der sozialen Fürsorge, wie sie in der Welt bekanntgeworden ist. Und diese Stadt ist seit 1945 so geworden unter der Führung der Mehrheit dieses Hauses, der Sozialistischen Partei. Wer eine bessere Stadt baut, der baut auch eine bessere Gemeinschaft. Dieses Budget dokumentiert das soziale Gewissen der Stadt und gibt uns die Gewißheit, daß wir diesem unserem Ziel zur besseren Gemeinschaft näher kommen werden (Beifall bei den Sozialisten).

Stadtrat Thaller geht in seinem Schlußwort vorerst auf die vielfältige Kritik des GR. Maller ein. Zu dem geschilderten Bauehend in Wien und den schlechten Wohnungsverhältnissen ist zu sagen, daß die heutige Gemeindeverwaltung für diese Verhältnisse keine Verantwortung trage. Es sind dies Sünden der Vergangenheit, die heute mit viel Mühe gut gemacht werden müssen. Das aber braucht Zeit. GR. Maller lege diesen strengen Maßstab auch nur in unserer Stadt an, man müsse ihn daher daran erinnern, daß in Budapest das Bauprogramm in bedeutend geringerem Maße erfüllt wurde, als es vorgesehen war. Zu der Forderung nach Beseitigung der schlechten Wohnungen ist zu erwidern, daß die Stadtverwaltung bereits daran gegangen ist, schlechte Wohnungen niederzureißen oder für Wohnzwecke zu sperren. Immer mehr der schlechten Häuser werden abgetragen, besonders im heurigen Winter ist eine große Zahl von solchen Abtragungen vorgesehen. Das ständige Bauen wird sicherlich auch dem Problem der Obdachlosigkeit abhelfen. GR. Maller meinte auf der einen Seite, wir müssen große Wohnungen bauen, andererseits aber auch das Wohnungselend rasch beseitigen. Dazu ist zu sagen, daß die Planungen für familiengerechten Wohnungen Rechnung tragen. 25 Prozent aller gebauten Wohnungen sind Kleinstwohnungen für Alleinstehende oder für alte Ehepaare. Die Wohnungen für Alleinstehende sind durchschnittlich 25 m² groß, die für alte Ehepaare, bei denen keine Kindererwartung besteht haben 35 m² Wohnfläche. Für junge Ehepaare werden Wohnungen mit 44 m² gebaut, und zwar zu 30 Prozent

des Wohnbauprogramms. Darüber hinaus, also 45 Prozent, werden Wohnungen mit ein und zwei Kammern gebaut. Sie sind 57 und 68 m² groß. Es lohnt sich einen Vergleich mit Moskau anzustellen, den GR. Maller einmal gezogen hat. So machte GR. Maller damals darauf aufmerksam, daß in Moskau bei 6 Millionen Einwohnern 3,633.000 m² Wohnfläche gebaut wurden, die sich aus 113.000 Wohnungen zusammensetzen. Wenn man das nachrechnet, kommt auf eine Wohnung eine Wohnfläche von 32 m². (Hört, Hört-Rufe.) Die Gemeinde Wien hat jedoch seit 1945 41.000 Wohnungen zu bauen begonnen. Die durchschnittliche Wohnfläche dieser Wohnungen ist 47,5 m².

Die von GR. Maller erwähnte Schädigung der Stadtverwaltung bei Grundkäufen durch den Prinke-Verein ist größtenteils auf die feindselige Einstellung vieler Grundbesitzer unserer Stadt gegenüber zurückzuführen. Die Stadtverwaltung dränge daher auf ein Grundbeschaffungsgesetz, um den Boden auf eine leichtere Art, als dies heute der Fall ist, für die ordnungsgemäße Verbauung der Stadt bereitstellen zu können.

Zum Schnellbauprogramm ist zu sagen, daß es bereits eingestellt wurde. Die letzten dieser Wohnungen wurden vor einigen Monaten fertiggestellt. Stadtrat Thaller erklärt, auch er sei der Überzeugung, daß diese Wohnungen nicht allen Anforderungen entsprechen. Er habe aber schon wiederholt mitgeteilt, in dem Augenblick, in dem die ärgste Wohnungsnot in unserer Stadt beseitigt ist, werden diese Wohnungen zusammengelegt werden. Es wurde im Schnellbauprogramm nicht nur auf die schnellste Weise Wohnraum geschaffen, es wurden dort auch verschiedene Baumethoden und Baumaterialien ausprobiert. Viele dieser Baumethoden, die sich bewährt haben, werden heute übrigens überall angewendet.

Die Forderung nach Heranziehung von Frauenorganisationen bei der Planung der Wohnungen ist hinfällig, da dies bereits gehandhabt wird. Die Stadtverwaltung hat sich bereits mit größeren Frauenorganisationen in Verbindung gesetzt und schon wertvolle Anregungen bekommen. Im übrigen wird an der Verbesserung der Wohnungstypen ständig gearbeitet. Es hat sich während der letzten zwei Jahre manches bereits zum Besten geändert.

Das Problem der Einbaumöbel wurde studiert. Es muß aber berücksichtigt werden, daß das viel Geld kostet, das vorläufig für den Bau weiterer Wohnungen aufgewendet wird.

Die Dimensionen der Steigleitungen in den Gemeindebauten sind weitaus größer, als GR.Maller gesagt hat. In diesen Leitungen kann alles angeschlossen werden, was es heute an elektrischen Haushaltsgeräten gibt, mit Ausnahme der Speicher. Wenn jedoch jemand einen Speicher aufstellen will, braucht er lediglich in die vorhandenen Bergmannrohre eine stärkere Leitung einziehen lassen.

In der Frage des Reparaturfonds müsse man GR.Maller zustimmen. Der Reparaturfonds für die unter dem Mieterschutz stehenden Häuser ist auch eine Forderung der Sozialisten.

Zur Frage der Schulbauten habe bereits Stadtrat Resch Stellung genommen und erklärt, daß neue Schulen in jenen Gebieten gebaut werden, wo sie durch die Bevölkerungsverlagerung notwendig sind. Selbstverständlich werden dort, wo die Auflassung von Schulen nötig ist, die älteren Schulen aufgelassen. Jede wiederaufgebaute oder instandgesetzte Schule erhielt eine Reihe von modernsten Verbesserungen.

Wenn GR.Maller meinte, daß über die großen Planungen nicht gesprochen wurde, so dies deswegen, weil man ja nicht jeden Monat einmal über die großen Planungen der Stadt berichten kann. Der große Plan ist einmal geschaffen. Jetzt kommen die einzelnen Detailarbeiten daran, an denen ununterbrochen weitergearbeitet wird.

Die geforderte Unterführung der Erzherzog Karl-Straße in Sta. 1 au ist ein großes Problem, das nicht von heute auf morgen gelöst werden kann, und vielleicht auch noch gar nicht gelöst werden muß, da der Fuhrwerksverkehr dorthin noch nicht so groß ist. Außer, daß dieses Projekt zirka 40 Millionen Schilling kosten würde, müßten Häuser mit 50 Mietern niedergerissen und ein großer Betrieb seine Organisation vollkommen umstellen. Es soll jedoch durch den Bau eines Fußgängersteiges ein Ausweg geschaffen werden. Die Verhandlungen mit dem Bund wurden bereits aufgenommen.

Viel wurde auch zum Problem Heinrichshof gesprochen. Es gäbe jedoch gar kein Problem Heinrichshof, sondern lediglich das Problem Ringstraße. Die Ringstraße ist aber eine Straße und kein Platz.
./.

Aus diesem Grunde haben sich alle, denen das Bild unserer Stadt am Herzen liegt, dafür entschieden, dort keinen Platz zu schaffen und den Heinrichshof wieder aufzubauen. Wenn es im Interesse des Stadtbildes gelegen gewesen wäre, den Platz des Heinrichshofes nicht zu verbauen, hätte die Gemeinde Wien die Kosten nicht gescheut, die ihr daraus erwachsen wären. Der Fachbeirat hat in wiederholten Beratungen immer wieder die Verbauung des Platzes verlangt und sogar einen Vorschlag auf eine u-förmige Verbauung abgelehnt. Stadtrat Thaller gibt die Versicherung ab, daß ihm das Bild unserer Stadt mindestens ebenso am Herzen liege, wie jenen, die soviel Geschrei erhoben. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr GR. Maller hat an meine Anständigkeit appelliert. Ich habe damals auf Grund eines in der ganzen Welt verbreiteten Berichtes über den Bau des Palastes der Sowjets gesprochen. Später habe ich festgestellt, daß dieser Bericht unrichtig ist. Ich habe dies auch Kollegen Matejka gesagt und unumwunden zugegeben, daß es ein Irrtum war. Aber Herr GR. Maller möge nicht so kritisch dem, was die Gemeinde Wien auf diesem Gebiet macht, gegenüberstehen, denn wir bauen mehr, als in den Sowjetstaaten gebaut wird. Halten wir uns vor Augen, daß Österreich mit seinen 7 Millionen Einwohnern im Jahre 1953 40.000 Wohnungen gebaut hat. In der Tschechoslowakei mit ihren 12,6 Millionen Einwohnern hätten bei gleichem Verhältnis 72.000 Wohnungen gebaut werden müssen, es sind aber nur 40.000 gebaut worden, also um 32.000 weniger. In Ungarn mit seinen 9,4 Millionen Einwohnern hätten 53.000 Wohnungen gebaut werden müssen, es sind dort aber nur 16.000, also um 37.000 weniger gebaut worden; in Polen, das 26 Millionen Einwohner hat, hätten 148.000 Wohnungen gebaut werden müssen, es wurden aber nur 54.000 Wohnungen gebaut, also um 94.000 weniger und in Rumänien, das 16,3 Millionen Einwohner zählt, hätten 91.000 Wohnungen gebaut werden müssen, es sind dort aber gar nur 12.000, also um 79.000 Wohnungen weniger gebaut worden. So schaut also das Bauen in den Ländern aus, die Sie uns als Beispiel hinstellen. Ich glaube, wir Österreicher müssen uns dessen, was wir auf diesem Gebiet leisten nicht schämen.

Zu den Ausführungen des GR.Dr. Prutscher erklärt Redner:
Ich glaube, Sie können uns keinen Vorwurf machen, daß wir bei den Flächenwidmungen auf die Privaten und auf die Religionsgemeinschaften nicht gebührend Rücksicht nehmen. Wir haben in Wien eine ganze Reihe von Begehren der Erzdiözese nach Kirchenplatzwidmungen, und wir haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Kirchenplatzwidmungen vorgenommen. Aber diese Kirchen sind leider nicht gebaut worden. Daher habe ich den Auftrag gegeben, den nächsten Kirchenbauplatz erst dann zu widmen, wenn die Erzdiözese nachweist, daß sie die bereits genehmigten und gewidmeten Bauplätze auch für Kirchenbauten benützt. Ich bin sehr erfreut darüber, daß die Kirche in Wien neue, größere Kirchen bauen will, um die Notkirchen zu beseitigen. Aber wenn eine neue Kirche gebaut wird, muß ich verlangen, daß die Notkirche, die ersetzt werden soll, auch wirklich abgerissen wird. In der Per Albin Hansson-Siedlung kann ich den Platz nicht widmen, weil wir noch nicht wissen, in welcher Form diese Siedlung weitergebaut werden wird. Wir können uns dort auf Platzwidmungen überhaupt erst einlassen, bis die Müllschüttung beendet ist und wir die Proben des Grundes festgestellt haben.

Wenn GR.Dr. Prutscher die Erhöhung der Ansätze für Planungen verlangt, so kann ich darauf hinweisen, daß wir vom Stadtrat für Finanzen, wenn größere Planungen durchzuführen waren, immer die nötigen Mittel erhielten. Wir streben kein Monopol über Grund und Boden an. Was wir anstreben, ist die Möglichkeit der Beschaffung von Grund und Boden, wenn es für die Öffentlichkeit notwendig ist. Die Schwierigkeit liegt oftmals in dem Widerstand, den einzelne kleine Besitzer allen Großplanungen der Stadt Wien entgegensetzen. Wir wehren uns auch dagegen, daß Wien plötzlich eine Stadt von Hochhäusern wird. Das paßt in das Bild unserer Stadt gar nicht hinein. Wir werden daher Hochhäuser nur in sparsamstem Ausmaße bauen lassen oder selber bauen. Wir denken gar nicht daran, augenblicklich ein zweites Hochhaus zu bauen. Ich glaube nicht, daß das Haus der Städtischen Versicherung am Kai eine Verunzierung sein wird, sondern ich glaube, daß das eine gute Abwechslung in dem Bineidi der Inneren Stadt darstellen wird, weil es ein guter Blickfang ist.

./.

Ich freue mich, von einem Sprecher der Volkspartei das Einverständnis mit dem kommunalen, sozialen Wohnhausbau ganz offiziell bestätigt zu bekommen. Der Wunsch nach Verstärkung des Genossenschaftsbaues geht dabei ins Leere, denn wir haben ihn in ausreichendem Maße gefördert. Es sind auch im neuen Budget entsprechende Mittel dafür eingesetzt, und aus den Mitteln der Wohnbauförderung, die mit 1. Jänner einsetzen werden, wird auch der große Wunsch nach Förderung des Eigenheimbaues, den wir genau so wie den genossenschaftlichen Bau fördern wollen, erfüllt werden.

Wenn man die Reden der Gemeinderäte Maller und Dr. Prutscher hört, müßte man annehmen, daß alle Anregungen, auch hinsichtlich der größeren Wohnungen, von der Volksopposition oder der Volkspartei ausgehen. Aber dazu haben wir gar keine Anregungen gebraucht, dazu haben wir uns selbst entschlossen. Die Architekten haben genug Spielraum, nur können wir ihnen nicht zugestehen, daß sie ihre Versuche zu neuen Wohnungstypen an den Gemeindewohnungen machen. Wir haben uns auch schon überlegt, den Straßenbau in Zweischichtbetrieben zu führen, sind nur jetzt im Winter davon abgekommen. Möglicherweise werden wir auch bei der Untertunnellung der Opernkreuzung zum Zweischichtbetrieb übergehen. Was den Hafenausbau anlangt, ist es nach langen Verhandlungen endlich so weit, daß die beiden zuständigen Ministerien zum ersten Male Beträge hierfür in das Budget eingestellt haben, und wir hoffen, im nächsten Jahr ein schönes Stück Arbeit beim Hafenausbau leisten zu können.

Bei der Vergebung von Arbeiten halten wir uns im allgemeinen an die ÖNORM. Aber ich möchte Sie, meine Herren von der Volkspartei bitten, daß Sie beim Bund und beim Land Niederösterreich darauf dringen, daß auch dort die Vergebung der Arbeiten nach der ÖNORM und wirklich unparteiisch erfolgt.

Ich bin dem GR Dr. Prutscher außerordentlich dankbar für sein Bekenntnis zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bauwesens, ebenso wie ich der Volksopposition dankbar bin, daß sie für das Kapital Bauwesen auch im heurigen Jahr wieder stimmen wird. Solange große Räume in unserer Stadt schlecht geordnet sind, werden wir planen und umbauen müssen, bis unsere Stadt so aussieht, wie wir sie uns wünschen. Ich glaube, daß wir mit den bis jetzt auf diesem Ge-

bierte errungenen Erfolgen alle zusammen stolz sein können. (Lobhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird den Ansätzen des sechsten Hauptstückes - Bauangelegenheiten - des ordentlichen Voranschlags einschließlich der dazu gehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlags einstimmig die Zustimmung erteilt. Die vier von GR. Maller eingebrachten Resolutionsanträge werden gegen die Stimmen der Volksopposition abgelehnt.

- - -

Geschäftsgruppe VII: Baubehördliche und sonstige technische
=====
Angelegenheiten
=====

Hierauf gelangt in den späten Abendstunden die Gruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, zur Verhandlung.

Berichterstatter Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) teilt mit, daß die neu abgegrenzte Verwaltungsgruppe mit Einnahmen von 31,1 Millionen und Ausgaben von 50 Millionen Schilling veranschlagt ist.

Die öffentliche Beleuchtung

Die öffentliche Beleuchtung wurde im ablaufenden Jahr um 4.500 neue Beleuchtungskörper vermehrt. Damit steigt die Gesamtzahl der Straßenlampen in Wien nach Ausscheiden der Randgemeinden auf mehr als 60.000, von denen immer noch 5.000 durch Gas betrieben sind. Im kommenden Jahr wird auch der Beleuchtung der Opernkreuzung ober- und unterirdisch und des Pratersterns mit den angrenzenden Gebieten ein besonderes Augenmerk gewidmet werden. Verbesserungen an den Hauptstraßenbeleuchtungen können infolge der äußerst knapp bemessenen Mittel nur in geringfügigem Ausmaß vorgenommen werden. Auch die Auflassung der noch vorhandenen Gasinseln im Wiener Stadtgebiet kann aus dem gleichen Grund nur im allerkleinsten Maß durchgeführt werden.

Die Tätigkeit der Baubehörde

In diesem Jahr wurden 1.149 Baubewilligungen für Neubauten erteilt, darunter 359 nach totalen Kriegsschaden. Dabei ist festzustellen, daß der Wiederaufbau von Ruinengründen in erhöhtem Maße auch die Grundstücke außerhalb des Gürtels erfaßt hat. Insgesamt wurden Baubewilligungen für 10.161 Wohnungen bewilligt, um fast ein Viertel mehr als im Vorjahr. Für 5.420 Wohnungen in Privathäusern konnten Benützungsbewilligungen erteilt werden, um 1.372 Wohnungen mehr als im Vorjahr.

Die Renovierung des Hausfassaden

In 11.473 Fällen mußte die Baubehörde an säumige Hauseigentümer Aufträge zur Behebung von Bauschäden erteilen. Hier ist erstmals seit Jahren ein Rückgang zu verzeichnen. Dies ist, wie der Stadtrat betont, darauf zurückzuführen, daß sich die erhöhten Mietzinse auf die Instandhaltung der Häuser günstig auswirken.

Seit dem Vorjahr werden im verstärkten Ausmaße die Hausfassaden instandgesetzt. Die Baupolizei sorgte dafür, daß diese Arbeiten in ansprechender und das Stadtbild nicht verunzierenden Form erfolgten. Neu hergerichtete alte Häuser in der Inneren Stadt weisen auch den Laien darauf hin, welche kunsthistorischen Schätze unsere Stadt besitzt. Dies gilt zum Beispiel für die schönen Barockfassaden des Apothekerhauses neben der Schottenkirche und des Hauses Graben Nr. 13, sowie die Biedermeierfassade der Ersten österreichischen Sparkasse.

Hochhäuser und Bürohäuser

Auf dem privaten Sektor wurde auch eine Anzahl bemerkenswerter Objekte fertiggestellt oder begonnen, die nicht Wohnzwecken dienen. Hier seien erwähnt das Gewerbehause nächst der Beatrixgasse, große Bürohäuser Am Hof sowie am Schubert- und am Kärntner Ring, der Zubau der Hochschule für Welthandel und das Globus-Haus in der Brigittenau. Auch die Instandsetzung der drei Häuser gegenüber der Stephanskirche wurde begonnen. Es ist zu hoffen, daß auch die restlichen Kriegswunden in der Umgebung des Domes und in der Rotenturmstraße in absehbarer Zeit beseitigt werden.

Bemerkenswert ist die Tendenz, an allen möglichen Punkten der Stadt Hochhäuser errichten zu wollen. Derartige Projekte erfordern eine besonders sorgfältige Überlegung, um sowohl die vertraute historische Silhouette der Stadt nicht ungünstig zu beeinflussen, aber auch nicht die Nachbarschaft in ihren Ansprüchen auf Licht und Luft zu beeinträchtigen.

Derzeit hat Wien außer dem seit Jahrzehnten bestehenden Hochhaus in der Herrengasse noch das 70 m hohe Gebäude der Städtischen Versicherung am Schottenring, ein Wohnhaus am Praterstern mit 15 Stockwerken, ein Wohnhaus in der Mommsengasse mit 14 Stockwerken, je ein zehnstöckiges Wohnhaus an der Dominikanerbastei und in der Unteren Donaustraße sowie ein städtisches Wohnhaus mit 20 Stockwerken in Margareten nächst dem Matzleinsdorfer Platz in Bau.

Um die Beurteilung der städtebaulichen Wirkung von geplanten Bauprojekten, wie zum Beispiel Hochhausbauten, zu ermöglichen, wurden photogrammetrische Arbeiten durchgeführt, die auf Grund von exakten Konstruktionen eine größtmögliche Veranschaulichung des zu erwartenden Einflusses der geplanten Objekte auf das Stadtbild erbringen.

Im letzten Jahr wurden 834 Wohnungen wegen Bauauffälligkeit und 191 Wohnungen wegen sanitärer Übelstände geräumt. Einen besonders krassen Umfang wies die Zahl der Wohnungsbegutachtungen auf, da als sanitär ungeeignet erklärte Wohnungen das Anrecht auf einen Mietschein I geben. Begutachtet wurden 5.610 Fälle. Größere Bauunfälle sind nicht vorgekommen.

Schutz des Wiener Luft- und Lichtreservoirs

Nach wie vor bildet die Verhinderung des wilden Siedelns und Bauens eine vordringliche Aufgabe der Baupolizei. Leider kümmern sich noch immer viele Bewohner der Stadt nicht darum, ob ihr Bauvorhaben eine Genehmigung erhalten hat. Gerade nach Abtrennung der Randgemeinden werden wir alles daransetzen müssen, um der Stadt das nötige Luftreservoir zu erhalten. Jedes unbefugte Siedeln und Bauen im Wald- und Wiesengürtel wird mit allen Mitteln und ohne jede Rücksichtnahme hintangehalten werden müssen. Die Stadtverwaltung muß mit größter Sorgfalt darüber wachen, daß nichts geschieht, was das vorhandene Grünland auch nur im geringsten schmälern könnte.

Das Garagenproblem

Das Problem der Unterbringung von Kraftfahrzeugen wird immer schwieriger. Die Baupolizei ist gezwungen, dieser Tatsache bei der Erteilung von Baubewilligungen Rechnung zu tragen. Das wird ihr durch die noch geltende Reichsgaragen-Ordnung ermöglicht, durch die jedem Bauwerber aufgetragen werden kann, in einem bestimmten Ausmaß im Hause selbst oder in der nächsten Umgebung für Abstellplätze für Kraftfahrzeuge zu sorgen. Die Schaffung entsprechenden Raumes für Kraftfahrzeuge, die wohl jedermann als vordringlich anerkennt, ist nur ungeheuer schwer zu erreichen. Die deutsche Garagenordnung sollte durch ein zweckmäßiges österreichisches Gesetz ersetzt werden.

Auftriebstendenzen am Grundstückmarkt

Bei der Grundbeschaffung für das städtische Wohnbauprogramm hatte die Verwaltung gerade im vergangenen Jahr erhebliche Schwierigkeiten zu meistern, da starke Auftriebstendenzen auf dem Grundstückmarkt bemerkbar waren, die durch die Wohnbauförderung der öffentlichen Hand bedingt sind. Es mußte daher getrachtet werden, um überhaupt zum Zuge zu kommen, jedes Anbot möglichst umgehend zu behandeln. Durch die Belebung des Grundstückmarktes war es notwendig, auch fallweisen Preissteigerungstendenzen Rechnung zu tragen.

Die Friedhöfe

Durch die Abtrennung der Randgemeinden war es möglich, den organisatorischen Aufbau des Friedhofsbetriebes abzuschließen. 47 Friedhöfe und die Feuerhalle bleiben in der Verwaltung der Stadt Wien. 52 Friedhöfe liegen nun im niederösterreichischen Gebiet. 4 der 47 Wiener Friedhöfe sind sogenannte Hauptfriedhöfe, die alle Grabtypen aufweisen. Auf den übrigen, den sogenannten Wahlfriedhöfen, stehen nur ausgesuchte Grabstellen zu höheren Gebühren zur Verfügung. Es ist auch gelungen, das Aussehen der Friedhöfe wesentlich zu verbessern. Sämtliche kriegszerstörten und fehlenden Einfriedungen wurden wieder errichtet, die Wasserleitungsnetze instandgesetzt und ausgebaut und allein 1954 24.000

Quadratmeter Straßen instandgesetzt.

Die Friedhofsverwaltung kann nun in zunehmendem Maße ihr Augenmerk auf die Ausgestaltung und Verschönerung der Friedhöfe richten. Zu diesem Zweck wurden heuer zwei Millionen Schilling aufgewendet, dazu kamen größere Instandsetzungs- und Wiederaufbauarbeiten mit einem Kostenaufwand von 3,5 Millionen Schilling. Den Voranschlag 1954 wurden Gesamteinnahmen von 27 Millionen zu grundgelegt, denen Ausgaben von 28 Millionen gegenüberstehen. Es ist jedoch fraglich, ob die Gebarung der Friedhöfe weiterhin halbwegs im finanziellen Gleichgewicht zu halten sein wird. Noch sind sehr viele Arbeiten zu verrichten, und eine verantwortungsbewußte Gemeindeverwaltung muß sich mit den Gedanken vertraut machen, Zuschüsse zu leisten. Alle Maßnahmen der Stadtverwaltung werden jedoch nur dann sichtbaren Erfolg zeigen, wenn sich auch die Friedhofbesucher einer besseren Disziplin befleißigen.

38.400 Lenkerprüfungen in 11 Monaten

Die Tätigkeit der Magistratsabteilung 46, technische Verkehrsangelegenheiten, ist der Zunahme des Straßenverkehrs entsprechend gestiegen. Die Kraftfahrzeugprüfstelle ist derzeit durch die Zollherabsetzung für Personenautos bis zur Grenze ausgelastet. Die Zahl der in den ersten 11 Monaten dieses Jahres abgehaltenen Lenkerprüfungen beläuft sich auf 38.400. Stadtrat Lakowitsch beschäftigte sich in diesem Zusammenhang gleichfalls mit dem Verkehrsproblem. Zu den Zeiten der Verkehrsspitzen sind wir von einem Chaos nicht mehr weit entfernt. Während der Budgetdebatte im Vorjahr gab es in Wien 88.000 Kraftfahrzeuge, heuer sind es zur gleichen Zeit nahezu 110.000, was einer Zunahme von 25 Prozent entspricht. Der Referent erinnerte daran, daß er bereits im Vorjahr die Einführung radikaler Maßnahmen empfohlen hat, wie kompromißlose Bestimmung von Einbahnstraßen, Parkverbote und Respektierung der Fußgängerstreifen. Es ist jedoch lediglich gelungen, einen Zusatzkredit für die Herstellung von Fußgängerstreifen zu erreichen, die sich allerdings in zunehmenden Maße bewähren. Um wenigstens die vorhandenen Bestimmungen wirksam zu machen, ist die Durchsetzung ihrer Befolgung erforderlich. Die Polizei setze sich leider nicht mit dem gebührenden Nachdruck dafür ein, was vermehrte Unordnung im Verkehr bedingt.

Hoffentlich kommt es bald zu der von Bürgermeister Jonas erwähnten Einberufung einer Verkehrsenquete. Wenn sich die Stadtverwaltung nicht dazu entschließen kann, müssen wir damit rechnen, daß wir unmittelbar vor einem Verkehrschaos stehen.

Die städtischen Forste

Über das Stadtforstamt berichtete der Referent, daß die holzwirtschaftliche Nutzung der im Besitz der Gemeinde befindlichen Forste nicht nach den gleichen wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden kann, wie bei anderen Forstbesitzern. Die Wienerwaldforste müssen - zum Schutz der Stadt vor klimatischen Änderungen - erhalten werden. Die Quellschutzforste haben ihre primäre Aufgabe, nämlich die Erhaltung der Quellen zu gewährleisten. Schlägerungen können daher nur soweit vorgenommen werden, als dies die erwähnten Aufgaben zulassen. Das hat selbstverständlich Auswirkungen auf die Rentabilität. Die Ausgaben sind für 1955 mit 4,8 Millionen angesetzt, die Einnahmen mit 3 Millionen.

In den Wienerwaldforsten wurden in den letzten elf Monaten 1954 ungefähr 135 Hektar aufgeforstet, in den Quellschutzgebieten 146 Hektar. Der Lainzer Tiergarten, dieses einmalige Naturschutzgebiet, wurde heuer von 151.000 Personen besucht.

Der Forstbesitz in der Lobau hat durch das Hochwasser ziemlich Schaden erlitten. Der Wildbestand leidet nach wie vor durch das unkontrollierbare Jagen einer Besatzungsmacht.

Stadtrat Lakowitsch gab auch seiner Besorgnis über das künftige Schicksal des österreichischen Waldes Ausdruck. Es sind drohende Anzeichen, wenn nach verhältnismäßig kurzen Regenfällen sofort Hochwasserschäden eintreten. Bedenklich ist es auch, wenn ein Aufruf, der zur Weihnachtszeit erlassen wurde, Tannen zu schützen, damit beantwortet wird, daß auf den Christbaummärkten 80 bis 90 Prozent Tannen zu finden sind. Gerade der Wiener Gemeinderat sollte das Forum sein, von dem die Forderungen nach Schutz des Waldes ausgehen (Beifall bei der ÖVP).

Abschließend dankte Stadtrat Lakowitsch seinen Mitarbeitern für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit und ersuchte um Annahme des Voranschlages der Gruppe VII (Beifall bei der ÖVP).

./.

Die Debatte über die Gruppe Baubehörde

GR. Kronberger (VO) spricht zunächst über die Beleuchtung unserer Stadt. In der letzten Zeit wurden hier sicherlich Fortschritte gemacht. Am Stadtrand, vor allem jedoch in den Siedlungen bleibt aber noch viel zu tun übrig. Nur hier und da brenne dort eine spärliche Lampe.

Auch auf dem Gebiete der Stadtforste sind große Mißstände aufzuweisen. So stellte das Kontrollamt fest, daß die Planung und die Durchführung der Wohlfahrtsaufforstungen im Raume von Wien nicht fachgemäß erfolgte und mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden war. Ein Großteil der Pflanzen wurde zu überhöhten Preisen eingekauft. Vielfach wurden die Pflanzen auch nicht widmungsgemäß verwendet. Der Redner richtet die Frage an Stadtrat Lakowitsch, wieso derartige Mißstände vorkommen konnten und was zu ihrer Abstellung unternommen wurde.

Eine dringende Forderung sei auch die Bekämpfung der Baum- und Flurschäden in der Lobau, die eine große Gefährdung der Obstbestände der umliegenden Siedler bedeuten.

Der Redner nimmt sodann zum Verkehrsproblem unserer Stadt Stellung, das er als eines der brennendsten bezeichnet. Die Statistik zeige, daß es in unserem Stadtgebiet bereits mehr als hunderttausend angemeldete Fahrzeuge gibt. Mit der steigenden Zahl der Fahrzeuge steigt jedoch die Zahl der Unfälle. Den Fußgehern ist es oft lange Zeit nicht möglich, eine Straße zu überqueren. Viel Gefahr bringt der Verkehr besonders für die Kinder und alten Leute. Sicher kann nicht von heute auf morgen Abhilfe geschaffen werden. In diesem Zusammenhang wäre der Schaffung von Unterführungen und Fußgängertunnels sowie der Anbringung weiterer Verkehrsampeln bedeutendes Augenmerk zuzuwenden. In Gebieten, in denen es möglich ist, sollte man auch markierte Radfahrwege schaffen. Die Schaffung von Einbahnstraße wäre eine weitere Forderung. Zweckmäßig wären auch markierte Übergangswegen für Fußgänger. Der Redner stellt die Frage, wie man sich in Zukunft das Parken beim Stadion vorstellt. Der Parkplatz reiche schon jetzt nicht mehr aus.

Es wäre zu erwägen, den zugeschütteten Ziegelteich, der als Grünanlage verwendet werden soll, als Parkplatz anzulegen. GR. Kronberger begrüßt es, daß nun endlich doch eine Verkehrsenquete abgehalten werden soll, denn je früher auf diesen Gebiete eine Lösung getroffen wird, umso besser ist es.

Abschließend erklärt der Redner, seine Fraktion könne den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen, da sie die veranschlagten Beträge für den Neu- und Ausbau von Verkehrsanlagen zur Beseitigung des Verkehrschaos als unzureichend findet.

GR. Römer (ÖVP) stellt fest, daß die Mittel, die für diese Geschäftsgruppe für das kommende Jahr zur Verfügung gestellt wurden, beachtlich sind. Groß war auch die Zahl der Geschäftsstücke. Es waren 130.000, die von der Bau-, Feuer- und Gewerbe-polizei erledigt wurden. Er ist jedoch der Meinung, daß der Instanzenzug hier verkürzt werden könnte. Es ist dies eine Forderung seiner Partei im Sinne der Verwaltungsreform. Der Redner tritt für die Herabsetzung der Abgaben, wie z.B. der Kanaleinmündungsgebühr und der Gebühr für Einzelanschlüsse ein. Nach seiner Meinung würde eine derartige Gebührenherabsetzung und Verkürzung des Instanzenweges die Baufreudigkeit heben.

Die Baupolizisten müßten Praktiker par excellence sein. Mein Appell geht daher an die Verwaltung dieser Stadt: Stellen sie doch ausreichende Mittel für eine anständige Bezahlung dieser Menschen zur Verfügung. Und ich frage den Herrn Stadtrat: Was gedenkt man zu tun, um den Nachwuchs bei der Baupolizei zu sichern? Die städtische Prüf- und Versuchsanstalt ist in vollkommen unzulänglichen Räumen untergebracht. Auch hier muß man die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, damit die Forschungs- und Prüfungsarbeit in einer eigenen Halle vorgenommen werden kann.

Bei der Schätzung von Baugründen müssen die normalen Preise zugrunde gelegt werden. Man hat zwar auch gegenteilige Ansichten vertreten und mit ziemlicher Konsequenz verfochten, doch nach den Gerichtsverhandlungen haben die Gründe dann ein Vielfaches dessen gekostet, was bei vernünftiger Vereinbarung zuerst zu erzielen gewesen wäre. Beim Wiener kann man mit Konzilianz viel mehr erreichen, als wenn man sich stur auf die Gesetze beruft oder wenn er spürt, daß hier Enteignungswünsche herrschen.

Die nach der Abtrennung der Randgemeinden bei Wien verbleibenden Friedhöfe müssen in einen Zustand versetzt werden, der einer Groß- und Weltstadt würdig ist. Was sich auf diesem Gebiet manchmal abspielt, kann man wirklich nur als Skandal bezeichnen. Jedes Kulturvolk fühlt seinen Verstorbenen gegenüber eine Verpflichtung. Dieses Gefühl der Pietät darf auch von der Wiener Stadtverwaltung verlangt werden. Hier mit Mitteln zu sparen, wird von der Bevölkerung absolut nicht verstanden. Dazu gehört auch die Forderung unserer Bevölkerung nach Pflege der Kriegsgräber. Ein Teil der Ehrengräber der Gemeinde Wien ist in einem Zustand, der der Gemeinde auch nicht würdig ist. In der letzten Zeit mehren sich Beschwerden über Diebstähle und organisierten Raubzügen auf den Friedhöfen. Die Polizei erklärt, daß sie hier machtlos sei, weil ihr das Betreten der Friedhöfe verboten ist. Wir glauben, daß der Polizei zu jeder Zeit das Recht zustehen muß, gegen derartige Elemente einschreiten zu können. Hinsichtlich der städtischen Friedhofsgärtnerei und der Steinmetzwerkstätte erhebt die gewerbliche Wirtschaft die Forderung, sie nicht weiter auszubauen, sondern im Gegenteil einzuschränken. Gerade die Friedhofsgärtnerei zeigt, daß sich die Monopolstellung dieser Unternehmungen absolut nicht zugunsten der Bevölkerung auswirkt.

Die Verkehrsfragen, die Schaffung von Einbahnstraßen und von Parkplätzen, dürfen nicht einseitig und ortsbedingt gelöst werden. Die Mehrheitspartei habe sich der Forderung seiner Fraktion, Wien wieder zur Weltstadt zu machen, angeschlossen. Darüber freue sich die ÖVP. Damit habe die Mehrheitspartei auch die Verpflichtung übernommen, großzügig in der Planung und in der Bereitstellung der Mittel zu sein. Ein reibungsloser Verkehr würde mit der Verwirklichung der von seiner Fraktion gestellten Forderung nach dem Bau einer U-Bahn und Schnellbahn erreicht werden.

Mit der Ansicht des Stadtrates Thaller, daß er die Zustimmung zum Bau von neuen Kirchen erst dann geben könne, bis die Gotteshäuser, für die Baubewilligungen erteilt wurden, gebaut werden, könne man sich absolut nicht einverstanden erklären.

Jeder weiß, daß die Kirchen aller Konfessionen nicht über die für den Bau von Gotteshäusern notwendigen Mittel verfügen. Die Bevölkerung ist bereit, Opfer zu bringen. Aber in demselben Ausmaß, in dem die Bevölkerung bereit ist, Opfer zu bringen, müßte auch die Stadtverwaltung bereit sein, ein Scherflein beizutragen. Es läßt sich nicht alles nach rein kaufmännischen Grundsätzen abwägen. Es gibt auch manches, das die Stadtverwaltung dem religiösen und gläubigen Teil unserer Bevölkerung schuldig ist. Die Beistellung von Mitteln wird von unserer Fraktion als unabdingbare Forderung gestellt werden.

Seine Fraktion stelle auch den Antrag, die Mittel für den Ankauf von Grundstücken im Wiener Wald- und Wiesengürtel bereitzustellen, damit dort nicht wild gebaut wird und Wiens grüne Lunge erhalten bleibt. Redner bittet auch um die Bereitstellung der notwendigen Mittel, um Wien wirklich zu einer Lichtstadt zu machen. Dabei müßten auch die nicht zentral gelegenen Gegenden berücksichtigt werden.

Redner dankt den in dieser Verwaltungsgruppe Beschäftigten und gibt namens der Volkspartei die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Gruppe (Beifall bei der ÖVP).

GR. Pleyl (SPÖ) erkennt an, daß in den vergangenen Jahren auch in dieser Geschäftsgruppe vieles und Positives geleistet wurde. Der Finanzreferent dieser Stadt bemühe sich ebenso wie auf allen übrigen Gebieten auch hier, die Ansätze so zu gestalten, daß es in jedem Bereich vorwärts geht.

Der Redner begrüßt es, daß derzeit in Wien immer mehr Häuser renoviert werden und daß im Straßenbild schon eine wesentliche Besserung eingetreten ist. Auch in Wien wolle man versuchen, den Hochhausbau zu forcieren, um der Stadt ein neues und anderes Antlitz zu geben. Mit den großen Instandsetzungen der beiden letzten Jahre auf dem Stephansplatz werde in Kürze auch dieses Problem seine Erledigung finden.

Wenn die Baupolizei eine Wohnung als unbewohnbar oder gesundheitsschädlich bezeichnet, müsse strenge darauf geachtet werden, daß der unbewohnbare Raum nicht mehr zu Wohnungszwecken vermietet werde. Derzeit bewohne diese Räume oft schon nach ganz kurzer Zeit wieder ein Mieter, den dann wieder die Gemeinde Wien versorgen müsse.

Auch die Sozialisten wenden sich gegen das wilde Bauen. Erfreulicherweise ist es der Baupolizei gelungen, heuer in 660 Fällen die Bautätigkeit einzustellen. Dadurch sind der Gemeindeverwaltung große Summen für spätere eventuelle Räumungen erspart geblieben.

Die Ansätze für die öffentliche Beleuchtung sind im kommenden Jahr um 1 Million Schilling höher veranschlagt. Die Halbnachtbeleuchtung funktioniert nun wieder so wie vor 1934. Wien ist wiederum gut beleuchtet, und damit sind viele Gefahrenmomente gebannt.

Auch für die Friedhöfe hat die Gemeindeverwaltung sehr viel geleistet. Hier werden im kommenden Jahr wieder 3 Millionen Schilling mehr ausgeworfen. Wesentliches ist auch bei den Ehrengräbern am Zentralfriedhof geschehen. Die Friedhöfe tragen heute schon ein ganz anderes Antlitz als noch vor einigen Jahren.

Die Stadtforste haben eine große und schwere Aufgabe zu erfüllen, weil sie den Wienerwald und die Quellschutzwälder beaufsichtigen und betreuen. Die Aufforstung ist insbesondere am Laaer Berg danebengegangen. Bei mehr Sorgfalt in Bezug auf die Betreuung dieser jungen Pflanzen hätte wohl größerer Schaden vermieden werden können.

Abschließend dankt der Redner namens seiner Fraktion den Mitgliedern des zuständigen Gemeinderatsausschusses und den Arbeitern und Angestellten dieser Verwaltungsgruppe für die aufopfernde Arbeit, die sie erfüllt haben. Die SPÖ werde den Ansätzen dieser Gruppe die Zustimmung geben, weil sie glaube, auch damit dem Volke von Wien zu dienen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Jakowitsch (ÖVP) erklärt in seinem Schlußwort zu der Kritik des Kontrollamtes bezüglich der Stadtforste: Das Kontrollamt wurde mehrmals in Anspruch genommen, um Feststellungen zu treffen, ob die Führung der Stadtforste nach wirtschaftlichen und auch nach sachlichen Gesichtspunkten so erfolgt, wie es einer verantwortungsbewußten Führung entspricht. Die Berichte des Kontrollamtes kommen leider zu einer gegenteiligen Feststellung. Man wird daher für den sehr schwierigen Posten des Forstdirektors wohl einen geeigneten Mann finden müssen, der allen Anforderungen entspricht.

Zu den in der Debatte aufgeworfenen Verkehrsfragen betont der Referent, daß die Pariser Regelung, die weder den Kraftfahrer noch den Fußgänger durch gesetzliche Verpflichtungen einenge, beispielgebend sein könnte. Durch die Spruchpraxis der Gerichte werde dort bei einem Unfall innerhalb des Fußgängerstreifens fast immer der Kraftwagenlenker zur Verantwortung gezogen. Eine große Anzahl von Verkehrsregelungen ist nach der Ansicht des Stadtrates nicht geeignet, den Verkehrsfluß zu beschleunigen, sondern trägt eher dazu bei, ihn zu verlangsamen. Auch die Anzahl der Verkehrsunfälle würde dadurch nicht wesentlich herabgesetzt. Eine wohldurchdachte Verkehrsplanung und Selbstdisziplin aller Verkehrsteilnehmer sei hier von großer Bedeutung.

Der Wunsch nach Beseitigung störender Lichtreklamen hat eine gewisse Berechtigung, nur sind bisher sehr wenige Verkehrsunfälle dadurch entstanden, daß der Lenker die Reklame für ein Verkehrszeichen gehalten hat.

Was die Parkplätze beim Stadion betrifft, so sind nach der derzeitigen Rechtslage die ein Bauwerk Aufführenden auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß eine entsprechende Zahl von Parkplätzen beigelegt wird. Die Parkplätze beim Stadion haben ein großes Ausmaß. Eine weitere Planung wird erst nach dem Ausbau möglich sein.

GR. Römer hat bei der Baupolizei gewisse Vorschriften bemängelt, die das Bauen erschweren und den langsamen Instanzenweg kritisiert. Man wird dem unter der Voraussetzung Rechnung tragen, daß keine Beeinträchtigung der Sicherheit eintritt. Mit dem Nachwuchs bei der Baupolizei ist es allerdings leider nicht sehr gut bestellt. Ein solcher Beamter übernimmt eine große Verantwortung, sodaß es nicht überaus verlockend ist, diese Tätigkeit aufzunehmen.

Ich weiß, betonte der Referent, daß die Friedhöfe noch immer zu manchen Klagen Anlaß geben. Es ist aber leider so, daß wie schon erwähnt, die Mittel zur Verschönerung der Friedhöfe nicht ausreichen. Die Betreuung der Kriegsgräber obliegt ausschließlich dem Bund, der 1955 für diese Zwecke 203.000 Schilling vorgesehen hat.

Dazu kommen 190.000 Schilling aus den Mitteln der Stadt Wien und außerdem eine gewisse Betreuung aus den Mitteln des Schwarzen Kreuzes. Die Instandsetzung und Pflege der Ehrengräber wiederum ist Sache der Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung. Die diesbezüglichen Wünsche werde er, sagte Stadtrat Lakowitsch, an Stadtrat Mandl weiterleiten. Die Diebstähle auf den Friedhöfen nehmen weiterhin zu statt ab. Es wird wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als die Polizei zu einem Streifendienst heranzuziehen.

Die Friedhofsordnung ist in Ausarbeitung

Die Tätigkeit der Friedhofsgärtnerei soll unter den gleichen Voraussetzungen erfolgen, wie sie anderen Gärtnereien gegeben sind. Man sollte ihr keine Bevorzugung einräumen.

Die mahnenden Tafeln auf der Ringstraße stellen einen Versuch dar, der auf Wunsch des Bürgermeisters durchgeführt wurde. Ich glaube nur, meinte der Referent, daß der Erfolg nicht so groß sein wird, wie man es gerne hätte.

Zu den Ausführungen von GR. Pleyl über die Baupolizei bemerkt Stadtrat Lakowitsch schließlich, es sei nicht so leicht zu verhindern, daß Wohnungen, die als unbewohnbar erklärt wurden, nach der Räumung wirklich nicht mehr bezogen werden. Die Baupolizei erfährt von diesen Dingen oft erst, wenn etwas geschieht, oder eine Anzeige gemacht wird. Die Baupolizei verfügt ja über kein Korps, das auf den Straßen herumgeht.

Bei der öffentlichen Beleuchtung wäre etwas mehr Geld bestimmt kein Schaden, um Wien in ein "besseres Licht" zu setzen.

Abschließend ersuchte der Referent um die Annahme seines Kapitels.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VII. Hauptstückes ohne die Stimmen der VO angenommen.

Der Vorsitzende GR. Mazur unterbricht um 21.45 Uhr die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Dienstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung des Kapitels VIII "Öffentliche Einrichtungen" fortgesetzt. Berichterstatter ist Stadtrat Koci.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 21. Dezember 1954

Blatt 2357

Ein neues Gemeindewohnhaus in der Grabnergasse

=====

21. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage in Wien 6, Grabnergasse, bestehend aus drei Häusern mit insgesamt 87 Wohnungen, zwei Lokalen, einer Garage, einem Kinderwagenabstellraum, einem Motorrad- und einem Fahrradabstellraum. Das Bauvorhaben bildet die Erweiterung der im Jahre 1952 fertiggestellten Wohnhausanlage Mollardgasse - Grabnergasse. Die voraussichtlichen Gesamtbaukosten werden mit 7,130.000 Schilling angenommen. Der Stadtsenat hat diesem Antrag zugestimmt.

- - -

Zusätzlicher Förderungsbeitrag für drei Wiener Theater

=====

21. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung Mandl beantragte heute in der Sitzung der Wiener Landesregierung einen zusätzlichen Förderungsbeitrag von je 100.000 Schilling an das Theater in der Josefstadt, an das Volkstheater und an das Raimundtheater aus dem Kulturgroschen. Die Wiener Landesregierung hat diesem Antrag auf außertourliche Unterstützung in der Gesamthöhe von 300.000 Schilling zugestimmt.

- - -

8,3 Millionen Gemeindedarlehen für fünf Genossenschaftsbauten

=====

21. Dezember (RK) Der städtische Finanzreferent Stadtrat Besch beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates Darlehen der Gemeinde Wien an fünf Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaften in der Gesamthöhe von 8,309.000 Schilling. Bei diesen Gemeindedarlehen handelt es sich um 30 Prozent der Gesamtbaukosten. Weitere 60 Prozent der Bausumme werden vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und die restlichen 10 Prozent von der Genossenschaft selbst aufgebracht. Der Stadtsenat hat dem Antrag des Finanzreferenten zugestimmt. Durch diese Förderung der Gemeinde Wien können fünf Wohnhausanlagen mit zusammen 278 Wohnungen errichtet werden. Es handelt sich um folgende Baustellen: 2. Bezirk, Praterstraße 8, ein elfgeschoßiges Haus mit 100 Wohnungen und drei Geschäftslokalen (Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Leopoldstadt"). 9. Bezirk: Pelikangasse 14, Verbauung einer Baulücke mit einem Haus, das 31 Wohnungen enthält (Österreichisches Siedlungswerk). 12. Bezirk: Altmannsdorfer Straße 55, 28 Wohnungen (Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft "Frieden"). 18. Bezirk: Gregor Mendel-Straße 12-14, zwei Häuser mit zusammen 48 Wohnungen (Siedlungsgenossenschaft "Kosmos"); Pötzleinsdorfer Straße 2, 71 Wohnungen (Österreichisches Siedlungswerk).

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

=====

21. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 22. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Spital am Semmering" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 23. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 11.15 Uhr vom Südbahnhof abzuholen.

- - -

Wilhelm Neumann zum Gedenken

=====

21. Dezember (RK) Auf den 25. Dezember fällt der 10. Todestag des Internisten und Tuberkuloseforschers Hofrat Prof. Dr. Wilhelm Neumann.

Am 19. Juni 1877 zu Ulrichstal in Nordböhmen geboren, hospitierte er schon während seiner Studienzeit an der Wiener medizinischen Fakultät im Allgemeinen Krankenhaus, trat nach der Promotion in die Klinik Neusser ein und befaßte sich als Volontärarzt am pathologisch-anatomischen Institut Weichselbaums mit fachlichen Arbeiten. Dann kehrte er als Assistent Neussers an dessen Klinik zurück und übernahm die Leitung einer neu errichteten Tuberkulosestation, an der er eine rege wissenschaftliche Tätigkeit entfaltete. 1912 habilitierte sich Neumann für innere Medizin, im ersten Weltkrieg betreute er neben dem klinischen Dienst auch ein Lazarett für Lungenkranke, das nach Kriegsende als III. medizinische Abteilung des Wilhelminenspitals weitergeführt wurde. 1921 erfolgte seine Bestellung zum definitiven Primararzt, 1924 die Berufung in den Wiener Landessanitätsrat, 1927 in den Obersten Sanitätsrat. Seine Veröffentlichungen zeigen außerordentliche Vielseitigkeit und Beherrschung der gesamten internen Medizin wie deren Nachbardisziplinen. Seine Arbeit betraf in erster Linie die Diagnostik und Symptomatologie der Lungentuberkulose, er beschäftigte sich aber auch besonders mit therapeutischen Problemen. Sein Hauptwerk "Klinik der Tuberkulose Erwachsener" enthält in drei Bänden eine Fülle kritisch gesichteter eigener Beobachtungen. Prof. Neumann hat sich durch seine umfassenden Untersuchungen auf allen Gebieten der internen Tuberkulose als Wissenschaftler und Spezialist Ansehen erworben. Seine Vorlesungen und Kurse waren auch von ausländischen Ärzten und Studenten sehr besucht.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Rathaus
=====Geschäftsgruppe VIII: Öffentliche Einrichtungen

21. Dezember (RK) Die Budgetdebatte wurde heute früh mit der Behandlung der neugeschaffenen Geschäftsgruppe "Öffentliche Einrichtungen" fortgesetzt. Wie Stadtrat Koci (SPÖ) berichtete, gehören zu dieser Geschäftsgruppe VIII die Kanalisation, die Wasserwerke, die städtischen Bäder, die städtischen Wäschereien sowie der Fuhrpark samt der Straßenpflege und die Kehrichtabfuhr.

Dank an die Bediensteten

Diese Geschäftsgruppe weist mit 30. November 1954 einen Stand von 4.376 Bediensteten auf. Mit seinem Dank an diese Bediensteten verbindet der Referent die Feststellung, daß die Arbeiter und Angestellten besonders bei Unwetterkatastrophen, vor allem aber bei starken Schneefällen und bei Glatteis mehr als ihre Pflicht erfüllt haben und zu jeder Tages- und Nachtzeit aber auch an Sonn- und Feiertagen bereit waren, die Bevölkerung vor Schaden zu bewahren (Beifall bei den Sozialisten).

Für die Kanalisation sind für 1955 Einnahmen von 21,08 Millionen und Ausgaben von 38,02 Millionen vorgesehen. 6,3 Millionen entfallen auf die Anlagenerhaltung, 15 Millionen auf Kanalbauten.

Wasserverbrauch um 2 Millionen Kubikmeter gestiegen

Die Wasserwerke präliminieren ihre Einnahmen mit 70,68 Millionen und die Ausgaben mit 106 Millionen. Im Jahre 1954 betrug der Wasserverbrauch 134 Millionen Kubikmeter. Er ist somit um zirka 2 Millionen Kubikmeter gestiegen. Die Ursache liegt in dem durch die bessere Beschäftigung bedingten Mehrverbrauch der Industrie. Der durchschnittliche Wasserverbrauch je Kopf und Tag betrug 220 Liter. Die Chlorierung wird mit 0.2 mg/l wie in den vergangenen Jahren durchgeführt. Da in den Bezirken mit höherer Lage über zu geringen Wasserdruck geklagt wurde, wird durch Verbesserung der Druck- und Hebeanlagen versucht, diesen Übelstand zu beseitigen.

Baggerungen in den Alten Donau-Strandbädern

Für die städtischen Bäder sind die Einnahmen mit 15,8 Millionen, die Ausgaben mit 35,3 Millionen budgetiert. Auf bauliche Herstellungen entfallen rund 8 Millionen Schilling, die für die Fertigstellung des Theresienbades sowie eines neuen Kinderfreibades auf dem Max Winter-Platz, für Baggerungsarbeiten in den Strandbädern an der Alten Donau etc. verwendet werden sollen. Die Warmbäder hatten mit einem Besuch von rund 5 Millionen Badegästen im Jahre 1954 gegenüber dem Jahre 1953 einen um 4,5 Prozent geringeren Besuch aufzuweisen. Die Sommerbäder verzeichnen bei 1,35 Millionen Gästen einen Mehrbesuch von 0,56 Prozent und die Kinderfreibäder mit 530.000 Besuchern eine um 21,9 Prozent geringere Frequentierung. Der Rückgang der Besucherzahl bei den Warmbädern dürfte in der Errichtung neuer städtischen Wohnhausanlagen und ihrer Ausstattung mit Bädern zu suchen sein.

Für die städtischen Wäschereien sind für das Jahr 1955 Einnahmen in der Höhe von 11,318.000 Schilling und Ausgaben von 13,046.000 Schilling veranschlagt. Bei den Ausgaben handelt es sich vor allem um die Anschaffung von Brennstoffen, Waschmitteln und verschiedenen Inventar. Die Leistungen der Wäschereien steigen ständig. So wurde in der Zentralwäscherei in der Schwenkgasse im Jahre 1950 eine Waschleistung von rund 3,146.000 kg erzielt und im Jahre 1954 von zirka 4,580.000 Kilogramm. Für das Jahr 1955 sind 4,620.000 Kilogramm veranschlagt. Die Dampfwäscherei Mödling wurde der Stadtgemeinde Mödling übergeben. Auch die 34 Wohnhauswäschereien werden im steigenden Maße frequentiert. Ein Rückgang ist in der Frequenz der 80 Wohnhausbadeanlagen zu verzeichnen. Während die Wannengebäder 1950 von 126.000 Personen benützt wurden, brachte das Jahr 1954 einen Rückgang auf 88.000. Bei den Brausen ist der Rückgang von 388.000 im Jahre 1950 auf 380.000 im Jahre 1954. In den Zentralwäschereien waren durch die stark ansteigende Waschleistung außer baulichen Herstellungen und größeren Erhaltungsarbeiten bedeutende Umgestaltungen notwendig.

160 Schneepflüge stehen bereit

Der Magistratsabteilung 48 untersteht der Fuhrpark, die Straßenpflege und Kehrichtabfuhr. Beim Fuhrpark wird mit einer Einnahme von 34,6 Millionen Schilling gerechnet; für Ausgaben, also für Inventarerhaltung, die Anschaffung von Verbrauchsmaterialien und bauliche Herstellungen sind Ausgaben in der Höhe von 48,5 Millionen vorgesehen. Dieser Abteilung obliegt u.a. die Beistellung der für die Straßenpflege und Müllabfuhr benötigten Fahrzeuge und Großgeräte sowie die Betreuung des eigenen Fahr- und Geräteparks und des gesamten Wagenparks der Hoheitsverwaltung und der Betriebe. Der Gesamtstand an Fahrzeugen beträgt derzeit einschließlich der Sonderfahrzeuge 459.

Der Fuhrpark hält für die kommende Schneebekämpfung zirka 160 Schneepflüge, 25 Geräte für den Streudienst und ebenso viele Lastkraftwagen bereit.

19 Millionen Quadratmeter Straßen werden gereinigt

Für die Straßenpflege und Kehrichtabfuhr sind Ausgaben in der Höhe von 91 Millionen Schilling errechnet worden. Die Einnahmen sind mit 31 Millionen veranschlagt. Der Straßenpflege obliegt die Reinigung, Bespritzung, Maschung und Staubbindung der Straße sowie die Schneebeseitigung, Bestreuung bei Glatteis, Reinigung der Straßenwasserablaufschächte und die provisorische Behebung als Sofortmaßnahme kleiner Straßenschäden. Die zu reinigende Straßenfläche beträgt ungefähr 19 Millionen Quadratmeter. An Spezialfahrzeugen für die Straßenpflege im Sommer stehen zur Verfügung: 9 Kehrmaschinen und 17 Anhänger, 6 selbstaufnehmende Sammelmaschinen, 3 Kleinkehrmaschinen, 5 moderne selbstaufnehmende Kehrmaschinen, 1 großer Straßenstaubsauger, 17 Sprengwagen, 7 Waschmaschinen, 2 Schlammsauger und 1 Kanalsauger. Im Winter stehen zur Verfügung: 160 Lastkraftwagen mit Anbau für Schneepflüge, 44 Schneepfluganhänger, 1 Schneeschleuder, 1 Schneelader, 5 Schneeladegeräte und 25 Sandstreuer.

560.000 Kubikmeter Mist in einem Jahr

Der Kehrichtabfuhr obliegt die Müllbeseitigung sowie die Unterbringung des Mülls. Im Jahre 1954 wurden bis September zirka 420.000 Kubikmeter Müll abgeführt. Die voraussichtliche Leistung bis zum Ende des Jahres wird auf 560.000 Kubikmeter geschätzt. Außerdem obliegt dieser Abteilung die Errichtung und Betreuung der öffentlichen Bedürfnisanstalten.

Stadtrat Koci weist abschließend darauf hin, daß in den genannten Abteilungen eine sehr umfangreiche Arbeit geleistet wird. Die Bevölkerung könne mit den Leistungen, die auf diesem Gebiet erzielt wurden, zufrieden sein. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Debatte über die Öffentlichen Einrichtungen

GR. Maller (VO) bezeichnet die Schaffung dieser neuen Geschäftsgruppe als einen Auswuchs des Proporztes. Stadtrat Koci hätte hier jedoch die Möglichkeit, einiges an der Wiener Bevölkerung wieder gutzumachen. So gibt es in Wien noch rund 44.800 Häuser, vor allem in Siedlungsgebieten, die noch nicht an das Kanalnetz angeschlossen sind. Die Kanalisierung einer Stadt ist aber schon vom hygienischen und sanitären Gesichtspunkt aus eine große Notwendigkeit. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für die Abschaffung der Einhebung einer Kanaleinnünderungsgebühr ein. Diese Gebühr sei viel zu hoch und für manche Siedler untragbar. Er sieht auch eine Ungerechtigkeit darin, daß diese Gebühr nach Frontmetern berechnet wird, egal ob es sich um ein Zinshaus mit vielen Parteien oder ein Siedlungshaus handelt.

Der Redner wendet sich bei der Besprechung der Wasserversorgung gegen die Chlorierung des Wiener Trinkwassers und verlangt, daß es naturbelassen bleiben soll.

Bei den öffentlichen Bädern sagt er, daß in vielen Bezirken das Bad nur schwer zu erreichen ist, wie zum Beispiel besonders im 10. Bezirk. Außerdem gibt es fast in jedem Wiener Bezirk überhaupt zu wenig städtische Bäder.

Zur Alten Donau: Es ist bedauerlich, daß sich die Zeichen des bedenklichen Verfalles dieses Erholungsgebietes von Jahr zu Jahr mehren.

Der Redner fordert genügend Erholungsplätze an den Ufern und eine großzügige Ausbaggerung. Er fragt auch an, wann mit dem Bau des projektierten Bades auf dem Laaer Berg begonnen werden wird.

Bei der Straßenreinigung kritisiert GR.Maller, daß Wien in den Sommermonaten unter einer argen Staubplage leidet, und zwar wegen der ungenügenden Besprengung und Kehrung der Straßen. Es fehle an modernen Geräten und Personal. Auch für die Schneesauberung empfiehlt der Redner modernere Maschinen wie sie im Ausland benützt werden, die zum Beispiel den Schnee aufsaugen.

Zur Kehrichtabfuhr meint er, es sei notwendig, daß auch in jenen Teilen unserer Stadt, wo die Abfuhr noch nach der Art des Mistbauers erfolgt, die staubfreie Kehrichtabfuhr eingeführt wird.

Im übrigen verweigerte er im Namen der VO die Zustimmung zu dem zur Debatte stehenden Kapitel des Voranschlages.

GR. Mazur (OVP) führt zunächst aus, die neue Verwaltungsgruppe VIII müßte eigentlich "Öffentliche Einrichtungen und gemeindeeigene Hilfsbetriebe" heißen, denn der Fuhrpark und die Wäschereien dienen nur gemeindeeigenen Zwecken und nicht der breiten Öffentlichkeit. Jedenfalls fand Stadtrat Koci einen reich gedeckten Tisch vor. 332 Millionen Schilling stehen seinem Ressort zur Verfügung, das sind 10 Prozent der gesamten Budgetsumme für 1955.

Der Redner beschäftigt sich sodann mit der Wasserversorgung und tritt gleichfalls dafür ein, die Chlorierung des Wiener Trinkwassers aufzulassen. Er bedauert es auch, daß die Hochquellen nicht mehr in der Lage sind, besonders in den Sommermonaten genügend Wasser zu liefern, sodaß aus Pumpwerken Wasser zugesetzt werden muß, wodurch die Qualität des Wiener Trinkwassers leidet. Der Bau des großen Wasserspeichers in Neusiedl geht jedoch rüstig vorwärts, sodaß hoffentlich im nächsten Sommer keine Wassersparmaßnahmen mehr nötig sein werden. Besonders vordringlich sei die Wasserversorgung bei den Gärtnereibetrieben in Simmering, deren Hausbrunnen nicht ausreichen.

Bei der Besprechung der städtischen Bäder urgiert der Redner den Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion, der im April 1954 eingebracht worden war und der darauf abzielte, den Mittel- und Hochschülern den Besuch der städtischen Badeanstalten zu einem ermäßigten Preis zu ermöglichen.

Die städtischen Wäschereien werden laufend mit neuen Maschinen ausgestattet. Dies sei in Ordnung, meinte GR. Mazur, solange nicht durch neue Aufgaben, die die Wäschereien übernehmen, die Privatwirtschaft geschädigt wird. Er stellt ferner die Frage, wie überhaupt die Kalkulation der Wäschereien aussieht.

Im städtischen Fuhrpark erblickte bisher die Privatwirtschaft eine starke Konkurrenz. Wenn trotzdem auf diesem Gebiet ein erträgliches Einvernehmen bestand, so verdanken wir dies ausschließlich dem bisherigen Stadtrat. Dieser Zustand kann weiter bestehen, wenn der städtische Fuhrpark nicht durch Anschaffungen neuer Kraftfahrzeuge vergrößert wird. Gegen die Anschaffung von Spezialfahrzeugen sei selbstverständlich nichts einzuwenden. Der Redner brachte auch einige Beschwerden des Privatfuhrwerkes über eine Benachteiligung ihrer Fahrzeuge vor und gab auch dem Wunsche der Privatfuhrwerker Ausdruck, daß diese zur Schneesäuberung für den Winter herangezogen werden.

Bei der Müllbeseitigung begrüßte GR. Mazur, daß versucht werde, neue Wege zu beschreiten. Er hoffe, daß diese zum gewünschten Erfolg führen.

Zu den grünen Häuschen, die noch immer in Wien zu sehen sind, meinte der Redner, daß diese wirklich nicht eine Zierde der Wienerstadt bilden. Es wäre höchste Zeit, daß man diese Anstalten unter die Erdoberfläche verlegt.

Zusammenfassend gab GR. Mazur im Namen seiner Fraktion die Zusage, daß die Vertreter der ÖVP im zuständigen Ausschuß zur aktiven Mitarbeit bereit seien, unter der Bedingung, daß sich die neue Verwaltungsgruppe nicht als das Zentrum neuer Kommunalisierungsbestrebungen erweist. Er dankte allen Angestellten und Arbeitern der Verwaltungsgruppe VIII und gab in Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Gruppe. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Mistingher (SPÖ) erklärt einleitend, er möchte einmal eine Legende zerstören, nämlich die Legende vom "Volksbürgermeister" Dr. Lueger. (GR. Leinkauf: Das ist Geschichte, nicht Legende!) Er möchte aufzeigen, warum unsere Väter diesen Mann so verachtet und gehaßt haben. Am 8. April 1897 wurde Lueger zum fünften Mal zum Bürgermeister gewählt, nachdem ihn der Kaiser vorher viermal abgelehnt hatte. Als die Bestätigung des Kaisers erfolgte, haben die

höchsten Würdenträger der katholischen Kirche in dem damaligen katholischen Blatt "Das Vaterland" geschrieben, daß "der größte, gesinnungsloseste Wiener Streber und Vernichter vieler anständiger Charaktere ans Ziel gekommen" sei. Dr. Lueger, der aus dem 3. Bezirk kam, hat seine Partei und seine Anschauung mehrmals gewechselt. Dieser Mann, der noch in den achtziger Jahren Majestätsbeleidiger, Kirchenfeinde und Anarchisten verteidigte, wurde auf einmal zum größten Hasser der Sozialdemokraten und der Arbeiter. Einige Tage vor der Feier seines 60. Geburtstages im Jahre 1904 hat er im Niederösterreichischen Landtag eine Rede gehalten und dem nachherigen Bürgermeister Seitz folgende Worte zugerufen: "Geehrter Herr Seitz, schauen Sie sich die Leute an, die mit Ihnen am 1. Mai in den Prater wandern, das sind alles Lumpen!" Diese "Lumpen", die Arbeiter, waren aber die Mehrheit in der Stadt; nur durch das damalige Wahlsystem war es Dr. Lueger möglich, in Wien zu herrschen. Am Abend vor der geplanten Geburtstagsfeier sind die Wiener Arbeiter zu Zehntausenden an Rathaus vorbeimarschiert und haben dem Dr. Lueger ihre Verachtung ausgedrückt. (Lebhafte Zwischenrufe.) Die "Familienfreundlichkeit" der Zeit Dr. Luegers zeigte sich zum Beispiel darin, daß im Jahre 1904 von 407.773 Wohnungen 141.886 gerichtlich gekündigt wurden. 31 Prozent aller Wohnungen hatten Bettgeher. (Anhaltende Zwischenrufe. - Ruf: Geschichtsfälscher! - GR. Leinkauf: Ich habe gelernt, große Sozialisten zu schätzen, Sie sind aber keiner!)

Auch eine Gegenüberstellung der Kanalräumungs- und Wassergebühren von heute mit der Zeit vor 50 Jahren zeigt deutlich, wie damals und wie heute die Gemeinde verwaltet wird. 1955 stehen für die Kanalisation 38 Millionen Ausgaben 21 Millionen Einnahmen gegenüber; 1904 wurden für die Räumung der Hauskanäle 279.000 Kronen ausgegeben und 843.000 Kronen eingenommen. Die Räumung der Kanäle war also in der damaligen Zeit ein gutes Geschäft.

Ebenso stehen heute bei den Wasserwerken Ausgaben von 106 Millionen Einnahmen von 70 Millionen Schilling gegenüber; im Jahre 1904 wurden 3,8 Millionen Kronen ausgegeben und 7,8 Millionen Kronen vereinnahmt.

Bei den Bädern ist es der Stadtverwaltung gelungen, seit 1948 eine Reihe von neuen Bädern instandzusetzen. Hiefür wurden bisher rund 80 Millionen Schilling ausgegeben. Zu den 26 Kinderfreibädern wird im kommenden Jahr ein neues im 2. Bezirk hinzukommen. Eine weitere Vermehrung der Kinderfreibäder wäre schon mit Rücksicht auf die starke Frequenz notwendig. 1949 wurden 286.000 Kinder, 1953 aber 685.000 Kinder in den Freibädern gezählt.

Eine große Aufgabe erwartet den neuen Stadtrat noch bei der Einleitung des Wassers in die Wiener Wohnungen. In Ottakring sind heute noch 74 Prozent der Wohnungen ohne eigene Wasserleitung, in zehn Gemeindebezirken sind es über 50 Prozent und auch in der Inneren Stadt gibt es noch immer 15 Prozent der Wohnungen ohne eigene Wasserleitung. Das Ziel muß sein: Keine Küche ohne Wasser!

Wir Sozialisten stimmen für dieses Budget, weil wir wollen, daß Wien schöner wird und daß die Menschen in dieser Stadt gesünder leben.

Stadtrat Koci (SPÖ) führt in seinem Schlußwort unter anderem aus, daß die Chlorierung unseres Trinkwassers seit 1945 durchgeführt wird. Die Hygieniker beschäftigen sich mehr denn je mit dieser Frage und sind der Meinung, daß ein ganz geringer Prozentsatz von Chlor kaum fühlbar sei und eine notwendige Maßnahme darstelle, ohne den Geschmack des guten Wiener Wassers zu verändern. Nach den Analysen haben wir nach wie vor alle Ursache, unser Wasser als eines der besten Trinkwasser der Welt bezeichnen zu dürfen. Die Fachleute behaupten, daß das eingepumpte Grundwasser besser ist als das reine Hochquellwasser. Grundwasser wurde schon immer mit dem Hochquellwasser vermengt. Die immer wieder auftauchenden Gerüchte, daß Donauwasser filtriert und unserer Hochquellleitung beigefügt werde, entbehre jeder Grundlage.

Zu einer Anregung des GR. Mazur erklärt der Stadtrat, der Fuhrwerksbetrieb der Gemeinde denke nicht daran, die gewerbliche Wirtschaft zu schädigen. Die Gemeindeverwaltung sei aber bestrebt, im Interesse der Gemeinde den Transport aller für die Baustellen und insbesondere für die großen Bauvorhaben notwendigen Güter mit eigenem Fuhrwerk zu bewältigen, weil dies im Interesse einer sparsamen Verwaltung liege.

An den geforderten Wasserdruckverbesserungen wird bereits gearbeitet.

GR. Mazur hat ferner zu einem von seiner Fraktion im Mai dieses Jahres eingebrachten Antrag, der die Herabsetzung der Bäderpreise für Mittel- und Hochschüler verlangt, Stellung genommen. Dazu ist zu sagen, daß für die genannte Personengruppe bereits eine Ermäßigung von 50 Prozent besteht.

Die Vorwürfe gegenüber dem Fuhrpark müssen zurückgewiesen werden, da nicht die Absicht besteht, durch sein Bestehen das Gewerbe zu schädigen. Es müsse aber allen verständlich sein, daß die Gemeindeverwaltung Vorsorge trifft, ihren Aufgaben mit den sparsamsten Mitteln nachzukommen. Zur Frage nach der Kalkulation der städtischen Zentralwäscherei ist zu sagen, daß sich Kalanderväsche pro Kilogramm auf 2.05 Schilling stellt, handgebügelte Wäsche auf 3.70 Schilling und Trockenwäsche ungebügelt auf 1.60 Schilling. Es ergibt sich im Vergleich zu privaten Betrieben bei Kalanderväsche eine Differenz von 70 bis 80 Groschen und bei handgebügelter Wäsche eine Differenz von 1 Schilling.

Zur erwähnten Rauchbelästigung durch die Zentralwäscherei ist zu sagen, daß derzeit die Umstellung auf Ölfeuerung erfolgt, wodurch die Rauchbelästigung bedeutend eingedämmt werden wird. Stadtrat Koci dankt GR. Mistingger für seine Ausführungen, durch die bereits ein Teil der Anfragen beantwortet wurde.

Zu den bekrittelten öffentlichen Bedürfnisanstalten erwidert Stadtrat Koci, daß es sich hier um eine berechnete Kritik handle. Er werde sich bemühen, vor allem die so-

./.

21. Dezember 1954 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2369

nannten "blechernen Pilze" aus dem Stadtbild zu entfernen. Die Frage der Beschaffung weiterer unterirdischer Bedürfnisanstalten sei vorläufig noch offen, da zum Beispiel die Errichtung einer derartigen Anstalt auf dem Kai 750.000 Schilling gekostet hat.

Zu der geforderten Mithilfe der Stadtverwaltung zur Einleitung des Wassers in Althäuser habe bereits Stadtrat Resch Stellung genommen. Wo es möglich ist, erklärt Stadtrat Koci weiter, werde auch er seinen Einfluß geltend machen, damit auf diesen Gebiete etwas geschieht.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen.

- - -

Geschäftsgruppe IX: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen
=====

Über die Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, referierte Stadtrat Glaserer (SPÖ.) Er stellt einleitend fest, daß er diese Verwaltungsgruppe erst vor einigen Tagen übernommen hat. Es falle ihm daher nicht ganz leicht, über diese Gruppe zu referieren, obwohl sie nur aus zwei Abteilungen besteht. Eine dieser Abteilungen ist das Wohnungsamt, das einen empfindlichen Punkt in der Verwaltung unserer Stadt darstellt. Dies aber nicht deshalb, weil die Verwaltung oder Führung dieses Amtes nicht in Ordnung wäre, sondern deshalb, weil der Bedarf an Wohnraum, vor allem an modernem Wohnraum, um ein Vielfaches größer ist als die Zahl der vorhandenen Wohnungen. Wer das bei der Betrachtung dieser Geschäftsgruppe übersieht, der geht am Kern der Sache vorbei.

Im Bereiche der Magistratsabteilung 50 haben sich im letzten Jahr durch die Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes und durch die Preisregelungsgesetznovelle 1954 Änderungen in der Tätigkeit der Gruppe ergeben, die auch zu einer Verminderung des Personales führten. Durch eine Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben wurde auch der Personalstand der Anforderungsgruppe von 47 auf 37 herabgesetzt. Im Berichtsjahr wurden durch diese Gruppe 11.063 Wohnungsvermietungen, einschließlich der angezeigten Wohnungstausche, in Privathäusern anerkannt. 1135 Wohnungen wurden angefordert, da innerhalb der dreiwöchigen Frist nach Freiwerden der Wohnung von Seiten der Hausinhabung keine Vermietung erfolgte. Dadurch haben rund 7400 Familien in Privathäusern ein Obdach gefunden. Die Gruppe für Mietzinsbildung wird ab sofort aufgelöst, da sämtliche, die preisrechtliche Mietzinsbildung betreffende Vorschriften aufgehoben wurden.

Klasse I-Fälle durch Umreihung sprunghaft gestiegen

Von der Vormerkungsgruppe wurden durch die Abtretung der Randgemeinden 3454 Wohnwerberakte der Klasse I und II an die Niederösterreichische Landesregierung abgetreten.

21. Dezember 1954 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2371

Am 1. Jänner dieses Jahres zählte diese Gruppe 27.910 Ansuchen der Klasse I und 24.420 Ansuchen der Klasse II. Durch die Wohnungsanforderungsgesetznovelle 1953 sind alle Ansuchen von Wohnungssuchenden, die einen Überbelag nachweisen können oder als gesundheitsschädlich erklärt wurden, in die Klasse I überreicht worden. Dadurch ist die Zahl der in Klasse I geführten Fälle sprunghaft gestiegen. Sie betrug mit Ende November 40.215 Ansuchen. Dem gegenüber sind die Fälle der Klasse II von 24.420 auf 18.445 gefallen. Neben den 7400 in Privatwohnungen untergebrachten Familien wurden 8700 Wohnwerber in Gemeindewohnungen, und zwar 7200 in Neubauten, 1200 in den Zwischenkriegsbauten und rund 300 in städtischen Althäusern eingewiesen.

Das Wohnungsamt war bemüht, auf allen Gebieten des Wohnungsnotstandes zu helfen und hat unter anderem in der Zeit von Jänner bis November 1954 768 Einsturzfälle, 1723 obdachlose Familien, 3375 vor der Delogierung stehende Wohnwerber, 801 Familien, die zur Freimachung von städtischen Baugründen abgesiedelt werden mußten, 2524 Familien aus stark überbelegten Wohnungen und 1858 Familien, die durch Kriegseinwirkung, politische oder rassische Verfolgung ihre Wohnungen verloren haben, in Wohnungen eingewiesen. Durch die Hochwasserkatastrophe sind in Wien rund 70 Familien obdachlos geworden. 35 davon wurden bereits in eine Wohnung eingewiesen. Die übrigen 35 Familien werden in den nächsten Wochen in Wohnungen untergebracht, die für die berufstätigen Mitglieder der Betroffenen günstig liegen. Da diese Wohnungen aber erst in der nächsten Zeit zur Verfügung stehen und außerdem genaue Überprüfungen wegen Abbruch der bisher benützten Objekte durch die Baubehörden notwendig waren, war eine Verzögerung in der Unterbringung dieser Familien nicht zu vermeiden.

Die Magistratsabteilung 52, Städtische Wohn- und Amtshäuserverwaltung, der auch die Betreuung des Kleingarten- und Siedlungswesens angeschlossen ist, erweitert durch die andauernde Bautätigkeit ständig ihren Aufgabenkreis. Sie verwaltet nunmehr 645 Wohnhausbauten, 7 Wohnsiedlungen, 26 Siedlungsanlagen und 830 Althäuser, insgesamt also 1508 Objekte mit 102.165 Wohnungen.

Dies ergibt einen Zugang gegenüber dem 31. Dezember 1953 um 48 Objekte mit 5644 Wohnungen. In den an Niederösterreich abgetretenen Randgemeinden befinden sich 51 Wohnhausbauten, 2 Siedlungsanlagen und 244 städtische Althäuser, das sind zusammen 297 Objekte mit 2315 Wohnungen.

Die Gemeinde Wien ist nach wie vor bestrebt, aus den einfließenden Mietzinsen die Zeitschäden an den Wohnhausanlagen zu beheben und hat dafür im Jahre 1954 rund 50 Millionen Schilling aufgewendet. Für die Instandsetzung von Kriegsschäden an den Wohnhausanlagen wurden 7'4 Millionen aus Fondsmitteln verwendet und 2'2 Millionen aus eigenen Mitteln zugeschossen.

Die Gruppe Kleingarten- und Siedlungswesen verwaltet 95 Siedlungsanlagen mit 8989 Siedlungs- und Mehrfamilienhäusern mit zusammen 10.693 Wohnungen, die in der genannten Gesamtsumme schon enthalten sind. An 22.800 Kleingärtner sind 6'4 Millionen Quadratmeter städtische Grundflächen verpachtet. Davon befinden sich in den an Niederösterreich abgetretenen Gemeinden 538.000 Quadratmeter mit 4400 Kleingärten.

Für Erntelandzwecke werden noch immer rund 1,626.500 Quadratmeter in Anspruch genommen. 1,378.400 Quadratmeter befinden sich in städtischem Besitz, der Rest ist Privatbesitz. Die Zahl der Erntelandlose beträgt 7800, das ist gegenüber 1953 eine Verminderung um 1400 Erntelandlose.

Im laufenden Jahre wurden 28 Baurechte bestellt und damit die Schaffung von mehr als 800 Wohnungen ermöglicht. Weitere 24 Ansuchen sind in Bearbeitung.

Die Amtsgébaudeverwaltung betreut 147 Objekte, und zwar 116 Amtshäuser, davon 26 in den abgetretenen Randgemeinden, ferner 28 Häuser für verschiedene Zwecke, davon 9 in den ehemaligen Randgemeinden. Außerdem werden in Wien noch 5 ehemalige Kreisamtsgebäude der NSDAP, die Eigentum der Republik Österreich sind, treuhändig verwaltet.

Ferner unterstehen der Magistratsabteilung 52 die Möbelrechtsstelle, die Möbelvermietung und Hausratsverwaltung.

Die Möbelrechtsstelle hat im Berichtsjahr einen Großteil der zu erledigenden Ansuchen um Freigabe von Möbeln bearbeitet, sodaß in absehbarer Zeit auch mit der Auflösung dieser Stelle gerechnet werden kann.

1.823 Wohnungen und 443 Objekte noch beschlagnahmt

Von der Besatzungsmacht waren mit 30. November 1954 folgende Objekte beschlagnahmt: vom amerikanischen Element 380 Wohnungen und 141 Objekte, vom britischen 4 Wohnungen und 12 sonstige Objekte, vom französischen 154 und 36 und vom sowjetischen 1.285 Wohnungen und 254 Objekte. Insgesamt werden also in ganz Wien 1.823 Wohnungen und 443 sonstige Objekte von den vier Besatzungsmächten in Anspruch genommen. Außerdem sind in der Sowjetzone noch immer 711 Wohnungen und 114 Untermieten der Verfügungsgewalt der österreichischen Behörden dadurch entzogen, daß wohl die militärische Beschlagnahme aufgehoben wurde, jedoch über deren Befehl Zivilpersonen oder Organisationen dort eingewiesen wurden. In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1954 erfolgten durch die Besatzungsmächte folgende Freigaben: seitens des amerikanischen Elementes 45 Wohnungen und 14 sonstige Objekte, seitens des britischen Elementes 6 Wohnungen und 13 Objekte, durch das französische 84 Wohnungen und 23 Objekte und das sowjetische 7 Wohnungen und 1 Objekt.

Abschließend gibt Stadtrat Glaserer der Überzeugung Ausdruck, daß sein Vorgänger in diesem schweren Amt und auch der gesamte Mitarbeiterstab bestrebt waren, ihr Bestes zu geben. Auch er wird bereit sein, alles zu tun, um die Wohnungsnot zu lindern. Der Redner gibt jedoch zu bedenken, daß in Klasse I und II nicht weniger als 58.660 Fälle, hievon 13.000 besonders dringende, geführt werden. Trotz allem hofft er voll Zuversicht, gestützt auf das große Wohnbauprogramm der Gemeindeverwaltung und gestützt auf die Auswirkung des Wohnbauförderungsgesetzes, daß nach Ablauf der fünfjährigen Verwaltungsperiode das allerschwerste auf diesem Gebiet überwunden wurde. (Beifall bei den Sozialisten.)

Debatte über Wohnungswesen

GR. Hausner (VO) kommt auf das tragische Schicksal der Obdachlosen zu sprechen und fordert die Schaffung eines Gesetzes, daß Delogierungen erst dann vorgenommen werden dürfen, wenn Ersatzwoh-

nungen zur Verfügung gestellt werden können. In dem Gesetz müsse auch zur Verhinderung der Praktiken der Hausherrenvorschläge vorgesorgt werden. Der Redner fordert ferner, bei der Vergebung der Wohnungen in erster Linie die Obdachlosen zu berücksichtigen.

Die Notstandsfälle steigern sich von Jahr zu Jahr. Eine Reihe von Obdachlosenheimen wurden aufgelassen, obwohl die Ziffer der Obdachlosen im Steigen begriffen ist. Das Wohnungsamt sollte alles tun, um in allererster Linie diesen Ärmsten der Armen zeitgerecht zu helfen.

Das Wohnungsamt zähle zu den unpopulärsten Ämtern unserer Stadt. Die Bevölkerung verstehe wohl, daß nicht alle Wohnungssuchenden zeitgerecht eine Wohnung bekommen können, sie verstehen es aber nicht, daß man die Wohnungen nicht etwa auf Grund persönlicher Vorsprachen oder nach der Wohnungsnot, sondern nach Protektion und Proporz vergebe. Heute werden an den Beamten im Wohnungsamt nur die parteimäßig gesichteten Fälle herangebracht. Die entscheidende Aufgabe des neuen Stadtrates werde es sein, die Tore des Wohnungsamtes den Menschen zu öffnen, für die es geschaffen ist. Vor allem die Obdachlosen sollten ihr persönliches Schicksal den Beamten im Wohnungsamt selber vortragen können und ihnen so die Möglichkeit geben, menschlicher zu entscheiden.

Bei der Hochwasserkatastrophe habe sofort überall und allgemein die Hilfe eingesetzt, nur das Wohnungsamt habe sich bei der Zuteilung von Wohnungen an die Hochwassergeschädigten Zeit gelassen.

Bei der Zuweisung von Gemeindewohnungen sollte man schon vom vornherein darauf achten, daß man in die Kleinwohnungen nur solche Familien einweist, bei denen nicht mehr zu erwarten ist, daß sie mit den Kindern gesegnet werden.

Das Wohnungsamt habe den größten Verschleiß an Stadträten aufzuweisen, weil der Leiter dieses Amtes immer wieder ein Opfer der Proporz- und Parteipolitik geworden sei. Der neue Stadtrat übernehme ein großes und verantwortungsvolles Amt. Wenn man ihm helfen wolle, so gebe man ihm die Möglichkeit, sein Amt so einzurichten, daß nach dem gerechtesten Prinzip die bedürftigsten Menschen Wohnungen erhalten.

GR. Hausner spricht dann über die Schwierigkeiten, die die Wohnhäuserverwaltung den Mietern in verschiedenen Fällen bereitet, statt ihnen behilflich zu sein.

Zum Kapitel Siedlungs- und Kleingartenwesen stellt er mit Befriedigung fest, daß man endlich von dem Grundsatz abgegangen ist, die Straßen und Wege in Siedlungsanlagen müßten die Siedler instandhalten. Nur sollte man in noch stärkerem Ausmaß als bisher die Straßen in den Siedlungsanlagen in einem ordentlichen Zustand erhalten. Auch für die Beleuchtung soll mehr getan werden.

Weiter meint der Redner, man müsse für die Kleingärtner genügend Grundflächen zur Verfügung stellen, dann wird es auch keine wilden Siedler mehr geben.

Abschließend verweigerte GR. Hausner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des Kapitels IX.

GR. Hermine Holub (ÖVP) sagt, es sei sehr bedauerlich und der Würde des Hauses nicht entsprechend, wenn man einen Menschen wie Dr. Karl Lueger, der so viel Werte geschaffen hat, deren Nutznießer wir noch immer sind, in den Augen der Jugend so herabsetzt. (Anmerkung: Während der Ausführungen von GR. Mistingner (SPÖ) waren die Galerien mit Schülern besetzt.) Die Sozialisten haben damit ein Zeugnis gegeben, daß sie nicht befähigt sind, die Jugend zur Ehrfurcht vor der Vergangenheit und der Demokratie zu erziehen (Beifall bei der ÖVP). Wie immer die Sozialisten über Bürgermeister Lueger reden und denken mögen, er ist und bleibt der große Volksbürgermeister Wiens, auch wenn es der sozialistischen Partei nicht paßt (Beifall bei der ÖVP).

Nach diesen Bemerkungen geht die Sprecherin auf das zur Debatte stehende Kapitel ein. Sie bezeichnet es als erfreulich, daß für den kommunalen Wohnhausbau genügend Mittel vorgesehen sind, um die Wohnungsnot teilweise zu beseitigen. Teilweise deswegen, weil nach den Ausführungen von Stadtrat Glascherer über die Zahl der Wohnungssuchenden der soziale Wohnhausbau nur eine Teillösung darstellt. Die ÖVP ist daher der Meinung, daß alles, was den Bau von Wohnungen in dieser Stadt ermöglicht, gefördert und unterstützt werden muß. Sie ist aber auch der Meinung, daß die Vergebung von Wohnungen nach sozialen Grundsätzen erfolgen soll.

Es darf nicht mehr vorkommen, daß mit der Not der Ärmsten Parteipolitik getrieben wird. Dies sei eine Ungerechtigkeit an der Bevölkerung dieser Stadt, aus deren Steuergeldern schließlich gebaut wird. GR. Holub sagte, sie hoffe, daß der neue Stadtrat für das Wohnungswesen eine gerechtere und eine verständlichere Einsicht für die Not der Wohnungssuchenden ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit aufbringen werde. Sie denke dabei in erster Linie an die Familien mit Kindern. Es müssen mehr familiengerechte Wohnungen gebaut werden. Es darf nicht vorkommen, daß nach fast 9 Jahren Bautätigkeit der Gemeinde heute noch hunderte Familien menschenunwürdig wohnen.

Wir wundern uns immer wieder, daß Österreich das geburtenärmste Land Westeuropas ist, aber auf der anderen Seite wird viel zu wenig dagegen unternommen. Die durch die Wohnungsnot hervorgerufene Zersplitterung des Familienlebens kann gerade bei den werktätigen Schichten der Bevölkerung zur Verelendung führen. Wie kann ein Mensch Freude an der Familie haben, wenn er in einem nassen Kellerloch hausen muß.

Wir haben so viele Kindergärten und Horte und Fürsorgeeinrichtungen für die Kinder; aber alle diese sozialen Einrichtungen sind nur ein Ersatz für die Familie. Das schönste Erziehungsheim und die tüchtigste Sozialbeamtin können nicht das Vaterhaus und die liebende Fürsorge einer Mutter ersetzen. Deswegen brauchen wir in erster Linie gesunde und große Wohnungen in denen sich die Familien entwickeln können.

Die Rednerin begrüßt, daß im jetzigen Bauprogramm 45 Prozent Großwohnungen vorgesehen sind. Sie hofft, daß es dadurch anders wird.

Aber auch die jungen Ehepaare sollten mehr Berücksichtigung finden. Von 20.000 jungen Ehepaaren müssen 19.000 in Untermiete oder bei den Eltern wohnen. Die meisten dieser jungen Leute können an eine Familiengründung überhaupt nicht denken. Es ist auch hier erfreulich zu hören, daß junge Ehepaare nicht mehr wie bisher in Einzelräume eingewiesen werden, sondern in Wohnungen, in denen sie an eine Familiengründung denken können. Die beste Lebens- und Eheberatung sind ebengeseunde familienfreundliche Wohnungen. (Beifall bei der ÖVP.)

Für die Alleinstehenden andererseits sollte man mehr Garconieren bauen, um die leidigen Untermieten abzuschaffen. Ebenso bedarf es einer Lösung für die Arztwohnungen in den Gemeindebauten und einer gerechteren Vergebung von Geschäftslokalen. Auch der kleine Gewerbetreibende müßte hier berücksichtigt werden.

GR. Holub regt an, daß die Besitzer von Großwohnungen die Möglichkeit erhalten sollten, in kleine Gemeindewohnungen einzuziehen wenn sie es wollen, damit die großen Wohnungen für kinderreiche Familien zur Verfügung gestellt werden können.

Schließlich wäre es auch die Pflicht der Stadtverwaltung, sich mit dem Problem der Althäuser zu befassen, weil die Stadt Wien alles unterstützen sollte, was Wohnraum schafft.

Zur Möbelfrage führt die Rednerin aus, daß sich viele Benützer schon bereit erklärt haben, freiwillig auf die zur Verfügung gestellten Möbel zu verzichten. Leider haben andererseits manche die Möbel an Angehörige weitergegeben, bei denen in Frage steht, ob sie die Voraussetzungen für die Benützung der Möbel erfüllen. GR. Holub ersuchte deshalb um eine Überprüfung. Auch in der Frage der enteigneten Kleingärten hat sich die ÖVP immer bemüht, die Rückgabe an die Betroffenen zu erreichen. Sie hoffe, daß nach so vielen Jahren des Wartens die Menschen endlich zu ihrem Recht kommen.

Die Rednerin beschäftigt sich dann mit den Ausführungen von GR. Frieda Nödl (SPÖ), die von einem unmenschlichen Fürsorgerat aus dem Jahre 1908 berichtete. Es kommt auch heute noch vor, hält die Rednerin dem entgegen, daß Menschen unmenschliche Handlungen begehen. Es kommt heute noch vor, daß verzweifelte Menschen mit ihren Kindern, wenn sie von der Obdachlosigkeit bedroht, beim Wohnungsamt vorsprechen, nicht sehr liebevoll betreut werden, sondern ihnen gesagt wird: "Machen Sie, was Sie wollen, das geht uns nichts an, schlafen Sie unter der Brücke und geben Sie Ihre Kinder zur Caritas!" (Hört, Hört-Rufe bei der ÖVP). Ich möchte also richtigstellen, daß überall und zu jeder Zeit Ausschreitungen vorkommen können. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Nödl hat auch gesagt "Uns Sozialisten ist die Fürsorge eine Herzensangelegenheit und sittliche Verpflichtung". Uns von der ÖVP sind die gesamten Notstände der ganzen Bevölkerung ohne Unterschied eine Herzensangelegenheit und sittliche Verpflichtung. Besonders aber schließen wir hier die Familien mit Kindern ein. Wir erwarten daher, daß die Familien mit Kindern gefördert werden.

Abschließend appellierte GR.Holub an das Gewissen aller, aus dem Wohnungsproblem kein Politikum zu machen. Nur dann könne die ÖVP auf diesem Gebiet weiter mitverantworten und mitarbeiten. In erster Linie seien alle Gemeinderäte Diener des Volkes und keiner politischen Partei. (Beifall bei der ÖVP) Die Rednerin gab den Ansätzen des 9. Hauptstückes im Namen ihrer Fraktion die Zustimmung (Beifall bei der ÖVP).

GR. Swoboda (SPÖ) betont, daß die Führung des Wohnungswesens eine der schwierigsten Aufgaben in der Verwaltung dieser Stadt ist. Es ist derzeit nicht möglich, alle Wünsche, Forderungen und auch Notwendigkeiten zu erfüllen, weil die Verhältnisse viel stärker sind. Von den 40.000 vorgemerkten Wohnungswerbern der Klasse I sind noch immer 12.716 dringendste Fälle. 11.243 dringendste Fälle konnten in diesem Jahr erledigt werden. Es kamen jedoch 11.802 neue Fälle hinzu, sodaß die derzeitige Zahl der dringendsten Fälle um 559 größer ist als zu Beginn des Jahres. Angesichts dieser Ziffern kann man wahrlich nicht behaupten, daß nach politischen Gesichtspunkten Wohnungen vergeben würden. Die Zahl der unterzubringenden Menschen ist noch immer horrend. Wer die Arbeit im Wohnungsamt kennt, muß aber feststellen, daß dort unter den schwierigsten Verhältnissen versucht wird, die Wohnungsnot und das Wohnungselend zu lindern. Aufgabe der Mitglieder des Gemeinderates sollte es sein, diese so schwierige Arbeit zu unterstützen, um bei der Bevölkerung Vertrauen zu erwecken. Nur so wird es möglich sein, alle Notstände zu beheben und weiter an dem Ziele zu arbeiten, die Wohnungsnot und das Wohnungselend zu überwinden (Beifall bei den Sozialisten).

Die Volkspartei ist mit allen Leistungen unzufrieden und verlangt eine stärkere Berücksichtigung der Familien. Die Einweisungen des Wohnungsamtes betreffen aber zum größten Teil nur Familien. Im Parlament hingegen hat die ÖVP eine Verbesserung der Räumungsschutzverordnung zu Fall gebracht und damit familienfeindliche Politik betrieben. Auch die Schaffung eines zentralen Reparaturfonds ist an dem Widerstand der ÖVP im Parlament gescheitert. Dem Antrag auf Schaffung eines modernen Miet- und Wohnrechtes hat die ÖVP nicht zugestimmt.

Wir Sozialisten sind bereit, alles zu unternehmen, um der Wohnungsnot ein Ende zu bereiten. Neben der Bereitstellung großer Mittel für den sozialen Wohnhausbau tritt unser Wahlprogramm für die Modernisierung der alten Gemeindeg Häuser und der alten Privathäuser sowie für die notwendige Assanierung ein. Alle diese Wahlversprechen zielen darauf ab, das Wohnungselend und die Wohnungsnot zu bekämpfen. Aber hier muß man Geduld haben. Wenn wir in diesem Tagungsabschnitt des Gemeinderates in Ruhe arbeiten können, werden wir am Ende dieser fünf Jahre schon viel näher unseren Ziele sein, immer mehr das Alte niederzureißen und Neues zu bauen.

Alle Parteien im Gemeinderat mögen aber mithelfen, und den guten Willen aufbringen, auf diesem so schweren Gebiete im Interesse unserer notleidenden Bevölkerung zusammenzuarbeiten, um allen jenen, die heute noch auf das Obdach warten, dieses so rasch wie möglich geben zu können. Die sozialistische Fraktion wird für diese Gruppe stimmen (Beifall bei den Sozialisten).

Berichterstatter Stadtrat Glaserer (SPÖ) führt in seinem Schlußwort aus, daß das Ansteigen der Wiener Wohnungswerber in unserer Zeit ebenso selbstverständlich ist wie in allen Städten, in denen auf dem Gebiete des Wohnhauses etwas geleistet wird. Vor wenigen Jahren noch, als fast nichts gebaut werden konnte, war die Zahl der Wohnungswerber natürlich geringer. Aber jetzt, da gebaut wird und in der Bevölkerung die große Hoffnung vorhanden ist, zu einer Wohnung zu kommen, ist es selbstverständlich, daß alle Wohnungswünsche vorgebracht werden. Wir besitzen heute mehr Wohnungen in unserer Stadt als vor dem Bombenkrieg, die Einwohnerzahl ist aber um 200.000 Menschen geringer. Trotzdem gibt es noch eine würgende Wohnungsnot.

Durch das fortwährende Nörgeln, daß Wohnungen nach Parteigesichtspunkten oder nach den Proporz vergeben werden, wird die Atmosphäre vergiftet. In den ersten elf Monaten dieses Jahres waren 913 Einsturzfälle zu verzeichnen, während 931 Einsturzfälle in Wohnungen eingewiesen wurden. Angesichts dieser Ziffern kann doch nicht behauptet werden, die 931 Eingewiesenen seien perlustriert worden, ob sie der Sozialistischen Partei angehören.

2.687 anfallenden Obdachlosenfällen stehen 2.300 Zuweisungen von Wohnungen an Obdachlose gegenüber. Ähnlich verhält es sich bei der drohenden Delogierung und bei den gesundheitsschädlichen Wohnungen. Es sind noch viele dringende und schwere Fälle zu erledigen, es ist aber zu hoffen, daß wir im nächsten Jahr über die schwersten Fälle hinwegkommen werden. Daneben bestehen selbstverständlich weitere Wünsche. Die Politik der Sozialistischen Partei zielt letzten Endes darauf ab, die Menschen aus den finsternen Gangküchenwohnungen heraus und in sonnige helle Wohnungen hineinzubringen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die besondere Not der kinderreichen Familien ist der Führung des Wohnungsamtes bekannt. Auch der Bürgermeister unserer Stadt betont immer wieder, daß den kinderreichen Familien der Vorzug gegeben werden muß. In den letzten elf Monaten wurden in neue Wohnungen eingewiesen:

Kinder bis zu 14 Jahren	11.046
Jugendliche bis zu 21 Jahren	2.851
Junge Menschen bis zu 30 Jahren	8.681
	<hr/>
zusammen also junge Menschen	22.578

Das ist mehr als die Hälfte aller eingewiesenen Personen. Das Wohnungsamt beschreitet also tatsächlich den Weg, kinderreiche Familien in die neuen Wohnungen einzuweisen!

Eine Notzeit führt immer dazu, daß die Kritik stark übertrieben wird. Wenn die Kritik aber darin bestehen sollte, daß in unseren Gemeindebauten Sozialisten wohnen, so ist darauf zu sagen, daß die Mehrheit der Bevölkerung hinter der Sozialistischen Partei steht und daß die überwältigende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten dieser Stadt, auf die es bei diesen Kleinwohnungen in erster Linie ankommt, sich zur sozialistischen Idee bekennt. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben in den vergangenen Jahren die Hungersnot überwunden. Wenn wir alle zusammenhelfen, wenn wir guten Willens sind und auch weiterhin den sozialen Wohnhausbau wie den sonstigen Wohnhausbau fortsetzen, werden wir in absehbarer Zeit auch über die Wohnungsnot siegen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird die Gruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, gegen die Stimmen der VO angenommen.

Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten
=====

Hierauf gelangte die Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten zur Beratung.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Bauer betont, er habe schon im Vorjahr auf die günstige wirtschaftliche Entwicklung in Österreich hinweisen können, die zur Folge hatte, daß die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von für die Stadt Wien wichtigen Bedarfsartikeln im vollen Umfang beseitigt werden konnten. Es hat ein wirtschaftlicher Aufschwung sondergleichen eingesetzt, der auf manchen Gebieten in Lieferschwierigkeiten spürbar wird. Diese Schwierigkeiten werden jedoch nicht durch Materialmangel hervorgerufen. Es gibt vielmehr Betriebe, deren Kapazität so ausgenützt ist, daß sie nicht in der Lage sind, die ihnen vom Beschaffungsamt vorgeschriebenen Liefertermine einzuhalten. Viele Betriebe klagen auch darüber, daß es nicht möglich ist, genügend Facharbeiter zu bekommen. Die erfolgreiche Finanzpolitik in der Bundesregierung hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, diese günstige Entwicklung in die Wege zu leiten. Wenn der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg, was wir alle fest hoffen, weiterhin beschritten wird, so ist auch im Jahre 1955 mit der gleichen wirtschaftlichen Konjunktur zu rechnen, in der wir uns gegenwärtig befinden.

Mit freudiger Genugtuung stellt der Referent fest, daß alle von der Verwaltung an das Beschaffungsamt herangetragenen Wünsche bezüglich des Einkaufes der notwendigen Waren restlos befriedigt werden konnten. Das Beschaffungsamt hat derzeit zirka 3.800 städtische Dienststellen und Schulen zu beliefern. Dem Beschaffungsamt sind ein Zentrallager, die Bäckerei, ein Brennstofflager, ein Schulmöbeldepot und der Druckereibetrieb angeschlossen.

Bemerkenswert ist - betont Stadtrat Bauer - daß der Einkaufspreis für alle Mehlsorten trotz der durch den Streik der Mühlenarbeiter im November 1954 ausgelösten Preiserhöhungen gleich geblieben ist. Gleich blieben auch die Preise für Zucker, Salz, Schmalz, Marmelade und Kaffeemittel. Billiger geworden sind Reis und Margarine.

Für die städtischen Anstalten wurden bis 30. November d.J. Textilien und Lederwaren im Werte von 18,6 Millionen Schilling angekauft. Darüber hinaus wurden an Lohnarbeiten Aufträge um ungefähr 2 1/4 Millionen Schilling vergeben. ./.

Bei den Eisenwaren konnten teilweise Rabatterhöhungen erreicht werden, die aber durch Preissteigerungen mehr als wettgemacht wurden. Sämtliche Holzwaren erhöhten sich im Preis um etwa 5 bis 6 Prozent. Dasselbe war auch bei Besen- und Bürstenwaren festzustellen. Durch Lohnerhöhungen im Reinigungsgewerbe wurden die Preise für Reinigungsarbeiten um 10 Prozent hinaufgesetzt.

Im Berichtszeitraum (Jänner bis November 1954) wurden 670 Tonnen Papier um 3,9 Millionen Schilling angekauft. Druckaufträge wurden im Betrage von fast 3 Millionen Schilling und Buchbinderarbeiten im Betrage von 719 Schilling vergeben. Für Bücher und Zeitschriften wurden 418.000 Schilling, für Stampigilien und Numeratoren 39.000 Schilling und für sonstige Kanzleimaterialien fast 1 Million Schilling ausgegeben.

Die Brennstoffanforderungen der Verbrauchsstellen wurden im Jahre 1954 restlos und ohne Anstand befriedigt. Gelegentliche Schwankungen in der Anlieferung aus den Kohlengruben und Werken konnten durch eine entsprechende Vorratswirtschaft überwunden werden. Der ständig steigende Verbrauch von Inlandbrennstoffen - Heizöl, Braunkohle, Wiener Gaskoks - verdrängt immer mehr Importbrennstoffe. Im Laufe des Berichtsjahres waren die Preise für Brennstoffe fast unverändert, lediglich polnische Steinkohle wurde um 1,8 Prozent und Braunkohlenbriketts wurden um 0,3 Prozent billiger. Brennholz hat sich um 10 Prozent verteuert.

Vom 1. Jänner bis 30. November 1954 wurden - wie der Berichterstatter hervorhebt - an die städtischen Verbrauchsstellen insgesamt 96.989 Tonnen Brennstoff abgegeben, darunter 30,600 Tonnen Inlandkohle, fast 35.000 Tonnen Wiener Gaskoks, 18.600 Tonnen Auslandskohle, 1.100 Tonnen Brennholz und 11.200 Tonnen Heizöl.

Für die Neuanschaffung von Einrichtungsgegenständen wurden rund 4,5 Millionen Schilling verausgabt, die Kosten für die laufende Instandsetzung von Möbeln betragen etwas über 800.000 Schilling. Die hauptsächlichsten Investitionen entfielen hierbei auf Spitäler und Altersheime. Die Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterialien belaufen sich in diesem Jahr auf rund 2,6 Millionen Schilling.

Für die laufende Instandsetzung des Inventars für die

städtischen Volks-, Haupt- und Sonderschulen mußten heuer fast 2 Millionen Schilling aufgewendet werden. Zwei Schulneubauten in Ebling und Kagran mit zusammen 26 Klassen samt Nebenräumen, ferner 7 Wiederaufbauschulen mit zusammen 85 Klassen und weitere 160 Klassen in renovierten Schulen wurden mit neuen Schulmöbeln eingerichtet.

Die Beschäftigung der städtischen Bäckerei ist befriedigend. Ungefähr zwei Drittel der von den Anstalten der Stadt benötigten Backwaren werden in der eigenen Bäckerei hergestellt.

Der städtische Grundbesitz umfaßte am 31. Dezember 1953 2,3 Millionen Ar in Wien und 2,1 Millionen Ar außerhalb Wiens. Die Vereinigte Wiener Fürsorgestiftung besitzt eine Grundfläche von 2.400 Ar. Im Mitbesitz der Gemeinde Wien stehen innerhalb Wiens 63.500 Ar, außerhalb Wiens 4.400 Ar.

Vom 1. Jänner bis 15. November 1954 konnten von der Gemeinde Wien 479.000 Quadratmeter Grund um den Betrag von 18,8 Millionen Schilling angekauft werden. Das entspricht einem Durchschnittspreis pro Quadratmeter von rund 40 Schilling.

Bis zum Berichtstage hatte die Magistratsabteilung 57 mit ungefähr 12.000 Benützern von Grundstücken Bestandverträge. Ferner standen insgesamt 66 Konzessionen in Verwaltung dieser Magistratsabteilung. Hievon waren 50 Gastwirtkonzessionen und 1 Buchdruckerkonzession in Bestand gegeben, während 15 Gastwirtkonzessionen, größtenteils infolge von Kriegseinwirkungen, nicht in Betrieb standen. Nach Durchführung des Gebietsänderungsgesetzes, auf Grund dessen 19 Gast- und Schankgewerbekonzessionen und 1 Buchdruckerkonzession zurückgegeben werden mußten, verblieben in der Verwaltung der Gemeinde 45 Gast- und Schankgewerbekonzessionen, wovon/ihren Standort im Gebiet der Stadt Wien haben.

Eine wesentliche Arbeit ist dem Liegenschaftsamte durch die infolge der Wohnbauprogramme notwendigen umfangreichen Freimachungen städtischer Gründe erwachsen, die zu den verschiedensten Zwecken in Bestand gegeben sind. Die Verhandlungen wegen der Freimachung städtischer Gründe, insbesondere wenn sich auf ihnen Wohnräume oder Betriebe befinden, gestalten sich in den meisten Fällen wahr-schwerig und langwierig. Soweit der Gerichtsweg beschritten werden muß, ist, falls das Verfahren von seiten des Gegners durch alle Instanzen geführt wird, mit einer Mindestdauer von einem Jahr zu rechnen.

Obwohl die Grundstücke grundsätzlich gegen höchstens halbjährige Kündigung in Bestand gegeben werden und der Errichtung von Superädifikaten auf städtischen Grundstücken nur gegen Verpflichtung zur jederzeitigen Abtragung zugestimmt wurde, bringen die Pächter der Notwendigkeit der Räumung der von ihnen benützten Grundstücke selbst zur Errichtung von Wohnhausbauten nur wenig Verständnis entgegen. Es zeigt sich oft, daß die Freimachungskosten bedeutend höher sind als der durch mehrere Jahre hindurch vereinnahmte Pachtzins. Auf Grund der derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen ist aber in absehbarer Zeit keine Veränderung dieser Praxis zu erwarten.

Die Magistratsabteilung 57 führt auch die Verkäufe von städtischen Grundstücken und Grundstücksteilen durch, die vor allem zur Baureifmachung von Privatgrundstücken notwendig sind. Sie behandelt ferner die Ansuchen um Rückstellung von Liegenschaften, die in der Zeit von März 1938 bis zum Jahre 1945 von der Stadt Wien erworben wurden. An solchen Rückstellungsfällen bedeutenderen Umfanges sind insbesondere die Verhandlungen mit der Israelitischen Kultusgemeinde und mit der Finanzkammer der Erzdiözese Wien zu erwähnen. Bei klarer Rückstellungspflicht werden wie bisher grundsätzlich außergerichtliche Vergleiche angestrebt werden, um der Stadt Wien Verfahrens- und Anwaltskosten zu ersparen.

Die von der Praterbetriebsgesellschaft m.b.H. in Liquidation abgeschlossenen Bestandsverträge werden künftig von der Magistratsabteilung 57 betreut und nach Tunlichkeit den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Die Pachtzinseinnahmen der Stadt Wien betragen im Jahre 1953 593.000 Schilling. Durchschnittlich wurde ein 3,6prozentiger Pachtzins erzielt. 1954 haben die Umsätze eine geringfügige Steigerung erfahren, wodurch auch mit höheren Pachtzinseingängen gerechnet werden kann. 1955 werden vielleicht durch Neuverpachtung bisher nicht ausgeübter Konzessionen Mehreinnahmen erzielt werden können.

Das ehemalige Kaffeerestaurant "Türkenschanzpark" wird abgetragen und nicht mehr aufgebaut; das Gelände wird eingeebnet und hierauf parkmäßig ausgestaltet werden. Über die künftige Verwendung des Schloßhotels "Kobenzl" ist noch keine Entscheidung
./.

getroffen werden.

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat in den Monaten Jänner bis einschließlich November 1954 insgesamt 2.956 Betriebskontrollen durchgeführt. Es wurden bestehende Mängel an Maschinen, baulichen Einrichtungen, elektrischen Anlagen usw. festgestellt, die im Hinblick auf die damit verbundenen Gefahren für die Arbeitskräfte beanstandet wurden. Die Zahl der Beanstandungen betrug 1.755. In 84 Fällen wurden die von den Dienstgebern beigegebenen Wohnunterkünfte und die sanitären Anlagen beanstandet. An 578 Betriebsinhaber wurden überdies schriftliche Aufträge zur Behebung der in ihren Betrieben festgestellten Mängel erteilt. In Einzelfällen, in denen derartigen Aufforderungen nicht entsprochen wurde, mußten bescheidmäßige Verfügungen veranlaßt werden. Wegen Behinderung der Organe in der Ausübung ihres Dienstes wurden vier, wegen Verstoßes gegen den Schutz der Jugendlichen zwei Strafanzeigen erstattet. Von den bisher zu betreuenden 8.400 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wurden 5.000 durch das Gebietsänderungsgesetz an Niederösterreich abgetreten. An das Land Niederösterreich fielen auch 125 Jagdgebiete mit einer Fläche von 72.000 Hektar und Fischereireviere mit einem Ausmaß von 1.700 Hektar.

Beim Marktamt stehen den Einnahmen von ungefähr 15 Millionen Schilling Ausgaben von 24,7 Millionen Schilling gegenüber. Die Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh und Frischfleisch wird 4,5 Millionen einbringen. Besonderes Augenmerk hat das Marktamt der Preisbewegung und der Marktbeschickung zugewendet. Insbesondere mußte immer wieder auf die Bestimmung des richtigen Zeitpunktes und entsprechenden Ausmaßes der erforderlichen Vieh-, Gemüse- und Obstimporte hingearbeitet werden. Auf dem Fleischsektor machten sich leider Preissteigerungen nachteilig bemerkbar. Eine gewisse Entspannung bei der Schweineeinfuhr trat erst nach der Liberalisierung ein, die leider erst sehr spät erfolgte. Die Lage auf dem Gemüsesektor war zeitweise, bedingt durch außergewöhnlich schlechtes Wetter und die Hochwasserkatastrophe, sehr schlecht.

Die Möglichkeit zu einem amtlichen Eingreifen bei der Überwachung der Preise wurde durch die Preisregelungsgesetznovelle 1954 weiterhin eingeschränkt. Das Marktamt trachtete bei auftretenden Schwierigkeiten im Rahmen des Möglichen durch entsprechende

Einwirkung Abhilfe zu schaffen und durch Aufklärung der Bevölkerung den Konsum so zu beeinflussen, daß auftretende ungünstige Auswirkungen gemildert wurden. Leider kauften die Verbraucher nicht immer jene Waren, die im Augenblick billig waren.

Dem Marktamt obliegt ferner die lebensmittelpolizeiliche Überwachung von rund 24.000 Lebensmittel-Kleinhandelsbetrieben und von 1.500 Großbetrieben. Es wurden im Laufe des Jahres zirka 40.000 Lebensmittelproben entnommen und untersucht. Sehr bewährt hat sich auch die Importkontrolle. Durch rechtzeitiges Eingreifen wurde der Verkauf verdorbener oder mangelhafter Waren verhindert. Eine große Menge solcher Waren wurden beschlagnahmt oder den ausländischen Lieferanten zurückgestellt. Die vom Marktamt der Stadt Wien geschaffene Importkontrolle wurde auch von anderen Städten und Landesregierungen anerkannt und aufgegriffen. Die entsprechende Erfassung der eingeführten Waren wurde dadurch vervollständigt, daß die Zollämter vom Finanzministerium angewiesen wurden, den Marktämtern alle einlangenden größeren Lebensmittelimporte zu melden. Wegen Zuwiderhandlungen gegen das Lebensmittelgesetz wurden heuer bisher 987 Anzeigen an die Staatsanwaltschaft erstattet. Stark frequentiert war auch die Pilzberatungsstelle des Marktamtes. Durch die strenge Überprüfung der auf den Markt gebrachten Pilze kam es zu keinerlei Gesundheitsschädigungen. Auch die warenkundliche Ausstellung in den Räumen der Marktamtsdirektion wurde von Schulen und Fachorganisationen und auch von Privatpersonen aufgesucht.

Die kommissionellen Qualitätsüberprüfungen befaßten sich weiterhin mit Brot, Butter und Würsten. Die Einrichtung der Qualitätsbegutachtung von Lebensmitteln wurde auch von den Dienststellen der Stadt Wien, wie den Anstalten und dem Beschaffungsamt immer wieder in Anspruch genommen. Das Marktamt will nicht anzeigen und bestrafen, sondern vielmehr erziehen, um Handel und Gewerbe vor minderwertigen Warenlieferungen zu schützen und dem Konsumenten zu helfen, gute und preiswerte Waren kaufen zu können.

Das Veterinäramt hat in den städtischen Schlachthöfen und in der Großmarkthalle wichtige Aufgaben zum Schutze der Gesundheit der Wiener Bevölkerung nach dem Tierseuchengesetz, der Fleischbeschauordnung und dem Lebensmittelgesetz zu erfüllen. Die Schlacht-

höfe sind ein Zentralpunkt zur Aufdeckung von Seuchen. Durch ihr rechtzeitiges Erkennen werden schwere volkswirtschaftliche Schäden vermieden. Die Hauptaufgabe des Veterinärarnotes ist es, die Wiener Bevölkerung mit einwandfreiem Fleisch zu versorgen. Außerdem hat es auf die rationelle Verwertung der Schlachtungs- und Nebenprodukte Einfluß zu nehmen. Das Veterinärarnote wirkt auch bei der Auswahl, Gewinnung, Behandlung und Lagerung des Fleisches mit. Es verwaltet den Rinderschlachthof St. Marx, die Veterinärarnotliche Untersuchungsstelle im Rinderschlachthof, Schweineschlachthof und Wiener Kontumazanlage. Die Kriegsschäden an diesen Anlagen wurden fast zur Gänze behoben. Für die Behebung der Kriegsschäden im Jahre 1955 wurden 1,500.000 Schilling veranschlagt, womit der Wiederaufbau in den Schlachthöfen der Stadt Wien vermutlich abgeschlossen werden kann. Aus der Gegenüberstellung der Schlachtungsziffern von St. Marx aus den Jahren 1937, 1946 und 1953 ist zu ersehen, daß die Fleischlieferungen nach Wien trotz vieler gegenteiliger Prophezeiungen in den ersten Nachkriegsjahren wieder an die Friedensjahre heranreichen und die Schlachthofanlagen der gleichen Belastung gewachsen sein müssen. Der große Gebärungsabgang bei den Schlachthöfen ist darauf zurückzuführen, daß die Stadt Wien die niedrigsten Vieh- und Schlachthofgebühren in Österreich einhebt. Um eine gerechte Aufteilung der Gebühren auf den Einzelnen zu erreichen, müßte an Stelle des bisherigen starren Stücktarifes ein elastischer, von den jeweiligen Marktpreisen bestimmter Kilogrammтарif ausgearbeitet werden.

Stadtrat Bauer stellt abschließend fest, wenn auch manche Wünsche noch nicht erfüllt werden konnten, so muß doch festgestellt werden, daß durch die Ansätze des vorliegenden Voranschlagges wieder ein Schritt weiter vorwärts gemacht wurde. Er dankt den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für ihre mustergültige Arbeit und auch allen Arbeitern und Angestellten, die in vorbildlicher Art und Weise ihre Aufgaben lösten. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Kronberger (VO) stellt fest, daß gerade die Wirtschaftsangelegenheiten für die arbeitende Bevölkerung unserer Stadt eine entscheidende Bedeutung haben. Bei vielen Leistungen der Stadtverwaltung wird es darauf ankommen, ob Stadtrat Bauer billig oder teuer einkauft, denn durch billiges Einkaufen wird Geld erspart, mit dem wieder zusätzliche Anschaffungen gemacht werden können. Das Beschaffungsamt könnte viel zur Preisregelung beitragen. Der Redner kommt sodann auf die Liberalisierung zu sprechen und stellt fest, daß sie keinerlei Preissenkungen mit sich brachte, außer der bei den Autos. Die Lebensmittelpreise sind ständig im Steigen. Es müßten auf dem Gebiete des Marktwesens den Marktkommissären größere Befugnisse eingeräumt werden. GR. Kronberger stellt fest, daß durch die hohen Lebensmittelpreise heute schon vielfach Familien nicht mehr genügend zu essen haben. Damit Hand in Hand gehe auch der Rückgang des Konsums, der wieder eine Gefährdung der Existenzmöglichkeit vieler kleiner Gewerbetreibenden mit sich bringe. Auch die vor einigen Jahren unter der Beteiligung der Gemeinde Wien gegründete Viehverwertungsgesellschaft habe leider nicht entsprochen. Stadtrat Bauer habe in dieser Gesellschaft Einfluß und möge dert für Fleischverbilligungen eintreten.

Der Redner stellt fest, daß die derzeitigen Kartoffelpreise den ehemaligen Schwarzmarktpreisen der Jahre 1946 und 1947 gleichzustellen sind. Auch die Eierpreise seien unverhältnismäßig hoch, trotzdem im Frühjahr und Sommer versprochen wurde, billige Eier einzulagern. Die Gemeinde hätte auf allen diesen Gebieten die Möglichkeit, entscheidend einzugreifen. Es fehle hier nicht an den nötigen Budgetansätzen, sondern an der richtigen Einstellung zu dieser Frage. Seine Fraktion könne daher den Ansätzen nicht zustimmen.

GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) stellt fest, daß die Verwaltungsgruppe X durch das Ergebnis der Parteienverhandlungen verkleinert wurde. So kam das Schulamt an Gruppe III und die Grundkäufe wurden zur Verwaltungsgruppe XI überstellt. Er möchte in diesem Zusammenhang feststellen, daß die Stadträte seiner Fraktion ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung voll und ganz erfüllt haben.

Aus dem Bericht des Beschaffungsamtes ist deutlich die gehobene wirtschaftliche Situation unseres Landes zu erkennen. Der Redner hat den Wunsch, daß auch bei größeren Einkäufen des Beschaffungsamtes kleinere Betriebe zur Lieferung herangezogen werden.

Das Liegenschaftsamt hat auch nachdem die Angelegenheit des Grundkaufes in die Gruppe XI überstellt wurde, weiterhin wichtige Aufgaben. Der Redner regt in diesem Zusammenhang an, man möge für das Schloß Cobenzl endlich eine Verwendung finden.

Die Wiener Landwirtschaft hat einen großen Teil ihrer Betriebe durch die Ausgemeindung abgegeben. Es bleiben aber noch immer 3.700 landwirtschaftliche Betriebe im Wiener Stadtgebiet, deren Betreuung weiterhin der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten obliegt. Die österreichische und die Wiener Landwirtschaft im besonderen haben wegen der zukünftigen Entwicklung große Sorgen. Der Redner richtete deshalb einen Appell an die Hausfrauen, bei der Aufstellung ihres Küchenszettels die heimischen Produkte zu bevorzugen.

Bei der Tätigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Inspektion stellt Dr. Ing. Hengl fest, daß von 1.800 Beanstandungen nur acht zu einer Anzeige führten. In allen übrigen Fällen wurde von den Bauern den Wünschen der Kontrollstellen gerne nachgekommen.

Der Redner ersucht Stadtrat Bauer, dafür zu sorgen, daß auch die Wiener Landwirtschaft in den Genuß der Vergünstigung bei der Hagelversicherung kommt. Der große Erfolg, den besonders die Schweiz auf diesem Gebiet erzielt hat, muß auch in Österreich und in Wien ein Ansporn sein.

Die Schlachthöfe sind nun fast vollkommen wieder aufgebaut. Während 1945/46 nur ein ganz minimaler Auftrieb festzustellen war, deckt nunmehr der Auftrieb den Bedarf der Wiener Bevölkerung vollauf.

Zu den Märkten sagt der Redner, daß der errichtete Blumen- großmarkt auf dem Phorusplatz seinen Zweck voll und ganz erfüllt. Er hoffe, daß auch das Problem des Naschmarktes endlich gelöst werde. Über den neuen Platz sind die Ansichten verschieden. Er schlägt vor, diese für ganz Wien wichtige Frage durch die Einberufung einer Enquete zu klären.

Das Marktamt hat eine notwendige aber auch heikle Aufgabe. Schwierigkeiten ergeben sich nur äußerst selten; trotzdem ersuchte der Redner, daß die Beamten noch mehr als bisher erzieherisch und belehrend wirken mögen. Eine Reihe von Betrieben in Wien ist allerdings der Kontrolle des Marktamtes entzogen, und zwar die Usia-Läden. Dr. Ing. Hengl richtete einen Appell an die Bevölkerung diese Geschäfte vor allem jetzt vor der Weihnachtszeit zu meiden (Beifall bei der ÖVP).

Das Veterinäramt erfüllt im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung wichtige Aufgaben. Leider ist der Stand an Tierärzten noch immer geringer als vor 1938. Es wäre dringend notwendig, Neueinstellungen durchzuführen.

Abschließend dankte der Redner allen Beamten und Angestellten, vor allem aber Stadtrat Bauer für ihre Tätigkeit und erklärte im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Verwaltungsgruppe X (Beifall bei der ÖVP).

GR. Jirava (SPÖ) meint zunächst, weil seine Vorredner den wirtschaftlichen Aufstieg mit den Namen Raab und Kamitz verknüpft haben: "Wir sind zufrieden mit "unserem Resch", der hier in Wien die Wirtschaft angekurbelt hat!"

Im folgenden bespricht der Redner gleichfalls der Reihe nach die Abteilungen der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten. Das Beschaffungsamt ist, wie er ausführte, das große Warenhaus der Gemeinde Wien. Er zollte den hier Tätigen für ihre Arbeit vollste Anerkennung.

Beim Marktamt weist GR. Jirava darauf hin, daß das österreichische Lebensmittelgesetzbuch eines der strengsten der Welt ist. Er warnt vor den Usia-Läden und besonders vor den Fleischkauf in diesen Geschäften, da das Fleisch von der Lebensmittelpolizei nicht kontrolliert werden kann.

Zum Problem des Naschmarktes bemerkt der Redner, daß die Anlage schon früher unzulänglich war, vor allem im Bezug auf den Großmarkt. Wir werden in der allernächsten Zeit der Frage der Verlegung des Naschmarktes besonderes Augenmerk schenken müssen. Auch die Zustände in der Fleisch-Großmarkthalle in der Invalidenstraße sind unhaltbar geworden.

Hinzu kommen noch die unzureichenden Verkehrsverhältnisse und die Nachteile, die sich durch die große Zahl von Fliegen im Sommer für den Stadtpark ergeben.

Das Veterinäramt hat gerade in der Zeit vor Weihnachten eine ganz besonders schwere Arbeit zu leisten. Im Interesse der Gesundheit der Wiener Bevölkerung und im Sinne des Satzes "Vorbeugen ist besser denn heilen" sollte dem Marktamt und dem Veterinäramt noch größere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Die Sozialisten werden dem Voranschlag dieser Gruppe die Zustimmung erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Bauer (ÖVP) weist in Beantwortung der Ausführungen des Gemeinderates Kronberger darauf hin, daß die Verwendung von Heizöl so lange zu teuer ist, als das Öl nicht wieder Österreich gehört. (GR. Kronberger: Das Öl hat noch nie uns gehört! - Lebhaftes Zwischenrufe. - GR. Mühlhauser: Das ist der Standpunkt eines Wiener Gemeinderates der VO!).

Bei der Gemüseanlieferung war auch heuer wieder festzustellen, daß die ersten Gurken und der erst Glashaussalat reißenden Absatz fanden, während zu der Zeit, da genügend Gemüse auf dem Markt war, die Ware unverkauft blieb. Auch die Versuche, über das Radio Kochrezepte zu senden, die beitragen sollten, das billige Gemüse zu verkaufen, waren von keinem besonderen Erfolg begleitet. Bezüglich der Schaffung eines Gemüsegroßmarktes, über die schon seit längerer Zeit Besprechungen stattfinden, gehen die Meinungen sehr weit auseinander.

Es wäre sicherlich möglich, die Fleisch-Großmarkthalle von der Invalidenstraße nach dem sogenannten Kälbermarkt in St. Marx zu verlegen, man müßte sich aber darüber klar werden, welchem Zweck man die bisherige Markthalle zuführen soll. Wenn einmal der Nachmarkt durch die Einmündung der Autobahn verlegt werden sollte, könnte man vielleicht die Großmarkthalle zu einem zentralgelegenen Bahnhof für Überlandautobusse benützen.

Abschließend ersucht der Stadtrat nochmals, den Ansätzen seiner Gruppe die Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung wird die Gruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, gegen die Stimmen der VO angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

Entfallende Sprechstunden

=====

21. Dezember (RK) Donnerstag, den 23. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Richard Nathschläger.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 21. Dezember

=====

21. Dezember (RK) Neuzufuhren vom Inland: 3.621. Aus Ungarn: 2.334. Gesamtauftrieb: 5.955. Verkauft wurden alle. Kontumazanlage: 915 aus Jugoslawien, 476 aus Bulgarien.

Preise: Extremware 18.40 bis 18.50 S, I. Qualität 17.40 bis 18.30 S, II. Qualität 14 S, III. Qualität 13.50 bis 13.80 S, Zuchten 12.20 bis 13 S, Altschneider 12 S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr verteuerten sich sämtliche Qualitäten bis zu 50 Groschen. Ungarische Schweine notierten behauptet. Ungarische Schweine 13 bis 14 S, jugoslawische Schweine 13.40 bis 14, bulgarische Schweine 13.40 bis 13.60 S.

- - -

Konstituierungen der neugewählten Bezirksvertretungen

=====

21. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Afritsch setzte heute vormittag die Angelobung der neugewählten Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher fort. Am Vormittag wurden in drei Wiener Bezirken, in Fünfhaus, in der Josefstadt und in Hernals die Bezirksvertretungen konstituiert. Im 15. Bezirk wurde Heinrich Hajek (SPÖ) zum Bezirksvorsteher und Eduard Kuster zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Regierungsrat Franz Bartl (ÖVP) wurde zum Bezirksvorsteher und Franz Jira (SPÖ) zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 8. Bezirkes gewählt. Im 17. Bezirk wurde Karl Panek (SPÖ) zum Bezirksvorsteher, Franz Troppmann (ÖVP) zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt.

Am Nachmittag nahm der Amtsführende Stadtrat für Kultur

./.

und Volksbildung Mandl in Vertretung des Bürgermeisters die Konstituierungen in den Bezirken Währing, Brigittenau und Donau-
stadt vor. Es wurden gewählt: 18. Bezirk, Bezirksvorsteher
Dr. Friedrich Holomek (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter
Wilhelm Helm (SPÖ); 20. Bezirk, Bezirksvorsteher Franz Koblizka
(SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Johann Wallaschek (ÖVP);
22. Bezirk, Bezirksvorsteher Leopold Horáček (SPÖ), Bezirks-
vorsteher-Stellvertreter Johann Gerber (ÖVP).

Morgen, Mittwoch, wird die Konstituierung der neugewählten
Bezirksvertretungen mit den Angelobungen in den Bezirken 19. und
21. abgeschlossen. Die konstituierende Sitzung in Döbling be-
ginnt um 8 Uhr, in Floridsdorf um 10 Uhr.

- - -

Weihnachtsgeschenke für den Onkel Wachmann
=====

21. Dezember (RK) Der städtische Kindergarten in der
Hadikgasse überraschte heute nachmittag die Verkehrsposten auf
der Hietzinger Brücke mit einer kleinen Weihnachtsbescherung.
Mit selbstgebastelten Geschenken bedankten sich die Kinder bei
den Polizeimännern dafür, daß sie bei ihren täglichen Spazier-
gängen nach Schönbrunn sicher über die gefährliche Kreuzung ge-
leitet werden. Die Beschenkten nahmen die unerwartete Liebes-
erklärung ihrer kleinen Schützlinge mit großer Freude entgegen.

Morgen werden in allen städtischen Kindergärten und Horten
Weihnachtsfeiern veranstaltet. Die Kindergärtnerinnen hatten,
unterstützt von der Elternschaft, in den letzten Tagen oft bis
in die Nacht hinein gearbeitet und gebastelt, um schöne Spiel-
zeuge und andere Überraschungen herzustellen. Unter den Weih-
nachtsbäumen in den städtischen Kindergärten und Horten werden
sich heuer auch ungefähr 15.000 Kinder versammeln.

- - -

Geschäftsgruppe XI: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
=====

Als nächste Beratungsgruppe gelangt die Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, zur Verhandlung.

Stadtrat Afritsch (SPÖ) kommt in seinem Bericht zunächst auf die Landtagswahlen vom 17. Oktober zu sprechen, für die die Vorarbeiten besonders umfangreich und kompliziert waren. Noch im Frühjahr bestand keine Klarheit über den Umfang des Wahlgebietes, da zum Gebietsänderungsgesetz noch die Zustimmung der Alliierten fehlte. Die Erfassung der Wähler mußte für den Hochsommer angesetzt werden, da hunderttausende Wähler nicht in Wien waren. Dadurch ergaben sich 17mal soviel Nachträge zu den Wählerverzeichnissen als bei den Wahlen 1953. Am Wahltag wurden 6.313 städtische Beamte zur Mitarbeit herangezogen. Bei dem Budgetansatz von 3,1 Millionen wurden bisher für diese Wahl 2 3/4 Millionen Schilling benötigt.

In der Registrierabteilung hat sich keine wesentliche Veränderung ergeben. Die Zahl der Belasteten hat mit 7.640 gegenüber dem Vorjahr um 22 abgenommen.

Die Auswirkungen des Optionsgesetzes für Volksdeutsche

Der Berichterstatter beschäftigt sich hierauf mit den Auswirkungen des Optionsgesetzes für Volksdeutsche, das am 6. August d.J. in Kraft getreten ist. Vom 6. August bis 30. November 1954 wurden in Wien 3.370 Staatsbürgerschaftserklärungen abgegeben, wovon bis 30. November 1954 bereits 1.998 - das sind 59,3 Prozent - positiv erledigt waren. Nur 106 dieser Ansuchen - das sind 3,2 Prozent - wurden abweislich erledigt. Wien liegt damit an der Spitze der positiven Erledigungen. Es hat den Wunsch der Regierung und des Nationalrates Rechnung getragen und Wert darauf gelegt, die eingelangten Ansuchen so rasch wie möglich zu erledigen.

Einbürgerungen und Staatsbürgerschaftserklärungen

Vom Jahre 1945 bis 30. November 1954 wurden insgesamt 82.367 Staatsbürgerschaftsgesuche und Staatsbürgerschaftserklärungen mit 140.040 Personen positiv erledigt, davon in den ersten elf Monaten dieses Jahres 3.893 Fälle. Der Prozentsatz der Volksdeutschen beim Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft seit 1945 betrug mit Ende Juli 1954 73.8 Prozent. Seit August ist dieser Prozentsatz durch die Auswirkungen des Optionsgesetzes noch höher. Die Zahl der Staatsbürgerschaftserklärungen der Volksdeutschen ist im Abklingen. Im August wurden noch 1.477 Erklärungen abgegeben, im September 971, im Oktober 560, im November 356 und in der ersten Dezemberdekade nur mehr 109.

In diesem Jahre wurden bis 30. November 64.463 Heimatrollenauszüge und Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt, im gleichen Zeitraum des Vorjahres 58.524. In den Vorjahren war die Tendenz bereits abnehmend, wenn auch um vieles stärker als vor 1938. Heuer war wiederum eine ansteigende Tendenz festzustellen, weil viele Stellen, vor allem die Passbehörden, sich nicht mehr mit dem Heimatrollenauszug begnügen, sondern einen förmlichen Staatsbürgerschaftsnachweis verlangen.

Der Bevölkerungsstand nach dem Gebietsänderungsgesetz

Wie Stadtrat Afritsch hervorhebt, steht der Bevölkerungsstand dieses Jahres im Zeichen der Auswirkungen des Gebietsänderungsgesetzes, auf Grund dessen 81 Randgemeinden an Niederösterreich rückgegliedert wurden. Der Bevölkerungsstand betrug am 1.1.1954 1,760.161 Personen, am 31.8.1954 1,756.464. Nach der Rückgliederung betrug der Bevölkerungsstand mit 1.9.1954 1,607.101 Personen; durch die Rückgliederung gingen also 149.363 Personen verloren.

Infolge der Rückgliederung der Randgemeinden nimmt Wien in der Reihung der Millionenstädte Europas die neunte Stelle ein. Vor Wien stehen London, Moskau, Paris, Berlin, Leningrad, Hamburg, Rom und Madrid. Vor der Rückgliederung der Randgemeinden stand Wien vor Hamburg, Rom und Madrid.

Das Stadtgebiet Wiens hat sich durch die Rückgliederung der Randgemeinden von 1215 Quadratkilometern um 800 auf 415 Quadratkilometer verkleinert. /.

Ansteigende Geburtenziffer - gleichbleibende Säuglingssterblichkeit

Die Geburtenziffer im Monatsdurchschnitt Jänner bis Oktober betrug in diesem Jahre 73 je 10.000 der Bevölkerung gegenüber 68 im Vorjahre. Die Sterbeziffer hat sich von 136 je 10.000 der Bevölkerung im Vorjahre auf 146 heuer erhöht, was mit dem Aufrücken eines größeren Teiles der Wiener Bevölkerung in höhere Altersklassen zusammenhängt. Die Säuglingssterblichkeit ist genau so hoch wie im Vorjahre. Von 1.000 Lebendgeborenen sind durchschnittlich 43 gestorben.

Bedeutende Verlängerung des Durchschnittsalters der Menschen

Im Auftrage des Amtsführenden Stadtrates hat die Magistratsabteilung 66 die Sterblichkeitsverhältnisse nach Altersgruppen für das Jahr 1953 und für den Durchschnitt der Jahre 1891 bis 1910 errechnet. Hierbei hat sich folgende interessante Feststellung ergeben: In den Jahren 1891 bis 1910 waren von 100 Verstorbenen 42 Personen im Alter von 0 bis 14 Jahren, dagegen im Jahre 1953 von 100 Verstorbenen nur 2.8 Personen unter 14 Jahren. Im Alter von 15 bis 39 Jahren sind im Durchschnitt der Jahre 1891 bis 1910 18.5 Menschen gestorben, 1953 nur 2.8. In den Altersgruppen 40 bis 59 Jahre war der Durchschnittsanteil annähernd gleich. Anders sind die Verhältnisse im höheren Alter. Von 100 Verstorbenen waren in den Jahren 1891 bis 1910 21.5 Prozent über 60 Jahre, im Jahre 1953 betrug der Prozentsatz der Verstorbenen über 60 Jahre 75 Prozent. Dieses Bild - betont Stadtrat Afritsch - zeigt eindrucksvoll die Verlängerung des Durchschnittsalters der Menschen, die auf die Besserung der sozialen Verhältnisse und auf den Fortschritt der Medizin zurückgeht.

Das Statistische Amt der Stadt Wien gibt außer den vierteljährlichen Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung das Statistische Taschenbuch der Stadt Wien heraus, das besonders für Schulzwecke Verwendung findet. Es hat auch einige Sonderhefte herausgegeben, davon eines über die Mietzinse von Wien und eines über Preise, Gebühren und Abgaben der Stadt Wien.

Ständige Zunahme des Fremdenverkehrs

In der Zeit vom 1. November 1953 bis 31. Oktober 1954 haben 397.172 Fremde Wien besucht und 1,176.522 Nächte hier verbracht. Dies bedeutet gegenüber der vorjährigen Fremdensaison bei den Fremdenmeldungen eine Zunahme von 21 Prozent und bei den Übernachtungen von 22 Prozent. 35.195 Personen kamen aus Westdeutschland, aus den Vereinigten Staaten 25.811 Personen, aus Italien 22.565 Personen, dann folgen die Schweiz, Großbritannien und Frankreich.

Zunahme der Zahl der Kraftfahrzeuge und der Verkehrsunfälle

Der Berichterstatter bespricht hierauf Verkehrsprobleme und weist darauf hin, daß im Jahre 1937 in Wien rund 43.380 Kraftfahrzeuge gezählt wurden. Am 30. November 1953 wurden in Wien 92.727 Kraftfahrzeuge gezählt, am 1. Oktober 1954 104.893. Die 100.000er-Grenze wurde erstmals im Juni 1954 überschritten.

Leider hat mit der Zahl der Kraftfahrzeuge auch die Anzahl der Verkehrsunfälle zugenommen. Während vom Jänner bis Oktober 1953 13.160 Verkehrsunfälle zu verzeichnen waren, waren es im gleichen Zeitraum dieses Jahres 15.975, was einer Steigerung um rund 21 Prozent entspricht, während die Zahl der Fahrzeuge nur um 13 Prozent gestiegen ist. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1953 wurden 7.379 Personen Opfer von Verkehrsunfällen, während im gleichen Zeitabschnitt 1954 9.038 Personen durch Verkehrsunfälle zu Schaden kamen. In den ersten elf Monaten dieses Jahres hatte die Magistratsabteilung 70 1.380 Führerscheinberufungen zu bearbeiten sowie 1.564 Verkehrsstrafenerufungen. Auch hier ist gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Steigerung eingetreten.

Der Erfolg des Handelskammer-Altersunterstützungsgesetzes

Der Referent gibt hierauf einen Überblick über die Auswirkungen der Gewerberechtsreform des Jahres 1952. Im Jahre 1954 wurden 764 Gewerbeberechtigungen für freie Gewerbe ausgestellt - 1953 873 -, Gewerbeberechtigungen für gebundene Gewerbe im Jahre 1954 3.717 - 1953 3.420 -, Gewerbeberechtigungen für handwerksmäßige Gewerbe 1954 1.532 - 1953 1.307 - und für konzessionierte

Gewerbe 1954 1.107 - 1953 1.109. Aus dieser Gegenüberstellung ist ein Ansteigen der Gewerbeberechtigungen für gebundene Gewerbe um 297 feststellbar, bei den handwerksmäßigen Gewerben um 225, das sind mehr als zehn Prozent.

Die Gewerbedaten über die 12 Monate vom 1. November 1953 bis zum 31. Oktober 1954 ergeben folgendes Bild: angemeldet wurden 915 freie, 4.395 gebundene und 1.872 handwerksmäßige Gewerbe. Ferner wurden 1.368 Konzessionen verliehen. Zurückgelegt wurden, bzw. erloschen sind 1.671 freie, 8.043 gebundene und 5.646 handwerksmäßige Gewerbe.

Es stehen somit 8.550 neuen Gewerbeberechtigungen 17.203 erloschene Gewerbeberechtigungen gegenüber. In der letzteren Zahl sind die Auswirkungen des Handelskammer-Alterunterstützungsgesetzes zu erkennen, es ist nämlich die Tatsache festzustellen, daß Gewerbetreibende nach Vollendung des 65. Lebensjahres in den Genuß einer Rente kommen können und ihr Gewerbe nicht mehr ausüben brauchen, was zu einer Verjüngung des Gewerbestandes führt.

Die Wiener Gewerbebehörden arbeiten entgegenkommend und rasch. Es ist das vor allem das Verdienst des Leiters der Magistratsabteilung 63.

Sehr bescheidene Repräsentationsausgaben

Für Ehrengaben sowie für Empfänge und Feierlichkeiten wurden im heurigen Jahr 685.000 S aufgewendet, für das kommende Jahr sind für diesen Zweck 850.000 S veranschlagt. Diese Ausgaben halten sich im Vergleich zum Repräsentationsdienst anderer Städte in einem sehr bescheidenen Rahmen.

1954 wurden 63 Empfänge der Stadt Wien veranstaltet, darunter 2 große Empfänge, und zwar anlässlich der Tagung der Interparlamentarischen Union und des Skalkongresses. An diesen Empfängen haben 6.220 Personen teilgenommen, davon 3.500 Ausländer aus 37 Ländern; 1953 waren es 2.800 Personen. Außerdem wurden 98 Gruppen aus- und inländischer Sportler, Techniker und Studenten mit insgesamt 4.350 Personen im Rathaus begrüßt.

In diesem Jahre wurden 22 Ehrenmedaillen und 3 Sportehrenzeichen verliehen, ferner Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung, weiter wurden Ehrenzeichen an verdiente Feuerwehrmänner zuerkannt.

Außerdem mußte die Ehrung von 60 Hausgehilfinnen und 950 Jubelpaaren vorbereitet werden, darunter 2 Eiserne, 41 Diamantene und 907 Goldene Hochzeitspaare.

Von der Pressestelle der Stadt Wien wird unter anderem das "Amtsblatt der Stadt Wien" herausgegeben, dessen Auflage um einige hundert Exemplare erhöht werden konnte und nunmehr 3.250 Stück beträgt. Das Amtsblatt registriert und illustriert die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung und ist von aktueller und historischer Bedeutung.

Die gleichfalls von der Pressestelle herausgegebene "Rathaus-Korrespondenz" erscheint mindestens einmal täglich und stellt ein wichtiges Informationsorgan für Presse und Rundfunk dar.

Der "Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger" findet weiterhin guten Anklang. Es erscheinen ungefähr 10 Nummer im Jahre in einer Auflage von je 6.200 Stück.

An öffentlichen Gebäuden, besonders an den Magistratischen Bezirksämtern, wurden vom Bilderdienst der Pressestelle insgesamt 46 Bilderkasten angebracht, die lebhaftes Interesse finden und sicherlich sehr viel zu einer richtigen Orientierung über die Arbeiten der Gemeindeverwaltung beitragen.

Der Berichterstatter spricht dem Stenographendienst seinen Dank aus, der mit seiner Arbeit stets auf dem laufenden ist.

Kriegsschädenbehebung bei der Feuerwehr vor ihrer Beendigung

Die Ausgaben für die Feuerwehr betragen in diesem Jahre 52,6 Millionen Schilling und werden im kommenden Jahr voraussichtlich eine Steigerung einschließlich des außerordentlichen Aufwandes auf rund 56 Millionen Schilling erfahren. Im außerordentlichen Voranschlag sind für die Kriegsschädenbehebung 4,6 Millionen Schilling vorgesehen, hievon allein 2 Millionen für die Fertigstellung der Hauptfeuerwache Ottakring. Weitere 2,1 Millionen Schilling sind für die Fertigstellung der Zentrale Am Hof vorgesehen, an der die Wiederaufbauarbeiten bis Ende August dieses Jahres beendet sein werden. 500.000 S sind als erste Rate für den Wiederaufbau der Feuerwache Döbling vorgesehen. Mit der Fertigstellung der Feuerwache Döbling werden alle Kriegsschäden an Feuerwachen behoben sein. Der Personalstand der Feuerwehr beträgt auch im kommenden Jahr 1.266 Personen, wovon 106 zur Wachabteilung gehören.

Infolge Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes sind 77 freiwillige Feuerwehren an Niederösterreich zurückgefallen, nur 3 freiwillige Feuerwehren - Breitenlee, Süßenbrunn und Weidlingau - mit einem Mitgliederstand von 700 Feuerwehrleuten verbleiben bei Wien. Der Stand an Feuerwehrfahrzeugen beträgt 188. 29 Kraftfahrzeuge wurden den freiwilligen Feuerwehren in den abgetrennten Randgebieten überlassen.

Die Summe der Ausrückungen der Feuerwehr betrug in der Zeit vom 1. November 1953 bis 31. Oktober 1954 6.077 gegenüber 5.176 im Vorjahr. In diesem Zeitraum wurde die Feuerwehr zu einem Großbrand in der Lokomotivfabrik, zu 60 Mittelbränden, 1.169 Kleinbränden und 114 Rauchfangbränden gerufen. Hiezu kamen 3.455 Hilfeleistungen, die nicht durch Brände verursacht wurden und 1.073 sonstige Arbeitsleistungen. Im Rahmen des Sachaufwandes ist auch der Ausbau der UKW-Sprechfunkanlage der Feuerwehr vorgesehen.

Stadtrat Afritsch spricht dem Kommando und allen Angehörigen der Feuerwehr für den Einsatz im Jahre 1954 den herzlichsten Dank aus. (Starker allgemeiner Beifall.) Besonderer Dank gebührt allen Feuerwehrangehörigen, die sich anlässlich der heurigen Donau-Hochwasserkatastrophe Verdienste erworben haben. Ein äußeres Zeichen der Anerkennung war die Tatsache, daß der Kommandant, sein Stellvertreter und zwei Feuerwehrleute, die sich bei Tauchaktionen besonders auszeichneten, Orden der Republik Österreich erhielten. (Erneuter lebhafter Beifall bei SPÖ, ÖVP und VO.)

Abschließend bittet der Referent, die Ansätze seiner Geschäftsgruppe zu genehmigen (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Hausner (VO) begrüßt die Steigerung im Fremdenverkehr. Sie dürfte zu einem großen Teil auch darauf zurückzuführen sein, daß sich die Fremden überzeugen konnten, daß die über Wien erzählten Greuelmärchen nicht der Wirklichkeit entsprechen. Als bedauerlich bezeichnet der Redner die Tatsache, daß die Teilnehmer am Kongreß der Internationalen Vereinigung der Widerstandskämpfer von der Stadtverwaltung nicht begrüßt bzw. empfangen wurden. Man erhalte den Eindruck, daß bei der Begrüßung von

Kongressen eine politische Zensur gehandhabt werde. Eine derartige Haltung wirke aber durchaus nicht gastfreundlich und fremdenverkehrswerbend.

Größeres Augenmerk müßte auch verschiedenen Gebieten der Statistik zugewendet werden. Es gehe nicht an, daß lediglich die in den Obdachlosenheimen untergebrachten Familien und die Delogierungsfälle verzeichnet werden, es aber keine Statistik über die tatsächliche Zahl der Obdachlosen gibt.

Zweckmäßig erscheine es dem Redner auch, den Gemeinderäten eine Sammlung von Erlässen und Anordnungen, die im Laufe eines Monats von der Magistratsdirektion herausgegeben werden, zu übermitteln. Auch die gedruckte Geschäftsenteilung, die im Jahre 1948 herausgegeben wurde, müsse neuaufgelegt werden, da sie bereits überholt ist.

Eine Kritik müsse auch an den Vorbereitungen der Wahlen geübt werden. Die hohe Zahl an Einsprüchen und Reklamationen hänge nur zu einem geringen Teil mit dem Gebietsänderungsgesetz zusammen. Zu begrüßen sei jedoch, daß es anläßlich der heurigen Wahlen endlich dazukam, daß gleichzeitig die Bezirksvertretungen gewählt wurden. Der Redner bedauert, daß die Angelobung der Bezirksvertretungen nicht wie es die Geschäftsordnung vorsieht, vom Bürgermeister der Stadt Wien, sondern von Stadtrat Afritsch vorgenommen wurden. Die Bedeutung dieser Körperschaft wäre durch die Angelobung durch den Bürgermeister unterstrichen worden. Im Zusammenhang mit den Wahlen stellt Gemeinderat Hausner fest, daß das von der Stadtverwaltung gehandhabte Wahlgesetz eine Benachteiligung der kleineren Parteien mit sich bringe. So habe die SPÖ nur 9.633 Stimmen, die OVP 10.227 Stimmen, die VO aber für die Erreichung eines Mandates 14.860 Stimmen gebraucht.

Auch die Frage der Regelung der Gebietsabtrennung könne und dürfe nicht erledigt sein. Um den Wunsch der Bevölkerung Rechnung zu tragen, muß dieses dringende Problem auf die Tagesordnung des Wiener Landtages gebracht werden. Die Bevölkerung der Randgemeinden müsse die Möglichkeit haben, auf freie und demokratische Art zu bestimmen, ob sie bei Wien oder bei Niederösterreich verbleiben will. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Beschlußantrag.

Eine weitere Forderung ist die Bezahlung der Wiener Hausbesorger für die Gehsteigreinigung. Nach dem Gesetz ist die Gemeinde Wien für die Reinigung und Instandhaltung der Straßen und Gehwege verantwortlich. Sie muß daher auch dafür sorgen, daß Menschen, die diese Arbeit für sie leisten, bezahlt werden.

Als erfreulich bezeichnet der Redner die Tatsache, daß die Abteilung, die für die Bodenbeschaffung und Enteignungen sorgt, aus den Händen der Österreichischen Volkspartei genommen wurde und Stadtrat Afritsch überantwortet wird. Er erwarte nun, daß die Frage der Bodenbeschaffung anders gehandhabt wird als bisher. Für die Stadtplanung und Stadterweiterung muß der notwendige Boden geschaffen werden, damit die Stadt sich entfalten kann. Spekulanten dürfen diese Tatsache nicht für ihre Zwecke ausnützen. Auch die Schaffung und Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels ist davon abhängig, daß die Gemeinde Wien sich den notwendigen Grund und Boden sichert. Dasselbe gilt für die Schaffung von Jugendspiel- und Sportplätzen. Leider sind insgesamt 31 Spielfelder auf 27 Sportplätzen für andere Zwecke verwendet worden. Sollten die bestehenden Bestimmungen nicht ausreichen, muß ein neues Bodenbeschaffungsgesetz geschaffen werden.

Viele Forderungen gebe es auch auf dem Gebiete der Feuerwehr. Diese Körperschaft hat das Lob unserer Bevölkerung und auch der Stadtverwaltung wiederholt erhalten. Wenn man diese Leistungen anerkenne, muß man aber auch den Forderungen dieser Männer Rechnung tragen. So ist zum Beispiel der Fuhrpark der Feuerwehr sehr veraltet. Auch die Unterkunftsräume für die Mannschaften müssen besser ausgestaltet werden und jeder Feuerwehrmann soll ein eigenes Bett zur Verfügung haben. Die Reinigung der Unterkunftsräume müßte von Scheuerfrauen verrichtet werden. Auch die Uniformen müßten in größerem Ausmaß zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeitszeit der Feuerwehrmänner beträgt 81 Stunden in der Woche, bei der Rathauswache werden 79 Stunden wöchentlich Dienst gemacht. Es wäre an der Zeit, daß die Feuerwehrleute und die Rathauswache jene Arbeitszeit erhielten, die alle übrigen Angestelltengruppen haben. Auch die Feiertage müssen abgegolten werden. Als besonders unerfreulich bezeichnet der Redner die Tatsache, daß man die Feuerwehrleute als angelernte Hilfsarbeiter einreihen möchte. Gerade bei der Feuerwehr

sind viele Voraussetzungen notwendig, die wo anders nicht verlangt werden. Es müsse auch jeder Feuerwehrmann, der aufgenommen wird, bereits einen Beruf erlernt haben. Außerdem besuchen die Feuerwehrleute ständig Kurse für ihre weitere Ausbildung. Auf keinen Fall dürfe man zulassen, daß den Feuerwehrleuten wie geplant die Dienstzeit von 30 auf 40 Jahre verlängert werde. Auch die Zulagen für den Branddienst müßten nachgezogen werden. Abschließend erklärt GR. Hausner, seine Fraktion könne aus den angeführten Gründen den Voranschlägen dieser Geschäftsgruppe nicht die Zustimmung geben.

GR. Haim nimmt zunächst zur Verfassung der Stadt Wien Stellung und erläutert an einigen Beispielen die Notwendigkeit von Änderungen in der Verfassung, aber auch in der Geschäftsordnung für die Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen. Im Ausschuß für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wurden zum Beispiel in diesem Jahr nur 5 Sitzungen abgehalten. Durch die Geschäftsordnung ist auch keine Möglichkeit gegeben, in Aktenstücke Einsicht zu nehmen, die nicht gerade den Ausschüssen vorgelegt werden. Gerade das gehört jedoch zu den dringlichsten Notwendigkeiten einer demokratischen Kontrolle.

Des weiteren bemängelt der Redner die hohe Zahl der Verwaltungsstrafen und wendet sich anläßlich eines Berichtes in der heutigen Nummer der "Presse" gegen die rigorose Art der Eintreibung dieser Strafen.

GR. Haim beschäftigt sich mit der Organisation der Wahlen am 17. Oktober und meint, es wurden zwar alle Fristen respektiert, die im Wahlgesetz vorgesehen sind, doch wäre genügend Zeit gewesen, um die Beamten ausreichend auf die Durchführung der Wahlen vorzubereiten und zu informieren. Die Vorbereitung war jedoch leider rein zeitlich ungenügend, sodaß es zu verschiedenen Unzukömmlichkeiten gekommen ist. Auch bei den Wahlen für die Wiener Arbeiterkammern ist es interessant festzustellen, wie wenig vorbereitet diese vor sich gegangen sind. Der Redner bedauert weiter feststellen zu müssen, daß die Bezirksvertretungen nicht so arbeiten können wie es dem Gesetz gemäß erforderlich wäre. Es wurde gesagt, daß die Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen erst in einem halben Jahr zur Verfügung stehen wird. Bis dahin soll also die provisorische Geschäftsordnung gelten.

Im folgenden bespricht GR. Hain einige Verkehrsfragen und ersucht endlich auch der Lärmbekämpfung stärkere Beachtung zuzuwenden. Schließlich urgiert er die Gesetzesvorlage über die Kanaleinmündungsgebühren für den Wiener Landtag.

Der Redner übt Kritik an der Ausstattung der 46 Wiener Schaukästen, die durch den Bilderdienst der Pressestelle der Stadt Wien versorgt werden. Hier wäre eine objektivere Darstellung der Tätigkeit des Wiener Gemeinderates und seiner Stadträte nötig (Beifall bei der ÖVP). Derzeit seien bildliche Hinweise darauf zu vermissen, daß es außer der Tätigkeit der Mehrheitspartei auch noch andere Leistungen in der Verwaltung dieser Stadt gibt.

Der Redner spricht allen Angestellten und Arbeitern dieser Gruppe und insbesondere den braven Feuerwehrmännern den Dank für ihre Leistungen aus und gibt die Erklärung ab, daß seine Fraktion für die Ansätze dieser Gruppe stimmen werde (Beifall bei der ÖVP).

GR. Leibetseder (SPÖ) erklärt zu den Ausführungen des GR. Hausner, der gemeint habe, der Fremdenverkehr in dieser Stadt habe sich im letzten Jahr insbesondere infolge eines Rückganges der "Hetze" aufwärts entwickelt. Wir haben niemals in dieser Stadt und in diesem Land Russenhetze betrieben. Die Zoneneinteilung und Zonenkontrolle, die uns immer eine Last waren, sind nicht unsere Erfindung gewesen. Mit der Beseitigung der Zonenkontrolle konnten wir eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Wiener Fremdenverkehrs verzeichnen. Wir messen in unserer Gastfreundschaft auch nicht mit mehrerlei Maß. Uns ist in Wien und in Österreich jeder Gast gleich herzlich willkommen, der mit ordentlichen Einreisepapieren zu uns kommt (Beifall bei der SPÖ).

Wir haben die Absicht, unserer Stadt Wien ein neues Antlitz zu geben. Dazu brauchen wir ein Bodenbeschaffungsgesetz. Wir hoffen, daß die Forderung des Österreichischen Städtebundes, ein für ganz Österreich gültiges Bodenbeschaffungsgesetz ins Leben zu rufen, ehestens verwirklicht wird. Wir Sozialisten haben bisher immer bewiesen, daß wir unsere Wahlversprechungen restlos erfüllen (Beifall bei der SPÖ).

./.

Die Tatsache, daß wir seit 1945 das Volk Österreichs nicht weniger als fünfmal zur Wahl aufgerufen haben, unterstreicht wohl die Notwendigkeit der Anlage eines ständigen Wählerverzeichnisses auf das deutlichste. Die getrennte Wählerstimmenzählung hat erwiesen, daß auch die Frauen sich in das politische Leben eingefügt haben. Im Namen der Sozialistischen Fraktion spricht der Redner den Frauen den Dank aus, die in ihrer überwiegenden Mehrheit der Sozialistischen Partei ihre Stimme gegeben haben. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Für die volksdeutschen Optanten hat die Gemeindeverwaltung vorbildliche und rasche Arbeit geleistet. In Wien sind von 3.370 Ansuchen in kürzester Zeit 1.198 positiv erledigt worden, während lediglich 106 abgewiesen wurden. Demgegenüber hat Niederösterreich von 1.543 Ansuchen bisher nur 22 positiv erledigt. Hier zeigt sich also eine Spitzenleistung der Wiener Verwaltung. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Redner dankt schließlich den braven Männern der Feuerwehr, die gerade im vergangenen Jahr, als anläßlich der Hochwasserkatastrophe die entfesselten Elemente losbrachen, eine überragende Leistung vollbrachten. Diesen Männern, die unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen, gebührt aus vollem Herzen der Dank des Wiener Gemeinderates und der gesamten Wiener Bevölkerung. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Die sozialistische Fraktion werde für die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe stimmen. (Erneuter Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Afritsch (SPÖ) entgegnet in seinem Schlußwort dem Gemeinderat Hausner, daß die Wiener Stadtverwaltung alle ausländischen Gruppen im Rathaus empfangt, ganz gleichgültig aus welcher Himmelsrichtung diese Gäste kommen. Wenn aber getarnte kommunistische Organisationen nicht das entsprechende Einvernehmen mit dem Gastland und auch der Gaststadt pflegen und die Gäste auch nicht immer die notwendigen Einreisepapiere vorweisen können, müssen wir einen anderen Maßstab anlegen. Schuld daran sind die Organisationen, die das Gastrecht unseres Landes mißbrauchen. (Beifall bei Sozialisten und Volkspartei.)

Wir müssen den Wald- und Wiesengürtel unserer Stadt unbedingt verteidigen. Es soll jeder bestraft werden, der in diesen Wald-

und Wiesengürtel eindringt, ob er nun ein Kleingärtner oder ein Villenbesitzer ist.

Die Entlohnung der Gehsteigreinigung ist nicht einfach zu regeln. Hier wird versucht werden müssen, mit den Mietern zu verhandeln, um zu einer einigermaßen befriedigenden Lösung zu kommen.

Stadtrat Afritsch betont, es sei nicht richtig, wenn GR. Haim es so dargestellt hat, als ob für die Vorbereitungen der Wahlen genügend Zeit zur Verfügung gestanden wäre. Bis zum Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes und der Wahlgesetze wußte man nicht, ob in Wien in 26, in 23 oder in 21 Bezirken gewählt werden wird und ob die Wahl bezirksweise oder wahlkreisweise erfolgt. Es erweckt daher ein falsches Bild über die ganze Wahlarbeit, wenn man sagen wollte, hier sei schlecht gearbeitet worden. Zweifellos waren dadurch, daß Frauen- und Männerstimmen getrennt gezählt wurden, die Fehlerquellen größer, es war aber auch das Endergebnis viel genauer, weil nicht nur ein einziges Skrutinium vorgenommen wurde. Selbstverständlich waren kleine Korrekturen notwendig. Entscheidend war jedoch der Umstand, daß keine Änderung in der Mandatsverteilung date eingetreten ist, nicht einmal in der Aufteilung der Bezirksratsman-

Selbstverständlich werde man bei der wohlbewährten Praxis bleiben, genau so wie bisher Mitglieder des Ausschusses zu beauftragen, über einzelne Geschäftsstücke zu referieren.

Wie der Referent betont, hat der Bilderdienst den Auftrag zu einer objektiven Bildberichterstattung. Er hat nach rein sachlichen Erwägungen vorzugehen und keineswegs den Auftrag, etwa nach dem Proporz zu photographieren. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Ansätze für Ehrengaben können nicht im vorhinein genau festgelegt werden, weil man nicht voraussagen kann, wieviel Hausgehilfinnen und Jubelpaare im kommenden Jahr geehrt werden. Selbstverständlich werden im Bedarfsfalle die erforderlichen Beträge zur Verfügung gestellt.

Abschließend ersucht der Berichterstatter nochmals, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe die Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. - Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung wird die Gruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, gegen die Stimmen der VO angenommen.

Der Beschlußantrag des GR. Hausner wird dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Bilanz und Bedeckung

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Resch referiert hierauf über Bilanz und Bedeckung.

Die Bilanz des vorliegenden Voranschlags sieht im ordentlichen Voranschlag Ausgaben von 3,26 Milliarden und Einnahmen von 3,05 Milliarden, somit einen Gebarungsabgang im ordentlichen Voranschlag von 210,5 Millionen Schilling vor. Im außerordentlichen Voranschlag sind für die Behebung von Kriegsschäden am Gemeindevermögen Ausgaben von 108,2 Millionen und Einnahmen von 28,5 Millionen, somit ein Gebarungsabgang im außerordentlichen Voranschlag von 79,7 Millionen Schilling vorgesehen.

Zur Bedeckung des Abganges stellt er folgende Anträge:

1. Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1955 wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 3.050,252.900 Schilling und Ausgaben von 3.260,796.600 Schilling und in seinem außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 28,531.000 Schilling und Ausgaben von 108,270.000 Schilling genehmigt.

2. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.

3. Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

4. Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und Widnungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen größeren baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall 10 Prozent des betreffenden Ansatzes bzw. Teilansatzes oder 5.000 Schilling übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

5. Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert.

Stadtrat Resch ersucht das Haus, diesen Anträgen die Zustimmung zu geben. Der Berichterstatter dankt sodann den Mitgliedern des Hauses für ihre sachliche Mitarbeit bei der Erstellung des Budgets 1955 und den Mitgliedern der Opposition für ihre meist sachliche Kritik zu diesem Voranschlag.

Dank gebühre auch den Mitarbeitern der Finanzgruppe, die diesmal mit der Budgeterstellung ein Husarenstück geleistet haben. Sie haben dieses Budget zeitgerecht fertiggestellt, trotz der Wahlen, die die Aufstellung des Budgets verzögert haben, trotz der verspäteten Konstituierung des Gemeinderates und seiner Organe und trotz der Veränderung der Geschäftseinteilung, die dazu zwang, das Budget buchstäblich über Nacht neu umzuarbeiten, um es rechtzeitig und übersichtlich dem Gemeinderat vorlegen zu können. Damit hat der Apparat der Finanzgruppe eine Art Feuerprobe bestanden. Dieser Leistung darf man die Anerkennung nicht versagen. Von jenen Bundesländern, die heuer Wahlen gehabt haben, ist es nur Wien möglich, in finanzieller Ordnung in das neue Jahr hinüberzugehen. Die Finanzgruppe kann gerade heuer auf diese Leistung stolz sein. Der Referent dankt allen seinen Mitarbeitern namentlich für ihre Mitwirkung an der Aufstellung dieses Budgets. Er bittet das Hohe Haus, ihn zu ermächtigen, den Beamten seines Ressorts den Dank und die Anerkennung des Gemeinderates für diese einmalige mustergültige Arbeit auszusprechen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

GR. Dr. Soswinski (VO) spricht sich gegen die Ermächtigung an den Stadtrat für Finanzwesen aus, Ausgabeansätze zu sperren, falls die Kassenlage es erfordert. Da allein der Finanzreferent die Kassenlage kennt, könnte er in Handhabung dieser Bestimmung das gesamte Budgetrecht des Gemeinderates in Frage stellen. Die derzeit günstige Kassenlage der Stadt werde es selbst bei rückläufigen Einnahmen nicht notwendig machen, diese Ermächtigung auszunützen.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Resch betont in seinem Schlußwort, er habe von dieser Ermächtigung noch nie Gebrauch gemacht und werde auch im kommenden ^{Jahr} hoffentlich keine Gebrauch machen müssen. Man müsse aber dem Finanzreferenten das Recht zubilligen, wenn die Kassenlage es erfordert, Ausgaben zu verweigern.

Sollte dieser Fall eintreten, werde Stadtrat Resch selbstverständlich sofort den Gemeinderat davon verständigen und die Zustimmung des Gemeinderates zu einer solchen Maßnahme einholen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten gegen die Stimmen der VO angenommen.

Debatte über die Opernkreuzung

Hierauf wird die restliche Tagesordnung erledigt.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) referiert einen Antrag, nach dem die durch den Umbau der Opernkreuzung erforderliche Umlegung der im Baubereich liegenden Wasserleitungsrohrstränge mit einem Kostenbetrag von 1 Million Schilling genehmigt werden soll. Es handelt sich hier um die notwendigen Vorarbeiten für die Schaffung eines Tunnels an der Opernkreuzung, Zugleich mit der Verlegung der Wasserleitungsrohre sollen auch Rohre der Gaswerke eingebaut werden. Der Gemeinderatsausschuß VI und auch der Stadtsenat haben diesem Vorhaben bereits zugestimmt.

GR. Dipl. Ing. Gruber (ÖVP) nimmt zu dem Antrag Stellung und stellt fest, daß die Presse alarmierende Meldungen über die Planung der Opernkreuzung brachte. Nach den Zeitungsmeldungen soll auch die Frage der Ein- und Ausstiege noch ungeklärt sein. Es müsse darauf Bedacht genommen werden, durch den Einbau der Ein- und Ausstiege die Verkehrslage nicht noch zusätzlich zu erschweren.

Stadtrat Thaller (SPÖ) stellt dazu fest, daß es keinerlei Gründe zu alarmierenden Nachrichten gebe. Er habe bereits anläßlich seines Referates über die Opernkreuzung gesprochen und kann auch heute versichern, daß selbstverständlich bei den Planungen alle Fragen restlos geklärt werden. Dann erst wird tatsächlich mit dem Bau begonnen werden. Natürlich gibt es einige Schwierigkeiten. So sind derzeit noch Verhandlungen mit den Eigentümern der Gründe an der Meinel-Ecke und des Heinrichshofes im Gange, um die Abgänge in die Tunnels von diesen Häusern ausmachen zu können. Müßten die Abgänge durch den Widerstand der Grundeigentümer in die Gehsteige verlegt werden, würde natürlich eine gewisse Verengung des jetzt flüssigen Fußgängerverkehrs entstehen. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Gemeinde Wien mit den Eigentümern zu einer Einigung kommt, die für sie keinerlei Nachteile bringen würde.

./.

Einen Zugang von der Oper in die Unterführung zu machen, hält Stadtrat Thaller aus verschiedenen technischen Gründen als nicht zweckmäßig. Es ist geplant, einen derartigen Einstieg von den Gehsteigen vor der Oper, die gerade dort sehr breit sind, zu bauen. Der Gemeinderat könne vollkommen beruhigt sein. Wenn die endgültigen Planungen für die Unterführung der Opernkreuzung vorliegen, werden die zuständigen Körperschaften der Gemeindeverwaltung die letzten Pläne zu beurteilen haben.

GR. Fürstenhofer stellt fest, Stadtrat Thaller habe die Anfrage bereits beantwortet, er bitte daher dem Antrag zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Fürstenhofer referierte sodann über den Ankauf einer Liegenschaft in der Kastnergasse im 17. Bezirk. Es wurden diesbezügliche Verhandlungen bereits seit Jahren geführt. Schon im Jahre 1952 wurde ein Vergleich geschlossen, nach dem dem Grundeigentümer 80.000 Schilling für den Grund und die Übersiedlungskosten zugebilligt wurden. Es hat dann jedoch die Finanzkammer der Erzdiözese Wien ein Rückstellungsansuchen hinsichtlich eines Drittelanteiles eingebracht. In langwierigen Verhandlungen wurde beschlossen, der Finanzkammer entsprechend dem Kaufpreis ein Drittel der Kosten zuzubilligen. Nun endlich ist ein Kaufvertrag zustande gekommen. Der Kaufpreis pro Quadratmeter beträgt 102 Schilling. Er wurde von der zuständigen Magistratsabteilung als vertretbar bezeichnet.

GR. Maller (VO) stellt fest, daß er bereits in der Debatte über die Geschäftsgruppe VI zu diesem Grundkauf Stellung genommen habe. Seine Fraktion ist der Auffassung, es handle sich hier um Praktiken des Prinke-Vereines, der Gemeinde Baugründe für den sozialen Wohnungsbau abzujagen. Die Gemeinde müsse alle Schritte unternehmen, um Baugründe zum billigsten Preis in die Hand zu bekommen.

GR. Fürstenhofer bezeichnet es als unrichtig, daß in diesem Fall der Verein der Freunde des Wohnungseigentums den Grund kaufen wollte. Er ersucht um Annahme des Antrages.

Der Antrag wurde ohne die Stimmen der VO angenommen.

./.

Wiener Landtag

=====

Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag im Anschluß an den Gemeinderat zu einer kurzen Sitzung zusammen, um über drei Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung zweier Landtagsabgeordneter zu beraten. Vorher gab der in der konstituierenden Sitzung des Landtages zum 3. Präsidenten gewählte Abgeordnete Sigmund die Erklärung ab, daß er die auf ihn gefallene Wahl annehme.

Der Vorsitzende teilte mit, er habe die Einberufung der heutigen Sitzung veranlaßt, weil die Behandlung der Auslieferungsbegehren mit dem heutigen Tage terminisiert sei.

Abg. Dr. Ing. Hengl referierte sodann über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Sajdik (ÖVP) wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre in zwei Fällen. Abg. Sajdik hat seine Auslieferung begehrt. Das Immunitätskollegium ist jedoch zu dem Entschluß gekommen, der Auslieferung nicht stattzugeben.

Abg. Treytag referierte über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Leinkauf, gleichfalls wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre. Auch in diesen Fall empfahl das Immunitätskollegium, das Auslieferungsbegehren abzulehnen.

In allen drei Fällen schloß sich der Wiener Landtag ohne Debatte einstimmig den Anträgen des Immunitätskollegiums an, die Abgeordneten nicht auszuliefern.

Präsident Marek schloß um 19.15 Uhr die Sitzung. Die nächste Sitzung des Wiener Landtages findet morgen, Mittwoch, den 22. Dezember, um 9 Uhr, statt. Zur Beratung stehen ein Gesetzentwurf, wonit Bestimmungen über die Bezugsvorschüsse erlassen werden, sowie die Wiederholung des Gesetzbeschlusses über das Naturschutzgesetz.

Im Anschluß daran tritt wieder der Wiener Gemeinderat zusammen, um über die Ansätze der Geschäftsgruppe XII, Städtische Unternehmungen für das Jahr 1955 zu beraten.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 22./Dezember 1954

Blatt 2412

Wiener Stadthalle nach 100 Arbeitstagen

=====

22. Dezember (RK) Der schöne Herbst und die andauernd milde Witterung des heurigen Winters haben auch auf der Großbaustelle der Wiener Stadthalle die Einhaltung der Bauterminne begünstigt. Am gestrigen Tag, dem hundersten seit Beginn der Bauarbeiten auf dem Vogelweidplatz, waren die Arbeiten an allen Bauteilen in vollem Gange. Beim größten Objekt, der Haupthalle, wird schon an der Fertigstellung der Fundamente gearbeitet. Über dem Mittelteil des Eingangsgeschosses erhebt sich bereits die Decke und auch die mächtigen Säulengruppen in den vier Ecken der Halle stehen schon. Die Arbeiten an den Kelleraußenwänden und den Heizkanälen unter der Haupthalle sind gleichfalls weit fortgeschritten.

Die Gymnastikhalle steht seit mehreren Wochen unter Dach und am Objekt der Ballspielhalle wird gegenwärtig die Erdgeschoßdecke betoniert. Auch die Kellerräume der Eishalle und des Restaurant- und Verwaltungsgebäudes wurden bereits in Angriff genommen und zum Teil schon fertiggestellt.

Der erste Bauteil auf dem Vogelweidplatz, der Wohnungen, Garagen und Werkstätten für den Betrieb der Stadthalle umfaßt, ist bis auf kleine Arbeiten beendet, gleichfalls die für den Red Star-Club von der Gemeinde Wien errichteten Ersatzbauten.

Trotz dem nahenden Jahresende sind auf der Baustelle immer noch 250 Arbeitskräfte beschäftigt. Das Stadtbauamt hat Vorsorge getroffen, daß auf dem Vogelweidplatz, so weit es geht, auch im Winter weiter gebaut werden kann.

- - -

80. Geburtstag von Rosa Albach-Retty
=====

22. Dezember (RK) Am 26. Dezember vollendet Kammerschauspielerin Prof. Rosa Albach-Retty das 80. Lebensjahr.

Als Sproß einer Schauspielerfamilie in Hannau geboren, wurde sie schon im Elternhaus künstlerisch ausgebildet und debütierte mit 17 Jahren am Deutschen Theater in Berlin, von wo sie ans Lesingtheater übersiedelte. Im Dezember 1894 wurde sie ans Deutsche Volkstheater in Wien engagiert und setzte sich rasch durch. 1903 erfolgte ihre Berufung ans Burtheater, dem sie seither angehört und dessen Ehrenmitglied sie ist. Frau Albach-Retty bot in zahlreichen Stücken Glanzleistungen der darstellenden Kunst, die auch ihre außerordentliche Vielseitigkeit bekunden. Ihre besondere Stärke liegt in der Komik und ihre Interpretation der Rollen dieses Faches umfaßt die ganze Stufenskala von der subtilsten bis zur drastisch-komischen Ausdrucksgestaltung. Auch der Film gab ihr oft Gelegenheit zu einer erfolgreichen künstlerischen Betätigung.

Bürgermeister Jonas und Stadtrat Mandl haben der Jubilarin herzliche Glückwünsche entboten.

- - -

Beim Aufspringen tödlich verunglückt
=====

22. Dezember (RK) Gestern abend versuchte der 50jährige Maschinenhändler Gottfried Mrazek auf dem Stubenring auf die hintere Triebwagenplattform eines Bk-Wagens aufzuspringen. Dabei stürzte er, kam unter die vordere Plattform des Beiwagens und erlitt so schwere Verletzungen, daß er noch auf dem Transport ins Krankenhaus verschied. Der Unfall verursachte eine Verkehrsstörung von 18 Minuten.

- - -

Feiertagswünsche für den Bürgermeister

=====

22. Dezember (RK) Heute früh besuchte eine Abordnung von Lehrern und Jugendlichen Bürgermeister Jonas im Rathaus. Sie überbrachten ihm die Weihnachtswünsche der Buben und der Mädels aus den Werkstätten der Aktion "Jugend am Werk". Als Weihnachtsgeschenk übergaben sie ihm eine reizende Gruppe "Schneewittchen und die sieben Zwerge", ein kleines Meisterwerk aus ihrer keramischen Werkstätte. Anschließend besuchten sie Vizebürgermeister Honay, um ihm ebenfalls die Wünsche der Jugendlichen zu überbringen.

Die nächsten Gratulanten im Wiener Rathaus waren Lehrer und Schüler der Wiener Berufsschulen. Landeschulinspektor Ing. Hermann übermittelte die Feiertagsgrüße des Lehrkörpers. Ein Lehrling und ein Lehrlin überreichten dem Bürgermeister im Namen der 40.000 Wiener Berufsschüler kleinere Gegenstände, durchwegs schöne Beispiele der Handfertigkeit unseres gewerblichen Nachwuchses. Bürgermeister Jonas revanchierte sich mit Büchern.

- - -

Wiener Landtag

=====

22. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag neuerlich zusammen. Auf der Tagesordnung standen eine Gesetzesvorlage, womit Bestimmungen über die Bezugsvorschüsse im Sinne des Beamten-Überleitungsgesetzes erlassen werden und ein Beharrungsbeschluß über das Naturschutzgesetz.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung referierte Stadtrat Dr. Migsch (SPÖ). Bisher waren die Bestimmungen über die Zahlungen von Bezügen an Bedienstete, die nicht verwendet werden, weiter in Geltung geblieben. Bei vielen Bediensteten, die sich nach dem 27. April 1945 zum Dienst gemeldet hatten, zog sich die Entscheidung darüber, ob sie in den Personalstand übernommen oder ausgeschieden werden sollen, hinaus. Da Nachzahlungen für solche Personen, die seit Jahren andere Berufe ausüben, nicht gerechtfertigt sind, hat der Nationalrat im Juni 1954 ein Gesetz beschlossen, wonach solchen Personen aus einem derartigen Dienstverhältnis zum Bund Bezugsvorschüsse nicht zustehen. Da die Stadt Wien bisher die Bezugsvorschüsse für nicht verwendete Bedienstete nach den für die Bundesbediensteten geltenden Normen festgesetzt hat, will sie auch hinsichtlich der Bestimmungen über die Bezugsvorschüsse im Sinne des Beamten-Überleitungsgesetzes mit dem Bund übereinstimmen. Das soll durch Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes geschehen.

Über den zweiten Punkt der Tagesordnung referiert Stadtrat Mandl (SPÖ). Der Wiener Landtag hat am 18. Juni 1954 einstimmig das Gesetz über den Schutz und die Pflege der Natur, das Naturschutzgesetz, beschlossen. Es wurde jedoch innerhalb der gesetzlichen achtwöchigen Frist durch die Bundesregierung gegen den Gesetzesbeschluß wegen Gefährdung der Bundesinteressen Einspruch erhoben. Der Einspruch richtet sich zum Beispiel dagegen, daß die Gemeinde Wien durch das Naturschutzgesetz die Möglichkeit der Entzweiung von Naturschutzgebieten hat.

Der Bund verlangt Bestimmungen, wonach bundeseigene Liegenschaften von dieser Enteignung ausgenommen werden. Dazu stellt Stadtrat Mandl fest, daß es in Wien überhaupt keine Naturschutzgebiete gibt, die dem Bund gehören. Das Bestreben des Bundes gehe anscheinend dahin, den Naturschutz bei Bundesgrundflächen und Bundesvorhaben überhaupt auszuschließen, also gerade jenen Zustand zu sanktionieren, der durch das neue Naturschutzgesetz beseitigt werden soll.

Ein weiterer Einwand beschäftigt sich mit dem Verbot des Aussetzens land- und standortfremder Pflanzen oder Tiere ohne Bewilligung des Magistrates, da darin eine Beeinträchtigung der Verfügungsmacht der Forstwirtschaft gesehen wird. Stadtrat Mandl ist jedoch der Meinung, daß mit Rücksicht auf die drohende mögliche Veränderung der heimischen Pflanzen- und Tierwelt diese Beschränkung unbedingt notwendig ist. Auch andere Bundesländer, wie zum Beispiel Tirol, haben gleiche Bestimmungen. Ein weiterer Einspruch richtet sich dagegen, daß bei Verfahren, in denen Naturschutzfragen berührt werden, der Magistrat hiervon zu verständigen und heranzuziehen ist. Diese Bestimmung soll jedoch eine entsprechende und wünschenswerte Koordinierung der einschlägigen behördlichen Tätigkeiten mit jenen der Naturschutzbehörde ermöglichen. So soll zum Beispiel auch bei größeren Bauvorhaben, wie dem Bau der Autobahn, auch vom Standpunkt des Naturschutzes entschieden werden.

Stadtrat Mandl stellt abschließend den Antrag, den Gesetzesbeschluß des Wiener Landtages vom 18. Juni 1954 über den Schutz und die Pflege der Natur zu wiederholen und anzunehmen.

Beide Vorlagen wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

Präsident Marek stellt fest, daß mit der neuerlichen Beschlußfassung des Naturschutzgesetzes nun endgültig die Veränderung des Landschaftsbildes innerhalb der Grenzen unserer Stadt verhindert werden wird. Die dauernde Existenz unseres Wiener Waldes, eine Herzensangelegenheit der Wiener, aber auch eine Verpflichtung aller Wiener, und die Möglichkeit seiner pfleglichen Erhaltung sind durch dieses Gesetz gesichert.

Wiener Gemeinderat
=====

Die Bilanzen 1953 der Städtischen Unternehmungen

Bürgermeister Jonas eröffnet die Sitzung des Gemeinderates um 9.30 Uhr. An Stelle des GR. Sailer (SPÖ), der seine Funktion im Ausschuß zurückgelegt hat, wird GR. Glinz (SPÖ) in den Ausschuß für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform gewählt.

31 Anträge des Stadtsenates werden ohne Wortmeldung und Debatte genehmigt. Hierauf werden die Bilanzen 1953 der Städtischen Unternehmungen behandelt. Berichterstatter ist Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP). Er teilt mit, daß die Städtischen Unternehmungen im Jahre 1953 in ihren Rechnungsabschlüssen einen Abgang von 25,7 Millionen gegenüber einem angenommenen Abgang von 20,4 Millionen aufwiesen, somit um etwa 5 Millionen Schilling ungünstiger gebarten als veranschlagt. Die einzelnen Unternehmungen schlossen ihre Erfolgsrechnung wie folgt ab:

	Gewinn oder Verlust
E-Werke	- 6,1 Millionen Schilling
Gaswerke	- 39,7 " "
Verkehrsbetriebe	+ 22,8 " "
Städtische Bestattung	- 3,0 " "
<hr/>	
Wiener Stadtwerke (Summe):	- 26,0 Millionen Schilling
Brauhaus der Stadt Wien	+ 0,1 " "
Gowista	+ 0,2 " "
<hr/>	
Gesamtabgang:	- 25,7 Millionen Schilling

Diese Jahresergebnisse der Teilunternehmungen sind nach Beitragsleistungen der E-Werke von 92 Millionen, der Gaswerke von 74,3 Millionen und der Bestattung von 5 Millionen Schilling, insgesamt also von 171,3 Millionen Schilling an die Verkehrsbetriebe zustande gekommen.

Bei den E-Werken war 1953 eine weitere Steigerung des Gesamtenergiebetrages um 4.3 Prozent auf 1.084,4 Millionen Kilowattstunden zu verzeichnen. Die verkauften Strommengen erhöhten sich auf 876,2 Millionen Kilowattstunden. Der Gasverkauf war mit 321,6 Millionen Kubikmeter um 1 Prozent höher als im Jahre 1952. Straßenbahn, Stadtbahn, Autobus und Obus beförderten insgesamt 541,455.931 Fahrgäste, um 1.35 Prozent mehr als 1952. Die Prognosen für das Jahr 1953 wurden zur Gänze übertroffen, wobei insbesondere zu erwähnen ist, daß an Stelle eines angenommenen verringerten Gasabsatzes ein erhöhter Absatz eingetreten ist.

Die Gesamteinnahmen der Wiener Stadtwerke betragen 2.080,7 Millionen, denen Gesamtausgaben von 2.106,8 Millionen Schilling gegenüberstanden.

Die Anlagenzugänge betragen 1953 bei den Stadtwerken etwa 320 Millionen Schilling, wovon auf die E-Werke 147 Millionen, auf die Gaswerke 74 Millionen, auf die Verkehrsbetriebe 97 Millionen und auf die Bestattung 2 Millionen entfallen. Gegenüber dem Präliminare hoben die E-Werke um 3,4 Millionen, die Gaswerke um 1,5 Millionen und die Verkehrsbetriebe um 31 Millionen weniger investiert.

Das ungünstigere Bilanzergebnis der E-Werke ist hauptsächlich auf den um rund 38,5 Millionen höheren Beitrag an die Verkehrsbetriebe zurückzuführen. Auch das Bilanzergebnis der Gaswerke wurde durch die um 31,8 Millionen höhere Beitragsleistung an die Verkehrsbetriebe, weiter durch einen geringeren Koksverkauf zu niedrigeren Preisen und andererseits durch geringere Kohlenkosten maßgeblich beeinflusst. Das scheinbar günstigere Jahresergebnis der Verkehrsbetriebe ist vor allem eine Folge der von 96 Millionen auf 171 Millionen gestiegenen Beitragsleistung der anderen Unternehmungen. Bei der Bestattung hätte sich bei Nichtberücksichtigung dieser Beitragsleistung ein Reingewinn von fast 2 Millionen Schilling ergeben. Der Bierausstoß des Brauhauses erhöhte sich um 4.2 Prozent.

Abschließend stellt der Referent fest, daß der Optimismus, der in das Jahr 1953 gesetzt worden ist, im großen und ganzen bestätigt und erhärtet wurde. Diese Feststellung darf uns, wie der Stadtrat betont, mit Zufriedenheit erfüllen, besonders auch des-

halb, weil sie der Auftakt für eine weitere noch günstigere Entwicklung im Jahre 1954 und, wie zu hoffen ist, auch im Jahre 1955 gewesen ist.

Berichterstatter beantragt, die Rechnungsabschlüsse der Städtischen Unternehmungen zur Kenntnis zu nehmen. Debatte und Abstimmung werden mit dem Voranschlag 1955 in einem erfolgen.

- - -

"Das gute Bild für jeden" am Heiligen Abend
=====

22. Dezember (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien veranstaltete Ausstellung "Das gute Bild für jeden" in den Räumen der Secession ist am 24. Dezember nur von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Zu den Weihnachtsfeiertagen sowie an den Wochentagen ist die Ausstellung, in der bereits 351 Arbeiten zu einem Gesamtbetrag von 79.723 Schilling verkauft wurden, bis 30. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

- - -

Pferdemarkt vom 21. Dezember
=====

22. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 201 Pferde, davon 11 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 186, als Nutztiere 3 verkauft. Unverkauft blieben 12 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 3, Niederösterreich 107, Steiermark 10, Oberösterreich 48, Burgenland 23, Kärnten 7, Salzburg 3.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen

=====

Geschäftsgruppe XII: Städtische Unternehmungen

Hierauf referiert Stadtrat Dkfm. Nathschläger die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1955. Die Wiener Städtischen Unternehmungen legen ihren Voranschlag für das Jahr 1955 unter zwei großen Aspekten vor: einmal befindet sich Österreich nach wie vor in einer Hochkonjunktur mit einer Stärkung der Massenkaufkraft, zum anderen befinden wir uns am Anfang einer fünfjährigen Funktionsperiode des Wiener Gemeinderates, die, wie wir alle hoffen, neue gemeinsame, große Erfolge einer konstruktiven Zusammenarbeit im Wiener Rathaus bringen wird.

Seit zwei Jahren werden in Österreich große Projekte, an die wir uns in früheren Jahrzehnten nicht einmal herantrauten, nicht nur geplant, sondern auch realisiert. Ihre Realisierung ist nur möglich, wenn die zur Verfügung stehenden Gelder sparsamst und korrekt verwendet werden. Zu diesen sparsamen und korrekten Wirtschaften muß noch ein von Dynamik erfüllter Wille hinzutreten, der unter Umständen auch bereit ist, gewisse Risiken in Kauf zu nehmen. Das aber ist bisher ein hervorstechendes Zeichen für die Wirksamkeit unseres Finanzministers Dr. Kamitz gewesen.

Aus der Budgetrede des Stadtrates Resch sei zu entnehmen, daß keine der mit uns in Verbindung stehenden ausländischen Banken bereit ist, uns Kredite zu geben, solange wir besetzt sind. Darum müßte zunächst der inländische Kapitalmarkt herangezogen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Konditionen bei österreichischen Bankinstituten noch wesentlich höher sind, als auf ausländischen Finanzmärkten. Denn Wien ist heutzutage bereits vor Probleme gestellt, die dringlich gelöst werden müssen, weil sonst nur schwer wiedergutzumachende und nur mit hohen Kosten reparable Fehler resultieren können.

Da große Aufgaben nach ihrer Dringlichkeit und finanziellen Durchführbarkeit geordnet werden müssen, ergeben sich vor allem für die Wiener Verkehrsbetriebe und für die Elektrizitätswerke höchst aktuelle Schlußfolgerungen. Es handelt sich in erster Linie um die Verkehrsnot der Städte und die Deckung des immer größer werdenden Energiebedarfes. ./.

Zur Lösung des Verkehrsproblems forderte zum Beispiel der zuständige Münchner Stadtrat eine Unterpflaster-Straßenbahn und die Bereitstellung einer zweiten Verkehrsebene für den Massenverkehr. Da die Verkehrsnot auch in Wien bereits drastische Formen angenommen hat, begrüße ich die Absicht, enestens eine Verkehrsenquete einzuberufen, wobei durch in- und ausländische Fachexperten eine Generallinie festgelegt werden soll. Allerdings dürfte ein so zustande gekommener Generalverkehrsplan nicht irgendwo abgelegt werden, sondern er müßte von vornherein aus Budgetmitteln und Krediten Deckung finden. Aus den Ausführungen des Bürgermeisters schöpfe ich die Hoffnung, daß die Forderung nach einem rascheren und sichereren Großstadtverkehr nach den Wohnungssorgen an zweiter Stelle rangiert.

Vieles ist in den vergangenen Jahren zur Erneuerung und Modernisierung des Fahrparkes der Wiener Verkehrsbetriebe geschehen, mehr noch hätte geschehen können, wenn die österreichischen Waggonfabriken ihren Lieferversprechungen besser nachgekommen wären. So ist bei der Straßenbahn eine Verminderung um 2.261 Plätze entstanden. In Hinkunft müssen anstelle von modernisierten alten Wagen in größerem Umfange neue, moderne Fahrbetriebsmittel in den Verkehr gestellt werden, was nur die großräumigen Typen sein können. Diese Forderung erhält aber durch das vorliegende Budget eine arge Beeinträchtigung, da mit 85 Millionen Schilling um 11 Millionen weniger hierfür eingesetzt sind als für 1954. Für die in den nächsten 10 Jahren außer Verkehr zu stellenden 1.653 Wagen der Straßenbahn würden, unter Berücksichtigung der erhöhten Reisegeschwindigkeit, 1.000 Großraumwagen genügen. Hierfür wären in den folgenden 10 Jahren 1.200 Millionen Schilling notwendig. Daher muß auch dafür ein langfristiger Finanzplan aufgestellt werden. Im Jahr 1955 erscheint die Kapazität der Waggonfabriken noch nicht ausgeschöpft, nun aber fehlt es in einem gewissen Umfange wieder an den erforderlichen Mitteln.

Das zweite große Problem besteht in einer möglichst reibungslosen Versorgung der Bevölkerung mit elektrischer Energie. Wir rechnen bei den Elektrizitätswerken im Jahre 1955 mit einem Stromverkauf von 1,062 Millionen kWh gegenüber einem Ansatz pro 1954 von 872 Millionen kWh. Gegenüber dem Jahre 1953, in welchem tat-

sächlich 876 Millionen kWh verkauft worden sind, ergibt sich eine Steigerung um nicht weniger als 21 Prozent. Der Mehrverbrauch wird etwa zu einem Drittel von den Haushaltabnehmern und zu zwei Dritteln von Industrie und Gewerbe konsumiert. Die Bedarfsanmeldungen sind nach wie vor im Steigen, und es wird auf einer erhöhten Basis mit einem jährlichen Erfahrungs-Plus von 7 Prozent zu rechnen sein. Diese 7 Prozent von rund 1 Milliarde verkauften Stromes bedeuten schon wieder eine zusätzliche Vorsorge für mindestens 70 Millionen kWh je Jahr. Am Ende des siebenten Jahres ergibt sich dann ein um 900 Millionen kWh größerer Energiebedarf.

Es ergeben sich zwei Kardinalforderungen: Die eine bezieht sich darauf, auf der Produktionsseite ab 1956 nach einem mit der Verbundgesellschaft abzusprechenden Plan neue Investitionen auf der kalorischen Basis vorzusehen, und die andere müßte schon für das Jahr 1955 eine Vergrößerung des Investitionsvolumens auf dem Gebiete der Leitungsnetze zum Gegenstand haben. Eine Entscheidung wird schon in nächster Zeit aktuell werden, wobei natürlich die Verbundgesellschaft an der Finanzierung dieser Erweiterungen dieses kalorischen Kraftwerkes in Simmering ihren gesetzlichen Anteil zu tragen haben wird.

Was die Gasversorgung anlangt, stehen die Wiener Gaswerke auf dem Standpunkt, daß die vorhandene Kapazität durch einen Anschluß zusätzlicher Hoffnungsgebiete, vor allem in Niederösterreich, möglichst ausgeschöpft werden soll. Denn in der Gasversorgung haben wir noch eine auszuschöpfende freie Kapazität.

Im Rahmen der begünstigten Elektro- und Gasgeräteaktion wurden in den ersten 11 Monaten des Jahres 1954 33.063 Geräte und Installationen im Gesamtwert von rund 91 Millionen Schilling bestellt (im ganzen Jahr 1953 waren es 15.811 Geräte), darunter 16.436 Herde, rund 2.700 Durchlauferhitzer, rund 3.000 Kühlschränke, 767 elektrische Waschmaschinen und 2.827 Badezimmer. Die Zahl der Installationsaufträge betrug 5.604. Im Vorjahr erbrachte die normale Gasgeräteaktion einen Umsatz von 40,9 Millionen Schilling. Gegenüber dem Vorjahr sind somit sowohl die Anzahl der Geräte wie auch die Beträge um mehr als das Doppelte gestiegen.

Im folgenden beschäftigt sich der Referent mit den Erfolgsplänen der Städtischen Unternehmungen. Die E-Werke rechnen mit einer Erhöhung des Stromverkaufes auf 1.062 Millionen Kilowattstunden. Die Gaswerke nehmen den Verkauf mit 400,800.000 Kubikmeter an, das entspricht einer Erhöhung um 26.7 Prozent. Die Verkehrsbetriebe rechnen mit einer Beförderungsleistung von 548,200.000, eine Steigerung von 2 Prozent. Die Städtische Bestattung nimmt die Bestattungsfälle mit 23.500 an. Das Brauhaus rechnet mit einer Erhöhung seines Bierverkaufes auf 145.000 Hektoliter. Die Gewista rechnet mit Einnahmen von 11,231.000 Schilling.

In den Erfolgsplänen des E-Werkes und des Gaswerkes sind als Subvention für die Verkehrsbetriebe zusammen 198,5 Millionen Schilling berücksichtigt, dazu kommen 3,5 Millionen von der Städtischen Bestattung. Trotzdem können die Verkehrsbetriebe für 1955 nur 133 Millionen für Investitionen ausgeben, um 15 Millionen weniger.

Gesamterträgen von 2.336,345.400 Schilling aller sechs Unternehmungen stehen Aufwendungen von 2.337,289.000 Schilling gegenüber. Die Erträge sind gegenüber 1954 um 12,6 Prozent, die Aufwendungen um 12,2 Prozent gestiegen. Der Referent wies besonders darauf hin, daß diese Erträge nicht weniger als 76,6 Prozent der Einnahmen des gesamten ordentlichen Budgets der Hoheitsverwaltung erreichen, die Aufwendungen 71,6 Prozent aller Ausgaben der Hoheitsverwaltung. Die Forderungen an die russische Besatzungsmacht stehen noch mit 25,5 Millionen Schilling zu Buch. Die Forderungen an die USIA-Betriebe belaufen sich auf 3,4 Millionen.

Der Personalstand aller Unternehmungen beträgt 20.913, darunter 275 Jugendliche. Der Stand der Pensionsparteien wird 1955 für die Stadtwerke 18.738 erreichen, um 395 Pensionisten mehr. Bei den Verkehrsbetrieben ist der Stand der Pensionisten mit 13.527 sogar größer als der Stand der Aktiven mit 13.274. Der gesamte Personalaufwand beträgt im Voranschlag 1955 947,576.800 Schilling.

Der gesamte Investitionsumfang aller Unternehmungen beläuft sich im Jahr 1955 auf 389,611.000 Schilling, um 1,6 Millionen weniger als im Voranschlag 1954. Die Investitionssumme der Stadtwerke erhöht sich jedoch um 1,8 Millionen auf 387,319.000 Schilling.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger erwähnte unter den Investitionen der E-Werke u.a. den Abschluß des Ausbaues des Umspannwerkes Nord, die Fertigstellung des Umspannwerkes Mödling und den Beginn eines neuen Umspannwerkes in der Kaunitzgasse sowie in der Neubadgasse.

Unter den Investitionen der Gaswerke sind hervorzuheben: Investitionen in den Werken Simmering und Leopoldau, für das Straßenbaunetz, für Rohrleitungen in Siedlungen und Randgebieten sowie die Anschaffung von 38.000 neuen Gasmessern.

Die Verkehrsbetriebe investieren für Verbesserung von Gleisanlagen und für die Erneuerung des Fahrparkes. Mit den vorhandenen Geldmitteln können 36 Großraumzüge angeschafft werden, 28 Großraum-Beiwagen sowie 29 auf Fließverkehr umgebaute Triebwagen. Für die Stadtbahn ist die Lieferung von 25 Trieb- und Beiwagen gedeckt und schließlich können noch 15 Autobusse angeschafft werden. Zusammen also 133 Einheiten. Bezüglich der Lieferung von Großraumwagen, sagte der Referent, bin ich restlos enttäuscht worden. Von 63 in Auftrag gegebenen Einheiten wurden erst zwei, nämlich der erste Großraumzug, geliefert. Bis Ende Dezember ist die Lieferung von 5 Großraum-Beiwagen in Aussicht gestellt worden. Hingegen wurden von den Umbau-Stadtbahnwagen 90 Stück der Serie von 97 Stück bereits geliefert. Der Rest folgt im Jänner. Desgleichen wurden 18 umgebaute Triebwagen, die in den letzten Wochen auf der Linie 62 eingesetzt worden sind, zur Gänze geliefert. Auch beim Autobusbetrieb wurden statt 15 insgesamt 22 Wagen geliefert. Mit Ausnahme der so notwendigen Großraumtypen wurde also das übrige Wagenbauprogramm erfüllt und in mancher Hinsicht überschritten. Mit Ende Oktober waren ferner 425 Wagen mit elektrischen Schienenbremsen und 129 Wagen mit einer sogenannten Vorerregung und 124 Wagen mit Neonbeleuchtung ausgerüstet.

Das Wagenbauprogramm 1955 wird nach den letzten Zusicherungen der Waggonfabriken noch vor dem Herbst nächsten Jahres erfüllt sein. Bei Einhaltung der Zusagen werde es möglich sein, die Linie 46 zur Gänze mit Großraumzügen zu betreiben und auch die Linie 0

auf großräumige Typen umzustellen. Die Verkehrsbetriebe werden somit in der Lage sein, nicht nur die Linie 8 und 118 sondern auch die Linien 62, 46 und 0, also fünf sehr frequentierte Linien mit modernen Wagen zu betreiben. Vielleicht wird es auch noch möglich sein, mit der Umstellung der Linie 49 auf Großraumverkehr zu beginnen.

Die arbeitsbeschaffende Tätigkeit der städtischen Unternehmungen erschöpft sich jedoch nicht bloß in den Aufträgen für Investitionen. Dazu kommt noch der sogenannte Sachaufwand, sodaß insgesamt 1.657,9 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Abschließend sagte der Referent, wenn man das Budget 1955 der städtischen Unternehmungen objektiv betrachtet, muß man zugeben, daß die Unternehmungen mit Erfolg bemüht waren, trotz der vergrößerten Anforderungen den Wünschen der Bevölkerung zu entsprechen. Der Bericht hat aber auch gezeigt, daß die Unternehmungen ohne fremde Hilfeleistungen allein nicht durchkommen können. Stadtrat Dkfm. Nathschläger regte daher an, in nächster Zeit eine ausführliche Beratung aller energiewirtschaftlichen Fragen durchzuführen. Er ersuchte den Gemeinderat sowie die leitenden Funktionäre der Unternehmungen, ihm bei der zu bewältigenden Aufgabe zu unterstützen und dankte abschließend der gesamten Belegschaft der Städtischen Unternehmungen für die bisher so erfolgreiche Zusammenarbeit. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Konstituierung der Bezirksvertretungen in Döbling und Floridsdorf
=====

22. Dezember (RK) Heute vormittag nahm Stadtrat Afritsch in Vertretung des Bürgermeisters die Angelobung der Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher in Döbling und Floridsdorf vor. Im 19. Bezirk wurde wieder Karl Schwendrler (SPÖ) zum Bezirksvorsteher und Dr. Leopold Kletter (ÖVP) zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Auch in Floridsdorf wurden der bisherige Bezirksvorsteher Ernst Theumer (SPÖ) und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ing. Karl Marksteiner (ÖVP) wiedergewählt.

Somit wurde die Konstituierung der neugewählten Bezirksvertretungen und die Wahl der Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter in allen 23 Bezirken Wiens abgeschlossen. Die SPÖ hat nach dem Wahlergebnis vom 17. Oktober in 16 Wiener Bezirken, die ÖVP in sieben Bezirken den Bezirksvorsteher gestellt.

- - -

Debatte über die Städtischen Unternehmungen

=====

Die Debatte wird unter einem über die Bilanzen 1953 und die Wirtschaftspläne 1955 abgehalten. Als erster Redner spricht GR. Maller (VO). Er bezeichnet die veranschlagten Abgänge als überhöht. So wurde die Summe für Abschreibungen und Wertberichtigungen von zirka 91 Millionen auf 224 Millionen erhöht. Es wurde hier von den Möglichkeiten der vielfältigsten Abschreibungen Gebrauch gemacht, um nur ja der Bevölkerung einreden zu können, daß die Stadtwerke keinerlei Forderungen erfüllen können. Dazu ist festzustellen, daß der normale Betriebsaufwand der Straßenbahn bereits im Jahre 1953 von den Fahrgästen bezahlt wurde. Die Ursachen des sogenannten Defizites seien darin zu suchen, daß die Stadt Wien den Verkehrsbetrieben seit ihrer Gründung noch nie aus eigenen Mitteln einen Wagenpark zur Verfügung gestellt hat. Die Anschaffung eines neuen Wagenparkes auf Kosten der Straßenbahnbenützer sei jedoch eine Unmöglichkeit. Ebenso wenig dürften die Erlöse aus Gas und Strom für diesen Zweck verwendet werden.

Eine dringende Forderung sei auch die Abschaffung der Einhebung von Grundgebühren bei Strom und Gas, die die kleinen und mittleren Haushalte finanziell schwer belasten. Der Redner stellt den Antrag, die kleinen und mittleren Haushalte von der Entrichtung dieser Grundgebühren zu befreien.

Als ungerechtfertigt bezeichnet der Redner die Leistung der Gebrauchsgebühren, die die Stadtwerke sehr belasten.

Die Steigerung im Gasabsatz führt der Redner auf die Eingliederung verschiedener außerhalb Wiens liegender Orte in das Wiener Gasnetz zurück. Auch die Bilanz der Gaswerke hat sich durch die Gebrauchsgebühren entscheidend verschoben. Der Redner stellt einen Antrag auf Herabsetzung der Gastarife.

Bedeutendes Augenmerk müsse auch der Stromversorgung zugewendet werden. Es wurde eine Gas- und E-Geräte-Aktion geschaffen, jedoch kurze Zeit später ein Aufruf an die Bevölkerung erlassen, elektrische Heizgeräte nicht zu verwenden, weil die Stromversorgung dadurch gefährdet sei.

Trotz dem Ausbau der Wasserkraftwerke, wie zum Beispiel Ybbs-Persenbeug, sei dem Ausbau der kalorischen Werke größeres Augenmerk zuzuwenden. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für eine Dezentralisierung in der Energieversorgung ein. Wir verfügen wohl über ausreichende Energiemengen, die E-Werke seien aber nicht imstande, sie in ausreichendem Umfang an die Verbraucher zu verteilen. Auch die Kabel seien zu schwach. Es müßte daher ein bedeutender Ausbau des Stromnetzes erfolgen. Auch die Steigleitungen in den Häusern müßten dem gestiegenen Stromverbrauch angepaßt werden.

Notwendig wäre auch die Schaffung eines Umschaltplanes, damit die Bevölkerung weiß, zu welchem Zeitpunkt sie mit der Stromumschaltung zu rechnen hat. Auch ein Ausbauplan für das Wiener Kabelnetz der E-Werke müßte geschaffen werden. Unzureichend sei die Behebung von Störungen im Kabelnetz. Für ganz Wien stehen nur zwei Entstörungswagen zur Verfügung, deren Standort in der Oberen Donaustraße ist. Auch hier seien eine Dezentralisierung und eine Vermehrung notwendig.

Die Behauptung, daß der Strom in Wien besonders billig ist, müsse widerlegt werden. Es werden immer Vergleiche zu den Jahren 1934 bis 1938 gezogen. Dabei müsse aber berücksichtigt werden, daß damals der Strompreis ungeheuer überhöht war. Der Redner beantragt eine Senkung der Preise für Haushaltsstrom.

Bedeutendes Augenmerk müsse auch der Schaffung von Fernheizkraftwerken zugewendet werden. Zur Wärme- und Energiegewinnung könnte auch der Müll verwendet werden.

Zu den Verkehrsbetrieben erklärt der Redner: Die Wiener Straßenbahn ist veraltet. Das Fahren mit der Straßenbahn wird immer mehr zur Qual. Zur Überwindung der Verkehrsmisere muß Wien neue Wege beschreiten. Der Redner der VO hat schon im Vorjahr die Elektrifizierung der Vorortelinie, der Verbindungslinie und der Ländebahn vorgeschlagen. Eine endgültige Lösung kann aber nur die Untergrundbahn sein. Inzwischen hat die Bundesbahn das Teilprojekt von Meidling nach Floridsdorf in Angriff genommen. Der zweite Stadtbahnring bleibt weiter eine dringende Notwendigkeit.

Die Verkehrsdichte auf der Malinowskij-Brücke zum Beispiel kann nicht mehr gesteigert werden. Wenn die Gemeindeverwaltung hier nicht bald etwas unternimmt, geht Wien einen Verkehrschaos entgegen.

In zwei Resolutionsanträgen fordert der Redner die Einführung einer verbilligten Lehrlings-Wochenkarte auf Straßenbahn und Stadtbahn sowie die Wiedereinführung des Kurzstreckentarifes, der eine wesentliche Erleichterung vor allen für die arbeitende Bevölkerung bringen würde.

Die Fraktion der Volksopposition könne den Wirtschaftsplänen der Städtischen Unternehmungen nicht die Zustimmung geben.

GR. Schwaiger (ÖVP) erinnert einleitend daran, daß die Städtischen Unternehmungen von Bürgermeister Lueger kommunalisiert und der Gemeinde Wien einverleibt wurden. Der GR. Mistingger hat nun gestern behauptet, daß unsere Väter Bürgermeister Lueger gehaßt hätten. Wir von der Volkspartei haben dem Kollegen Mistingger keinerlei Legitimation gegeben, im Auftrag oder im Namen "unserer Väter" zu sprechen, denn wir wissen, daß unsere Väter diesen großen Bürgermeister sehr geachtet und geschätzt haben (Beifall bei der ÖVP). Die Gemeinderätin Nödl hat in Verlauf der Budgetdebatte von der Kultur des Herzens gesprochen. Es war immer guter alter österreichischer Brauch, über die Toten nichts Schlechtes zu reden. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß dieser gute alte Brauch in diesem Hause durchbrochen wurde. Nach Aufhebung des Kurienwahlrechtes hat Lueger als der Führer der Christlichsozialen Partei bei den Wahlen in den Niederösterreichischen Landtag im Jahre 1908 in Wien 42 Mandate bekommen, die Sozialdemokratische Partei aber nur 5 Mandate.

Anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Wien hat der verstorbene Bundespräsident Dr. Renner im November 1948 in einer Rede vor dem Wiener Gemeinderat von den "alten berühmten Männern wie Lueger" gesprochen und damals gemeint, daß das politische Lied längst kein garstig Lied mehr sei. Die Wiener Bevölkerung ist stolz auf Dr. Lueger, weil er ein großer Volksmann und ein großer Bürgermeister dieser unserer Vaterstadt Wien war (Beifall bei der ÖVP).

Während der gestrigen Sitzung des Wiener Gemeinderates hat, wie der Redner weiter feststellt, ein Mitglied der sozialistischen Fraktion, der GR. Erber, in einem Zwischenruf unseren Kollegen Leinkauf "Schwein" genannt. ./.

Der Kollege Erber ist an Lebensjahren alt, an Tagen seiner Mitgliedschaft in diesem Hause aber noch sehr jung. Wir von der Volkspartei haben doch die Hoffnung, daß er noch lernen wird, wie man sich in diesem Hause benimmt. Unser GR. Leinkauf ist lange Jahre in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus gesessen und hat zum Beispiel anlässlich seines Geburtstages ein Glückwunschsreiben, auf dem auch die sozialistischen Gemeinderätinnen Nödl und Potetz unterzeichnet sind, erhalten, in dem "dem guten Menschen" recht herzlich gratuliert wird.

Die sozialistische Gemeinderätin Jacobi hat als Generalsprecherin zum Budget ausgeführt, sie wundere sich, daß die Österreichische Volkspartei es wage, hier Worte der Kritik zu üben. Wir von der Volkspartei behalten uns im Rahmen der Koalition das klare und eindeutige Recht der ehrlichen, offenen, aufbauenden und schaffenden Kritik vor, denn wir beanspruchen hier genau dasselbe Recht wie die sozialistische Fraktion im Parlament. Wir scheuen uns auch nicht, bei dieser Gruppe offene und ehrliche Kritik zu üben, obwohl ein Stadtrat unserer Fraktion an der Spitze dieser Verwaltungsgruppe steht.

Das entscheidende Wort bei jeder der 12 Verwaltungsgruppen hat der Finanzreferent, der selbstverständlich die ruhige wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten muß. Doch können wir mit der Finanzpolitik, die gerade bei den Städtischen Unternehmungen gemacht wird, absolut nicht zufrieden sein. Denn es wäre ohne weiteres eine Senkung der Strom- und Gastarife möglich, wenn man von den Gas- und Elektrizitätswerken die Belastungen wegnehmen würde, die ihnen immer noch zu Unrecht aufgebürdet werden. So haben die Städtischen Unternehmungen seit 1946 rund 1.8 Milliarden für Investitionen ausgegeben. Davon entfallen 0.8 Milliarden auf die Behebung der Kriegsschäden, die als außertourliche Belastungen auch eine außertourliche Bedeckung hätten finden müssen. Es wurde auch nicht berücksichtigt, daß die Produktion bei beiden Werken um über 20 Prozent gestiegen ist. Gerade die Vertreter der Sozialistischen Partei stehen doch immer auf dem Standpunkt, daß an der Produktionssteigerung nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter und Angestellten teilhaben müssen.

Wenn nun die Produktion gesteigert und die Kosten gesenkt werden konnten, dann muß sich dies doch letzten Endes auch in Endpreis des Produktes, auch bei den Städtischen Unternehmungen, auswirken. (Beifall bei der ÖVP.) Weiters müssen die Gas- und E-Werke noch die Straßenbahnen subventionieren und schließlich müssen die Städtischen Unternehmungen für die Geräteaktion jährlich 50 Millionen Schilling zur Verfügung stellen.

Diese und noch andere Belastungen haben zwei schwerwiegende Folgen: Es werden dadurch dringendst notwendige Investitionen gedrosselt, und zweitens müssen durch diese unvernünftige Finanzpolitik die Tarife für Gas und Strom so hoch gehalten werden, daß der Grundsatz nur kostendeckender Preise nur mehr ein Propagandaschlager ist, der der Wirklichkeit nicht entspricht. Und diese Haltung des Finanzreferenten der Stadt Wien können wir auf keinem Fall zustimmen.

Die Ursache all dieser Schwierigkeiten sind die Verkehrsbetriebe, deren Defizit in die Millionen geht. Schuld daran ist nicht der Amtsführende Stadtrat, nicht die Arbeiter und Angestellten dieser Verkehrsbetriebe, die seit 1945 fast Übermenschliches geleistet haben, schuld daran ist einzig und allein die falsche Finanzpolitik, die den Unternehmungen vorgeschrieben wird. Die Versäumnisse auf dem Investitionssektor der Verkehrsbetriebe wirken sich geradezu verheerend aus. Dadurch sind die Einrichtungen veraltet und es entsteht ein Defizit. Die zweite Folge ist dann die Verkehrsmisere.

Der Gemeinderat wird sich mit zwei großen Problemen zu befassen haben: mit der Lösung des Verkehrsproblems und mit der Lösung des Wohnungsproblems, wobei ich das Verkehrsproblem bewußt an die Spitze stelle, weil ja die Lösung des Wohnungsproblems immer mehr auf den Sektor des genossenschaftlichen Bauens und des Bauens im Wohnungseigentum verlagert wird. Verlassen wir uns hier nicht zusehr auf den Bund. Mit der Schnellbahn wird das Verkehrsproblem bei weitem nicht gelöst. Die Gemeinde muß den arbeitenden Menschen mit menschenwürdigen modernen Verkehrsmitteln möglichst rasch von und zur Arbeitsstätte befördern (Beifall bei der ÖVP).

Es muß daher die Untergrundbahn gebaut werden, ob sie sich, meine Herren von der Sozialistischen Partei, dagegen stellen oder nicht. Abschließend dankt Redner allen in dieser Verwaltungsgruppe Beschäftigten und gibt namens seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Adelpoller (SPÖ) entgegnet Stadtrat Dkfm. Nathschläger, der auf die Umsicht des Finanzministers verwies, daß die Sozialisten es waren, die das 10 Milliarden-Investitionsprogramm durchgesetzt haben. (Beifall bei der SPÖ.) Wir wollen, wenn alle Argumente geprüft sind, vielleicht auch an den Bau einer Untergrundbahn schreiten. (Ruf bei der ÖVP: Vielleicht!) Wir wissen ja nicht, was die Technik uns in nächster Zeit bringen wird!

Die Volkspartei hat es leicht gehabt, im Wahlkampf von Tarifenkungen zu sprechen, sie hat ja genau gewußt, daß sie nie in die Lage versetzt wird, diese Versprechungen zu verwirklichen. (Zustimmung bei der SPÖ.) Denn es wird niemanden möglich sein, die Tarife zu senken und gleichzeitig Investitionen vorzunehmen. Unserem Finanzreferenten geht es nicht so gut wie dem Finanzminister, daß er einfach, wenn er kein Geld hat, Noten drucken lassen kann.

Es ist richtig, daß uns das Ausland, solange wir die Besetzung haben, kein Geld gibt. Aber Darlehen im Inland sind kein billiges Unternehmen. Denn die Darlehen muß die gegenwärtige Generation zahlen und die künftigen Generationen werden an den Zinsen zahlen. Es wird sich am Geldvolumen in Wirklichkeit gar nichts ändern.

Zu der Forderung des GR. Maller nach Planung erklärt der Redner: Bei uns wird nach seiner Meinung nicht geplant, aber bei uns bekommt die Bevölkerung nicht nur Gas- und Elektrogeräte auf Kredit ohne Zinsen, sondern sie kann bei uns auch genügend Gas und elektrischen Strom verbrauchen, während in den Ländern, in denen geplant wird, weder Gas noch Elektrizität noch Geräte in genügenden Ausmaß vorhanden sind. (Zustimmung bei der SPÖ.) GR. Maller hat auch gemeint, daß für die Auswechslung von Schienen und Aufbauten weniger im Budget eingesetzt ist. Das ist aber natürlich, weil wir ja schon vieles gemacht haben und wir nicht alle Jahre 25 Stationen aufbauen können, wenn es nicht ^{mehr} so viele zum aufbauen gibt.

Ich glaube, daß unser Budget so erstellt ist, daß es nicht auf Ablehnung stößt, sondern Bewunderung auslöst. Das haben die vergangenen Wahlen bewiesen. Hätten wir schlecht gewirtschaftet, dann säßen wir nicht mit sieben Gemeinderäten mehr und Sie mit einem Gemeinderat weniger im Gemeinderat (Beifall bei den Sozialisten). Wir werden auch das Kabelnetz ausbauen, dazu bedarf es nicht Ihrer Aufforderung.

Dem GR. Schwaiger entgegnet der Redner: Die Stadtwerke haben keine Rechtspersönlichkeit und sind ein Teil dieser Gemeinde. Alles, was in dieser Gemeinde erwirtschaftet wird, wird wieder zugunsten dieser Bürger ausgegeben, und wir Sozialisten sind dazu da, zu überwachen, daß die Gewinne im sozialistischen Sinne ausgegeben werden. Und wir betrachten es als unsere Aufgabe, die große Masse der arbeitenden Bevölkerung in Form niedriger Fahrpreise zu subventionieren. Es ist also falsch, wenn es so dargestellt wird, als würden diese Gewinne in die Taschen des Finanzreferenten fließen. Richtig ist, daß diese Gewinne, wenn es solche gibt, zugunsten der arbeitenden Bevölkerung verwendet werden (Beifall bei den Sozialisten).

Es ist jedenfalls für uns sehr interessant, daß auch die ÖVP ihren Stadtrat so kritisiert. Was er dazu sagt, meinte der Redner, weiß ich natürlich nicht. (GR. Marek (SPÖ): Er wird immer schlecht behandelt!)

Abschließend sagt GR. Adelpoller, daß seine Fraktion selbstverständlich die Zustimmung zu diesem Kapitel gebe. Er drückt allen Bediensteten der Städtischen Unternehmungen den Dank und die Anerkennung für ihre Arbeit aus (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Dkfm. Nathschläger beschäftigte sich in seinem Schlußwort zunächst mit dem Redner der Vo. Die Abschreibungen, die von den Unternehmungen eingesetzt sind, betonte der Referent, seien in diesem Ausmaß noch zu gering.

Zu den Anträgen der VO stellte er fest, wenn an die Verkehrsbetriebe von den E-Werken und den Gaswerken sowie zu einem kleinen Teil von der Bestattung nicht weniger als 202 Millionen Schilling abgeführt werden, könne man wohl der Meinung sein, daß eine Senkung der Strom- und Gastarife möglich ist. Auch Minister Dipl. Ing. Waldbrunner hat vor einigen Wochen beim Sozialistischen Frauentag erklärt, er denke in absehbarer Zeit an die Senkung der Stromtarife. Jedenfalls, so unterstrich Stadtrat Dkfm. Nathschläger, hängt eine Senkung der Stromtarife "irgendwie in der Luft". Diese müßte notwendigerweise auch eine Senkung des Gaspreises zur Folge haben. Der Referent schlägt vor, die Anträge der VO der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Zu den Ausführungen des GR. Maller führt Stadtrat Dkfm. Nathschläger weiter aus: Erdgas könne nicht in beliebiger Menge dem Stadtgas beigemischt werden, das ist nur bis zu 26 Prozent möglich. Daß das Leitungsnetz deswegen nicht entsprechend ausgebaut wurde, um Strom in verstärktem Maße zu exportieren und damit zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands beizutragen, sei wohl eine absurde und weithergeholte Argumentation. Es ist richtig, daß die Zuleitungen in vielen Häusern zu schwach sind. Das kommt jedoch daher, weil der Strombedarf auf das 6 bis 8fache gestiegen ist. Strahler und Heizgeräte wurden deshalb bisher nicht in die Geräteaktion einbezogen, weil eben der Anschluß von Heizöfen der Stromversorgung außerordentliche Schwierigkeiten bringen würde. Eine Konkurrenzierung zwischen E-Werk und Gaswerke besteht jedoch in Wien nicht. Die Umschaltung von Gleich- auf Drehstrom erfolgt einerseits nach einem Plan andererseits wird sie improvisiert durchgeführt, u.zw. dann, wenn anläßlich der Vergrößerung eines Betriebes die notwendigen Umschaltungen vorgenommen werden.

Zu den Bemerkungen des Redners der VO über den Wagenpark der Verkehrsbetriebe sagt Stadtrat Dkfm. Nathschläger, daß die Zahl der betriebstauglichen Wagen von 1952 bis 1953 deswegen gesunken sei, weil in diesem Zeitpunkt 72 Stadtbahnwaggons zum Umbau aus dem Verkehr gezogen waren. Die Umschaltung der Beleuchtung auf Leuchtstoffröhren rentiere sich nur dann, wenn der gesamte Wagenkasten eines Wagens generalrepariert wird.

Zu den Vorwürfen wegen der erst versprochenen und dann nicht gelieferten Großraumwagen, sagte der Referent, er habe diese Äußerung nach besten Wissen und Gewissen gemacht und auf Grund der Zusagen der Lieferfirmen.

Daß die Lieferfirmen die Zusagen nicht eingehalten haben, dafür könne er nicht verantwortlich gemacht werden.

Wegen der Forderung des zweiten Stadtbahnringes wurde bereits mit dem Bund Fühlung genommen. Die Schnellbahnlinie von Meidling über Hauptzollamt - Nordbahnhof nach Floridsdorf wird in zwei bis drei Jahren fertig sein.

Die Autobusverbindung zwischen Mauer und Liesing war schon für Dezember geplant, doch muß bis zur Fertigstellung eines Kanalbaues zugewartet werden, da die Strecke dadurch augenblicklich nicht befahren werden kann.

Die Gründe, warum der Forderung nach einer Lehrlingsermäßigung auf der Straßenbahn nicht stattgegeben wurde, wurden schon wiederholt dargelegt. Die Lehrlinge können zu ihrer Fahrt in die Arbeit ja die Wochenkarte benützen. Sie können mit ihr auch gegen Vorweis der Schülerkarte in die Fortbildungsschulen fahren. Lehrlinge, die keine Wochenkarte benützen, erhalten zum Besuch der Fortbildungsschule ermäßigte Schülerstreckenkarten zum Preis von 5 Schilling monatlich. Die Folge der Gewährung einer Lehrlingswochenkarte wäre, daß diese auch von den Hochschülern und schließlich Angehörigen schlecht entlohnter Berufsgruppen, wie Kurzarbeitern, gefordert würde. Die Annahme der Forderung nach einer Lehrlingswochenkarte würde eine jährliche Mindereinnahme von 2,250.000 Schilling ergeben.

Den Antrag auf Einführung von Kurzstreckentarifen empfiehlt der Redner der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung in zuständigen Ausschuß zuzuweisen. Es soll dort objektiv darüber entschieden werden.

Die von GR. Schwaiger aufgezeigten und als unrecht bezeichneten Belastungen der Wiener Stadtwerke sind vorhanden. Es müssen Versuche unternommen werden, sie wenigstens zu reduzieren. Wenn man Gebrauchsgebühren abführt, dann muß man sie aus Überschüssen abführen können, aber nicht aus jenen Mitteln, die von den Unternehmen unbedingt gebraucht werden.

Daß die Geräteaktion den Gaswerken große Mittel aus den Kassenbeständen wegnimmt, ist selbstverständlich. Es wäre auch hier angebracht, diese Lasten nicht den Unternehmungen allein aufzubürden und gewisse Erleichterungen zu schaffen.

GR. Schwaiger hat auch die Gas- und Stromtarife als zu hoch bezeichnet und festgestellt, daß sie wegen der Beitragsleistung an die Verkehrsbetriebe so hoch sind. Es ist nun die Frage, ob man dieses Solidaritätsprinzip, das 2,5 Millionen Schilling jährlich kostet, auf die Dauer aufrecht erhalten kann und soll.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger stellt fest, daß die Realisierung der U-Bahn nicht mehr aufzuhalten sei. Er freue sich darüber, daß nun auch die SPÖ zu dieser Ansicht gekommen ist, die sie in vergangenen Jahren nicht hatte. (Zwischenruf bei der SPÖ: weil es damals unzeitgemäß war. GR. Jacobi: Wir reden eben erst davon, wenn wir sie bauen können.) Auch das Ausland baue in großem Maße U-Bahnen. Die Wiener Fachleute sind der Meinung, daß man auch in Wien am Bau einer U-Bahn nicht vorbeigehen könne. Die Verkehrsbetriebe würden sie schon deswegen begrüßen, weil der Betrieb einer U-Bahn wesentlich billiger kommt als der einer Straßenbahn. So kostet der Wagenkilometer auf der Straßenbahn ungefähr 6,5 Schilling, einschließlich Amortisierung, auf der Stadtbahn aber nur 3,5 Schilling. Die Enquete über Verkehrsfragen wird sich auch mit dem Bau einer U-Bahn beschäftigen. Der Redner stellt fest, daß es trotz der verschiedenen Auffassungen letzten Endes doch zur Verwirklichung des Planes kommen wird.

Der Stadtrat begrüßt es, daß nunmehr auch die Mehrheitspartei des Gemeinderates die Aufnahme von Krediten in Erwägung zieht. Die städtischen Unternehmungen brauchen Kredite, insbesondere für die Ausgestaltung der elektrischen Leitungsnetze und für die volle Ausnutzung der Kapazität der Waggonfabriken, um der Wiener Bevölkerung einerseits genügend Strom und andererseits bessere und modernere Fahrbetriebsmittel zur Verfügung stellen zu können.

Der Referent dankt abschließend den Debatterednern für die sachliche Kritik und empfiehlt die Ansätze seiner Geschäftsgruppe zur Annahme.

Bei der Abstimmung werden die Bilanzen 1953 sowie die Wirtschaftspläne 1955 der städtischen Unternehmungen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP genehmigt.

Die drei Anträge des Gemeinderates Maller auf Verbilligung der Strom- und Gastarife für Haushalte werden ebenso wie ein weiterer Antrag auf Wiedereinführung des Kurzstreckentarifes bei der Straßenbahn der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Der fünfte Antrag des GR. Maller auf Einführung verbilligter Lehrlings-Wochenkarten wird abgelehnt.

Die Schlußansprache des Bürgermeisters

Bürgermeister Jonas hält hierauf folgende Schlußansprache:

"In ernstesten und sorgfältigen Beratungen hat der neugewählte Wiener Gemeinderat den Haushaltsplan für das erste Jahr seiner neuen Funktionsperiode beschlossen. Er ist getragen vom Geist des sozialen Verantwortungsbewußtseins, mit dem wir unserer Stadt und ihrer Bevölkerung zu dienen haben. Dieser Haushaltsplan sichert die Mittel für die Fortsetzung des kommunalen Wirkens und weist der Gemeindeverwaltung den Weg, den sie im kommenden Jahre zu gehen hat.

Ich empfinde es als eine Pflicht, von dieser Stelle aus allen zu danken, die zur Gesetzwerdung des Voranschlages 1955 beigetragen haben.

Naturgemäß lag die Hauptlast dieser Arbeit beim Finanzreferenten dieser Stadt, Herrn Stadtrat Resch, Ich sage ihm und allen übrigen Herren Stadträten, die den Voranschlag für ihre besonderen Verwaltungsgebiete zu referieren hatten, aufrichtigen Dank. Gleichen Dank verdienen **aber** auch Sie, meine sehr geehrten Frauen und Herren des Gemeinderates, für den sachlichen Ernst und die gründliche Sorgfalt, die Sie bei Ihren Beratungen zu Tage legten. Die dabei vorgebrachten Anregungen und Kritiken enthielten vieles Positive, sodaß sie belebend und befruchtend auf die Gemeindeverwaltung einwirken werden.

An den sachlichen Vorarbeiten für das Budget 1955 waren maßgeblich auch die Herren Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Kontrollamtsdirektor Dr. Leppa, Obersenatsrat Dr. Gall, Senatsrat Dr. Binder, Amtsrat Riedl und Rechnungsamtsdirektor Giller beteiligt; für die Stadtwerke der Generaldirektor Frankowski und die Direktoren der einzelnen Unternehmen. Ihnen und allen ihren vielen Mitarbeitern zolle ich Anerkennung und Dank. In diesen Dank sind selbstverständlich auch die Stenographen, die Vertreter der

Presse, wie auch die Beamten der Pressestelle und des Präsidialbüros eingeschlossen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich bin weiters der Zustimmung des Gemeinderates sicher, wenn ich beim Abschluß dieser Voranschlagsberatungen mit besonderer Wärme der gesamten Wiener Bevölkerung gedenke, ohne deren Fleiß und Verständnis das schwierige Werk des Wiederaufbaus unserer zerstörten Stadt niemals gelungen wäre. (Erneuter allgemeiner Beifall.)

Dieser kommunale Wiederaufbau kann im wesentlichen als abgeschlossen bezeichnet werden. Inner sichtbar aber drängen nun auf allen Verwaltungsgebieten neue Probleme in den Vordergrund, die gelöst werden müssen, damit unsere Stadt Unterlassungen der Vergangenheit aufholen und mit der modernen Entwicklung Schritt halten kann. Zur Mitarbeit an diesen Aufgaben rufe ich alle unsere Mitbürger auf.

Mit dem Voranschlag 1955 sind die Voraussetzungen zu geordneter Weiterarbeit geschaffen und die kommunalen Aufgaben des kommenden Jahres klar umrissen.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrte Frauen und Herren des Wiener Gemeinderates, und allen Wienerinnen und Wienern ein glückliches Weihnachtsfest und die möglichste Erfüllung Ihrer liebsten Erwartungen im neuen Jahr!

Dabei gedenken wir bewegten Herzens namentlich unserer ärmsten Mitbürger, nämlich jener, die noch immer als Gefangene in fremden Lande festgehalten sind. Wir entbieten ihnen auch heuer wieder die Grüße ihrer Vaterstadt in der Hoffnung, sie endlich - nun schon fast zehn Jahre nach dem Krieg - in der Heimat begrüßen zu können (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Schluß der Sitzung: 14.35 Uhr.

- - -

Diplomfeier in der Schwesternschule Lainz

=====

22. Dezember (RK) In diesen Tagen fand in der Krankenpflegerinnenschule Lainz in der Jagdschloßgasse die Diplomfeier für den 3. Jahrgang der Krankenpflegerinnenschule statt. Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger überreichte nach einer kurzen Ansprache den neuen Schwestern die Diplome und wünschte ihnen für ihren schweren aber auch schönen Beruf viel Erfolg und Freude. An der Feier nahmen der städtische Personalreferent Stadtrat Dr. Migsch und Stadtrat Mandl teil. Anschließend an die Diplomüberreichung fanden sich die Schwestern mit den Stadtvätern zu einer kleinen Weihnachtsfeier zusammen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 23./Dezember 1954

Blatt 2440

Ehrenmedaille für Gemeinderätin Antonie Alt

=====

23. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern einstimmig beschlossen, der Gemeinderätin Antonie Alt anlässlich ihres 70. Lebensjahres in Würdigung ihrer besonderen Verdienste auf sozialem Gebiete die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen.

Antonie Alt wurde am 18. November 1884 in Wels geboren. Wegen des frühzeitigen Todes ihrer Eltern wurde sie von Verwandten in Wien großgezogen und besuchte auch hier die Volks- und Bürgerschule. Bereits mit 21 Jahren nahm sie ihre politische Tätigkeit im Verein sozialistischer Frauen und Mädchen auf und trat 1919 durch die Annahme des Bezirksratsmandates in Favoriten in die Öffentlichkeit. 1932 wurde sie in den Wiener Gemeinderat gewählt, dem sie bis zur Auflösung im Februar 1934 angehörte. Nach Wiedererrichtung der Republik im Jahre 1945 entsandte sie der Bezirk Favoriten abermals in den Wiener Gemeinderat, dem sie nun durch zwei Funktionsperioden bis 1954 angehörte. Gemeinderätin Alt war Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Wirtschaftsangelegenheiten und hat sich in dieser Körperschaft und auch im Plenum des Gemeinderates intensiv mit wirtschaftlichen Problemen beschäftigt. Außerdem gehörte sie noch dem Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtswesen an, ferner dem Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien und dem Aufsichtsrat der Wök.

In Antonie Alt hatte die Wiener Gemeindervertretung eine Mitarbeiterin gefunden, die ihr eigenes Ich dem Wohle aller nachsetzte und mit vorbildlicher Weise und großem Fleiß der Ausübung ihrer vielfach freiwillig auf sich genommenen Pflichten nachkam.

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 27. Dezember bis 9. Jänner

23. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Dienstag 28. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus IIIa; Klavier- abend Jörg Demus (Debussy, Chopin, Fauré, C. Franck)
Mittwoch 29. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus IIIa; Sonaten- abend Wolfgang Schneiderhan, Violine - Carl Seeman, Klavier (Bach, Stra- winsky)
Donnerstag 30. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Klavierabend Jörg Demus
Freitag 31. Dez.	Loggia des Rat- hausturmes Silvesterturm- blasen 18.00	Trompeterchor der Stadt Wien; Lei- tung Josef Hadraba
	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Voraufführung des Neujahrskonzertes
Samstag 1. Jän.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert; Dirigent Willy Boskovsky (Werke der Dynastie Strauß)
Sonntag 2. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Wilhelm Backhaus (Werke von Beethoven)
Dienstag 4. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 4. Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie" der GdM (Voraufführung)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus IV, Wr. Konzert- hausquartett (Mozart, Bruckner)
Mittwoch 5. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie"; Wr. Symphoniker, Edwin Fischer (Klavier), Dirigent Dr. Volk- mar Andreae (Beethoven, Bruckner)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Klavierabend Lillian Mallir

Donnerstag 6. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4.Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr. Symphoniker, Edwin Fischer, Klavier, Dirigent Dr. Volkmar Andreae (Beethoven, Bruckner)
	Mozartsaal (KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: Weihnachtsoratorium
Samstag 8. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Edwin Fischer
Sonntag 9. Jän.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 7.Sonntag-Nachmittags-Konzert; Dirigent Dr. Volkmar Andreae (Haydn, Bruckner)

- - -

Grüße von der Baumgartner Höhe
=====

23. Dezember (RK) Eva und Herbert, zwei zehnjährige Knirpse, und Schwester Maria überbrachten heute früh Bürgermeister Jonas die Weihnachts- und Neujahrsgrüße der kleinsten Patienten von der Baumgartner Höhe. Mit leuchtenden Augen berichteten die Gratulanten über die Vorbereitungen zu Weihnachtsfeiern in ihrer Anstalt und über die vielen Geschenke, die sie für ihre Eltern selbst angefertigt haben. Auch heuer wurden zwischen Bürgermeister und der Baumgartner Höhe Weihnachtsgeschenke getauscht; für Musterstücke kindlicher Bastlerkunst erhielt die Anstaltsbibliothek viele schöne Bücher und als Draufgabe Näscherlein. Die Weihnachtswünsche der Ärzte und des Pflegepersonals übermittelten Primarius Dr. Langer und Verwalter Aigner.

Anschließend erschien im Arbeitszimmer des Bürgermeisters eine Abordnung aus der Modeschule der Stadt Wien. Bürgermeister Jonas bedankte sich für die Grüße des Lehrkörpers und der Modeschülerinnen sowie für ein apartes Weihnachtsgeschenk der Klassen "Leder" und "Email". Den Lehrern und allen 260 Schülerinnen der Modeschule wünschte er viel Erfolg.

- - -

Straßenbahnfahrpreis zu den Feiertagen
=====

23. Dezember (RK) Samstag, den 25. Dezember (Christtag), Samstag, den 1. Jänner (Neujahr), und Donnerstag, den 6. Jänner 1955 (Heilige drei Könige), gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Daher haben die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 2.40 S im Tarifgebiet I oder II und auf den Ausnahmestrecke "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie die Zweifahrten-Kinderfahrtscheine zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit. Ebenso gelten alle Wochenkarten, auch die Autobus-(Obus-)Wochenkarten mit Ausnahme der Autobus-(Obus-)Schülerwochenkarten. Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 1.30 S Fahrchein, im Vorverkauf 1.25 S.

Die Vorverkaufsstellen sind Freitag, den 24. Dezember, von 6.30 bis 14 Uhr, Freitag, den 31. Dezember, ganztägig, Samstag, den 1., und Sonntag, den 2. Jänner 1955, von 8 bis 14 Uhr geöffnet; hingegen bleiben sie Samstag, den 25. Dezember und Donnerstag, den 6. Jänner 1955, geschlossen.

Die Kartenausgabekasse, Wien 6, Rahlgasse 3, ist Freitag, den 24. Dezember, von 8 bis 12 Uhr und Freitag, den 31. Dezember, von 8 bis 14 Uhr geöffnet, Samstag, den 25. Dezember, Samstag, den 1. Jänner und Donnerstag, den 6. Jänner 1955 geschlossen.

- - -

Autobus-Nachtverkehr von 24. bis 26. Dezember
=====

23. Dezember (RK) An den Weihnachtsfeiertagen wird in den Nächten von Freitag, den 24., auf Samstag, den 25. Dezember, von Samstag, den 25., auf Sonntag, den 26. Dezember, und von Sonntag, den 26. Dezember, auf Montag, den 27. Dezember, ein Autobus-Nachtverkehr mit der gleichen Linienführung wie in den Nächten vom Samstag auf Sonntag geführt.

- - -

Förderungspreise der Stadt Wien
=====

23. Dezember (RK) Zum viertenmal vergibt heuer die Stadt Wien Förderungspreise an begabte Wissenschaftler und Künstler, deren bisherige Leistungen auf eine vielversprechende Weiterentwicklung schließen lassen. Die Förderungspreise für das laufende Jahr wurden in der Höhe von je 3000 Schilling an drei Wissenschaftler, zwei Schriftsteller, zwei Komponisten sowie an zwei bildende Künstler vergeben.

Stadtrat Mandl hat heute vormittag im Kulturamt den Preisträgern die Preise überreicht. Es handelt sich um folgende Personen:

Dozent Dr.med. Hans Bornschein, Assistent am Physiologischen Institut der Universität Wien, wurde 1920 in St. Pölten geboren, arbeitete als Hilfsarzt am Orthopädischen Spital und wandte sich nach kurzer Tätigkeit an der medizinischen Abteilung des Wilhelminenspitals der theoretischen Medizin zu. 1946 erfolgte sein Eintritt in das Physiologische Institut, an dem er wissenschaftliche Hilfskraft wurde und seit 1947 seine derzeitige Dienstleistung versieht. Während eines Studienaufenthaltes in Schweden arbeitete er am Nobel-Institut für Neurophysiologie in Stockholm. 1951 wurde ihm die Lehrbefugnis für Physiologie verliehen. Dr. Bornschein hat auf Grund seiner experimentellen Untersuchungen bisher 61 wissenschaftliche Arbeiten über die Elektrophysiologie des Innenohres sowie über die Funktionen von Auge und Ohr veröffentlicht, die gleichzeitig einen wichtigen praktischen Beitrag zur Frage der Lärmschädigung darstellen.

Dozent DDr. Fritz Chmelka, 1907 in Wien geboren, studierte an der Technischen Hochschule und Universität Maschinenbau, Bauingenieurwesen, Mathematik und Physik und legte die Lehramtsprüfung ab. Er fungierte an der Lehrkanzel für Baustatik und Baukonstruktionen des Stahl- und Holzbaues der Technischen Hochschule als wissenschaftliche Hilfskraft und wissenschaftlicher Assistent und habilitierte sich 1947 für Mechanik. Studienhalber hielt er sich in Deutschland und auf Grund eines UNESCO-Stipendiums in

Amerika auf, wo er sich an der Brown Universität in Providence mit der Plastizitätstheorie befaßte. Neben seiner intensiven Vorlesungs-, Vortrags- und Prüfungstätigkeit ist Dr. Chmelka mit einer Reihe wissenschaftlicher Veröffentlichungen hervorgetreten.

Pd.Dkfm.Dr. Josef Kolbinger, 1924 in Soos, N.Ö. geboren, war zunächst als Schlosserlehrling in einer Maschinenfabrik tätig, besuchte dann eine Wirtschaftsschule und absolvierte die Handelsakademie. 1945 begann er mit dem Studium an der Hochschule für Welthandel, wurde wissenschaftliche Hilfskraft im Seminar für Revisionswesen bei Professor Bouffier und dessen Assistent am Institut für industrielle Betriebslehre. 1953 erfolgte seine Ernennung zum Privatdozenten. Dr. Kolbinger unternahm Studienreisen in die Schweiz, nach Frankreich und in die Vereinigten Staaten und befaßte sich hierbei vor allem mit den Problemen der betrieblichen Menschenführung. Er beabsichtigt, sich diesem Stoffgebiet wissenschaftlich zuzuwenden. Bisher liegen von ihm acht Arbeiten und Beiträge für Sammelwerke und Fachzeitschriften vor.

Gerhard Fritsch, 1924 in Wien geboren, diente im Weltkrieg bei der Luftwaffe, wurde dann Journalist und Verlagslektor und ist seit 1951 städtischer Bibliothekar. Er betätigt sich vor allem als Lyriker, aber auch als Erzähler und gehört zu den begabtesten Vertretern der jungen Generation, deren Geisteshaltung in ihm ihren Ausdruck findet. Seine Arbeiten sind gefühls- und stimmungsmäßig betont und verdichten sich zu starker persönlicher Aussage. Sein zuletzt erschienener Gedichtband "Lehm und Gestalt" beweist sein eigenwüchsiges lyrisches Talent. Auch seine Kurzprosa zeigt eine prägnante Darstellung, die Augenblickeindrücke, Stimmungsbilder und Gedankliches erfaßt. In dem Bändchen "Zwischen Kirkenes und Bari" ist eine Reihe skizzenhafter Erzählungen abgedruckt, die seine Eignung für größere epische Aufgaben bekunden.

Franz Kiessling ist 1918 in Znaim geboren und lebt seit Ende des zweiten Weltkrieges in Wien. Er ist hauptsächlich als Lyriker hervorgetreten und hat durch die Verleihung eines österreichischen Staatspreises (Förderungspreis 1950) bereits Anerkennung gefunden. Seine 1948 erschienene Sammlung von Gedichten "Das ungefragte Herz"

enthält persönlich empfundene, gedanklich beherrschte Verse, die um strenge Form ringen. Trotz starker individueller Akzentuierung geht das Gefühl für die sozialen Notwendigkeiten des Lebens nicht verloren. Seine Gedichte, die ihn als begabten Liebeslyriker erweisen, sind in zahlreichen Anthologien aufgenommen worden.

Viktor Bermeiser, 1895 in Turn bei Teplitz-Schönau geboren, betrieb an der Prager Universität medizinische und gleichzeitig an der Akademie musikalische Studien. 1921 übersiedelte er nach Wien, wo er mit seiner pädagogischen Tätigkeit begann und seine theoretische Ausbildung fortsetzte. Nach Ablegung der Staatsprüfung war er bis 1938 Lehrer am Neuen Wiener Konservatorium. Während des Nationalsozialismus wurde er völlig ausgeschaltet, seit 1945 erteilte er wieder Privatunterricht und wirkte als Lehrkraft am Horakkonservatorium. Daneben fand er als freier Mitarbeiter der Ravag und als Gestalter musikalischer Feiern verschiedener Sektionen des Ö.G.B. Verwendung. Sein Schaffen umfaßt Klavierkompositionen für Unterrichtszwecke, Kammer- und Hausmusik, lyrische Lieder und Lieder nach Arbeiterdichtern, Songs sozialkritischen Inhalts, Chorlieder für den Arbeitergesang, Melodramen und moderne Balladen.

Carl Maria Brandstetter, 1923 zu Etzen in N.Ö. geboren, studierte an der Wiener Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst Musiktheorie, Klavier, Violoncello und Kapellmeisterschule und erwarb auch den Befähigungsnachweis für Orgel und Chorleitung. 1938 erfolgte sein Debut als Komponist, dem zahlreiche Aufführungen im Rundfunk und im Konzertsaal folgten. Brandstetter ist als Lehrer für Musiktheorie und Klavierspiel, als Organist und Pianist tätig. Sein Schaffen umfaßt Orchester- und Chorwerke, Lieder, Kammermusik, Klavierstücke und Orgelmusik und fand bereits starke Beachtung. Besonders erwähnenswert sind das preisgekrönte Mariani-sche Triptychon, die Orgelvariationen über "Dies irae" und die beim Hainburger Musikfest 1954 aufgeführte Serenatina capricciosa.

Kurt Moldovan, 1918 in Wien geboren, besuchte die Hochschule für angewandte Kunst, die Akademie der bildenden Künste sowie das Atelier für Lithographie der Beaux art in Paris und schloß seine Ausbildung an der Akademie für angewandte Kunst mit der Diplom-

prüfung für Druckverfahren ab. Studienreisen führten ihn durch Italien, Frankreich und Spanien. Seit 1948 arbeitet er selbständig und beteiligt sich ständig an Ausstellungen österreichischer Kunst im In- und Ausland. Sein hauptsächliches Schaffensgebiet sind Zeichnung, Aquarell, Radierung, schwarz-weiße und farbige Lithographie. Moldovan ist bereits weit über seine Heimat hinaus bekannt geworden und hat für seine Werke, mit denen er in öffentlichen Sammlungen vertreten ist, schon verschiedene Preise erhalten.

Johannes Wanke, 1923 in Wien geboren, studierte an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt und an der Akademie der bildenden Künste. Nach dem Kriege setzte er sein Studium fort und absolvierte die Meisterschule für Graphische Künste. Er erhielt verschiedene Akademiepreise, darunter die silberne Fügemedaille und den Staatspreis. 1950 wurde ihm der Österreichische Staatspreis (Förderungspreis) für Graphik verliehen. 1954 erhielt er eine olympische Medaille. Sein wichtigstes Ausdrucksmittel ist der Holzschnitt. Bisher liegen ungefähr 180 Holzschnitte von ihm vor, darunter Blätter musikalischen Vorwurfs, wie die Zyklen "Die Symphonie", "Schubertlieder", "Marxlieder" u.a. Weiters stammen viele Selbstbildnisse, Sonnenlandschaften und religiöse Themen, Aquarelle und Zeichnungen von ihm. Ausstellungen seiner Arbeiten fanden im Künstlerhaus, zu dessen jüngsten Mitgliedern er gehört, auf der Biennale in Sao Paulo, auf der Olympiade in Helsinki und New Dehli statt.

- - -

Das Historische Museum der Stadt Wien nur mehr 8 Tage geöffnet

=====

Besuchszeiten zu Weihnachten

23. Dezember (RK) Das Historische Museum der Stadt Wien im Rathaus schließt seine Ausstellung am 31. Dezember. Die Ausstellungsräume werden mit der neuen Schau "Neuerwerbungen des Jahres 1954" zu den Festwochen 1955 wieder eröffnet. Für den Besuch dieser interessanten Ausstellung sind also nur mehr 8 Tages Zeit.

Alle dem Historischen Museum der Stadt Wien angeschlossenen

./.

Sammlungen und Musiker-Gedenkstätten bleiben jedoch dauernd weiter geöffnet.

Für die Weihnachts- und Neujahrszeit gelten folgende Besuchszeiten: Historisches Museum der Stadt Wien und sämtliche Musiker-Gedenkstätten (Schubertmuseum, Schubert-Sterbezimmer, Haydnmuseum, Mozart- und Beethoven-Erinnerungsraum) Freitag, den 24., und Freitag, den 31. Dezember, von 9 bis 12 Uhr; an allen übrigen Tagen wie bisher: Dienstag, Donnerstag, Samstag von 9 bis 18 Uhr; Mittwoch, Freitag von 9 bis 16 Uhr; an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 13 Uhr. Montag geschlossen.

Die Römische Ruinenstätte 1, Hoher Markt 3, ist am 24. und am 26. Dezember sowie am 1. Jänner geschlossen. Für alle übrigen Tage gilt die normale Besuchszeit.

- - -

Ferkelmarkt vom 22. Dezember

=====

23. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 86 Ferkel, verkauft wurden 72. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln mit 5 Wochen 200 S, 6 Wochen 238 S, 7 Wochen 280 S, 8 Wochen 306 S.

Der Markttrieb war ruhig.

- - -

Rindernachmarkt vom 23. Dezember

=====

23. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: 18 Kühe. Alle verkauft.

- - -

Schweinenachmarkt vom 23. Dezember

=====

23. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 5, Ungarn 548, Summe 553. Verkauft wurden 499, unverkauft blieben 54 Ungarn. Kontumazanlage: 200 Stück Schweine aus Jugoslawien.

- - -

Ein Geschenk des Wiener Jugendrotkreuzes:

Beatmungsapparat für Kinderlähmungsfälle
=====

Bürgermeister Jonas dankt der Wiener Schuljugend

23. Dezember (RK) Die Poliomyelitisstation der Kinder-Infektionsabteilung des Wilhelminenspitales in Ottakring erlebte heute mittag die wahrscheinlich schönste und ergreifendste Weihnachtsfeier: Das Jugendrotkreuz von Wien stellte dort den an Kinderlähmung erkrankten Kindern unter den Weihnachtsbaum einen Beatmungsapparat, den die Landesleitung Wien aus dem Opfergroschen der Schuljugend angekauft hatte.

Der Übergabe an das Spital wohnten Bürgermeister Jonas, der Präsident des Wiener Stadtschulrates Nationalrat Dr. Zechner, Bezirksvorsteher Scholz sowie leitende Funktionäre des Jugendrotkreuzes bei. Landesschulinspektor Hofrat Dr. Kraßnig verwies in seiner Ansprache auf die vielfältige Tätigkeit des Jugendrotkreuzes. Das, was die Wiener Schuljugend, geführt und unterstützt von einer für die große Idee begeisterten Lehrerschaft leistet, darf als beispielgebend bezeichnet werden. Aus der Fülle der Arbeit, die in den letzten Jahren vom Wiener Jugendrotkreuz vollbracht wurde, verwies Dr. Kraßnig auf die Betreuung von Anstalten, auf die Hilfsaktionen für Katastrophenopfer in Österreich und auch im Auslande, auf die vielen Patenschaften, die die Wiener Mittelschulen übernommen haben usw. Das Jugendrotkreuz hat wiederholt auch Aktionen für kranke Kinder in Wiener Spitälern durchgeführt. Im heurigen Jahr wurden von der Landesleitung allein für den Transport der vielen Weihnachtsgeschenke der Wiener Schuljugend an die Kinderpitäler 2.000 Schilling beigesteuert. Unter den Geschenken befand sich unter anderem auch ein Magnetophon für das Blindeninstitut.

Primarius Dozent Dr. Zischinsky dankte als Leiter der Infektionsabteilung für die hochherzige Spende. Er erklärte dann in einem kurzen Vortrag die ausgezeichneten Eigenschaften

./.

des neuen Beatmungsapparates, eines Gerätes, das als Glanzstück der modernen Technik bezeichnet werden darf. Der neue Apparat wird als Ergänzung der beiden "Eisernen Lungen" des Wilhelminenspitales bei Behandlungen von Kinderlähmungserkrankungen verwendet.

Bürgermeister Jonas beglückwünschte das Wiener Jugendrotkreuz zu seiner beispielgebenden Tat und die Infektionsabteilung zu der Bereicherung ihrer Ausstattung. Diese Spende an kranke Kinder, sagte er, verdiene die gleiche Anerkennung wie der erst vor kurzem erfolgte Entschluß der Schulgemeinden an den Wiener Berufsschulen, das neue Krebsinstitut mit medizinischen Instrumenten auszustatten. Wir alle freuen uns über das Interesse, das unsere Jugend für diese ernstesten Angelegenheiten aufbringt. Es kommt nicht darauf an, ob ein Schilling oder tausende von Schillingen gespendet werden, es kommt vielmehr auf den Geist an, mit dem gegeben wird. Diese Einstellung unserer Jugend erfüllt uns für die Zukunft mit Zuversicht. Mit dem Dank an das Jugendrotkreuz im Namen der kranken Kinder und der Stadtverwaltung wünschte er dem Wilhelminenspital auch weiterhin die besten Erfolge. Die Wiener Stadtverwaltung wird bestrebt sein, auch in Zukunft den Kinderspitälern alle nur erdenklichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Jonas benützte seinen Besuch im Wilhelminenspital zur Besichtigung verschiedener Abteilungen und deren Einrichtungen, die in den letzten Jahren für die Behandlung von Kinderlähmungsfällen geschaffen worden sind.

- - -

Brigitta-Spital freigegeben

=====

23. Dezember (RK) Der russische Stadtkommandant von Wien, Generalmajor Molotkow, hat Bürgermeister Jonas verständigt, daß die russische Besatzungsmacht das bisher beschlagnahmt gewesene Brigitta-Spital im 20. Bezirk räumt und der Gemeinde Wien zurückgibt. Die Übergabe ist heute Donnerstag erfolgt.

- - -

Marchfeldstraße und Friedrich Engels-Platz dem Verkehr übergeben
=====

23. Dezember (RK) Morgen Freitag werden die Marchfeldstraße und der Friedrich Engels-Platz bereits ganz dem Verkehr übergeben werden.

Damit ist sowohl der Motorfahrzeugverkehr als auch der Straßenbahnverkehr zwischen Floridsdorf und der diesseitigen Stadt wesentlich verbessert worden.

Die Fahrbahn ist 18 Meter breit und hat gesonderte Radwege. Die Decke wurde in Kleinstein gepflastert, das im nächsten Jahr mit Asphalt vergossen werden wird.

Der Friedrich Engels-Platz hat eine automatische Verkehrsregelung durch Einschleifkreuzungen. Die Straßenbahn kehrt mit einer Schleife im Inneren des Kreuzungsovals den "0"-Wagen um. Dadurch können die Fahrgäste aus dem großen Friedrich Engels-Hof direkt in die Linie "0" einsteigen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 24. Dezember 1954

Blatt 2452

Belgische Spende für die Hochwasseropfer

=====

24. Dezember (RK) Der Verband der belgischen Städte und Ortsgemeinden hat, einem Aufruf des Internationalen Städtebundes entsprechend, einen Betrag von 12.500 belgischen Francs an den Österreichischen Städtebund für die Opfer der Hochwasserkatastrophe vom Sommer dieses Jahres überwiesen. Der Österreichische Städtebund hat den entsprechenden Gegenwert in der Höhe von 6.460.30 Schilling an das österreichische Nationalkomitee für Hochwasserhilfe weitergeleitet.

Der Gesamtbetrag der vom Österreichischen Städtebund dem Nationalkomitee zur Verfügung gestellten Geldspenden beläuft sich somit auf mehr als 332.000 Schilling.

- - -

Wiener Fremdenverkehr im November

=====

24. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Wiener Fremdenverkehr im Monat November. Darnach hielten sich im Berichtsmonat insgesamt 32.099 Fremde in Wien auf, darunter 12.157 Besucher aus dem Ausland. Die meisten ausländischen Besucher kamen wieder aus der Deutschen Bundesrepublik, nämlich 2.790, aus den Vereinigten Staaten kamen 1.668 und aus Italien 1.062 Besucher nach Wien. Insgesamt wurden 90.000 Übernachtungen gemeldet. In den Jugendherbergen waren 1.104 Jugendliche untergebracht, darunter 289 Ausländer.

- - -

Die Städtischen Bäder in der Neujahrswoche
=====

24. Dezember (RK) Die Städtischen Bäder sind in der Neujahrs-
woche an folgenden Tagen in Betrieb:

Die Volksbäder am Donnerstag, dem 30. Dezember, von 11 bis 19
Uhr, Freitag, den 31. Dezember, von 7 bis 19 Uhr.

Die Warmbäder Amalienbad, Jörgerbäd, Thaliabad und Florids-
dorferbad sind Mittwoch, den 29. Dezember, von 13 bis 19 Uhr,
Donnerstag, den 30. Dezember, von 9 bis 19 Uhr und Freitag, den
31. Dezember, von 7 bis 19 Uhr geöffnet.

Samstag, den 1. Jänner 1955, Sonntag, den 2. Jänner und Don-
nerstag, den 6. Jänner, sind sämtliche Bäder geschlossen.

- - -

Näh-, Koch-, Vorspeisen- und Servierkurse
=====

24. Dezember (RK) Die Stadt Wien veranstaltet an den Städti-
schen Lehranstalten für Frauenberufe Kurzkurse, die Mitte Jänner
beginnen, und zwar: 6, Brückengasse 3, Telephon B 25-4-19 und 15,
Sperrgasse 8-10, Telephon R 38-4-57, achtwöchige Nachmittags- und
Abendnähkurse; 9, Wilhelm Exner-Gasse 34, Telephon A 18-4-85,
achtwöchige Kurse in Kleidermachen für Anfänger, Kochen für Fort-
geschrittene, einen Servierkurs an drei und einen Kalte Platten-
und Vorspeisenkurs an vier Abenden.

Nähere Auskünfte erteilen die Schulleitungen täglich von 8
bis 16 Uhr, Samstag bis 13 Uhr. Rasche Anmeldung erforderlich,
da beschränkte Teilnehmerzahl.

- - -

75. Geburtstag von Igo Etrich

=====

24. Dezember (RK) Am 25. Dezember vollendet der Flugzeugkonstrukteur Igo (Ignaz) Etrich in Freilassing sein 75. Lebensjahr.

Zu Trautenau in Böhmen als Sohn eines Textilindustriellen geboren, erhielt er die Möglichkeit, sich eine Flugzeugwerkstätte einzurichten und Versuche mit Gleitfliegern ohne menschliche Besatzung durchzuführen. In der Folge übersiedelte er nach Wien, wo ihm das Handelsministerium auf dem Rotundengelände einen Pavillon zur Verfügung stellte. 1905 erhielt er das erste Patent auf einen Apparat mit 12 m Spannweite, 1906 baute er sein erstes Motorflugzeug. Eine neue Konstruktion führte zur "Etrich-Taube", mit der der Pilot Karl Illner sämtliche österreichische Rekorde im Hoch- und Dauerflug gewann und auch den Preis der Stadt Wien errang. 1912 gründete Etrich in Liebau die "Etrich-Flieger-Werke" und vor dem ersten Weltkrieg die "Brandenburger-Fliegerwerke". Nach 1918 betätigte er sich in der Textilindustrie, da die Friedensverträge die Flugzeugproduktion verboten. 1944 erhielt er das Ehrendoktorat der Technischen Hochschule in Wien, 1945 mußte er aus Trautenau nach Bayern übersiedeln.

Igo Etrich gehört zu den Pionieren der Luftfahrt und hat für die Entwicklung des österreichischen Flugwesens besondere Bedeutung. Seine "Taube" ist im Wiener Technischen Museum ausgestellt.

- - -

K.L. Prinz zum Gedenken

=====

24. Dezember (RK) Auf den 28. Dezember fällt der 10. Todestag des Wiener Landschaftsmalers und Bühnenbildners Karl Ludwig Prinz.

Am 25. Oktober 1875 geboren, bildete er sich als Autodidakt zum Künstler aus und unternahm ausgedehnte Reisen nach Italien, Frankreich, England, Holland und Deutschland. 1902 trat er anlässlich der Jahresausstellung des Künstlerhauses zum ersten Mal vor die Öffentlichkeit. Viele seiner Bilder, die Motive aus allen Gebieten Österreichs festhalten, wurden von Museen und öffentlichen Stellen angekauft. K.L. Prinz, dem verschiedene Preise und Auszeichnungen verliehen wurden, hat auch Ausstattungen für die Wiener Oper sowie für Theater in München, Hamburg und New York geschaffen.

- - -

Die letzte Weihnachtsfeier

=====

24. Dezember (RK) In den letzten Tagen fanden in den städtischen Heimen, Anstalten und Spitälern zahlreiche Weihnachtsfeiern statt, bei denen der Bürgermeister und die Mitglieder des Stadtsenates die Rolle des Weihnachtsmannes übernahmen. Die letzte Weihnachtsfeier die heute nachmittag stattfand, besuchte Bürgermeister Jonas persönlich: im Kleinkinderheim Rosental im 14. Bezirk. An der Feier nahmen 60 Kinder im vorschulpflichtigen Alter teil.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 27. Dezember 1954

Blatt 2456

Weihnachten mit Regen und Verwandtenbesuchen

27. Dezember (RK) Die Frequenz der städtischen Verkehrsbetriebe spiegelt am besten wider, auf welche Weise die Wiener die Weihnachtsfeiertage verbrachten. Am ersten Feiertag war der Verkehr auf der Straßenbahn in den Frühstunden sehr gering. Auch zu den Bahnhöfen fuhren nur mehr wenige Leute. Am Nachmittag wurde es dann lebhafter auf der Straßenbahn, weil die Wiener gegenseitig Besuche machten. Besonders stark war die Frequenz am Abend auf den "Heurigenlinien". Am zweiten Tag zeigte sich das gleiche Bild. In den Morgenstunden blieb alles zuhause und schlief sich aus. Es gab auch keinen Ausflugsverkehr. Der Nachmittag war wieder den Besuchen gewidmet, und am Abend verzeichneten die Verkehrsbetriebe zum ersten Mal eine wirklich starke Frequenz, als die Wiener, die die Feiertage außerhalb der Stadt verbrachten, auf den Bahnhöfen ankamen. Der Nachtautobusverkehr war schwächer als in den gewöhnlichen Nächten von Samstag auf Sonntag, nur nach der Mette im Stephansdom war ein starker Andrang festzustellen.

Die Feuerwehr der Stadt Wien verbrachte ruhige Feiertage. Es gab keinen einzigen Christbaumbrand; damit rechnet man erst am 6. Jänner, wenn die inzwischen ausgetrockneten Bäume zum letztenmal illuminiert werden. Am Weihnachtstag gab es 23 Ausfahrten, am Christtag 14 und am Stephanitag wurden 20 Ausrückungen verzeichnet. Am meisten war die Feuerwehr im Zusammenhang mit den starken Regenfällen mit Auspumparbeiten beschäftigt. Ihrer eigentlichen Aufgabe wurden die Feuerwehrleute bei sieben kleineren Bränden gerecht.

Der städtische Rettungsdienst berichtet aus seinem Journalbuch einen erfreulichen Umstand. Jedes Jahr zu den Feiertagen ist die Zahl der Selbstmordversuche und Selbstmorde besonders hoch. Diesmal hatte die Rettung in solchen traurigen Fällen nur wenig Arbeit. Vom Weihnachtsabend bis zum 26. Dezember wurde die Rettung wegen vier Selbstmordversuchen alarmiert, in einem Fall kam die Hilfe leider zu spät. Die Zahl der Ausfahrten betrug am 24. Dezember 97, am 25. Dezember 61 und am 26. Dezember 72. Damit hat der städtische Rettungsdienst bereits 30.226 Ausfahrten in diesem Jahr erreicht, die höchste Zahl seit Bestehen dieser Institution. Im vorigen Jahr waren es um 3.000 Ausfahrten weniger. Bei Verkehrsunfällen mußte die Rettung in 13 Fällen geholt werden.

Die Semmelweis-Klinik verzeichnete mit Stolz das erste "Christkindl", einen Buben, der um 0.45 Uhr des 25. Dezember zur Welt kam.

Die städtische Straßenpflege konnte mit den Feiertagen recht zufrieden sein. Der Regen übernahm die meiste Arbeit. Trotzdem waren am 25. Dezember bei Tag 14 Schneepflüge und 19 Streuwagen, bei Nacht vier Schneepflüge in Aktion. In der Nacht vom 25. auf den 26. Dezember fielen gegen 3 Uhr früh stärkere Schneemengen, sodaß am Morgen eine Schneehöhe von 5 bis 8 cm gemessen wurde. Zu Mittag traten jedoch Regenfälle ein, die der weißen Pracht ein rasches Ende bereiteten. Auch am 26. Dezember arbeitete die Straßenpflege mit sieben motorisierten und sieben Pferdeschneepflügen. Am Vormittag wurden sogar 108 Schneearbeiter zusätzlich aufgenommen.

- - -

Belastungsprobe der Rotundenbrücke

=====

27. Dezember (RK) Die neue Rotundenbrücke, von der zwei Drittel der Fahrbahn bereits seit September fertig sind und befahren werden können, wird am 30. Dezember der Gesamtbelastungsprobe unterzogen. Aus diesem Grund ist die Brücke an diesem Tag in der Zeit von 7.30 bis 14 Uhr für den gesamten Straßenbahn- und Fahrzeugverkehr gesperrt. Der Fußgängerverkehr über die Brücke wird aufrechterhalten. Unmittelbar nach der Belastungsprobe wird der neue Brückenbau in seiner vollen Breite dem Verkehr übergeben. Die offizielle Eröffnung findet Anfang Jänner 1955 statt.

Die neue Rotundenbrücke ist eine sogenannte Trägerrostbrücke mit neun rahmenartigen Trägern. Sie ist 62 Meter lang und 24.7 Meter breit. Die Fahrbahn allein hat eine Breite von 16 Metern. Die alte Rotundenbrücke, die von der Gemeinde Wien erst vor 20 Jahren gebaut wurde, hat man bekanntlich im letzten Kriegsjahr gesprengt.

- - -

Pferdemarkt vom 23. Dezember

=====

27. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 15 Pferde, davon 1 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 10 verkauft. Unverkauft blieben 5 Pferde.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 15.

- - -

Die Ballsaison beginnt

=====

27. Dezember (RK) Mit dem Ball der Polizeimusik Wien am 1. Jänner im Sophiensaal geben die Hüter der Ordnung den Auftakt zur Ballsaison 1955. Bis jetzt sind im Referat Vergnügungssteuer im Wiener Rathaus 148 Tanzveranstaltungen angemeldet. Darunter befinden sich 60 Veranstaltungen mit repräsentativerem Charakter, darunter wieder 35 Bälle mit einer Kartenauflage von mehr als 1000 Stück.

Die Wiener oder zumindest die Ballveranstalter haben also allen Anschein nach die Absicht, das neue Jahr beschwingt und tanzfreudig zu beginnen. Unter den großen bisher angemeldeten Ballveranstaltungen ist vor allem der traditionelle Philharmonikerball am 17. Jänner im Musikvereinsaal zu erwähnen; die Zuckerbäcker schwingen am 24. Jänner im Sophiensaal das Tanzbein, und der Wiener Schubertbund hat sich für den 11. Februar bereits das Palais Auersperg für seinen Ball reserviert.

- - -

Der "Dreizehner" hatte Unglück
 =====

27. Dezember (RK) Heute vormittag, um 8.45 Uhr, ereignete sich an der Kreuzung Johann Strauß-Gasse - Wiedner Hauptstraße ein Straßenbahnunglück, bei dem glücklicherweise nur drei Personen verletzt wurden. Der Unfall, bei dem beträchtlicher Materialschaden entstand, erregte jedoch großes Aufsehen.

Ein von der Wiedner Hauptstraße stadtauswärts fahrender niederösterreichischer Lastkraftwagen stieß in die rechte Seitenwand eines Triebwagens der Linie 13 vom Bahnhof Favoriten. Durch den Anprall entgleiste der Triebwagen mit beiden Räderpaaren und wurde ebenso wie der Lastkraftwagen und auch der Beiwagen des Zuges der Linie 13 schwer beschädigt. Der Lenker des Kraftwagens, Alois Habersann aus Hollabrunn, erlitt eine leichte Brustkorbquetschung. Von den Straßenpassagieren wurde der 55jährige Heinz Gazger auf die Straße geschleudert und erlitt Prellungen des Brustkorbes. Beide Verunglückten wurden vom Rettungsdienst in die erste Unfallstation gebracht. Der Schaffner des Triebwagens erlitt eine kleine Platzwunde an der Hand. Durch den Unfall entstand ein Aufenthalt von 45 Minuten.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 27. Dezember
 =====

27. Dezember (RK) Neuzufuhren Inland: 221 Ochsen, 143 Stiere, 636 Kühe, 52 Kalbinnen, Summe 1.052. Neuzufuhren Ungarn: 18 Ochsen, Gesamtauftrieb: 239 Ochsen, 143 Stiere, 636 Kühe, 52 Kalbinnen, Summe 1.070. Verkauft wurden: 235 Ochsen, 143 Stiere, 634 Kühe, 52 Kalbinnen, Summe 1.064. Unverkauft blieben: 4 Ochsen, 2 Kühe, Summe 6.

Preise: Ochsen 8 bis 11.20 S, Stiere 10.30 bis 11.60 S, Kühe 7.70 bis 9.60 S, Kalbinnen 10 bis 11.50 S, Beinlvieh, Kühe 6 bis 7.60 S, Ochsen, Kalbinnen 7 bis 9.60 S, Extremware: Ochsen 11.30 bis 11.80 S (14 Stück), Stiere 11.70 bis 12 S (14 Stück), Kühe 9.70 bis 10.40 S (16 Stück), Kalbinnen 11.60 bis 11.90 S (4 Stück).

Bei größtenteils ruhigem Marktverkehr notierten Ochsen, I. bis III. Qualität behauptet, extrem fest behauptet. Stiere verteuerten sich bis zu 30 g, Kühe bis zu 50 g, Kalbinnen bis 90 g, Beinlvieh verteuerte sich um 50 g. Ungarische Ochsen: 10 bis 11.70 S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 28./Dezember 1954

Blatt 2461

Turmblasen am Silvesterabend

=====

28. Dezember (RK) Wie jedes Jahr wird auch heuer am Silvesterabend vom Rathaus festliche Fanfarenmusik erklingen. Der Trompeterchor der Stadt Wien unter Leitung von Josef Hadraba wird in der Zeit von 18 bis 18.30 Uhr von der Loggia des Rathhausturmes für die Wienerinnen und Wiener konzertieren und festliche Choräle von Richard Strauß, Wolfgang Amadeus Mozart sowie Musik von Johann Strauß und Weihnachtslieder zu Gehör bringen. Im Anschluß an das Turmblasen wird eine Neujahrsansprache von Bürgermeister Jonas auf den Rathausplatz übertragen.

Die Wiener Bevölkerung ist herzlichst eingeladen, an dieser frei zugänglichen Veranstaltung teilzunehmen.

- - -

Silvester-Nachtverkehr auf der Straßenbahn

=====

28. Dezember (RK) In der Silvesternacht vom 31. Dezember 1954 auf den 1. Jänner 1955 wird wie alljährlich auf einzelnen Radial- und Rundlinien der Straßenbahn, anschließend an den Tagverkehr, ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr ab Ring und Kai eingerichtet.

Die in der Silvesternacht betriebenen Linien sind aus den in den Wagen angebrachten Anschlägen zu ersehen. Der Nachtfahrpreis beträgt für jede Person 2.60 S. Tagesfahrtscheine, Kinderfahrtscheine, Wochenkarten und Zeitkarten haben auf den Nachtverkehrszügen keine Gültigkeit.

- - -

Silvesteransprachen des Bürgermeisters
=====

28. Dezember (RK) Anlässlich des Jahreswechsels wird Bürgermeister Jonas am 31. Dezember, um 19.35 Uhr, im Österreichischen Rundfunk, Sender Wien I, eine Ansprache halten. Die Silvesterrede des Bürgermeisters im Sender "Rot-Weiß-Rot" Wien ist am 31. Dezember, um 18.10 Uhr, zu hören.

- - -

Praterstraße vor der Vollendung
=====

28. Dezember (RK) Stadtrat Thaller besichtigte heute vormittag in Begleitung von Baudirektor Dipl. Ing. Hosnedl die großen Straßenbaustellen der Gemeinde Wien am Friedrich Engels-Platz und in der Marchfeldstraße, in der Lassallestraße und in der Praterstraße. Der Verkehr in der Lassallestraße und durch die Marchfeldstraße über den Friedrich Engels-Platz wurde vor einigen Tagen bereits freigegeben. Der Umbau der Praterstraße steht kurz vor der Vollendung. Mit ihrer Freigabe für den Verkehr in beiden Richtungen ist in einigen Tagen zu rechnen.

Mit dem Umbau der Praterstraße wurde heuer im Sommer am 16. August begonnen. An Stelle des alten und vielfach schon schadhafte Granitwürfelpflasters erhielt die Fahrbahn eine Hartgußasphaltdecke auf Betonunterlage. Die Gleise der Straßenbahn wurden in die Mitte verlegt. Auch an Fußgängerstreifen hat man in der Praterstraße gedacht. Sie sind durch gelbe und schwarze Steine markiert und wurden im Bereich der Straßenbahnhaltstellen angelegt.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 28. Dezember
=====

28. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 54 Fleischschweine aus Ungarn. Neuzufuhren Inland: 5027, Neuzufuhren Ungarn: 3035. Gesamtauftrieb: 8116. Verkauft wurden 7681, unverkauft blieben 435, davon 272 aus Ungarn, 163 Inland. Kontumazanlage: 1370 aus Jugoslawien. Preise: Extremware 18.30 bis 18.50 S Schlachtgewicht, 1. Qualität 17.40 bis 18.20 S Schlachtgewicht, 2. Qualität 13.70 bis 14.- S Lebendgewicht, 3. Qualität 12.80 bis 13.60 S Lebendgewicht, Zuchten 12.- bis 12.50 S Lebendgewicht, Altschneider 10.- bis 11.- S. Ungarische Schweine 12.70 bis 14.- S, jugoslawische Schweine 12.80 bis 14.- S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr verbilligten sich Extremware und 1. Qualität bis zu 30 Groschen, 2. Qualität bis zu 40 Groschen, und 3. Qualität bis zu 60 Groschen. Ungarische Schweine und jugoslawische Schweine verbilligten sich bis zu 50 Groschen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 29./Dezember 1954

Blatt 2464

Neue Straßennamen noch im alten Jahr

=====

29. Dezember (RK) Noch im alten Jahr hat der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung die Benennung einer Reihe von Verkehrsflächen im 12., 18., 22. und 23. Bezirk genehmigt. In Meidling erhielt die Auefallstraße, die von der Grünbergstraße nach Laxenburg führt, bis zur Stadtgrenze die einheitliche Bezeichnung "Altmannsdorfer Straße". In Währing wurde eine Verkehrsfläche, die die Schafberggasse mit der Josef Redl-Gasse verbindet, "Utopia-weg" benannt. Im 22. Bezirk, Donaustadt, wurden bisher unbenannte Gassen in der Siedlung "Rittersporn" benannt, und zwar: "Lavaterstraße", "Rittersporngasse", "Hadlaubgasse", "Breitingergasse", "Hallergasse", "Bodmergasse", "Gotthelfgasse", "Spittelergasse", "Leutholdgasse". Im 23. Bezirk, Liesing, erhielten vier noch unbenannte Verkehrsflächen in Erlaa die Namen "Dernjagasse", "Ellmingergasse", "Mrkwickagasse", "Bobiesgasse". In Mauer, Siedlung Rosenberg, wurden folgende neue Gassennamen geschaffen: "Wastlgasse", "Pflaumengasse", "Reibergasse", "Lainergasse", "Pantlitschkogasse", "Stieglergasse", "Sperkergasse".

- - -

151.500 Schilling für den Wiener Sport
 =====

29. Dezember (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung gewährte vor kurzem wieder mehreren Turn- und Sportorganisationen Kostenbeiträge aus den Wiener Sportfonds in der Höhe von insgesamt 151.500 Schilling. Die Subventionen dienen für den Ankauf von Sportutensilien, für die Durchführung des Sportbetriebes sowie für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen.

Die den Vereinen bewilligten Subventionen werden den zuständigen Verbänden zur treuhändigen Übernahme und Weiterleitung überwiesen. Der Nachweis über die widmungsgemäße Verwendung muß der Sportstelle der Stadt Wien erbracht werden.

- - -

Gedenktage für Jänner
 =====

29. Jänner (RK)

- | | |
|--|--------------|
| 4. Richard Placht, Chefmedailleur im Hauptmünzamt, Regierungsrat | 75. Geb.Tag |
| 5. Ing. Otto Nußbaumer, erfand 1901 die Radiotelephonie, Mitarbeiter des Radio- und Rundfunkwesens | 25. Tod.Tag |
| 7. Karl Toldt, Zoologe, korresp. Mitglied der Akademie der Wissenschaften | 80. Geb.Tag |
| 11. Peter Johann Nepomuk Geiger, Historienmaler | 150. Geb.Tag |
| 15. Prof. Dr. Lorenz Böhler, Chirurg | 70. Geb.Tag |
| 15. Dr. Hugo Hantsch, Univ. Prof. f. allgemeine Geschichte der Neuzeit, Wien | 60. Geb.Tag |
| 16. Wilhelm Wirtinger, Univ. Prof. f. Mathematik, Wien | 10. Tod.Tag |
| 18. Dr. Oskar Katann, Direktor der Wiener Stadtbibliothek a. D., Schriftsteller | 70. Geb.Tag |
| 19. Sophie Müller, k. k. Hofchauspielerin | 150. Geb.Tag |
| 24. Johann Baptist von Alxinger, Dichter | 200. Geb.Tag |
| 26. Fred Hennings, Burgschauspieler | 60. Geb.Tag |
| 29. Dr. Ludwig Flamm, o. Professor für Physik a. d. Technischen Hochschule | 70. Geb.Tag |

29. Dr. Franz Ottmann, Kunsthistoriker 80. Geb.Tag
30. Ludwig von Tetmajer, Professor an der Technischen Hochschule Wien, hervorragender Fachmann für Materialprüfung 50. Tod.Tag
31. Prof. Oswald Roux, akademischer Maler 75. Geb.Tag

- - -

K.A. Kaltenbrunner zum Gedenken
=====

29. Dezember (RK) Auf den 30. Dezember fällt der 150. Geburtstag des oberösterreichischen Mundartdichters Karl Adam Kaltenbrunner

In Enns geboren, studierte er in Admont und wurde Beamter der Staatsbuchhaltung in Linz. Später ging er nach Wien und trat in den Dienst der Staatsdruckerei, deren Vizedirektor er wurde. Er starb am 6. Jänner 1867. In seinem literarischen Schaffen verwendete Kaltenbrunner die Schriftsprache wie die Mundart. Seine Begabung zeigte sich aber vor allem auf dem Gebiete der Dialektdichtung. Besondere Wirkung erzielten seine heiteren Gedichte, die er selbst meisterhaft rezitierte. Auch Prosaerzählungen, in deren Mittelpunkt charakteristische Gestalten aus dem oberösterreichischen Volksleben stehen, und drei Theaterstücke stammen von ihm.

- - -

Pferdemarkt vom 29. Dezember
=====

29. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 189 Pferde, davon 19 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 177 verkauft, als Nutztiere 2. Unverkauft blieben 10 Pferde.

Herkunft der Tiere: Wien 6, Niederösterreich 114, Oberösterreich 37, Burgenland 19, Steiermark 11, Kärnten 2.

Preise: Jungpferde und Fohlen 7.80 bis 12.50 S, 1. Qualität 6.15 bis 7.50 S, 2. Qualität 5.10 bis 6.10 S, 3. Qualität 4.- bis 5.- S.

Der Marktverkehr war sehr ruhig. Vorwochenpreise behauptet.

- - -

Gemeinde Wien baut Fußgängersteg zur Nordbahnbrücke

=====

29. Dezember (RK) Die im Jahre 1945 zerstörte Nordbahnbrücke wird nach einer Mitteilung der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen im kommenden Jahr wieder errichtet werden. Mit den Vorarbeiten wurde bereits begonnen. Die alte Nordbahnbrücke trug flußabwärts auch einen Fußgängersteg von knapp zwei Meter Breite, der auf Kosten der Stadt Wien errichtet worden war. Der Steg reichte von der Stiegenanlage beim rechten Uferpfeiler bis zum Hubertusdamm.

Für die neue Brücke baut nun die Stadt Wien einen Fußgängersteg von drei Meter Breite sowie Stiegenanlagen an den Enden der Brücke. Der Steg wird neben seiner Aufgabe, dem Fußgängerverkehr zu dienen, auch noch zwei 30.000 Volt-Kabel der E-Werke über den Donaustrom führen und einen Rohrstrang der Wiener Wasserwerke aufnehmen. Später soll er noch zur Überführung von Leitungen der Gaswerke herangezogen werden. Die Gesamtkosten des Stegbaues belaufen sich auf voraussichtlich 7,5 Millionen Schilling.

- - -

Neue Wohnhäuser an Stelle des "Wiedner Krankenhauses"

=====

29. Dezember (RK) Im Wohnbauprogramm 1955 ist vorgesehen, auf den Gründen des ehemaligen Wiedner Krankenhauses, das in der letzten Zeit als Herberge der Stadt Wien diente, eine neue Wohnhausanlage zu errichten. Mit diesem Bauvorhaben wird die Verbauung des ganzen Komplexes des ehemaligen Wiedner Krankenhauses abgeschlossen sein.

Auf dem Baugrund stehen derzeit noch die Krankenpavillons, das Administrationsgebäude und das Gebäude der ehemaligen Kapelle des Krankenhauses. Die bisher als städtische Herberge dienenden Objekte sind zum größten Teil bereits geräumt, die übrigen Bewohner werden in der nächsten Zeit abgesiedelt.

Um mit den geplanten Wohnhausneubauten programmgemäß im Früh-

./.

ling des kommenden Jahres beginnen zu können, genehmigte heute der städtische Bauausschuß auf Antrag von Stadtrat Thaller den Abbruch der alten Gebäude. Die Demolierungsarbeiten sollen schon in der nächsten Zeit begonnen werden, da ihre Durchführung auch in der kalten Jahreszeit möglich ist und so zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten in den kommenden Wintermonaten geschaffen werden. Die Gesamtkosten der Abbrucharbeiten belaufen sich auf 1,3 Millionen Schilling. Die brauchbaren Mauerziegel können noch beim Neubau Verwendung finden, der Ziegelbruch wird zur Herstellung von sogenannten Vibrosteinen ausgewertet.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 30./Dezember 1954

Blatt 2469

Wien im November

=====

30. Dezember (RK) Im November wurden in Wien 723 Eheschließungen, 803 Lebendgeburten und 1.958 Sterbefälle standesamtlich registriert.

Ein Vergleich mit den vorjährigen Novemberzahlen zeigt, daß die Heiratsfrequenz und die Geburtenhäufigkeit heuer etwas geringer waren als im Vorjahr, dagegen lag die Sterbehäufigkeit über dem vorjährigen Ausmaß. Die Heiratsfrequenz betrug auf 10.000 der Bevölkerung und aufs Jahr umgerechnet 54 (gegen 59 im November 1953), die Geburtenhäufigkeit 60 (gegen 67) und die Sterbehäufigkeit 146 (gegen 135).

Der Anteil der alten Leute von 70 und mehr Jahren an der Gesamtzahl der Gestorbenen war wieder besonders hoch: er erreichte bei den Männern 44 Prozent, bei den Frauen sogar 61 Prozent.

Die Fortschreibung der Einwohnerzahl Wiens ergab für Ende November einen Stand von 1,608.063 Personen, und zwar 700.650 männlichen und 907.413 weiblichen Geschlechts.

- - -

Praterstraße ab Silvester freigegeben

=====

30. Dezember (RK) Der Umbau der Praterstraße ist nun vollendet. Die neue Praterstraße wird ab morgen, Freitag, den 31. Dezember, mittag, in beiden Richtungen vom Praterstern bis zur Aspernbrückengasse für den allgemeinen Fahrzeugverkehr freigegeben.

- - -

Einsendungen zur Jugendkulturwoche
=====

30. Dezember (RK) Wie das Landesjugendreferat Wien mitteilt, endet der Einsendetermin für Literatur (Lyrik, Prosa, Dramatik, Laienspiel und Puppenspiel) und für Musik (Kammerorchester, Kammermusik, Solo-Klavier) zur 6. Österreichischen Jugendkulturwoche in Tirol am 15. Jänner 1955. Aufgerufen zur Mitarbeit sind alle jungen Dichter und Musiker, die nach dem 31. Jänner 1924 geboren sind. Den gleichen Einsendetermin hat das Preisausschreiben von Radio Tirol (musikalische Kompositionen, dramatische und sonstige literarische Werke, Hörberichte, Unterhaltungsprogramme), an dem alle männlichen und weiblichen österreichischen Staatsbürger ohne Altersunterschied teilnehmen können.

Alle Einsendungen sind an das Landesjugendreferat Tirol, Innsbruck, Hofburg zu senden. Die von den Juries ausgewählten Werke werden in Lesungen und Aufführungen bei der 6. Österreichischen Jugendkulturwoche in Tirol, die in der Zeit vom 14. bis 22. Mai 1955 in Innsbruck stattfindet, der Öffentlichkeit vorgestellt.

- - -

"Drei Musikergedenktage" bis 8. Jänner
=====

30. Dezember (RK) Wegen des anhaltenden Publikumsinteresses hat die Wiener Stadtbibliothek ihre Kleinausstellung "Drei Musikergedenktage" (zur Erinnerung an den 80. Geburtstag Franz Schmidts, den 10. Todestag Carl Lafites und den 25. Todestag Hermann Grädeners) bis einschließlich 8. Jänner 1955 verlängert.

Die ausgewählten Bild- und Schriftzeugnisse vom Leben und Schaffen dieser drei Wiener Komponisten können im Lesesaal der Stadtbibliothek im Rathaus, bei freiem Eintritt Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr, berichtet werden.

- - -

Ballkalender

=====

30. Dezember (RK) In der Zeit vom 1. bis 9. Jänner finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Samstag: Sophiensaal (Ball der Polizeimusik Wien).

Mittwoch: Kursalon (Thuringia-Ball), Messepalast (Ball des Österreichischen Kameradschaftsbundes), Palais Auersperg (Ball des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, Creditanstalt), Gschwandner (Ball der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten).

Samstag: Schwechater-Hof (Ball des Betriebsrates des Tuchhauses "Silesia" und Ball Landstraßer A.C.), Sophiensaal (Ball der Akademikergruppe des N.Ö. Bauernbundes), Münchner-Hof (Ball der Pers. Vereinigung der Schirmfabrik Wilhelm Flesch's Sohn), Messepalast (Ball des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft), Gschwandner (Ball des Touristenvereines Naturfreunde E-Werk), Zögernitz (Ball des Altersunterstützungsvereines der Rauchfangkehrer).

- - -

Ein Apostel der Mäßigkeit:

Der älteste Wiener hat zu Silvester Geburtstag

=====

Vizebürgermeister Honay beglückwünscht den 101jährigen
Regierungsrat Zierhut

30. Dezember (RK) Der ehemalige Zentralinspektor der Österreichischen Staatsbahnen, Regierungsrat Johann Zierhut, 4, Südtiroler Platz 2, feiert am morgigen Silvestertag seinen 101. Geburtstag. Er ist der älteste Mann, der in der österreichischen Bundeshauptstadt wohnt. Neben ihm gibt es allerdings noch sechs Wienerinnen, die auf ein noch längeres Leben zurückblicken. Vizebürgermeister Honay wird morgen, Freitag, um 15 Uhr, Regierungsrat Zierhut in seiner Wohnung aufsuchen und ihm die Glückwünsche und eine Ehrengabe der Wiener Stadtverwaltung überbringen.

Regierungsrat Johann Zierhut ist ein ehemaliger Beamter der

./.

Konprinz Rudolf-Bahn. Später wurde er Regierungsrat und Zentralinspektor im Wiener Eisenbahnministerium. Er ist das Kind eines Wiener Klaviermachers und wurde am Silvestertag des Jahres 1853 geboren. Der derzeit älteste Wiener blickt auf ein mit viel Arbeit, Sorge und auch Freude ausgefülltes Leben zurück. Zweimal war er verheiratet. Zwei von seinen vier Töchtern hat er verloren. Er ist ein unbeirrbarer Apostel der Mäßigkeit. Er trinkt keinen Alkohol, raucht nicht und ist ein Liebhaber von einfachen Speisen. Seit seiner Jugend ist er auch ein begeisterter Naturfreund.

- - -

Ungewöhnlicher Straßenbahnunfall

=====

30. Dezember (RK) Heute, um 6.25 Uhr früh, ist ein Wagen der Linie "D" vor dem Hause Prinz Eugen-Straße 76 bei einer Aufgrabung auf ein Rundholz aufgefahren, das sich aus unbekannter Ursache etwas aufgestellt hatte. Dadurch ist das vordere Räderpaar des Triebwagens entgleist. Das Rundholz hat den Fußboden des Wagens durchstoßen, vier Sitze losgerissen und ein Seitenwandfenster zertrümmert. Dabei wurde der im Triebwagen befindliche 45-jährige Rudolf Breuer, 1, Bäckerstraße 8, verletzt. Er wurde mit einem Rippenbruch, einer Rißquetschwunde am Hinterkopf und dem Verdacht auf innere Verletzungen sowie einem schweren Schock vom Rettungsdienst in die erste Unfallstation gebracht.

- - -

13 Kinderkrankenschwestern erhielten ihre Diplome
=====

30. Dezember (RK) Heute vormittag fand im Preyer'schen Kinderspital in Favoriten die Diplomfeier für 13 Kinderkrankenschwestern statt, die an der Krankenpflegeschule in diesem Spital gelernt haben. Fünf der 13 Schwestern, die nun in das Berufsleben hinausgehen, konnten ihre Prüfungen mit Auszeichnung bestehen. An der Feier nahmen Bürgermeister Jonas, der Primarius des Spitals, Gemeinderat Dr. Eberle, Bezirksvorsteher Wrba, Obersenatsrat Dr. Schwarzl und andere Festgäste teil.

Bürgermeister Jonas, der den Schwestern die Diplome mit herzlichen Glückwünschen überreichte, sagte in einer kurzen Ansprache, daß nun die drei Jahre zu Ende gegangen sind, die dem Lernen gewidmet waren. Manchmal wird den Schwesternschülerinnen das Lernen schwer geworden sein. Nun kommt jedoch das praktische Leben zu Wort und die Schwestern müssen selbst mit allen Schwierigkeiten fertig werden, die im Spitalbetrieb auftauchen. Der Bürgermeister bat die neuen Schwestern, nicht kleinmütig zu werden und nicht zu verzagen. Wenn man das menschliche Leben zu hüten hat, muß alles andere zurücktreten. Bürgermeister Jonas richtete an die Schwestern auch ein Wort des Dankes, weil sie sich zu diesem Beruf entschlossen haben, der nicht zu den angenehmsten gehört. Wer wirklich mit Herz dem Leben gegenübersteht, wird jedoch in dem Beruf einer Krankenschwester menschliche Bereicherung finden. Die Kinderpflegerinnen wieder haben unter allen Schwestern wohl die schönste Aufgabe zu leisten: die kranken Kinder zu betreuen und gesund zu pflegen.

Vor der Ansprache des Bürgermeisters überbrachte Bezirksvorsteher Wrba den Schwestern den Dank im Namen der Favoritner Mütter, denen durch die Arbeit im Kinderspital viele Sorgen abgenommen wurden.

- - -

Nachtrag zum Ballkalender
=====

30. Dezember (RK) Mittwoch: Zögernitz (Ball des Wiener Rad-sportklubs "Sturmvogel").

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 31. Dezember 1954

Blatt 2474

Glückwünsche der leitenden Beamten

=====

31. Dezember (RK) Heute früh versammelten sich die leitenden Beamten des Wiener Magistrates und die Direktoren der Städtischen Unternehmungen im Roten Salon des Wiener Rathauses, um Bürgermeister Jonas ihre Neujahrsglückwünsche zu übermitteln. Im Namen der Beamtenschaft sprach Magistratsdirektor Dr. Kinzl. Bürgermeister Jonas erwiderte die Neujahrsglückwünsche und bat die Herren, allen Beamten die besten Wünsche für das kommende Jahr auszusprechen. Er ersuchte sie auch weiterhin um ihre Mitarbeit zum Wohle der Wiener Bevölkerung.

- - -

Ferkelmarkt vom 29. Dezember

=====

30. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 117 Ferkel, verkauft wurden 91. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 217 S, 6 Wochen 256 S, 7 Wochen 310 S, 8 Wochen 365 S.

Der Marktbetrieb war lebhaft.

- - -

89.000 Schilling Verkaufserlös
=====

"Das gute Bild für jeden" so gut wie noch nie

31. Dezember (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien zusammen mit sämtlichen Wiener Künstlerverbänden heuer bereits zum fünften Male veranstaltete Ausstellung "Das gute Bild für jeden" hat gestern in der Wiener Secession ihre Pforten geschlossen. Der Erfolg der diesjährigen Ausstellung übertraf nicht nur alle Erwartungen, sondern auch alle bisherigen Erfolge. Fast 400 Arbeiten fanden ihre Käufer, die für diese Werke der Wiener bildenden Künstler 89.000 Schilling ausgaben. Im Vorjahr wurden 309 künstlerische Arbeiten mit einem Erlös von 76.000 Schilling verkauft. 32.000 Besucher wurden in der Zeit zwischen 2. und 30. Dezember gezählt.

- - -

Schweinenachmarkt vom 30. Dezember
=====

31. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 435 Fleischschweine (272 aus Ungarn, 163 Inland). Neuzufuhren aus dem Inland: 1 Fleischschwein. Neuzufuhren Ausland Ungarn: 270 Fleischschweine. Gesamtauftrieb: 706. Verkauft wurden: 218, unverkauft 488, davon 326 aus Ungarn und 162 Inland. Kontumazanlage 788 aus Jugoslawien. Ungarische Schweine 13.50 bis 14.- S, jugoslawische Schweine 13.- S.

- - -

Neujahrsempfang bei Bürgermeister Jonas
=====

Vizebürgermeister Honay und Stadtrat Dkfm. Nathschläger sprachen
im Namen ihrer Fraktionen

31. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute vormittag in seinem Arbeitszimmer die Mitglieder des Wiener Stadtsenates zu dem traditionellen Neujahrsempfang. Dabei gaben Vizebürgermeister Honay und Stadtrat Dkfm. Nathschläger an Stelle des von Wien abwesenden Vizebürgermeisters Weinberger im Namen ihrer Fraktionen anlässlich des Jahreswechsels Erklärungen ab.

Vizebürgermeister Honay führte aus: "Die sozialistischen Mitglieder des Stadtsenates entbieten allen Bewohnern der Bundeshauptstadt und Ihnen, der erst vor wenigen Tagen abermals zum Bürgermeister gewählt worden ist, die besten Wünsche zum Jahreswechsel.

Wir haben ein überaus ereignisreiches Jahr hinter uns. Manche Hoffnung ist auch im Jahre 1954 nicht in Erfüllung gegangen. Vor allem haben die Berliner Verhandlungen über den Staatsvertrag dem österreichischen Volke eine arge Enttäuschung gebracht. In wenigen Monaten wird die zweite Republik ihren zehnjährigen Bestand feiern und wenn auch die finanzielle Belastung durch die Besetzung wesentlich geringer geworden ist, bleibt doch noch immer der beschämende Zustand der Unfreiheit mit allen den bitteren Folgen bestehen. Unser sehnlichstes Verlangen im kommenden Jahr gilt daher der endlichen Befreiung von der eines Kulturvolkes so unwürdigen Anwesenheit fremder Soldaten in unserer Heimat. Nicht nur das Volk von Wien, sondern alle Österreicher haben in diesen zehn Jahren den Beweis einer hohen politischen Reife erbracht. Ein Volk, das in diesen Jahren des Wiederaufbaues einer völlig zerrütteten Wirtschaft die denkbar größten Opfer auf sich genommen hat, empfindet eine jahrelange Bevormundung durch fremde Mächte als Erniedrigung. Es ist deshalb selbstverständlich, wenn unserem Neujahrsgruß die Forderung nach endlicher Gewährung des Staatsvertrages vorangestellt wird! Erst in einer freien Republik werden sich alle wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte voll entfalten können. Wir verbinden mit dieser Forderung eine zweite, rein menschliche: Laßt das Jahr 1955 das letzte sein, in dem noch Österreicher fern von ihren Lieben hinter Stacheldraht gefangen gehalten werden!

Für die Sozialisten war das nun zur Neige gehende Jahr eine Zeitspanne wahrhaft fruchtbringender Arbeit. Von der verständnisvollen Mitarbeit des Wiener Volkes getragen, konnte im Jahre 1954 nicht nur vom Krieg zerstörtes Volksgut wieder benutzbar gemacht, sondern auch viel schöne, neue Werke geschaffen werden.

Im Drange der Tagesarbeit verlieren wir leicht den Überblick über die Gesamtleistung. Umso erfreulicher ist es, wenn Besucher aus anderen Städten und Ländern immer wieder feststellen, wie das Antlitz unserer Stadt seit 1945 schöner geworden ist. Diese dem Wohle des Volkes dienende Arbeit wird sich auch im Jahre 1955 fortsetzen. Garant hierfür ist der von den beiden Koalitionsparteien beschlossene Haushaltsplan. Er sieht einen Gesamtumsatz von rund 5.6 Milliarden Schilling vor und trägt wesentlich zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung bei, die eine der wichtigsten Voraussetzungen für die soziale Sicherheit der breiten Massen ist.

Im verflossenen Jahr hat völlig überraschend die russische Besatzungsmacht das schon im Jahre 1946 vom Wiener Landtag beschlossene Gesetz über die Rückgabe der im Jahre 1938 von Niederösterreich abgetrennten Gemeinden genehmigt. Die Bewohner dieser nunmehr seit 16 Jahren von Wien betreuten Gebiete waren mit unserer Verwaltung engstens verbunden. Es war daher vorauszusehen, daß eine sehr ernste Protestbewegung gegen das Gesetz, das noch vor acht Jahren unter wesentlich anderen Verhältnissen beschlossen worden ist, entstehen wird. Es haben sich auch viele Gemeinden durch geheime Volksbefragung für den weiteren Verbleib bei Wien entschieden. Wir haben in sehr schwierigen im Geiste der Loyalität geführten Verhandlungen mit Niederösterreich, die nun in den wichtigsten Teilen abgeschlossen sind, die vom Gesetz vorgeschriebene Trennung durchgeführt. Wien hat dadurch rund 160.000 Einwohner verloren.

Die in diesem Jahr abgehaltene Gemeinderatswahl hat der Sozialistischen Partei einen schönen Erfolg gebracht. Statt der vorher innegehabten 52 Mandate verfügt sie nun über 59 Sitze im Wiener Gemeinderat. Wir betrachten diesen Mandatsgewinn als den Beweis für die Richtigkeit unserer seit 1945 eingeschlagenen Kommunalpolitik, die wir auch in den nächsten fünf Jahren fortsetzen werden. Getragen vom Vertrauen der 570.000 Wählerinnen und Wähler gelobt die Sozialistische Fraktion der Stadträte alles zu tun, um dieses Vertrauen jederzeit zu rechtfertigen.

Wir werden auch so wie bisher, mit der Volkspartei in der Stadtverwaltung zusammenarbeiten. Diesen guten Willen haben wir nach der Wahl vom 17. Oktober erneut unter Beweis gestellt. In den Verhandlungen über die Bildung der neuen Stadtregierung konnte eine, wie wir hoffen, gesunde Basis für das gemeinsame Arbeiten der beiden großen Parteien in der Gemeinde geschaffen werden. Wir geben der Zuversicht Ausdruck, daß bei aller Beharrung auf seine weltanschaulichen Grundsätze der politische Gegner bei der gemeinsamen Arbeit in der Stadtverwaltung die Erfordernisse der Gesamtheit voranstellt. Nur dann wird unsere Stadt, die wir so sehr lieben und der wir mit ganzer Kraft dienen wollen, jenes blühende Gemeinwesen werden, das zu formen uns heilige Verpflichtung ist.

Wir Sozialisten haben, auf billige Popularitätshascherei verzichtend, durch eine geradlinige gemeindliche Finanzpolitik die Mittel gesichert, die zur Erfüllung der großen Aufgaben erforderlich sind, die der gegenwärtigen Generation durch den verbrecherischen Krieg gestellt worden sind. Wien hat in diesem Jahr bei den Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich auch weitgehendes Verständnis für die Nöte der kleinen finanzschwachen Gemeinden bewiesen und namhafte finanzielle Opfer gebracht. Sie werden im Jahr 1955 im erhöhten Umfang durch die vom Nationalrat im Dezember beschlossene Senkung der gemeinsamen Steuern im Haushalt der Stadt sichtbar werden. Die sparsame, aber zugleich weitschauende Finanzpolitik hat bewirkt, daß die Bundeshauptstadt heute frei von drückenden Schulden ist!

Wir wissen, daß uns noch große Aufgaben bevorstehen. Das Verkehrsproblem steht dabei in der vordersten Linie. Es wird große Anstrengungen und hohe Kosten erfordern, um eine möglichst alle Teile befriedigende Lösung zu finden.

Auch die Schaffung von neuem Wohnraum gehört zu den wichtigsten Arbeiten der Stadtverwaltung. Es ist begrüßenswert, daß im Jahre 1955 eine stark gesteigerte soziale Wohnbautätigkeit und die finanzielle Förderung des genossenschaftlichen Wohnhausbaues vorgesehen ist.

Bedeutet doch die Intensivierung des Wohnhausbaues bis zur vollen Ausschöpfung des Bauvolumens im kommenden Jahr das ersehnte Heim für tausende Familien, gleichzeitig aber auch Aufträge für Industrie und Gewerbe und damit Arbeit und Brot für viele Zehntausende.

Auch auf allen anderen Gebieten der Verwaltung ist für das neue Jahr gut vorgesorgt. Den Kleinsten, den Schulkindern, aber auch den bedürftigen Alten wird wieder vermehrte Vor- und Fürsorge zuteil werden.

Wir benützen gerne die Gelegenheit allen Bediensteten der Hoheitsverwaltung und der Gemeinde-Unternehmungen für ihre im Jahre 1954 geleistete Arbeit Dank zu sagen. Im gemeinsamen Wirken wollen wir weiter treue Diener unserer Stadt sein, dieser Stadt, die soviel Ungemach erdulden mußte und die doch immer wieder durch den unbesiegbaren Willen ihrer Bewohner neu erblüht ist. Der zweite Weltkrieg hat unserer Stadt schwere Wunden geschlagen. Sie sind noch nicht zur Gänze geheilt. Unsere Arbeit gilt einem neuen Wien, einer Stadt der sozialen Gerechtigkeit, des Fortschrittes aber auch des Frohsinns. Allen Wienerinnen und Wienern danken wir am letzten Tag des alten Jahres für ihre Arbeit, die sie für sich, ihre Familie, aber zugleich auch für ihre Stadt geleistet haben. Möge Ihnen das neue Jahr viel Freude und Erfolg bringen!"

Stadtrat Dkfm. Nathschläger sagte: "Der Jahreswechsel gibt der Österreichischen Volkspartei, die in der Bundeshauptstadt rund 360.000 Wähler zu vertreten hat, Gelegenheit, allen Wienerinnen und Wienern, allen Arbeitern, Angestellten und Beamten der Stadt und auch der Stadtvertretung mit dem Herrn Bürgermeister an der Spitze ein recht gutes Neues Jahr zu wünschen.

Wir haben uns nach einem alles in allem doch sachlichen Wahlkampf abermals zur gemeinsamen Arbeit für die ganze Bevölkerung vereinigt und erst vor wenigen Tagen den Stadthaushalt für 1955 beschlossen. Was wir schon gelegentlich der Konstituierung des neuen Gemeinderates und auch während der Budgetdebatte erklärt haben, bleibt inneres Gesetz unserer künftigen Politik: Mitarbeit und Zusammenarbeit, wo und wie immer sie möglich ist, aber unter dem Vorbehalte sachlicher Kritik und auch offener Stellungnahme überall und immer, wo unsere Ansichten über die richtige Führung und Verwaltung dieser Stadt auseinandergehen.

Wir haben das größte Interesse am weiteren Ausbau und auch an der inneren Ausgestaltung unserer Stadt. Wir freuen uns, daß künftighin neben dem kommunalen Wohnhausbau dem genossenschaftlichen und dem Bau im Wohnungseigentum eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden und ein stärkerer Anteil zufallen wird. Wir hoffen sehr, daß die Sicherung, Erhaltung und Modernisierung der Althäuser und Altwohnungen auch mit Hilfe der Stadt bald in Angriff genommen werden und zur Entlastung des noch immer großen Wohnungselends beitragen wird.

Eines der größten und dringendsten Probleme, die in der nächsten Zeit gelöst werden müssen, bildet die Verkehrsregelung. Wir werden hier nicht ohne größte Umstellungen, ohne stärkeren Auto- bus- und Obusbetrieb, vor allem aber nicht ohne Schnellbahnen und ohne eine Untergrundbahn auskommen. Je eher wir mit einer großzügigen Lösung beginnen, desto besser wird sie ausfallen und desto eher wird sie auch finanziert werden können.

Es ist nun schon fast allgemein anerkannt, daß wir große Investitionen, Bauten und Nachschaffungen, vor allem aber die U-Bahn, Schnellbahnen, das neue Allgemeine Krankenhaus, den Flughafen, den Donauhafen, etc., nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern nur über Kreditoperationen, Anleihen, etc. finanzieren können. Meine Partei hat gerne davon Kenntnis genommen, daß sich nun auch die Mehrheitspartei dieser Auffassung nicht mehr so gänzlich und grundsätzlich wie in früheren Jahren verschließt. Uns ist es nicht so wichtig, von wem etwas Vernünftiges durchgesetzt wird, sondern, daß es geschieht.

Das gleiche Recht war nicht nur ein Programmpunkt meiner Partei, das gleiche Recht aller Mitbürger auch von seiten der Stadt anerkannt zu erhalten und innerhalb der Stadtverwaltung zu verwirklichen, ist uns auch weiter ernste Aufgabe und Verpflichtung. Alle unsere Mitbürger haben für sich selbst und für ihre Kinder den Anspruch auf Anstellungen im städtischen Dienste, auf gleiche Chancen des Aufstieges, vor allem aber auf die gleiche Berücksichtigung bei der Verteilung aller Leistungen der Stadt, ganz besonders bei der Zuteilung von Wohnungen. Wir hoffen sehr, daß gerade hier ein sichtbarer Wandel eintritt und daß künftig

die soziale Bedürftigkeit den alleinigen Maßstab für die Beurteilung der Bewerber bilden wird.

Wir bleiben bei unserer Auffassung, daß eine entsprechende Finanzpolitik auch in Wien Steuerermäßigungen und die Senkung von Tarifen und Abgaben, besonders auch des Gas- und Strompreises, ermöglichen würde. Wir halten es für unerläßlich, daß auch die Stadt Produktivitätssteigerungen und Produktionserhöhungen nicht nur für interne Verbesserungen, Rationalisierungen, etc., sondern, wenigstens zum Teil auch zu einer echten Steigerung des Lebensstandards aller ihrer Mitbürger verwendet.

Wir sind der Ansicht, daß die Stadtverwaltung in mancher Beziehung, vor allem in der Jugenderziehung, aber auch im Wohlfahrtswesen und in ihrer Gesundheitspolitik mit privaten Verbänden, ganz besonders aber mit den christlichen Kirchen und mit der Caritas zusammenarbeiten und auf diese Weise eine größere und bessere Leistung erzielen könnte.

Wir hoffen, daß auch bei der weiteren Formung und Darstellung des geistigen Antlitzes unserer Stadt auf die entscheidenden Beiträge christlicher und katholischer Wesenheit von einst und jetzt nicht vergessen wird. Gerade weil wir alle endlich auch die äußere Freiheit erringen wollen, müssen wir auf die innere besonders achtgeben. Diese aber kann nicht errungen werden und ist schon gar nicht zu erhalten ohne letzte Bezogenheit alles menschlichen Seins auf ewige Gesetze.

Wien steht nicht zufällig auf diesem Platze und die Wiener und Wienerinnen sind nicht zufällig so, wie sie sind. Es ist wichtig, daß wir bei aller unserer Arbeit immer dem Willen des Schöpfers und dem Sinn der Geschichte untertan bleiben.

So grüßen wir unser Wien und alle unsere Mitbürger. Möge das Jahr 1955 für alle gesegnet und glücklich sein. Möge es uns und allen Menschen - auch den noch in der Fremde weilenden Kriegsgefangenen - endlich den Frieden und eine gesicherte Freiheit bringen!"

In seiner Antwortrede sprach Bürgermeister Jonas folgendes:

"Es sind jetzt bald zehn Jahre her, daß Österreich wieder-
erstanden ist und daß Wien als Bundeshauptstadt der Republik
seinen Rang einnimmt. Es war ein harter und ein steiniger Weg.
Wir dürfen nicht vergessen, daß die Demokratie mühselig aufbauen
mußte, was andere in verbrecherischem Wahnsinn zerstört haben.

Aber die Aufgabe des materiellen Wiederaufbaues war nicht
die einzige. Eine zweite, ebenso wichtige Aufgabe war es, das
Vertrauen der Bevölkerung wiederherzustellen und vor allem das
Vertrauen in die Zukunft zu sichern. Denn nichts wäre im Jahre
1945 gefährlicher gewesen, als ein Pessimismus, der uns dazu
gebracht hätte, das Schicksal wehrlos auf uns zu nehmen und
widerstandslos zu ertragen, was der Krieg über uns gebracht hat.

Wir können heute feststellen, daß in Österreich - und ich
darf betonen, besonders in Wien - der Glaube an die Zukunft
eines der tragenden Elemente der gegenwärtigen Zeit ist. Ich
glaube, daß wir mit Recht darauf verweisen können, daß unsere
Tätigkeit in der Gemeinde Wien von den optimalsten Erfolgen
begleitet war. Natürlich stellen wir selber und auch alle anderen
Wiener fest, daß noch viele Aufgaben zu lösen sind. Die Ent-
wicklung verlangt immer wieder neue Lösungen und stellt immer
wieder neue Aufgaben. In diesem Sinne werden wir natürlich nie
mit den Aufgaben fertig werden, und das ist vielleicht das
Schöne daran. Aber die Aufgaben, die uns Krieg und Nachkriegs-
zeit gestellt haben, sind von der Gemeindeverwaltung dank der
großen Aufopferung der Wiener Bevölkerung gelöst worden; wir
dürfen mit Recht darauf stolz sein.

Ich finde es begreiflich, daß jetzt, da wir die großen
Sorgen des Wiederaufbaues fast zur Gänze hinter uns haben, viele
Wünsche, Hoffnungen und Bedürfnisse in den Vordergrund dringen,
die bisher zurückgestellt werden mußten und die dank dem Ver-
ständnis der Bevölkerung auch zurückgestellt werden konnten.

Wir haben vor wenigen Tagen den Haushalt beschlossen, und
in diesem Haushalt sind schon mehr als in den vergangenen Jahren
neue Schöpfungen enthalten. Das freut uns außerordentlich. Die

Aufgaben, die ich in meiner Antrittsrede skizziert habe, zeigen uns den großen Umfang der Aufgaben, die zu lösen unserer Meinung nach möglich ist. Nun glaube ich aber, daß wir es uns selber und der gesamten Wiener Bevölkerung schuldig sind, uns trotz des Stolzes auf das Errungene in den vergangenen Jahren, nicht zu Wünschen und Hoffnungen verleiten zu lassen, die die Grenzen des Möglichen übersteigen. Wir sollten uns von den Erfolgen der vergangenen Jahre nicht leichtfertig oder gar überheblich machen lassen und uns für die Zukunft nicht Aufgaben vornehmen, von denen wir jetzt annehmen müssen, daß sie unsere Kräfte übersteigen werden.

Wenn wir jetzt nachträglich feststellen können, daß die Wünsche und Hoffnungen und die Projekte, die wir erstellt haben, auch tatsächlich erfüllt werden konnten, so darf die Stadt Wien und darf die Bevölkerung darauf stolz sein. Aber so wie wir in der Vergangenheit den Mut gehabt haben, der Bevölkerung zu sagen, was möglich und was nicht möglich ist, müssen wir dies auch in der Zukunft tun, obwohl die Perspektiven schöner und freundlicher sind. Wir haben diesen Mut und diese Verantwortung in den vergangenen Jahren gehabt und ich glaube, die Bevölkerung verdient es, daß wir diese Verantwortung ihr gegenüber auch für die kommenden Zeiten festlegen.

Wir müssen auch noch folgendes für uns und die Wiener Bevölkerung als oberstes Gebot bezeichnen: wir können nie mehr Wünsche äußern und erfüllen, als wir selber zu erarbeiten bereit sind. Über das, was unsere Leistungsfähigkeit übersteigt, können wir nicht hinaus, es ist das, glaube ich, die Grenze dessen, was wir für unsere Arbeit festsetzen müssen.

Zehn Jahre Zweite Republik! Das bedeutet, daß die Menschen, die im Jahre 1945 zehn Jahre alt waren, also begonnen haben, sich um die Umwelt zu kümmern, heute schon zwanzigjährige junge Männer und Frauen sind. In diesen vergangenen zehn Jahren hat sich das Weltbild dieser jungen Menschen geformt, und was noch an Erfahrungen dazu kommt, wird in diesem Weltbild verarbeitet. Es waren stürmische Jahre. Es war schon für die reifen und erfahrenen Menschen oft so, daß sie vermeinten, den Halt verloren zu

haben. Wie schwer mußten es erst die jungen Menschen gehabt haben. Ich glaube, daß es eine unserer schönsten Aufgaben sein wird, uns um diese jungen Menschen zu bewerben. Warum?: Die Demokratie ist nur dann lebensfähig, wenn die Bevölkerung mit ihrem ganzen Leben ein Bestandteil der Demokratie ist. Die junge Generation, die jetzt heranwächst, wird in sehr kurzer Zeit der Träger des gesamten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens sein, und je mehr Interesse diese jungen Menschen den Fragen des öffentlichen Wohles entgegenbringen, umso besser für uns alle, für den Staat und für die Gemeinden.

Es gibt manche Äußerungen über die junge Generation von heute, aber ich glaube, daß wir trotz alledem zu dieser jungen Generation, zu den jungen Männern und Frauen Vertrauen haben sollen und dürfen. Je mehr Vertrauen wir den jungen Menschen entgegenbringen, umso mehr Vertrauen wird die Jugend uns entgegenbringen.

Aus meinem persönlichen Erleben und aus der Erkenntnis der Vergangenheit weiß ich, daß die Menschen sich gerne an großen Taten begeistern. Das ist selbstverständlich, weil die außerordentliche Leistung immer die Bewunderung der Menschen erregt und zur Nachahmung auffordert. Wir dürfen doch jetzt, da wir bald zehn Jahre des Wiederaufbaues hinter uns haben, feststellen, daß die gesamte Wiener Bevölkerung auch eine solche außerordentliche große Tat vollbracht hat. Ich glaube, feststellen zu können, daß die Wiener auf diese ihre Großtat des zehnjährigen Wiederaufbaues mit Recht stolz sein dürfen. Das gibt uns gute Hoffnung für die Zukunft.

So, wie die Menschen sich an großen Taten begeistern, so begeistern sie sich auch gerne an großen Idealen, weil es immer etwas Beschwingendes ist, wenn man einer großen Idee nachleben und trachten kann, sie zu erfüllen. Wir haben vor uns ein großes Ideal, obwohl man behauptet, daß die Gegenwart arm sei an Idealen. Wir haben vor uns das Ideal, daß wir und viele hunderttausende namenlose Wiener an der Zukunft dieser Stadt arbeiten, ein Ideal, das der Anstrengung aller, auch der Besten, wert ist, ein Ideal, das allen zugute kommt. Und dieses Ideal ist das schönere, das

reichere Wien.

Wir wollen optimistisch sein und glauben, daß der Silberstreifen, der doch zu sehen ist, nicht wieder verschwindet. Wir erhoffen uns daraus die Ruhe und die Sicherheit, daß wir unsere friedliche Arbeit fortsetzen können. Diese friedliche Arbeit ist meiner Meinung nach das einzige Mittel, das die Zukunft unserer Stadt begründet. Ich habe in diesen schweren Jahren eine Erfahrung gewonnen, die ich nie mehr vergessen werde: Der Optimismus kostet nicht mehr als der Pessimismus, man kommt aber mit ihm viel weiter. Und diesen Optimismus wollen wir uns bewahren, trotz alledem.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Glückwünsche. Ich wünsche Ihnen für Ihre Tätigkeit im Rathaus und für Ihre Familie Glück, Zufriedenheit, Gesundheit und Erfolg. Ich wünsche aber darüber hinaus allen unseren städtischen Bediensteten, Beamten, Angestellten und Arbeitern viel Arbeit und viel Erfolg. Ich wünsche, daß sie selber auch das Gefühl haben, in einer der entscheidendsten Epochen unserer Geschichte am Wiederaufbau unserer Stadt mitgearbeitet zu haben. Wir bitten sie, diese große Arbeitsbereitschaft und Verantwortungsfreudigkeit auch in der Zukunft unserer Stadt zu widmen.

Ich gedenke in dieser Minute auch der österreichischen und der Wiener Kriegsgefangenen. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß die Menschlichkeit nach zehn Jahren doch endlich einmal einen Schlußpunkt hinter das grausame Schicksal dieser Menschen setzt.

Ich gedenke der vielen Wiener, die in den anderen Bundesländern leben und wirken, und grüße sie. Ich gedenke in diesem Augenblick auch der vielen tausenden und abertausenden Wiener, die durch ihr Schicksal, durch ihren Beruf, durch ihren Lebensweg außerhalb unserer Republik in der ganzen Welt verstreut sind, dort fleißig und tüchtig arbeiten und die besten Pioniere für das Ansehen Wiens und Österreichs sind.

Allen unseren Wienern in der Heimat und in der Fremde gilt unser Gruß, gelten unsere besten Glückwünsche für das kommende Jahr!"

Rindernachmarkt vom 30. Dezember
=====

31. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 4 Ochsen, 2 Kühe, Summe 6. Neuzufuhren Inland: 6 Ochsen, 10 Stiere, 122 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 140. Gesamtauftrieb: 10 Ochsen, 10 Stiere, 124 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 146. Verkauft wurden: 1 Stier, 45 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 48. Unverkauft blieben: 10 Ochsen, 9 Stiere, 79 Kühe, Summe 98. Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Pferdemarkt vom 30. Dezember
=====

31. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 4 Pferde. Unverkauft blieben 4 Pferde.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 4.

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner
=====

31. Dezember (RK) Im Jänner sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,
Getränkesteuer für Dezember,
Gefrorenessteuer für Dezember,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Dezember.
14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember.
15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.
25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Jänner.

- - -



60984 81800



3110

